Europas Eidgenossen

Alfred M. Zumbrunn

Europas Eidgenossen

Verlag Konsensfabrik, Mont-Soleil

Ich danke herzlich

Meiner Frau Lilian für die kritische Begleitung auf
dem jahrelangen Weg zu diesem Buch

Herrn Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg für die Ueberprüfung
der Abschnitte „Wurzeln unserer Staatsphilosophie“ und
„Staatsidee Schweiz“ auf deren historische Stichhaltigkeit

Meinen Freunden Fritz Nyffeler und Werner Wülser
für die vorzügliche Lektoratsarbeit

Unserem Sohn Christoph für die technische Beratung
und die grafische Gestaltung

Erste Auflage 2001
© 2001 Verlag Konsensfabrik, Mont-Soleil
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Switzerland
ISBN 3-9522327-0-X

Inhalt

Vorwort 9

Gebrauchsanleitung 11

Wurzeln unserer Staatsphilosophie

Die Topografie formt Menschen und Lebensverhältnisse 13
Wilhelm Tell oder vom Helden zum Aergernis 15
Verhältnis zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft 18
Vom Stiebenden Steg zur NEAT 20
Der Gotthard trennt und verbindet 23
Morgarten 1515 28
Die Eidgenossenschaft wächst 33
Die ersten eidgenössischen Gesetze 36
Erfolg, Ehre, Macht und Uebermut 38
Los vom Reich, die Schweiz wird Grossmacht 42
Glaubensfrage droht die Schweiz zu spalten 45
Wir, der Dreissigjährige Krieg und seine Folgen 50
Geist und Technik 55
Schmachvoller Untergang 59
Schlachtfeld fremder Heere 64
Der dornenvolle Weg zum neuen Bundesstaat 66
Bundesverfassung 1848 75
Gründerzeit, Sonne und Schatten 77
Der Erste Weltkrieg 81
Nie wieder Krieg! Es lebe der Völkerbund! 90
Braune Schatten 93
Chronologie des Zweiten Weltkriegs 1939-1945 102
Der russisch-finnische Winterkrieg 1939-1940 106
Neutralitässchutz und Réduitbezug im chaotischen Europa 109
Zivile Behauptung 118
Aufbruchstimmung 130

Staatsidee Schweiz

Der gewollte Staat	135
Vom Geist der Gründer	139
Architektur der Eidgenossenschaft	142
Zentralismus und Föderalismus	144
Unsere Demokratie	147
Das weisse Kreuz im roten Feld	158
Neutralität und Solidarität	166
Unsere Milizarmee	173
Währung, Wirtschaft und weite Welt	180
Grenzen von Freiheit und Toleranz	187
Wie wird man Eidgenosse?	190

Der schleichende Verrat

Dem Höhepunkt folgt Ziellosigkeit	193
Verpasste Gelegenheiten	195
Hochkonjunktur und der Tanz ums goldene Kalb	200
Gigantismus und Verrat am Mittelstand	202
Moderner Bildersturm	207
Verweigerung der Kulturschaffenden	210
Die Arroganz der Massenmedien	213
Linkes Polit-Chamäleon	215
Und aus dem Staat, machen wir Gurkensalat	217
An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen	220
Bedrohte Rechtsstaatlichkeit	222
Verlorene Identität	225

Chancen und Visionen

Angst bleibt schlechter Ratgeber	229
Geistige Aufrüstung	231
Vorerst müssen wir unsere Identität sorgfältiger pflegen	233
Kampf dem Gigantismus, ja zur schweizerischen Kleinwelt	237
Anpassung und Widerstand	240
Ressourcen und Stärken nutzen	242
Ferienland Schweiz	247
Bildungsreform	252
Der Boden gehört allen	256
Asylwesen	260
Arbeitslosigkeit	268
Reform des Wehrwesens	272
Ausweg aus dem Drogenelend	277
Neue Sinnfindung	280
Die Europäische Union - was sie ist und was sie will	282
Was nützt der EU keine Schweiz?	286
Europas Eidgenossen	288

Literaturverzeichnis	293
Stichwortverzeichnis	303

Vorwort

Den Anstoss zu diesem Buch gab die EWR-Abstimmung von 1992, die bis in die Familien zu hitzigen Diskussionen geführt hatte. Dabei musste ich feststellen, dass die Nachkriegsgenerationen zum Teil im Staatskunde-Unterricht eindeutig nicht genügend aufgepasst haben - sofern ein solcher überhaupt geboten wurde. Ich begann dann, unseren Nachkommen in Gedanken Briefe über staatspolitische Belange zu schreiben. Später hielt ich die Gedanken schriftlich fest.

Die im Vorfeld der EWR-Abstimmung geführte Kampagne wies alarmierende Merkmale auf. Weitgehend unbeachtet und unbemerkt wurde der Abstimmungskampf auf völlig verschiedenen Ebenen geführt. Die einen favorisierten die wirtschaftlichen Aspekte, während die anderen staatspolitische Gesichtspunkte in den Vordergrund stellten. Man redete aneinander vorbei. Das Gerede der Medien von unüberwindbaren Gräben zerriss die Nation tatsächlich. Der unschöne Verlauf des Abstimmungskampfes, verschärft noch durch die voreilige Hinterlegung des EU-Beitrittsgesuches in Brüssel durch den Bundesrat, führte unser Land in eine wahrhaftige Identitätskrise mit schwerwiegenden Folgen namentlich bei den jüngeren Generationen. Wir müssen reden miteinander, noch können wir es. Die EU-Frage hat zwar tatsächlich Gräben aufgerissen, aber sie sind nicht so tief, wie einzelne Politiker und viele Medien uns weismachen wollen. Und es ist nicht einfach der Röstigraben. Ein Graben verläuft zwar sehr wohl zwischen den Sprachgruppen, aber auch zwischen Stadt und Land, Jung und Alt, mehr und weniger Gebildeten, zwischen Wirtschaftskapitänen und Bauern und er führt mitten durch Ehen, Familien, Belegschaften, Vereine, Kirchen, Kompanien und Parteien. Und mitten wohl durch jede einzelne Person.

Wir können nicht darauf warten, dass sich die Gräben von selbst auffüllen, denn die Zeit drängt. Wir wollen hier deshalb darlegen, wie viele ältere Menschen über den umrissenen Problemkreis denken. Leute, welche die Schweizergeschichte noch als solche vorgestellt erhielten, die Krise der Dreissigerjahre und den Zweiten Weltkrieg miterlebt haben und durch diese Ereignisse geprägt worden sind. Leute, die während des Krieges unter zum Teil erheblichen Opfern ihre Dienstpflicht erfüllten und in den letzten fünfzig Jahren in harter Arbeit das Schweizerhaus so ausbauten, wie es sich heute darstellt.

Die Alten haben gelehrt: Was Du bei Nichtgebrauch weit weg wirfst, musst Du ebensoweit herholen, falls Du es wieder benötigst - wenn es

dann überhaupt noch da ist! Mir scheint, dass viele Jüngere unter uns zur Zeit bereit sind, die in unserem Lande während Jahrhunderten mühsam erworbenen oder erstrittenen Einrichtungen dem vom Ausland vorgegebenen Gleichschritt aus opportunistischen oder idealistischen Gründen leichtfertig zu opfern. Glücklicherweise gibt unsere Verfassung dem Volk das Recht und die Pflicht, solche Entscheide in demokratischer Weise zu fällen. Aufgabe der Stimmberechtigten ist es, sich die für so schwerwiegende Urnengänge nötigen Kenntnisse anzueignen.

Ich gelangte zur Einsicht, dass wir, die Aelteren, Eltern und Lehrer, es im Verlaufe der letzten vierzig Jahre offenbar versäumt haben, die Jugend in genügendem Masse für die Staatsidee Schweiz zu gewinnen und entschloss mich, den Versuch zu unternehmen, der Nachkriegsgeneration zu erklären, warum wir Aelteren so denken wie wir denken, die Eidgenossenschaft für einmalig und einzigartig und darum für erhaltenswert halten und bereit sind, uns für dieses Ziel einzusetzen.

Im ersten Abschnitt versuche ich die historischen Wurzeln unserer Staatsidee aufzuzeigen, in einem zweiten die Staatsidee Schweiz in Worte zu fassen. Im dritten Teil verfolge ich die Spuren der nach meiner Meinung bedenklichen staats- und gesellschaftspolitischen Entwicklung der letzten vierzig Jahre um dann im Schlussteil ein zuversichtlicheres Fenster zur Zukunft zu öffnen.

Der Stil will den Eindruck einer trocken-wissenschaftlichen Abhandlung vermeiden: Ich verzichte deshalb tunlichst auf Fremdwörter und auf häufige Zitate oder Quellennachweise. Dafür finden sich im Anhang ein Stichwort- und ein Literaturverzeichnis. Ich wende mich nicht an Historiker, sondern an die staatspolitisch Interessierten aller Alterstufen. Das Buch will ein Argumentarium bilden für bestandene und angehende Patrioten. Die Gebrauchsanleitung auf der nächsten Seite kann helfen, den passenden Einstieg zu finden.

Der Aktivdienstveteran soll das Buch als Dank, Anerkennung und Bestätigung empfinden, den Achtundsechziger will es zum Ueberdenken seiner Ablehnung alles Schweizerischen einladen und die jüngsten Mitbürgerinnen und Mitbürger sollen für die Staatsidee Schweiz gewonnen werden.

Sorgen wir in den kommenden existentiellen Abstimmungen dafür, dass unsere Kinder und Kindeskinder in Zukunft in gleicher Freiheit über staatspolitisch entscheidende Fragen werden bestimmen können, wie wir das heute zu tun berechtigt sind.

Gebrauchsanleitung

1. Wer in Schweizergeschichte gut bewandert ist, mag den Abschnitt „Wurzeln unserer Staatsphilosophie“ überspringen und gleich in den Abschnitt „Staatsidee Schweiz“ einsteigen. Sollten sich doch Wissenslücken zeigen, kann in den chronologisch gegliederten historischen Abschnitt zurückgeblättert werden.

2. Damit die vier Abschnitte gegebenenfalls auch einzeln oder in beliebiger Reihenfolge gelesen werden können und um das Erfassen der Zusammenhänge zu erleichtern, finden sich immer wieder knapp gefasste Rückbezüge auf früher besprochene Sachverhalte.

3. Das Schweizervolk ist heute leider ganz klar in zwei Lager gespalten. Wer die Staatsidee Schweiz hochhält und sich bemüht, die Eidgenössische Gesinnung zu pflegen, wird hier als Eidgenosse bezeichnet. Jene, die dem schweizerischen Gedankengut nichts mehr abzugewinnen vermögen, werden Neingenossen genannt. Das ist nicht abschätzig gemeint. Dem Autor ist einfach keine bessere zusammenfassende Bezeichnung dieser Gruppe eingefallen.

4. Wir leben in Europa. Wir sind Europäer. Aber wir sind nicht in die Europäische Union (EU) integriert. Es wird hier daher - im Gegensatz zur Gepflogenheit bei vielen Politikern und Medien - klar zwischen den Begriffen Europa und EU unterschieden.

5. Eidgenössische Gesinnung , Bewaffnete Neutralität u.a. werden hier gross geschrieben, weil es sich um wichtige Begriffe handelt, wie anderswo beispielsweise Eidgenössische Technische Hochschule (ETH).

6. Um einer leichteren Lesbarkeit willen wird auf die lückenlose Nennung beider Geschlechter verzichtet. Wenn z.B. von Eidgenossen die Rede ist, sind alle eidgenössisch Gesinnten beiderlei Geschlechts gemeint. Die Leserinnen mögen bitte entschuldigen.

7. Ein Ausrufzeichen in Klammern (!) bedeutet: Achtung, bitte rückkoppeln, bitte überlegen oder ganz einfach: EU!

8. Wenn Dich eine Stelle ärgert, lies sie nochmals!

Wurzeln unserer Staatsphilosophie

Die Topografie formt Menschen und Lebensverhältnisse

Die Suche nach den Wurzeln unserer Staatsphilosophie beginnt weit zurück in der Vergangenheit. Die Teile der heutigen Schweiz, welche von den Vorfahren der Alten Eidgenossen bereits in vorgeschichtlicher Zeit bewohnt waren, erlaubten kein angenehmes Leben. So gesehen hat sich also seither gar nicht viel geändert: Viele heutige Bewohner dieses Landes erachten die Alpennordseite wohl als geeignet für die tägliche Arbeit, um Ferien zu geniessen aber fahren wir gerne auf die Alpensüdseite. Die Gegensätze zwischen den beiden Alpenseiten könnten denn auch grösser kaum sein. Die sonnigen Gegenden brachten sonnige Menschen hervor, fröhliche, sorglose, gemütvolle, einfache, geduldige, bescheidene Leute, bei denen man sich sofort wohl fühlt. Wie unterschiedlich sind sie doch zu uns käsebleichen braven, fleissigen, sparsamen, wortkargen und nicht gerade umwerfend fröhlichen Bewohnern der kälteren Zonen der Alpennordseite. Die Unterschiede zwischen alpinen und mediterranen Menschentypen sind offensichtlich, und sie sind erklärbar. Es darf wohl angenommen werden, dass die Wagemutigen, welche beim Abklingen der letzten Eiszeit die ausgeaperten Flanken unserer Berge bevölkerten, der Kälte und der Unbill trotzend der spärlichen Vegetation das Nötigste zum Leben abrangen, so den Grundstein zur Urbanisierung der Bergregionen legten und sich später mit den aus Norden eingewanderten germanischen Stämmen, den Alemannen und Burgundern vermischten, den Urtypus des schweizerischen Bergbewohners entstehen liessen.

Die Einwirkungen der Natur auf die Entwicklung dieser Menschen müssen gewaltig gewesen sein. Unsere Ahnen lernten unter Lawinen und Sturzbächen überleben, in Höhlen vor Raubtieren Schutz finden, in Fellkleidern tiefste Temperaturen ertragen, mit Keulen bewaffnet sich wehren. Sie erfuhren, wie all jene unter uns, die im Gebirge dauernd oder vorübergehend lebten oder noch leben, dass das Bergklima dem Menschen Freund aber auch erster und erbittertster Feind sein kann. Sie handelten daher überlegt, gingen bedächtigen Schrittes. Sie erlebten, dass Gedeihen nur in Familien oder in Gruppen möglich ist. Und dass den nächsten Winter nur überstehen kann, wer nicht zu faul ist, Vorräte an Nahrung und Holz anzulegen. All diese Einflüsse prägten den Charakter dieser Men-

schen nachhaltig. Um unter den extremen Verhältnissen leben zu können, mussten ganz spezifische Charaktereigenschaften erworben worden sein. Ich glaube diese Bergler vor meinen Augen zu sehen: bedächtig, wortkarg, genügsam, fleissig, erdverbunden, erfinderisch, ausdauernd.

Aber da war noch etwas. Ihre Blicke blieben keineswegs immer nur auf die Zehen gerichtet. Sie schauten auch empor zu den eisgetürmten Bergspitzen, dorthin, wo sie die Gewalt über sich und die Naturkräfte vermuteten, wo hinaufzusteigen sie sich aber nie getraut hätten. Sie fürchteten die unsichtbaren Kräfte und sie achteten was sie sahen. Sie versuchten die oft überraschend eintretenden Ereignisse zu verstehen und gaben ihre Einsichten lehrend oder ermahnend an die Nachkommen weiter. Es entstanden Regeln, später wohl auch Legenden oder Sagen. Die schwierigen Verhältnisse erforderten gegenseitige Rücksichtnahme, grössere Aufgaben erheischten gemeinsames Anpacken. Enge und Bedrohungen liessen die Menschen wohl näher zusammenrücken, erzeugten aber auch Angst und Beklemmnis. Gar manchem mag sich gelegentlich der Alb auf die Brust gesetzt und den Wunsch erzeugt haben, aus diesem mühsamen Leben auszubrechen. Doch wohin? Gibt es ausserhalb der uns bekannten Marchen wohl klimatisch günstigere Landschaften? Vielleicht erzählten Sagen von fruchtbaren Gegenden, grossen flachen Weiden, sonnigen Stränden? Wer im Flachland lebt und täglich rundum in die fruchtbare Unendlichkeit blickt, braucht solche Fantasien nicht; die oft bedrückende Enge der Bergflanken dagegen erheischt zur Weitsicht eine ausgeprägte Vorstellungskraft und das Erreichen eines Aussichtspunktes mit Blick in das Land der Träume viel Willen, Kraft und Ausdauer. Das macht stark.

Ist dies Geschichte, oder eine Geschichte? Eine Sage? Ein Mythos? Sicher ist, dass sich die Bewohner der Alpennordflanke während vieler Jahrtausende an die besonderen Verhältnisse angepasst haben und dass sich dieser Prozess bis in die jüngste Zeit hin fortsetzte. Es wird daher wohl auch stimmen, dass bergstämmige Menschen zum Teil anders denken und fühlen als jemand, dessen Ahnen seit Generationen in einer grossen Stadt oder im Flachland gelebt haben. Stadt und Land sind nun einmal sehr verschieden, der hinterste Flecken in einem Krachen und unsere grossen Städte bilden Gegensätze die grösser nicht sein könnten. Dieser Umstand bewirkte immer wieder Turbulenzen in der Geschichte unseres Landes. Klagen hilft da nichts, wir müssen mit diesen Unterschieden leben. Kürzlich bemerkte ein Nationalrat eines grossen Flachlandkantons in einer Konferenz im Hinblick auf den EU-Graben in unserem Volk: „Die Berglertypen sterben langsam aus, Gott sei Dank!“ Als Bergler unter fast ausschliesslich Nordostschweizern fühlte ich mich wie ein dem

Aussterben preisgegebener Indianer. Rassismus unter Schweizern? Wir müssen künftig wieder vermehrt aufeinander zugehen, uns gegenseitig achten. Wie wollen wir sonst die grossen Probleme angehen, welche es in nächster Zukunft zu lösen gilt?

Tatsache ist aber auch, dass die Völker nord- und südseits der Alpen stark unterschiedliche Verhaltensmuster aufweisen. Ueberspitzt dargestellt: Wie soll der Nordländer, welcher sich von früh bis spät abrackern muss um den nächsten Winter überleben zu können, verstehen, dass der Südländer den halben Tag im Schatten liegt? Und wie soll der Südländer, dem während der Siesta die Trauben in den Mund wachsen begreifen, dass der Nordländer derweil in der ganzen Welt Geld zusammenkratzt um sich noch mehr leisten zu können?

Wilhelm Tell oder vom Helden zum Aergernis

Als ich kürzlich einem Freund erzählte, dass ich ein Buch schreibe um bei der jüngeren Generation Verständnis zu wecken für die staatspolitische Haltung der älteren Leute, lachte er mich aus: „Die Jungen kaufen keinen Hund, ohne den Stammbaum genau zu kennen, aber ihre eigene Herkunft kümmert sie keinen Deut!“ Ich glaube ihm nicht. Ich denke, dass wir alle uns gelegentlich nach dem Woher, Warum, Wohin - uns persönlich oder das ganze Volk betreffend - fragen. Auf einige dieser Fragen wollen wir Antworten suchen. Dies scheint angezeigt, da der Geschichtsunterricht in den letzten drei Jahrzehnten mancherorts arg vernachlässigt worden ist. Wenn er überhaupt stattfand, das heisst, wenn dieser nicht auf kaltem Wege wichtigeren Stoffen weichen musste, was sehr bedauernswert wäre, weil der Blick zurück wesentliche Hinweise für die Gestaltung der Zukunft vermitteln kann. Und es ist katastrophal, wenn man bedenkt, dass unsere Geschichte die Volksseele mitprägt, welche in jedem von uns gespeichert ist. Wer den Nachkommen die geschichtlichen Abläufe und die Lehren daraus entgegen seinem Auftrag wissentlich und willentlich vorenthält, handelt daher verwerflich.

Natürlich kann es sich hier nicht darum handeln, Geschichtsunterricht in üblicher Form zu betreiben. Dazu fehlt im Rahmen dieses Buches der nötige Raum. Ein vertieftes Studium unsere Geschichte sei jedoch wärmstens empfohlen. Eine fast unüberschaubare Literatur liegt bereit und wartet nur darauf gelesen zu werden. Es geht hier nicht darum, sich in eine wissenschaftliche Abhandlung zu verstricken oder den Leser mit Daten, Fakten und unnötigen Fremdwörtern oder mit Quellenangaben zu

belästigen. Es handelt sich vielmehr darum, gewisse geschichtliche Abläufe, die staatspolitischen Folgerungen und die sich daraus ergebenden heute wirksamen Verflechtungen aufzuspüren. Es geht also nicht um Wissen, vielmehr um das, was sich daraus an Erkenntnis gewinnen lässt.

Zuerst muss nochmals das Problem des umstrittenen Geschichtsunterrichts aufgegriffen werden. In der Breite des Volkes wirksamen Geschichtsunterricht gab es erst nach Entstehung der Volksschulen vor etwa zweihundert Jahren. Schriftliche Unterlagen, wie Chroniken, standen oberen und gebildeten Schichten allerdings bereits vor dieser Zeit an Universitäten, in Klöstern und Rathäusern zur Verfügung. Mit der Erfindung der Buchdruckerei und der durch Reformation und Gegenreformation eingeleiteten Alphabetisierung kam Gedrucktes schon früh in die entlegensten Winkel. So war bereits in der Zeit der Alten Eidgenossenschaft eine deutsche Ausgabe des Plutarch im Zwirgi in der Landschaft Hasli anzutreffen und die Lieder, die Ofenkacheln und die für ein Massenpublikum produzierten Holzschnitte und Stiche verraten einen höheren Bildungsgrad, als wir gemeinhin annehmen. In den unteren Volksschichten wurde zudem das Wissen über vergangene Zeiten, oder was dafür gehalten wurde, mündlich weitervermittelt, oft in Form von Sagen oder Mythen. Zwischen Historie, Mythos und Sage konnte und wollte man nicht unterscheiden, weil nicht eine ohnehin noch nicht existierende positivistische Wissenschaft, sondern der moralische Gehalt des Weitergegebenen im Vordergrund stand. Wer in der Kindheit selbst noch in trauter Stube oder am Feuer in einer Alphütte Sagen in sich aufsaugen durfte, kann erahnen, wie nachhaltig solche Erzählungen damals auf die Menschen gewirkt haben müssen, tief und ein Leben lang. Und eindrangen in das Volksbewusstsein, in die Seele des Volkes, ein Gefühl der Verwurzelung vermittelnd bis zum heutigen Tag. Das gilt vor allem für die Leute der Alten Orte und bis in die Zeit der Aufklärung und der Neuordnung Europas unter der Führung Napoleons.

Später waren da plötzlich Kantone, für die die Mythen der alten Eidgenossen bislang wenig oder nichts bedeuteten. Neue Orte mit einer eigenen Geschichte, mit eigenen Helden. Anderseits erwuchs nach 1798 das Bedürfnis, dem neu entstehenden Staat ein Nationalgefühl zu vermitteln, wozu die Mythologie der Alten Eidgenossenschaft sich bestens zu eignen schien. Helvetia, Tell und Tellenknabe erschienen auf Münzen und Briefmarken. Bezeichnenderweise leistete ihnen die Freiheit Gesellschaft, etwa auf dem Zwanzigrappenstück. Und obschon die Freiheit noch niemand leibhaftig gesehen hat, wissen wir alle, was diese Symbolfigur für uns bedeutet. Das gesteigerte Interesse an Tell rief die Historiker auf den Plan.

Die Identität, ja die Existenz des Helden war zum Streitobjekt der Spezialisten geworden. Je nach Standpunkt suchten diese nach positiven oder negativen Existenzbeweisen. Tells ehemals reales Dasein wurde zur Glaubensfrage, da keine Partei historisch stichhaltige Beweise beschaffen konnte. Im Klartext heisst das: Es ist bisher nicht gelungen zu beweisen, dass Tell gelebt hat. Aber es war bis heute auch nicht zu belegen, dass er nie existierte. Bei dieser Patsituation liess man es bewenden bis nach dem Zweiten Weltkrieg. Weil die Helden in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts wieder gebraucht wurden als Identifikationsfiguren, vor allem zur Abgrenzung gegenüber Nationalsozialismus und Faschismus in den Nachbarländern. Leider setzte in den Fünfzigerjahren der alte Streit erneut ein. Leider, weil die Beweislage ja klar war. Darum ging es denn auch nicht. Damals begann in vielen Ländern der Kampf gegen das Nationale, gegen den Nationalstaat, gegen Mythen, Traditionen, Bräuche, kurz gegen alles Hergebrachte, Bodenständige. Für viele Gebildete wurde Tell zum Aergernis. Die deutsche Vergangenheitsbewältigung wurde in unsere so ganz andersartige Lebenswelt importiert. Statt der fortan verpönten „Kriegsgeschichte“ sollte künftig „Kulturgeschichte“ vermittelt werden. Der Aufputz wurde so gründlich besorgt, dass er teilweise an den Bildersturm der Reformationszeit erinnerte. Doch die Sockel blieben nicht lange unbestückt. Anstelle der Helden wurden der Jugend moderne Idole als Leitfiguren hingestellt. Handfeste, gegenwärtige, die sich vermarkten liessen. Schräge Musikanten, grossartige und grossartig kassierende Sportgrössen und andere zukunftsweisende Figuren. Die grosse Freiheit wurde jetzt in der Gegenwart angeboten, kampflos, quasi gratis. Was sollten da die verstaubten Freiheitsideale der Väter? In der Folge verlor der Geschichtsunterricht zusehends an Gehalt und Lebendigkeit und damit auch an Beliebtheit. Man hört kaum mehr einen jungen Menschen sagen, Geschichte sei sein Lieblingsfach. Ist es tatsächlich so, dass es keinen Pfifferling mehr interessiert, warum die Schweiz so ist wie sie ist? Den Schülern wird wesentliches vorenthalten. Unsere Schule ist ärmer geworden.

Sokrates, Christus, Franz von Assisi, Wilhelm Tell, Arnold Winkelried, Nikolaus von der Flüe, Martin Luther, Pestalozzi, Dufour, Lord Baden Powell, Winston Churchill, General Guisan und viele andere waren frühere Leitfiguren. Sie unter sich zu vergleichen wäre unanständig. Jeder von ihnen hat zu seiner Zeit getan, was er glaubte tun zu müssen. Und jeder von ihnen hat den Nachfahren etwas gegeben. Auch, und gerade Wilhelm Tell. Ob er je in Fleisch und Blut bestand, ist unwichtig. Entscheidend ist, dass er über Jahrhunderte als Wegweiser in die Freiheit in den Herzen unserer Ahnen gelebt hat.

Verhältnis zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Man kann beobachten, dass sich das Verhältnis der Menschen zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft im Verlauf des Lebens zyklisch verändert. Vermutlich ist dies natürlich und allgemein gültig. Betroffen werden durch diese Veränderungen Befinden, Wertung, Interessen und damit die generelle Haltung in den verschiedenen Lebensabschnitten.

Das Kleinkind lebt voll in der Gegenwart, die Bedeutung der Zukunft kündet sich aber schon bald an mit bevorstehenden Glanzpunkten wie Weihnachten oder Ostern.

Dem Schulkind erscheint die Zukunft schon bedeutender. Zuerst in der konkreten Vorfreude etwa auf den bevorstehenden Geburtstag oder die kommenden Schulferien. Dann aber auch in Form von Berufsträumen auf der vorerst unbewussten Suche nach möglichen Lebensentwürfen: Krankenschwester, Lokomotivführer, Pilot, Sängerin möchte es einmal werden. Die Vergangenheit ist in dieser Lebensphase völlig bedeutungslos. Dieser Umstand erklärt das mangelnde Interesse dieser Altersgruppe am Geschichtsunterricht. Dem eben dem Märchenalter entwachsenden Kind stehen Geschichten näher als Geschichte. Der auf Pestalozzis Erkenntnissen aufbauende Pädagoge nutzt diesen Umstand, indem er den Schülern die gemütsbildenden Inhalte von Biblischer und Schweizergeschichte in Geschichten eingekleidet näher bringt. Die stufengerechte Anlehnung an Sagen und Mythen ist gerechtfertigt, da beim Volksschüler das Verständnis für die fernere Vergangenheit nur in emotionalen Bahnen geweckt werden kann.

Wieder anders verhält es sich bei den Jugendlichen. Durch die Zwänge von Schule, Berufslehre, Studium, Rekrutenschule, Abhängigkeit vom Elternhaus gestresst, ersehnen sie den Ausbruch aus der Gegenwart, die durch die Zukunft versprochene Freiheit. Auf dem Weg zum Erwachsensein, im Kampf mit sich und der Umgebung, verunsichert und kritisch, suchen sie die Balance zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Dabei ist es verständlich, aber ebenso Tatsache, dass sie dazu neigen, jede Abkürzung zur angestrebten persönlichen Freiheit, jede Erleichterung und alles Neue euphorisch zu begrüssen, ohne die Lebenserfahrung der Aelteren und die Lehren der Geschichte zu berücksichtigen. Dass unter diesen Umständen die Vergangenheit und damit auch die Geschichte kein Thema sind, liegt auf der Hand. Hinzu kommt, dass Geschichtsunterricht beim Grossteil der Jugendlichen nicht mehr im Stundenplan erscheint oder falls doch, fleissig geschwänzt wird.

Sobald der junge Erwachsene in die Anwendungsphase tritt und so quasi seine Zukunftsvorstellung einholt, verlagert sich das Schwergewicht der Interessen auf die Gegenwart und auf die nächste Zukunft. Gedanken an die ferne Zukunft, durch die Begriffe Alter und Sterben eher negativ belegt, werden häufig verdrängt. Und die Vergangenheit erscheint, sofern nicht berufliche oder staatspolitische Ansprüche wirksam werden, wiederum unwichtig. Beim Bestimmen von Lebensmaximen wird dann lediglich auf das Selbsterlebte abgestellt, was zu kurzsichtigen Verallgemeinerungen und damit zu Fehlschlüssen führen kann, wie: Meine Eltern waren mit mir zu streng, daher bin ich für antiautoritäre Erziehung. Meine Lehrer waren parteiisch, unser Schulsystem ist schlecht. Mein Leutnant in der RS war ein Sadist, daher bin ich für die Abschaffung der Armee. Dazu droht das persönliche Bedürfnis nach materieller Sicherheit zu einer eindeutigen Ueberbewertung der wirtschaftlichen Gesichtspunkte zu führen. Leider sind auch Leute mit guten Geschichtskenntnissen vor dieser Gefahr nicht gefeit, sogar wenn sie in staatspolitischer Verantwortung stehen.

Eine wohl naturgegeben ausgeglichenere Betrachtungsweise von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zeigt sich nach meiner Beobachtung erst bei den alternden Menschen. Die individuelle Existenz ist weitgehend gesichert, die Aussicht auf Zukunft wird immer geringer, die Vergangenheit bedeutender, das heisst der Rückblick wird wichtiger als der Ausblick. Die schwergewichtig materielle Sicht der Dinge wird zunehmend überlagert durch eine philosophisch-staatspolitische Betrachtungsweise. Interessant dabei ist, dass sich der Zeitmassstab beim Rückblick in die Vergangenheit verändert. Mit zunehmendem Alter erscheint uns die verflossene Zeit kürzer. Wenn die Eltern in meiner Kindheit etwa über den Ersten Weltkrieg sprachen, schien mir diese Zeit eine Ewigkeit zurückzuliegen, obschon es sich lediglich um rund zwanzig Jahre handelte. Heute erscheinen mir die bald siebzig bewusst erlebten Jahre als kurze Spanne. Nur zweimal so lange zurück liegt das Geburtsjahr meines Grossvaters. Er erzählte mir vom ersten Dampfschiff auf dem See oder wie es war, als daheim erstmals eine Glühbirne aufleuchtete und er zeigte mir Erinnerungsstücke, die sein Vater von einem durch seine Familie gepflegten Bourbakisoldaten als Dank erhalten hatte. Und was ihm dieser aus den Schilderungen seines Vaters, also meines Urgrossvaters über die Zeit des Sonderbundes berichtete. So fühle ich mich persönlich mit anderthalb Jahrhunderten Geschichte verbunden. Nur rund dreimal meine Lebensspanne zurückgerechnet liegt der Untergang der Alten Eidgenossenschaft. So betrachtet, kann Geschichte faszinieren.

Die geschilderte charakteristische Entwicklung wird in der Regel nicht in dieser reinen Form zu beobachten sein. Natürlich gibt es - gottseidank - Jugendliche, welche sich brennend für Geschichte interessieren und viele Erwachsene, die staatspolitische Verantwortung wahrnehmen und die geschichtlichen Zusammenhänge studieren. Zu dieser Gruppe ist heute zweifellos ein Grossteil jener Leute zu zählen, welche die Wirtschaftskrise der 30er-Jahre und den Zweiten Weltkrieg bewusst miterlebt haben.

Die damaligen Lebensumstände prägten die Leute nachhaltig. Die Arglist der Zeit erzeugte oft Angst, machte aber stark. Die Zuversicht der Reiferen, auch in scheinbar ausweglosen Situationen, schaffte Vertrauen. Und der unbeirrbare Glaube an die Sendung der Schweiz, in dem von skrupellosen Diktatoren beherrschten Europa die Fahne der Freiheit um jeden Preis hochhalten zu müssen, erfüllte das Volk mit Stolz.

Der einzelne Mensch wird durch Herkunft und Erfahrungen geprägt. Im Rückblick auf sein bisheriges Leben kann er Hinweise gewinnen für sein künftiges Tun und Lassen. Dies gilt auch für Völker. Aus der Vergangenheit können Lehren für die Zukunft gezogen werden. Wer wissen will, welchen Weg er einschlagen soll, muss wissen, woher er gekommen ist. Andernfalls läuft er Gefahr, auf den Rückweg, also auf einen Irrweg zu geraten. Die vergangenen fetten Jahre liessen unsere Nation die Frage nach dem Woher und Wohin weitestgehend vernachlässigen. Versuche, namentlich der jüngeren Generation Eidgenössische Gesinnung näherzubringen, etwa anlässlich der 700-Jahrfeier, wurden gründlich torpediert. Letztmals entstand eine tiefe vaterländische Besinnung angesichts von Nationalsozialismus und Faschismus in der zweiten Hälfte der Dreissigerjahre, gebündelt dann im Rahmen der Landesausstellung 1939 und im Verlaufe des Zweiten Weltkriegs.

Heute steht unser Volk im Zusammenhang mit Globalisierung, Liberalisierung und EU-Beitritt vor Entscheidungen, deren Tragweite dem damaligen Problemkreis ähnlich sind.

Welche Lehren können in dieser Lage aus der Geschichte gewonnen werden?

Vom Stiebenden Steg zur NEAT

Die Anfänge der Eidgenossenschaft entwickelten sich in einer Epoche, welche der jetzigen Zeit bezüglich Turbulenzen kaum nachstand. Im Gebiet des heutigen Kantons Uri besassen auswärtige Adelige und Klöster Ländereien, über deren Bewohner sie teilweise ebenfalls verfügten. Dane-

ben lebten aber im Urnerland auch viele freie Bauern. Alle Talbewohner gemeinsam besassen und bewirtschafteten genossenschaftlich Wälder und Alpen. Diese Markgenossenschaften bildeten die Keimzelle der entstehenden Eidgenossenschaft.

In der ersten Hälfte des 13.Jahrhunderts regierte Kaiser Friedrich II. das Heilige Römische Reich, umfassend vor allem die Gebiete der heutigen Staaten Deutschland, Oesterreich, Italien und der gesamten Schweiz. Er residierte meist in Italien, war aber auf eine schnelle Verbindung über die Alpen nach Deutschland angewiesen. Der kürzeste Weg hätte über den Gotthard geführt, da hier nur ein Alpenwall zu bewältigen war, wäre da nicht die Schöllenenschlucht gewesen, welche nur zu Fuss und nur mühsam zu umgehen war. Die Urner schafften Abhilfe, indem sie in wagemutiger akrobatischer Bau- und Schmiedearbeit den Stiebenden Steg durch die enge Schlucht bauten. Diese sensationelle Leistung zeigte vielfach Wirkung, meist positiv. Einmal entwickelten sich über die kürzeste Nord-Südverbindung schnell Handel und Wandel in beträchtlichem Ausmass, es entstanden Dienstleistungsbetriebe wie Herbergen, Werkstätten und Transportunternehmen zu Lande und auf dem Wasser. Vieh und Käse konnten in die Lombardei verkauft werden, das Tal erfuhr einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung. Dann erlebten die Innerschweizer eine beachtliche Horizonterweiterung durch ihre Besuche auf der Alpensüdseite und im Kontakt mit den Passanten, worunter sich sogar Seiden- und Gewürzhändler aus dem Orient befanden.

Diese Entwicklung am Gotthard kam auch Friedrich II. gelegen, Reisen und Transporte wurden kürzer, bequemer und vor allem sicherer. Die Möglichkeit, Boten und Soldaten rasch über die Alpen verschieben zu können war ihm und seinem an seiner Stelle in Deutschland als König regierendem Sohn Heinrich so wichtig, dass er den Urnern gegen das Pfand des freien und gesicherten Durchgangs 1231 einen Freibrief verlieh. Dadurch wurden sie reichsfrei, was bedeutete, dass sie lediglich dem Kaiser Gehorsam schuldeten und so praktisch frei schalten und walten konnten. Nachdem der Kaiser kurz darauf mit dem Papst in Streit geriet, nutzten die verständlicherweise neidischen Schwyzer die Gelegenheit und liessen den Kaiser wissen, dass auch sie ihm die Treue hielten und er mit ihren Diensten rechnen könne. Die Rechnung ging auf, der Kaiser stellte 1240 auch ihnen einen Freibrief aus.

Diese Entwicklung enthält den ersten Hinweis auf die künftig durch die Eidgenossenschaft zu spielende treuhänderische Rolle als Mittler zwischen Nord und Süd, den Sprachen und Kulturen beidseits des Gotthards und

auch auf die spätere, durch die Grossmächte akzeptierte, ja gewünschte und darum auch garantierte Neutralität.

Im Verlauf der folgenden Jahrhunderte wurde der Weg durch die Schöllenen und über den eigentlichen Gotthardpass immer wieder verbreitert, begradigt und witterungsunabhängiger gemacht. Eine Entwicklung, die bis in die heutige Zeit anhielt. Parallel dazu dehnten die durch die eidgenössischen Bünde zu Rückhalt gekommenen Urner ihren Einflussbereich immer weiter nach Süden aus, zeitweilig bis in die Lombardei, einhergehend mit ihrer wachsenden militärischen Stärke. Die Bedeutung des Gotthards als Handelsweg und die urnerische Militärmacht wuchsen ungebremst, bis die kriegerischen Ereignisse um Marignano 1515 die Eidgenossen sich auf sich selbst besinnen liessen und die Entdeckung des Seeweges nach Asien die Handelswege teilweise in neue Bahnen lenkte.

Interessantes offenbart in diesem Zusammenhang auch ein Blick in die Bernergeschichte. Als mit der Oeffnung der Gotthardpassage der Nord-Südhandel aufblühte, wollte Bern nicht abgeschnitten werden und erweiterte durch Erwerb des Haslitales sein Einflussgebiet bis zur Grimsel. Zudem eroberte Bern den Aargau, womit er die Kontrolle über einen Teil der Gotthardroute gewann, nämlich über die untere Reuss. Als im 16.Jahrhundert die internationale Meerschifffahrt die Handelswege zu Lande teilweise ersetzte und dadurch die Route Südfrankreich-Rhône-Mittelland-Zentraleuropa an Bedeutung gewann, eroberte Bern die Waadt und beherrschte in der Folge während langer Zeit das ganze Mittelland von Nyon bis Waldshut. Mit dem teilweise strategisch bedingten Ausbau der Pässe Brünig, Grimsel und zuletzt Susten zu leistungsfähigen Passstrassen hat der Kanton Bern auch in jüngster Zeit sein Interesse an einer direkten Verbindung zur Gotthardroute bestätigt.

Der Handelsweg über den Gotthard wurde all die Jahrhunderte hindurch stets den neuesten technischen Möglichkeiten angepasst. Die heutigen Schlagworte Restrukturierung und Innovation waren unseren Vorfahren nicht bekannt, wohl aber deren Bedeutung. Der Saumweg wurde zur Strasse, welche Kutschen und Fuhrwerken die Ueberquerung des Gotthards erlaubte. Die dazu notwendigen kühnen Bauwerke erheischten die Bewunderung der Passanten und erlangten weltweite Beachtung. Berühmt wurden später auch der 15 Kilometer lange Eisenbahntunnel und die höhegewinnenden Kehrtunnel der Gotthardlinie. Die markantesten Strassen- und Bahnbauwerke dienten oft als Sujet für Briefmarken, welche dadurch zu Tourismuswerbern in der ganzen Welt wurden. Mit den An-

passungen an den motorisierten Verkehr und dem Bau eines Autotunnels fand die verkehrstechnische Entwicklung ihren vorläufigen Abschluss.

Aber der überbordende Nord-Süd-Schwerverkehr erheischt einen weiteren Ausbauschritt, die NEAT mit dem Basis-Gotthardtunnel und schon bald wohl auch eine zweite Autobahnröhre. Die Schweiz wird damit beweisen, dass sie ihre neutrale Mittlerrolle zwischen Nord und Süd auch künftig erfüllen will. Leider hat der Bundesrat dieses Pfand in den Verhandlungen mit der Europäischen Union im Vertrauen auf deren Fairness zu früh aus der Hand gegeben. Vertrauen ist gut, ein Vertrag ist besser, könnte man auch hier sagen. Die Urner haben seinerzeit in ähnlicher Lage schlauer gehandelt. Sie waren unternehmungsfreudig, zuversichtlich, mutig und zäh, und sie waren fähig gemeinsam zu handeln, weil sie wussten, was sie wollten.

Der Gotthard trennt und verbindet

Wer auf einem Relief der Schweiz den Gotthardraum näher anschaut, findet den Gotthardpass, eindrücklich flankiert von Pzo Centrale und Pzo Rotondo, die zwei einmalig schönen Hochtäler Val Bedretto und Urserental verbindend. Es ist der Raum, wo Urner-, Berner-, Walliser-, Tessiner-, Bündner- und Glarneralpen zusammenlaufen. Wo Reuss, Aare, Rhône, Tessin und Rhein entspringen. Es ist der Raum, in dem sich einem Kreisel gleich Verkehrswege aus allen Himmelsrichtungen vereinigen. Es ist der Ort, der das italienische vom deutschen Sprachgebiet trennt und verschiedene Kulturräume Europas abgrenzt und gleichzeitig wie eine Klammer verbindet. Wo der Bau des Stiebenden Steges seinerzeit erlaubte, die kürzeste Alpenquerung dem Durchgangsverkehr zu öffnen, was der damaligen Bevölkerung die Reichsfreiheit brachte und ihr in der Folge gestattete, den Grundstein zur Eidgenossenschaft zu legen. Das wahrlich majestätische Gotthardmassiv, oft als Herz der Schweiz und als Dach Europas bezeichnet.

Doch der Gotthard bedeutet für das Schweizervolk noch viel mehr als diese unbestreitbaren topographischen Angaben vermuten lassen. Für uns weist der Gotthard, auch aktuell, zudem eine patriotische, eine staatspolitische, eine europäische und eine militärische Dimension auf. In den betreffenden zum Teil geschichtlich-mythologischen Bereichen offenbart sich ein wahrer Schatz an Lebenserfahrung, welcher sich tief in die Volksseele eingeprägt hat. Naturgemäss ist einiges davon beweisbar, anderes darf geglaubt werden. Leider führte dieser Umstand im Verlaufe der letz-

ten rund 150 Jahre immer wieder zu oft hässlichen Disputen zwischen streng wissenschaftlich und patriotisch Denkenden. Dabei wurde gelegentlich vergessen, dass es auf diesem Gebiet nicht darum geht, ob etwas beweisbar ist, sondern was es im Volk bewirkt. Oft scheint mir gar nicht die Wahrheitsfindung das Ziel solcher Streitereien zu sein, sondern die aus parteipolitischen oder ideologischen Gründen ins Auge gefasste Zerstörung beziehungsweise Verhinderung der Wirkung.

Die patriotische Komponente des Gotthards trat der Bevölkerung früher am ehesten anlässlich von 1. Augustreden ins Bewusstsein. Wer selbst schon einmal eine solche Ansprache gehalten hat, weiss aus eigener Erfahrung, dass uns eine gehaltsvolle Geburtstagsrede, wenn es denn eine solche sein soll, kaum ohne die Erwähnung des Gotthards gelingen wird. Zu viele Bezüge und Gefühle sind mit diesem Begriff verbunden im Zusammenhang mit der Gründung der Eidgenossenschaft, Wilhelm Tell, Handel, Verkehrswege, Marignano, Neutralität, Mittlerrolle, Erster und Zweiter Weltkrieg, Klammer zwischen Kulturen und Sprachen oder NEAT. Da viele jüngere Bürger mangels Geschichtswissen diesem Themenkreis kaum mehr zugänglich sind oder weil der betreffende Festredner die Wirkung im obenerwähnten Sinne verhindern will, wird auf Gesellschaftskritik oder Utopien ausgewichen, sofern die Organisatoren nicht gar auf eine Bundesfeier verzichten. Anstelle der Freiheit wird dann einfach der neuerdings freie Tag gefeiert, was vielen Leuten offenbar näher liegt. Sogar der jeweilige Bundespräsident bekundet in seiner Ansprache zum Nationalfeiertag öfters Mühe, auf das eigentliche Thema sprechen zu kommen. Das war anders, als es Mitte des vorletzten Jahrhunderts nach dem Untergang der Alten Eidgenossenschaft und der Unterwerfung durch Napoleon, jahrzehntelangem Hin und Her, dem Sonderbundskrieg und der anschliessenden Schaffung der heutigen Eidgenossenschaft darum ging, der neu aus 22 Kantonen zusammengefügten Nation versöhnende Gemeinsamkeiten, Gemeinschaftssinn und eine Identität zu vermitteln. Um gedeihen zu können, braucht ein freier Staat neben der grundlegenden Verfassung eine Fahne, um die sich das Volk scharen kann, eine feste Währung, welche einen geordneten Handel im Innern und mit dem Ausland erlaubt und eine glaubwürdige Armee, welche die nötige Sicherheit gewährleistet. Dies alles brachte die Bundesverfassung von 1848.

Die Volksseele verlangt aber zusätzlich Nahrung fürs Gemüt. Eine Nationalgeschichte, in der jedermann die Spuren seiner Vorfahren erahnen kann und so die Möglichkeit erhält, sich mit dem Staat zu identifizieren. Leistungen der Ahnen, auf die man Stolz sein kann. Leitbilder vermittelnde Idealfiguren wie die Helvetia, Tell, Winkelried, Niklaus von Flüeh, Pesta-

lozzi, Dunant. Eine Landeshymne. Und als Herz der Schweiz den Gotthard. Nicht eine Stadt, auch nicht eine bewohnte Landschaft. Nein, ein karges, felsiges, unbewohntes und daher neutrales Gebiet, das alle ohne Neid als ideelles Zentrum der Schweiz akzeptieren konnten. So bauten Geschichte, Mythos und das psychologische Geschick der damaligen Politiker, Pädagogen und Kulturschaffenden den 22 verschiedenen Volksteilen eine Brücke zur gemeinsamen Identität. Was soll daran so schlecht sein, dass man es bekämpfen müsste? Und als fast hundert Jahre später, während des Zweiten Weltkriegs, die Schweiz von den Achsenmächten umgeben war und General Guisan das Alpenréduit beziehen liess, da die Mittel nicht ausreichten um die ganze Länge der Grenze zu schützen, wurde das Gotthardmassiv zum Symbol des Widerstandes gegen die Tyrannei. Wer das Réduit heute ins Lächerliche zieht oder diesen Begriff missbraucht, um unsere patriotisch-konservativen Kreise zu verunglimpfen und damit all jene zutiefst verletzt, welche die Strapazen des Aktivdienstes oder der Anbauschlacht bestanden haben, handelt unanständig und unverantwortlich.

Die staatspolitische Bedeutung des Gotthards lässt sich weitgehend aus dem oben Gesagten ableiten. Hervorstechend sind sicher die Auswirkungen der eingangs erwähnten topographischen Verhältnisse und die sich daraus ergebenden Zentralfunktionen, am wichtigsten wohl die Verbindung zu den Mitbürgern im Kanton Tessin und zu Italien. Grösste Bedeutung für das ganze Schweizervolk erlangte die Festung Gotthard innerhalb des Réduits im Zweiten Weltkrieg . Für viele Aktivdienstveteranen, heute alle im Seniorenalter stehend, behält der Gotthard seinen mythischen Glanz. Wer von der Nachkriegsgeneration in die glückliche Lage kam, seine Militärdienste in der Gebirgsdivision 9 leisten zu können, war fast in jedem Tal rings um den Gotthard mindestens einmal einquartiert, lernte deren Landschaft, Kultur und Menschen näher kennen. In zentralen Diensten ergaben sich viele Kontakte, vor allem von Offizieren aus den zum Zentralmassiv gehörenden Tälern, was das Verständnis und Zusammengehörigkeitsgefühl stärkte und später auch im zivilen Bereich das Einvernehmen und die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Talschaften erleichterte. Staatspolitisch betrachtet steht daher der Gotthardraum in erster Reihe, und das dürfte trotz allen Unkenrufen so bleiben.

Die symbolhafte Klammer- und Mittlerfunktion des Gotthards weist auch eine europäische Dimension auf. Während Jahrhunderten haben sich die Urner, Walliser, Tessiner und Bündner bezüglich Sprachen, Ländereien, Wasser, Pässen, Zöllen und Viehrechten gerauft, um dann zur Einsicht zu gelangen, dass Kraft und Geld in gemeinsamen Unternehmungen

besser angelegt sind als in Streitereien. Getreu dem Grundsatz: Getrennt marschieren, gemeinsam schlagen, oder auf den zivilen Bereich zugeschnitten: Getrennt leben, gemeinsam handeln, entstand die Lebensgemeinschaft Gotthard. Die einzelnen Talschaften behielten ihre Eigenständigkeit, ihre Sprache und ihre Kultur. Wenn es aber nötig war, spannte man zusammen. Mit der Zeit dehnte sich diese Art des Zusammenlebens im Rahmen der Eidgenossenschaft, oft leider unter erheblichen Schwierigkeiten, mit gelegentlichen Rückfällen und Unterbrüchen, auf die ganze Schweiz aus. Die Entwicklung dieser Kultur des friedlichen Zusammenlebens von verschiedenen Volksteilen, Kulturen, Sprachgebieten und Konfessionen ist eine einzigartige Leistung unserer Vorfahren, welche es unbedingt für die Nachkommenden zu bewahren gilt. Im Buch „25mal die Schweiz" von Fritz René Allemann wird eindrücklich beschrieben, warum Berner vor allem Berner, Genfer Genfer und Appenzeller Appenzeller sind und erst nachher Bürger dieses Landes. Bewundernswert an unserem System ist, dass dabei Eidgenosse und Kantonsbürger sein kein Konkurrenzverhältnis bildet. Wir sind gleichzeitig Eidgenossen und Kantonsbürger und erst in zweiter Linie als Glied des in den Bundesstaat eingebundenen Kantons auch Schweizerbürger. Aeusserlich wird dieser Sachverhalt bei der Regelung des Bürgerrechtes augenfällig. Niemand kann einfach Schweizerbürger werden. Man wird zuerst in das Bürgerrecht einer politischen Gemeinde und des betreffenden Kantons aufgenommen und wird dadurch auch Schweizerbürger. Die sich hieraus ergebende Rangfolge Eidgenossenschaft, Kanton/Gemeinde, Bundesstaat ist gerechtfertigt, da sich der Bundesstaat, das heisst die Bundesverfassung, laufend den Bedürfnissen anpassen kann und das auch tut, während die Eidgenossenschaft unverändert auf dem Fundament des Bundesbriefes von 1291 steht: Im Namen Gottes des Allmächtigen, angesichts der Arglist der Zeit, wollten sich die drei Talschaften zusammentun, um sich mit Rat und Tat wider alle und jeden zur Wehr zu setzen, die ihnen oder einem von ihnen Gewalttat, Beschwerde oder Beleidigung zufügen würden. Sie wollten zudem keine fremden Richter dulden oder solche, die sich ihr Amt erkauft hätten. Wichtig sind im ersten Bundesbrief auch die Regelung der Schiedsgerichtsbarkeit, der Ahndung von Verbrechen und das einheitliche Verhalten bei Pfändungen, welche überdies soweit wie möglich zu verhindern seien. Und: Der Bund soll ewig dauern. Jahrhundertelang wurde dieser Schwur regelmässig anlässlich der Tagsatzung durch die Abgeordneten der Alten Orte feierlich erneuert. In diesem Geiste entwickelten sich die anfänglich kleine Eidgenossenschaft zum lockeren Staatenbund, ähnlich einer Traube, aus dem dann 1848 der neue Bundesstaat, vergleichbar mit einer

Orange mit Schnitzen wurde. Dieses Modell des friedlichen Zusammenlebens von vielen sehr unterschiedlichen Volksgruppen hat schon früh in Europa und darüber hinaus Bewunderung und oft auch ein bisschen Neid geweckt. Winston S. Churchill äusserte in seiner Züricherrede 1946 dann die Idee, dass das durch den Zweiten Weltkrieg zerschlagene Europa nach dem Vorbild der Schweiz neu erstehen könnte. Leider wurde Churchills Botschaft kaum gehört und von den Politikern Europas in der Folge ignoriert. Die EU entwickelt sich unter Deutschlands Führung immer deutlicher zu einem kolossalen zentralgesteuerten Gebilde in dem die Eidgenossenschaft als föderalistisch strukurierter direktdemokratischer Staat, ohne Verzicht auf für uns wesentliche Volksrechte, keinen Platz finden kann.

Die militärische Bedeutung des Gotthards war in all den verflossenen Jahrhunderten beträchtlich, während des Zweiten Weltkrieges phasenweise sogar enorm. Nach dem Bezug des Réduits bildete er das zentrale Bollwerk mit Rochaden nach allen vier Himmelsrichtungen, gesichert durch die feuerträchtigen Festungen bei Martigny und Sargans sowie die vielen starken Artilleriewerke und Befestigungen im Voralpengebiet. Dabei bildeten auch die vorbereiteten Sprengungen, mit welchen die Verkehrsachsen für Monate hätten unbrauchbar gemacht werden können, einen ausserordentlichen Trumpf in der Hand des Bundesrates, waren die Achsenmächte Deutschland und Italien doch auf eine, wenn auch durch unsere Neutralitätspraxis stark eingeschränkte Transportmöglichkeit durch Gotthard und Simplon angewiesen.

Im Sommer 1940 liess Hitler recht detailliert die Unterwerfung der Schweiz planen und mit Italien über die Aufteilung unseres Staatsgebietes verhandeln. Damals spielte in der italienischen Lagebeurteilung, wie ich erst seit der Lektüre des Werkes „Der Schweizerische Generalstab, Band 8“ von Generalstabchef a D Hans Senn weiss, der Gotthard wieder eine für uns schicksalhafte Rolle. Obschon Mussolini 1940 an Hitler schrieb, die unbegreifliche Feindseligkeit der Schweiz werfe die Frage ihrer weiteren Existenz auf, war er uns offenbar doch recht gut gesinnt. Er liess intern verlauten, er wolle uns nicht in einen Krieg verwickeln. In der herrschenden Lage widerspreche die Ausdehnung der Grenze zum von starkem Expansionsstreben erfüllten Deutschland dem gesunden Menschenverstand. Eine Aufteilung der Schweiz würde zudem zu Zwistigkeiten zwischen Deutschland, Italien und Frankreich führen. Demgegenüber hätte es die historisch gewachsene Willensnation Schweiz bisher verstanden, die bestehenden Gegensätze zu überbrücken. Trotz dieser Einsicht hatte er die Aufteilung der Schweiz nach italienischen Interessen bereits früher planen lassen. Falls Hitler die Schweiz als reduzierten Pufferstaat weiterhin beste-

hen lassen wollte, beanspruche Italien die italienischsprechenden Gebiete der Schweiz. Sollte die Schweiz aber zwischen Deutschland, Italien und Frankreich aufgeteilt werden, verlange Italien die Verlegung seiner Grenze auf den Kamm der Berner- und Glarneralpen, Schöllenen inklusive. Dadurch würde seine Grenze von 750 km auf 320 km verkürzt und es müssten davon nur 40 km verteidigt werden, da der Rest unwegsam sei. Mussolini suchte also die beste Verteidigungslinie mit dem Gotthard als leicht zurückversetzter Bastion. Am 17. Juni 1940 erklärte der italienische Gesandte in Bern seinem deutschen Kollegen Köcher, Mussolinis Haltung. Dieser wies die italienischen Gebietsansprüche klar ab. Auch weitere Besprechungen führten zu keiner Einigung in dieser Frage, da Hitler und Mussolini sich gegenseitig die Beuteteile nicht gönnen mochten. Später waren nie mehr genügend Divisionen verfügbar, welche einen erfolgreichen Feldzug gegen die Schweiz ermöglicht hätten. So war der Gotthard einer der Spiesse, welche die Achsenmächte davon abhielten, in die Schweiz einzufallen.

Es ist sicher, dass Bollwerk und kürzeste Nord-Südverbindung Gotthard mit beiden Zugängen im gleichen Staat den realen und den symbolischen Nennwert für unser Land und für Europa auch in der Zukunft behalten werden.

Morgarten 1315

Es soll sich hier nicht darum handeln, alle von den Eidgenossen bestandene Schlachten zu beschreiben. Einige aber doch. Dies hängt mit dem Umstand zusammen, dass bedeutende Aenderungen in aller Welt oft durch Kriege erreicht oder durchgesetzt wurden. Krieg ist das letzte Mittel der Politik, seit eh und je. Seien es Kriege zwischen zwei oder mehreren Ländern oder Bürgerkrieg. Dies ist wahrlich keine schöne Seite menschlicher Politik, aber es ist leider wahr. Wenn wir hier von Schlachten oder Kriegen berichten, geht es in der Regel nicht um die Waffengänge als solche, sondern um die Lehren aus deren Ursachen und Nachwirkungen. Bei der Schlacht am Morgarten liegen die Dinge sogar noch etwas anders. Hier lässt sich zusätzlich eine wichtige allgemein gültige Kampfdoktrin ableiten.

Seit der Beeidung des Ersten Bundes der Eidgenossen sind gut zwanzig Jahre vergangen, eine hektische Zeit voller Wirren. Nach Rudolf von Habsburgs Tod folgen in dieser kurzen Zeit fünf Neugekrönte, zweimal allerdings zwei gleichzeitig, weil sich die Grossen nicht auf einen Anwär-

ter einigen können. Die Eidgenossen setzen jeweils auf denjenigen, welcher ihnen am freundlichsten gesinnt ist, also sicher nicht auf einen Habsburger. Dieses Fürstenhaus bedrängt die Waldstätten andauernd und allerorts. Zudem begünstigt dieses das Kloster Einsiedeln, mit dem die Schwyzer um Grenzziehungen im Streit liegen. Im Winter 1314 überfallen diese das Kloster, plündern es aus und führen die Mönche in Gefangenschaft. Der österreichische Gegenkönig und der Bischof von Konstanz belegen die Eidgenossen darauf mit Acht und Bann, was wirtschaftlich einem Handelsembargo gleichkommt. Zudem sollen diese durch eine Strafexpedition bestraft und in die Knie gezwungen werden.

Die mit dieser Aktion beauftragten Herzöge Friedrich und Leopold planen sorgfältig. Sie befehlen dem habsburghörigen Luzern, den Waldstättern Markt und Seeweg zu sperren und boykottieren den Gotthardverkehr. Im November 1315 ziehen sie im Aargau ein Heer zusammen mit über 2000 Berittenen und Fussvolk in grosser Zahl.

Aber auch die Eidgenossen, durch ihren Späherdienst, wie man damals den heutigen Nachrichtendienst nannte, gewarnt, treffen ihre staatspolitisch und taktisch klugen Vorbereitungen. Um einen Mehrfrontenkrieg zu vermeiden, schliessen sie einen Waffenstillstand mit den des Urnerbodens wegen erbosten Glarnern und sichern sich die Unterstützung des noch habsburgischen Urserentales. An den Ausfallstrassen gegen Aegerisee, Zug und Küsnacht und bei Stansstad werden Sperren errichtet. Im seit Generationen dauernden Streit mit den Habsburgern haben sie das Waffenhandwerk gelernt, regelmässig geübt und in vielen Einsätzen zugunsten von Verbündeten oder ihnen gutgesinnter Fürsten erprobt. Die kampferfahrenen Führer beherrschen ihre Taktik und die dem Gelände und der Ausrüstung angepasste Gefechtstechnik. Und sie und ihre Truppen wissen, wofür sie kämpfen.

Mitte November setzen die Herzöge ihre Truppen in Bewegung. Während Herzog Friedrich über den Brünig in Unterwalden einfallen soll, will Herzog Leopold über Zug angreifen. Er plant dem Zugersee entlang in die Waldstätten einzumarschieren und die unbotmässigen Bauern in einer kurzen und einfachen Aktion zu bestrafen. Er macht sich über deren Ablauf nicht gross Gedanken, in österreichischen Adelskreisen gelten die Eidgenossen als dumme Bauern, welche wohl wild dreinzuschlagen, aber keineswegs einen Krieg zu führen wüssten. Diese überhebliche Beurteilung des Gegners macht ihn leichtsinnig und lässt ihn wichtige Gebote der Kriegführung vergessen. Er ändert kurzfristig den Angriffsplan und marschiert statt in Richtung Arth in engem, unübersichtlichem und für Beritte-

ne ungeeignetem Gelände dem Aegerisee entlang, ohne Aufklärung und ohne den Verhältnissen angepasste Gliederung.

Die Eidgenossen, durch ihre Späher über Leopolds Kurswechsel orientiert, verschanzen sich in einer Hinterhangstellung am Morgarten, dort wo der Weg, eingeengt zwischen Berg und Sumpf, dem Gegner weder Entfaltung noch Kampfaufstellung erlaubt. Diszipliniert, still verharrend, lassen sie den Feind teilweise vorbeiziehen. Im geeigneten Zeitpunkt lösen sie die technisch raffiniert vorbereiteten Steinlawinen und Baumstämme, welche auf die Ahnungslosen hinunter prasseln. Darauf fallen sie ihnen breit in die Flanke. Der derart überraschte Leopold ist chancenlos. Die mit schweren Panzern bewehrten Reiter können ihre Ueberlegenheit nicht ausspielen und werden erschlagen oder in Sumpf und See getrieben. Wer kann, flüchtet in panischer Unordnung rückwärts. Die Kunde vom sensationellen Sieg der Urner und Schwyzer verbreitet sich wie ein Lauffeuer durch die Lande, worauf sich auch der bereits in Unterwalden eingedrungene Herzog Friedrich über den Brünig talabwärts zurückzieht. Drei Wochen später erneuern die Waldstätten den Bund von 1291 und verfassen die präzisierten Bestimmungen erstmals in deutscher Sprache. Von jetzt an treten Urner, Schwyzer und Unterwaldner nach aussen geschlossen als Eidgenossenschaft auf, geniessen die Achtung der benachbarten Städte und Landschaften und werden bald feststellen, dass einige davon sich sobald wie möglich ebenfalls dem Bund anschliessen möchten.

Soweit ist dieser Teil unserer Entstehungsgeschichte durch Quellen bewiesen. Namen wurden darin kaum genannt, Stauffacher ist eine Ausnahme. Geprägt durch ihr genossenschaftlich und demokratisch gestaltetes Leben traten die Eidgenossen nach aussen als Gemeinschaft in Erscheinung. Die mündliche Ueberlieferung von Generation zu Generation nannte jedoch Namen und Orte, wie Rütli, Tell und Gessler. Dadurch wurde die Entstehungsgeschichte erzählbar und einprägsam, was für den Erhalt des Gemeinschaftssinns von grosser Bedeutung war.

Welches ist nun die Lehre aus der am Morgarten angewandten Taktik? Schauen wir kurz zurück. Die Schwyzer zogen nicht aus, um den Gegner bereits in seiner Bereitstellung anzugreifen, was auch möglich gewesen wäre. Sie erwarteten den Angreifer innerhalb ihrer Marchen. Im Flachland wäre der gepanzerte Gegner schneller, stärker, überlegen gewesen. In der Regel ist ein Angreifer dadurch bevorteilt, dass er Zeit und Ort des Angriffs bestimmen kann. Durch kluge Ausnützung des Geländes kehrten die Eidgenossen diesen Grundsatz um, zwangen Leopold zum Kampf an der für ihn ungeeignetsten Stelle und beraubten ihn dadurch seiner durch die Reiterei gewonnenen Ueberlegenheit und jeder Entschlussfreiheit. Die

geniale Bereitstellung von Steinlawinen und Baumstämmen im Hinterhalt verminderte zudem sein gewaltiges zahlenmässiges Uebergewicht. Der Umstand, dass sie im Anmarschgebiet des Gegners viele Leute zu ihren Freunden zählen konnten und ein gut ausgebauter Beobachtungs- und Kundschafterdienst, versetzten sie in die komfortable Lage, die Absichten Leopolds frühzeitig erkennen und ihre Kräfte am entscheidenden Ort konzentrieren zu können. Diese Verteidigungstaktik kontrastierte extrem zur Kampfweise der Fürsten, welche ihre Heere vorzugsweise im übersichtlichen Flachland aufeinanderprallen liessen. Der Erfolg in der Schlacht am Morgarten bestärkte die Eidgenossen im Wissen, im Verbund mit ihrem Gelände jedem gepanzerten und berittenen Gegner überlegen zu sein. Dieser Erkenntnis versuchten die eidgenössischen Truppen später stets nachzuleben. Taten sie es nicht, oder konnten sie nicht entsprechend handeln, zahlten sie jeweils einen hohen Blutzoll. So auch bei Marignano 1515, in dessen Folge bei den Eidgenossen der Entschluss reifte, künftig auf grossmachtpolitische Eskapaden zu verzichten, sich nicht mehr in fremde Händel einzumischen und nur noch Miliztruppen zur Verteidigung des eigenen Gebietes zu unterhalten. Marignano war eine der beiden Wurzeln unserer Neutralität, der bald danach aufbrechende konfessionelle Gegensatz die zweite. Denn im konfessionellen Zeitalter hätte jedes Engagement die Eidgenossenschaft entlang der Konfessionsgrenzen entzweibrechen lassen müssen. Dies erkannten die massgeblichen Einsichtigen unter den Ratsherren und „blieben still sitzen“.

Der Einwand, später seien trotzdem Söldner in fremde Dienste gezogen, ist nicht richtig. Es wäre im Gegenteil gar nicht möglich gewesen, eine bessere Garantie gegen fremde Angriffe zu finden, als den reichsten und damit mächtigsten Fürsten die Möglichkeit zu geben, Söldner zu rekrutieren. Diese wollten sie nicht verlieren oder gar gegen sich haben. So besassen sie mit jedem Schweizer in ihren Reihen einen Grund mehr, uns in Ruhe zu lassen. Die Fremden Dienste sind aber trotzdem ein trauriges Kapitel in unserer Geschichte. Gar oft blieb den jungen Burschen in unseren Alpentälern und auf dem Land aus wirtschaftlichen Gründen keine andere Wahl als Handgeld zu nehmen.

Der Grundsatz der Nichteinmischung in fremde Händel bezog sich auf das staatliche militärische Handeln der Orte. Quasi private Söldnerregimente waren aber bis ins vorletzte Jahrhundert hinein im Ausland im Einsatz. Oft ernteten sie Ruhm, dann haben sie aber auch qualvolle Kriegsgeschichte geschrieben. Gesondert zu beurteilen ist die durch Napoléon befohlene Rekrutierung von Truppen für seinen Russlandfeldzug während der einzigen kurzen Zeit schweizerischer Unfreiheit am Anfang

des 19. Jahrhunderts. Inzwischen ist uns Schweizern die freiwillige Dienstleistung in fremden Armeen verboten, was nicht heisst, dass nicht auch heute noch dieser oder jener aus irgendwelchen Gründen abhaut und sich in der Fremdenlegion oder anderenorts anwerben lässt. Sofern er später in die Schweiz zurückkehrt, muss er sich vor einem Militärgericht verantworten und wird in der Regel recht hart bestraft.

Die von den alten Eidgenossen entwickelte und oft erprobte Verteidigungstaktik wird, der technischen Entwicklung angepasst, in unserer Armee bis heute und sicher auch morgen befolgt. Bereits die frühen Befestigungsanlagen trugen diesen Gesichtspunkten Rechnung. Grosse Bedeutung erlangten sie im Zeitalter der Kampfpanzer, wo wir lernten, Infanterie- und Panzergelände zu scheiden, auch diesen Gegner dort zu stellen, wo er seine Ueberlegenheit nicht ausnützen kann. Die konsequenteste Anwendung erfuhr diese Taktik, als sich General Guisan im Zweiten Weltkrieg infolge der Umklammerung durch die Achsenmächte gezwungen sah, sich mit dem Gros der Armee unter Belassung eines relativ schwachen Grenzschutzes in der Alpenfestung, dem Réduit, zur Verteidigung einzurichten. Bundesrat und General waren mit dem grössten Teil des Schweizervolkes fest entschlossen, den Alpenraum als Kern des Landes und damit die Staatsidee Schweiz bis auf den letzten Blutstropfen zu verteidigen. Damals wie heute waren Gliederung, Bewaffnung, Logistik und Ausbildung unserer Armee ausgerichtet auf die Verteidigung unseres Staatsgebietes. Unsere Armee wäre nicht befähigt, ein grösseres ausländisches Gebiet zu erobern und dauernd besetzt zu halten. All unser militärisches Tun richtet sich also darauf aus, unser eigenes Land zu verteidigen, nicht aber einen unserer Nachbarn anzugreifen.

Seit jeher träumt die Menschheit von einer Welt ohne Waffen. Wahrlich ein erstrebenswerter Zustand, welcher aber wohl noch für lange Zeit Utopie bleiben wird. Eine Zwischenlösung könnte die Nachahmung des schweizerischen Modells darstellen, das heisst, alle Staaten würden nur eine Verteidigungsarmee unterhalten. Man sage nicht, dies sei unmöglich. Die Völkergemeinschaft kann dies beschliessen und unter Einsatz aller politischen, wirtschaftlichen und notfalls militärischen Mittel durchsetzen, wie es im Fall von Irak geschehen ist. Fraglich ist, ob die Völker der Erde je den für eine solche Regelung nötigen Willen, die Kraft und das Vertrauen in die gegenseitige Vertragstreue besitzen werden. Es ist vorstellbar, dass alle Völker über den Willen und die Mittel verfügten, sich selbst, ihr Land und ihre Freiheit zu verteidigen, nicht aber über die Fähigkeit, einen Nachbarn ernsthaft zu bedrohen. Es gibt viele Wenn und Aber und der Preis wäre hoch. Die UNO müsste als eine Art Weltpolizei eine mächtige

Interventionstruppe bilden, die wohl aus Freiwilligen zu rekrutieren wäre. Und wir hätten weiterhin das Problem, dass die UNO mit fünf mit dem Veto-Recht ausgestatteten Sicherheitsratsmitgliedern nur dann und dort zur Sache schauen könnte, soweit es den Interessen dieser Veto-Staaten entsprechen würde. Und wer wollte, wer könnte das alles bezahlen? Also bleibt wohl auch dies noch für lange Zeit ein Wunschtraum und wir bleiben vorläufig am besten bei unserem bewährten Verteidigungssystem.

Die Eidgenossenschaft wächst

Zwischen 1332 und 1353, also innert nur zwanzig Jahren, erweiterte sich die Eidgenossenschaft um eine zusätzliche Landschaft, drei Städte und einen Gemeindeverband. Dies waren 1332 Luzern, 1351 Glarus, 1351 Zürich, 1352 Glarus und Zug und 1353 das bereits damals mächtige Bern. Damit traten acht unter sich sehr verschiedene Orte miteinander in eine Verbindung, die wohl gemeinsame Macht, später aber auch Streit und Gefahren zeitigte.

Da waren Uri, Schwyz, Unterwalden und Glarus, deren Geschicke je durch eine, von einem abwählbaren Landammann geleitete Landsgemeinde gelenkt wurden, dort durch Adlige oder Zünfte dominierte Städte mit einem Bürgermeister oder Schultheissen an der Spitze, welche aber auch Rechenschaft schuldig waren und abgewählt, ja bestraft werden konnten. Wer es nicht glaubt, lese die Lebensbeschreibungen Adrians von Bubenberg und Hans Waldmanns.

Die Entwicklung zur Achtörtigen Eidgenossenschaft war folgerichtig. Strategische Ueberlegungen mussten zum Bestreben führen, sich möglichst ringsum mit Gleichgesinnten zu umgeben. Die damaligen Entscheide wirken sich bis in die heutige Zeit aus. Die Art, wie sich der Zusammenschluss der Acht Orte im einzelnen abspielte, ist für die Entstehung der Staatsidee Schweiz von grosser Bedeutung.

Am Morgarten mussten als Untertanen Oesterreichs auch die Luzerner an der Seite Leopolds kämpfen, was die Eidgenossen so erboste, dass sie anschliessend dem Luzernermarkt fernblieben. Dies bewirkte in der Stadt Luzern einen wirtschaftlichen Niedergang, weil das Handels- und Handwerksgewerbe an Kundschaft einbüsste. Da beide Seiten unter diesem Zustand litten, setzten sich deren Vertreter zusammen und bereinigten den Streit. Viele Luzerner hätten gerne auch zur Eidgenossenschaft gehört. Sie bewunderten deren Entschlossenheit frei zu bleiben und den gezeigten Mut, dafür zu kämpfen. Andere wollten lieber unter dem Schutz der

Oesterreicher verharren. Dieser Streit wogte einige Jahre hin und her, dann obsiegte die eidgenössisch gesinnte Partei und 1332 wurde die Stadt Luzern in den Bund aufgenommen. Im Bundesbrief stand, wie es Dr. E. Burkhard um 1940 in seiner „Welt- und Schweizergeschichte“ sinngemäss wiedergibt: “Wird eines der Bundesglieder ungerecht angegriffen, so sollen die andern auf eigene Kosten Hilfe bringen. Bricht zwischen der Stadt und den Eidgenossen ein Streit aus, soll er auf friedliche Weise geschlichtet werden.“

Zürich hatte sich in jener Zeit zu einem wichtigen Handelsplatz entwickelt. Adlige und Kaufleute regierten die Stadt, die Handwerker hatten nichts zu sagen. 1336 stellte sich der schlaue und herrschsüchtige Ritter Rudolf Brun an die Seite der Handwerker und ertrotzte eine neue Regierungsordnung. Als nunmehr mächtigster Mann von Zürich, liess er sich zum Bürgermeister wählen. Adlige und Kaufleute zettelten gegen ihn jedoch eine Verschwörung an, welche er aber zerschlug. Als er die seine Feinde unterstützende Stadt Rapperswil belagerte und einnahm, entschlossen sich die Oesterreicher zu einem entscheidenden Gegenschlag. Zürich brauchte daher Unterstützung, so kam es 1351 zum Bund mit den Eidgenossen.

Die Glarner, in früheren Jahren Gotteshausleute des Klosters Säkkingen und von den Oestereichern beherrscht, beneideten die nunmehr freien Eidgenossen und liessen diese wissen, dass sie gerne ebenfalls zu ihnen gehören möchten. Im Winter 1351 besetzten die Eidgenossen das Glarnerland und schlossen 1352 einen Bund. Da aber die Glarner nicht durch eigene Kraft (!) frei geworden waren, wurden sie vorerst nicht als Gleichberechtigte aufgenommen. Sollten die Eidgenossen angegriffen werden, mussten die Glarner zu Hilfe eilen. Passierte das Gleiche den Glarnern, wollten die Eidgenossen den Streitfall zuerst prüfen.

Zug, damals ebenfalls österreichisch, bildete nun einen Riegel zwischen den eidgenössischen Stammlanden und dem neuen, aber wichtigen Handels- und Industriezentrum Zürich. Wenige Tage nach der Befreiung von Glarus zogen daher die Eidgenossen aus zur Belagerung von Zug . Die Zuger wehrten sich für ihren habsburgischen Landesherrn, waren aber zu schwach und forderten seine schnelle Hilfe. Als er sie, wie sie im Stillen gehofft hatten, leichthin aufforderte, die Stadt vorläufig den Eidgenossen zu überlassen, er wolle sich dann später um sie kümmern, waren sie erleichtert, übergaben die Stadt und schlossen mit den Eidgenossen einen ewigen Bund.

Bern war 1218 nach dem Tode des letzten Zähringers wieder ans Deutsche Reich gefallen und wurde freie Reichsstadt, das heisst, auch sie

unterstand nunmehr direkt dem Kaiser, erlangte also die damals grösstmögliche Freiheit. Die Berner gaben sich ein Parlament, den Grossen Rat mit zweihundert Vertretern, eine zwölfköpfige Regierung, den Kleinen Rat und setzten einen Schultheissen an ihre Spitze. Bern wollte nach der Oeffnung des Gotthardweges nicht umgangen werden und dehnte sein Herrschaftsgebiet daher aareaufwärts bis ins Haslital aus, wodurch es ein Stück gemeinsame Grenze mit den bereits befreundeten Eidgenossen schaffte. Als auch Laupen bernisch wurde, entschlossen sich 1339 mehrere feindliche Grafen gegen Bern ins Feld zu ziehen und belagerten Laupen. Die Berner mit den an ihrer Seite kämpfenden Waldstättern stritten unter der hervorragenden Führung von Rudolf von Erlach todesmutig und errangen den Sieg. Die durch diesen grossen Erfolg gefestigte Freundschaft führte 1351 zu einem ewigen Bund zwischen Bern und den Waldstätten. Wenige Tage später verbündeten sich auch die Stände Zürich und Luzern mit Bern.

Wir haben gesehen, unter welch verschiedenen Vorzeichen die nunmehr verbündeten Orte vorher gelebt hatten und wie unterschiedlich die zum Eintritt in den Bund führenden Ereignisse waren. Die Symbiose von Stadt und Land war wohl einer der weisesten Entschlüsse der Eidgenossen, entstand dadurch doch zwischen den beiden Polen Stadt und Land ein Kraftfeld mit enormer Spannung. Deren Nutzung, die dadurch erlangte Kraft und Macht, konnte sich positiv und negativ auswirken, doch davon später mehr.

Hier sei zum Abschluss festhalten: Alle acht bisher in die Eidgenossenschaft eingetretenen Orte haben diesen Schritt freiwillig getan. Die Verpflichtungen betrafen nur Bereiche, in denen man der Unterstützung anderer bedurfte. Im übrigen behielten sie die erst jüngst gewonnene und daher noch hochgeschätzte Eigenständigkeit, die eigene Staatsordnung, ihre Kultur, ihre Lebensweise. Diese föderalistische Haltung haben die Kantone bis heute im Rahmen des Sinnvollen bewahrt. Mit Recht, denn nur Dummköpfe geben ihre harterkämpfte Souveränität freiwillig auf. Hingegen lehrt uns die Geschichte und die Gegenwart belegt es, dass Staaten, welche durch fremden Willen frei wurden, wie etwa gewisse ehemalige Kolonialstaaten, aber auch Länder in Europa, die erst in zwanzigsten Jahrhundert republikanisch wurden und bezüglich Demokratieverständnis noch dementsprechend wenig Erfahrung aufzuweisen haben, dazu neigen, ihre Unabhängigkeit leichtfertig zu verschachern (!).

Die ersten eidgenössischen Gesetze

Gesetze sind nicht gerade beliebt und die heutige Gesetzesflut stimmt ärgerlich. Tatsächlich ist sie Ausdruck einer unguten Entwicklung. Denn in einem demokratischen Staat verhält sich die Regelungsdichte indirekt proportional zur politischen Kultur, zur Qualität des Zusammenlebens. Sie ist ein Indikator für das Verhältnis zwischen Gemeinschaftssinn und Egoismus. Vergleichbar mit dem Zusammenleben in einem Haus: Ein Liebespaar kann fast ohne feste Regelungen friedlich leben, weil die beiden sich gegenseitig die Wünsche von den Augen ablesen und nichts tun würden, was dem Partner nicht gefällt, geschweige denn schadet. Sobald aber Kinder kommen, müssen, auch schon aus erzieherischen Gründen, gewisse Regeln aufgestellt, beachtet und nötigenfalls durchgesetzt werden. Denn ein vernünftiges Regelwerk verleiht Sicherheit und Geborgenheit. Der Regelungsbedarf nimmt jedoch mit der steigenden Zahl von auf einem bestimmten Raum Zusammenlebenden zu. Das haben alle auch schon am eigenen Leib erfahren: in der Schule, im Mannschaftsspiel, im Schullager, in der Kaserne. Am meisten Vorschriften müssen im Erziehungsheim oder im Gefängnis aufgestellt werden. Und die gleiche Regel gilt auch im Dorf, in der Stadt und im Staat. Wenn wir alle Engel wären, stellte sich das Problem des Regelungsbedarfs kaum. Ratschläge für ein reibungsloses Zusammenleben ohne Zwang bieten sich zur Genüge an, etwa die Bergpredigt, das Sprichwort „Was Du nicht willst, das man Dir tue, das füg auch keinem andern zu“ oder auch die Malsiebzig-Regel. Sie lautet: Liegt es im Interesse der Allgemeinheit, wenn das was ich zu tun oder zu lassen beabsichtige auch siebzig andere tun? So sicher diese Frage ehrlich bejaht werden kann und entsprechend gehandelt wird, so bestimmt wird das Verhalten richtig sein. Aber eben, wir leben nicht im Paradies und in aller Regel brauchen wir eine Hausordnung, das gilt in der eigenen Stube und ebenso im Vaterland. Leider gibt es heute Leute, die da anders denken. Der Zeitgeist hat im Zuge der antiautoritären Erziehung auch den Begriff „Hausordnung“ negativ belegt. Diese Philosophie ist dumm und kontraproduktiv, ihre schädliche Wirkung offensichtlich. Wer die Gesetzesflut einschränken will, verweigert sich nicht den bestehenden Regelungen, sondern handelt aus eigener Einsicht in Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit so, dass weitere Gesetze nicht nötig sind. Bedauerlicherweise verläuft die Entwicklung bei uns gegenwärtig entgegengesetzt. Immer mehr Gesetze, die immer weniger durchgesetzt werden, wohl immer weniger durchsetzbar sind. Wo führt das hin? Dabei hat alles so gut angefangen - damals, 1370, mit dem Pfaffenbrief.

Den Anstoss gab der latente Gegensatz zwischen Staatsräson und persönlicher Freiheit, ein Problemkreis, welcher auch dem modernen Menschen oft das Leben schwer macht. Im Speziellen handelte es sich hier um die Frage des Rechts auf Selbstjustiz. Friedliches Zusammenleben erheischt eine zuverlässige Rechtsordnung und eine glaubhafte Gerichtsbarkeit. Andernfalls neigen Gruppen oder Einzelpersonen dazu, sich aus eigener Kraft Recht zu verschaffen oder den rechtslosen Zustand für die eigenen Interessen auszunützen. So war es auch im ganzen Gebiet des damaligen Deutschen Reiches in der kaiserlosen Zeit von 1250 bis 1274, dem sogenannten Interregnum. Ritter bis hin zu Räuberbanden nutzten den Umstand, dass die oberste Gerichtsbarkeit fehlte. Die bitteren Erfahrungen in jener Zeit mögen die Eidgenossen von Anfang an im Bestreben bestärkt haben, das Rechtswesen wirksam zu gestalten. Schon im ersten Bundesbrief lehnten sie fremde Richter und solche, die sich dieses Amt allenfalls erkauft hätten ab.

In der Achtörtigen Eidgenossenschaft war wohl das Rechtswesen innerhalb der einzelnen Orte, nicht aber unter den Verbündeten, genauer geregelt. Als 1370 eine private Fehde eskalierte und den Marktfrieden zwischen Luzern und Zürich gefährdete, erkannten die Eidgenossen, dass es nicht angeht, dass jeder einzelne sich selbst Recht verschafft: Künftig sollen Streitfälle zur Beurteilung und zur Bestrafung des Schuldigen vor den Richter gebracht werden. Verletzungen des gesetzten Rechtes sollen streng bestraft werden. Gemeinsam wollen die Orte künftig die Sicherheit der auf ihren Verkehrswegen Reisenden gewährleisten. Da dieser Rechtsvertrag, das erste eidgenössische Gesetz, von einem Geistlichen abgefasst wurde, ging er als Pfaffenbrief in die Geschichte ein.

Als zweites Gesetz beschlossen die Eidgenossen 1393 eine Kriegsordnung, uns unter dem Namen Sempacherbrief bekannt. Dieses war nötig geworden, weil es vorgekommen war, namentlich in der Schlacht von Sempach, dass einzelne oder Gruppen bereits vor dem Ende des Kampfes zur Plünderung übergingen, was unkameradschaftlich war, den Erfolg gefährdete und zu Unordnung und Ungerechtigkeiten führte. Der Sempacherbrief bestimmte daher, dass fortan erst auf Geheiss der Hauptleute geplündert werden durfte und die Beute gerecht zu verteilen sei. Besondere Beachtung verdient die Vorschrift, dass Frauen, Kinder, Alte und Kirchen zu schonen seien und dass keiner der verbündeten Orte und kein einzelner Eidgenosse auf eigene Faust Krieg führen dürfe.

Der Schutz der Wehrlosen war hinfort für die eidgenössischen Truppen Ehrensache. So auch im Sonderbundskrieg 1847. Im Tagesbefehl von General Dufour steht unter anderem: „ ...Euch menschlich und grossmütig

zeigt. Ich stelle daher unter Euern besondern Schutz die Kinder, die Weiber, die Greise und die Diener der Kirche. Wer seine Hand an Wehrlose legt, entehrt sich selbst und befleckt seine Fahne. Gefangene und Verwundete verdienen um so mehr Euer Mitgefühl, als schon viele von Euch mit denselben zusammen in eidgenössischen Diensten gestanden sind...".

Dufours gediegene Gesinnung prägte den ganzen Verlauf des rund einen Monat dauernden Bruderkrieges zwischen dem katholischen Sonderbund und den Tagsatzungstruppen, welcher lediglich 104 Tote und 374 Verletzte forderte. Dass dieser tragische Krieg so human wie möglich geführt wurde, trug wesentlich dazu bei, dass sich die zwei konfessionellen Lager anschliessend versöhnen und im neuen Bundesstaat zusammenfinden konnten. Der durch Dufour in seinem Tagesbefehl neu gefasste Geist des Sempacherbriefes hat sich auch in späteren militärischen Vorschriften niedergeschlagen und ist auch heute Bestandteil unserer soldatischen Ausbildung. In meinen vielen Diensten als Truppenkommandant habe ich oft mit einem stolzen Hochgefühl auf diesen Tagesbefehl hingewiesen. Welch ein Gegensatz zeigt sich doch zwischen dem Verlauf des Sonderbundskrieges und den kürzlichen Ereignissen in Ex-Jugoslawien! Dort hat Dufours Geist nicht geweht! Zum Trost mag gereichen, dass wenigstens das vom Genfer Henri Dunant angeregte und unter Dufours kundiger Leitung gegründete „Rote Kreuz" den dortigen geschundenen Menschen Zuneigung und Linderung brachte.

Aber auch die letzte oben erwähnte Bestimmung des Sempacherbriefes hat sich auf die Gestaltung unseres Militärwesens bis heute ausgewirkt, bildet doch das Verbot der Kriegführung auf eigene Faust eine der Grundlagen unseres Milizsystems.

Erfolg, Ehre, Macht und Uebermut

Die durch die acht nunmehr verbundenen Orte vereinbarte gegenseitige Unterstützung bewährte sich und es ging den einzelnen Orten so gut, dass man etwa hörte, Gott selbst sei Burger von Bern geworden. Das wirkte sich doppelt aus. Einmal dadurch, dass immer mehr Städtchen und Dörfer landauf, landab und das Landvolk rund um die Städte bei den Acht Orten Schutz suchten. Dies wiederum reizte anderseits die Oesterreicher dermassen, dass sie 1386 erneut auszogen um die lästige Eidgenossenschaft zu zerstören und in der Schlacht bei Sempach, nach dem legendären Heldentod Winkelrieds, vernichtend geschlagen wurden.

Fünfzig ruhige Jahre, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten geniessen konnten, kannten die alten Eidgenossen nie. Das 15. Jahrhundert brachte ihnen wohl viel Ehr und Ruhm, aber auch Kriege, Querelen, Neid und Streit im Innern und nach Aussen. Eroberung des Aargaus, Alter Zürichkrieg, ein Bruderkrieg nota bene, St.Jakob an der Sihl und bei Greifensee, St. Jakob an der Birs, Giornico und die Burgunderkriege. Mit allen Mitteln, durch Freundschaft, Kauf, Eroberung und Friedensschlüsse vergrösserten die Eidgenossen ihren Einflussbereich. Der Drang von benachbarten und sogar weiterentfernten Städten, Dörfern und Landschaften, unter den Schutz der Eidgenossenschaft zu gelangen, hielt an. Aber Stolz einerseits, die staatspolitische Klugheit, das zu schützende Gebiet nur im Rahmen der verfügbaren Verteidigungskraft auszudehnen anderseits, führten zu mehreren Mischformen der Verbundenheit. So wurden eroberte Gebiete von den beteiligten Orten gemeinsam verwaltet (Gemeine Herrschaften), andere, befreundete Körperschaften, fanden als Zugewandte Orte Aufnahme in den Bund, allerdings unter etwas ungleichen Bedingungen: Wenn wir je Hilfe brauchen, müsst ihr uns auf eure Kosten helfen; braucht ihr dagegen Hilfe, senden wir Unterstützung nach unserem Belieben. An der Tagsatzung dürft ihr lediglich mit beratender Stimme teilnehmen.

Hier ist ein Wort zur damaligen Tagsatzung am Platz. Die in der Alten Eidgenossenschaft einmal fest, dann wieder lose verbundenen Korporationen kannten keine übergeordnete Regierung im heutigen Sinn. Das verbindende Organ war lediglich die Tagsatzung, die an wechselnden Orten zusammentrat. Die Gesandten mussten nach den Instruktionen ihrer Orte stimmen. Die Mehrheitsbeschlüsse waren für die einzelnen Orte nicht verbindlich, es handelte sich dabei also eher um Empfehlungen.

In der Achtörtigen Eidgenossenschaft waren, wie oben erwähnt vier Landschaften, nämlich Uri, Schwyz, Unterwalden und Glarus mit vier Städten, Zürich, Bern, Luzern und Zug verbunden. Zuerst hatten die Waldstätterorte als Gründer der Eidgenossenschaft das grosse Sagen. Doch die Städter gewannen immer mehr Einfluss. Sie waren weltoffener, redegewandter, ihre Sprachkenntnisse bevorteilten sie in den Verhandlungen mit Frankreich oder Burgund und sie waren reicher, was sich unter anderem auf ihre Bewaffnung auswirkte. Wen wunderts, dass sich die Landorte, mindestens unterschwellig, benachteiligt, oft gar minderwertig fühlten und daher der weiteren Entwicklung des Bundes mit Besorgnis, mindestens aber vorsichtig entgegenblickten?

In den Burgunderkriegen 1476 und 1477 - Grandson, Murten, Nancy - machten die Eidgenossen reiche Beute. Und wie es so geht, solange sie einen gemeinsamen Feind zu bekämpfen hatten, hielten sie zusammen

wie Pech und Schwefel. Aber beim Verteilen der Beute entstand Missgunst und Neid. Zudem wollten die Städte ihrer gewachsenen Bedeutung entsprechend die Bundesverträge neu regeln. Die Landorte dagegen, welche den Städten eine weitere Machtvermehrung nicht zugestehen wollten, waren strikt dagegen(!). Da auf der Tagsatzung das Stimmenverhältnis zwischen Stadt und Land ausgeglichen war und deren Mehrheitsbeschlüsse die Orte nicht band, ein Weiterkommen also nur durch eine allseitige Zustimmung möglich wurde, zog sich die Streiterei über längere Zeit hin. Als die Stadtorte gar noch Freiburg und Solothurn, welche in den Burgunderkriegen wacker an der Seite Berns mitgekämpft hatten und schon lange die feste Einbindung in den Bund begehrten, in die Eidgenossenschaft aufnehmen wollten, kam das Fass zum Ueberlaufen.

Nach monatelangem erfolglosem Streit trat die Tagsatzung im Dezember 1481 in Stans zu einem letzten Einigungsversuch zusammen. Tagelang wurde hitzig, jedoch erfolglos debattiert. Schliesslich rüsteten die Gesandten zum Aufbruch, die Streitfragen sollte das Schwert entscheiden. Es drohte erneut Bruderkrieg. In dieser kritischen Phase holte der Pfarrer von Stans Rat beim weisen und allseits geachteten Einsiedler Bruder Klaus. Dieser ermahnte die Eidgenossen vorerst zur Friedfertigkeit und riet ihnen, wohl Freiburg und Solothurn in den Bund aufzunehmen, aber für die Zukunft „den Zaun nicht zu weit zu stecken“. Sein beschwörender Rat brachte die Abgeordneten zur Besinnung. Sie schlossen einen - heute würden wir sagen typisch schweizerischen - Kompromiss: Freiburg und Solothurn wurden aufgenommen, die alten Bundesbriefe aber blieben auch weiterhin in Kraft. So konnte der Bruderkrieg verhindert werden. Der vermittelnde Bruder Klaus hat vielleicht den Untergang der Eidgenossenschaft verhindert. Mit Glockengeläut wurde der Sieg der Vernunft in allen eidgenössischen Landen gefeiert.

Und was lehrt diese Geschichte uns Heutige? Sicher vorerst das, was damals auch unsere Ahnen lernen mussten: Hochmut kommt vor dem Fall. Nichts ist schwerer zu ertragen, als eine Reihe von guten Tagen. Freiwillige Begrenzung von Landbesitz und Macht. Umgang mit Konflikten unter Freunden. Finden des Kompromisses statt Davonlaufen oder Schädeleinschlagen.

Den Rat, den Zaun nicht zu weit zu stecken, beherzigten die Eidgenossen erst nach den üblen Erfahrungen in den Mailänderzügen. Der weise Grundsatz galt bis heute und wird, so ist zu hoffen, auch weiterhin gelten. Leider aber haben wir von Flüehs weisen Rat nur territorial verstanden, nicht aber wirtschaftlich. Und hier holen uns heute Sünden und Unterlassungen der Vergangenheit ein. Wir laufen zur Zeit Gefahr, zum Spielball

von Multis und Grossbanken zu werden. Darüber wollen wir uns später noch Gedanken machen.

Der bedeutendste „Lehrblätz" war aber bestimmt der Umgang mit Konflikten. Dieses Problem wurde in den folgenden Jahrhunderten zum alles entscheidenden Prüfstein, und er ist es noch heute. Das Zauberwort heisst Kompromiss. Kompromiss. Und Kompromiss zum Dritten. Das heisst zum Teil nachgeben, heisst Suchen der Mittellinie, Finden einer Lösung, mit der alle Seiten leben können. Das heisst „eidgenössisch denken", ein Ausdruck, welcher von unseren Massenmedien kaum mehr verwendet wird. Im Gegenteil, alles was mit dem Begriff „Eidgenosse" zusammenhängt, wird von vielen Medienschaffenden, sicher aber von allen, die der „Political Correctness" (Das bedeutet: Von einer bestimmten Oeffentlichkeit als richtig angesehene Gesinnung) frönen, tunlichst vermieden und sie verhöhnen die politischen Kompromisse, obschon oder vielleicht gerade weil, ohne deren jahrhundertelange Pflege, die Eidgenossenschaft längst zerfallen wäre. Unser Land, mit den vielen Gegensätzen, Kulturen, Sprachen, Konfessionen, Stadt und Land und Berg und Tal lebt von Kompromissen. Wer absichtlich unsere Fähigkeit, in allen Lagen den Kompromiss zu finden untergräbt, zielt auf den Untergang der Eidgenossenschaft.

Mit Staunen stellen wir fest, wie wenig sich doch die Zeiten geändert haben. Meinungsverschiedenheiten zwischen Stadt und Land, das kennen wir doch! Erhitzte Gemüter: Eurofans! Hinterwäldler! Die polemisierende Art und Weise, mit der bei uns mit der Europafrage umgegangen wird, verrät eine kläglich degenerierte Streitkultur. Die Anhänger der „Political Correctness" und die „Neingenossen" könnten bei den alten Eidgenossen einiges lernen, aber das wollen sie gar nicht.

Unser Spitzenindustrieller Hayek hat anlässlich eines Cash-Podiumsgesprächs in Davos sinngemäss gesagt: „Immer wenn wir vor einem Abgrund standen, erhob sich eine weise Persönlichkeit, übernahm Führungsverantwortung und zeigte uns den Weg, beispielsweise General Guisan während des Zweiten Weltkrieges. Diese Person sehe ich zur Zeit nicht".

Tatsächlich braucht die Schweiz heute wieder einen weisen Mann wie Niklaus von der Flüeh, Dufour, Spitteler oder Guisan.

Los vom Reich, die Schweiz wird Grossmacht

„An den Urschweizern gibt es eigentlich nichts zu bewundern, und Helden waren sie schon gar nicht. Die Schlachten waren wilde Keilereien, die Eidgenossen Raufbolde und blutrünstige Schlächter". Ja, lügen denn die Geschichtsbücher? „Nein, nicht direkt, aber es ist alles schöngefärbt. Unsere Geschichte muss von A bis Z neu geschrieben werden. Nein, wir haben keinen Grund, auf unsere Geschichte stolz zu sein". So etwa tönt es heute an gewissen Schulen im Geschichtsunterricht. Was soll das heissen, die Geschichte neu schreiben? Diese Masche klingt verdächtig. Hat nicht Stalin die russische Geschichte, der kommunistischen Doktrin angepasst, neu schreiben lassen? Und Hitler? Und die unselige Deutsche Demokratische Republik? Welch Geistes Kinder sind die Politiker, die unser Land auf solche Bahnen zu drängen versuchen?

Wären denn die vielen erhaltenen Quellen, wie Bundesbriefe und Chroniken, plumpe Fälschungen? Die früheren Historiker käufliche Scharlatane? Bestimmt nicht. Es mag ja sein, dass diese oder jene Schilderung, eine Interpretation vielleicht nicht haargenau der historischen Wahrheit entspricht. Immerhin dürfen wir davon ausgehen, das die uns geschilderten Situationen, Ursachen, Aktionen, Reaktionen, Ergebnisse und Schlussfolgerungen in den wesentlichen Zügen stimmen. Wer die Wurzeln unseres Staates freizulegen versucht, wird verstehen , warum die heutige Schweiz so ist wie wir sie erleben.

Einen kurzen, aber äusserst wichtigen Abschnitt in unserer Geschichte, bildet die Zeitspanne von 1499 bis 1515, von also lediglich sechzehn Jahren. Aber was für Jahre!

Der damalige deutsche Kaiser, Maximilian, wollte Ordnung schaffen in seinem Reich und verfügte: „Niemand darf von sich aus einen Krieg beginnen. Bei Streitigkeiten entscheidet als oberste Instanz das Reichskammergericht. Alle Staaten des Reiches haben eine Reichssteuer zu entrichten". Da Maximilians Vater, Kaiser Friedrich III. die Eidgenossen in den Burgunderkriegen jämmerlich im Stich gelassen hatte und weil der kaiserliche Erlass eine Neuerung darstellte, die nicht ohne ihre Zustimmung eingeführt werden konnte, wollten die Eidgenossen vom Kaiser nichts mehr wissen. Darauf forderte Maximilian das ganze Reich auf, gegen die Eidgenossen ins Feld zu ziehen. Es kam zu mehreren Treffen, so bei Schwaderloch im Thurgau, wo 1'500 Eidgenossen 5'ooo Schwaben in die Flucht schlugen und zuletzt bei Dornach. Dort besiegten die Eidgenossen ein deutsches Heer von 16'000 Mann und harrten anschliessend auf dem Schlachtfeld drei Tage auf einen neuerlichen Angriff. Aber Maximilian

hatte genug, er gab seine Ansprüche auf das schweizerische Gebiet definitiv auf.

Die Eidgenossen haben damals das langersehnte und in vielen harten Kämpfen angestrebte Ziel erreicht: die Unabhängigkeit vom Deutschen Reich. Obschon die schriftliche Bestätigung unserer Selbständigkeit erst 150 Jahre später, im Westfälischen Frieden von 1648, erfolgte, darf das Jahr 1499 als einer der wichtigsten Marchsteine in unserer Geschichte betrachtet werden.

Die enorme Bedeutung dieses Geschehens ist heute kaum vorstellbar: In einem sonst vollständig von Monarchen beherrschten Europa erstreitet die Eidgenossenschaft die Unabhängigkeit vom Kaiser, das Recht, künftig als erstes, vorerst zwar der Not gehorchend lediglich geduldetes republikanisches Staatswesen wie eine Insel im Meer der Monarchien zu leben. Das war eine Riesensensation, welche europaweit entsprechend Beachtung fand.

Verständlich, dass sich nun weitere Anwärter darum bewarben, in die ruhmreiche und starke Eidgenossenschaft aufgenommen zu werden. Im Jahre 1501 wurden die Stadtorte Basel und Schaffhausen Glieder des Bundes, 1513 folgte Appenzell.

Südlich der Alpen hatten die Eidgenossen in den vergangenen Jahrzehnten zeitweise die Täler bis Domodossola und Bellinzona beherrscht. Um 1500 sollte die Alpensüdseite für sie zur aussenpolitischen Schicksalsfrage werden. Einmal galt es, den Gotthardweg bis möglichst weit in den Süden zu sichern. Anderseits war da Frankreich, das seinen Einfluss in Italien ausdehnen wollte und Mailand eroberte und der Herzog von Mailand, der Hilfe suchte. Dieser hatte sich bei den Friedensverhandlungen mit dem deutschen Kaiser für die Eidgenossen eingesetzt. Dabei dürfte er gleich gedacht haben, wie 450 Jahre später Mussolini: Ein Pufferstaat zwischen mir und dem mächtigen Reich ist mir willkommen! Nun, rund 6‘000 Söldner zogen aus, ihm zu helfen, die Franzosen mussten Mailand aufgeben. Da darauf auch der König Frankreichs 14‘000 Schweizersöldner anwarb und sich erneut gegen Mailand wandte, standen Schweizer gegen Schweizer. Um einen Bruderkrieg zu vermeiden, forderte die Tagsatzung die Schweizer in Novara auf, heimzukehren oder sich auf eine Seite zu stellen. Diese verhandelten darauf mit den Franzosen, sie verlangten freien Abzug und Garantien für den Herzog von Mailand. Der französische König gewährte das erstere, wollte aber die zweite Bedingung nicht erfüllen. Da griffen die Schweizer zu einer List: Sie verkleideten den Herzog als Söldner und brachten ihn so aus der belagerten Stadt. Leider verriet ein Söldner den Herzog und die Franzosen führten ihn als Gefangenen nach

Frankreich, wo er einige Jahre später starb. Als der Verräter ins Urnerland heimkehrte, wurde er zur Strafe hingerichtet.

Nach Jahren des Streites mit dem französischen König und mehreren nur teilweise erfolgreichen Auszügen in die Lombardei, ergab es sich, dass der Papst, welcher sich wie andere Fürsten in die Landpolitik in der Poebene einmischte, den Schweizern einen Pakt gegen die Franzosen anbot. Die Schweizer nahmen an, nicht nur um dem französischen König eins auszuwischen, vielmehr wollten sie das dem inzwischen verstorbenen Herzog von Mailand angetane Unrecht gutmachen, indem sie dessen Sohn zur Wiederinbesitznahme seines Herzogtums zu verhelfen suchten. Sie zogen mit 18'000 Mann gegen Süden und vertrieben die Franzosen aus dem Raum Mailand. Der hocherfreute Papst schenkte den Eidgenossen darauf das Eschental mit Domodossola und das Gebiet des heutigen Kantons Tessin. Wiederum verbreitete sich der Ruhm der Eidgenossen über ganz Europa. Siegreich war, wer die Unterstützung der Schweizer genoss. Ohne sie ging nichts mehr. Die Schweiz war eine gefürchtete Grossmacht geworden.

Schon ein Jahr später bat der von den Franzosen wiederum bedrohte Besitzer des Herzogtums Mailand die Schweizer erneut um Hilfe. Diese schlossen zum Schutze Mailands einen Pakt mit dem deutschen Kaiser, dem spanischen König und dem Papst und entsandten ein Heer von 30'000 Mann in die Lombardei. Wie es einer Grossmacht geziemt, machen sie sich stark zum Schutze Mailands. Ein Pakt mit Papst, Kaiser und König, gegen einen König, für einen Herzog (!). Das sind Dimensionen, das dokumentiert Grösse, jetzt ist man wer. Die Verlockung der schillernden Politik hat die Schweizer geblendet.

Der neugekrönte französische König Franz I. wollte sich mit der Eidgenossenschaft versöhnen und bot als Entschädigung für die Preisgabe Mailands und die Gebiete bis vor die Tore Bellinzonas 1 Million Kronen. Seine Rechnung ging auf. Der Mammon vermochte die Schweizer zu spalten. Bern, Solothurn, Freiburg und Biel erlagen der finanziellen Verlockung und zogen ab. Die restlichen Schweizer, eingedenk des seinerzeitigen Verrats, wollten Treue beweisen und blieben, obschon angesichts des mächtigen, mit Reiterei und Kanonen verstärkten französischen Heeres wenig Aussicht auf Erfolg bestand (!). So kam es denn 1515 zur Schlacht bei Marignano. Die Eidgenossen konnten diesen Gegner nicht besiegen. Sie nahmen die Verletzten in ihre Mitte und zogen sich tapfer kämpfend zurück. 10'000 Gefallene mussten sie in der Lombardei zurücklassen.

Der König von Frankreich bewunderte die Eidgenossen trotz ihrer Niederlage. Er liess eine Medaille prägen mit der Inschrift: "Ich habe die

besiegt, die vor mir nur Cäsar besiegen konnte". Er zeigte sich in der Endabrechnung grosszügig. Die Schweiz musste ihm von den auf der Alpensüdseite gelegenen Besitztümern nur das Etschtal abtreten. Zudem bezahlte er eine beträchtliche Summe als Entschädigung. Aber die Sicherung des Gotthardweges und die Wiedergutmachung des Verrats von Novara hatten einen hohen Blutzoll gefordert.

Während fünfzehn Jahren haben Ruhm und Stärke die Schweizer befähigt, ausserhalb ihres Territoriums machtpolitisch entscheidend Einfluss zu nehmen. Die Niederlage von Marignano brachte sie zur Besinnung. Künftig mischten sie sich nicht mehr in fremde Angelegenheiten und vermieden es, Partei zu ergreifen.

Die Lehren aus der Schlacht von Marignano führten konkret zum Anfang unserer bewussten Bewaffneten Neutralität. Aber auch die gekrönten Häupter in unseren Nachbarländern haben ihre Lektion gelernt. Frankreich hat uns die ennetbirgischen Gebiete nicht mehr streitig gemacht und auch die Kaiser hielten sich an den nach der Schlacht von Dornach geschlossenen Friedensvertrag. Wahrscheinlich ergaben ihre strategischen Ueberlegungen eben schon damals, dass unser entschlossen verteidigtes Gebirgsland für die benachbarten Länder einen wertvollen Pufferstaat bilden kann, indem es als willkommene Trennung zwischen Frankreich und Oesterreich und Italien und Deutschland dient.

Da die Nachbarn nun wussten, wie entschlossen und zäh die Schweizer ihre Gebiete verteidigen konnten, durften sie sich auf die Funktion der Schweiz als Schutzwall voll verlassen. Dies galt aber nur, solange die Eidgenossen willens und fähig waren, ihr Land wirksam zu verteidigen. Hier schon wird die wechselseitige Beziehung zwischen Neutralität und Verteidigungsfähigkeit ersichtlich, welche siamesischen Zwillingen gleich für Jahrhunderte die Garanten und Stützen unserer Unabhängigkeit bilden sollten (!).

Glaubensfrage droht die Schweiz zu spalten

Bereits weiter oben haben wir uns Gedanken gemacht über unser Verhältnis zur Zeit. Meine Eltern, geboren kurz nach 1900, durften und mussten all die Geschehnisse des 20. Jahrhunderts erleben. Sie sahen in ihrem Dorf das erste Auto fahren, die erste Glühbirne aufleuchten, den ersten Zeppelin, das erste Flugzeug, es folgten Elektromotor, Telefon, Radio, Fernsehen und Computer, sie erlebten die Krisenzeit der 30er-Jahre, die beiden Weltkriege, den Wohlstand und die erste Mondlandung.

Diese Fülle ist enorm, ich wundere mich, wie sie diese völlige Umkrempelung ihres Umfeldes geistig bewältigen konnten.
Wer um 1500 in der Mitte seines Lebens stand und auch neunzig Jahre alt wurde, erlebte eine ähnliche Entwicklungsphase: Erfindung der Buchdrukkerkunst, Entdeckung Amerikas, Unabhängigkeit vom Reich, die Schweiz als Grossmacht, Marignano und dann die Glaubensspaltung, welche den Fortbestand der Eidgenossenschaft brutal in Frage stellte.

Glaubensfragen weisen ein gefährliches Spaltpotential auf. Es liegt in der Natur der Religionen, Gleichgesinnte zu gewinnen, in einer Gemeinde zu vereinen und sich gegen Andersgläubige abzugrenzen. Auch der christliche Missionsauftrag verlangt die Bekehrung der Heiden in aller Welt. Menschen sollen also dazu gebracht werden, von einem Glaubenslager ins andere zu wechseln. Die Missionstätigkeit der verschiedenen Religionen hat weltweit unendlich viel Leid verursacht. Gott sei Dank wird dies heute zunehmend eingesehen, sogar von religiösen Organisationen und das Verhalten entsprechend geändert. Für viele vernichtete Kulturen kommt diese Einsicht aber leider zu spät.
Anders, jedoch nicht weniger gravierend, wirkt sich der Spaltpilz Religion aus, wenn innerhalb einer bislang festgefügten Gesellschaft eine neue Glaubensrichtung entsteht und aggressiv Gemeindeglieder wirbt. Länder mit einer einheitlichen Staatsreligion neigen deshalb seit eh dazu, Andersgläubige brutal zu verfolgen. Wie die Geschichte lehrt, wurden Legionen um ihres Glaubens willen als Staatsfeinde erschlagen, geköpft, verbrannt oder bestenfalls vertrieben. Haben nicht die Gnädigen Herren zu Bern, das liegt nota bene in der Schweiz, seinerzeit die Täufer ausgewiesen?

Da Religionen eher unsere Gemütsbereiche ansprechen als den Verstand, lassen sich Glaubensfragen nicht durch staatliche Befehle regeln ohne zu riskieren, die Betroffenen innerlich tief zu verletzen. Schon immer waren die Menschen bereit, für ihren Glauben zu sterben, als Einzelkämpfer oder geschlossen im Krieg. Und das ist auch heute noch so, siehe Irland oder Ex-Jugoslawien.

Ein Glaubensstreit sollte auch die erste grosse Prüfung der Schweiz nach dem Erreichen der Unabhängigkeit und dem Debakel von Marignano werden. Die Reformation.

Um 1500 hing fast ganz Westeuropa dem katholischen Glauben an. Dies änderte, als zuerst in Deutschland, angeführt von Luther und etwas später auch in der Schweiz mit Zwingli an der Spitze eine reformistische Bewegung entstand mit dem Ziel, im Laufe der Zeit eingeschlichene Missstände zu verbessern und Bibelauslegung und kirchliches Leben wieder

dem urchristlichen Vorbild anzunähern. Als sich das päpstliche Rom unnachgiebig jeder Modernisierung der Kirche widersetzte, kam es zu einer verhängnisvollen Spaltung zwischen Altgläubigen und Reformierten.

Die Stadtbevölkerungen, entsprechend ihrem Selbstverständnis schon damals weltoffener und reformfreudiger als die Bergbevölkerung, neigte in ihrer Mehrheit zum neuen Glauben. In den Landorten, deren Geistliche schlicht und hilfsbereit mit der Bevölkerung zusammen lebten und daher zu wenig oder keinen Klagen Anlass boten, wollte die Mehrheit jedoch beim alten Glauben bleiben. Da die Regierungen die Glaubensfrage nicht als persönlichen Entscheidungsbereich des Einzelnen betrachteten und demzufolge ihren Staat als Ganzes für alt- oder neugläubig erklärten, führte der Spaltprozess innerhalb der Eidgenossenschaft zu zwei Lagern. Die Tagsatzung 1526 zu Baden versuchte in einem Religionsgespräch den politischen Glaubensstreit durch Mehrheitsbeschluss zu bereinigen, der, da die katholischen Orte in der Ueberzahl waren, zugunsten der Katholiken ausfiel.

Zwingli, ein Eiferer und knallharter Kirchenpolitiker, wollte diesen Entscheid nicht annehmen, denn er war der Auffassung, dass die Tagsatzung lediglich für die weltlichen Bereiche Entscheidungsbefugnis besitze, nicht aber in Glaubensangelegenheiten. Mit dieser Ordnung waren aber Uri, Schwyz, Unterwalden, Luzern und später auch Freiburg und Wallis nicht einverstanden. Es folgten beidseitig Schmähungen und Gewaltsdrohungen. Um sich und den reformierten Glauben zu schützen, schlossen sich darauf die Städte Bern, Zürich, St.Gallen, Biel, Mülhausen und Basel zum Christlichen Burgrecht zusammen. Weil sich dadurch nun die katholischen Orte bedroht fühlten, antworteten sie mit einem Bund mit den Oesterreichern, die ihnen für den Notfall Waffenhilfe versprachen.

Nun hätten eigentlich bei den Verantwortlichen beider Seiten die Alarmglocken Sturm läuten müssen. Doch nichts dergleichen geschah und weit und breit fand sich kein Bruder Klaus, der wirksam zur Besinnung rief. Im Gegenteil, die Spannung eskalierte. Als in Zürich ein eifriger Katholik hingerichtet wurde, verbrannte die andere Seite einen protestantischen Pfarrer. Nun war endgültig Feuer im Dach. Es kam zum Krieg, zu einem Glaubenskrieg, zu einem Bruderkrieg zwischen Eidgenossen. Unsere Ahnen, sicher aber deren Regierungen, massen dem Recht, die Glaubensrichtung für ihren Bereich selbständig zu bestimmen grössere Bedeutung bei als dem eidgenössischen Gedanken. Es kam zum Krieg, weil in Glaubensfragen letztlich kein Kompromiss möglich ist und weil die Zeit nicht reif war für Zwinglis Idee, dass die Glaubensfrage dem Entscheid des einzelnen Menschen zu überlassen sei.

Zwingli reisst der Geduldsfaden. Die erbosten Zürcher ziehen gegen die Innerschweiz ins Feld. Bern mahnt, Glaubensfragen müssten erdauert werden und könnten nicht mit Waffengewalt gelöst werden. Auch die Alten Orte möchten den offenen Kampf vermeiden. Mir gefällt der Symbolgehalt der überlieferten Schilderung des friedlichen Ablaufs des ersten Waffenganges bei Kappel. Die einen haben Milch, die andern Brot, auf der Grenze wird die Kappeler-Milchsuppe aus Gebsen gemeinsam, in Eintracht, eingenommen. Wer auf der andern Seite fischt, bekommt mit dem Löffel eins auf die Pfoten: Friss auf deiner Seite!

Trotzdem: Den Katholiken werden im ersten Kappeler Landfrieden recht harte Bedingungen diktiert: In den Gemeinen Herrschaften kann jede Gemeinde abstimmen, wes Glaubens sie sein will. Der Bund mit den Oesterreichern muss aufgelöst werden und die katholischen Orte haben die Kriegskosten zu bezahlen. Doch Zwingli ist nicht zufrieden, er will eine Entscheidung. Die Stadtorte sollen die Gemeinen Herrschaften an sich reissen und die katholischen Orte in die Enge treiben. Bern bremst, hilft aber bei einer Proviantsperre gegen die inneren Orte mit. Die Massnahme trifft diese hart, sind sie doch auf Kornlieferungen aus der Nord-Ostschweiz angewiesen. So ergreifen diesmal die Katholiken die Waffen. Es kommt, wiederum bei Kappel, zum Kampf. Die Waldstätter gewinnen, unter den rund 500 gefallenen Zürchern befindet sich auch Zwingli. Die Bestimmungen des Zweiten Kappeler Landfriedens werden nunmehr durch die katholische Seite nach ihren Interessen formuliert: In Teilen der Gemeinen Herrschaften ist der alte Glaube wieder einzuführen, andernorts soll zum alten Glauben zurückkehren dürfen, wer das wünscht. Die reformierten Städte müssen das Christliche Burgrecht auflösen und sie zahlen die nach dem Ersten Kappeler Landfrieden von der anderen Seite entrichtete Kriegsentschädigung zurück.

Die Bilanz der beiden Waffengänge entspricht der Warnung Berns. Die zwei Hauptprobleme konnten mit Waffengewalt nicht gelöst werden. Es sind dies die Gewährung der Glaubensfreiheit und die Trennung von Kirche und Staat. Diese Hypothek hat unserer Geschichte in den letzten bald fünfhundert Jahren unendlich viele schwarze Tage beschert und sie beschäftigt uns noch heute. Immerhin ist es ein grosses Verdienst der Eidgenossenschaft, mit diesem Problem in Toleranz umzugehen weitgehend gelernt zu haben. In anderen Teilen der Welt ist man leider noch nicht so weit, in Irland, in Ex-Jugoslawien, in Algerien, in Indien und anderswo. Es muss daran liegen, dass Religionen geeignet sind, den Menschen den Blick für die Realität zu rauben. Religion erzeugt leicht Fana-

tismus, was von den Mächtigen der Welt immer wieder zu ihren Zwecken missbraucht wurde und wird.

Der Weg zur Toleranz war allseitig lang und blutig. Hier und in unseren Nachbarländern wurden in den letzten Jahrhunderten um des Glaubens willen viele Streite ausgetragen und allzuoft leider auch Kriege geführt. Markante Stichworte sind: Jesuitenfrage, Inquisition, Hugenotten, Dreissigjähriger Krieg, Villmergerkriege, Freischarenzüge und der Sonderbundskrieg. Seit hundertfünfzig Jahren kam es in unserem Lande jedoch nicht mehr zu gewaltsam ausgetragenen Konflikten zwischen den Konfessionen. Wir haben gelernt, friedlich nebeneinander zu leben. Aber noch vor fünfzig Jahren taten wir uns im persönlichen Kontakt mit Vertretern der jeweils anderen Konfession schwer und es war durchaus nicht die Regel, dass ein Arbeitgeber einen Angehörigen der andern Konfession anstellte. Das ging damals soweit, dass beispielsweise bei der unter katholischer Leitung stehenden Brünigbahn auf der Bernerseite ein Arbeitsuchender nicht einmal als Gramper eingestellt wurde, wenn er nicht katholisch war. Heute sind die verschiedenen christlichen und jüdischen Kirchen und Gemeinschaften miteinander im ökumenischen Gespräch mit dem Ziel, nach dem Nebeneinander nun auch das Miteinander zu lernen. Der Versöhnungsprozess geht wohl voran, aber oft mühsam. Der Hauptgrund liegt im Umstand, dass einige der Partner mindestens teilweise fremdbestimmt sind, weil sie weltweiten Organisationen angehören und deren oberste Organe oft nicht auf die Wünsche ihrer Schweizer Mitglieder eingehen können oder wollen.

Und neue kirchenpolitische Probleme künden sich an. Vermutlich werden die anteilmässig stark steigenden Anhängerschaften ausserkirchlicher Gruppierungen und nichtchristlicher Religionen schon bald Gleichberechtigung reklamieren. Wenn das Einwanderungs-Dreikreismodell weiterhin durch eine zauderliche Anwendung des Asylrechts faktisch umgangen und damit der Anteil der nichtchristlichen Bevölkerung laufend vergrössert wird, dürfte diese Forderung nicht lange auf sich warten lassen. Als Lösung wird wohl nur die konsequente Trennung von Kirche und Staat übrig bleiben mit allen Folgen, wie Beschaffung der finanziellen Mittel, Bezahlung des Personals, Unterhalt der Versammlungshäuser durch die jeweilige Glaubensgemeinschaft, also einem absolut selbstverwalteten Eigenleben der verschiedenen Gruppierungen.

Zum Schluss noch etwas Versöhnliches: Ich habe gesagt, das Bild der Kappeler-Milchsuppe gefalle mir. Weil mir Assoziationen auftauchen: Abendmahl, Familienfest, Leichenschmaus, Büroabend. Gemeinschaft, Eintracht. Zusammensitzen, zusammen essen und trinken, vielleicht sogar

zusammen singen. Miteinander reden. Wer isst wird eher schweigsam oder spricht langsam und bedächtig. Trinken dagegen löst Gedankenfluss und Zunge. Gemeinsam singen öffnet die Herzen. Vereinsamung und Einsamkeit machen krank.

Leider hat unser Gemeinschaftsleben in den letzten Jahrzehnten schwer gelitten. Fernsehen schafft eben keine Kultur. Es schadet dem Familien- und dem Vereinsleben. Früher bildeten Hochzeit, Taufe und Konfirmation Ecksteine im Leben des verwandtschaftlichen Umfeldes. Grosseltern, Bruder und Schwester, Onkel und Tante, Nichten, Neffen und Taufpaten trafen sich mit einiger Regelmässigkeit bei Familienanlässen, setzten sich gegenseitig über Wohlergehen, Ereignisse und Absichten ins Bild oder lernten das jüngste Familienmitglied kennen, nahmen es gewissermassen in die Familiengemeinschaft auf. Und heute? Es wird eher geschieden denn geheiratet, es gibt auch wenig zu taufen, oft unterlässt man es, damit ist auch das Konfirmationsessen bereits bezahlt. Oder man feiert im kleinen Kreis. Man braucht die solidarischen Bande der Familie nicht mehr, man hat ja den Staat. Die hier im Zusammenhang mit dem Familienleben dargestellte Tendenz zeigt sich auch bezüglich Vereinen, Gemeinde und Staat. Wie soll jemand eidgenössisch denken können, wenn er sogar zum Gemeinschaftsleben im engsten Umfeld nicht mehr fähig ist? Bleiben wir tolerant, lösen wir Konflikte bei einer Kappelermilchsuppe und pflegen wir die Gemeinschaft!

Wir, der Dreissigjährige Krieg und seine Folgen

Die Reformation und der unbeholfene Umgang mit dem daraus resultierenden Glaubenszwist hat die damalige Eidgenossenschaft tief gespalten. Während Jahrzehnten liebäugelten die protestantischen Orte mit einer gewaltsamen Aenderung des Zweiten Kappeler Landfriedens, welcher diese, wie wir gesehen haben, stark benachteiligte.

Im Reich führte 1618 der Fenstersturz zu Prag zum Ausbruch des Dreissigjährigen Krieges. Eines Glaubenskrieges, welcher sich im Laufe der Jahre zu einem Kontinentalkrieg entwickelte und unendlich viel Hass und Elend, namentlich für die Landbevölkerung, erzeugte. Auf katholischer Seite standen der Kaiser aus dem Hause Oesterreich mit den entsprechenden Gebieten und Spanien, im anderen Lager die protestantischen deutschen Fürsten, unterstützt von Schweden und Frankreich. Zuerst siegten die Katholiken, dann mit dem Kriegseintritt des Schwedenkönigs Adolf die Protestanten, als dieser fiel wieder die andere Seite. Frankreichs Eingreifen

führte dann zu einem Kräfteausgleich, welcher einen jahrelangen chaotischen Abnützungskrieg auslöste. Nach langen zähen Verhandlungen wurde 1648 zu Münster und Osnabrück der Westfälische Frieden unterzeichnet. Dieser hat die Machtverhältnisse in Europa für hundertfünfzig Jahre beruhigt.

Und die Schweiz? Beide Lager, Katholiken und Reformierte, freuten sich, wenn ihre Gleichgesinnten gewannen, und sie litten mit ihnen in der Not. Beide Seiten gerieten oft in Versuchung, die ihren zu unterstützen. Einmal wollte Bern dem bedrängten Mülhausen zu Hilfe eilen. Mülhausen hatte zum Christlichen Burgrecht gehört, welches nach dem Zweiten Kappeler Landfrieden aufgelöst werden musste; die Freundschaft aber blieb erhalten. Die ausziehenden Bernertruppen wurden jedoch in der Klus bei Balstal von den Solothurnern überfallen, etwa ein Dutzend erschlagen. Die Berner kehrten heim. Denn nun war allen klar, dass ein Eingreifen der beiden schweizerischen Lager zugunsten ihrer Glaubensgefährten draussen im Reich zu erneutem Krieg auch in unserem Lande hätte führen müssen (!). Trotz der Versuchung, bei dieser Gelegenheit gleichzeitig alte offene Rechnungen begleichen zu können, obsiegte die Eidgenössische Gesinnung, katholische und reformierte Orte hielten sich abseits. Um der Objektivität willen muss auch gesagt werden, dass die eidgenössischen Orte damals weder für den Angriffs-, noch für einen Verteidigungskampf gerüstet waren. Namentlich hätten die Stadtmauern dem Beschuss der modernen Kanonen nicht standgehalten. Im Verlauf des Krieges konnte dieser Mangel durch Verstärkung der Stadtbefestigungen allerdings teilweise behoben werden.

Der Begriff Neutralität im heutigen Sinne war damals noch nicht im Gebrauch. Aber das entsprechende, nach Marignano als richtig erkannte Verhalten, wurde angewandt. Als sich gegen Ende des Krieges die Grenzverletzungen zwischen Basel und Konstanz häuften, rauften sich die Orte beider Konfessionen zusammen und besetzten die Nordgrenze. Das 36'000 Mann umfassende Heer unterstellten sie einem aus beiden Konfessionen gebildeten Kommando. Das genügte, unser Land blieb verschont. Die Bewaffnete Neutralität als Mittel der Aussenpolitik war damit erstmals erfolgreich angewandt worden. Dieses Verhalten hatte, wie unsere moderne Neutralitätspolitik, mit Moral nichts zu tun, vielmehr mit staatspolitischer Klugheit und berechtigtem Handeln im eigenen Interesse (!).

Weniger Glück war dem Freistaat der Drei Bünde, einem Zugewandten Ort der Eidgenossenschaft, bestimmt. Die Bündner wurden in den Strudel des Krieges gerissen, weil die katholische Partei einer raschen Verbindung,

möglichst innerhalb oder doch entlang katholischer Gebiete nach Venedig bedurfte. Diese Route führte über die Bündnerpässe.

Man kann in der Art und Weise des Abseitsstehens der Schweiz während des dreissig Jahre dauernden zerstörerischen Krieges gewisse Parallelen zum Verhalten der Schweiz während der zwei Weltkriege erkennen. Aber das ist noch nicht alles. Die im übrigen Europa kämpfenden Truppen requirierten bei der Landbevölkerung alles was essbar oder sonstwie zu verwenden war, was bei dieser zu einer grenzenlosen Verarmung führte, während die Schweiz, einer friedlichen Insel gleich, eine niegekannte Konjunktur erlebte. Landwirtschaft und Gewerbe konnten produzieren was das Zeug hielt und die Ueberschüsse für gutes Geld in die umliegenden kriegführenden Länder exportieren. Die Kriegsgewinne machten viele Leute reich und der Lebensstandard wuchs erheblich an. Am Ende des Dreissigjährigen Krieges war die Schweiz eine Insel des Wohlstandes.

Haben die Eidgenossen damals unanständig gehandelt? Hätten sie keine Exporte ausführen dürfen? Hätten sie denn Partei ergreifen und bei ihren jeweiligen Glaubensgenossen mitkämpfen sollen, was fast sicher auch zu einer erneuten Konfrontation der beiden Konfessionen im Innern des Landes geführt hätte? Was hätten sie Klügeres tun können als abseits zu stehen? Warum trampelt man heute auf der Aktivdienstgeneration herum, die während des Zweiten Weltkrieges im wesentlichen nicht anders gehandelt hat?

Die Eidgenossenschaft hat indes aus dem Dreissigjährigen Krieg noch weit mehr gewonnen als vorübergehenden Wohlstand. Das verdanken wir dem Weitblick des damaligen Bürgermeisters von Basel, Johann Rudolf Wettstein. Er schlug vor, eine Delegation zu den Friedensverhandlungen nach Münster zu schicken mit dem Ziel, im Friedensvertrag die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft vom Deutschen Reich schriftlich bestätigt zu erhalten. Da die 13 Orte sich nicht einigen konnten, zog Wettstein schliesslich allein, ohne ausreichende Mittel und lediglich im Auftrag der reformierten Orte nach Münster. Während eines Jahres bemühte er sich in unzähligen Gesprächen, die Delegationen der hier vertretenen Länder von seiner Idee zu überzeugen. Mit Erfolg. Im Oktober 1647 kehrte er mit einem Dekret des deutschen Kaisers, enthaltend die Bestätigung unserer Unabhängigkeit, nach Basel zurück. Der Text bildete gleichzeitig den Artikel 4 des Friedensvertrages von 1648, wodurch das kaiserliche Dekret durch alle Unterzeichner des Westfälischen Friedens garantiert wurde.

Die schriftliche Anerkennung unserer Unabhängigkeit vom Reich bildete den vorläufigen Schlusspunkt eines vierhundertjährigen Kampfes. Unabhängigkeit ist nichts Selbstverständliches, sie ist vielmehr ein harter-

kämpftes und daher äusserst kostbares an uns vererbtes Gut, welches nicht leichtfertig eines kurzfristigen politischen oder wirtschaftlichen Vorteils wegen verramscht werden darf.

Während uns die Unabhängigkeit, teilsteils auf Verdienst und Glück beruhend bis heute erhalten blieb, konnte der aus Kriegsgewinn erzeugte Wohlstand der Landbevölkerung nicht erhalten werden. Nach Kriegsende wurden im Ausland rasch wieder genügend Güter produziert, so dass unsere lukrativen Exporte wegfielen. Während in den Kriegsjahren reiche Flüchtlinge Geld in die Schweiz brachten, den Bauern Land abkauften und arbeitsintensive schöne Häuser aufstellten, fand auch diese Konjunktur mit dem Westfälischen Frieden ein abruptes Ende. Die Fremden verkauften ihre Besitzungen zu Schleuderpreisen, der Wert des Bodens sank. Und, wie es so geht: In den dreissig fetten Jahren hatte sich die bis anhin an ein bescheidenes, oft armseliges Leben gewöhnte Landbevölkerung sehr schnell an bessere Verhältnisse angepasst. Die junge Generation, im Wohlstand aufgewachsen, verwöhnt, eher lieber Gelagen als der Arbeit frönend, war auf eine Krise in keiner Weise vorbereitet. Zudem hatten sich viele, auf ein dauerndes Wirtschaftswachstum setzend, arg verschuldet und konnten nun die Zinsen nicht mehr oder nur unter grossen Opfern aufbringen. Und das nur vier bis fünf Jahre nach einer nie gekannten Hochkonjunktur! Da das Volk die wahren Zusammenhänge nicht erkennen konnte oder wollte, schob es die Schuld der politischen Führung zu. Neue Steuern und grosse Geldentwertungen brachten das Blut der Bauern vollends in Wallung, so dass es im Entlebuch und wenig später im Emmental zu Protestversammlungen, ja zum Aufstand kam. Der Glaubenszwist trat für einmal in den Hintergrund, katholische und reformierte Bauern schlossen einen Bauernbund.

In diesem Zusammenhang muss man auch berücksichtigen, dass sich das politische Verhältnis zwischen Stadt und Land in den vergangenen Jahrzehnten stark abgekühlt und zu Lasten der Landbevölkerung verschoben hatte. Die Stadtherren meinten etwas Besseres zu sein, im Falle Berns glaubten die Gnädigen Herren, wie sie jetzt genannt sein wollten, die Gebräuche in Frankreich nachäffend, von Gott mit dem Regieren beauftragt zu sein.

Die wirtschaftlich sehr bedrängten Bauern wollten eigentlich nichts Unrechtes. Sie hofften bei den Regierungen mehr Verständnis und Unterstützung in ihrer schwierigen Situation zu erreichen. Aus heutiger Sicht ist jedoch festzustellen, dass die Bauern die Lage falsch beurteilt haben. Die führenden Leute in den Städten hatten die Eidgenössische Gesinnung und die Liebe zu ihrer Landbevölkerung dem Gottesgnadentum hintangestellt.

Die Erhebung der Bauern musste daher ins Auge gehen. Nach einigem Hin und Her, Täuschungen, Versprechen und Wortbrüchen wurde die Bauernerhebung brutal niedergeschlagen.

Ein Schicksal, welches die Entfremdung zwischen Stadt und Land mit aller Deutlichkeit zeigt, greift ans Herz: Das Schicksal des Bauernführers Niklaus Leuenberger. Dieser geachtete Landwirt, Vater mehrerer unmündiger Kinder, betrieb mit seiner Familie einen Bauernhof in Rüderswil im Emmental. Er, ein Mann mit einem ausgeprägten Sinn für Recht und Redlichkeit, der weniger aus Not denn aus Solidarität an einer grossen Bauernversammlung in Sumiswald teilnahm, wurde gegen seinen Willen zum Führer der bernischen Bauernbewegung gewählt. Er führte dieses Amt mit Würde, Ernst und grossem Verantwortungsbewusstsein aus. Um den Gnädigen Herren die Bedrohlichkeit der Lage vor Augen zu führen, umschloss er mit 16'000 Bauern die Stadt Bern. Die völlig überraschte Regierung schloss einen Vertrag mit ihm, wonach die unguten Regelungen abgeschafft und, bei sofortiger Niederlegung der Waffen, niemand der Teilnahme am Aufstand wegen bestraft werden solle. Als ein Tagsatzungsheer von der Ostschweiz her das Freiamt angriff, konnte Leuenberger aber gegenüber seinen Freunden des Bauernbundes nicht wortbrüchig werden und eilte diesen zu Hilfe. Nachdem die Bauern den besser gerüsteten Tagsatzungstruppen nicht standhalten konnten, zogen sie sich zurück. Auf dem Rückweg wurde Leuenberger durch ein von der Stadt Bern ausgesandtes Aufgebot nach hartem Kampf geschlagen. Die Anführer der Rebellion, wie die Notwehr der Bauern von der andern Seite bezeichnet wurde, hatten grausame Strafen zu erleiden. Viele wurden enthauptet, andere auf venezianische Galeeren verschachert. Niklaus Leuenberger wurde eingekerkert. In seiner grössten Not schrieb er in ungelenker Schrift, aber immerhin konnte er schreiben!, ein Gnadengesuch: „Gnädig Herren Her Schultthess rätt vnd burger. Ich bitten öüwer gnaden Ir weletts das for öüwer gnaden lasen abläsen. Glus löüwembärger". So der Schluss. Jedoch umsonst. Er wurde verurteilt: Mit dem Schwert das Haupt abschlagen und an den Galgen heften. Der Leib aber soll gevierteilt und die Stücke an den vier Hauptstrassen aufgehängt werden. Und so geschah es. Am 6. September 1653. Am Ende des Bauernkrieges.

Der Verlauf des Bauernkrieges hat zwischen Stadt und Land einen tiefen Graben aufgerissen, welcher bis heute nicht restlos zugeschüttet ist. Wer im Emmental gelebt hat weiss, was man dort in tiefstem Herzen von den Herren zu Bern hält.

Die Alte Eidgenossenschaft erlebte mit der schriftlichen Bestätigung ihrer Unabhängigkeit im Vertrag des Westfälischen Friedens ihren Höhe-

punkt. Welches hätten die nächsten Ziele sein können? Eine Expansion, das wusste man nach Marignano, kam nicht in Frage. Die damalige Schweiz genoss um 1650 im europäischen Vergleich in staatspolitischer und gesellschaftlicher Hinsicht einen gewaltigen Vorsprung. Zu dessen Nutzung hätten die Landorte der Führung der reichen Städte bedurft. Ein gemeinsames Ziel hätte beispielsweise sein können, die Schweiz in gut-eidgenössischer Gesinnung zum sozialsten Staat Europas auszubauen. Aber solches lag nicht auf der von den Herrschenden gewählten Linie. Pomp, Egoismus, Macht und Reichtum beherrschten ihr Denken. So starb die Alte Eidgenossenschaft in manchen führenden Köpfen lange vor ihrem Untergang im Jahre 1798.

Bei der Betrachtung der damaligen Ereignisse fallen nachdenklich stimmende Parallelen zur heutigen Zeit auf. Es ist interessant und lohnend, beim Studium der Geschichte unseres Landes Vor- und Rückwärtsvergleiche anzustellen, die sich aufdrängenden Schlüsse zu ziehen und die Lehren zu beherzigen!

Geist und Technik

Vielleicht erscheint in obiger Schilderung unter dem Eindruck des so traurig verlaufenen Bauernkrieges das Verhältnis zwischen Stadt und Land zu negativ. Tatsache aber bleibt, dass die herrschenden Geschlechter unter dem Begriff „Liebe treue Miteidgenossen" zunehmend lediglich die andern eidgenössischen Staaten, nicht aber die Landbevölkerung verstanden. Und Tatsache ist auch, dass sie in Anlehnung an den in ganz Europa, mit Ausnahme Englands, in Blüte stehenden Absolutismus die Macht fast vollständig für sich in Anspruch nahmen. Im allgemeinen regierten sie aber gerecht und fürsorglich. Das Bestreben für Ruhe und Ordnung zu sorgen, artete aber zum Teil in einen zwinglianischen Sittenterror aus, welcher die Lebensfreude der Bevölkerung zu ersticken drohte. Als langer Arm der Regierenden dienten die Geistlichen, welche, so etwa im Bernbiet, im von jeder Familie durch mindestens eine Person zu besuchenden sonntäglichen Gottesdienst die obrigkeitlichen Sittenmandate verlasen. Regelmässig wurde streng Gericht gehalten, auf Unzucht und was man so alles darunter verstand, Völlerei, Gotteslästerung, auch schon Fluchen und anderen Verstössen standen empfindliche Strafen.

Wir haben früher festgestellt, dass das Erreichen der Unabhängigkeit vom Reich den Höhepunkt der Alten Eidgenossenschaft darstellte. Die Unabhängigkeit erlaubte den einzelnen Orten, ihr Leben nach eigenen

Vorstellungen zu gestalten: Die gesellschaftliche Ordnung, die Rechtssprechung, die Verteidigung, die Aussenpolitik. Eine staatspolitische Weiterentwicklung auf eidgenössischer Ebene aber war kaum feststellbar. Die Tagsatzung trat zwar regelmässig zusammen, das Hauptgeschäft bildeten jedoch lediglich die Verwaltungsprobleme in den Gemeinen Herrschaften. Aber die Zeit stand dennoch nicht still.

In Europa und in der Schweiz zeichneten sich deutlich grosse geistige Entwicklungen ab. Die absolutistischen Herrscher liebten es, sich im Glanze herausragender Persönlichkeiten zu sonnen. Als Kunstmäzene unterstützten sie diese in grossem Ausmass, was viele grossartige kulturelle Leistungen der damaligen Zeit erst ermöglichte. Wenn man auch sonst nicht viel von jenen absolut herrschenden Regenten halten mag, diese Leistung wollen wir ihnen gutschreiben. Namen wie Bach, Mozart, Goethe, Schiller, Rousseau, Haller und Pestalozzi erinnern an jene Zeit. Sie alle verdienten näher kennengelernt zu werden, wir wollen uns jedoch nur auf einige grosse Namen beschränken.

Albrecht von Haller, 1708 in Bern geboren, war einer der ausserordentlichsten Schweizer. Er verfügte über ein phänomenales Gedächtnis und einen äusserst wachen Geist. Schon als kleiner Knabe kannte er ein Gedicht nach zweimaligem Lesen auswendig, auf Dauer. Bereits in ganz jungen Jahren hatte er alle Wissenschaften studiert. Er verfügte praktisch über das gesamte Wissen der damaligen Zeit. Meines Wissens gilt er noch heute als das letzte Universalgenie, also als Mensch, der noch den Ueberblick über alle Bereiche des Wissens besass. Er wirkte als Arzt, Dichter und als Professor in Göttingen, später kam er zurück nach Bern. In unserem Zusammenhang ist sein dichterisches Schaffen wichtig. Er verfasste das philosophische Gedicht „Die Alpen", in dem er der verweichlichenden Zivilisation der Städte die Idylle der Bergwelt gegenüberstellte. Das Werk fand in weiten Kreisen grosse Beachtung. Es veranlasste Neugierige erstmals in unser Land zu reisen, um die von Haller beschriebenen Naturschönheiten mit eigenen Augen zu sehen. Haller hat mit seinen „Alpen" wesentlich zur Entstehung unseres Fremdenverkehrs beigetragen, welcher heute unseren drittwichtigsten Wirtschaftszweig bildet.

Friedrich Schiller, 1757 geboren, war zwar kein Schweizer, hat aber mit seinem Drama „Wilhelm Tell" die Gründungsgeschichte der Eidgenossenschaft und damit unser Land weitherum bekannt, ja beliebt gemacht, weil das Thema der Sehnsucht der damaligen Menschen nach Freiheit entgegen kam. Eine ähnliche Wirkung erzeugte Goethe mit seiner lyrischen Besingung des Staubbachs in Lauterbrunnen.

Voltaire, geboren 1694 und andere Vertreter des Aufklärungszeitalters wie Lessing, Kant, Leibniz bezeichneten die Vernunft als wesentlichstes Merkmal des Menschen. Das Selbständigdenken führte zu einer Distanzierung von jeglicher Fremdbestimmung durch Religion und Staat, förderte den Individualismus und damit zusammenhängend ebenfalls die Sehnsucht nach der grösstmöglichen Freiheit.

Der grösste Schweizer war nach meinem Empfinden eindeutig und mit grossem Abstand Heinrich Pestalozzi. Wer kennt heute noch sein Leben und sein Werk? Wer in der Schweiz liest heute schon Pestalozzi! Andere schon. Seine Werke wurden in fast alle Sprachen übersetzt, sogar ins Japanische. Bei uns blieb ihm die verdiente Hochachtung bis heute versagt. Warum wohl? Weil er in geschäftlichen Belangen ein Versager war und daher zeitlebens ein armer Schlucker blieb? Weil er mehr an die armen Kinder dachte als an sich selbst? Weil seine Erkenntnisse den tonangebenden Schichten nicht ins Konzept passten? Halt an, mag man rufen, das stimmt doch nicht. Tragen nicht Schulhäuser seinen Namen? Wurde er nicht auf einer Briefmarke verewigt? Gab es nicht jahrzehntelang einen Pestalozzikalender für die Jugend? Gründeten die Schweizer nicht ein Pestalozzidorf, welches vielen armen Kindern aus aller Welt eine Heimat bot? Das alles stimmt, aber das waren wohl eher Alibiübungen. Wenn er schon im Ausland so sehr gelobt wurde, mussten auch wir doch zeigen, dass wir wissen, was wir an ihm haben. Aber ihn lesen, seine Botschaft umsetzen? Nein, dies doch nicht. Vielen fällt im Zusammenhang mit seinem Namen nur der profane Satz ein: Ich bin doch kein Pestalozzi!

Johann Heinrich Pestalozzi wurde am 12. Januar 1746 als Sohn eines Arztes in Zürich geboren. Mit sechs Jahren verlor er seinen Vater. Er besuchte die Schulen in Zürich, zuletzt die philosophische Klasse eines Gymnasiums. Zum entscheidenden Schlussexamen konnte er krankheitshalber nicht antreten. Seinen Traum, Pfarrer zu werden, konnte er sich nicht erfüllen, da er kein grosser Redner war. So wurde er Landwirt und kaufte bei Brugg das Bauerngut Neufeld, verlor dieses aber bald wieder. Hauptgrund war fehlender Geschäftssinn. Ihn beschäftigten vielmehr philosophisch-pädagogische Fragen. Mitleid mit den Armen, sein Helferwille trieb ihn zum Schreiben. Als einer der ersten erkannte er die Gefahr der Vermassung der Menschen. Er wollte das Volk durch Schulung und Bildung der Stumpfheit und Zufälligkeit des materiellen Daseins entreissen. Als Kern einer menschenwürdigen Erziehung erkannte er die Familie, die hegende Wärme der Wohnstube. Der aufwachsende Mensch sollte seinen Begabungen und Neigungen entsprechend gefördert werden, die Bereiche Kopf, Hand und Herz gleichwertig verbunden, gesamtheitlich

würden wir heute wohl sagen und so zur optimalen Entfaltung seiner Individualkraft gelangen. Damit wollte er jenem gesellschaftlichen Zustand entgegentreten, welcher durch Angleichung um des Vorteils willen zu Selbstsucht, Verantwortungslosigkeit und Vermassung führe. Bei den Versuchen, seine Ideen in die Tat umzusetzen war er wohl erfolgreich was seine Zöglinge betraf, seine organisatorischen Schwächen, er war kein Chef, boten aber seinen Gegnern und Neidern Gelegenheit, ihn ins Unrecht zu setzen, ihn zu verspotten oder gar wegzudrängen. Mobbing würden wir das heute nennen. Trotzdem wurde er durch seine Erziehungslehre zum Begründer der Volksschule.

Am Schulhaus in Birr wurde zu Pestalozzis Ehren eine Gedenktafel angeschlagen: Hier ruht Heinrich Pestalozzi, geboren in Zürich am 12. Jänner 1746. Gestorben in Brugg am 17. Hornung 1827. Retter der Armen auf Neuhof. Prediger des Volkes in Lienhard und Getrud. Zu Stans Vater der Waisen. Zu Burgdorf und Münchenbuchsee Gründer der neuen Volksschule. Zu Iferten Erzieher der Menschheit. Mensch, Christ, Bürger. Alles für andere, für sich nichts! Segen seinem Namen!

Nun, sich rühmen das Land Pestalozzis zu sein ist das Eine, seine Erziehungslehre nachvollziehen wäre das Andere. Und hier hapert es bis heute. Unser elitäres Schulsystem vermag wohl dem Kopf, nicht aber Hand und Herz gerecht zu werden. Immerhin gibt es lobenswerte Ausnahmen: Die Rudolf Steiner-Schule zum Beispiel und viele einzelne Lehrkräfte, welche in Pestalozzis Denkart zu unterrichten versuchen. Oft genug unter massiver Kritik der Verfechter einer einseitigen Leistungsschule.

So wie wir während der Entwicklung des Kindes abwechslungsweise Phasen des Längs- und des Breitenwachstums kennen, folgte in der Geschichte der Eidgenossenschaft der Aufbauzeit von der Gründung bis zur erklärten und anerkannten Unabhängigkeit eine dreihundert Jahre dauernde Epoche der geistigen Auseinandersetzung. Souveräner Umgang mit unserer Unabhängigkeit, Verarbeitung der Niederlage von Marignano, der Reformation, der geistigen Strömungen von Absolutismus und Aufklärung und das Wirken der oben genannten und weiterer Denker ergaben in dieser Zeit unserem Land den kulturellen Gehalt. Die grenzüberschreitend wirkende geistige Entwicklung bereitete die Menschen europaweit auf die kommenden grossen Veränderungen vor, welche dann mit der Französischen Revolution 1789 ihren fulminanten Anfang nahmen.

Falls nun der Eindruck entstanden wäre, die beschriebene Epoche sei ausschliesslich die Zeit der europäischen Denker gewesen, müsste Einspruch erhoben werden. Neben den geistigen Bewegungen hatten wir

auch eine bedeutende wirtschaftliche Entwicklung zu verzeichnen. Wie zur Zeit nach dem Dreissigjährigen Krieg stand die Schweiz auch im 18. Jahrhundert an der Spitze der industriereichen Länder. Fabriken im heutigen Sinne kannte man damals allerdings noch nicht. Es handelte sich nebst dem üblichen Gewerbe um die für die Schweiz typische Heimindustrie. Seidenherren liessen vor allem in den ländlichen Gebieten der Nord-Ostschweiz in Heimarbeit weben und spinnen, was Kleinbauern und deren Familien ein zusätzliche Einkommen brachte. St. Gallen und Appenzell machten sich weltweit einen Namen mit ihren Stickereien und Baumwollgeweben. Glarus verlor durch die Einführung des Textilgewerbes seinen Charakter als Hirtenland. In der Westschweiz entwickelte sich die Uhrenindustrie in grossen Schritten. So arbeiteten in Genf um 1750 bereits 6'000 Uhrmacher. Und um 1800 wurden im Jura jährlich schon 40'000 Uhren hergestellt. In den Städten machten die Handels- und Handwerksbetriebe gute Geschäfte und in den ländlichen Gegenden blühte die Landwirtschaft. Bis 1750 war auch die Reisläuferei noch ein relativ einträglicher Wirtschaftszweig. Bis 80'000 Söldner standen gleichzeitig in fremden Diensten und brachten Sold und oft beträchtliche Beute heim. Da in dieser friedlichen Zeit weder Kriegs- noch Seuchenopfer zu beklagen waren, wuchs die Bevölkerung um eine halbe Million auf 1,7 Millionen Einwohner.

Mit „Stille vor dem Sturm" liesse sich das 18. Jahrhundert wohl am besten charakterisieren. Die Schweiz erlebte eine Zeitspanne des Friedens, einer geistigen und wirtschaftlichen Blüte und des Wohlstandes. Doch hinter dem Horizont wartete die Französische Revolution, die alles verändern sollte.

Schmachvoller Untergang

Kürzlich erklärte eine gebildete junge Frau: „Ich glaube nicht, dass unsere Geschichte neu geschrieben werden muss, das liegt alles hinter uns, wichtig ist für mich der Weg in die Zukunft". Die einzelnen Teile des Satzes sind richtig, die im ganzen Satz verpackte Aussage, Geschichte sei für die Gestaltung unseres Landes ohnehin unwichtig, ist zweifellos falsch. Die Geschichte ist wohl ein interessantes Wissensgebiet, aber als solches für unsere Zukunft nicht entscheidend. Wichtig aber sind die aus der Geschichte gezogenen Lehren, die gewonnenen Erkenntnisse. So erlaubt auch die Betrachtung der oben beschriebenen Zeit der geistigen Blüte und

der Anfänge der Industrialisierung wichtige Schlüsse für eine befriedigende Lösung heutiger Probleme.

Ein Dauerbrenner bei der Regelung des menschlichen Zusammenlebens bleibt die gerechte Verteilung der Ressourcen, das heisst der verfügbaren Mittel. Ein uraltes Problem. Seit eh gibt es Staaten, welche über wertvolle Rohstoffe und günstige Produktionsverhältnisse verfügen. Die Schweiz gehört nicht zu dieser Völkergruppe. Die meisten westeuropäischen Länder haben in den letzten fünfhundert Jahren zudem ihre Ressourcen durch Ausbeutung der Kolonien aufgestockt, das heisst, sie haben über lange Zeit Mittel verbraucht, die nicht in ihrem Land erzeugt wurden, sie haben über ihre Verhältnisse gelebt. Die Schweiz, als Binnenland, blieb von dieser gewaltigen Erbschuld bewahrt. Als Rohstoffe in nennbarer Menge können wir nur das Wasser und die für den Tourismus geeignete Landschaft betrachten. Alle weiteren Erträge müssen erarbeitet werden. Diese von der Natur gegebenen Lebensbedingungen machten uns erfinderisch, fleissig und tüchtig. Zudem bewirkten die klimatischen Verhältnisse der Alpennordseite, die ein Ueberleben der kalten Jahreszeit nur bei genügender Vorratshaltung erlauben, einen Menschentypus der sparsam, sparwillig, vorausschauend lebt. All diese Eigenschaften bilden unseren wertvollsten Rohstoff: willige und fähige Menschen. Da im Mittelalter Gewerbe und Landwirtschaft trotz den genannten positiven Eigenschaften der Bevölkerung den Bedarf nicht decken konnten, mussten viele junge Männer ihren Lebensunterhalt im Ausland verdienen. Mangels anderer Nachfrage als Söldner. In der Regel der Not gehorchend, nicht aus Abenteuerlust. Im Klartext heisst das, wir exportierten Blut. Trotzdem herrschte manchenorts bittere Armut, weil die Einwohnerzahl des in jener Zeit von Seuchen und Kriegsopfern verschonten Landes gegen das Jahr 1800 stark zunahm. Viele junge Leute mussten daher auswandern.

Einem glücklichen Zufall ist zu verdanken, dass ausgerechnet dannzumal, als im Ausland das Interesse an Söldnern nachliess, der Beginn der Industrialisierung einsetzte. Die aus England importierten Textilmaschinen bedurften einer fachmännischen Wartung, oft mangelte es an Bestandteilen, ein Schmied spezialisierte sich auf solche Arbeiten, sein Betrieb wandelte sich in eine mechanische Werkstätte, später in eine Textilmaschinenfabrik. So entstand als Folge der Textilindustrie die Maschinenindustrie mit vielartigen Zulieferbetrieben. Eine ähnliche Entwicklung erlebte die Uhrenindustrie.

Inzwischen geschah weltbewegendes in Amerika. Die aus vielen Ländern dorthin ausgewanderten Leute bildeten auch dort Gemeinschaften, es entstanden im Laufe der Zeit Dörfer, Städte und Staaten. Sie fühlten sich

immer weniger mit ihrem früheren Heimatland verbunden, wollten nicht mehr Kolonien Englands oder Spaniens heissen. Nachdem sich 13 Staaten 1776 von England lossagten und ihre Unabhängigkeit verkündeten, versuchte England dies erfolglos zu verhindern. 1783 musste die englische Krone die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika anerkennen. Die USA wurden aber nicht eine Kopie der europäischen Staaten. Vielmehr fanden die in der Zeit der Aufklärung entstandenen Forderungen an einen modernen Staat in der neuen Verfassung ihren Niederschlag. Die Grundvorstellung war ein Staat gegründet auf der Souveränität des Volkes, aufgebaut aus gesetzgebender, ausführender und richterlicher Gewalt. Als Idealmodell diente, und dies darf uns wahrlich mit Stolz erfüllen, die Schweiz.

Während die Herrscherkreise in Europa ihr verkalktes Gottesgnadentum und die Abschottung gegen die gewöhnliche Bevölkerung verbissen verteidigten, war in den USA eine völlig neue Hülle des Zusammenlebens entstanden. Diese Neuerung wurde in Europa je nach politischem Standort verschieden interessiert aufgenommen, aber in jedem Fall heftig diskutiert.

Ganz besonders im absolut regierten korrupten Frankreich. Die dortigen Standesunterschiede waren enorm. 5% der Einwohner besassen 95% der Werte, also des Geldes, der Ländereien, der Gebäude. Aber diejenigen, die fast nichts hatten, mussten 90% der Steuern aufbringen. Der königliche Spruch, dass am Sonntag jeder Bauer sein Huhn im Topf haben solle, war längst vergessen. Als revolutionäre, von der Staatsidee der USA begeisterte Volksführer verkündeten, künftig gehöre die ganze Macht dem Volk, barst der Damm und die aufgestaute Verbitterung fegte das bestehende System einer mächtigen Woge gleich hinweg. Unter dem heute berühmten Motto: „ Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ wurde 1789 das Königshaus mit dem gesamten Adel gestürzt, viele flohen ins Ausland, andere wurden später hingerichtet, eingekerkert oder vertrieben.

Natürlich übte die Französische Revolution auch einen grossen Einfluss aus auf die Schweiz. In vielen Kanälen durchdrangen die Nachrichten das ganze Land. Besonders interessierte sich die Westschweiz am Geschehen im Nachbarland. Im allgemeinen blieb aber das Volk ruhig. Die Regierungen der Orte spürten wohl die Sehnsucht im Volk nach Erneuerung, aber sie fanden die Kraft nicht, rasch Entscheidendes einzuleiten.

Inzwischen trat in Frankreich Napoléon sein Gastspiel auf der Weltbühne an. Er war Korse, wurde erfolgreicher Offizier in der französischen Armee und rettete, nun bereits als General, die in Oberitalien stehende Armee. 1797 reiste er durch die Schweiz, wo er vielenorts vom Volk begeistert begrüsst wurde. Kurz darauf begann Frankreich, auf die Schweiz

Druck auszuüben. 1792 bereits hatte Frankreich versucht, Genf zu erobern. Da aber Bern sofort reagierte und die dortige Grenze besetzte, zogen die Franzosen wieder ab. Später drangen diese bis ins Münstertal ein. Der Berner Schultheiss von Steiger wollte darauf Frankreich den Krieg erklären und dem Eindringling entgegentreten. Im Rat bildeten sich zwei Lager. Die einen wollten kämpfen, die andern abwarten, verhandeln, nachgeben. Die Friedenspartei gewann.

In Paris hatten sich revolutionär gesinnte Schweizer im Schweizerklub zusammengefunden, um von dort aus den Umsturz in unserem Lande voranzutreiben. Sie gingen soweit, dass sie Frankreich darauf hinwiesen, wieviel Gold in Bern zu holen sei. Der französische Gesandte in Bern erfrechte sich, auf dem Land Flugblätter mit dem Aufruf zum Sturz der Regierung und grossartigen Versprechungen zu verteilen. Das Volk begann schwankend zu werden. Viele glaubten den Franzosen, dass nachher alles besser sein würde. Auf Druck der Landbewohner änderten mehrere Orte ihre Verfassung und schafften Rechtsgleichheit zwischen Stadt und Land. Untertanengebiete und Gemeine Herrschaften wurden in die Freiheit entlassen. Aber erst als der französische General Schauenburg mit seinen Truppen bereits vor Biel stand, bequemten sich die Aristokraten in Bern, dem Volk eine neue Verfassung auf kommendes Jahr in Aussicht zu stellen. Der Vorwand für eine französische Intervention in unserem Lande fiel also weitgehend weg. Die Eidgenossenschaft hatte begonnen, die veralteten Strukturen dem Wandel der Zeit anzupassen, aber nach eigenen Vorstellungen. Doch dies wollte Frankreich nicht. Nicht unsere Freiheit war ihnen wichtig, sondern das strategisch wichtige Mittelland als Ost-West-Korridor und das in den Ratskellern gelagerte Gold. So ging die Agitation weiter, von Westen nahm der Druck der französischen Truppen zu. Und die Geschichte nahm ihren schmachvollen Lauf.

Als die Franzosen Biel besetzten, bat Bern die übrigen Orte um Unterstützung. Aber die Tagsatzung zögerte. Sie tagte zwar in Aarau, beging unter grossem Publikumszulauf die Beeidung des Bundes, der gleichentags verraten wurde. Die meisten Orte, namentlich jene mit bereits neuen Regierungen, mochten Bern im Kampf um die alten Strukturen nicht unterstützen. Der eidgenössische Geist, der Schwur, sich gegen Angreifer gemeinsam zur Wehr zu setzen, war vergessen. Nur die Innerschweizer hielten Bern die Treue: Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug und Glarus entsandten rund 2'000 Mann, nicht viel, aber immerhin. Man darf spekulieren, wie sich der weitere Ablauf gestaltet hätte, falls die Eidgenossenschaft den eindringenden Franzosen gemeinsam und in alter Entschlossenheit entgegengetreten wären. Und es ist sehr fraglich, ob nach einem erfolgrei-

chen Abwehrkampf, ein Sieg wäre durchaus möglich gewesen, nicht die zuvor erreichten Freiheiten und die gegebenen Versprechen rückgängig gemacht worden wären.

Zuerst wurde das Waadtland besetzt, welches sich frei erklärte unter dem Namen Lemanische Republik. Dann setzten die Franzosen zwei Armeen gegen Bern ein, die eine von der Waadt her, die andere aus dem Raume Biel-Solothurn. Als die die Mehrheit besitzende Friedenspartei noch immer nicht handeln wollte, trat General von Erlach mit fünfzig hohen Offizieren vor den Grossen Rat und warb mit einer begeisternden Rede für den Kampf. Endlich erhielt er den Befehl zum Angriff. Die Franzosen besetzten Solothurn und wandten sich dann gegen Büren. Hier stellten sich ihnen die Berner in den Weg. Während des Gefechtes traf jedoch von Bern der Befehl ein, General von Erlach habe mit seinen Truppen zurückzukehren um die Stadt zu schützen. Dieses Hin und Her begann die Truppen zu nerven, viele vermuteten Verrat, daher desertierten manche und gingen heim. Von Erlach entschloss sich, den Feind aus der Grauholzstellung zu bekämpfen. Aber die Moral der Truppe war gebrochen. Einzelne Bataillone wollten den Feind bereits in Fraubrunnen fassen. Sie wurden vom anstürmenden Gegner überrannt. Als die Sperre am Grauholz erbitterten Widerstand leistete, versuchte der französische General Schauenburg eine Umgehung. Plötzlich erschien ein berittener Bote von Bern und brachte den Franzosen die Meldung, dass die provisorische Regierung von Bern die Stadt übergebe. Gleichzeitig griffen die Franzosen auch bei Neuenegg an. Im zweiten Anlauf trieben die Berner die Franzosen in die Flucht. Da traf die Meldung von der Uebergabe der Stadt ein. Sie hatten zwar den Feind besiegt, aber die Stadt Bern war verloren. Dies war die schwärzeste Stunde des stolzen Berns.

Die wenigen aus den andern Orten eingetroffenen Truppen kehrten heim, ohne nur einen Schuss abgegeben zu haben. Franzosen strömten in die Stadt, die niemals zuvor ein Feind von innen gesehen hatte. Die andern Orte hatten Bern im Stich gelassen, den Bund gebrochen. In der Meinung, sich für die Verteidigung des eigenen Ortes bereit zu halten sei wichtiger als mit Bern zu kämpfen, waren sie zuhause geblieben. Und noch immer glaubten sie den Versprechungen der Franzosen. Aber auch sie mussten bitter bezahlen. Ein Ort nach dem andern kam an die Reihe. Nur Schwyz und Nidwalden leisteten Widerstand. Alle übrigen ergaben sich zunächst kampflos, später kam es zu zahlreichen Aufständen. Mit Bern war aber die ganze Alte Eidgenossenschaft zusammengebrochen. Ueberall wurde bald die harte Hand des Siegers fühlbar. Mit „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ war es nicht weit her. Die Goldschätze der

einzelnen Orte wurden karrenweise nach Paris transportiert. Man sagt nicht ganz zu Unrecht, Napoleon habe die Eroberung Aegyptens mit Berner Gold finanziert.

Schlachtfeld fremder Heere

Der Ablauf der Ereignisse, die 1798 zum Ende der Alten Eidgenossenschaft führten, stellt kein Ruhmesblatt dar. Zu sehr hatten sich die Fehlleistungen gehäuft. Doch wir wollen sehen, dass es eine hektische Zeit war und der Gerechtigkeit wegen eingestehen, dass es leichter fällt im Nachhinein der Kluge zu sein, als im Chaos kühlen Kopf bewahrend richtig zu handeln. Trotzdem dürfen wir uns fragen, welche Hauptgründe zu diesem traurigen Niedergang führten.

Wir wissen, dass sich Stadt und Land entfremdet hatten, weil die Stadtregierungen die Gnädigen Herren spielten und das Landvolk als ihre Untertanen betrachteten. Das heisst nicht, dass sie schlecht regiert hätten, das kann man nicht sagen. Aber die Bereitschaft, für sein Land das Leben einzusetzen, ist ganz bestimmt grösser, wenn man ein freier Bürger ist und auch als solcher behandelt wird.

Wir haben gesehen, dass es im 17. und 18. Jahrhundert nebst den Aristokraten und der Stadtbevölkerung auch dem Landvolk im allgemeinen recht gut ging. Es ist aber eine alte Weisheit, dass eine längere Epoche des Wohlergehens zu Verweichlichung führt. Die nachwachsenden Generationen glauben nicht mehr, dass es einem Land auch schlecht ergehen kann (!). Zudem weckt Wohlstand die Gier nach mehr, Egoismus und die Bereitschaft, um der Bequemlichkeit oder des wirtschaftlichen Vorteils willen selbstverständlich gewordenes Althergebrachtes leichtfertig zu opfern. Die Friedensschalmeien und die Versprechungen der französischen Agitatoren klangen zu verlockend!

Wenn ein Volk in Armut lebt, erliegt es leicht der Agitation eines fremden Staates, welcher bessere Zustände verspricht. Aber auch die Wohlhabenden, gierig nach mehr, können dieser Versuchung erliegen. Beides wird verhindert, wenn die moralische Kraft, das Vertrauen in die Gemeinschaft und hier die Eidgenössische Gesinnung intakt sind. Alle drei Bedingungen waren 1798 in der Schweiz nicht mehr gegeben. Kein Land kann auf Dauer frei bleiben, wenn nicht Volk und Regierung einig sind und eine Mehrheit kompromisslos bereit ist, für die Erhaltung von Freiheit und Unabhängigkeit zu kämpfen.

Die Eidgenossenschaft hatte eine lange friedliche Zeit hinter sich. Wer im letzten Glaubenskrieg, dem zweiten Villmergerkrieg von 1712 gekämpft hatte, war seit Jahren verstorben. Das heisst, die Truppen hatten keine Kampferfahrung, es sei denn, sie sei in fremden Diensten erworben worden. Da Tagsatzung und Friedensparteien den Versprechungen der Franzosen erlagen und das Aufgebot der Truppen immer wieder hinausschoben, blieb für eine genügende Ausbildung keine Zeit.

Diese Erkenntnisse gelten auch für die heutige Zeit, vollumfänglich und ohne Wenn und Aber. Bleibt nur die Frage, ob man sie beherzigen will.

Doch zurück ins Jahr 1798. Anstelle der Tagsatzung und der Regierungen der Orte regierte die Schweiz nun das Direktorium in Paris. Der Jura und die Städte Biel und Genf wurden kurzerhand zu Frankreich geschlagen. Das übrige Schweizergebiet erklärten die Franzosen zur Helvetischen Republik, einem Einheitsstaat in Abhängigkeit von Frankreich, bestehend aus nun 19 Kantonen.

Die Alte Eigenossenschaft von 1291 bis 1798 war, wie bereits erwähnt ein Staatenbund, locker verbundene selbständige Orte, vergleichbar einer Traube. Die Neue Eidgenossenschaft seit 1848 ist ein Bundesstaat, ähnlich einer Orange mit ihren Schnitzen, ein klar begrenztes Bundesgebiet mit den unter sich gleichgestellten Kantonen, autonomen Teilstaaten. Dazwischen erlebte die Schweiz die Helvetische Republik als Einheitsstaat, ein Gebilde wie eine Pflaume mit einem harten Kern, der Zentralregierung. Mehrere aus zentral beherrschten Monarchien entstandene europäische Länder, wie etwa Frankreich, haben diese Form nie überwunden. Die EU droht sich mit ihren starken Brüsseler-Zentralorganen in dieselbe Richtung zu entwickeln.

Geführt wurde die Helvetische Republik durch ein Fünfer-Direktorium. Das Parlament bestand aus einem Senat und einem Grossen Rat. Die Kantone leitete nach den Vorschriften des Direktoriums ein Statthalter, den Bezirk der Distriktstatthalter und die Gemeinde der Agent. Nichts mehr von Landsgemeinden und dergleichen. Das Volk reklamierte, die Franzosen drohten und die meisten Kantone gaben Ruhe. Nicht so Uri, Schwyz, Nidwalden, Glarus, Zug und das Oberwallis. Das sind im wesentlichen die Orte, die Bern zu Hilfe geeilt waren! Auch jetzt greifen sie zu den Waffen, wollen das französische Joch abschütteln. Es kommt zu mehreren teils siegreichen Gefechten. Trotzdem müssen die Rebellen einsehen, dass sie gegen die Uebermacht der Franzosen auf die Dauer nichts auszurichten vermögen und geben auf. So war die Helvetische Verfassung durchgesetzt und der Einheitsstaat Helvetische Republik Tatsache geworden.

Zu einem erneuten Aufbäumen kam es, als alle Bürger den Eid auf die neue Verfassung ablegen sollten. Da darin die Glaubensfreiheit tangiert wurde, verweigerten die Geistlichen der Urschweiz das Gelübde. Auf Gesuch der helvetischen Regierung macht sich General Schauenburg auf, den Gehorsam zu erzwingen. Allein Nidwalden bleibt bei seinem Nein. Trotz heftigem Widerstand mit allen Mitteln, sogar Frauen und Kinder schlagen mit Stöcken und Mistgabeln auf die Franzosen ein, können diese in Stans eindringen. Ueber 400 Tote, 700 Häuser eingeäschert, umherirrende Waisenkinder, so präsentiert sich die grässliche Bilanz. Die helvetische Regierung fühlte sich bemüssigt, Frankreich für die Bezwingung Nidwaldens zu danken. Ein Mann bewies Herzensgrösse. Pestalozzi eilte herbei und betreute die vielen hungrigen Waisenkinder.

Schon ein Jahr später folgte das nächste Unglück. Wegen seiner Expansionspolitik hatte Frankreich nun fast ganz Europa gegen sich. Die Franzosen aber konnten nun die Schweiz als Sprungbrett benützen gegen Deutschland, Oesterreich und Italien. Oesterreich eroberte Graubünden zurück und drängte die Franzosen bis nach Zürich. In der Nordostschweiz kämpfte der russische General Korsakoff gegen die Franzosen. Ein anderer Russe, General Suworoff, stiess mit seiner Armee von Italien her über den Gotthard Richtung Altdorf. Da ihm die Franzosen den Talaustritt versperrten, musste er sich mit Mann und Ross, mit Kanonen und dem ganzen Tross, über die Pässe Kinzig, Pragel und Panixer ins Vorderrheintal durchschlagen.

Damit war für die Schweiz eine Horrorvorstellung Wirklichkeit geworden. Sie war Kriegsschauplatz fremder Armeen. Was wir über die Verhältnisse im Deutschen Reich während des Dreissigjährigen Krieges gelesen haben, ist jetzt über die Schweiz hereingebrochen. Die fremden Heere zogen kreuz und quer durch unser Land, Soldaten und Pferde mussten versorgt werden, der Bevölkerung wurde die letzte Kuh aus dem Stall gestohlen und die ganzen Keller ausgeräumt. Brutal bestätigte sich: Wer keine eigene Armee (mehr) hat, bekommt über kurz oder lang und oft früher als gedacht, eine fremde.

Der dornenvolle Weg zum neuen Bundesstaat

Die ersten fünfzig Jahre des 19. Jahrhunderts brachten der Schweiz viel Turbulenz und Unsicherheit. Das war ein Hin und Her, ein Hüst und Hott, voll Hoffnung und Enttäuschung. Da wurde gehofft, versprochen, versucht, geregelt, geändert, befohlen, verweigert, aufgebaut und abgerissen

und viel, sehr viel um die beste Lösung für unser Land gestritten. Und trotzdem, oder gerade deshalb, war diese Epoche für die heutige Schweiz von grösster Bedeutung. Wenn die Bundesverfassung von 1848 (Revision 1874) 150 Jahre brauchbar blieb, beruht dies zu einem schönen Teil auf dem Umstand, dass in den fünfzig vorangegangenen Jahren so ziemlich alle denkbaren Möglichkeiten des Zusammenlebens in der Schweiz getestet worden waren. In der Alten Eidgenossenschaft, einem Staatenbund, war die Gewalt weitgehend bei den einzelnen Orten. Ein Tagsatzungsbeschluss musste, sollte er allgemein verbindlich sein, einstimmig gefasst werden. So wurde nur das absolut Notwendigste einheitlich geregelt. In der Helvetik, wie wir gesehen haben ein Einheitsstaat, galt nun das Gegenteil, fast alles wurde von Paris oder dann sicher vom Direktorium geordnet, das Zollwesen, Steuern, Post, das Schulwesen, das Bürgerrecht und vieles mehr. Da diese Regelungen nicht Rücksicht nahmen auf unsere geschichtlichen, politischen, landschaftlichen, kulturellen, sprachlichen und konfessionellen Verschiedenheiten, wurde jede Lösung von der einen oder anderen Seite, oft gleich von mehreren Gruppierungen, abgelehnt. Immerhin bildeten sich zwei klar abgegrenzte Parteien: Die Unitarier, welche den Einheitsstaat befürworteten, weil nur so im Lande Ordnung geschaffen werden könne. Daneben die Föderalisten, die sich für unser Land voller Gegensätze keine Einheitsverfassung vorstellen konnten. Auf der Bundesebene wollten sie nur regeln, was im Kanton nicht sinnvoll oder nicht möglich sei. Die Meinungen waren so konträr, dass weder Einigung noch Kompromiss möglich waren

Hier ist ein Blick in die Gegenwart interessant: In der EU herrscht zur Zeit der gleiche Zwist wie bei uns vor zweihundert Jahren. Kommission und Ministerrat wollen eine zentralistische EU. Anders denken einzelne EU-Länder und das Europäische Parlament, die für eine föderative Aufgabenteilung einstehen. Den an sich unmöglichen Kompromiss sucht man in der Umkehrung des Subsidiaritätsprinzips. Statt dass die untere Ebene der oberen Aufgaben zuweist, geschieht es in der EU umgekehrt. Brüssel sagt, was die untere Ebene, also die Mitgliedstaaten, in eigener Verantwortung zu regeln haben. Wir sehen, die Geschichte wiederholt sich eben manchmal doch!

Doch zurück in die Zeit der Helvetik. Die Föderalisten gewannen die Mehrheit, das Direktorium konnte sich nur halten, weil es von den Franzosen gestützt wurde. Als sich die beiden Parteien nicht einigen konnten, zog Napoleon seine Truppen aus der Schweiz zurück. Sofort kam es in Zürich und Bern zu Aufständen, Truppen beider Lager trafen bei Murten aufeinander, die Föderalisten siegten. Die helvetische Regierung floh nach

Lausanne und wollte sich schon nach Savoyen ins Exil begeben, als Napoleon den Streit stoppte, indem er sich zum Vermittler erklärte. Er liess eine Delegation nach Paris kommen und diktierte ihr eine neue Verfassung, die Mediationsakte. Das war 1803. Die Mediationsakte gliederte die Schweiz wieder in die 13 Alten Orte und sechs neue Kantone. Jeder Kanton erhielt eine seinem Charakter entsprechende Verfassung. Sie setzte die Tagsatzung wieder ein, über ihr stand als Landammann jeweils für ein Jahr der Bürgermeister der Tagsatzungsstadt, abwechslungsweise Luzern, Zürich, Bern, Freiburg und Solothurn. Es wurde aber nicht einfach die alte Ordnung wieder hergestellt. Einige von einer grossen Mehrheit begrüsste Neuerungen blieben erhalten, so etwa die Gleichstellung aller vor dem Gesetz, die Aberkennung der Vorrechte der alten Stände, die Niederlassungsfreiheit und die Handels- und Gewerbefreiheit.

Aber immer noch machte Napoléon mit der Schweiz, was er wollte. Er zwang ihr ein Militärbündnis auf, das ihr den Schutz durch Frankreich versprach, wogegen er 16‘000 Schweizersöldner anwerben durfte. Als er gegen England die Kontinentalsperre anordnete, musste die Schweiz mitmachen und auf die weitere Einfuhr englischer Textilmaschinen verzichten, was grosse wirtschaftliche Einbussen verursachte. Er besetzte 1810 unter dem Vorwand, es werde Schleichhandel getrieben, den Kanton Tessin (!). Aber es kehrte endlich etwas Ruhe ein. Und Vieles konnte neu oder besser geordnet werden. Die Konfessionen kamen sich näher, der gemeinsame Bettag wurde eingeführt. Die Volksschule wurde ausgebaut, die Studienmöglichkeiten verbessert. Die obligatorische Brandversicherung wurde geregelt und der Bau des Linthkanals beschlossen.

Als sich die europäischen Völker nach Napoleons misslungenem Russlandfeldzug gegen ihn erhoben, erklärte sich die Schweiz als neutral und ordnete die Grenzbesetzung an. Doch die riesigen russischen und österreichischen Heere verlangten ein Durchmarschrecht. Mit dem Eindringen von Frankreichs Gegnern wurde die von Napoléon diktierte Verfassung gegenstandslos, die Mediationszeit war zu Ende.

Nach der Entmachtung Napoléons und seiner Inhaftierung auf der Insel Elba traten die Siegermächte 1814 in Wien zu einer Friedenskonferenz zusammen, dem Wienerkongress. Die Schweiz, erneut politisch vielfach gespalten, konnte sich nicht auf eine einheitliche Haltung einigen. Nebst der Tagsatzung sandten auch einzelne Kantone, Regionen und Interessengruppen ihre Gesandten nach Wien, alle im Bestreben, möglichst viele der eigenen Zielvorstellungen zu erreichen, präzis wie heute, wo wiederum neben der bundesrätlichen Delegation Lobbyisten von Kantonen, Konzernen und Gruppierungen aller Art bei der EU in Brüssel agieren, sich ge-

genseitig konkurrenzieren, in die Quere kommen und so letztlich dem Lande schaden. Solch egoistisches Verhalten musste sich damals und wird sich heute erneut negativ auswirken. Primär ging es der Tagsatzung damals darum, die Bestätigung von Unabhängigkeit und Neutralität zu erreichen. Dann aber auch drei südliche Vogteien für Graubünden zu reklamieren. Aus konfessionellen Gründen wünschten sich die Bündner das Veltlin aber als selbständigen Kanton. Eine andere Schweizergruppe wollte aus allen drei Vogteien Veltlin, Chiavenna und Bormio einen neuen Kanton schaffen. Angesichts der Uneinigkeit unter den schweizerischen Gesandten wurden alle drei Gebiete zu Oesterreich geschlagen. Voilà! Schade, vor allem die Wein- und Sonnenstube Veltlin hätte gut zur Schweiz gepasst. So hat die Schweiz in jener Zeit viel von ihrem Glorienschein verloren. Die augenfällige Zerstrittenheit der Gesandten machten am Wienerkongress einen schlechten Eindruck. Zudem wurde bemängelt, dass die Schweiz nicht aus eigener Kraft im Stande gewesen sei, die französische Bevormundung abzuschütteln und an der Seite der andern Staaten gegen Napoleon zu kämpfen.

Mitten in die Verhandlungen platzte die Rückkehr Napoléons mit seiner Landung bei Cannes, wo dieser zur Erhebung gegen das restaurierte französische Königtum der Bourbonen aufrief und mit seinen Getreuen, welche rasch zu einem beträchlichen Heer anwuchsen, nach Paris marschierte. Dort eingetroffen, forderte er die Schweizerregimenter des aus Paris geflohenen Königs auf, ihren Eid zu brechen und auf seine Seite zu treten, was diese indes verweigerten. Der Wienerkongress beschloss den erneuten Krieg gegen den nun wiederum als Kaiser der Franzosen auftretenden Bonaparte. Gleichzeitig bot die Tagsatzung Truppen zur Besetzung der Westgrenze auf. Es stellte sich zudem die Frage, ob die Schweiz neutral bleiben oder auf die Seite der Alliierten treten sollte. Sie entschloss sich zum Zweiten. Da die französische Besatzung erst vor zwei Jahren aus der Schweiz abgezogen und von einer neuerlichen Erstarkung Napoléons nichts Gutes zu erwarten war, allmählich auch die Letzten sich von den Kontinentalträumen à la Bonaparte distanzierten und dementsprechend die Kampfansage gegen ihn die Unterstützung einer grossen Mehrheit unseres Volkes genoss, war dieser Entscheid zweifellos richtig. Er entspricht zudem unserem Verständnis der freigewählten bewaffneten Neutralität, wie sie auch im Zweiten Weltkrieg geplant war und noch heute gilt: Wir halten still, wir ergreifen nicht Partei, wir bemühen uns alle Kriegsparteien gleich zu behandeln bis zum Zeitpunkt eines Angriffs auf unser Land. In diesem Fall stellen wir uns an die Seite der Gegner des Aggressors.

Indessen verliefen die mit dieser Politik verbundenen Aktionen wenig erfolgreich. Zwar wurde Hüningen, von wo Basel mit Artillerie beschossen worden war, belagert, erobert und geschleift. Ein Stoss über die Grenze zur Besetzung von Besançon verlief jedoch ziemlich peinlich: die Logistik klappte in keiner Weise, Verpflegung und Nachschub funktionierten ungenügend, es kam zu Meutereien. Dann folgte ein neuer Auftrag im Südjura. Erneut hat sich die Erfahrung von Marignano bestätigt: Hände weg von grosser Politik mit fremden Mächten, Hände weg von Eskapaden ausserhalb unserer Grenzen (!).

Inzwischen war Napoléon bei Waterloo endgültig geschlagen, gefangen genommen und auf die Insel St.Helena in die Verbannung geschickt worden. Die unterbrochenen Verhandlungen am Wienerkongress konnten wieder aufgenommen werden. Weil wir nun auch als Verbündete galten, begegneten die Gesprächspartner unseren Anliegen mit grösserer Aufmerksamkeit. Das für uns positivste Ergebnis des Wienerkongresses war die von Pictet de Rougemont formulierte und von Frankreich, Oesterreich, Grossbritannien, Preussen, Russland und Portugal unterzeichnete Anerkennung und Garantierung der immerwährenden Neutralität und der heute noch geltenden Grenzen unseres Staatsgebietes.

Die 1799 in der Schweiz durch die Unterzeichnerstaaten gemachten militärischen Erfahrungen dürften ihnen die Bedeutung der Rochadenkreuzung Gotthard ins Bewusstsein gebracht haben. Zweifellos haben sie die wichtige Funktion einer bewaffnet-neutralen Schweiz erkannt. Als Alternative hätte sich bei dieser Gelegenheit die Möglichkeit geboten, unser Land den Sprachgebieten entsprechend auf die angrenzenden Staaten aufzuteilen und damit das Problem Schweiz ein für allemal zu tilgen. Wir wollen dankbar sein, dass der Entscheid für uns so günstig ausgefallen ist. Es ist leicht einsehbar, vor wieviel Leid wir während den Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Frankreich 1870/71, 1914/18 und 1939/45 durch diese glückliche Fügung verschont geblieben sind. Das Resultat des Wienerkongresses bot unserem Land zudem die Chance, einen modernen Staat nach unseren eigenen Vorstellungen aufzubauen. Wie wurde sie genutzt?

Die Tagsatzung von 1815 stimmte einem neuen Bundesvertrag zu, welcher in lediglich fünfzehn Artikeln nur die wichtigsten Fragen regelte. Die 22 Kantone erhielten die heutigen Grenzen (Jura und Halbkantone ausgenommen) und verfügten künftig über noch mehr Rechte als in der Mediationszeit. Die Tagsatzung beschloss nur über Krieg, Frieden, Bündnisse und Handelsverträge. Tagungsorte waren Zürich, Bern und Luzern im Zweijahresrhythmus. Da die Kantone in der Gestaltung der inneren

Verhältnisse weitgehend frei waren, wurden vielerorts wieder die ehemaligen Zustände eingeführt. Man nennt diese Epoche heute daher die Restaurationszeit.

Aber der durch die französische Revolution geweckte Freiheitsdrang der Menschen war nicht mehr zu unterdrücken. Schillers „Wilhelm Tell" wurde in der Schweiz erstmals aufgeführt. Es entstanden Organisationen auf schweizerischer Ebene, interkonfessional, patriotisch, wie die Studentenverbindungen, der Schweizerische Schützenverein und der Eidgenössische Turnverein. Aber auch politisch gärte es. Es entstanden politische Zeitungen, die die Zeitprobleme offen zur Sprache brachten und eine selbstbewusste Meinungsbildung in der Bevölkerung förderten. Die freiheitlich Gesinnten, welche die Volksherrschaft und mehr Volksrechte verlangten, bezeichneten sich als Liberale.

Eine ähnliche Bewegung war auch im Ausland festzustellen. 1830 widerrief der französische König die Pressefreiheit und löste das Parlament auf. Da erhob sich das Volk, errichtete Barrikaden und schlug in einer dreitägigen Strassenschlacht die Polizei und die königlichen Truppen. Der König floh nach England. Nun wurde ein Herzog als „Bürgerkönig" eingesetzt. Auch in den seit dem Wienerkongress zu einem Königreich vereinigten Belgien und Holland kam es zum Aufstand.

In der Schweiz waren immer mehr Leute nicht damit einverstanden, dass nun wieder die Stände regierten. Sie wollten die Volksherrschaft. Im Thurgau und im Aargau kam es zu Massenversammlungen, Aktionen auch in Uster, Burgdorf, Basel und Schwyz: Das Volk verlangte mehr Rechte, neue Kantonsverfassungen. Schritt um Schritt kam das Volk seinen Zielen näher. Die weitgehende Eigenständigkeit der Kantone hatte zur Folge, dass diese Bewegungen auf deren Gebiet beschränkt blieben. Der neue Bundesvertrag von 1815 blieb daher bis 1848 in Kraft.

Auch die nächste Umwälzung ging von Frankreich aus. Viele waren dort mit der königlichen Nachfolgeregelung nicht einverstanden. Die einen wollten auf dem Thron einen Nachfahren von Karl X. sehen, andere einen aus der Familie Bonapartes. Als ihr Anwärter galt Prinz Louis Napoleon, im Schloss Arenenberg im Kanton Thurgau aufgewachsen, als Doppelbürger in Thun unter Oberst Dufour zum Artilleriehauptmann ausgebildet, gewillt, die Nachfolge seines Onkels als Kaiser Frankreichs anzutreten. Aber auch die Arbeiter hatten eigene Vorstellungen. Sie waren nicht einverstanden, dass erneut ein König gekrönt worden war und bildeten eine neue Partei, genannt Sozialisten. Demokratisch Gesinnte verlangten nun energisch die Teilnahme des Volkes an der Regierung, eine entsprechende Verfassung, die Pressefreiheit und das Recht, Vereine zu bilden.

Da sie diese Aenderungen energisch forderten, wurden sie als Radikale bezeichnet. Begriffe die wir leicht verstehen, weil sie heute noch, auch bei uns, gebräuchlich sind. Der König stützte sich vermehrt auf die reichen Geschäftsleute und höheren Beamten, denen er Steuererleichterungen gewährte, während die Steuerschraube bei den unteren Schichten angezogen wurde. Das führte zu Tumulten und Barrikaden in den Strassen von Paris, was dem König so sehr Angst einjagte, dass er nach England floh. Er war der letzte französische König. Das war im Februar 1848. Nun wurde Louis Napoleon zum Präsidenten der französischen Republik gewählt, vier Jahre später aber erhielt er die Kaiserkrone.

Die französischen Signale wurden auch in der Schweiz aufgenommen. Die Liberalen strebten nun eindringlich nach Gleichberechtigung aller Bürger und einer entsprechenden Verfassung. Diese Bewegung ergriff auch katholische Kantone wie Luzern, Freiburg und Solothurn. Aber gegen die Auffassung der Liberalen, diese freiheitlichen Grundrechte müssten auch für den religiösen Lebensbereich gelten, sträubten sich Katholiken und strenggläubige Protestanten. Diese wandten sich vom Liberalismus ab und nannten sich Konservative, also Bewahrende. Die Meinungsverschiedenheit drohte die Schweiz bereits kurz nach 1830 erneut in einen Konfessionsstreit zu führen. Wir haben weiter oben gesehen, wie sehr religiöse Fragen das Innerste des Menschen berühren und wie sorgsam mit diesen Bereichen umzugehen ist. Scheinbar hatte man die früheren diesbezüglichen Erfahrungen vergessen. Die Gegensätze brachen auf in fast allen Lebensfragen: Persönliche Freiheit, Glaubensfreiheit, Mehrheitsverhältnisse, Kirchenfragen, Schulangelegenheiten, Lehrerausbildung. Dem Fass den Boden aus schlug die Aufhebung der Klöster im Kanton Aargau, wodurch der Bundesvertrag eindeutig gebrochen wurde. Dieser Akt verletzte die Konservativen aufs Tiefste. Auf Empfehlung der Tagsatzung, Stimmenverhältnis 12 zu 10, wurden darauf im Aargau vier Frauenklöster wieder zugelassen. Das genügte den konservativ regierten Kantonen nicht. Sie drohten gegenüber den zehn die Wiederzulassung der Männerklöster ablehnenden Kantonen die Beziehungen abzubrechen. Es ist kaum zu glauben, aber das politische Wetterleuchten am Horizont wurde nicht wahrgenommen. Im Gegenteil. Beidseitig wurde weiter verspottet, gestichelt, beleidigt.

Für die nächste Eskalation sorgten diesmal die Konservativen, indem sie in Luzern einer neuen Verfassung zustimmten, welche in Schulfragen den Geistlichen mehr, den Liberalen dagegen kein Mitspracherecht gewährte. Als sie diese Verfassung gar dem Papst zur Genehmigung vorlegten und die bei den Liberalen als katholische Eiferer verschrienen Jesuiten

als Lehrer an ihre Schulen berufen wollten, war das Feuer vollends im Dach. Die Liberalen versuchten nun mit Gewalt gegen Luzern vorzugehen. Doch die beiden Freischarenzüge von 1844 und 1845 misslangen. In diesen Glaubenskriegen - um solche handelte es sich, wenn auch nur um kleine - machte Luzern 1'900 Gefangene, die es nur gegen ein hohes Lösegeld freigab. Die luzernischen Liberalen wurden mit Zuchthaus bestraft, der als Hauptschuldiger angesehene sollte die Todesstrafe erleiden. Seinen Gesinnungsgenossen gelang es jedoch, seine Bewacher zu bestechen, was ihm die Flucht ermöglichte.

Hatten mit den Freischarenzügen die Liberalen über die Schnur gehauen, taten mit der tatsächlichen Berufung der Jesuiten an luzernische Schulen die Konservativen den nächsten Zug . Und noch immer kein Warner, keine Alarmglocke, weder auf der einen noch auf der anderen Seite. In den liberalen Kantonen wuchs die Empörung. Auch in der Bevölkerung. Die liberalen Parteien verzeichneten einen riesigen Zuwachs. In Zürich gelang es den Liberalen, die konservative Regierung abzulösen. Auf der Tagsatzung deutlich in die Minderheit gesetzt, fühlten sich die konservativen Kantone bedroht, sie schlossen unter sich eine Schutzvereinigung, den Sonderbund, um im Bedarfsfall militärisch vorbereitet zu sein. Sie wollten künftig missliebigen Tagsatzungsbeschlüssen die Gefolgschaft verweigern, wenn nötig mit Waffengewalt. Da sie gar noch bei Oesterreich und Sardinien um Unterstützung baten, verlangte Zürich auf der Tagsatzung 1846 die Auflösung des Sonderbunds, was aber abgelehnt wurde.

Als in Genf und St. Gallen die Liberalen die Macht erlangten, waren die Liberalen in der Ueberzahl. 1847 wurde der Berner Ochsenbein, ein ehemaliger Freischarenführer, als Präsident der Bernerregierung automatisch Tagsatzungspräsident. Dass dies die Konservativen wiederum in die Nase stach, ist verständlich. Aber, wie gesagt, auf beiden Seiten kein Fingerspitzengefühl, eine Provokation folgte der anderen. Wenn sich in Religionsfragen die Emotionen auf Hochspannung laden, wird der Verstand ausgeschaltet. Nun mischte sich zu allem Unglück auch noch das Ausland ein. Frankreich und Oesterreich protestierten, indem sie ihre Gesandtschaften von Bern nach Zürich verlegten. Ochsenbein wies die ausländischen Einmischungen und Drohungen mit aller Schärfe zurück und die Tagsatzung 1847 beschloss, dass der Sonderbund aufzulösen, der Bundesvertrag von 1815 zu revidieren und die Jesuiten aus der Schweiz auszuweisen seien. Als die Sonderbundskantone diesen Beschluss kategorisch ablehnten, entschied die Tagsatzung, die Forderungen mit Waffengewalt durchzusetzen, wählte Guillaume-Henri Dufour von Genf zum General und beauftragte ihn, den Sonderbund zu zerschlagen.

Dufour war ein Mann mit grossen Verdiensten, der bis anhin im ganzen Lande ein hohes Ansehen genoss. Er sorgte früher als Generalquartiermeister und als einer der Gründer der Zentralschule in Thun für die einheitliche Ausbildung der Kommandanten, bewirkte dass alle eidgenössischen Truppen eine Fahne mit dem weissen Kreuz im roten Feld erhielten und leitete die erstmalig genaue Vermessung unseres Landes und die Schaffung des grossen Kartenwerkes, das bis heute seinen Namen trägt. Dufour war sehr betrübt, den erhaltenen Auftrag ausführen zu müssen, zählte er doch viele angesehene Männer, auch katholische, in der ganzen Schweiz zu seinen Freunden, vor allem auch viele Offiziere, die auf der anderen Seite stehen würden. Die konservativen Orte erhielten zwar von katholischen Ländern in Europa materielle und finanzielle Hilfe. Der von ihnen erhoffte Einmarsch fremder Truppen aber unterblieb. General Dufours Tagesbefehl und den Ausgang des betrüblichen Waffenganges kennen wir aus einem früheren Kapitel.

Für die Sonderbundskantone war die Niederlage eine bittere Pille. Der Nachgeschmack ist oft heute noch spürbar. Der Sonderbund war aufgelöst, die Jesuiten hatten das Land zu verlassen. Die Verlierer mussten eine grosse Entschädigung bezahlen, allerdings wurde ihnen später mehr als die Hälfte erlassen. Da Neuenburg und Appenzell I.-Rh. dem militärischen Aufgebot nicht Folge geleistet hatten, wurden ebenfalls sie saftig gebüsst. Nach der Auflösung des Sonderbundes war der Weg frei für die Schaffung der Bundesverfassung 1848, wenn auch unter psychologisch schwierigen Voraussetzungen.

Es ist traurig und eigentlich unverständlich, dass die früheren bitteren Erfahrungen mit Glaubensstreitigkeiten nicht rechtzeitig ein Warnlicht haben aufblinken lassen. Es ist erschreckend feststellen zu müssen, dass die kritischsten Situationen in der Eidgenossenschaft zwischen Stanserverkommnis und 1848 allesamt durch Glaubensfragen, das heisst durch den unmöglichen Umgang mit ihnen, erzeugt worden sind. Dass ausgerechnet im Namen des Gekreuzigten, dessen Gedankengut weit mehr Anleitungen für ein friedliches Zusammenleben der Menschen enthält als jedes andere Buch unserer Kultur, die meisten Bruderkriege in unserem Land geführt wurden. Diese Tatsache provoziert die heikle Frage, wie unsere Geschichte sich darstellen würde, wenn es nicht zur Reformation gekommen wäre. Warum war die Katholische Kirche so wenig zu Aenderungen bereit? Warum waren beide Seiten so stur? Haben die Beteiligten nicht ahnen können, wieviele Menschen in der Folge um ihrer Konfession willen würden sterben müssen? Wohlverstanden, es ging nie um die Frage Christentum ja oder nein, sondern lediglich um ein bisschen Wie! Waren die

doch eher unwesentlichen, sich meist um Aeusserlichkeiten handelnden Differenzen diese Opfer wert? Oder diente auch hier, auch im Sonderbundskrieg, die Religion nur als Vorwand? Ging es ganz einfach um Macht?

Man sagt, der Sonderbundskrieg sei nötig gewesen, damit die Bundesverfassung 1848 entstehen konnte. War sie diesen Preis wert? Diese Vergleichsfrage zu stellen ist unanständig. Sie unterstellt, dass der Wert eines Menschenlebens gemessen werden kann. Erlaubt, ja kategorisch gefordert ist aber, aus den Vorfällen die Lehren zu ziehen. Für den privaten Bereich könnte das heissen: Wir können den Opfern des Sonderbundkrieges und der übrigen Glaubenskriege wenigstens ein bisschen gerecht werden, wenn wir uns dafür einsetzen, dass Aehnliches nicht mehr geschieht. Wenn wir uns selbst schwören, nie mehr einen Menschen um seines Glaubens willen zu demütigen oder zu verfolgen. Und staatspolitisch? Einige Lehren haben bereits in der Bundesverfassung 1848 ihren Niederschlag gefunden. Wir sind in den letzten hundertfünfzig Jahren mit dem delikaten Thema Glauben sorgfältiger umgegangen. Die verschiedenen Glaubensrichtungen haben gelernt, nebeneinander, zum Teil schon miteinander zu leben. Auf Dauer kann der religiöse Frieden aber nur erhalten bleiben, wenn alle Gruppen die eidgenössische Idee höher werten als ihre Verbindung zu ihren ausländischen Glaubensgenossen. Wer gegen diesen Grundsatz verstösst, handelt unverantwortbar, gehe es nun um politische oder geschichtliche Fragen, um Geistliche oder Asylanten, um Gold oder Geld (!).

Bundesverfassung 1848

Die Bundesverfassung 1848, revidiert 1874 und später mit unzähligen Aenderungen, Ergänzungen und Streichungen aktuell erhalten, stellte zweifellos eine gute Grundlage für unser nationales Zusammenleben dar. Wie sonst hätte sie hundertfünfzig Jahre überstehen können? Hier interessieren eher die Entstehung und die staatspolitische Bedeutung als der ohnehin nur noch teilweise gültige Text.

Der Umstand, dass auf der Tagsatzung die Liberalen die Oberhand hatten, erlaubte eine zügige Konzeption des Verfassungsentwurfes. Was sich in den vielen meist kurzlebigen Bundes- und Kantonalverfassungen der vorangehenden fünfzig Jahre bewährt hatte, wurde mit der als Vorbild dienenden Verfassung der USA verschmolzen. Die bestimmenden Liberalen waren klug genug, den Konservativen wo immer möglich entgegenzu-

kommen. Die Findung des Kompromisses gelang indes nicht immer und gar oft haben dann die Liberalen ein Machtwort gesprochen. Viele dieser Härten konnten im Laufe der Jahrzehnte ausgebügelt werden. Die damalige Fassung jedoch vermochte die Konservativen nicht zu befriedigen. Nachdem der Entwurf des Verfassungsausschusses durch die Tagsatzung genehmigt worden war, musste das Volk Stellung beziehen. 15 1/2 Stände nahmen die Verfassung an, 6 1/2 Stände lehnten ab. Dass in den konservativen Kantonen die angeordneten Höhenfeuer und Kanonensalven nur halbherzig gezündet wurden, ist verständlich. Wenn man sich in ihre Lage versetzt, muss man beschämt sein. Was sie bei der seinerzeitigen Aufnahme von Freiburg und Solothurn in den Bund befürchtet hatten, war nun brutal eingetreten. Die Urschweizer, die Volksteile welche den Grundstein zu unserem Staatswesen gelegt und jahrhundertelang in vorderster Front für Freiheit und Unabhängigkeit gekämpft, sie, die die demokratischen Grundrechte auch in der Zeit des Absolutismus nie aus der Hand gegeben haben, sie sassen nun auf der Verliererbank und hatten nichts mehr zu sagen. Wenn man das Verhalten der Liberalen anlässlich der Konstruktion des neuen Bundesstaates und die von den Konservativen geforderte und gezeigte Grösse in den Stunden des Unterliegens auf die Waage legt, neigt sich diese zugunsten der Konservativen. Dies um so mehr, als sie auch bei der Wahl des ersten Bundesrates eine bittere Pille zu schlucken hatten: Gewählt wurden sieben Liberale aus den Kantonen Zürich, Bern, Solothurn, Aargau, St. Gallen, Tessin und Waadt. Die Zentralschweiz ging leer aus.

Nachdem die Alte Eidgenossenschaft, wie wir früher gesehen haben, zuerst einen Staatenbund, 1799-1815 einen Einheitsstaat und dann bis 1848 wieder einen Staatenbund darstellte, bildete die neue Verfassung nun die Grundlage für einen Bundesstaat. Die schwache Tagsatzung wurde ersetzt durch recht starke Bundesbehörden, einen Bundesrat als ausführende Behörde, zwei Kammern, den Nationalrat und den Ständerat als gesetzgebende Behörde und das Bundesgericht als richterliche Instanz, wodurch die Gewaltentrennung sichergestellt werden sollte. Eine Vorlage tritt erst in Kraft, nachdem sie durch beide Kammern in getrennter Verhandlung gutgeheissen worden ist. Wenn beide Kammern gemeinsam in einem Raum tagen, spricht man von der Vereinigten Bundesversammlung. Sie entscheidet über Krieg und Frieden, wählt General, Bundesräte, Bundesweibel und die Bundesrichter und ist zuständig für Begnadigungen. Vieles, was in der Helvetik Bundessache war und dann in der Mediations- und der Restaurationszeit wieder kantonale Angelegenheit wurde, wird jetzt klar dem Bund zugeordnet: Staatsverträge, Post, Zoll, Münzwesen,

Masse und Gewichte, Herstellung von Schiesspulver, ETH und Teile des Militärwesens waren solche Bereiche. Anderseits blieben die Kantone zuständig für alles was nicht ausdrücklich dem Bund zugewiesen ist. In die Aufteilung der Kompetenzen zwischen Kanton und Gemeinde mischt sich der Bund nicht ein. Hier wurde dem föderalistischen Gedanken, dem Subsidiaritätsprinzip, Rechnung getragen. Grundsätzlich anerkannt und festgeschrieben wurden auch die Glaubensfreiheit für christliche Schweizer (!), die Niederlassungsfreiheit, die Pressefreiheit, das Petitionsrecht und das Vereinsrecht.

Schon nach fünfundzwanzig Jahren wurde eine Totalrevision der Verfassung nötig. Diese sollte den besonderen schweizerischen Verhältnissen noch besser angepasst werden, auch den teilweise fortschrittlicheren Kantonsverfassungen. Vor allem ging es um die Initiative und das obligatorische und fakultative Referendum. Dann Militärfragen, gleiche Rechte für alle Schweizer in den Gemeinden, Handels- und Gewerbefreiheit in der ganzen Schweiz, Glaubensfreiheit für alle Religionen. Dem Bund zugewiesen wurden neu die Gesetzgebung über die Eisenbahnen und das Forst- und Wasserwesen. Zuweisungen an den Bund erfolgten also nur schrittweise und wohl durchdacht, dem Subsidiaritätsprinzip wurde volle Beachtung geschenkt.

Wenn wir die Bundesverfassung von 1999 zur Hand nehmen und die einzelnen Artikel anschauen, merkt man schnell, dass Vieles seit 1848 gleich blieb. Wir empfinden daher die Zeit nach 1848 als neuere Zeit. Für die heutige ältere Generation ist das stark der Fall. Zur Zeit der Totalrevision wurden meine Grossväter geboren, ich empfinde diese Zeit daher nicht als ferne Vergangenheit. Damals, in der Gründerzeit, begannen viele Entwicklungen, welche in meist ungebrochener Linie bis in unsere Tage führen.

Gründerzeit, Sonne und Schatten

Die nächsten Zeilen sollen einem Mann gewidmet sein, welcher für die Schweiz und die ganze Welt Grosses geleistet hat. Ich denke an Henri Dunant. Ihn beelendeten die auf Schlachtfeldern oft im Stich gelassenen Verwundeten und er entschloss sich zu helfen. Von der französischen Armee erhielt er 1859 die Erlaubnis, in der Schlacht von Solferino zusammen mit der Bevölkerung einen Sanitätsdienst einzurichten. Die vierzigtausend, in Zahlen 40‘000!, auf dem Schlachtfeld liegengebliebenen Toten und Verletzten erschütterten ihn dermassen, dass er sich künftig mit Leib

und Seele für den Schutz der Kriegsverletzten einsetzte. 1863 trat auf sein Betreiben in Genf eine internationale Konferenz zur Regelung der Verwundetenfrage zusammen und beschloss die Erste Genferkonvention, welcher inzwischen praktisch alle Staaten der Welt beitraten. Die in aller Welt zu gründenden Hilfsvereine sollten das rote Kreuz im weissen Feld als Zeichen tragen. Genf beherbergt heute noch den Sitz des Internationalen Roten Kreuzes, welches in den bald hundertfünfzig Jahren seines Bestehens unendlich viel Hilfe in aller Welt erbracht hat. Dunant wurde dadurch mit Pestalozzi zusammen zu den Begründern der „humanen Schweiz", ihre Werke haben uns in aller Welt viel Sympathie eingetragen. Dunant wurde im Jahre 1901 mit dem Friedens-Nobelpreis international geehrt. Wir aber haben ihm sein Wirken schlecht gelohnt, er starb, als wirtschaftlicher Versager, vergessen und verarmt 1910 in Heiden.

Auch staatspolitisch birgt die Zeit von 1848 bis zum Ersten Weltkrieg Interessantes. Da war der Neuenburgerhandel. Das Fürstentum Neuenburg gehörte den Preussen, wurde aber 1815 auch Schweizerkanton. 1848 siegten auch in Neuenburg die Liberalen, riefen die Republik aus und lehnten sich stark an die Schweiz an. 1857 kam es zum Streit mit den Preussen. Diese wollten das Problem gewaltsam lösen und setzten Truppen in Marsch, durch Deutschland Richtung Neuenburg. Die Schweiz liess sich nicht einschüchtern, mobilisierte die Armee, wieder unter der Führung von General Dufour. Erstmals standen wieder alle Schweizer unter einer Fahne. Die Begeisterung war gross, aus dieser Zeit stammt das Lied: „Roulez, tambours". Doch es kam nicht zum Krieg. Auf Vermittlung Englands und Frankreichs verzichteten die Preussen auf all ihre Ansprüche auf Neuenburg, dieses wurde endgültig schweizerisch. Weniger günstig verlief der Savoyerhandel 1860.

Nach Wortbrüchen von Sardinien und Frankreich hätten die Gebiete südlich des Genfersee mit Waffengewalt ins alte Verhältnis zur Schweiz zurückgeholt werden sollen. Da die Bundesversammlung diesen Antrag, der allerdings Krieg mit mindestens einer Grossmacht bedeutet hätte, verwarf, gingen diese Gebiete verloren. In der gleichen Zeit bildete sich im Süden das Italien in der heutigen Form und in deutschen Landen kam es zur Bildung des Deutschen Reiches, was nicht ohne Krieg mit Frankreich ablief. Das war der Deutsch-Französische Krieg 1870/71, in dessen Verlauf die Bourbakiarmee im Jura in die Schweiz abgedrängt und von unseren Truppen, welche unter General Herzog die Grenze schützten, interniert wurde. Rund 85000 Soldaten und 10000 Pferde wurden über unser Land verteilt und betreut.

Während sich 1832 in Uster das Volk noch zusammenrottete und eine mit modernen Webmaschinen bestückte Fabrik in Brand setzte, weil sie den Webern die Arbeit stahl, entstanden nun überall neue Handwerksbetriebe und grössere Fabriken. Die Industrie blühte auf, Eisenbahnen fuhren bald durchs ganze Land. Auf den Seen verkehrten Schiffe. Mit dem Tourismus entstand in den Berggebieten, aber nicht nur dort, ein willkommener Wirtschaftszweig. Und es ging der Schweiz wirtschaftlich wieder gut, zum Teil sogar sehr gut.

Mit dem Entstehen grosser Unternehmungen zur Abdeckung nationaler Bedürfnisse, wie Bahnen, Post, Elektrizitätsversorgung und Telefonnetz stellten sich Probleme von höchster staatspolitischer und sozialer Bedeutung. Die liberale Weltanschauung geht dahin, jede Produktion und alle Dienstleistungen dem freien Wettbewerb auszusetzen. Dagegen verlangt der soziale Aspekt, dass alle Konsumenten gleichgestellt bedient werden. Weil private Unternehmungen von ihrer Natur aus gewinnorientiert arbeiten müssen, besteht die Gefahr, dass sie ihr Produkt nur dort anbieten, wo sie es mit Profit verkaufen können. Da dies umso eher der Fall ist, wenn eine grosse Zahl möglicher Konsumenten sich nahe beieinander befinden, drohen die abgelegen auf dem Land Lebenden gegenüber der Stadtbevölkerung ins Hintertreffen zu geraten. Den naheliegenden Ausweg bildet die Verstaatlichung und damit die Monopolisierung der betreffenden Betriebe.

Die Verletzungen der Volksseele als Folge des Sonderbundskrieges waren aber noch nicht überall verheilt und erst jüngst zur Schweiz gestossene Kantone waren gefühlsmässig noch nicht ins Volksganze eingebunden. Verschiedene Umstände und Massnahmen brachten eine Besserung. Einmal waren dies die Grenzbesetzungen von 1857 und 1870/71, welche das Gemeinschaftsgefühl und vor allem bei den Offizieren die Kameradschaft über die Kantonsgrenzen hinweg förderten. Das neue Geld und die Briefmarken trugen Symbolfiguren, die von allen akzeptiert werden konnten, den Wilhelm Tell, den Tellenknaben, die Freiheit, die Helvetia. Landauf landab wurde die Vereinsfreiheit wacker genutzt. Es entstanden Sängervereine und andere Verbindungen, an deren häufigen Festen wurde stolz die neue Schweizerfahne mitgetragen. Gotthelf wurde zum vielgelesenen Volksdichter. Gottfried Keller schrieb seine patriotischen Gedichte und nahm selber an Schützenfesten teil. Conrad Ferdinand Meyer verarbeitete dichterisch historische Themen, auch Carl Spitteler ist in diesem Zusammenhang zu nennen.

Aber der wirtschaftliche und gesellschaftliche Aufschwung hatte neben Sonn- auch verhängnisvolle Schattenseiten. Die Industrien, Bahnen,

Schiffsbetriebe, Elektrizitätswerke und andere grössere Unternehmungen kosteten viel Geld, weshalb Aktiengesellschaften gegründet wurden. Wer da Geld investieren konnte, wurde reicher, sofern der betreffende Betrieb florierte, was aber durchaus nicht immer der Fall war. Anders die Arbeiter, in grösseren Betrieben in der Anonymität untergehend, mit Sechstagewoche und überlangen Arbeitstagen oft auch gesundheitlich überfordert, meist schlecht bezahlt. Sie profitierten kaum vom guten Geschäftsgang. Soziale Sicherheit wie wir sie heute kennen, gab es damals auch noch nicht. Wer verunfallte, krank oder arbeitslos wurde, geriet in Not und Elend, wenn er nicht das Glück hatte, einem human gesinnten Arbeitgeber gedient zu haben. So begannen die Arbeiter sich selbst zu helfen. Mit den Ideen von Marx und Engels konnten sich allerdings nur wenige anfreunden. Es waren sozial denkende Schweizer, die die Initiative ergriffen, den Grütliverein zur Vertretung der Arbeiterinteressen gründeten und Konsumvereine mit günstigen Einkaufsmöglichkeiten schufen, Arbeitervereine und zum Schluss die Sozialdemokratische Partei aus der Taufe hoben.

Seither wird das politische Leben in der Schweiz stark durch die grossen Parteien bestimmt: Konservative (eher katholisch), Liberale/Bürgerliche (eher protestantisch) und Sozialdemokraten (eher Arbeiter, später Lohnempfänger). Dem dargestellten Raster entsprechend entstanden dann auch vier Gewerkschaften, die sich zusammen mit den Sozialdemokraten aufmachten, die Lage der schlechtgestellten Lohnempfänger zu verbessern. Einen ersten grossen Schritt bedeutete das Fabrikgesetz von 1877, welches Beschränkungen der Arbeitszeit, Vorschriften zum Schutz der Frauen und Kinder und für Vorsorgen gegen die Unfall- und Erkrankungsgefahr sowie das Amt eines Fabrikinspektors brachte. Zum Schutze der Mitarbeiter entstand 1881 ein Haftschutzgesetz, 1911 werden Kranken- und Unfallversicherungen für gefährliche Betriebe vorgeschrieben. Eine Arbeitslosenversicherung entstand 1924 und viel später, erst 1947, die AHV.

Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, hatte die Schweiz rund fünfzig friedliche und fruchtbare Jahre hinter sich. Mein Grossvater nannte die Zeit um die Jahrhundertwende die Goldenen Jahre, nicht nur der umlaufenden Goldmünzen wegen. Der Urgrossvater war, vielleicht als Erster, Schnitzerei-Grosshändler. Im Winter kaufte er im Berner Oberland bei den Schnitzlern Holzwaren zusammen, transportierte sie im Frühling in sein Lager in Südfrankreich und belieferte den Sommer hindurch die Souvenirgeschäfte entlang der Französischen Riviera. Dort schossen in jener Zeit die Hotels wie Pilze aus dem Boden und die Reichen der Welt verbrachten in dieser paradiesischen Gegend die Sommermonate. Ihr Reichtum belebte auch den Tourismus in der Schweiz, vor allem in den Alpentälern.

Die Erfolge stellten sich aber nicht von selbst ein. Ideenreichtum, Gerissenheit und Wagemut hiessen die Taufpaten der touristischen Blüte. So wurde etwa die Brienzer Rothornbahn im Jahre 1889 geplant und das ausgeschriebene Aktienkapital von 1,2 Millionen Franken wurde 87mal überzeichnet. Der Bau begann im August 1890 und die erste Komposition erreichte Rothorn-Kulm am 31. Oktober 1891, also nur fünfzehn Monate später. Und das bei acht Tunneln und drei langen und unzähligen kleinen Brücken, mit den zu heute vergleichsweise einfachen technischen Hilfsmitteln und trotz eines winterbedingten Bauunterbruchs. Ein ähnliches Projekt wäre heute wahrscheinlich kaum innert zehn Jahren zu realisieren.

Optimistisches Unternehmertum brachte Wohlstand bis in die Alpentäler. Goldene Jahre. Warum konnte es nicht so bleiben?

Der Erste Weltkrieg 1914 -1918

Die Franzosen, mehrheitlich dem mediterranen Menschentypus zugehörend, verfügen über die Gabe, das Leben eher von der leichteren Seite zu nehmen. Wir kennen diese erfrischende Mentalität auch bei unseren Miteidgenossen westlich der Saane. Anders unsere nördlichen Nachbarn. Preussisch nannte man früher ihr Auftreten, selbstsicher, zielbewusst, emsige Krampfer. Sie mussten so sein, die Deutschen. Das Leben auf der Alpennordseite ist härter als im Süden. Wir haben bereits früher darüber gesprochen. Und die Deutschen lebten immer gefährlicher als die Franzosen. Das Deutsche Reich, das Zentrum von Mitteleuropa, in der Mitte eingeklemmt zwischen mächtigen Nachbarn: England, Russland, Oesterreich und Frankreich.

Bismarck, der eiserne Kanzler, war der eigentliche Schöpfer des neuen Deutschen Reiches. Zum Schutze Deutschlands verband er sich im Dreibund mit Oesterreich und Italien. Unter ihm und das kann man wörtlich nehmen, wirkten als Kaiser der altersschwache Wilhelm I. und während nur drei Monaten der kranke Friedrich III., auf welchen 1888 der noch nicht dreissigjährige Wilhelm II. folgte. Dieser vereinigte in sich viele Fähigkeiten, welche einen guten Führer ausmachen. Er wusste was er wollte, war entschlossen und zielstrebig. Er wollte mit den übrigen Kolonialmächten in Wettstreit treten. Dabei besass Deutschland damals bereits eine blühende Wirtschaft. Es verfügte über viel geistige Kraft und hervorragende Industrien, die Exportgüter gingen in alle Welt.

Aber der junge Kaiser wollte mehr. Das Deutsche Reich sollte auf allen Gebieten die Führung übernehmen, militärisch, technisch und geistig. Die

Umsetzung dieser hohen Ziele erzeugte noch mehr Leistung, noch grösseren Wohlstand und - ungewollt - Angst und Neid bei den Nachbarn. Die Furcht vor diesem immer mächtiger werdenden Deutschland führte auch in den übrigen europäischen Staaten zu einer nie gekannten Aufrüstung. England, Frankreich und Russland, schlossen sich in einem einvernehmlichen Bündnis zusammen, der Entente.

Zwischen Frankreich und Deutschland kam es seit Jahrhunderten immer wieder zu Streit um den Zankapfel Elsass. Dieses Land wechselte mehrmals den Besitzer: 843 Deutschland, 1648 Frankreich, 1871 Deutschland, das typische Schicksal eines Pufferstaates, ähnlich wie Polen. Unter deutscher Oberhoheit erhielt das Elsass viel Eigenständigkeit, zum Beispiel eine eigene Regierung. Die Bevölkerung blieb aber trotzdem gespalten in deutsch- und, mehrheitlich, franzosenfreundliche Gruppen.

Das Pulverfass entzündete sich, als im Sommer 1914 in Sarajewo, der Hauptstadt der 1908 durch Oesterreich annektierten Bosnien-Herzegowina, der österreichische Thronfolger ermordet wurde. Man muss wissen, dass Oesterreich damals, bevor es als Kriegsverlierer 1919 gesundgeschrumpft wurde, mehrfach grösser war als heute. Es umfasste einen Teil des heutigen Polens, die Tschechei, Slowakien, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, Istrien und das Tiroler-Etschland. Da Oesterreich den Urheber des Anschlages in Serbien vermutete, erging an dieses ein strenges Ultimatum. Als ein Teil der Bedingungen abgelehnt wurde, erklärte Oesterreich den Serben den Krieg. So einfach war das damals. Die Folgen aber waren kolossal. Es passierte das, was wir aus der Erfahrung mit Bürgschaften kennen: Man verbürgt sich für einen Freund, ganz ohne Risiko, es geht ihm ja blendend und man hilft zum Rechten sehen. Er ist aber seinerseits für einen Freund gerade gestanden. Und so fort. Und dann passiert eben doch etwas. Irgendwo, genau dort, wo man überhaupt nichts beeinflussen kann. Dann stellt sich eine Kettenreaktion ein und schon ist man dran! Genau das passierte 1914. Deutschland hatte das Ultimatum an Serbien mitgetragen und war daher von Anfang an dabei. Die Russen, wie die Serben zur Völkerfamilie der Slawen gehörend, ergriffen für Serbien Partei und mobilisierten die ganze Armee. Deutschland, das wie wir wissen nur darauf wartete, seine Stärke ausspielen zu können, erklärte in den ersten Augusttagen Russland und Frankreich den Krieg, provozierte also bewusst einen Zweifrontenkrieg. Die Schweiz, Belgien, Dänemark, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden und Spanien erklärten sich als neutral. Deutschland eröffnete die Feindseligkeiten im Westen. Frankreich und Deutschland waren getrennt durch Pufferstaaten, die Schweiz im Süden, Luxemburg und Belgien im Norden und durch das Rheintal. Für

den deutschen Angriff boten sich demnach drei Möglichkeiten für die Schwergewichtsbildung: Frontalangriff, Umgehung durch die neutrale Schweiz und Stoss quer über die tiefgefurchten Juraketten oder Umgehung über die weitgehend ebenen Neutralen Belgien und Luxemburg. Welcher Weg war zu wählen? Was war nebst den topographischen Verhältnissen zu beurteilen? Sicher einmal Stärke, Gliederung und Aufmarsch der französischen Armee. Dann aber die Abwehrbereitschaft der neutralen Nachbarstaaten. Wie stand es damit bei uns? Waren wir auf einen Angriff vorbereitet?

Nein, wir wurden, wie die übrige Welt, vom Kriegsausbruch überrascht. Natürlich hatte man vom Mord in Sarajewo gehört, die politische Hektik zwischen den Grossstaaten beobachtet. Aber gleich Krieg? Es war Sommer, Ferienzeit. Seit Jahrzehnten ging es uns, wie ganz Europa, wirtschaftlich gut und es herrschte ringsherum Frieden. Auch staatspolitisch waren wir in einer guten Verfassung. Der schottische Staatstheoretiker James Bryce stellte unserem Land nach Vergleichen mit antiken und aktuellen Demokratien ein hervorragendes Zeugnis aus: Stabilität, vom Volkswillen getragene hochstehende Gesetzgebung, sparsame Verwaltung, hoher Stellenwert der Erziehung, starke Infrastruktur, ehrliche Justiz, gut vorbereitete Armee und intakter Wehrwille, keine Korruption und bewundernswertes Milizsystem in allen zivilen und militärischen Bereichen. Bereits die 600-Jahrfeier 1891 hatte gezeigt, dass die Wunden des Sonderbundskrieges weitgehend vernarbt waren. Der Eidgenössischen Gesinnung wurde grosse Bedeutung beigemessen, so auch dadurch, dass damals der 1. August zum Nationalfeiertag erklärt wurde. Es gab aber auch Schattenseiten. Die Ueberfremdung entwickelte sich zu einem ernsten Problem (!). Von 1880 bis 1910 hatte sich die Zahl der Ausländer auf über 440‘000 erhöht, bei einer Einwohnerzahl von 3,3 Millionen also 13,33%. Zudem wurden wir durch Presse und Bücher kulturell vom Ausland überschwemmt. Die Welschen von Frankreich, die Deutschschweiz von Deutschland, das Tessin von Italien. Auch an den fast zu ausländischen Filialen degradierten Universitäten gedieh kaum schweizerisches Gedankengut, waren doch viele Professoren Ausländer. Das Volk begann instinktmässig auf die umfassende Bedrohung unserer Souveränität zu reagieren. Es wurde nachdenklich, als die Engländer die Buren in Südafrika zuerst unterwanderten und dann militärisch bezwangen. Und als sich der Bundesrat beim Rückkauf der Gotthardbahn von Deutschland und Italien erpressen liess, forderte ein Referendum eine Verfassungsänderung dahinlautend, dass Staatsverträge von mehr als 15 Jahren Dauer automatisch dem Volk zu unterbreiten seien. Die Abstimmung fand erst 1921 statt, als

sich die Kriegswolken verzogen hatten. Aber die Vorlage wurde trotzdem mit grossem Mehr angenommen. Als Glücksfall erwies sich, dass im Sommer 1914 in Bern eine Landesausstellung stattfand, zufällig (?) wie 1939 im ersten Kriegsjahr. Sie gestaltete sich zu einer nationalen Kundgebung, stark besucht von Einheimischen, Auslandschweizern und vielen ausländischen Feriengästen.

Das tägliche Leben nahm also seinen gewohnten Gang, aber geschlafen haben wir nicht. Nicht während der allgemeinen Aufrüstung in den vorangegangenen Jahren und auch bei Kriegsausbruch nicht. Drei Tage nach Oesterreichs Kriegserklärung an Serbien setzte der Bundesrat die Generalmobilmachung auf den 3. August 1914 fest. Die Bundesversammlung wählte Ulrich Wille als General. Die Armee, sie zählte etwas über 200'000 Mann, davon rund 8'000 Offiziere und 25'000 umgehend heimgereiste Auslandschweizer, besetzte in den nachfolgenden Tagen die Grenze. Für die Daheimgebliebenen gab es in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft viele Knacknüsse zu lösen. Es fehlten die Männer und die ebenfalls aufgebotenen rund 45'000 Pferde.

Wie war die Armee vorbereitet? 1911 hatte eine Reorganisation stattgefunden. Die TO 11, also die Truppenordnung 1911, brachte eine Neugliederung, unter anderem erstmals vier Gebirgsbrigaden zu je zwei Regimenten. Bezüglich Bewaffnung stand die Armee im Vergleich mit dem Ausland gut da. Auf 1'000 Gewehre besass Deutschland 6 Kanonen, die Schweiz 4.5, Frankreich 4, Oesterreich 3.8 und Italien 3.3. Dissuative Wirkung zeitigte der Staatsbesuch des deutschen Monarchen im Jahre 1912, wo dieser als Beobachter der sogenannten Kaisermanöver einen Eindruck von der militärischen Bereitschaft und vom gebündelten Wehrwillen erhielt. Die Schweiz war also geistig und materiell gerüstet, ihrer gegenüber dem Ausland am 4. August durch den Bundesrat bekräftigten bewaffneten Neutralität Nachachtung zu verschaffen. Im Verlauf des Krieges wurde die Ausrüstung der Armee laufend verbessert. Maschinengewehr, Gasmaske, Stahlhelm und durchgehend feldgrüne Uniform veränderten ihr Bild auffällig.

Inzwischen hatte Deutschland seinen Feldzug gegen Frankreich eröffnet und zwar unter Missachtung der gegebenen Versprechen über Luxemburg und Belgien. Diese wurden nach tapferer, aber kurzer Gegenwehr bezwungen. Jetzt trat auch das mit Belgien befreundete England gegen Deutschland in den Krieg, mit ihm über zwanzig weitere Länder, englische Kolonien oder Verbündete. Damit hatte sich der europäische Konflikt zum Weltkrieg ausgebreitet und die deutsche Niederlage war jetzt schon absolut vorauszusehen. Italien entschloss sich, zur grossen Enttäuschung

Deutschlands, neutral zu bleiben. Etwas später erklärten die Türkei und Bulgarien den Alliierten den Krieg. Ein halbes Jahr später traten Italien und Rumänien an die Seite der Entente.

Der weitere Verlauf des Krieges ist schnell erzählt. Der deutsche Vorstoss kam an der Marne zum Stehen und ging in einen erbarmungslosen und hässlichen Stellungskrieg über. Die gleiche Entwicklung trat an der Ostfront ein. Mit neuen Kampfmitteln versuchten beide Seiten eine Entscheidung zu ihren Gunsten zu erzwingen: Handgranaten, Minenwerfer, gepanzerte Fahrzeuge, Minen, Giftgas, Gasmaske, Ballone, Zeppeline, Flugzeuge, moderne Kriegsschiffe und vor allem Unterseeboote. Das Kriegsgeschehen weitete sich aus auf Südeuropa mit Italien, dem Balkan und Griechenland, im Vorderen Orient, in den deutschen Kolonien in aller Welt und zur See. Als Deutschland an der Westfront bei Verdun den entscheidenden Durchbruch erzwingen wollte, wurde diese Gegend zum grössten Soldatenfriedhof aller Zeiten: 600'000 Deutsche und 400'000 Franzosen mussten hier ihr Leben lassen. Aber die Patsituation blieb bestehen.

In Russland, dessen Bevölkerung des Krieges längst müde war, führten Lenin und Trotzky die Bolschewiki an die Macht, liessen die Zarenfamilie erschiessen und mit Deutschland einen Waffenstillstand schliessen. Nun wähnte sich Deutschland stark genug, das Blatt doch noch zu wenden. Mit einer neuerlichen Offensive entfesselten sie an der Westfront eine unvorstellbare, letztlich aber erfolglose Materialschlacht. Eine grossangelegte U-Bootaktion gegen die alliierten Kriegs- und Handelsflotten sollte die in Deutschland schmerzhaft wirkende Seeblockade sprengen. Da auch amerikanische Schiffe versenkt und dabei USA-Bürger umgebracht wurden, erklärten jetzt auch die Vereinigten Staaten Deutschland den Krieg und bauten mit über zwei Millionen Mann die Ueberlegenheit der Alliierten weiter aus. Damit neigte sich das Kräfteverhältnis so eindeutig zu Ungunsten der Deutschen, dass das Kriegsende nur noch eine Frage der Zeit war.

Im Herbst 1918 kapitulierte Deutschland. Der Friedensvertrag von Versailles 1919 diktierte den Verlierern harte Bedingungen, vor allem: Verlust aller eroberter sowie weiterer umstrittener Gebiete und der deutschen Kolonien. Eine hundert Kilometer breite entmilitarisierte Zone im Westen, Beschränkung des Heeres und der Marine auf eine Polizeitruppe, Verbot von Kriegsflugzeugen und gewaltige Reparationsverpflichtungen. Ungewollt wurde dadurch ein neues Konfliktpotential geschaffen.

Zwischen 1914 und 1918 standen zirka siebzig Millionen Mann unter den Waffen, davon kamen zehn Millionen um, rund fünfundzwanzig Millionen wurden verletzt.

Und die Schweiz? Als der deutsche Ueberfall auf Belgien die Wahrscheinlichkeit eines Angriffes auf die Schweiz deutlich verminderte, konnte General Wille grosse Teile der Armee beurlauben, was der darbenden Wirtschaft wieder auf die Beine half. Die Rationierung der Mangelwaren sorgte ebenfalls für eine gewissen Beruhigung. Kaum war jedoch der äussere Druck etwas gewichen, trat eine latent schon lange vorhandene Spannung zwischen Deutschschweizern und Welschen zu Tage, welche die in diesen schweren Tagen staatspolitisch so wichtige Einigkeit ausserordentlich gefährdete. Wir haben weiter oben davon gesprochen, wie fremdes Gedankengut die drei Landesteile in ungutem Ausmass beeinflusste. Offensichtlich wurden die Differenzen bei der Generalswahl, als Wille von Welschen und Tessinern vorerst kategorisch abgelehnt wurde, weil der preussisch tönende Anwärter als deutschfreundlich galt. Dann ergaben sich Probleme, weil die Bevölkerungsteile mehrheitlich Sympathien für das jeweilige Nachbarland empfanden und auch äusserten. Vielleicht war damals dem Volk die Unterscheidung von politischer Neutralität des Staates und persönlicher Gesinnungsneutralität nicht genügend bekannt. Politische Neutralität verlangt nicht gleichzeitig persönliche Neutralität. Die Gesinnung bleibt frei, auch die Meinungsäusserung, allerdings unter Beachtung der staatlichen Interessen. Die unterschiedliche Einstellung grosser Bevölkerungsgruppen der Landesteile zu den Nachbarländern drohte ernsthaft die Schweiz zu spalten. Namentlich die deutsch- und französischsprechenden Teile. Dank der Einflussnahme bedächtiger Männer wie Carl Spitteler und dem politischen Instinkt des Volkes konnte eine weitere Entfremdung zwischen Welschland und Deutschschweiz verhindert werden. Diese Krise belegt die enorme innenpolitische Bedeutung unserer Neutralität. Wie hätte die Schweiz den Krieg heil überstehen können, wenn es nicht gelungen wäre, die persönlichen Sympathien zurückzustellen zugunsten der übergeordneten Eidgenössischen Gesinnung, welche erst einen gemeinsamen schweizerischen Standpunkt erlaubte?

Zwei Ereignisse von neutralitätspolitischer Brisanz haben in der Bevölkerung hohe Wellen erzeugt: der Obristenhandel und die Affäre Hoffmann.

Als alle umliegenden Staaten miteinander oder gegeneinander im Krieg standen, erlangte die Schweiz, wie später auch im Zweiten Weltkrieg, grosse Bedeutung als Drehscheibe der Nachrichtendienste. Wie man

weiss, bewegt sich die nachrichtendienstliche Tätigkeit in einer Grauzone, da auf diesem Gebiet ohne Spionage, Geheimhaltung und Tarnung nicht erfolgreich gearbeitet werden kann. Weil Führung immer auch vorausschauende Planung, das Schaffen von Zeitreserven bedeutet, kann keine Regierung, kann kein militärischer Stab den Auftrag ohne Nachrichtenbeschaffung erfüllen. Das war, wie wir sahen, schon zur Zeit der Schlacht am Morgarten so. In der Schweiz tummelten sich daher auch 1914-1918 Nachrichtenleute aller Herrenländer, meist getarnt als Botschaftspersonal. Diese Leute kennen sich, verkehren miteinander, tauschen Informationen, erzählen Tatsachen vermischt mit Märchen, täuschen vor und lügen, der Listigste gewinnt. In unserem Fall hatten zwei schweizerische Obersten das Nachrichtenbulletin unseres Generalstabes an Kollegen der Achsenmächte weitergegeben, was die Ententevertreter erfuhren und mit Recht als Affront betrachteten. Es handelte sich nicht um Landesverrat, da keine Schweizergeheimnisse preisgegeben wurden, aber es war eine Neutralitätsverletzung. Die beiden Offiziere erhielten drei Wochen Arrest und wurden zur Disposition gestellt.

Im zweiten Fall handelte es sich um eine wohl gutgemeinte aber im Endeffekt misslungene Handreichung an den sich in Moskau für eine Friedensvermittlung zwischen Russland und Deutschland aufhaltenden Sozialdemokraten Robert Grimm. Dieser hatte den damaligen Aussenminister Bundesrat Hoffmann um eine Darstellung der Friedensaussichten gebeten. Hoffmann teilte ihm chiffriert unter anderem mit, Deutschland sei an einem Frieden interessiert und werde vorläufig auf weitere Angriffe verzichten. Absender: Auswärtige Angelegenheiten. Dadurch konnte der Eindruck entstehen, der Text stamme vom deutschen Aussenministerium. Durch Indiskretion gelangte das Papier auch in die Hände der Entente, was für die Schweiz schwere Turbulenzen auslöste. Bundesrat Hoffmann entschärfte die Lage, indem er zurücktrat. Der gutgemeinte Versuch zur Friedensstiftung, ein kleiner Abgleiter in die bereits vor Jahrhunderten fehlgeschlagene Grossmachtpolitik und zudem neutralitätspolitisch bedenklich, hatte allseits mehr geschadet als genützt.

Die Friedensinsel Schweiz trat aber auch positiv international in Erscheinung. Sie diente nicht nur wie oben erwähnt dem Nachrichtendienst, sondern war Plattform für Kontakte aller Art zwischen den Nationen. Unsere Botschaften besorgten die Verbindung zwischen Staaten, welche unter sich die diplomatischen Beziehungen abgebrochen hatten. Und dann war da das Rote Kreuz mit seiner segensreichen Tätigkeit. Durch Vermittlung des Papstes kam 1916 zudem ein internationales Abkommen zur Internierung von verletzten und kranken Soldaten zustande, in dessen

Folge über 85‘000 Patienten in der Schweiz gepflegt wurden. Gleich nach dem Krieg konnten sich rund 120‘000 Kinder aus den Nachbarstaaten bei uns erholen.

Das innenpolitisch grösste Problem während der zweiten Kriegshälfte schaffte die international wirksame revolutionäre Unruhe, verursacht durch Kriegselend, Kriegsmüdigkeit und soziale Ungerechtigkeit. Sozialisten und Kommunisten versuchten auf übernationaler Ebene die Nachkriegszeit in ihrem Sinne vorzubereiten. So fanden in der Schweiz in Zimmerwald und im Kiental internationale Sozialistenkongresse statt. Die international eng verbundenen Sozialisten verfolgten von hier aus mit grossem Interesse die Entwicklung der sich in Russland anbahnenden Revolution. Deutschland griff sogar handgreiflich in dieses Geschehen ein, indem der damals als Emigrant in Zürich lebende Lenin durch Vermittlung des deutschen Militärattachés in Bern in einem plombierten Eisenbahnwagen nach Schweden geführt wurde, von wo aus er nach Leningrad gelangte um auf den Verlauf der Russischen Revolution Einfluss zu gewinnen.

In der Schweiz entstand sozialer Zündstoff dadurch, dass viele infolge Dienstleistung oder Arbeitslosigkeit verarmten, während andere ungerechtfertigte Kriegsgewinne einstrichen und sich alles leisten konnten. Dazu kam das Problem der Teuerung, die Preise hatten sich von 1914 bis 1918 verdoppelt, ohne dass die Löhne entsprechend gestiegen wären. Um die enormen Bundesausgaben zu finanzieren, wurde zudem eine eidgenössische Kriegssteuer erhoben, die nachmalige direkte Bundessteuer. Der Versuch des Bundesrates, Landsturmsoldaten und Internierte zum Landdienst aufzubieten, allerdings zu geringerem Lohn, misslang. Eine solche Massnahme wurde als Sklaverei oder Ausbeutung bezeichnet. Da trat das sogenannte Oltner Aktionskomitee mit zum Teil revolutionären Forderungen auf. Der Bundesrat verpasste die Gelegenheit zum Gespräch, die sozialistische Presse wurde zunehmend aggressiver und nach Gelingen der Russischen Revolution hofften die Sozialisten, nach dem Krieg in der Schweiz auf dem Wege einer Revolution an die Macht zu gelangen.

Es gab aber auch weniger extreme Vertreter der Arbeiterschaft, wie etwa Hermann Greulich, welche Veränderungen auf demokratische Art und schrittweise anstrebten. Aber die jüngeren, radikalen Sozialisten gewannen die Oberhand. Die Schweiz trieb auf den Landesstreik zu. Verbunden mit einem Strauss von Forderungen wurde dieser auf den 11. November 1918, nota bene auch der Tag der deutschen Kapitulation, angesetzt. Am 9. November war in Berlin durch Ausrufen der Republik die Deutsche Revolution eingeleitet worden.

Der Streik wurde von rund 14'000 Gewerkschaftsmitgliedern befolgt. Oeffentliche Verwaltung, Eisenbahnen und Verkehrsmittel, Fabriken und bürgerliche Zeitungsdruckereien standen still. Zu allem Leidwesen brach in der Armee gleichzeitig eine gefährliche Grippeepidemie aus, welcher mehrere hundert Wehrmänner zum Opfer fielen. Ohne auf die Forderungen des Oltner Aktionskomitees einzugehen, forderte der Bundesrat ultimativ den sofortigen Streikabbruch und lud die Bundesversammlung zu einer ausserordentlichen Session ein. Als die Streikführer erkennen mussten, dass auf dem eingeschlagenen Weg nichts zu erreichen war, beendeten sie die Aktion.

Das heisst aber nicht, dass der Landesstreik ohne Folgen blieb. Die Streikführer wurden mit Mass bestraft. Das russische Botschaftspersonal, welches mit den Hauptakteuren in Verbindung gestanden hatte, wurde ausgewiesen. Die Gegensätze zwischen Bürgerlichen und Sozialisten wurden grösser. Die Sozialisten trennten sich in Sozialdemokraten und Kommunisten. Im Lager der Bürgerlichen entstand die BGB, die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und für die Nationalratswahlen wurde der Proporz eingeführt, wodurch sich dessen Zusammensetzung grundlegend veränderte.

Wir sehen, dass der Erste Weltkrieg der Schweiz mehr politische als militärische Probleme brachte. Wenn die grösseren Sorgen glücklicherweise ausbleiben, werden eben die kleineren wichtig. Wie im Privatleben. Alles in Allem hat sich das militärische Konzept bewährt: Die Einladung an Kaiser Wilhelm II. 1912 war klug und hat, zusammen mit der rechtzeitigen Mobilmachung, die bezweckte Dissuasionswirkung erzielt. Die nötige Nachrüstung ist erfolgt, allein Panzertruppen und Flugwaffe konnten mit den Kriegführenden zeitlich nicht Schritt halten. Als Lehre war und ist daraus zu ziehen: Was wir bei Kriegsausbruch nicht besitzen, kann in der Regel nicht rechtzeitig nachbeschafft werden (!).

Die Neutralitätserklärung wurde rechtzeitig abgegeben. Die Neutralitätspolitik konnte, von einigen Blessuren abgesehen, wirkungsvoll umgesetzt werden. Die kurzfristigen staatspolitischen Auswirkungen haben wir erwähnt. Eine interessante Episode soll hier noch eingeflochten werden, weil sie unseren Nachbar Oesterreich betrifft, über den wir bis jetzt fast nur als früheren Gegner geredet haben. Als dort Ende Krieg eine starke Bevölkerungsgruppe den neuerlichen Anschluss an Deutschland erwog, strebten die Vorarlberger die Vereinigung mit der Schweiz an. Sie suchten die Verbindung mit uns als weiterer Kanton nicht nur aus verständlichen wirtschaftlichen Gründen, sondern vor allem, weil sie sich als Walser mit uns verwandt fühlen. In einer Volksbefragung stimmte eine vierfache

Mehrheit für ein Zusammengehen mit der Schweiz. Nebenbei: Die besondere Haltung der Vorarlberger zeigt sich heute auch im Verhältnis zur EU. Als Bundesversammlung und Oeffentlichkeit sich mit der Frage befassten, verwarfen die Siegermächte auf Drängen von Oesterreich und Italien den Plan und gewährten einer Vorarlbergerdelegation nicht einmal Gehör. Ich glaube aber nicht, dass wir andernfalls zu einem positiven Entscheid gelangt wären: Die drohenden Veränderungen im konfessionellen Gleichgewicht und des Stadt-Land-Verhältnisses wären wohl unüberwindbare Hindernisse gewesen.

Die weitere Entwicklung in der Schweiz wurde stark beeinflusst durch die Ereignisse in Europa. Alle Völker unseres Kontinentes wählten gemeinsam als Motto für die Zukunft: Nie wieder Krieg!

Nie wieder Krieg! Es lebe der Völkerbund!

Es ist verständlich, dass das vom Grauen des Krieges erschütterte Europa einen Aufbruch in bessere Zeiten suchte. Und gute Ratschläge sind stets leicht zu haben. Die Idee, wenn nur alle Menschen fest an den Frieden glaubten, könne es keinen Krieg mehr geben, faszinierte viele. Andere glaubten, Krieg und Elend könnten dadurch verhindert werden, dass alle Macht in die Hände der Werktätigen gelegt würde. Während die schweizerischen Bürgerlichen auf dem bewährten, pragmatischen Weg fortschreiten und Verbesserungen des Zusammenlebens kontinuierlich einführen wollten, sahen die noch immer klassenkämpferischen Sozialdemokraten das Heil der Werktätigen in radikalen Umstellungen, wobei ein fast religiös anmutender Pazifismus gepredigt wurde, welcher die Partei zum Antimilitarismus und damit zur Ablehnung der Schweizerarmee führte. Ganz anders entwickelte sich die Lage in Italien, wo als Gegenströmung zum Kommunismus der nationalistische Chef der faschistischen Partei, Benito Mussolini, 1922 mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt wurde.

Wir haben weiter oben gesagt, dass der Frieden von Versailles bereits den Samen für neue Konflikte in sich getragen habe. Tatsächlich waren die Deutschland diktierten Bedingungen so hart, dass sie unerfüllt bleiben mussten. Die eingeforderten Reparationszahlungen waren so hoch, dass sie durch die zerschlagene deutsche Wirtschaft trotz amerikanischen Finanzspritzen nicht aufgebracht werden konnten. Alle Vorzeichen standen schlecht: Was der amerikanische Präsident Wilson prophezeit hatte und ihm die Ententepartner nicht glaubten, trat ein: Nach einem kurzen,

künstlich erzeugten Aufschwung, folgten die Krise der Dreissigerjahre und dann der Zweite Weltkrieg.

Dagegen ist Präsident Wilson mit dem Vorschlag, einen Völkerbund zu schaffen durchgedrungen. Letzterer wurde 1920 gegründet mit Sitz in Genf, was eine besondere Auszeichnung für die Schweiz darstellte. In diesem Zeitpunkt war über den Beitritt der Schweiz noch nicht entschieden. Die Zeitspanne, innert welcher ein positiver Entscheid vorliegen musste um noch als Gründungsmitglied zu gelten, war bei unserem direktdemokratischen Instanzenweg zu kurz bemessen. Ein schneller Beitritt schien trotzdem geraten, wollten wir den Sitz in Genf behalten. Problematisch für uns war die Sanktionsklausel in der Völkerbundsakte, weil dadurch unsere Neutralitätsdoktrin tangiert wurde. Vor allem bei militärischen oder wirtschaftlichen Massnahmen hätten für uns Schwierigkeiten entstehen können. Eine Delegation vertrat unser Problem vor dem Völkerbundsrat in London mit Erfolg. In der sogenannten Londoner Deklaration ist die Neutralitätserklärung des Wienerkongresses von 1815 anerkannt worden mit dem Hinweis, die Neutralität der Schweiz habe einen einmaligen Charakter und sie diene dem Frieden. Die Schweiz sei entschlossen, ihre Neutralität mit allen Mitteln zu verteidigen und sie bleibe daher vom Aufgebot zu militärischen Sanktionen dispensiert.

Während das Welschland und das Tessin sich begeistert für einen Beitritt einsetzten, waren die Deutschschweizer eher kritisch(!). Als Partei geschlossen gegen einen Beitritt waren die Sozialdemokraten(!), betrachteten sie doch den Völkerbund als ein Instrument des Kapitalismus. Treibende Kraft für den Beitritt war der Tessiner Bundesrat Motta. Mit Charme und sehr engagierten Reden versuchte er Räte und Volk für seine Idee zu gewinnen. In der Volksabstimmung siegten die Befürworter mit 416‘870 gegen 323‘719 Stimmen.

In den folgenden Jahren führte Bundesrat Motta unsere Völkerbundsdelegation, welche sich mit viel Begeisterung für gute zwischenstaatliche Beziehungen einsetzte. Im Jahre 1924 schon durfte Motta die Völkerbundsversammlung präsidieren. Ueber alles gesehen aber bekamen die Skeptiker recht. Die neue internationale Institution wurde schon bald als Machtplattform missbraucht. Die europäischen Vertragsstaaten hielten sich, wenn überhaupt, nur in kontinentalen Fragen einigermassen an die Satzungen. In ihren Kolonialbereichen aber machten sie was sie wollten. Eine grosse Schwäche des Völkerbundes war auch, dass die USA nicht beitraten, was den Initianten, Präsident Wilson, herb enttäuschte, verbitterte und vorzeitig ins Grab brachte. Auch die Sowjetunion zögerte lange und trat erst 1934 bei, wurde jedoch 1940 nach ihrem Ueberfall auf

Finnland wieder ausgeschlossen. Sonst wurden wohl gegen kleine Staaten Sanktionen ergriffen, nicht aber gegen die Mächtigen (!).

Hier muss leider eine Parallele zu den Machtverhältnissen in der UNO aufgezeigt werden. Bei allem Respekt vor vielen erfolgreichen Einsätzen der Vereinten Nationen muss man sehen, dass die fünf Grossmächte USA, Russland, England, Frankreich und China mit dem Vetorecht eine ungeheure Macht besitzen. Deutsch gesagt heisst das nämlich, dass die UNO nur unternehmen kann, was allen fünf Vetomächten passt. Dies wiederum bedeutet, dass Sanktionen wie seinerzeit im Völkerbund nur gegen die Kleinen ausgesprochen werden. Wie oft hat die UdSSR mit ihrem Njet die UNO lahmgelegt, wie oft haben die USA dringende Massnahmen gegen Israel verhindert (!)

1938 musste als bald letzter Schweizer auch Bundesrat Motta einsehen, dass für unser nunmehr zwischen zwei supernationalistischen Staaten eingeklemmtes Land die Wahrung der Unabhängigkeit erste Priorität genoss und die uneingeschränkte bewaffnete Neutralität dringend wieder hergestellt werden musste. Mit Schreiben vom 29. April 1938 teilte der Bundesrat dem Völkerbund diesen Sachverhalt mit, erklärte aber, trotzdem Mitglied des Völkerbundes bleiben zu wollen. Bereits vierzehn Tage später hat dieser die Kenntnisnahme bestätigt und die Schweiz von der Teilnahme an Sanktionen vollumfänglich befreit. So verlor der Völkerbund das in ihn gesetzte Vertrauen immer mehr und wurde, nachdem er auch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht verhindern konnte, 1946 im Zusammenhang mit der Gründung der Vereinten Nationen aufgelöst.

In unserer Völkerbundsgeschichte finden sich erstaunliche Parallelen zur heutigen Zeit und es scheint wiederum, dass sich die Geschichte eben doch wiederholen kann. Das verneinen nur Leute, die die Lehren der Geschichte nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Nach den bitteren Erfahrungen 1914 im Spannungsfeld Deutsch-Welsch ist es fast unglaublich, wie blauäugig Motta die Schweiz in diese heikle Situation geführt hat. Vielleicht, weil er als Tessiner die seinerzeitige Spannung nicht so hautnah erlebt hat? Hat den Idealisten die euphorisch-pazifistische Zeitströmung geblendet, wie man das heute auch bei gewissen Politikern vermuten muss? Wie konnte für eine solche Phantasterei eine Mehrheit im Volk gefunden werden? Genügt es, um unser Volk leichter beeinflussbar zu machen, den Geschichtsunterricht entsprechend zu gestalten oder einfach wegzulassen? Man stelle sich vor, die Schweiz hätte während der Völkerbundszeit gegen Deutschland oder Frankreich gerichtete wirtschaftliche Sanktionen mittragen sollen. Unter dem Hoffnungsslogan „Nie wieder Krieg“ wurde die grosse innenpolitische Gefahr bei Problemen mit den

beiden Nachbarstaaten schlicht vergessen oder verdrängt. Oder nehmen wir an, eine verhängte Sanktion hätte auch nur entfernt in einem religiösen oder gar konfessionellen Zusammenhang gestanden. Wurden während des Abstimmungskampfes die Erfahrungen aus den Glaubenskriegen gering geachtet oder waren sie vielen gar nicht bekannt? Viele Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens ändern sich nie. Durch Auswertung schlechter Erfahrungen können wir aber vermeiden, dass wir gemachte Fehler wiederholen. Andernfalls laufen wir Gefahr, dass wir unser und des Staates Tun lediglich auf kurzfristige wirtschaftliche Interessen oder idealistische Utopien ausrichten. Unser multikulturelles Land darf solchen Risiken nicht ausgesetzt werden. Bester Schutzschild, auch und gerade innenpolitisch, bleibt die Bewaffnete Neutralität (!).

Braune Schatten

Vor mir liegt Adolf Hitlers programmatisches Buch „Mein Kampf", welches er im Jahre 1924 als Häftling geschrieben hat. Es ist heute verständlicherweise vergriffen, ich konnte mein Exemplar 1967 antiquarisch für vierzig Franken kaufen. Hitler war im November 1923 massgeblich am Umsturzversuch gegen die bayrische und die Reichsregierung beteiligt, was ihm fünf Jahre Festungshaft eintrug. Doch er wurde bereits im Dezember 1924 vorzeitig entlassen. Die Zeit im Gefängnis hatte gerade ausgereicht um sein Buch zu verfassen. Ironie des Schicksals: Der Staat, den Hitler umkrempeln will, subventioniert diesem die Abfassung des Programms zur eigenen Vernichtung! Dann lässt man Hitler frei, damit er 1925 die Nationalsozialistische Partei gründen kann. Wie wäre die Geschichte verlaufen, wenn Hitler die ganze Strafe hätte absitzen müssen und sein Buch konfisziert worden wäre? Gründe für Letzteres enthält das Werk in reichem Masse: Hitler anerkennt den Friedensvertrag von Versailles in keiner Weise, bekundet ganz klar die Absicht, in seinem Reich die reinarische Rasse als einzige zu anerkennen, alle deutschstämmigen Gebiete notfalls mit Waffengewalt zurückzuholen und das deutsche Judentum so gründlich zu zerschlagen, dass sich das allesbeherrschende Weltjudentum nie mehr werde erholen können.

Das Buch sieht äusserlich aus wie eine Bibel, Lederrrücken, Goldprägung, gotische Schrift. Vorne ist eine Seite eingeklebt mit der Widmung: „Dem jungvermählten Paare Hoffmann - Ochoiski mit den besten Wünschen für eine glückliche und gesegnete Ehe überreicht von der Reichsbauernstadt Goslar am 11. Oktober 1941, der Oberbürgermeister". Unter-

schrift leider nicht lesbar. Es handelt sich um ein Exemplar der 602. Ausgabe von 1941. Die bis zu diesem Datum erreichte Gesamtauflage wird mit 7'050'000 Exemplaren angegeben. Die Gesamtauflage bei Kriegsende kenne ich nicht, sie dürfte aber wesentlich darüber hinausgehen. Sicher ist, dass während Hitlers tausendjährigem Reich mehr „Mein Kampf" in Umlauf gelangten als Bibeln. Es konnte, ja es musste also eigentlich jedermann wissen, was Hitler im Schilde führte. Wurde das zugegebenermassen äusserst schwer lesbare Buch schon nach kurzer diagonaler Durchsicht ins Regal gestellt? Hitler nicht ernst genommen? Viele nichtarische Bürger haben die sich für sie anbahnende Gefahr offenbar erkannt, haben doch Vermögende grosse Summen ins Ausland verschoben. Warum, so muss man sich fragen, haben die gefährdeten Leute nicht auch sich selbst in Sicherheit gebracht, solange dazu Zeit war? Und warum, so fragte ich mich schon als Kind, fand sich in all den auf einen unweigerlichen Untergang hinführenden Jahren im ganzen Deutschen Reich kein Wilhelm Tell, welcher mutig zur Waffe griff, um Deutschland vom Unmenschen Hitler zu befreien?

Und auf heute bezogen muss man sich fragen: Wer von all jenen, die da lauthals nach einer Neuschreibung unserer Geschichte rufen, hat Adolf Hitlers Werk gelesen, wirklich gelesen, nicht nur darin gestöbert? Kaum jemand! Wer dessen Inhalt kennt, weiss, dass Hitler uns nicht eines Linsengerichtes wegen verschont hat.

Adolf Hitler trickste sich 1933 an die Macht. Da meine Eltern damals noch kein Radio besassen, hörte ich Hitlers krächzende Stimme als kleiner Knirps, ich bin 1932 geboren, erstmals bei Nachbarn. Man sagte mir, das sei ein böser Mann. Nun kannte ich zwei üble Figuren, den Teufel und Hitler. Vorher hatte ich nur ein einprägsames Erlebnis: Der Zeppelin, glänzend, majestätisch in geringer Höhe über See und Dorf schwebend. Ab diesem Zeitpunkt kann ich aus drei Arten von Quellen schöpfen. Zu Gelesenem und Gehörtem gesellt sich das Erlebte. Neben dem Vorteil des unmittelbaren Bezuges entsteht der Nachteil, dass es schwieriger wird Distanz zu gewinnen und objektiv zu bleiben. Die Ereignisse der selbst erlebten Zeitspanne sind viel dichter und zahlreicher, schwieriger zu überblicken und zu ordnen, aber im einzelnen leichter zu verstehen.

Die Zwanzigerjahre zeitigten in Europa einen Strauss gegensätzlichster Strömungen, als ob das Kriegsende die Menschen in Trance versetzt hätte. Wir wissen: Nie wieder Krieg, Pazifismus, Völkerbund, Euphorie.

Die 1918 ausgerufene Deutsche Republik versucht, trotz fehlender Erfahrung, rasch eine funktionierende Demokratie zu werden. In Italien regiert Mussolini. Die Amerikaner haben Europa aus dem Dreck gezogen

und wollen sich jetzt um die eigenen Probleme kümmern. Russland erlebt einen blutigen Bürgerkrieg, welcher in die erste Phase des kommunistischen Experimentes mündet. Nie wieder Krieg! Die Lebensfreude wächst, die Mode spielt verrückt, alles tanzt Charleston, Marlen Dietrich entwikkelt sich zum ersten grossen Filmstar. Frankreich versöhnt sich mit Deutschland, Locarno - Pakt 1925, worauf letzteres 1926 ebenfalls dem Völkerbund beitreten kann. Alles bestens, eitel Sonnenschein!

Und die Schweiz? Das Ende des Ersten Weltkrieges brachte uns, ganz ähnlich und weitgehend aus den gleichen Gründen wie im Anschluss an den Dreissigjährigen Krieg, einen wirtschaftlichen Einbruch. Von 1920 bis 1922 verzehnfachte sich die Arbeitslosigkeit. Das war Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokraten, die durch die erfolgreichen sozialistischen Bewegungen in einzelnen europäischen Ländern ermuntert sich sehr klassenkämpferisch gaben und die missliche Wirtschaftslage mittels Staatsdirigismus bekämpfen wollten. Sie wandten sich geschlossen gegen Armee und Rüstungsausgaben, eine Tendenz, die teilweise auch bei bürgerlichen Gruppen zu beobachten war, weil doch die Schweiz als Gastgeberland des Völkerbundes mit einer glaubhaften Friedenspolitik vorangehen müsse. Eine sozialdemokratische Initiative für die Einführung einer Vermögenssteuer wurde wuchtig verworfen. Dafür erhielt der Bund den Auftrag, eine AHV einzurichten, was aber erst 1947 gelang. Mit dem sich abzeichnenden Niedergang des Völkerbundes und den bedrohlich wachsenden nationalistischen Bewegungen bei unseren nördlichen und südlichen Nachbarn, entschlossen sich die Sozialdemokraten zur Abkehr von ihren Revolutionsgelüsten. Sie wollten künftig ihre sozialen Ziele mit demokratischen Mitteln erreichen, in den Bundesrat einsitzen und Mitverantwortung für diesen Staat übernehmen. Bei einer Zweiervakanz im Bundesrat 1929 stellte sich daher die Frage, ob erstmals ein Sozialdemokrat in dieses Gremium zu wählen sei. 1890 bereits hatten die Liberalen auf den Einparteien-Bundesrat verzichtet und die Katholisch-Konservativen in die Regierungsverantwortung aufgenommen, wodurch dem Sonderfall Schweiz eine weitere Besonderheit hinzugefügt wurde: In keiner andern westlichen Demokratie gab es eine Regierungsbeteiligung von Minderheiten. Das Vertrauen in die nota bene immer noch armeefeindliche Sozialdemokratische Partei aber war noch nicht gross genug, es wurde als Vertreter der BGB (Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei) Rudolf Minger gewählt, was sich in den kommenden Jahren als grosser Glücksfall erweisen sollte. Es braucht die Not der Weltwirtschaftskrise und die ersten auf neue europäische Konflikte hinweisende militärischen Aktionen um die

Energien der schweizerischen Parteien zu bündeln. Das gelingt allerdings nicht sofort, zuerst sieht alles nach einer weiteren Aufsplitterung aus.

Da waren die Jungliberalen, 1928 in Thun gegründet, idealistisch, dem Urliberalismus verpflichtet, wollten im Gegensatz zu den ausländischen nationalistischen Strömungen den Menschen in den Mittelpunkt der Politik stellen und planten deshalb eine Totalrevision der Bundesverfassung. Als Gegengewicht zum Klassenkampf sah sich die studentische Neue Front, 1930 in Zürich gegründet, die Volksgemeinschaft favorisierend, elitär und daher nicht absolut demokratisch denkend. Von dieser Richtung spaltete sich später die Nationale Front ab, eine deutlich an nationalsozialistisch-faschistische Vorbilder angelehnte Bewegung. Sie träumte von einem Führer und lehnte die demokratische Duselei ab. Zudem entstand in den Dreissigerjahren die Jungbauernbewegung, gesunder Bauernstand, Heimat, Brauchtum und Wehrhaftigkeit standen auf ihrem Banner, weshalb sie später, vor allem von städtischen Kreisen, als nazifreundlich abgestempelt wurde.

Aber auch die Frauen wurden immer aktiver. Aus dem 1883 gegründeten Schweizerischen Frauenbund ging später der Bund Schweizerischer Frauenvereine hervor. Die 1928 in Bern durchgeführte den Frauen gewidmete Ausstellung Saffa fing erstmals alle mit der Frau zusammenhängenden Problemkreise ein und bildet seither einen wichtigen Marchstein der Frauenbewegung.

Die Aktivitäten der bisherigen und neuen politischen Gruppierungen zeigt, wie genau Herr und Frau Schweizer das ausländische Umfeld beobachteten und wie sie instinktiv die drohende Gefahr einer sich abzeichnenden grossen politischen Auseinandersetzung erkannten. Die Weltwirtschaftskrise hat einerseits die politische Entwicklung gebremst, anderseits das Gefahrenpotential vergrössert und aufgestaut.

Meine Eltern sprachen später vom Schwarzen Freitag, wenn sie den Beginn der Krise, den 24. Oktober 1929 meinten, den Tag, als die New Yorker-Börse zusammenkrachte. Sie sagten, den Grund kenne man nicht. Das rückte dieses Ereignis und die nachfolgende Notlage in die Nähe eines Gottesurteils. Eine undefinierbare Gefahr erzeugt Angst und Respekt. Die Eltern sprachen immer mit grossem Ernst von der schwersten Zeit ihres Lebens. Möge der Allmächtige uns davor bewahren, nochmals so etwas erleben zu müssen. Und haben, kurz nach 1900 geboren, kein Verständnis für das wehleidige Geklöne der Jungen, Verwöhnten, Verweichlichten in der jetzigen, vergleichsweise komfortablen Zeit. Krise und Zweiter Weltkrieg, sagte mein Vater, haben unsere Lebensblüte verhagelt. Ich weiss, was er damit meinte, ich habe es als Knabe hautnah miterlebt.

Aus heutiger Distanz kann man wohl sagen, dass die nach dem Ersten Weltkrieg mit amerikanischer Finanzhilfe zu rasch gewachsene deutsche Wirtschaft der eigentliche Auslöser der Krise war, sichtbar geworden durch einen Börsensturz, gefolgt von Angst, Bankenrun, Kreditkündigungen, Konkursen, Arbeitslosigkeit, einer unseligen Kettenreaktion. Der Ablauf erinnert an die Folgejahre des Dreissigjährigen Krieges. Der Kreisel muss rechtsherum drehen, wehe wenn man ihn stoppt oder gar in der Gegenrichtung zum Drehen bringt. Es braucht dann unendlich viel, schon nur um ihn erneut zu stoppen, geschweige denn in der positiven Richtung wieder in Schwung zu bringen!

Heute können wir uns die damaligen Verhältnisse besser vorstellen als noch vor wenigen Jahren als niemand daran glaubte, dass wir je wieder in eine wirtschaftliche Notlage geraten könnten. Nur dass in den Dreissigerjahren die heute leider schon als selbstverständlich betrachtete soziale Absicherung weitgehend fehlte. Einer meiner Grossväter, in jungen Jahren hatte er den Feriengästen das Gepäck mitsamt der zugehörigen Dame auf dem Reff von der Schiffländte Giessbach durch die steilen Felshänge hinauf zum sechshundert Meter höher gelegenen Hotel Schweibenalp getragen, konnte als Arbeitsloser für eine geringe Entschädigung am Bau der Sustenstrasse mitarbeiten. Von Montag früh bis Samstag abend, Unterkunft in provisorischen Baracken. Er erhielt dann eine Arbeitsbestätigung und einen Transportgutschein für die Fahrt in den Sonntagsurlaub und zurück auf den Arbeitsplatz.

Dass in vergangenen Jahrhunderten in unserem Lande zeitweise Menschen in bitterer Armut leben mussten, wissen wir. Wie gross die Armut bei uns um die vorletzte Jahrhundertwende, also in den goldenen Jahren war, vermag ich nicht zu sagen. Aber ich weiss aus eigener Anschauung, dass die Krisenjahre viele Familien in eine Verarmung führten, aus der sie sich oft bis ins erlösende AHV-Alter nicht mehr befreien konnten. Es gab Leute, denen buchstäblich das Nötigste zum Leben fehlte und die nur dank der damals noch funktionierenden Solidarität in der Nachbarschaft nicht hungerten. Die nachfolgende Kriegszeit war in dieser Beziehung, so unglaublich das für heutige Ohren auch tönen mag, weit weniger schlimm, da einerseits jede Hand gebraucht wurde und die an der Grenze Stehenden ihre Familien durch die 1940 verbesserte Erwerbsausfall-Entschädigung einigermassen versorgt wussten.

Die damals von unserem Volk vordringlich zu bewältigenden drei Problemkreise waren die Verkraftung der Wirtschaftskrise, die Wahrung der geistigen Unabhängigkeit gegenüber dem propagandistisch hervorragend agierenden Dritten Reich und die militärische Vorbereitung auf eine mög-

liche militärische Bedrohung. Die Lösung all dieser Probleme, soweit dies überhaupt gelingen konnte, war nur möglich, weil kluge Männer zur entsprechenden Zeit am richtigen Platz standen, die meisten politischen Strömungen sich in der Stunde der Not auf das eidgenössische Gedankengut zurückbesannen und das Volk als Ganzes den verlockenden Schalmeien aus Nord und Süd widerstand und bereit war, die erforderlichen Opfer zu bringen. Die heutige Zeit ist mit damals von der Art der Problematik her vergleichbar, nicht aber im Ausmass. Es geht uns wirtschaftlich noch zu gut und die Bedrohung der Unabhängigkeit ist noch zu wenig augenfällig, als dass sich ein gleichartiges geschlossenes Aufbäumen einstellen könnte.

In den Dreissigerjahren begann sich der verklärte Blick vieler Zeitgenossen auf die Sowjetunion, das Dritte Reich und Mussolinis Italien langsam zu korrigieren. Die Träumerei vom ewigen Frieden erwies sich als unrealistisch und es wuchs die Einsicht, dass die schwierige Zeit nur gemeinsam bewältigt werden konnte. Grosse Wirkung zeitigten auch der italienische Ueberfall auf Abessinien 1935 und der Beginn des Spanischen Bürgerkrieges im Jahre 1936. So verloren die Pazifisten und die unter der Bezeichnung Frontisten zusammenfassbaren Hitlerfreunde an Bedeutung. Letztere gewannen in den Nationalratswahlen 1935 lediglich einen einzigen Sitz. War das schon eine grossartige Leistung unseres Volkes, sollte das 1937 zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften der Metall- und Uhrenindustrie geschlossene Abkommen für den Arbeitsfrieden, ein weltweit einzigartiges Unterfangen, über Jahrzehnte laufend erneuert, zu einer der massgeblichen Ursachen unseres heutigen Wohlstandes werden. Aber auch die Sozialdemokratische Partei begann ihre Bücher zu revidieren und bekannte sich hinfort zu unserer Demokratie. Dafür formierte sich unter deutscher Fernsteuerung die Fünfte Kolonne bestehend aus hier wohnhaften deutschen Staatsbürgern und Schweizern, welche sich voll dem nationalsozialistischen Gedankengut verschrieben hatten und entschieden auf das neue Europa setzten. Aus diesen Kreisen sollte sich später ein Teil der Landesverräter rekrutieren. Zahlenmässig fiel diese Gruppierung jedoch nie ins Gewicht und das Volk als Ganzes blieb gegenüber dem Nazismus widerstandsfähig. Schwieriger gestaltete sich die Verbesserung der militärischen Abwehrbereitschaft.

Hitler hatte gleich nach der Machtübernahme einen Rüstungsprozess eingeleitet, der dem Dritten Reich, welches nach Versaillervertrag lediglich eine Polizeitruppe von 100‘000 Mann, nicht aber eine Flugwaffe und keine Kriegsmarine halten durfte, schon nach zwei Jahren gestattete, Frankreich und England auf der Nase herumzutanzen. Hitler verdoppelte

in klarer Vertragsverletzung den Truppenbestand und führte die allgemeine Wehrpflicht ein. Nichts geschah. Er besetzte die entmilitarisierte Zone entlang der Westgrenze. Nichts geschah. Er verfolgte die Juden und liess im In- und Ausland morden. Niemand bremste ihn. Mit Autobahnbau und Aufrüstung hatte er die Wirtschaft angekurbelt, das Saarland kehrte 1935 auf Grund einer Volksabstimmung heim ins Reich. Was er auch unternahm, die Garantiemächte akzeptierten es, was er anpackte gelang, er war der Grösste! Die Olympischen Spiele 1936 in Berlin boten Hitler zudem die Möglichkeit, die Leistungsfähigkeit, das Organisationstalent und die Friedensliebe der nationalsozialistischen Gesellschaft vor den Augen der ganzen Welt zu demonstrieren. Und viele erlagen der Goebbelschen Propaganda. Wer sich so gewaltig für die Sportler aller Rassen einsetzte, konnte doch kein schlechter Mensch sein. So musste Hitler Oesterreich, sein Heimatland, nicht lange drängen. Sein Volk empfing ihn grossteils mit frenetischer Begeisterung. Zuletzt erpresste er von den Engländern und Franzosen sogar die Opferung der Tschechoslowakei, das war am 29. September 1938.

Nach jedem der genannten Fälle hat Hitler beteuert, das Dritte Reich erhebe keine weiteren Ansprüche. Die Westmächte steckten die Köpfe in den Sand und gaben vor, ihm zu glauben. Innert fünf Jahren hatte Hitler alle deutschsprachigen Gebiete heim ins Reich geholt, ausgenommen die Deutschschweiz. Er liess aber nie Zweifel daran aufkommen, dass auch unsere Stunde dereinst schlagen werde. Sein Propagandaminister Goebbels belehrte uns dahin, dass unsere Selbständigkeit nur Nachteile bringe und dass wir schon bald aus wirtschaftlichen Gründen freiwillig um Aufnahme ins Tausendjährige Reich nachsuchen würden (!). Vorerst aber gedachte Hitler wichtigere Probleme zu lösen. Im Mai 1939 unterzeichnete er ein Militärbündnis mit Italien und am Tage, nachdem er seinen höchsten Offizieren den Angriffsplan auf Polen vorgelegt hatte, schloss er mit Stalin einen Nichtangriffspakt. Nun war er bereit.

Wie stand es um unsere militärische Bereitschaft? Wie wir uns erinnern, erfuhr die Kriegführung im Verlaufe des Ersten Weltkrieges eine gewaltige Technisierung. U-Boote, Flugzeuge, Panzer, Motorfahrzeuge, Gas, Bomben und Minen. Da bestand für unsere Armee in den Zwanzigerjahren ein enormer Nachholbedarf. Aber die damals gültigen Parolen hiessen: Nie wieder Krieg! Völkerbund! Pazifismus! Keine Armee! Trotzdem erfuhr die Armee 1925 eine neue Gliederung, die Truppenordnung 25. Für eine zielgerichtete Nachrüstung aber fehlte der politische Wille. Noch 1929 mussten wir auf die Beschaffung von 100 Kampfflugzeugen verzichten, gegen welche die Opposition innert kürzester Zeit 40‘000

Unterschriften gesammelt hatte. Erst der langsame Niedergang des Völkerbundes als Symbol der pazifistischen Träumereien und dann die Machtübernahme Hitlers vermochten eine Trendwende herbeizuführen. So wurde 1933 ein Rüstungskredit von 82 Millionen Franken bereitgestellt. Gegen den Widerstand der bis 1935 armeefeindlichen Sozialdemokraten konnten beschafft werden: 1931 der neue Karabiner 31, 1933 der Minenwerfer 8,1 cm, 1935 die motorgezogene Schwere Kanone 10,5 cm, 1936 das Panzerabwehrgeschütz Ik 4,7 cm. Als 1936 als Folge der Wirtschaftskrise das Geld für eine weitere Verstärkung der Armee fehlte, legte der Bundesrat unter Führung des EMD-Chefs Rudolf Minger eine Wehranleihe auf. Er erhoffte sich davon 235 Millionen Franken, gezeichnet wurden aber fast 350 Millionen Franken. Wie Winston Churchill in England während Jahren konsequent Härte gegenüber Hitler und dementsprechend eigene Kriegsvorbereitungen forderte, kämpfte Bundesrat Minger seit 1930 für eine wehrhafte Schweiz. Mit dem Verlauf der Wehranleihe hatte er ein wesentliches Teilziel erreicht. Nun konnte die Ausrüstung der Armee weiter verbessert, die Rekrutenschule verlängert und mit der Truppenordnung 1938 die Armeegliederung modernisiert werden.

Doch militärische Beschaffungen brauchen Zeit, auch heute noch muss man durchschnittlich zehn Jahre rechnen. Deshalb waren verschiedene in den Zwanzigerjahren eingefangene Verzögerungen bis Kriegsbeginn nicht mehr aufzuholen. 1938 lancierte Nationalrat Gottlieb Duttweiler eine Volksinitiative zum Ankauf von 1'000 Kampfflugzeugen, innert kurzer Zeit waren 90'000 Unterschriften beisammen, aber zu diesem Zeitpunkt lief die Rüstung auch andernorts auf Hochtouren und daher war kein Land willens und in der Lage, uns die gewünschten Flugzeuge zu liefern (!). So musste unsere Flugwaffe mit lediglich 274 zum Teil veralteten Flugzeugen in die Aera des Zweiten Weltkrieges eintreten. Eine wesentliche Verstärkung mit Moran und C36 auf 500 Flugzeuge konnte erst 1943 erreicht werden. Auch bezüglich der übrigen Bewaffnung, der Ausrüstung und der Ausbildung war der Rückstand bis Kriegsbeginn nicht gänzlich aufzuholen.

Aus den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit lassen sich bedeutsame staats- und militärpolitische Lehren ableiten. Folgende Stichworte müssen genügen: Teilweiser Verzicht auf die von den europäischen Staaten seit Jahrhunderten verbürgte und mit Ausnahme Napoléons auch beachtete Neutralität, Verherrlichung von Kommunismus und Totalitarismus unter Hintansetzung der Staatsidee Schweiz und der Eidgenössischen Gesinnung, idealistische Ueberschätzung der pazifistischen Strömungen bis hin zur konsequenten Ablehnung der Wehrpflicht, kaum korrigierbare Ver-

nachlässigung der laufend nötigen Modernisierung der Armee, Arbeitsfrieden dank Verhandeln statt Streik, Planung von Abwehrmassnahmen in Krisenlagen.

Zwei Gesichtspunkte wollen wir näher betrachten: Beim Eintritt in den Völkerbund 1922 haben Bundesrat und Schweizervolk nie vermutet, dass die Achse Deutschland - Italien sich je und schon gar nicht so schnell wieder in einen Krieg gegen fast die ganze übrige Welt stürzen würde. Sonst hätten sie sehen müssen, dass die Schweiz, eingeklemmt zwischen den Achsenmächten, bei einem Boykott in grösste Schwierigkeiten geraten würde. 1938 hat der Bundesrat die Kurve noch gerade rechtzeitig erwischt und den 1922 voller Euphorie begangenen Fehler, die Opferung der Neutralität, korrigiert. Es war eigentlich nett von den übrigen Staaten, dass sie unser Hüscht und Hott akzeptiert und unsere Neutralität mit sofortiger Wirkung wieder anerkannt haben. Auf Dauer müsste sich aber ein solches Slalomfahren negativ auf unsere Glaubwürdigkeit auswirken. Unsere Bewaffnete Neutralität ist für uns innen- und aussenpolitisch ein so teures Gut, dass derartige Experimente nicht verantwortbar sind (!).

Die zweite Lehre bezieht sich auf den militärpolitischen Aspekt. Wir haben gesehen, dass Hitler seine erlaubte Polizeitruppe innert vier Jahren in eine sehr gefürchtete Armee verwandelt hat. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Erste Weltkrieg nur fünfzehn Jahre zurücklag und daher Stabsoffiziere, Kommandanten, Kader und Mannschaften mit Kriegserfahrung reaktiviert werden konnten, zudem verfügte er über eine grosse treue Gefolgschaft aus seinen paramilitärischen Schlägertruppen. Der Aufbau eines Milizheeres nach unserem Muster dagegen dauert vielleicht ein Vierteljahrhundert. Das hängt mit unserem Beförderungsprinzip zusammen, wonach jeder von der Pike weg jeden Stufenwechsel im wörtlichen Sinn erdienen muss, mit unseren direktdemokratischen Einrichtungen, welche Entscheidungen und Kredite nur zögerlich zulassen und mit dem Milizsystem, das mit Rücksicht auf die zivile Tätigkeit der Wehrpflichtigen nur kurze und weit auseinanderliegende Ausbildungsdienste gestattet. Eine Milizarmee kann daher nicht auf Eis gelegt und notfalls einfach wieder hervorgeholt werden (!). Die chamäleonhaft anmutende Militärpolitik unserer Sozialdemokraten, im Notfall dafür, sonst meist dagegen, kann sich vielleicht eine nicht ernstzunehmende Splittergruppe leisten, nicht aber eine in Verantwortung stehende Regierungspartei. Das Trauerspiel nach der Wahl von Bundesrat Leuenberger, als die SP anlässlich der Departementsverteilung über die eigenen Grundsätze stolperte und nur mit der netten Hilfe der Bürgerlichen einen Umweg um das EMD fand, legt ein beredtes Zeugnis ab. Milizarmee und Bewaffnete Neutralität dürfen

nicht zum Spielball der Parteipolitik werden. Beide erfordern, sollen sie für den Notfall wirksam und von der Welt ernst genommen bleiben, Stetigkeit und das ungeteilte Vertrauen der Regierung sowie einer starken Mehrheit des Volkes.

Es mutet wie ein Wunder an, dass während der Monate vor Kriegsbeginn, wie 1914, in Zürich eine Landesausstellung, die Landi 1939, stattfand. Sie war geprägt von der Arglist der Zeit, aber auch vom nunmehr felsenfesten Willen des Schweizervolkes, die Freiheit in Unabhängigkeit mit allen Mitteln zu bewahren, nötigenfalls mit Waffengewalt zu verteidigen. Wer unter dem Flaggenhimmel mit den Wappen sämtlicher Gemeinden der Schweiz durchschritt, spürte in dieser gefahrenträchtigen Zeit die einigende Kraft der Gemeinschaft und schöpfte Vertrauen und Zuversicht.

Chronologie des Zweiten Weltkrieges 1939 -1945

Eines Morgens fiel dem Erstklässler auf dem Schulweg der wie gewohnt Milchprodukte in die rittlings der Dorfstrasse liegenden Häuser verteilende Milchhändler auf, heute in die Militäruniform gekleidet, welche sich jedoch von derjenigen des Vaters dadurch unterschied, dass zwar auch er einen normalen feldgrünen Waffenrock trug, dazu aber eine blaue Hose alter Ordonnanz. Eben manövrierte er seinen Milchkarren an den Strassenrand, schwang den braunhaarigen Tornister auf den Rücken, ergriff sein Langgewehr und strebte eiligen Schrittes dem Bahnhof zu. Es war kurz vor acht Uhr am 2. September 1939, dem Tag der Generalmobilmachung unserer Armee.

Hitler hatte seine obersten Armeeführer für den 22. August 1939, 1200 Uhr, auf den Obersalzberg zum Rapport befohlen. Hier fiel der Entscheid zum folgenschweren Ueberfall auf Polen. Den eigentlichen Angriff befahl Hitler am 31. August auf den 1. September, 0445 Uhr. Kurz vor dieser Zeit schlichen einige Deutsche als polnische Soldaten verkleidet über die deutsch-polnische Grenze und schossen Richtung deutschen Zoll. Das Feuer wurde erwidert und über Radio die zynische Nachricht vermittelt: Seit 0445 wird zurückgeschossen!

Hitler gedachte lediglich, getreu seiner bisher bestbewährten Salamitaktik, eine weitere Scheibe abzuschneiden. Aber er hat die Rechnung ohne den Wirt, das heisst ohne die Engländer gemacht. England und Frankreich waren durch einen Beistandspakt mit Polen verbunden. Hatte der englische Premierminister Chamberlain vermeintlich 1938 mit der Preisgabe der Tschechoslowakei den Frieden für das laufende Jahrhundert

erkauft, bewahrheitete sich jetzt, was Winston Churchill seit Jahren prophezeit hatte: Hitler war unvorstellbar arrogant und unersättlich, er musste mit Gewalt in die Schranken gewiesen werden. Dieser Aufgabe stellten sich England und Frankreich, indem sie Deutschland am 3. September den Krieg erklären, während die USA sich als neutral bezeichneten. So begann der durch einen dem Grössenwahn verfallenen Diktator provozierte sinnlose Zweite Weltkrieg, welcher unendlich viel Leid und unvorstellbare Zerstörungen über die Welt bringen sollte. Es ist hier nicht möglich, die Geschehnisse von 1939 bis 1945 auch nur einigermassen vollständig zu schildern. Wir wollen uns darauf beschränken lediglich die grossen Linien nachzuzeichnen, welche sich direkt auf das Geschick der Schweiz auswirkten.

Der Polenfeldzug dauerte lediglich vier Wochen. Sofort wurde mit der im Entschluss vom 22. August festgelegten Liquidation der Polen begonnen. Leider lieferten polnische Extremisten den Deutschen einen willkommenen Vorwand, indem sie zirka tausend in Polen lebende Deutsche massakrierten. Als Geiseln wurden darauf polnische Patrioten massenweise erschossen, Juden zur Zwangsarbeit herbeigezogen. Ich zitiere hier einen Brief, in Ost-Polen geschrieben von einem deutschen Offizier am 31. Oktober 1939: „ ... Dazu kommt noch all das Unglaubliche, was dort am Rande passiert und wo wir mit verschränkten Armen zusehen müssen! Die blühendste Phantasie einer Greuelpropaganda ist arm gegen die Dinge, die eine organisierte Mörder-, Räuber- und Plündererbande unter angeblich höchster Duldung dort verbricht. Da kann man nicht mehr von berechtigter Empörung über an Volksdeutschen begangene Verbrechen sprechen. Diese Ausrottung ganzer Geschlechter mit Frauen und Kindern ist nur von einem Untermenschentum möglich, das den Namen Deutsch nicht mehr verdient. Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein! Diese Minderheit, die durch Morden, Plündern und Sengen den deutschen Namen besudelt, wird das Unglück des ganzen deutschen Volkes werden, wenn wir ihnen nicht bald das Handwerk legen...".

Wie wahr! Bereits am 8. November 1939 hat in München ein Einzelner ein leider misslungenes Attentat auf Hitler gewagt. Dann geschah aber nichts mehr bis zur ebenfalls missratenen Offiziersverschwörung vom 20. Juli 1944, also erst als die Niederlage des Dritten Reiches bereits absolut sicher war.

Wenn heute in unserem Lande von gewisser Seite im Zusammenhang mit unserer damaligen Flüchtlingspolitik immer wieder obiges Zitat in „Ich schäme mich, Schweizer zu sein!" oder „Ich schäme mich, Schweizerin zu sein!" abgewandelt wird, werden die in der Schweiz während der

Kriegszeit unterlaufenen Fehler bewusst absolut unverhältnismässig auf der Ebene der deutschen Kriegsverbrechen angesiedelt, was einer Verhöhnung der damaligen polnischen Opfer und einer Beleidigung unserer Aktivdienstgeneration gleichkommt.

Im April 1940 besetzt die deutsche Wehrmacht in einer Blitzaktion Dänemark und Norwegen. Nur einen Monat später, am 1o. Mai, erfolgt der deutsche Angriff auf die Neutralen Belgien, Holland und Luxemburg sowie auf Frankreich. Gleichentags wird Winston Churchill britischer Premierminister, er, der früher verlachte Mahner, tritt die schwere Aufgabe an mit der Erklärung, er könne nur Blut, Mühsal, Tränen und Schweiss versprechen. Seine erste grosse Aufgabe wird die Evakuation der bei Dünkirchen von den Deutschen eingekesselten Expeditionstruppen. Der deutsche Vorstoss läuft wie geschmiert, da will Italien nicht länger abseits stehen und tritt, im Hinblick auf die Aufteilung Frankreichs, am 10. Juni 1940 an der Seite Deutschlands in den Krieg. Vier Tage später, nur einen Monat nach Eröffnung der Westoffensive, zieht die deutsche Wehrmacht in Paris ein! Welch eine Schmach für das stolze Frankreich! Die Maginotlinie, hinter welcher sich die Franzosen so sicher gefühlt hatten, erwies sich als nutzlos, die Deutschen haben sie einfach umfahren. Nicht umgangen, wie man früher richtigerweise sagte. Seit Beginn des Zweiten Weltkrieges wird gefahren, mit Panzern und Motorfahrzeugen. Die Benelux-Staaten haben sich auf ihre Neutralität und die Versprechungen Hitlers verlassen. Und deshalb Rüstung und Ausbildung arg vernachlässigt. Ihr Widerstand stellt für die Wehrmacht kein Hindernis dar, sie werden einfach überrollt.

Italien greift Britisch Somaliland und Griechenland an und eröffnet die Offensive gegen Nordafrika. Das Dritte Reich eröffnet die Luftschlacht gegen England.

Im Juni 1941 begeht Hitler in seinem Grössenwahn den Fehler seines Lebens: Er greift die Sowjetunion an und riskiert damit einen Zweifrontenkrieg. Das Schicksal Napoléons und die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges vermögen ihn nicht von diesem gewagten Schritt abzuhalten. Als Folge schliessen Grossbritannien und die Sowjetunion ein Militärbündnis und nachdem Japan am 7. Dezember 1941 die amerikanische Flottenbasis Pearl Harbor angegriffen hat, treten auch die USA an ihrer Seite in den Krieg. Damit haben die Achsenmächte bereits den Zenit überschritten und nach der Kapitulation der deutschen 6. Armee bei Stalingrad am 31. Januar 1943 beginnt der lange, aber unaufhaltsame Marsch der Alliierten aus Osten, Süden und Westen auf Berlin und in Asien gegen Tokio. Im Mai 1943 ist Nordafrika ganz in der Hand der Alliierten, im Juli landen sie auf

Sizilien und im September in Italien, womit die letzte Phase des Krieges, die endgültige Niederwerfung des Hitlerreiches, eingeleitet ist. Mussolini wird gestürzt und kurz darauf kapituliert die italienische Armee.

In den nächsten Monaten bereiten die Alliierten den entscheidenden Schlag gegen Nazideutschland vor: die Invasion in Nordfrankreich. Die Absprache über das weitere Vorgehen zwischen Churchill, Roosevelt und Stalin findet am 6. Dezember 1943 in Teheran statt. General Eisenhower wird als Oberkommandierender aller alliierten Streitkräfte in Europa bestimmt. Am 4. Juni besetzen die Alliierten Rom und zwei Tage später, am 6. Juni erfolgt die legendäre Invasion in der Normandie. Ende Juli erreichen die Russen die Weichsel und am 15. Juli landen die Alliierten auch in Südfrankreich. Mit der Beschiessung Londons mit den neuentwickelten V-2-Raketen und mit einer Konzentration aller verfügbaren Panzer in der Ardennenoffensive mit Ziel Atlantik, versucht Hitler nochmals erfolglos die Initiative an sich zu reissen. Im Januar 1945 beginnt die russische Grossoffensive in Richtung Berlin. Die Differenzen zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion werden deutlicher, in der Konferenz von Yalta am 8. Februar einigen sich Churchill, Roosevelt und Stalin über die Regelung beim Zusammentreffen ihrer Armeen auf deutschem Boden, die Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation der Achsenmächte und das anschliessende weitere Vorgehen. Am 24. März überschreiten die Alliierten den Rhein. Einen Monat später bereits treffen die Spitzen der amerikanischen und russischen Truppen zusammen. Am 28. April wird Mussolini am Comersee erschossen und zwei Tage später verübt Hitler in seinem Befehlsbunker in Berlin Selbstmord. In den folgenden Tagen bricht der deutsche Widerstand zusammen und am 8. Mai 1945 herrscht endlich wieder Waffenruhe in Europa. Am 12. April stirbt der amerikanische Präsident Roosevelt, sein Nachfolger Truman beendet den Zweiten Weltkrieg am 8. und 9. August mit dem Abwurf der ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki.

Der Zweite Weltkrieg forderte rund 16 Millionen Tote der verschiedenen Armeen und gegen 30 Millionen unter der Zivilbevölkerung. Deutschland allein verlor 6,5 Millionen Menschen. Hitlers Versprechen an die Deutschen, ihr Land so zu verändern, dass sie es nicht wiedererkennen würden, hat er erfüllt. Sein Tausendjähriges Reich dauerte zwölf Jahre.

Es fällt auf, dass in dieser Chronologie des Zweiten Weltkrieges die Schweiz nicht in Erscheinung tritt. Dies entspricht aber eher unserer damaligen Rolle als die heute namentlich von linker Seite vertretene Auffassung, dass unsere Kollaboration mit Hitlerdeutschland den Krieg verlängert habe und wir darum einen kriegsentscheidenden Einfluss ausgeübt hätten.

Die kleine Schweiz hat sich zwar vor dem unsere Heimat umbrausenden Orkan geduckt wie ein Hase in den windigen Dünen, aber gleichzeitig auch einem Igel gleich trotzig die Stacheln gezeigt. Wer die Kriegszeit nicht selbst erlebt hat, bekundet Mühe, das damalige Tun und Lassen von Volk und Behörden zu verstehen. Dies um so mehr, als die heute aktiven Generationen bis vor kurzer Zeit aus eigener Erfahrung nur Frieden, Hochkonjunktur und Uebersättigung kannten. Auch und gerade darum wird dieses Buch geschrieben: Nur wer die Zusammenhänge kennen lernt, kann ein Urteil über jene und die heutige Schweiz fällen. Gehen wir also der Frage nach, wie unser Land die Kriegsjahre überlebte. Vorerst jedoch wollen wir verfolgen, wie es einem mit uns befreundeten und von vielen bewunderten neutralen Land erging.

Der russisch-finnische Winterkrieg 1939-1940

Wir haben den Verlauf der Dreissigerjahre angeschaut und wissen, dass 1939 jedermann in Europa wissen musste, was von Nazideutschland zu erwarten war. Wir haben auch gesehen, wie der Wille, frei und unabhängig zu bleiben bei uns von Jahr zu Jahr wuchs und im Gemeinschaftswerk Landesausstellung 1939 eine eindrückliche Bestätigung fand. Der unbeugsame Freiheitswille bildete die eigentliche Grundlage unserer Ueberlebensstrategie. Beredten Ausdruck dieser Entschlossenheit gab Bundesrat Obrecht in seiner Rede vom 16. März 1939 in Basel, wo er in Anspielung auf die demütigenden Deutschlandreisen von Vertretern der durch das Dritte Reich bedrohten Staaten und mit Seitenblick auf die gut funktionierende deutsche Spionage und damit auch für die Ohren Hitlers bezeugte: „Das Ausland muss es wissen: Wer uns ehrt und in Ruhe lässt, ist unser Freund. Wer dagegen unsere Unabhängigkeit und unsere politische Unversehrtheit angreifen sollte, dem wartet der Krieg! Wir Schweizer werden nicht zuerst ins Ausland wallfahrten gehn".

Als damals Siebenjähriger wurde ich natürlich von solch hehrem Denken noch nicht erfasst. Aber im Winter 39/40 spielte sich in Nordeuropa eine Tragödie ab, welche mich gewaltig fesselte und zeitlebens nicht mehr losgelassen hat.

Es war in diesem Winter 1940 als wir Schüler eines Vormittags in die damals noch nicht als Lebensmittellager benützte und damit der eigentlichen Zweckbestimmung für Jahre entzogene Turnhalle geführt wurden, um einen Film über den finnisch-russischen Winterkrieg vorgeführt zu bekommen. Für mich war es der erste Film meines Lebens, der Eindruck

schon daher gewaltig, aber die Botschaft war das Erregenste, was ich in meinem damals zugegebenermassen noch kurzen Leben je erfahren hatte. Der Film zeigte den heroischen Verteidigungskampf des kleinen finnischen Volkes gegen die übermächtige Sowjetunion.

Nach dem deutschen Angriff auf Polen ist Stalin trotz des Nichtangriffpaktes mit Hitler bestrebt, der nördlichen Westgrenze entlang einen Sicherheitsstreifen aufzubauen. Zu diesem Zweck zwingt er die baltischen Staaten Estland und Litauen in einen Beistandspakt und zur Ueberlassung von strategisch wichtigen Stützpunkten an der Ostsee. Anschliessend verlangt er dasselbe von den Finnen. Als sich diese auf ihre Neutralität berufend weigern, will die Sowjetunion ihre Forderungen mit Gewalt durchsetzen. Am 30. November 1939 eröffnet diese die Feindseligkeiten entlang der über 1'200 km langen gemeinsamen Grenze mit 30 Divisionen, fliegt Luftangriffe gegen die Städte Helsinki, Hangö und Lathi und beschiesst von der See aus die südfinnische Küste.

Nebst dem Mut, einem so gewaltig überlegenen Gegner die Stirne zu bieten, beeindruckt die Art und Weise der finnischen Kriegführung. Oberkommandant der finnischen Truppen war Feldmarschall Mannerheim. Kommandant des finnischen Abwehrkampfes zwischen Leningrad, heute wieder Petersburg genannt, und Murmansk, der in Schwarzenegg bei Thun heimatberechtigte Generalleutnant Karl Lennart Oesch. Die gepanzert oder motorisiert vorrückenden Russen greifen Finnland auf der ganzen Länge der Grenze an. Wie soll die kleine finnische Armee diesen Gegner, der Ort und Zeit des Angriffs bestimmen kann abfangen, wie in diesem riesigen tiefverschneiten Gebiet zur rechten Zeit am richtigen Ort sein? Oesch wählt die Taktik des kleinen Mannes, gerissen, listreich, sich mit dem Gelände verbündend, die Schwäche in Stärke wandelnd, im Prinzip die Morgartentaktik. Sie sollte unter der Bezeichnung Motti-Taktik in die Militärgeschichte eingehen. Man muss sich das immens weite Gebiet vorstellen. Mit lockerem Tannenwald bedeckt. Alles, auch die Verkehrswege, meterhoch eingeschneit, ein Fortkommen ist fast nicht möglich. Klirrende Kälte, Stürme, Einöde, weit und breit kein Haus, Stille, Einsamkeit. So erleben die russischen Divisionen, für einen Winterkrieg nur ungenügend ausgerüstet, ihren mühsamen Vorstoss über die Grenze und ins Innere Finnlands. Ein in die Breite gefächertes Vorgehen ist nicht möglich, sie bewegen sich in unendlich langen Kolonnen in der unter grossen Anstrengungen freigelegten Spur. Und weit und breit kein Gegner.

Wo sind Oeschs Truppen? Er hält seine Mittel in kleine Kampfverbände aufgeteilt in die Tiefe gestaffelt bereit. Im meterhohen Schnee finden sie in den Höhlen unter den Tannen gruppenweise den Umständen entspre-

chend bequeme Unterkünfte. Tapfere finnische Frauen sind - wohl ein weltweites Unikum - mit den Soldaten in diese Einöde gezogen und kochen für sie. Weissgekleidete Späher auf Langlaufski erkunden ungesehen das für feindliche Durchbrüche geeignete Gelände. Auftauchenden Gegner lassen sie ein Stück weiter ziehen und fallen ihm dann in die Flanke. Zerstören beispielsweise die Nachschubfahrzeuge, schiessen Benzintankwagen in Brand. Knacken Panzer in Engnissen, sodass die feindliche Kolonne sich weder zurück noch vorwärts bewegen kann (Morgarten!). Bevor der Gegner merkt was los ist, sind die flinken Skisoldaten bereits wieder im schützenden Wald verschwunden. Mit Hilfe der Motti-Taktik vernichten die Finnen zwei starke russische Divisionen und verhindern entlang der ganzen nördlichen Grenze einen massiven Durchbruch. Schwieriger gestaltet sich der Kampf um die karelische Landenge, also im unmittelbaren Vorgelände von Leningrad, wo die Sowjets mit Schwergewicht angreifen. Finnland weiss, dass es hier auf Dauer dem überlegenen Gegner nicht standhalten kann und bittet den Völkerbund um Unterstützung. Dieser verurteilt die Sowjetunion als Angreifer und schliesst sie aus dem Völkerbund aus. Die Alliierten erwägen eine Hilfeleistung und beschliessen vorerst die Lieferung von 500 Flugzeugen, 100 Flak- und 75 Panzerabwehrgeschützen. Etwas später ersuchen sie Schweden um ein Durchmarschrecht. Doch der Druck der Russen nimmt zu, es gelingt ihnen die Mannerheim-Linie auf der Landenge von Karelien zu durchbrechen. Unter diesen Umständen, Finnland hat bis jetzt einen Fünftel seiner Truppen verloren, die alliierte Unterstützung ist noch nicht in Marsch gesetzt (!) und die Zeit drängt, sobald die Schneeschmelze eintritt wird es den Finnen auch unter grössten Verlusten nicht gelingen, den mächtigen Gegner aufzuhalten. So tritt Finnland in Verhandlungen ein. Am 12. März 1940 wird der Friede von Moskau unterzeichnet. Finnland muss die Landenge von Karelien und mehrere Städte, insgesamt rund 12 % seines Staatsgebietes an die Sowjetunion abtreten, zudem den Russen die strategisch wichtige Halbinsel Hangö auf dreissig Jahre verpachten.

Ein Finne schreibt in einem Brief: „Hat uns nicht die Welt drei Monate lang mit Worten, mit glühenden, aufmunternden, lobenden Worten gefüttert? Die Welt spürte eine edle Gemütsaufwallung, als sie unserem Kampf zuschaute, dem Kampf eines kleinen Volkes um sein Leben. Es ist viel geschrieben und gesprochen worden, viel Schönes, man hat in die Hände geklatscht und Hurra gerufen. Aber das alles rettete keinen einzigen Mann unserer Armee in der Wildnis vor Tod und verstümmelnder Verletzung. Worte helfen uns nicht....“.

Das Schweizervolk hat den finnischen Kampf mit grosser Sympathie und höchst aufmerksam verfolgt. Der in den Wintermonaten heroisch geführte finnische Abwehrkampf bildete für uns die Bestätigung, dass auch ein kleines Volk einem übermächtigen Gegner erfolgreich trotzen kann. Das finnische Beispiel hat unseren Abwehrwillen ausserordentlich gestärkt, gab uns Selbstvertrauen, Mut und Zuversicht. Finnland musste zwar die Ueberlegenheit der Sowjetunion anerkennen und einen Teil der früher abgelehnten Forderungen erfüllen. Aber der moralische Sieger in aller Welt Augen hiess Finnland. Es wurde wohl in der Schlacht um Karelien geschlagen, aber es blieb als einziges besiegtes Land unbesetzt, der finnische Staat als solcher bestehen.

Auch Finnlands weiteres Schicksal bleibt für uns als neutraler Staat bedenkenswert. Am 22. Juni 1941 greift das siegreiche Deutschland die Sowjetunion an. Die Finnen wittern eine Chance die verlorenen Gebiete zurückzugewinnen und wollen den Teufel mit Beelzebub vertreiben. Das heisst, sie geben die 1940 erfolgreich verteidigte Neutralität auf und treten an der Seite Deutschlands in den Krieg gegen die Sowjetunion ein. Sie besetzen zwar ein Gebiet, welches noch über die Vorkriegsgrenze hinaus reicht. Im Rahmen der russischen Grossoffensive vom Sommer 1944 und dem deutschen Rückzug erobern die Russen aber die Landenge von Karelien erneut und diesmal bleiben sie. Finnland, am Kriegsende zu den Verlierern zählend, muss den Siegern Land abtreten und zudem grosse Reparationszahlungen leisten (!).

Neutralitätsschutz und Réduitbezug im chaotischen Europa

Trotz linken Unkenrufen ist sicher, dass sich der damals bewiesene unbeugsame Wille von Volk und Behörden, um jeden Preis unabhängig zu bleiben, als ausserordentlich wichtig, ja als entscheidend für unser Ueberleben in Freiheit erwies. Dies aus zwei Gründen. Zum ersten wirkte dieser demonstrativ gezeigte Wille dissuativ, also abwehrend auf das Ausland. Medien, die diese Botschaft unmissverständlich vermittelten waren etwa Bundesrat Mingers Reden, die Wehranleihe, die Rüstung, die klare Aussage von Bundesrat Obrecht in Basel, die Landesausstellung 1939, die Neutralitätserklärung, die diszipliniert erfolgte Generalmobilmachung, die Integrationsfigur Guisan und die Reaktion des Schweizervolkes nach dem russischen Angriff auf das neutrale Finnland. Zweitens förderte diese Entschlossenheit die früher umschriebene Eidgenössische Gesinnung, die gemeinsames Angehen von grossen Aufgaben trotz unserer

multikulturellen Zusammensetzung erst ermöglicht. So haben Bundesrat, Parlament, Armee, Volk, Presse, Wirtschaft, Parteien, Kirchen und andere Gruppen oft nicht gleich gedacht, nicht immer gleich geredet, nicht das Gleiche für richtig gehalten, aber allen war das Ziel gemeinsam, nämlich frei zu bleiben. Zugegeben, leider dachte nicht immer jeder Einzelne der genannten Personenkategorien so, aber die Mehrheit. Die Kreise, welche heute die Leistung der Aktivdienstgeneration in Zweifel ziehen wollen indem sie sagen: Die Schweiz hat mit Deutschland kollaboriert, unsere Banken haben Raubgold gewaschen, unsere Industrie hat den Krieg verlängert oder ähnliches, reden bewusst demagogisch.

Die Mehrheit unseres Volkes hat sich unserer schwierigsten Aufgabe des letzten Jahrhunderts gestellt, jeder an seinem Platz. Wir wollen einige wichtige und besonders anspruchsvolle Problemkreise anschauen: Den Neutralitätsschutz und das Réduit, die soziale Gerechtigkeit, die Versorgung, das Flüchtlingswesen, die Pressefreiheit und den Widerstand.

Unsere im Verlaufe der Jahrhunderte von mehreren Friedenskonferenzen gewährleistete Bewaffnete Neutralität verpflichtet uns bereit und fähig zu sein, Staatsgebiet und Luftraum gegen jeden Angreifer zu verteidigen. Bei Kriegsbeginn hiess dies unter anderem: Verhindern, dass Deutschland über unser Gebiet die Maginotlinie umgehend den Franzosen in die Flanke fallen kann. Und es hiess: Verhindern, dass Frankreich über unser Gebiet die Siegfriedlinie umgehend Deutschland angreifen kann. Der erste Auftrag der Armee hiess darum nicht Verteidigen, sondern Neutralitätsschutz durch Grenzbewachung. Die Grundaufstellung der Armee nach der Generalmobilmachung sah daher das Schwergewicht unserer Mittel im Jura und in der Nord-Ostschweiz und nach dem Kriegseintritt Italiens auch an der Südgrenze. Die grösste Gefahr in dieser Phase war der Zeitpunkt vor der Eröffnung der deutschen Offensive gegen Frankreich, als man, wie im Ersten Weltkrieg, nicht wusste, ob der erwartete Angriff frontal gegen die Maginotlinie, nördlich umfassend über Belgien und Holland oder südlich durch die Schweiz erfolgen würde.

In diesen kritischen Tagen anfangs Mai 1940 hatte mein Vater mit seiner zu einer in Muttenz stationierten Kompanie gehörenden Füsiliergruppe einen Bewachungsauftrag direkt am Rhein zu erfüllen. Er hat später oft darüber berichtet. Schon mehrere Tage und Nächte harrt er mit seinen Leuten in der Stellung. Wenn etwas geschieht, dann sicher nachts, das wissen alle, tagsüber wäre ein Angriff in Booten über den Rhein Wahnsinn. So starren sie nachts angestrengt über den Rhein, in die Dunkelheit. Immer wieder hören sie auf der deutschen Seite, im Raum Grenzach, eindeutigen Motorenlärm. Sind da Angriffsvorbereitungen im Gange?

Diese Ungewissheit! Wir können uns kaum vorstellen, wie das damals war. Wir sind gewohnt, mit Hilfe des Fernsehens bei Kampfhandlungen irgendwo in der Welt live dabei zu sein, sogar zuzusehen, wie Menschen erschossen werden. Mittels Satelliten kann heute die Verschiebung eines Veloanhängers registriert werden und Funkgespräche sind auf grosse Distanz abhörbar. Heute ist es äusserst schwierig, Bewegungen, Angriffsvorbereitungen und Kampfverlauf geheim zu halten. In jüngster Zeit ist dies dank amerikanischer Technologie lediglich im Krieg gegen den Irak gelungen. Man vernahm nur das, was man vernehmen sollte. Im Mai 1940 wusste man in der Oeffentlichkeit nichts, aber es wurden Gerüchte herumgeboten. Dieses beängstigende, lähmende Bangen! Alle Hoffnungen beruhen auf dem Nachrichtendienst. Er funktioniert gut. Bundesrat und Armeespitze wissen, dass in einer dieser Nächte der Angriff auf Frankreich beginnen wird, aber wann genau, wo? Am 9. Mai abends wird die ganze Kompanie alarmiert. Jetzt ist es soweit, denken alle. Mein Vater legt in seinem Zimmer bei Familie Kull seine Privatsachen auf das Bett, mit einer Notiz, uns diese Dinge doch bitte zuzustellen, falls er nicht mehr zurückkommen sollte. Die Kompanie bezieht ihre Stellungen. Alle warten. Starren über den Rhein, horchen in die Dunkelheit, hören jedes Geräusch. Die ganze lange Nacht hindurch. Morgens geht als Gerücht durch die Kompanie, was der Kommandant später bestätigt: Die Deutschen haben über Belgien angegriffen. Gott sei Dank! Heiliger Sankt Florian.

Der über den Rhein gehörte Motorenlärm entsprang tatsächlich Angriffsvorbereitungen der Heeresgruppe C Oberrhein. Aus Sicherheitsgründen liess das Oberkommando West, das OKW, den kommandierenden General am Oberrhein, Ritter von Leeb, über den Angriffsort im Ungewissen, weil man, die Nachrichtendrehscheibe Schweiz nutzend, den Franzosen einen bevorstehenden Angriff am Oberrhein vortäuschen wollte. Es war sogar vorgesehen, hier zur Verstärkung 30 italienische Divisionen einzusetzen. Mussolini waren aber diese Truppen für den Kampf gegen Frankreich im Raum Mittelmeer-Westalpen nützlicher. Einzig im Raum Basel waren deutsche Elitetruppen zum indirekten Schutz der Baslerbrükken bereitgestellt mit dem Auftrag, sofort einzugreifen, wenn die Franzosen, die schweizerische Neutralität missachtend, die wichtigen Rheinübergänge in ihre Hand zu bringen versuchten. Im übrigen waren die Truppen angewiesen, die schweizerische Neutralität strikte zu beachten. Eine Umgehung der Maginotlinie durch die Schweiz wurde, wie man aber eben erst heute weiss, in dieser Phase des Krieges vom deutschen Oberkommando der ungünstigen topographischen Verhältnisse wegen nicht ins Auge gefasst.

Die konkret gefährlichsten Stunden brachten Luftraumverletzungen durch deutsche Kampfflugzeuge in den ersten Junitagen, also in der Zeit, da Hitlers Truppen vor Paris standen. Weil unsere Luftwaffe über dem Jura zwei Bomber Typ Heinkel abschoss, einen zur Landung zwang und drei beschädigte, was Hitler sehr persönlich nahm und masslos ärgerte, ja in seinem verletzten Stolz als Beleidigung des Dritten Reiches empfand, befahl er eine begrenzte Gegenaktion im schweizerischen Grenzraum. Am 4. Juni, ich stütze mich hier auf die Darstellungen von Oberstkorpskommandant aD Hans Senn in seinem Werk „Der Schweizerische Generalstab, Band VII", versuchten 28 Me-110 unsere Luftwaffe im grenznahen Raum in einen Kampf zu verwickeln. Unsererseits stiegen 16 Jäger vom Typ Me-109 und ein Aufklärungsflugzeug auf, schossen zwei feindliche Jäger ab, hatten aber auch einen Abschuss zu beklagen. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich am 8. Juni. Insgesamt lautet der Vergleich der Ausfälle in diesen Luftkämpfen 11 : 3 zugunsten der Schweiz. Diese hervorragende Leistung unserer Piloten, welche während des deutschen Westfeldzuges als einzige aktiven Feindkontakt hatten (!), veranlasste den Kommandanten unserer Luftwaffe zu folgender Beurteilung: „Ohne in nationale Euphorie zu fallen, darf behauptet werden, dass unsere Jagdpiloten einen Kampfgeist entwickelten, der den deutschen Besatzungen mindestens ebenbürtig, wenn nicht gar überlegen war..... blitzschnelles Erfassen der Lage, hohe Schiessfertigkeit und fliegerisches Können, aber auch Einsatzfreudigkeit und Furchtlosigkeit...". Die so gerühmten Piloten entstammten mit einer Ausnahme der Miliz (!).

Den Luftkämpfen folgte eine harte diplomatische Auseinandersetzung. Der Bundesrat erhielt eine scharfe Note der Reichsregierung, die Kämpfe hätten meist über französischem Gebiet stattgefunden oder die deutschen Piloten hätten irrtümlich unseren Luftraum verletzt. Es wurde eine Entschuldigung und Schadenersatz gefordert. Zudem befahl Hitler einen Sabotageakt gegen schweizerische Flugplatzeinrichtungen, welcher jedoch misslang. Am 19. Juni traf eine weitere Note ein, welche für künftige Vorfälle eine direkte Ahndung ohne vorgängigen Schriftverkehr androhte. Das Problem löste sich durch den Waffenstillstand zwischen Deutschland und Frankreich am 22. Juni von selbst.

Mit dem genannten Waffenstillstand wurden alle Kampfhandlungen auf französischem Boden abgebrochen ohne dass die Lücke zwischen Italien und der deutschen Wehrmacht, Mont Blanc bis Genf, geschlossen war. Eigentlich sollte der italienische Vorstoss bis an die Rhône erfolgen. Da aber Mussolinis Truppen in den Westalpen viel langsamer als geplant vorankamen, konnte die Absicht nicht rechtzeitig verwirklicht werden. Als

Hitler bewusst wurde, dass die völlige Einkreisung der Schweiz dadurch verpasst wurde, wollte er den Schaden in den letzten Tagen vor dem Waffenstillstand beheben lassen, indem er die Zerstörung der Transportachsen in Savoyen befahl. Aber trotz Ausbau von Eisenbahnschienen und einer durch ein als Rot-Kreuz-Transport getarntes Sabotageteam hinter der Demarkationslinie gesprengten Brücke konnte unsere Verbindung durch den unbesetzten Teil Frankreichs zum Mittelmeer innert Wochen theoretisch wieder hergestellt werden. Praktisch blieb diese Verbindung aber unzuverlässig, da der Chef des Vichy-Regimes, Marschall Pétain, eine weitgehend deutschfreundliche Haltung einnahm. Diese ging so weit, dass er den Deutschen seine jüdischen Mitbürger zum Abtransport in die Konzentrationslager auslieferte. Er wurde nach dem Krieg denn auch zum Tode verurteilt, zu lebenslanger Haft begnadigt und - wie seinerzeit Napoléon - auf eine Insel verbannt.

Mit der Einkehr der Waffenruhe entlang unserer Grenzen war der Auftrag des Neutralitätsschutzes vorläufig erfüllt. Aber war der Krieg vorbei? Was werden die Engländer, die Russen unternehmen? Eine Lagebeurteilung für die Schweiz zeigt ein düsteres Bild. Der grösste Teil des europäischen Festlandes ist von den drei Diktatoren Hitler, Mussolini und Franco besetzt. Die Insel Schweiz mittendrin, den faschistischen Mächten scheinbar auf Gedeih und Verderben ausgeliefert. Da die Maginotlinie als unbezwingbar galt, haben auch wir an unsere Befestigungsanlagen in der Nord-Ostschweiz geglaubt. Die Umgehung der Maginotlinie hat diesen Glauben weitgehend zerstört. Hitler hat bis jetzt all seine Ziele erreicht. Was vermögen wir da als kleines Land? Wird er jetzt uns angreifen? Die Erntezeit steht bevor, auch die Wirtschaft ruft nach einer grosszügigen Urlaubspraxis, wenn nicht nach einer teilweisen Demobilmachung. Die uns umgebenden Mächte können uns gleichzeitig aus allen Richtungen angreifen, da haben wir doch keine Chance. Ueberhaupt sind doch die Würfel gefallen, eine neue Zeit bricht an. Sogar Bundespräsident Pilez-Golaz spricht drei Tage nach dem Waffenstillstand im Namen des Bundesrates davon, unsere drei grossen Nachbarn hätten nun den Weg des Friedens beschritten, nun sei es auch für uns an der Zeit, vorwärts zu blicken und am Wiederaufbau der im Umbruch stehenden Welt mitzuwirken. Der Zeitpunkt der inneren Wiedergeburt sei da, wir müssten den alten Menschen ablegen (!) . Dabei werde der Bundesrat ein hingebender Führer (!) sein, welcher seine Entscheide jedoch in dieser hektischen Zeit nicht immer werde begründen können. Was meint er damit? Hat der Bundesrat den Glauben an unser Land verloren? Die entschlossene Verteidigungsbereitschaft der Monate Mai und Juni weicht einer grossen Unsicherheit. Auch Bundesrat

Etter sagt, das Schweizervolk müsse sich geistig anpassen, unsere gegenüber Deutschland und Italien geübte Zurückhaltung solle einer offenen Unvoreingenommenheit weichen (!). Die Presse hält mit kritischen Kommentaren zunehmend zurück. Um Hitler nicht unnötig zu reizen, solle eine Zensur eingeführt werden. Das war die Stimmung im Sommers 1940.

Wir würden dem damaligen Bundesrat wohl Unrecht zufügen, wenn wir an seiner Integrität zweifelten. Seine Aufgabe bestand nicht darin mutig zu sein, sondern unser Land aus dem Krieg herauszuhalten. Warum sollte er nicht versuchen, Hitler nach dem Aerger mit den Luftkämpfen etwas zu besänftigen? In der Stunde erneuter grösster Gefahr etwas zu kuschen um Zeit zu gewinnen? War es nicht klüger für einige Wochen als Angsthase zu gelten, als wie der stolze Gockel auf der Schlachtbank zu enden? Vielleicht hat der Bundesrat seine Demutshaltung übertrieben und damit einen Vertrauensverlust im Volk riskiert. Aber was wäre geschehen, wenn der Bundesrat Hitler nicht beschwichtigt hätte? Wer will das wissen?

Auch General Guisan nahm mit dem Generalstab eine Lagebeurteilung vor. Die Aufgabe des Neutralitätsschutzes war wie gesagt vorläufig erfüllt. Der neue Auftrag hiess Verteidigung. Doch wie soll mit einer kleinen Armee bei einer totalen Umklammerung die Verteidigung des langen Grenzraumes erfolgen? Eine genügende Tiefenstaffelung ist unter diesen Umständen nicht möglich. Was will der Gegner? Die Ost-West-Passage durch das Mittelland ist für ihn nicht mehr interessant. Dagegen wird für Hitler und Mussolini die Alpentransversale wichtig, der Gotthard als kürzeste Nord-Süd-Verbindung. Wenn wir durchhalten wollen, muss ein Grossteil der Soldaten zurück hinter den Pflug und an die Werkbank. Und wie kann in der Armee der Glaube an unsere Chance aufgefrischt werden?

General Guisan fasst in dieser Lage den Entschluss seines Lebens: Verteidigung mit Schwergewicht im Réduit. Am 25. Juli versammelt er sämtliche Truppenkommandanten auf dem Rütli und begründet seinen Entscheid. Er geisselt den Defätismus und ruft zum unbedingten Widerstand auf. Die Anwesenden spüren: Das ist die Wende, der General hat gesagt, was wir vom Bundesrat vergeblich erwarteten. Im Réduit kann der mechanisierte Gegner seine Stärke nicht ausspielen. Hier sind wir ihm überlegen, hier wird er sich die Zähne ausbeissen. Wir müssen uns zwar im Verzögerungskampf von der Grenze landeinwärts zurückziehen und vorübergehend Territorium preisgeben, aber wir werden im Réduit die Staatsidee Schweiz bis zum letzten Blutstropfen verteidigen. Wenn er uns nicht in den Grenzräumen einfach überrennen kann, wenn er mit lang dauernden harten Kämpfen rechnen muss, wird er vernünftigerweise auf einen Angriff verzichten. Das gemeinsame Erlebnis auf dem Rütli wird von den Teil-

nehmern als Erneuerung des Rütlischwurs empfunden. Mit neuer Kraft kehren die Kommandanten zur Truppe zurück, ihre Zuversicht und ihre Entschlossenheit beseelen auch ihre Unterstellten. Die Soldaten tragen die Botschaft hinaus ins Volk, man vertraut dem General, er wird zur Identifikationsfigur, ja zum Idol. Fast täglich besucht er die Truppe und sucht den Kontakt mit der Bevölkerung. Er ist ein Mann aus Fleisch und Blut, der Hände schüttelt und Mut zuspricht. Bald ziert sein Bild, aus der Zeitung oder als Kalenderblatt, jede Stube. Der Bann ist gebrochen, das Schweizervolk hat den Glauben an sich und seine Armee wiedergefunden.

Es ist aus heutiger Sicht kaum verständlich, dass diese Entwicklung nicht allen gefiel. Da Deutschland und Italien vehement gegen den Rütlirapport und die klaren Worte des Generals protestierten, schürten gewisse Kreise die Angst vor Repressalien (!). Auch der Bundesrat bekundete einige Mühe, sich mit der dem General vom Volk auferlegten Rolle abzufinden. Noch weniger versteht man allerdings, wie heute von jungen Historikern und linken Politikern General Guisan und Réduit verunglimpft werden.

In Hitlers Umfeld fanden sich nach dem Waffenstillstand mit Frankreich, also Ende Juni 1940, tatsächlich Ratgeber, welche, da der deutsche Nachrichtendienst das moralische Tief in der Schweiz ortete und Meldung erstattete, den Zeitpunkt für einen Angriff auf die Schweiz als günstig schilderten. Hitler hegte jedoch auch diesmal vorerst andere Pläne. Sein Augenmerk richtete sich auf England. Immerhin liess er Angriffspläne auf die Schweiz aus dem Raum Jura - Genf planen, die „Operation Tannenbaum“. Im August begann Hitler die zum Scheitern verurteilte Offensive gegen Grossbritannien. Dadurch und mit dem späteren deutschen Angriff auf die Sowjetunion verlagerte sich das Kriegsgeschehen auf weit entfernte Plätze. Dies gewährte uns eine Verschnaufpause, welche unter anderem dazu genutzt wurde, das Réduit auszubauen und durch die Intensivierung der Anbauschlacht den Selbstversorgungsgrad zu erhöhen.

Bildete in den ersten zehn Kriegsmonaten die militärische Abwehrbereitschaft die Hauptaufgabe, so umfasste diese vom Herbst 1940 bis am Tag der alliierten Landung in der Normandie am 6. Juni 1944 einen Strauss von Teilaufgaben, die wir später unter dem Begriff Gesamtverteidigung zusammenfassten: militärische und geistige Landesverteidigung, Landesversorgung, Diplomatie, Luftschutz, Spionageabwehr, Handel und Finanzen, Transportwesen, humanitäre Hilfe, Flüchtlingswesen. Die militärische Verteidigungsbereitschaft trat etwas in den Hintergrund, die Bestände konnten zeitweise bis auf rund 70‘000 Mann reduziert werden, sie blieb aber wichtig, da der unberechenbare Hitler jederzeit zu einem Schlag gegen unser Land hätte ausholen können.

Wenn ich heute höre oder lese, wie sich gewisse Kreise über die Bedeutung des Réduits äussern, überfällt mich ein Schauer. Wie können Schweizerbürger nur so oberflächlich denken, so unbedenklich ihre Unwissenheit offenbaren, so verächtlich auf den Gefühlen jener herumtrampeln, die damals unter unglaublichen seelischen und körperlichen Strapazen die auferlegten Prüfungen bestanden! Dabei war jene Zeit sicher die psychologisch schwierigste, die unser Volk je zu verkraften hatte. Einmal forderte der Réduitentschluss an sich von allen Betroffenen ein fast übermenschliches Verständnis für die gemeinschaftliche Notwendigkeit, auf eine Nichtsoderalles-Verteidigung entlang der fast zweitausend Kilometer langen Grenze zu verzichten, Teile des Landes zeitweilig preiszugeben, um in der Alpenfestung die Staatsidee Schweiz zu verteidigen. Es darf nicht wundern, dass die Männer des Mittellandes nur schweren Herzens ihre Familie, ihr Haus, ihren Garten, Tiere, Aecker und Geschäfte verliessen, um im Réduit Dienst zu leisten. Natürlich hoffte jeder auf die Dissuasionswirkung der vom General gewählten Strategie. Aber was wäre, wenn es anders käme? Wenn alles, was man lieb hat, dem Feind in die Hand fallen würde? Man kann sich vorstellen, was in diesen Soldaten vorging, welche innere Wut sie packte, wenn sie an den Wahnsinnigen dachten, der ihnen das alles eingebrockt hatte. Trotzdem stellten sie sich der Pflicht, sie wählten nicht den feigen Weg der Freistellung auf blauem Wege, wie es heute ohne Not Zehntausende tun. Aber damit nicht genug, die Art der Dienstleistung in den Bergen forderte nochmals den ganzen Mann. Da waren Leistungen zu erbringen, die wir Heutigen uns gar nicht mehr vorstellen können. In den Bergen herrscht sieben bis acht Monate der Winter mit Kälte, Schnee und Sturm. Die Ausrüstung der Truppe ist bescheiden, Winterartikel im heutigen Sinne fehlen. Wadenbinden verhindern zwar das Eindringen von Schnee in die Schuhe, sind aber umständlich und die aufgeklappte Policemütze schützt Gesicht und Ohren nur mässig. Keine Spur von Gummisohlen, einfache Lederschuhe mit Trigunibeschlag. Verschiebungen sind im Fussmarsch zu bewältigen, Tage und Nächte hindurch, Dutzende von Kilometern, die dreissig Kilogramm schwere Vollpackung und das Gewehr am Rücken. Etwa von Spiez über den Lötschenpass nach Saas-Almagell oder von Sursee auf die Grimsel. Die Unterkünfte sind oft erbärmlich, ungeheizt, geschlafen wird auf Stroh, mit einer Wolldecke.

Die Tätigkeiten sind rasch aufgezählt: Ausbildung, Bau von Geländeverstärkungen und Bewachung. Wache stehen, einsam, auch nachts, gegen Nässe und Frost kaum geschützt. Während Jahren wird an der Gotthardbahn und entlang der Lötschberg-Simplonlinie jeder Tunnel, jede

Brücke ununterbrochen bewacht. Sie sind als Sprengobjekte geladen und dürfen keinen Augenblick aus den Augen gelassen werden. Unvorstellbar, wenn hier, an unseren Lebensadern, ein Sabotageakt gelänge! Einsam Wache stehen, an die Familie denken, wie kommen sie zurecht, im Stall, auf dem Feld, im Geschäft, reicht das Geld, sind sie gesund, wie geht es der Kleinsten, vermissen sie mich? Heimweh. Angst. Zorn. Wo bleibt der deutsche Tell, welcher diesen Unmenschen umbringt? Aber auch gute Erlebnisse, Kameradschaft, ohne die es oft kein Ueberleben gäbe, Mitgefühl, auch von Vorgesetzten, der verständnisvolle und bei aller in den Bergen nötigen Strenge gutherzige Kompaniekommandant. Herrliche Stunden auch in den sonnigen Bergen, im Tessin, irgendwo rund um den Gotthard. Und Lustiges, das Kompaniekalb, auch in tristen Momenten mit einem Witz auf der Zunge. So erlebt die Aktivdienstgeneration diese Jahre, auch Flachlandtruppen, Leute die erstmals Pracht und Unbill unserer Alpen erleben, lieben und hassen lernen.

Und nun kommen Grünschnäbel daher, darunter auch junge Frauen, die keinen Tag Militärdienst geleistet haben und sagen diesen ehemaligen Soldaten ins Gesicht, das wäre alles nicht nötig gewesen, Hitler habe nie die Absicht gehabt uns anzugreifen, unser Geld sei ihm wichtiger gewesen! Wo bleibt da der Anstand? Selbst wenn es nach heutiger Quellenlage so gewesen wäre, damals konnte das niemand wissen; weil die Aktivdienstgeneration tat was zu tun war, gibt es die Schweiz noch, können die heutigen Politiker und Politikerinnen selbst solche Ungeheuerlichkeiten unbehelligt äussern! Wo waren eigentlich damals die Väter oder Grossväter solcher Leute? Waren diese auch dabei, werfen die Kritiker und Kritikerinnen auch ihnen so gemeine Rücksichtslosigkeiten ins Gesicht? Oder waren ihre Ahnen nicht dabei, waren diese nicht so dumm, mit einem Bobo daheim, an der Wärme, im Geschäft, beim Batzelimachen? Oder noch gar nicht in der Schweiz? Vielleicht irgendwo in Sicherheit? Konnte ihnen kein Vater, kein Grossvater erzählen, wie es war? Oder wollen sie diese Geschichten einfach nicht hören? Wollen sie gar nicht wissen, was damals wirklich geschah?

Nach der Invasion der Alliierten war deren Sieg nur noch eine Frage der Zeit, dementsprechend wich der enorme Druck schrittweise von der Bevölkerung. Der langen Epoche der Verteidigungsbereitschaft an der Grenze und im Réduit folgte im letzten Kriegsjahr erneut eine Phase des Neutralitätsschutzes als es galt, während der Kämpfe von alliierten, deutschen und italienischen Truppen entlang unserer Grenzen ein Ueberschwappen auf Schweizergebiet zu verhindern. Und dann war es endlich

soweit. Am 8. Mai 1945 verkündeten Kirchenglocken im ganzen Land das Ende des Krieges in Europa.

Am 19. August 1945 grüsste General Guisan auf dem Bundesplatz in Bern zum letzten Mal sämtliche Fahnen und Standarten der Armee. Am nächsten Tag konnte er dem Bundesrat die Erfüllung des 1939 erhaltenen Auftrages melden und ins Glied zurücktreten. Der Zweite Weltkrieg war vorbei, die Armee hatte ihre Aufgabe erfüllt.

Wer vermag sich vorzustellen, mit welch herrlichen Gefühlen die Soldaten ins zivile Leben zurückkehrten? Manche hatten tausend und noch mehr Tage Dienst geleistet, rund drei Jahre zwischen 1939 und 1945! Wie sie sich mit ihren Familien darüber freuten, diese schwere Zeit heil überstanden zu haben? Viele haben dem Land ihre Jugend geopfert, die Ausbildung hatte gelitten, Geschäfte gingen zugrunde, Familien in die Brüche. Trotzdem, der Krieg zeitigte auch positive Folgen. Die Aktivdienstzeit hat jene Menschen nachhaltig geprägt. Frieden kann wohl nur hoch genug schätzen, wer Krieg erlebt hat. Das Volk trat voller Dankbarkeit und Zuversicht auf den Weg in die Zukunft. Die Erlebnisse hatten es stark gemacht. Und die von den Wehrmännern im Dienst erlebten zwischenmenschlichen Beziehungen bildeten ein wertvolles Kapital. Das über alle Schichten hinweg in Vorgesetzte und Unterstellte gewonnene Vertrauen wirkte sich noch lange auf das soziale Umfeld aus. Ich komme später darauf zurück. Vorerst stellt sich jedoch die Frage: Wie hat unser Volk damals den zivilen Lebensbereich gemeistert? Wir wissen, und wir wissen es nicht erst seit gewisse Kreise laufend und penetrant darüber quatschen, dass vermutlich nicht die Armee allein uns vor Hitlers Zugriff bewahrt hat. Es war vielmehr ein schlussendlich geglücktes Zusammenspiel verschiedener Ereignisse, Gegebenheiten und Handlungen. Die daraus gewonnenen Einsichten liessen uns später alle auf die Erhaltung von Frieden in Freiheit und Unabhängigkeit zielenden Massnahmen unter dem Begriff Gesamtverteidigung zusammenfassen.

Zivile Behauptung

Wie wir aus früheren Kapiteln wissen, hat sich die Kriegführung von Jahrhundert zu Jahrhundert verändert. Wir sahen die Eidgenossen kämpfen, jeder der dazu fähig war zog aus um gemeinsam den Gegner zu bodigen, Söldnerheere, die sich in fremden Landen für irgendwelche Interessen schlugen, Napoléons Massenheere, die Millionenarmeen in den zwei Weltkriegen, dann die Mechanisierung des Krieges durch Motorfahr-

zeuge, Panzer, Flugzeuge und Raketen, auch gegen die Zivilbevölkerung gerichtet, und zuletzt die Möglichkeit des totalen alles bedrohenden Atomkrieges.

So musste sich im Zweiten Weltkrieg, als die Bekämpfung weit entfernter Siedlungs- und Industriegebiete technisch möglich wurde, auch unsere Bevölkerung stets bedroht fühlen. Vor allem Bombardierungen wären im Verteidigungsfall jederzeit und überall möglich gewesen. Die durch die Sirenen ausgelösten Fliegeralarme bei Luftraumverletzungen riefen diese Gefahr immer wieder in Erinnerung. Das Bewusstsein, dass Armee und Zivilbevölkerung nur gemeinsam die gestellten Anforderungen erfüllen können, wuchs und wirkte auf eindrückliche Art. Besonders wichtig für die Erhaltung der Wehrbereitschaft in allen Kreisen war die Gewährleistung einer möglichst grossen sozialen Gerechtigkeit. Es musste verhindert werden, dass die Familien der Dienstleistenden ohne Einkommen dastanden und darbten, während andere fette Geschäfte machten und im Ueberfluss lebten. In früheren Zeiten waren mittellose Soldatenfamilien auf Armenunterstützung angewiesen. Jetzt entstand die uns allen noch heute bekannte Erwerbsersatzordnung (EO) mit einer sozialen Struktur, Arbeitnehmer und Arbeitgeber bezahlten 2% des Bruttolohnes in eine Zentralkasse, daraus wurden Entschädigungen an die Soldatenfamilien ausgerichtet, einen nötig werdenden Ausgleich bezahlten Kantone und Bund. Verheiratete erhielten mehr als Ledige und Familien wurden durch Kinderzulagen unterstützt. Mit dieser Existenzsicherung wurden Durchhaltewillen und Vertrauen in die Zukunft wesentlich gestärkt. Während im Ersten Weltkrieg Heiraten und Geburten um fast 20% zurückgingen, nahmen diese während des Zweiten Weltkriegs merklich zu. Wie segensreich sich diese EO-Regelung auswirkte belegt auch der Umstand, dass das Volk bereits 1947 die Verfassungsgrundlage für AHV und EO mit gewaltigem Mehr guthiess. Es war eine grosse Stunde unseres Landes, ein Ausdruck der in der Kriegszeit neu erstarkten Eidgenössischen Gesinnung.

Eine zweite wichtige Säule des Durchhaltewillens bildete die Landesversorgung. Vor 1939 mussten wir einen Drittel der für Mensch und Tier benötigten Nahrungsmittel aus dem Ausland beziehen. Als sich im Sommer 1940 die fast totale Einschliessung durch die Achsenmächte und damit eine entsprechende Abhängigkeit und Erpressbarkeit abzeichnete, legte der nachmalige Bundesrat Professor Wahlen einen Entwurf für eine weitgehende Selbstversorgung vor, welcher dann als Plan Wahlen die Grundlage für eine einmalige Anbauschlacht bildete. Er ging davon aus, dass wir, nicht nur die Bauern, sondern wir alle, soviel Nahrungsmittel wie nur irgendwie möglich anpflanzten. Das Signal wurde begriffen, die Auf-

forderung befolgt. Schon nach kurzer Zeit war jeder brauchbare Flecken Land in Ackerfläche umgewandelt. Die Landwirtschaft setzte alles ein, um schnell möglichst grosse Erträge zu erwirtschaften. Im Militärdienst stehende Bauern und Knechte wurden durch Internierte und Landdienst leistende junge Leute aus der Stadt ersetzt. Die Rasenflächen in Privatgärten und öffentlichen Anlagen verwandelten sich in Kartoffeläcker. Auch die Schulen machten mit. Klassenweise wurde zur Ackerpflege ausgerückt, es galt Kartoffeln und Bohnen zu stecken und im Herbst zu ernten. Später haben wir die auf dem Estrichboden des Schulhauses luftgetrockneten Bohnen ausgemacht und sackweise abgeliefert. Den Familien wurden Aecker ausserhalb des Dorfes zugewiesen, so wurden alle wenigstens teilweise zu Selbstversorgern. Zu jedem Salatblatt wurde Sorge getragen. Wir sammelten Beeren bis weit hinauf an die Berghänge, suchten Pilze und gingen fischen. Am Kaninchenstall wurden noch einige Abteile angebaut. Wir lernten sparen und mit Materialien sorgfältig umgehen. Als die Rohstoffe rar wurden, setzten nebst Kontingentierung und der späteren Rationierung Altstoffsammlungen ein. Unglaublich, was da an Altmetallen, Glas, Zinntuben und Papier zusammenkam. Auch mit Heizmaterial mussten wir uns teilweise selbst versorgen. Anfangs durchstreiften wir mit der Mutter die Wälder und sammelten Tannenzapfen, die wir dann in Säcke abgefüllt auf dem Leiterwagen heimgeschleppt haben. Später, als Viert- oder Fünftklässler, machten wir uns an schulfreien Nachmittagen auf die Socken um in den Rüfen und Waldzungen bis fast hinauf an die Waldgrenze massivere Holzstücke zu suchen. Denn die Wälder in der Talsohle sahen bald aus wie gepflegte Parkanlagen, da war kein Zweiglein mehr zu finden. Aeste haben wir zu Bündeln gebunden und zu Tale geschleift, dürre Latten und andere längere Holzstücke mit Guntel und Seil abgeschleppt. Mir blutet das Herz, wenn ich sehe, wie wir heute den Ueberfluss missbrauchen, wertvolle Materialien einfach wegschmeissen, Massen von gesundem Holz in die Grube führen und unersetzliches Kulturland leichtfertig zerstören.

Mit Hilfe der Anbauschlacht und der Rationierung, welche die Tagesportionen spürbar schmälerte aber wenigstens einigermassen gerecht verteilte, konnte der Hunger vom Lande ferngehalten werden. Aber dick wurden wir nicht, im Gegenteil, uns heranwachsenden Buben knurrte oft der Magen. Dank Leuten, welche ihre Rationen nicht voll beanspruchten und die übrigen Marken dem Bäcker zugunsten kinderreicher Familien abgaben, gelangten wir oft zu einem Extralaib Brot, wofür wir sehr dankbar waren. Wir lernten das tägliche Brot schätzen, selbst wenn es erst zwei Tage alt verkauft werden durfte und nicht selten als Folge der Beimischung

von Kartoffelmehl schimmelig und säuerlich war, ja manchmal gar Fäden zog. Und die Gewohnheit, den Teller leer zu essen, auch wenn uns was darauf lag nicht besonders mundete und nie etwas noch Geniessbares wegzuwerfen, hat uns zeitlebens begleitet. Die Kriegszeit hat unseren Charakter mitgeprägt, wir sind zu notorischen Nichtwegwerfern geworden. Ich hebe jede Schraube, jeden kleinsten Bestandteil auf; dafür kann ich in aller Regel jeden Defekt im und um das Haus, wenigstens notdürftig, beheben. Vermutlich beeinflusst diese Mentalität auch mein staatspolitisches Denken: Nicht leichtfertig wegwerfen, was man im Bedarfsfall unmöglich innert nützlicher Frist neu beschaffen kann (!)

Trotz grosser Anstrengungen im Mehranbau und der verordneten Einschränkungen konnten nicht alle Bedürfnisse aus dem eigenen Boden gedeckt werden. Salz lieferten die Salinen von Rheinfelden und die reaktivierten Salzstollen von Bex. In den Emserwerken wurde ein Benzinersatz, das sogenannte Emserwasser entwickelt. Vorerst wurden Automobile auf Holzgas umgerüstet, etwa eine Million Tonnen Kohle gefördert und in mühsamen Bergbau wurde Erz geschürft. Aber da begannen auch schon die Probleme. Die über eine Million Tonnen Erz konnten bei uns nicht verhüttet werden, dies musste in Deutschland geschehen. Die für die Verbesserung der Versorgung auf gegen dreissig Schiffe aufgestockte Hochseeflotte musste alliierte und deutsche Sperren durchlaufen, in der Schweiz nicht in genügendem Mass verfügbare Rohstoffe und Lebensmittel bedurften zum Import der Genehmigung durch die kriegführenden Staaten. Dies alles und noch viel mehr war nicht ohne Gegenleistungen zu haben. Gott sei Dank hatten wir einiges zu bieten: Nord-Süd-Transversale; Produkte aus den Bereichen Chemie, Maschinen und Uhren; Finanzierungen; Drehscheibe für Flüchtlinge, Diplomatie, Finanzen, Nachrichten; Podium für bilaterale und internationale Kontakte; Vertretung zwischen Staaten ohne diplomatische Beziehungen; Internierungen, Rotes Kreuz und andere Dienstleistungen. Den Einsatz dieser Werte optimal zu steuern, war die heikle Aufgabe der damals verantwortlichen Behörden, nichts mehr und nichts weniger. Optimal musste heissen: So wirkungsvoll wie möglich, so ethisch wie machbar, so oft wie nötig. Zu dieser Handlungsweise war unser Land gleichermassen verpflichtet wie berechtigt. Verpflichtet, weil die internationale Anerkennung unserer Bewaffneten Neutralität die Klausel enthält, dass wir, um die Gleichbehandlung der in einen Krieg verwickelten Parteien und die Unversehrtheit unseres Territoriums gewährleisten zu können, aus eigener Kraft unabhängig und abwehrfähig, das heisst bewaffnet sein und bleiben müssen. Berechtigt, weil Unabhängigkeit das Recht enthält, in eigener Kompetenz die für die Er-

haltung von Neutralität und Selbständigkeit erforderlichen Massnahmen zu bestimmen. Der Kleinstaat Schweiz hat das Recht und die Pflicht, im Rahmen der Verfassung das zur Sicherung seines Fortbestandes Notwendige vorzukehren. Sollten internationale Regelungen etwas anderes aussagen, gelten diese für uns nicht, respektive dürfen von unserer Seite nicht ratifiziert werden (!).

Wichtig ist auch der Umstand, dass unsere Neutralität sich lediglich auf staatliches Handeln bezieht, nicht aber obligatorisch auch auf die Verhaltensweise von Privaten. Denken, äussern von Ansichten und handeln bleibt im Rahmen der Gesetze, der allgemein anerkannten Gepflogenheiten und Eidgenössischer Gesinnung frei. Letzteres erfordert, dass der handelnde Bürger vorgängig die Malsiebzig-Regel anwendet und entsprechend nichts unternimmt, was dem Lande schaden könnte. Dem Gebot der Gleichbehandlung haben wir entsprochen, indem wir das Prinzip der Gleichbegünstigung anwendeten. Angenommen Deutschland wollte 5'000 Höhenmesser bestellen. Wir sagten dann beispielsweise: Gut, wenn ihr uns dafür 500 Tonnen Getreide liefert. Hernach orientierten wir die Alliierten: Wir wollen Deutschland 5'000 Höhenmesser verkaufen und sind bereit, auch Eurer Seite 5'000 Höhenmesser zu liefern unter der Bedingung, dass uns im Austausch eine entsprechende Menge Benzin zugeführt wird. Das Geschäft wurde anschliessend abgewickelt unabhängig davon, ob auch die Alliierten Höhenmesser bestellt haben. Dieses opportunistische Prinzip wurde in allen Bereichen angewendet. Es mag heute an Kuhhandel erinnern, man mag es schlitzohrig nennen, aber es war rechtens und effizient. Aus Eins mach Zwei, das war schlau. Und es hat uns das Ueberleben ermöglicht. Natürlich hätten es die Alliierten lieber gesehen, wenn wir auf jeglichen Kontakt mit den Achsenmächten verzichtet hätten. Aus ihrer Perspektive ist das auch verständlich. Sie setzten uns denn auch mit allen Mitteln unter Druck. Aber rund neun Zehntel der für uns lebenswichtigen Importe stammten aus Deutschland, übrigens viel mehr als wir umgekehrt exportierten. Ein Abbruch der Handelsbeziehungen mit Deutschland hätte dieses vom Zwang befreit, uns in seinem Interesse zu verschonen. Und einen Untergang der international benutzten polyvalenten Drehscheibe Schweiz wollten auch die Alliierten in ihrem eigenen Interesse nicht riskieren. Auch sie konnten nicht den Fünfer und das Weggli haben.

Bestimmt wurden damals auch von unserem Boden aus unlautere Geschäfte gemacht, sicher geschäfteten auch bei uns Kriegsgewinnler. Sie wären aber wohl in jenen Kreisen zu suchen, die auch in den letzten fünfzig Jahren jedes noch so schmutzige Geschäft getätigt haben sofern sie

sich dabei bereichern konnten. Ich denke vor allem an jene international verflochtenen Finanzgewaltigen, die Hitlers Aufstieg massgeblich mitfinanziert haben und deren unsichtbare Finger auch heute wieder bis in unsere Banken- und Geschäftswelt reichen. Jene unter ihnen, die einen Schweizerpass trugen, waren keine Eidgenossen, sie dachten nicht eidgenössisch. Die Eidgenossenschaft darf darum nicht für deren Fehler belangt werden, weder die damalige noch die heutige.

Ein Problem, dessen Brisanz erst nach dem Krieg in seiner ganzen Tragweite erkannt wurde, stellt das Finanzwesen dar. Dabei sind drei Bereiche zu betrachten: Kredite ins Ausland, Goldhandel und Depotgelder. Vorweg muss man feststellen, dass das ständige Gerangel um diesen Fragenkomplex keine Neuigkeit darstellt. Seit Kriegsende sind aus dem In- und Ausland diesbezüglich immer wieder Fragen aufgeworfen worden. Es ist auch so, dass dieser Problemkreis von unseren bei mächtigen internationalen Interessengruppen trittbrettfahrenden Neingenossen zur Vorbereitung weiterer Angriffe auf Eidgenossenschaft und Armee missbraucht wird.

Doch zurück zum Zweiten Weltkrieg und den damaligen Kreditgewährungen. Grundsätzlich ist zu vermerken, dass der unabhängige neutrale Kleinstaat das Recht besitzt, Geldmittel unter Beachtung der neutralitätspolitischen Regeln im Kampf ums Ueberleben einzusetzen. Dementsprechend haben wir gehandelt. Kredite wurden wiederum nach dem Grundsatz der Gleichbegünstigung vergeben. Gesamthaft erhielten die Alliierten von uns mehr finanzielle Mittel als die Achsenmächte.

Aehnlich nüchtern gilt es das damalige Goldgeschäft unserer Banken zu beurteilen. Es wundert mich nicht, dass das Stichwort Gold in den Auseinandersetzungen mit dem Weltjudentum um während des Krieges über die Schweiz getätigte Finanzgeschäfte märchenhafte Emotionen, faszinierte Blicke und die dem Märchen eigene Schwarzweissmalerei auslöst. Golden sind im Märchen Schloss, Krone, Zepter, Kette, Ring und Taler; Glück bringen der goldkackende Esel und das Goldene Prinzchen. Gold, der Inbegriff von Macht, Reichtum und Glück, im Märchen, im Film und im Leben. Und Gold bringt die Menschen um den Verstand, offenbar auch heute noch. In Tat und Wahrheit wurden die damaligen Goldgeschäfte von unseren Bankinstituten nach den allgemein angewandten neutralitätskonformen Handelsregeln abgewickelt. Es war legitim und völlig normal, dass die Schweiz auch in dieser Beziehung als Drehscheibe diente und die Banken mit allen interessierten Staaten und Privatkunden Geschäfte machten. Sie waren weder verpflichtet noch in der Lage, Herkunft und Verwendungszweck der Zahlungsmittel zu überprüfen.

Man muss auch bedenken, dass die Schweiz ein Rechtsstaat und kein Moralstaat ist. Er schafft die Voraussetzungen, damit die verschiedenen Gesellschaftsgruppen entsprechend ihren Moralvorstellungen leben und handeln können. Moral ist daher in erster Linie Sache der kulturellen und wirtschaftlichen Einrichtungen wie Familie, Kirche, Unternehmen oder Organisation. Wenn eine Mehrheit der Bürger nach hohen ethischen Grundsätzen lebt, wird auch der Staat als Funktion der Gesellschaft moralischer. Soweit im damaligen Bankengeschäft Gesetzwidrigkeiten geschahen, müssen sie geahndet, falls sie, was wahrscheinlich ist, verjährt sind, mindestens eingestanden werden. Dabei ist aber zu akzeptieren, dass in jedem Krieg Beute gemacht wird. Es soll immer etwas gewonnen werden: Macht, Land, Ressourcen oder Seelen. Makrodiebstahl gewissermassen. Der Weg der Menschheit ist gepflastert mit gestohlenem Gold. Nur wenige Stichworte hierzu: Inkas, Indianer, Afrika, Ausbeutung der Kolonien, Napoleons Raubzug durch die Schweiz, Raubgold der Nazis, Kriegsbeute an Kunstschätzen der Alliierten. Wer wirft den ersten Stein? Und warum ausgerechnet auf unser Land, das niemals einschlägig Akteur war?

Um den Krieg überstehen zu können waren wir gezwungen, auch Geschäfte am Limit von Moral und Legitimität zu akzeptieren. Der Einzelne kann, darf und soll sich verweigern, wenn dies sein Gewissen gebietet. Der Staat aber kann nicht nach Gefühl und Gewissen handeln. Seine Richtschnur sind Verfassung und Gesetz. Damals war es seine Pflicht, in deren Rahmen das Ueberleben unseres Volkes zu sichern. Das hat er getan. Wieweit Geschäftsleute nach moralischen Grundsätzen handeln wollen, entscheiden diese vor ihrem eigenen Gewissen. Eine ehrliche und faire Beurteilung jener Zeit hat diese Gesichtspunkte meines Erachtens zu berücksichtigen.

Keinen Kompromiss erlaubt das Problem der namenlosen Gelder. Das heutige Getue darum herum erscheint jedoch auch gar konzertiert. Ein weiterer Eimer Wasser auf die Mühlen der Sozialisten, welche den Bankplatz Schweiz seit Jahrzehnten bekämpfen wo sie können, edel verdrängend, dass sie damit auch ihren Milchkühen die Zitzen abschneiden. Um was handelt es sich? Einmal ist da irgendwer, der oder die Geld oder andere Wertsachen anonym an einem sicheren Ort deponieren will. Auf einer Bank wird das Geschäft abgewickelt, als Quittung eine Nummer ausgehändigt. Gegen Vorlage dieser Nummer kann die Sache später aus dem Depot zurückgeholt werden. Geht die Nummer verloren, kann der Anspruch nicht bewiesen werden, die Sache bleibt folglich weiterhin auf der Bank zur Verfügung des Anspruchberechtigten. Etwas anders liegt der Fall, wenn der Jemand auf der Bank ein Konto oder Sparheft auf einen

bestimmten Namen eröffnet. Wird über Jahre weder Geld eingezahlt noch solches abgehoben, stellt sich irgendeinmal, je nach Ort und entsprechend geltendem Gesetz die Frage, ob noch Anspruchberechtigte leben, was mit dem Geld geschehen soll. Ich denke, dass solche Geschäfte genau nach Vorschrift erledigt werden sollen und kann mir nicht vorstellen, dass dabei Schwierigkeiten entstehen. Problematischer finde ich das Geschäft mit anonymen Nummernkonten. Vor allem, weil hier auch zwei innenpolitische Komponenten mitspielen, die spezifische Aversion der Linken gegen die Banken und die Geldwäscherei als allgemein anerkanntes Problem. Unter anderem weil die Schweiz als politisch stabiles und für den Notfall auch militärisch gesichertes Land gilt, geniessen unsere Banken weltweit grosses Vertrauen. Auch bei Leuten, welche Fluchtgelder anlegen oder schmutziges Geld waschen wollen. Und da Geld, ja sogar schmutziges Geld bekanntlich nicht stinkt, sind solche Fälle schwer auszumachen. Weil allgemein gültige Abgrenzungen fehlen, ist deren Klassifizierung schwierig. Auch in jüngerer Zeit sind prominente, fachlich hervorragend ausgewiesene Leute in diesem Gestrüpp gestrauchelt. Im Rückblick erscheint alles stets einfacher.

Vielleicht kommen wir dem Kern der Sache näher, wenn wir einen neutralen Modellfall betrachten. In den Dreissigerjahren suchte der Bund Geld, um im Hinblick auf die sich in Hitlerdeutschland abzeichnende Entwicklung unsere Wehrbereitschaft zu verbessern. Die aufgelegte Wehranleihe wurde wuchtig überzeichnet. Der Bürger hatte die Wahl, Geld beispielsweise in Amerika in Sicherheit zu bringen oder durch seinen Beitrag die Sicherheit der Schweiz zu erhöhen. Falls er sich für eine gewaltfreie Friedensförderung einsetzen wollte, konnte er entsprechende legale politische Gruppierungen unterstützen, soweit es solche angesichts der drohenden Gefahr noch gab. Aus der Sicht des verantwortungsbewussten Staatsbürgers kaum vertretbar finde ich die Ausschaffung von Fluchtgeldern ins Ausland in einem Zeitpunkt, wo das Land sich auf einen Kampf um Sein oder Nichtsein vorbereitet und auch auf finanzielle Unterstützung angewiesen ist. Wenn man dieses Denkmodell auf die Verhältnisse im damaligen Deutschland überträgt, drängen sich einige Fragen auf: Welcher Art waren die auf Schweizer-Nummernkonten übertragenen Gelder? Waren sie ehrlich verdient? Wurden sie von Nazibonzen vorsorglich in Sicherheit gebracht? Waren es Profite von Kriegsgewinnlern? Warum wurden sie nicht im Landesinteresse in Deutschland eingesetzt, je nach Gesinnung für oder gegen Hitler?

Nummernkonten sind etwas anrüchig behaftet. Wer nichts zu verbergen hat, kann sein Geld ruhig auf normalem Weg anlegen. Nicht abgeho-

bene Fluchtgelder auf Nummernkonten sollten meines Erachtens nach fünfzig Jahren entweder dem früher geschädigten Staat überwiesen werden oder in unsere Bundeskasse fliessen.

Schwieriger gestaltete sich der Umgang mit dem Flüchtlingsproblem. Der Flüchtlingsdruck auf unser Land setzte in den Dreissigerjahren ein und erreichte 1938 einen ersten Höhepunkt als Hitler Oesterreich annektierte, worauf innert weniger Tage dreitausend jüdische Flüchtlinge in die Schweiz gelangten. Italien, Ungarn und die Tschechoslowakei hatten die Grenzen bereits geschlossen. Der St. Galler Polizeioffizier Paul Grüninger verhalf Flüchtlingen entgegen den Vorschriften zum Grenzübertritt, fälschte Papiere, besorgte Pässe. Dafür wurde er später sehr hart bestraft.

Der amerikanische Präsident lud zu einer Flüchtlingskonferenz nach Evian. Ueber dreissig Länder erschienen am Tagungsort, von Europa über Südamerika bis Australien, alle lehnten die Aufnahme von jüdischen Flüchtlingen ab, allein Holland und die Schweiz waren bereit, Juden vorübergehend aufzunehmen, unter der Bedingung, dass sie später von anderen Staaten aufgenommen würden. Die Aussichten hierfür aber standen schlecht. Zu jener Zeit lebten in unserem Lande rund 17'000 schweizerische Juden. Gewerkschaften und sogar jüdische Kreise wehrten sich gegen eine unbegrenzte Aufnahme von Flüchtlingen. Aus Angst vor steigender Arbeitslosigkeit die einen, in der Befürchtung, Hitler könnte eine übermässige Ausnützung unserer Asylpraxis zur Aufnahme einer unbeschränkten Zahl jüdischer Flüchtlinge als Vorwand für eine Intervention benutzen, was konsequenterweise auch ihre Deportation bedeutet hätte, die andern. Bei einer Zeitungsumfrage im Bernbiet lehnten 85% der Antwortenden eine grosszügige Aufnahme weiterer jüdischer Flüchtlinge rundweg ab. Vor diesem Hintergrund mussten die für unsere Flüchtlingspolitik Verantwortlichen ihre Massnahmen treffen.

Zuerst wurde auch bei uns die Grenze dichtgemacht, was in breiten Kreisen grosse Empörung auslöste. Da Deutschland der Auswanderung von Juden nichts in den Weg legte und die Schweiz bereit war, als Transitland zu dienen, sollten die Uebertrittsmodalitäten vertraglich geregelt werden. Der Chef der schweizerischen Fremdenpolizei, Heinrich Rothmund, befürwortete eine Visumspflicht. Deutschlands Vorschlag, die Pässe seiner Juden mit einem J zu kennzeichnen, empfahl er dem Bundesrat zur Ablehnung. Trotzdem wurde leider so beschlossen. Diese J-Markierung und die spätere Rückweisung von Flüchtlingen an unserer Grenze bilden im Rückblick auf jene Zeit die wohl tragischsten Begebenheiten, einen schmerzlichen Tiefschlag für unsere humanitäre Tradition, eine Fratze im Spiegel unserer Geschichte. Aber es ist zu einfach, heute

die damals Verantwortlichen zu verdammen. Man vermochte in jenem Zeitpunkt den Gerüchten über die unglaubliche deutsche Vernichtungsmaschinerie gegenüber Nichtariern keinen Glauben zu schenken. Ich finde es ehrlicher, in Demut zu diesem schwierigen Kapitel unserer Vergangenheit zu stehen und uns dafür einzusetzen, dass derartige Entscheide nie mehr gefällt werden müssen. Der Bundesrat hatte bei seinen Beschlüssen mit einer langdauernden Isolierung der Schweiz und mit der ungünstigsten Entwicklung zu rechnen; er hat damals weiss Gott nicht leichtfertig so gehandelt. Noch niemand von all jenen, die genau wissen wollen, was man seinerzeit hätte tun müssen, wollte mir folgende Frage beantworten: Wieviele Flüchtlinge hätte die Schweiz zusätzlich aufnehmen sollen? 1‘000, 10‘0000, 100‘00000, eine Million, oder noch mehr? Alle andern Staaten handelten gleich wie wir oder weit brutaler. Die Benelux-Staaten und Vichy-Frankreich lieferten den Deutschen gar die eigene jüdische Bevölkerung aus und die USA zwangen ein Schiff mit rund neunhundert jüdischen Männern, Frauen und Kindern zur Rückkehr nach Europa, wo die Flüchtlinge von den Deutschen übernommen und, wie man heute weiss, der Vernichtung zugeführt wurden. Demgegenüber gelang es uns, die jüdischen Mitbürger vor dem deutschen Zugriff zu schützen und über 400‘000 Flüchtlingen und Internierten vorübergehend Schutz zu gewähren. Wir haben viel getan, aber wohl nicht genug. Wieviel wäre genug gewesen?

Das Dreigestirn Asylsuchender, Flüchtling und Einwanderer, inzwischen mit den Abarten Wirtschaftsflüchtling und Kriminaltourist angereichert, hat uns seither nie mehr zur Ruhe kommen lassen. Falls die Vermutung, dass sich in den nächsten Jahren Millionen aus Osten und Süden in Richtung Futterkrippe Zentraleuropa drängen zur Gewissheit wird, haben wir unsere Ausländerpolitik gründlich zu überdenken. (!)

Grundlage all der geschilderten mehr oder weniger glückhaft ausgeführten Massnahmen bildete die geistige Haltung von Volk, Armee und Behörden. Wir haben einige Ausschläge des damaligen Stimmungspendels bereits weiter oben erwähnt. Die auf die Bevölkerung wirkenden Eindrükke waren mannigfaltig, sie zu beurteilen, Wahrheit und Lüge zu scheiden und das Richtige und Wichtige zu erkennen keinesfalls einfach. Bestimmt nicht vollständig, kunterbunt wie es auf die Leute einprasselte: Presse, Radio, Deutsche Sender, Hitler, Sirenen, Flüchtlinge, Anbauschlacht, Rationierung, Neutralität, Sabotage, Bombenabwürfe, Réduit, Rütlirede, Spionage, Landesverräter, Bundesrat, Büro H, Anpasser, Defätismus, Zensur, Gerüchte, Heer + Haus, Professor von Salis, Hass, Flüsterpropaganda, Angst, Solidarität, Vernütiger, Churchill, politische Parteien, Gene-

ral Guisan, Judenverfolgung, Stalin, Völkermord, Zorn. Jedes dieser Stichworte würde genügend Stoff für eine besondere Abhandlung beinhalten. Die darüber geschriebenen Bücher vermöchten Hausbibliotheken zu füllen.

Wesentliches Merkmal jeder Katastrophenlage, und Krieg betrachten wir als grösste aller möglichen Katastrophen, ist die grenzenlose Ungewissheit. Daraus resultiert ein entsprechend unersättlicher Nachrichtenhunger. Für die Erhaltung des Abwehrwillens spielte daher in Armee und Zivilbevölkerung die optimale Information eine entscheidende Rolle. Dies war umso nötiger, als der deutsche Propagandaminister Goebbels das neue Medium Radio voll nutzend, seine von Lügen, Drohungen, Verlokkungen und Verleumdungen gespickten Tiraden Tag um Tag und Jahr um Jahr auch über die Schweiz verbreitete. Die Aufgabe, das Gedankengut des Neuen Europas kritisch zu durchleuchten und den Schweizergeist zu stärken, nahm vorerst die Presse konsequent wahr, auch dann noch, als Deutschland vom Bundesrat eine Einschränkung der Pressefreiheit verlangte, den Zeitungsverantwortlichen Massnahmen drohten und eine freiwillige Pressezensur gefordert wurde. Wiederum öffnete sich die Spalte zwischen Staatsräson und privater Pressefreiheit. Einerseits der Bundesrat, welcher die Gratwanderung zwischen Informationspflicht und dem unberechenbaren Zorn Hitlers bestehen musste indem er sich diplomatisch ausdrückte und auf Provokationen gegenüber Nazideutschland verzichtete, anderseits Presse und Radio, welche verantwortungsbewusst informierten und nur der Not gehorchend etwas vorsichtig das formulierten, was das Volk dachte oder fühlte. Beide, Bundesrat und Medien, haben ihren Teil der schwierigen Aufgabe meines Erachtens so gut wie eben in der jeweiligen Situation möglich, aber stets im Interesse des Landes erfüllt. Aus heutiger Sicht Verurteilungen in Bezug auf einzelne Episoden vorzunehmen, finde ich unanständig. So muss man auch die Reden der Bundesräte Pilet-Golaz und Etter im Zusammenhang einer ungeheuren Ballung von Ereignissen im Juni 1940 betrachten: Hitlers Wehrmacht überrennt die französische Armee. Deutsche Kampfflugzeuge verletzen unseren Luftraum, im Rahmen des Neutralitätsschutzes nimmt unsere Luftwaffe den Kampf auf. Das siegreiche Deutschland verliert dabei innert weniger Tage 17, die Schweiz lediglich 3 Flugzeuge. Hitler rast vor Wut, befiehlt eine Strafaktion. Diese misslingt, die auf unsere Flugplätze angesetzten Saboteure werden rechtzeitig erwischt. Hitler schäumt, übermittelt geharnischte Proteste. Inzwischen steht die Wehrmacht vor Paris, deutsche Panzer tauchen an unserer Westgrenze auf. Italien tritt in den Krieg gegen Frankreich ein, die Schweiz wird von den Achsenmächten fast vollständig

eingekesselt. Angst macht sich breit. Leute aus allen Kreisen denken, jetzt sei der letzte Zeitpunkt für eine kampffreie Kapitulation gekommen. Bundesrat und General, wissend, dass sich im Umfeld Hitlers Freund und Gegner der Schweiz etwa die Waage halten, verzichten, um die unersetzlichen Flugzeuge nicht der Erosion preiszugeben, sondern im Falle des Angriffs dereinst noch zur Verfügung zu haben, auf weitere Luftkämpfe und versuchen mit der bundesrätlichen, zugegeben anpasserisch tönenden Rede, Hitler und seine Umgebung zu beschwichtigen. Was war daran so falsch? Hätten sie selbstmörderisch auf die Pauke hauen sollen? Spärlich eingesetzt, wirkt eben auch Zuckerbrot. Und kurz darauf hat General Guisan auf dem Rütli wieder zur Peitsche gegriffen. Das Volk verstand und schöpfte wieder Vertrauen. War dieses Zusammenspiel von Bundesrat und General nicht genial? Ich glaube, dass sie gerade mit diesem genau berechneten (?) Rollenspiel die gefährlichste Klippe des Krieges gekonnt umschifft haben.

Das Kräftespiel im Dreieck Behörden, Armee und Bevölkerung hat auch in anderen Bereichen gespielt. Die demokratischen Spielformen blieben wirksam, die Freiräume der Legalität im Interesse des Landes wurden oft bis an die Grenze und gelegentlich darüber hinaus genutzt. Persönliche Initiative setzte dort ein, wo Bundesrat und General nicht offiziell wirksam werden durften: Jener Offizier, der sein Vermögen einsetzte, um Inserate gegen die Frontenbewegung zu finanzieren. Das Büro H mit seinem äusserst erfolgreichen privaten Nachrichtendienst. Die Armeeangehörigen, welche die Fortsetzung des Widerstandes im Falle einer Kapitulation des scheinbar wankelmütigen Bundesrates planten und dafür vom General mit Arrest bestraft und gleichzeitig mit der Bemerkung belobigt wurden, ungut sei nur gewesen, dass sie ihn nicht auch ins Vertrauen gezogen hätten. Richter, welche den Mut aufbrachten, Landesverräter trotz grossdeutschen Drohungen zu veurteilen, in mehreren Fällen mit dem Tod durch Erschiessen zu bestrafen. Ein Geschehen, das bei uns Kindern im Mitgefühl mit den betroffenen Familien Herzensschmerz und Zweifel verursachte. Das satirische Cabaret Cornichon und der Nebelspalter, welche immer wieder zwischen den Zeilen das sagten, was sonst nicht öffentlich gesagt worden wäre. Jean Rodolphe von Salis mit seinen in der ganzen Welt mit grossem Interesse gehörten äusserst geschickt formulierten versteckt bis offen antinazistischen Radiokommentaren. Viele Privatpersonen, die an ihrem Platz offiziell nicht Mögliches für Schwächere, Flüchtlinge oder Internierte besorgten, als leuchtendes Beispiel sei die Flüchtlingsmutter Gertrud Kurz erwähnt. Oder ihr Sohn, welcher als junger Arzt, statt an seiner Dissertation zu schreiben, als Rot-

Kreuzarzt bei Stalingrad unter unbeschreiblichen Verhältnissen Verwundete operierte. Er wurde später unser hochverehrter Dorfarzt. Für uns war er trotz fehlendem Titel der Doktor. Der in Budapest als Schweizerkonsul tätige Charles Lutz und seine zu Unrecht oft vergessene Gemahlin, welche mittels eigenmächtig ausgestellter Schutzbriefe 50'000 Juden das Leben retteten. Luftschutz und Ortswehren, oft belächelt und trotzdem für den Notfall geschätzt, als sichtbare Einsatzmittel der lähmenden Ohnmacht vorbeugend. Mütter, Pfarrherren und Lehrer, die den Kindern das grauenvolle Zeitgeschehen stufengerecht zu erklären suchten und sie in Eidgenössischer Gesinnung erzogen.

Alle diese Kräfte haben die Voraussetzung geschafften, dass die Vorsehung und das Glück des Mutigen unser Land vor dem Unglück bewahren konnten, in den Strudel des grauenvollen Krieges hineingerissen zu werden. Heutige Versuche, das Verschontbleiben einem einzelnen Umstand zuzuschreiben, zeugen von mangelnder Kenntnis der damaligen Verhältnisse. Und direkt abstossend wirkt, wenn das schwere Schicksal der Kriegsgeneration missbraucht wird, um heute billige Partei- oder Interessenpolitik zu betreiben.

Aufbruchstimmung

Das Kriegsende löst bei uns eine unbeschreiblich herrliche Aufbruchstimmung aus. Die über Jahre eingedämmte Lebenslust und ein wunderbarer Zukunftsglaube beflügeln Privatleben und Geschäftswelt. Das gute Gefühl, eine schwere Prüfung durch gemeinschaftliche Anstrengung bewältigt zu haben, stärkt den Einsatz der in den Kriegsjahren auf Widerstand und Ueberleben ausgerichteten Kräfte für positive Ziele. Das in Armee und Zivilbereich gewonnene und in schweren Stunden geeichte Vertrauen erlaubt horizontal und vertikal eine verständnisvolle und erspriessliche Zusammenarbeit. Dabei sind wir noch absolut nicht auf Rosen gebettet. Von alliierter Seite wird uns das Verschontbleiben aus teilweise verständlichen, wohl meist emotionalen Gründen missgönnt, die beobachtete Neutralität zum Vorwurf gemacht. Ein Beitrag von 250 Millionen Franken an den Wiederaufbau Westeuropas wird zwar angenommen, vermag aber den uns vorgehaltenen Makel nicht zu beseitigen. In Deutschland herrscht weiterhin Hunger; auch bei uns bleibt die Versorgungslage heikel, mittels eines erneuten Anbauprogramms hoffen wir über die Runden zu kommen. Die Rationierung sorgt immer noch für eine gerechte Verteilung der Mangelwaren. Noch 1948 erhält man ein Weggli

oder ein Chocolatstängeli nur unter Abgabe eines Mahlzeitencoupons. Aber diese Wermutstropfen vermochten die Zuversicht nicht zu dämpfen. Im Vergleich mit dem benachbarten Ausland ging es uns gut und wir hatten weiss Gott allen Grund dankbar zu sein. Als Ausdruck dieser Dankbarkeit gründete unser Parlament zur Linderung der Not in unseren Nachbarländern mit 150 Millionen Franken die Schweizer Spende. Von Kantonen, Gemeinden, Wirtschaft und Privaten kamen weitere 50 Millionen zusammen.

Nachdem die 1918 Deutschland von den Alliierten auferlegten harten Friedensbedingungen ursächlich auf geradem Weg in den nächsten Krieg geführt hatten, sollte dieser Fehler diesmal nicht wiederholt werden. Im Gegenteil, mit dem von den USA angeregten Marshallplan wurde dem ehemaligen Feind ein Wiederanfang in Würde ermöglicht und damit gleichzeitig der Grundstein für das spätere deutsche Wirtschaftswunder gelegt. Und als nach dem Zerwürfnis mit der Sowjetunion von dieser der vertraglich zugesicherte Zugang zu Westberlin verweigert wurde, versorgten die Alliierten die frühere deutsche Hauptstadt während Monaten über eine imposante Luftbrücke. Diese Solidarität mit einem Volk, dem man noch vor kurzer Zeit als erbitterter Widerpart gegenüberstand, hat uns damals tief beeindruckt. Der Einsatz der USA zur Befreiung Kontinentaleuropas vom Joch der Nationalsozialisten hat meine Einstellung gegenüber diesem Land für mein ganzes Leben positiv geprägt. Wer hätte denn sonst die deutsche Wehrmacht besiegen können? Etwa Frankreich, das so lausig gekämpft hat und schon nach wenigen Wochen die Segel streichen musste? Bleibt England. Im Bärenspiegel wurde 1940, nachdem die Deutschen das englische Expeditionskorps bei Dünkirchen ins Meer geworfen hatten, eine Karikatur veröffentlicht. Sie zeigt Churchill, auf den Umrissen Grossbritanniens sitzend, den Telefonhörer am Ohr. Er antwortet - wohl auf die Bitte um Verstärkung: „Da müsste ich schon selbst kommen - senden kann ich niemanden mehr". England hatte vorerst alle Anstrengungen auf die Abwehr einer möglichen deutschen Invasion auszurichten. In allen mechanischen Werkstätten mussten Handfeuerwaffen gebastelt werden. Da in England die Häuser in der Regel nicht unterkellert wurden, hoben die englischen Familien in ihren Gärtchen zum Schutz vor Bombardierungen Gruben aus und überdeckten sie notdürftig mit Blech oder Brettern, obendrauf eine Schicht Erde. England war nicht auf einen Krieg vorbereitet. Ohne die massive Unterstützung der USA wäre ihm eine Intervention auf dem Festland auf Jahre hinaus nicht möglich gewesen. Bleibt als Befreier Europas die Sowjetunion. Auch diese musste anfangs von den USA mit Rüstungsgütern verstärkt werden. Zehntausende von Flugzeugen,

Panzern, Geschützen, Geländewagen und so weiter erreichten auf dem Seeweg Murmansk oder die Krim und verhalfen den Russen zur Fähigkeit, die Offensive gegen Hitlerdeutschland zu eröffnen. Aber als sie 1945 den östlichen Teil des Tausendjährigen Reiches eroberten, waren sie stark, so stark, dass Churchill die Idee, die Sowjets nach der Niederwerfung Deutschlands in ihr Mutterland zurückzuwerfen, fallen lassen musste. Ohne den massiven Einsatz der USA hätte wohl Stalin, wenn überhaupt jemand, Hitler bezwungen. Was mit uns geschehen wäre, hat Stalin einmal deutlich gesagt: „Die Schweizer liquidieren wir, das Ferienland Schweiz behalten wir". Gott und den Amis sei Dank kam es nicht dazu!

Doch zurück zum Aufbruch der Schweiz in die Nachkriegszeit. Diese bringt mir als Oberklassenschüler wieder unvergessliche Erlebnisse: Unsere Turnhalle, die von Kakao und Teigwaren befreit, uns wieder zum Turnen zur Verfügung steht. Die amerikanischen Feriensoldaten, amerikanische Urlauber genannt, welche täglich busweise im Dorf eintreffen, in den nach jahrelanger Flaute wieder eröffneten Geschäften Souvenirs kaufen, den zusammengefallenen Fremdenverkehr wieder erwachen lassen und den Kindern den uns bislang unbekannten Kaugummi und Gradabzeichen schenken. Die Eröffnung der Sustenstrasse, die Drei-, Vier- oder Fünfpässefahrten werden Mode, was uns auf der schmalen Dorfstrasse jeden Sonntag unendliche Autoschlangen beschert. Wir sitzen am Strassenrand, schon vor dem Frühstück und notieren: BE - Strich, BE - Strich, AG- Strich, BS - Strich... stundenlang. Wir, die wir während Jahren nur einen Lastwagen und ein Taxi, wohlverstanden beide mit Holzgas betrieben und das Doktorauto gesehen haben. Die Installation des Telefons und die damals übliche Vergünstigung, am ersten Tag unbeschränkt gratis telefonieren zu dürfen. Etwas später Vaters erstes Auto, ein Opel-Kadett, Occasion, versteht sich, aber was für eine Freude. Und dann die Fahrt mit Vater in den Raum Stuttgart, auf der Suche nach dem Fabrikanten der Regulator-Uhrwerke mit Pendel, die er zum Einbau in seine mit Intarsien verzierten Wanduhren benötigt. Wir haben Glück, in einem Rohbau, noch ohne Putz, werden die gesuchten Werke wieder in zwar noch kleinen Serien hergestellt. Jetzt kann der Aetti sein Geschäft, das infolge monatelanger Aktivdienste und dann wegen der Zerstörung der alleinigen Werkfabrik zusammengebrochen ist, wieder aufbauen. Nachmittags sitzen wir angesichts des sich im Wiederaufbau befindenden Hauptbahnhofs Stuttgart vor einem Restaurant und trinken ein Mineralwasser. Jetzt müssten wir ein Hotel suchen, aber wir empfinden schon Heimweh und werden rätig, sogleich zurück zu fahren. Todmüde treffen wir gegen Morgen wieder daheim ein.

1945, am 20. August, meldet der General dem Bundesrat den Aktivdienst als beendet und tritt zurück. Die Vereinten Nationen werden gegründet. 1946 löst sich der Völkerbund auf, 1949 wird die NATO gegründet. Die erneut erwachte Hoffnung: Nie wieder Krieg! verblasst bereits etwas angesichts der Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion, der kalte Krieg beginnt. Und schon üben sich gewisse Kreise wieder in Defätismus, vergleichen Aufmachung und Benehmen der Amiurlauber mit unserer Armee und finden, es ginge auch bei uns mit weniger Disziplin. Die Einführung des Zivilschutzes wird von gleicher Seite hart bekämpft und in einer ersten Volksabstimmung abgelehnt.

Ein Ereignis sticht jedoch aus allen andern strahlend heraus: Die Einführung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung am 6. Juli 1947. Dies war wohl die bislang erhabendste Stunde unseres Landes, ein grossmütiges Generationenversprechen, ein würdiges Geschenk zum 100-Jahrjubiläum unseres Bundesstaates. Gleichzeitig auch der erste Schritt auf der Zielgeraden zum Erreichen des letzten Teilzweckes von Artikel 2 der Bundesverfassung, der gemeinsamen Wohlfahrt, die wir im Rahmen der Hochkonjunktur um 1960 mit der weitestmöglichen Verbannung der Armut aus unserer Gesellschaft, weitgehend unbeachtet, wenigstens materiell erlangten. Im Rückblick müssen wir leider feststellen, dass in jenen ersten Nachkriegsjahren eine grosse Chance wohl für lange Zeit verpasst wurde: Die Reform des Bodenrechts. Boden gehört zu jenen Gütern unseres Landes, welche nicht vermehrt werden können. Deshalb schon wäre es für ein demokratisches Staatswesen logisch, dass er im Eigentum der Allgemeinheit läge und nur zeitlich beschränkt und gegen einen nach Angebot und Nachfrage bemessenen Zins, im Landrecht, in den Besitz eines Einzelnen übergehen könnte. Wenn alle Männer und Frauen dieses Landes während des Krieges gut genug waren, unseren Boden notfalls unter Einsetzung ihres Lebens zu verteidigen, hätten sie anschliessend auch Teilhaber am Nutzen dieses Bodens werden müssen. Eine auf beispielsweise hundert Jahre ausgerichtete Umstrukturierung des bisherigen Bodenrechts wäre auch aus psychologischen Gründen am ehesten im Zusammenhang mit der Einführung der AHV und in Kombination mit derselben möglich gewesen. Wir wollen auf diese Vision in einem späteren Abschnitt zurückkommen.

Damit ist der Abschnitt „Wurzeln unserer Staatsphilosophie“ abgeschlossen. Es ging hier ja darum, zu zeigen, warum wir Aelteren die aktuellen staatspolitischen Fragen in einer aus heutiger Sicht so konservativen Haltung heraus angehen. Warum wir so altmodisch patriotisch denken

und warum wir uns von unserem nördlichen Nachbarn nicht so schnell ein X für ein U vormachen lassen, auch vom heutigen nicht. Weder Auswahl noch Art der Darstellung der geschichtlichen Episoden beanspruchen Vollständigkeit oder wissenschaftliche Genauigkeit, was das auch immer bedeuten mag (Bergier-Bericht!). Es galt hier, den Wurzeln unseres staatspolitischen Denkens nachzuspüren und den Leser an diesem Prozess teilhaben zu lassen. Unser Volk hat aus den oft schmerzvollen Begebenheiten der vergangenen 800 Jahre Lehren gezogen. Sie lagern in Archiven und in Bücher gefasst in Bibliotheken, aber auch in den Köpfen der Bürger dieses Staates und in deren Herzen. Und sie haben die Verfassungen und Gesetze in diesem Land geprägt, dem staatlichen Leben, wie es sich uns heute darbietet, Form und Inhalt verliehen, die Staatsidee Schweiz gebildet. Diesem Thema soll der nächste Abschnitt gewidmet sein.

Staatsidee Schweiz

Der gewollte Staat

Während die ersten fünf im Abschnitt „Wurzeln" grobmaschig betrachteten Jahrhunderte im Zeichen der Befreiung, dem Erreichen der Unabhängigkeit standen, ist die zweite Hälfte des letzten Jahrtausends durch den Ausbau des Schweizerhauses und den steten Kampf um dessen Fortbestand gekennzeichnet. Weiterausbau und Existenzsicherung, zwei Daueraufträge, auch für die heutige Generation und für kommende Geschlechter. Existenzsicherung? Wir sehen weit und breit keinen Feind! Wer sollte unser Land bedrohen? Die Schweiz ist in ihrer Existenz immer bedroht, weil es sie eigentlich gar nicht geben müsste.

Wenn wir die Europakarte betrachten, können wir topographisch völlig anders, in verschiedener Beziehung weit günstiger gestaltete Staaten erkennen. Etwa Grossbritannien, eine Inselgruppe, durch das Meer allseitig klar begrenzt und geschützt, in sich geschlossen, mit eigener Sprache und selbständiger Kultur. Oder Italien: Die einem Stiefel nachgezeichnete Halbinsel, im Norden durch Apennin, Po und Alpenkette dreifach abgeschirmt, fast ausschliesslich einsprachig und auf einer uralten eigenständigen Kultur aufgebaut. So gelagerte Staaten können stürmische Wirren, ja gar Eroberungen und langjährige Besetzungen erleben, auf Dauer gesehen bleiben sie was sie sind, Grossbritannien, Italien, Iberien, Frankreich. Sie mögen sich politisch wohl verändern, im Kern bleiben sie erhalten. Unverkennbar, unverwechselbar.

Nicht so die Schweiz, diese kann mit einem einzigen Federstrich für immer vernichtet werden: Die welschen Kantone kommen zu Frankreich, die deutschsprachigen zu Deutschland oder Oesterreich, das Tessin und Teile Graubündens zu Italien. Aus und Amen. So einfach ist das. Die deutschen und italienischen Generalstäbe haben während des Zweiten Weltkrieges solche Landkarten entworfen, vor ihnen Napoléon und andere Kaiser und Könige. Die Schweiz, ein weitgehend zufällig abgegrenztes und auf den ersten Blick unwirtliches Alpenrevier, besteht als Staat nur, weil das unsere Ahnen so wollten und nur solange, als es die jeweils in diesem Lande lebende Generation will. Wir sind eine Willensnation. Der die Eidgenossenschaft zusammenhaltende Kitt besteht also nicht aus topographischen oder sprachlichen Zwängen, auch nicht aus ethnischen, religiösen oder kulturellen. Im Gegenteil, all diese Kriterien sprechen

gegen die Existenz unseres Landes. Das Fundament unseres Staates bildet die Eidgenössische Gesinnung, eine geistige Kraft, welche die Staatsidee Schweiz sich entwickeln und bis heute bestehen liess.

Als erfolgreiche Willensnation sind wir, soweit ich dies zu überblicken vermag, allenfalls noch mit den USA zu vergleichen. In der Art ähnliche Voraussetzungen zur Bildung einer Willensnation wären allerdings in Ex-Jugoslawien auszumachen. Nach dem Ableben Titos und dem Zusammenbruch der Schutzmacht Sowjetunion bot sich den jugoslawischen Gliedstaaten die Möglichkeit, sich als Willensnation neu zu konstituieren. Wie wir wissen, konnte diese Chance, in doppelter Hinsicht und mit fürchterlichen Folgen, nicht wahrgenommen werden. Warum nicht?

Die auf dem Balkan angesiedelten Völker erlebten eine äusserst bewegte Geschichte und es ist kein Zufall, dass sich der den Ersten Weltkrieg auslösende Mord in Sarajewo ereignete. Das jugoslawische Völkergemisch setzt sich zusammen aus Serben, Kroaten, Slowenen, Makedoniern, Montenegrinern, Madjaren, Rumänen, Albanern und Bulgaren, alles Minderheiten mit ihren entsprechend vielfältigen Sprachen, eine Mehrheit bilden lediglich die südslawischen Völker zusammengenommen. Der grösste Teil der Bevölkerung zählt zu den orthodoxen oder römisch-katholischen Christen, etwa ein Zehntel sind Juden oder Mohammedaner. Jugoslawien erduldete als Ganzes oder in Teilen eine Unzahl Kriege, Besetzungen, Aufteilungen und Neuzusammenfügungen unter dem Einfluss der Türkei, Italiens, Frankreichs, Oesterreich-Ungarns, Deutschlands oder der Sowjetunion. Dementsprechend wurden die verschiedensten kulturellen Strömungen wirksam, Jugoslawien dadurch im wahrsten Sinne des Wortes zu einem multikulturellen Staat.

Bis zum Zweiten Weltkrieg bestimmten immer gekrönte Häupter das Geschehen dieser europäischen Region, zuletzt König Peter II., 1941 gestürzt, ging nach England ins Exil. Während der deutschen Besetzung entstanden zwei Widerstandsbewegungen, eine royalistische und die von Tito geführte kommunistische. Nach dem Krieg gewann Tito die Oberhand und bildete die aus sechs Volksrepubliken bestehenden sozialistische Bundesrepublik Jugoslawien, welche er bis zu seinem Tod mit starker Hand führen sollte. Ab 1948 ging er auf Distanz zu Moskau, näherte sich dem Westen, zählte Jugoslawien hinfort zu den Neutralen und wurde Wortführer der paktfreien Staaten. Dank seiner Zwitterstellung gelang es ihm, Wirtschaftshilfe von beiden Seiten zu erhalten. Im Norden, in Slowenien und Kroatien, weit weniger in Serbien, entstanden namhafte Industrien, entlang der Adriaküste entwickelten sich beliebte Ferienorte. Weite Gebiete des Staates blieben aber wirtschaftlich krass zurück. Nach Titos

Tod konnten sich die massgeblichen Führer, die Präsidenten der Teilstaaten, nicht auf eine vernünftige Nachfolgeregelung einigen, was zum bekannten Blutvergiessen führte. Die Entwicklung der letzten vierzig Jahre war präzise so verlaufen, wie es geschehen muss, wenn die Möglichkeit zur Bildung einer Willensnation vertan werden soll. Einige Aspekte dieses Geschehens finde ich daher für unsere weiteren Betrachtungen beispielhaft.

Die einseitige wirtschaftliche Entwicklung der Industrie- und Tourismusgebiete führte zu einem grossen sozialen Gefälle. Tito, als Widerstandskämpfer und später als Gratwanderer zwischen Ost und West von einer starken Mehrheit akzeptiert, wurde zur Kultfigur, zur einigenden Verkörperung der Staatsidee und hinterliess bei seinem Hinschied eine entsprechende, innert nützlicher Frist nicht schliessbare Lücke. Jeder der Präsidenten der Teilstaaten trachtete danach, seine Machtstellung auszubauen. Aehnlich wie seinerzeit die Sonderbundskantone suchten sie Unterstützung im Ausland, Slowenen und Kroaten beim traditionellen Freund Deutschland, Bosnien bei Frankreich und Serbien bei den ethnisch verwandten ehemaligen Ostblockstaaten; die Katholiken in Rom und die Mohammedaner bei ihren Glaubensbrüdern. Mit der voreiligen Anerkennung der kroatischen und slowenischen Unabhängigkeit hat Deutschland ein halbwegs friedliches Zusammenraufen der sich gegenseitig konkurrenzierenden Präsidenten mindestens erschwert und damit den nachfolgenden Bürgerkrieg mitverschuldet. Diese Entwicklung bestätigt meines Erachtens die These, wonach sich bei innenpolitischen Auseinandersetzungen ausländische Parteinahmen oder gar Interventionen ungünstig auswirken. Keinem Volk kann Frieden und Einigkeit von aussen vermittelt werden. Das Volk muss ein friedliches Zusammenleben wollen. Falls es das noch nicht kann, muss es dies eben lernen, muss allenfalls gar mit Waffengewalt Ruhe und Ordnung und damit die Voraussetzung für eine friedliche demokratische Gemeinschaft schaffen. Niemand kann verfeindete Volksgruppen auf Dauer daran hindern, sich die Schädel einzuschlagen. Ein Beispiel ist Korea, wo schweizerische Waffenstillstandsüberwacher seit Jahrzehnten die Trennungslinie zwischen Menschen hüten, welche deren Ursachen lediglich noch aus den Geschichtsbüchern und aus der Sicht ihrer Seite kennen und auch in der dritten Nachkriegsgeneration nicht fähig sind, das Zusammenleben ohne fremde Hilfe friedlich zu gestalten. Auch Völker müssen eben offenbar durch Schaden klug werden. Noch so gut gemeinte Ratschläge von aussen helfen wenig oder nichts.

Besonders gravierend wirkte sich im ehemaligen Jugoslawien auch der Umstand aus, dass die Kader und Mannschaften des Stehenden Heeres

sich vor allem aus serbischen Zeitsoldaten rekrutierten, was den Serben im späteren Bürgerkrieg die bekannte Uebermacht bescherte. Jahrelang hatten Slowenen und Kroaten gerne auf zusätzliche Militärdienste verzichtet und sich lieber in den blühenden Wirtschaftszweigen Industrie und Tourismus betätigt. Zu Beginn des Bürgerkrieges verfügten die Serben daher faktisch über eine gut gerüstete Berufsarmee, der die Milizen der übrigen Teilstaaten nicht die Stange zu halten vermochten. Die Völker Jugoslawiens, jahrhundertelang von Königen und zuletzt von einem Diktator beherrscht, im Umgang mit demokratischem Gedankengut also völlig unerfahren, mussten so eine Einsicht teuer bezahlen, zu welcher wir, nach vielen und oft ebenfalls schmerzlichen Experimenten viel früher gelangt sind: Nur Allgemeine Wehrpflicht und Milizarmee können verhindern, dass eine Volksgruppe die übrigen beherrschen kann.

Und ein dritter Gesichtspunkt: Nachdem es im Pulverfass Balkan während Jahrhunderten immer wieder zu offenen Konflikten zwischen den verschiedenen Glaubensgruppen gekommen war, hielt Tito die entsprechenden Rivalitäten während zweier Generationen unter Kontrolle. Nach dessen Tod jedoch entstand eine verständliche Reaktion. Die verschiedenen religiösen Gruppen, dem Nachholbedarf gehorchend und von den jeweiligen ausländischen Oberhirten ermuntert, wollten ihre angestammte Kultur leben. Die Jüngeren erstmals, die Senioren im Gedenken an frühere Zeiten. Die Erfahrung im freien Umgang mit der Kultur Andersgläubiger fehlte jedoch fast gänzlich. Nur so lassen sich die unvorstellbaren Greueltaten gegenüber Mitmenschen und Kulturgütern erklären. Was wir an diesbezüglicher Erfahrung während Jahrhunderten erworben und lückenlos von Generation zu Generation weitervermittelt haben, Achtung und Toleranz in Glaubensfragen, müssen jene Menschen heute lernen. Auch hier gilt: Koexistenz von unterschiedlichen Kulturen kann nicht befohlen werden; weder von UNO, EU noch OSZE. Sie will gelernt sein, die Menschen müssen sie wollen.

Alle unsere Nachbarländer blicken auf eine weniger komplizierte Entstehungsgeschichte zurück als die Balkanstaaten und wir. Die meisten Völker sahen sich nie vor die Frage gestellt, ob sie einen eigenen Staat bilden wollten und wie dieser gestaltet sein sollte. Sie waren schon lange irgendwie da und über Veränderungen wurde auf höherer Ebene autonom entschieden. 1998 feierten wir unter anderem den Tag, da die Verantwortlichen von 1848 sich über alle Gräben hinweg die Hände reichten zur Erneuerung der Eidgenossenschaft. All jenen, die sich fragten, ob wir denn überhaupt etwas zu feiern hätten, möchte man zurufen: „Schaut

nach Jugoslawien, lernt die Geschichte unserer Nachbarstaaten kennen und dann denkt nach!“

Wir feierten 1998 den Sonderfall Schweiz, dankbar, ohne Ueberheblichkeit, aber mit berechtigtem Stolz.

Vom Geist der Gründer

Michail Gorbatschow verglich das neue Europa mit einem Haus mit vielen Zimmern. Wir reden vom Schweizerhaus, wenn wir unseren nationalen Lebensraum in seiner Gesamtheit meinen. Mir gefallen diese Bilder, lassen sie sich doch tiefsinnig weiterentwickeln. Fast jeder noch so unterschiedliche Gedanke um den Begriff „Haus“ gibt eine Metapher her für eine Facette unseres Staatsgebildes. Ueberlegen wir: Bauplan, Fundament, Dach, Türe, Fenster, Blumenschmuck, Feuerlöscher, Versicherung, Ofen, Windfang, Unterhalt, um nur einige, kunterbunt gereiht, zu nennen. Manche mieten in einem ganz normalen Haus ein Zimmer, nehmen es so wie es ist, möblieren es wie sie wollen oder vermögen und geniessen das Leben. Oft träumen sie davon, ein eigenes Haus zu bauen. Nach eigenen Vorstellungen, genau so, wie man es haben möchte, fehlerfrei. Aber nur wenige können sich diesen Wunsch erfüllen. Andere bewohnen ein bestehendes, vielleicht sehr altes Haus, mit all seinem Charme, aber auch mit veralteten Einrichtungen, gar mit undichtem Dach und machen sich daran, das ehrwürdige Gebäude stilgerecht zu renovieren. Das wird Jahre dauern. Und eines späteren Tages werden sie feststellen, dass ein solches Haus eine ewige Baustelle bildet, dass laufend etwas zu flicken, zu ersetzen oder zu ändern sich aufdrängt. Wer das Glück hat, ein solches Haus sein eigen zu nennen, wird bald erkennen, wie behaglich es sich darin wohnen lässt, wie einem der Geist der früheren Bewohner auf Schritt und Tritt begegnet. Welche Befriedigung die Unterhaltsarbeiten verschaffen und wie der Charakter des Hauses allmählich auf die jeweiligen Bewohner abfärbt. So erlebe ich unser weit über zweihundert Jahre altes Haus, das wir vor vielen Jahren nach unserem Geschmack umgebaut haben, laufend unterhalten und schrittweise erneuern. Als ältestes Haus des Quartiers steht es heute inmitten einer modernen Ueberbauung, sein unverwechselbarer Charakter und sein Charme erfreuen uns und die Passanten. Es bildet einen Sonderfall, einen glücklichen. So sehe ich auch unser Schweizerhaus.

Wenn wir nach dem Bauplan und dem Fundament dieses Schweizerhauses fragen, müssen wir den Bundesbrief von Anfang August 1291

ansehen. Ich zitiere die Uebersetzung der lateinischen Urfassung, welche im Bundesbriefarchiv in Schwyz aufliegt, in der Annahme, dass dieser wichtige Text möglicherweise nicht allen bekannt ist:

„In Gottes Namen, Amen.

Das öffentliche Ansehen und Wohl erfordert, dass Friedensordnungen dauernde Geltung gegeben werde.

Darum haben alle Leute der Talschaft Uri, die Gesamtheit des Tales Schwyz und die Gemeinde der Leute der unteren Talschaft von Unterwalden im Hinblick auf die Arglist der Zeit zu ihrem besseren Schutz und zu ihrer Erhaltung einander Beistand, Rat und Förderung mit Leib und Gut innerhalb ihrer Täler und ausserhalb nach ihrem ganzen Vermögen zugesagt gegen alle und jeden, die ihnen oder jemand aus ihnen Gewalt oder Unrecht an Leib und Gut antun.

Und auf jeden Fall hat jede Gemeinde der andern Beistand auf eigene Kosten zur Abwehr und Vergeltung von böswilligem Angriff und Unrecht eidlich gelobt in Erneuerung des alten, eidlich bekräftigten Bundes, jedoch in der Weise, dass jeder nach seinem Stand seinem Herrn geziemend dienen soll.

Wir haben auch einhellig gelobt und festgesetzt, dass wir in den Tälern durchaus keinen Richter, der das Amt irgendwie um Geld oder Geldeswert erworben hat oder nicht unser Einwohner oder Landsmann ist, annehmen sollen.

Entsteht Streit unter Eidgenossen, so sollen die Einsichtigen unter ihnen vermitteln und dem Teil, der den Spruch zurückweist, die andern entgegentreten.

Vor allem ist bestimmt, dass, wer einen andern böswillig, ohne Schuld, tötet, wenn er nicht seine Unschuld erweisen kann, darum sein Leben verlieren soll und, falls er entwichen ist, niemals zurückkehren darf. Wer ihn aufnimmt und schützt, ist aus dem Land zu verweisen, bis ihn die Eidgenossen zurückrufen.

Schädigt einer einen Eidgenossen durch Brand, so darf er nimmermehr als Landsmann geachtet werden, und wer ihn in den Tälern hegt und schützt, ist dem Geschädigten ersatzpflichtig.

Wer einen Eidgenossen beraubt oder irgendwie schädigt, dessen Gut in den Tälern soll für den Schadenersatz haften.

Niemand solle einen andern, ausser einen anerkannten Schuldner oder Bürgen, pfänden und auch dann nur mit Erlaubnis seines Richters.

Im übrigen soll jeder seinem Richter gehorchen und, wo nötig, den Richter im Tal, vor dem er zu antworten hat, bezeichnen.

Gehorcht einer dem Gericht nicht und es kommt ein Eidgenosse dadurch zu Schaden, so haben alle andern jenen zur Genugtuung anzuhalten.

Entsteht Krieg oder Zwietracht zwischen Eidgenossen und will ein Teil sich dem Rechtsspruch oder der Genugtuung entziehen, so sind die Eidgenossen gehalten, den andern zu schützen.

Diese Ordnungen sollen, so Gott will, ewigen Bestand haben. Zu Urkund dessen ist auf Verlangen der Vorgenannten diese Urkunde gefertigt und mit den Siegeln der drei vorgenannten Gemeinden und Täler bekräftigt worden. Geschehen im Jahre des Herrn 1291 zu Anfang des Monats August."

Lediglich dreizehn knappe Thesen bilden damit die geistige Grundlage für die künftige Entwicklung der Eidgenossenschaft, beschlossen von allen Leuten der Täler und Gemeinden, freiwillig, weil sie es so wollten. Geregelt wurde nur, was unbedingt nötig war, Subsidiaritätsprinzip pur sozusagen. Wenn wir vergleichen mit ähnlichen Urkunden, etwa mit der „Magna Charta" von 1215, der Grundlage für das englische Recht, sehen wir, dass es sich dort im wesentlichen um eine Regelung der Rechte zwischen Adeligen handelte, das Volk wurde nicht gefragt. Während unsere Verfassung mit den Worten beginnt: Im Namen des Allmächtigen... und jene der USA mit: Wir, das Volk..., lautet die Präambel der EG/EU-Grundpapiere: Seine Majestät der König der Belgier, Ihre Majestät die Königin von Dänemark, Seine Exzellenz der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Seine Majestät der König von Spanien...(Es folgen in alphabetischer Reihenfolge die Staatsoberhäupter der übrigen EG/EU-Staaten). So unterschiedlich weht der Geist in den Gründungsurkunden der verschiedenen politischen Gebilde! In den alten Urkunden der Eidgenossen wird deutlich: Nicht der Deutsche Kaiser oder der König von Frankreich gab ihnen eine Verfassung. Nicht Staatsoberhäupter beschlossen ohne das Volk zu fragen. Nein, wie es Schiller richtig gesehen hat, alle Leute der Täler und Gemeinden von Uri, Schwyz und Unterwalden sagten, was sie wollten:

„WIR WOLLEN SEIN EIN EINZIG VOLK VON BRUEDERN, IN KEINER NOT UNS TRENNEN UND GEFAHR. WIR WOLLEN FREI SEIN WIE DIE VAETER WAREN, EHER DEN TOD ALS IN DER KNECHTSCHAFT LEBEN. WIR WOLLEN TRAUEN AUF DEN HOECHSTEN GOTT UND UNS NICHT FUERCHTEN VOR DER MACHT DER MENSCHEN"

Architektur der Eidgenossenschaft

Im Gegensatz zu normalen Staatsgründungen dachten unsere Gründerväter, alle Leute der Täler und Gemeinden der Urschweiz, nicht daran einen Staat zu gründen. Es ging ihnen einfach darum, ihren Lebensraum selbständig sicher und geordnet zu gestalten, Freiheit und Unabhängigkeit zu bewahren, sich gegenseitig Solidarität zuzusichern, die Methodik der Konfliktbewältigung zwischen den Talgemeinden und zwischen Einzelpersonen zu regeln und die Wahl ihrer selbstgewählten Richter an bestimmte Bedingungen zu knüpfen. Dass im Verlauf der Jahrhunderte aus dem kleinen Bund die doch recht grosse Eidgenossenschaft entstand, entspricht nicht der damaligen Absicht; aber es ist ein Qualitätsbeweis für die grundlegende eidgenössische Staatsphilosophie.

Was ist denn eigentlich Ziel und Zweck des Staates, oder allgemeiner, eines Staates? Vielleicht können wir uns auf die kurze Formel einigen, der Staat habe dem Einzelnen ein Leben in Würde zu ermöglichen? Darum ging es damals, und darum geht es meines Erachtens auch heute noch.

Die geistige Welle, welche bei uns das immerwährende und immer neue Angehen dieses Zieles trägt, ist die Eidgenössische Gesinnung. Die Einsicht, dass das Gesamtwohl höher zu bewerten ist als der Vorteil einzelner Gruppen oder Personen. Ein Leben in Würde ist das Ziel, die Eidgenössische Gesinnung der freigewählte Weg dazu. Die Eidgenössische Gesinnung muss über allen andern Interessen stehen. Sie manifestiert sich durch eine bestimmte Haltung der Bürgerin und des Bürgers dieses Landes in allen persönlichen Lebenslagen und in allen öffentlichen Bereichen. Die einzelne Person wird sich daher immer wieder fragen: Wie wirkt sich das, was ich zu tun gedenke, auf die Allgemeinheit aus? Was geschieht, wenn das auch siebzig oder sieben Millionen andere tun? Diesem Grundsatz will sie auch dann treu bleiben, wenn sie im Rahmen der Politik, der Wirtschaft oder des kulturellen Lebens handelt. So bildet die Eidgenössische Gesinnung das geistige Ideal unseres Staates. Eine unsichtbare gewaltige Kraft, welche uns befähigt, grosse politische, kulturelle und humanitäre Leistungen zu vollbringen und den einmaligen und einzigartigen Sonderfall Schweiz zum Glücksfall für uns und die Welt werden zu lassen. Da wir, die Beteiligten an diesem Staat, alle nur Menschen mit den verschiedenen Stärken und Schwächen sind, ist einsehbar, dass das Beschreiten des vorgezeichneten Weges nicht allen und nicht immer gelingt. Je nach dem Ausmass dieses Bemühens rücken wir dem gesetzten Ideal näher oder bleiben ihm weiter entfernt. Jede neue Generation ist eingeladen, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Das heisst, dass jede Gene-

ration neu zu entscheiden hat, ob sie der Eidgenössischen Gesinnung die Treue halten oder unser Ideal verraten will.

Mit der Philosophie der Eidgenossenschaft ist sozusagen der Baustil des Schweizerhauses festgeschrieben und wir fragen jetzt nach dem Baukonzept. Soll das Haus unterkellert werden? Wie hat der Grundriss auszusehen? Wieviele Ecken, Stockwerke und Zimmer soll es aufweisen? Welche Installationen sind nötig, welche lediglich wünschbar? Wir fragen uns also: Was gehört zu einem Staatswesen, wenn es der Zielsetzung, den Einwohnern ein Leben in Würde zu gestatten, genügen soll?

Abstrakt und allgemein gültig formuliert ist in den „Sprüchen der Väter" zu lesen: Auf drei Säulen ruht die Welt: Recht - Wahrheit - Frieden. Eine wahrhaft gewaltige Herausforderung für die Menschheit und deren Regierungen. Die drei Begriffe nennen die Voraussetzungen für ein Leben in Würde, nicht aber das entsprechende Instrumentarium. An anderer Stelle wird als für ein erfolgreiches Staatswesen unabdingbar bezeichnet: eine Fahne, eine Währung und eine Armee. Aber damit sind wir wohl bereits bei den Einrichtungen unseres Schweizerhauses. Wir suchen immer noch die Systematik. Hier bietet sich Alois Riklin mit seinem „Magischen Vieleck der Schweizerischen Staatsidee" (SAD-Arbeitsheft S/13 1982) mit den vier Eckpfeilern Sicherheit, Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat an.

Ein Leben in Würde verlangt nach einer Sinngebung, konkret gefasst in Zielsetzungen. In unseren Haus- und Zimmerordnungen, den Verfassungen von Bund und Kantonen, finden wir sie festgeschrieben. So nennt die Bundesverfassung von 1848/74, die der heutigen Schweiz als Fundament diente, als Zweck des Bundes: „Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Bürger und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt."

Als die Schweiz um 1950 herum vom Ausland ihrer Rolle während des Zweiten Weltkrieges wegen kritisiert, gelegentlich sogar direkt angegriffen wurde, fügte Bundesrat Petitpierre auch ans Ausland gerichtet, gleich einem Plakatanschlag an der Aussenmauer des Schweizerhauses, den Maximen „Frieden in Freiheit und Unabhängigkeit" und „Neutralität" als Sammelbegriff für die selbstgewählte humanitäre Aufgabe unseres Landes den Begriff „Solidarität" bei.

Von jüngeren Mitbürgern werden solche Stichwörter gelegentlich als altmodisch empfunden. Zu Unrecht, wie mir scheint. Man muss sehen, dass es sich dabei vorerst nur um Worthülsen handelt, entscheidend aber ist die Qualität ihres Inhalts. Und dieser muss, das gilt auch hier, von jeder

Generation neu überprüft, gewertet, ergänzt, notfalls geändert, vielleicht gar ersetzt, aber dann vor allem gewollt und gelebt werden. Der Gehalt dieser Begriffe spiegelt das Wesen unseres Staates, macht recht eigentlich dessen Identität aus. Dass wir die staatlichen Aufgaben lösen, macht uns noch lange nicht zum Sonderfall, das tun andere auch. Aber wie wir sie lösen, ist teilweise schon bemerkenswert und es geziemt sich, als verantwortungsbewusster Staatsbürger Art und Beweggründe dieser Regelungen und Einrichtungen und die Zusammenhänge etwas näher zu kennen.

Zentralismus und Föderalismus

Niemand wird unser politisches System verstehen, wenn er den schweizerischen Föderalismus nicht kennt. Ein föderativer Staat ist ein politisches Gebilde, in unserem Fall ein Bundesstaat, welcher seinen Gliedstaaten die grösstmögliche Selbständigkeit belässt, also nur zentral regelt, was im Interesse des Ganzen nicht regional verschieden gestaltet werden kann. Nach dem Prinzip des Föderalismus organisierte Staaten kennen wir nicht viele, neben der Schweiz vor allem die USA, Indien, Malaysia, Australien, Kanada, die Vereinigten arabischen Emirate und, unter unseren Nachbarn, die Bundesrepublik Deutschland. Aber da zeigen sich schon die ersten Unterschiede. Die USA entstanden zwar als freiwilliger Zusammenschluss der dreizehn Kolonien und später ist auch Texas als unabhängiger Staat beigetreten. Ein Blick auf die Landkarte zeigt aber, dass mancher amerikanische Staat buchstäblich auf dem Reissbrett entstanden ist.

Anders in der Schweiz. Hier haben sich fast ausschliesslich bestehende Staaten freiwillig zu einem grösseren Verbund zusammengeschlossen. Sie behielten ihre angestammten Grenzen und die Landesgrenze verläuft entlang den entsprechenden Kantonsgrenzen. Um beim Bild des Schweizerhauses zu bleiben: Die Zimmer des Hauses existierten eher als das Haus. Dieses entstand, indem vergleichsweise Containerzimmer neben- und aufeinander gestapelt wurden. Grosse und kleine, reiche und arme, alte und neue, verschieden in Sprache und Kultur. Aussen, als schützende Hülle, das Ganze zusammenfassend der Bund, so wie wir heute bestehende Häuser mit einer Aussenhülle als Wärmedämmung versehen. Man kann sich das Bild weiter ausmalen und fragen, wessen Zimmer sich auf der Sonnseite befindet, wer unten wohnt, im Flachland und wer oben, in den Bergen? Es finden sich auch gegen Westen, Norden und Osten Zimmer, solche mit und ohne Balkon. Die Bewohner des Hauses unterschei-

den sich nach ihren Zimmern, hier sind sie daheim, die Räume sind ihrer Kultur entsprechend eingerichtet, selbständig bestimmen sie im Rahmen der Hausordnung ihre Zimmerordnung.

Die grösste Stärke des föderativen Staates liegt wohl darin, dass die Kantone und Gemeinden viel besser als der Zentralstaat in der Lage sind, den Lebensrahmen der Bürger auf die kulturellen, konfessionellen, sprachlichen, politischen und wirtschaftlichen Besonderheiten der Gegend auszurichten und dies auch dann, und gerade dann, wenn sie einer Minderheit angehören. Die von der EU vage geplante Regionalisierung ist in unserem System längst verwirklicht. Die einzelnen Kantone spannen in gemeinsamen Interessenbereichen fallweise auf dem Konkordatsweg zusammen. Unsere Regelung entspricht auch dem korrekt angewendeten Subsidiaritätsprinzip und die Kantone achten peinlich darauf, dass ihre Kompetenzen nur im notwendigen Rahmen eingeschränkt werden. Sie tun dies mit Recht und eindeutig im Interesse der Bürger, sind doch Freiheit und direkte Demokratie im Kanton leichter lebbar als im grösseren, anonymeren Verbund. Man kennt sich je nach Grösse des Kantons noch mehr oder weniger persönlich, was bei eidgenössischen und kantonalen Wahlen eine bedeutende Rolle spielt. In den kleinsten Kantonen finden teilweise sogar noch Landsgemeinden statt, wo Wahlen und Sachfragen offen diskutiert werden können.

Auch wenn die Kantone im Laufe der Zeit wichtige Kompetenzen im Gesamtinteresse an den Bund abgetreten haben, verfügen sie noch immer über ihre staatliche Souveränität mit vielen charakteristischen Merkmalen wie Autonomie, Parlament, Regierung, Verwaltung, Gerichte, Finanz- und Steuer- und Schulhohheit sowie kantonale Truppen. Und das sechsundzwanzig Mal! Opportunisten mögen diesen auch geschichtlich bedingten Zustand als Luxus bezeichnen. Oekonomisch gesehen muss diese Regelung vermutlich schon unter der Kategorie Liebhabereien verbucht werden. Staatspolitisch behält sie aber grösste Bedeutung: Der Bund verfügt nur über die Macht, welche ihm von den Kantonen übertragen wird, gerade soviel wie er braucht. Die Kantone kontrollieren die Machtentwicklung auf Bundesebene fast eifersüchtig. Und sie können, wenn sie wollen und eine Volksmehrheit finden, Kompetenzen zurückholen. Diese Strukturierung der Staatsgewalt entspricht den weisen Forderungen von Bruder Klaus und des früheren Nationalrates Otto Fischer, die Einflussbereiche in überblickbarem Rahmen zu halten und damit eine der Lebensqualität der Bevölkerung optimal dienende staatliche Tätigkeit und die grösstmögliche aktive Mitarbeit von Bürgern und Bürgerinnen zu gewährleisten.

Dass unser Bundesstaat nicht nur aus Bürgern, sondern auch aus Gliedstaaten, unseren Kantonen besteht, findet seinen Niederschlag im Aufbau des Bundesparlamentes. Aus den Vertretern der Bürger bildet sich der Nationalrat, wogegen der Ständerat die Kantone vertritt. Da die Parlamentsgeschäfte von beiden Kammern gutgeheissen werden müssen, erreichen wir ein Korrektiv zwischen den grossen und kleinen Kantonen. Das Uebergewicht der im Nationalrat zahlenmässig viel stärker vertretenen Grosskantone wird durch den aus je zwei Abgeordneten pro Kanton gebildeten Ständerat ausgeglichen. Die Stärke der Stände begünstigt auch den erwünschten Ausgleich zwischen den Kulturen, Sprachen und Konfessionen. Die Hürde des in bestimmten Fällen obligatorischen Ständemehrs gab in letzter Zeit viel zu reden, zeitigt es doch eine staatspolitisch durchaus sinnvolle Tempierung der von den „Political Correctness'"- Beseelten angestrebten beschleunigten Anpassungsgeschwindigkeit. Der durch die föderativen Elemente unseres Systems begünstigte und meist erreichte Ausgleich zwischen den tendenziell eher modisch-kurzlebigen politischen Zielsetzungen der Bewohner von Stadtagglomerationen und der eher verharrend-konservativen Haltung der Landbevölkerung, ist eines der längerfristig gesehen segensreichsten und daher kostbaren Gütezeichen der Eidgenossenschaft. Der wenig sensible, wenn nicht gar verständnislose Umgang vieler Vertreter der Massenmedien mit dieser Spezialität und die Forderung nach deren Abschaffung zeigt, wie erschreckend weit sich gewisse Kreise vom eidgenössischen Gedankengut entfernt haben.

Es wäre allerdings nicht korrekt, wollte man leugnen, dass die Einwände bezüglich Kantönligeist zum Teil, mindestens kurzfristig betrachtet, berechtigt sind. Tatsächlich kann auch unser auf Konsens und Kompromiss ausgelegter Kompass gelegentliche Fehlentscheide nicht verhindern. Drei Gesichtspunkte aus diesem Fragenkreis sind deshalb besonders erwähnenswert:

Einmal ist lapidar festzustellen, dass die durch den Föderalismus erzeugte bremsende Wirkung einen Teil des Preises darstellt, welchen wir für die Direkte Demokratie und unsere sprichwörtliche umfassende Stabilität, radikale Neuerer wollen diese als Rückständigkeit sehen, zu bezahlen haben.

Zweitens ist es durchaus nicht so, dass egozentrisches Denken von Regionen oder Bevölkerungsgruppen öfter in ländlichen als in städtischen Gegenden festzustellen wäre. Die Geschichte lehrt und die Gegenwart bestätigt es, auch der Stadtbewohner ist nicht davor gefeit, gelegentlich das gesamtheitliche Denken zu vernachlässigen, Verkehrs und Energie-

probleme oder der Umgang mit Entsorgungs- und Oekologiefragen mögen als Beispiele dienen.

Drittens betrachte ich unser für den Kräfteausgleich zwischen Stadt und Land, zwischen unseren verschiedensten Regionen und Gruppierungen entwickeltes Instrumentarium, welches weltweit ein Unikum darstellt, als immerwährenden Prüfstein der Eidgenössischen Gesinnung. Das Gleichgewicht zwischen Zentralismus und Föderalismus muss von jeder Generation neu ermittelt, weise korrigiert, aber immer von einer Mehrheit von Ständen und Bevölkerung gewollt werden.

Die nächste diesbezügliche Weichenstellung bildet die Frage eines möglichen EU-Beitritts: Die zentralistische Grossadministration EU kann und will sich mit solchen direktdemokratischen Bremseinrichtungen nicht behindern. Ein EU-Beitritt würde zum Verzicht auf mehrere Dutzend Souveränitätsrechte zwingen, von uns die Aufgabe zentraler Elemente unserer Staatsidee verlangen. Den Fünfer und das Weggli können wir nicht haben. Es gibt nur ein Ja oder ein Nein. Als allerdings beschwerlicher Ausweg bleiben uns lediglich die oft schwierigen und zeitraubenden partiellen Bilateralverträge, wie wir sie dem Ausland seit dem deutschen Verzicht auf unser Hoheitsgebiet im Jahre 1499 immer wieder abgetrotzt haben. Die Schweiz ist eben seither tatsächlich ein Sonderfall. Ich bin stolz darauf und bereit, den entsprechenden Preis dafür zu bezahlen. Es würde die EU allerdings auszeichnen, wenn sie uns in unserer harterkämpften und auch für das benachbarte Ausland vorteilhaften Sonderstellung als „Europas Eidgenossen" akzeptieren würde.

Unsere Demokratie

Ich sage unsere Demokratie, weil der Begriff Demokratie an sich keinen besonderen Wert mehr darstellt, nachdem sich selbst Diktaturen in aller Welt demokratisch nennen. Demokratie bedeutet nach Lexikon: Volkssouveränität, das heisst, das Volk hat das entscheidende Wort, alle erwachsenen Bürger geniessen die gleiche Freiheit und die Gültigkeit der Regelungen wird durch Mehrheitsentscheide erreicht.

Nach schweizerischem Verständnis differenziert sich der Begriff Demokratie nach Massgabe deren Intensität: Direkte Demokratie im Falle der Kantone mit Landsgemeinde und Gemeinden mit Gemeindeversammlung. Von indirekter Demokratie sprechen wir, wenn zwischen Volk und Regierung ein Parlament als Gesetzgebende Behörde eingeschaltet ist und von halbdirekter Demokratie, wenn die Möglichkeit von Referendum und

Initiative gegeben ist, was bei uns auf Bundesstufe und in den meisten Kantonen zutrifft.

Wir betrachten uns gerne als die älteste Demokratie. Messen wir jedoch den Ablauf des politischen Lebens in unserem heutigen Staatsgebiet während den letzten siebenhundert Jahren an den oben erwähnten Kriterien einer wahrhaften Demokratie, könnten wir leicht ins Zweifeln geraten. Auf Dauer tatsächlich erfüllt haben diese Bedingungen wohl nur die Landsgemeindeorte, im Ansatz das Wallis und einzelne Gebiete des heutigen Kantons Graubünden. Aber der Bevölkerung in den Untertanengebieten und in den Gemeinen Herrschaften haben die Orte der Alten Eidgenossenschaft die demokratischen Rechte nicht oder nur zum Teil gewährt. Nicht zu reden von den übrigen Kantonen, wo Zunftwesen, Aristokratie und Patriziertum mit der Landbevölkerung einen wenig demokratischen Umgang pflegten oder wo bis ins letzte Jahrhundert gekrönte Häupter verantwortlich zeichneten, wie im Kanton Neuenburg, welcher lange Zeit eidgenössischer Kanton und preussisches Fürstentum gleichzeitig war und erst 1856 endgültig schweizerisch wurde. Es ist jedoch beizufügen, dass ausländische Besucher unseres Landes auch in der Frühen Neuzeit sehr viel von dem erlebten, was für uns auch heute noch als typisch schweizerisch gilt: Der Steuerwiderstand der Untertanen verhinderte ein stehendes Heer, erzwang das Milizsystem und schuf so die erwünschte Situation, dass die Obrigkeiten gegenüber dem Volk kein Machtmittel in der Hand hatten, dass die Verhältnisse also in aller Regel rechtsstaatlich blieben. Dazu kam, dass mit Ausnahme der atypischen fürstlichen Gebiete die politische Verantwortung immer in den Händen von republikanischen Räten lag, die auf Zeit gewählt und Rechenschaft schuldig waren.

Unsere Demokratie im heutigen Sinne entstand mit der Bundesverfassung 1848, welche von ihren Schöpfern aus dem Gedankengut der Alten Eidgenossenschaft, der Aufklärung, der Französischen Revolution und der Verfassung der USA gestaltet wurde. Die Ehre, die älteste Demokratie der Welt zu sein, würde ich daher nicht der Schweiz, sondern der ursprünglichen Eidgenossenschaft der Urkantone zubilligen. Es ist meines Erachtens aber nicht so wichtig, wie ausgeprägt sich das politische Leben in unserem Staatsgebiet im Rückblick gestaltete. Entscheidend ist vielmehr, was wir aus der Geschichte gelernt haben und in welcher Form die Erkenntnisse im heutigen System ihren Niederschlag fanden. Und da haben wir im Vergleich mit dem Ausland schon einige Rosinen anzubieten.

Zuerst sei die Rede von der Direkten Demokratie. Dass diese Spielform, welche in allen wichtigen Fragen dem Bürger das letzte Wort ein-

räumt, trotz Kurzlebigkeit und Facettenreichtum der heutigen Politik noch praktizierbar ist, verdanken wir dem bei uns hochgehaltenen Subsidiaritätsprinzip: Die Verantwortung soll auf der tiefstmöglichen Ebene wahrgenommen werden, Einzelperson, Familie, Gemeinde, Kanton und dann erst der Bund. Notgedrungen nimmt die Einflussmöglichkeit des einzelnen Bürgers mit jeder höheren Stufe ab, ist bei uns aber auch auf Bundesstufe immer noch viel grösser als in jedem andern mir bekannten Land. Als Mass dienen mir das Stimm- und Wahlrecht, Referendum und Initiative.

Soll die Gewährung dieser Rechte nicht Farce bleiben, muss zu deren Ausübung der nötige Spielraum frei bleiben: Die Freie Meinungsäusserung darf weder durch Zensur noch durch Verpassen ethisch oder moralisch verbrämter Maulkörbe eingeschränkt werden. Die Aktivdienstgeneration hat diesbezüglich eine harte Schule erlebt. Angesichts der nationalsozialistischen und der faschistischen Bedrohung gerieten unsere damaligen Behörden in Versuchung, zusätzlich zur staatlichen politischen Neutralität von Presse und Stammtisch Gesinnungsneutralität zu fordern. Bei Kriegsende wusste man daher die Presse- und Meinungsfreiheit zu schätzen. Obschon damals die Bilder der deutschen Konzentrationslager noch jedermann vor Augen standen, wäre der heute gültige Rassismusartikel niemals gutgeheissen worden. Ganz einfach deshalb, weil Rassismus und freie Meinungsäusserung nichts miteinander zu tun haben. Der Grundsatz: „Freier Schweizer - freies Wort“ darf nicht zu einem Plagiat herunterpolitisiert werden.

Zweitens muss die Meinungsbildung durch eine ausgewogene Information möglich bleiben. Die während des Krieges verordnete Selbstzensur wurde als unschweizerische Fessel empfunden, die anschliessend wieder hergestellte Pressefreiheit entsprechend als hohes Gut geschätzt. Leider haben in den letzten Jahrzehnten die zunehmend politisch einseitige Besetzung von Radio und Fernsehen und das Zeitungssterben zu einer erheblichen, staatspolitisch bedenklichen Bedrohung der Meinungsvielfalt geführt. Wir kommen später auf dieses Problem zurück.

Drittens soll die Mehrheitsfindung echt demokratisch durchgeführt werden. Das beginnt bereits mit der Information durch Behörden und Parteien. Dass die offiziellen Abstimmungsbotschaften die Wahrheit und nur die Wahrheit enthalten, müsste eine Selbstverständlichkeit sein und als Erwahrungskriterium in die Verfassung aufgenommen werden. Die hochstehende Qualität unserer Wahlen und Abstimmungen wird wohl niemand im Ernst anzweifeln. Fälschungen oder Manipulationen treten selten auf, erleben dann aber eine ihrer Verwerflichkeit entsprechende grosse Publizität. Obschon die Möglichkeit, sich aktiv und passiv an Wahlen und

Abstimmungen zu beteiligen vor allem ein Grundrecht darstellt, sprechen wir richtigerweise auch von einer Stimmpflicht. Damit wird die Erwartung kundgetan, dass es sich der verantwortungsbewusste Staatsbürger in Eidgenössischer Gesinnung zur Ehrenpflicht macht, an der Meinungsausmarchung aktiv mitzumachen. Die nunmehr auch brieflich mögliche Stimmabgabe müsste eigentlich die oft beschämend tiefe Beteiligung verbessern, tut es aber leider kaum. Trotzdem halte ich die dann jeweils einsetzende Schelte von behördlicher Seite für verfehlt, ebenso deren Qualifikation des erfolgten Volksentscheides. Der Bürger besitzt das Recht und die Pflicht, die Behörden gegebenenfalls zu kritisieren, umgekehrt gilt dies aber nicht. Den Behörden obliegt, dem Bürger die Bedeutung der Wahl oder der Abstimmungsvorlage zu erklären, wahrheitsgetreu und allgemein verständlich zu informieren, die Termine vernünftig anzusetzen, die Meinungsermittlung korrekt zu organisieren und anschliessend die Beschlüsse getreulich auszuführen. Die von wenig Staatsbewusstsein zeugende Stimmabstinenz ist zwar ärgerlich, darf aber in der Regel als Zustimmung zum Entscheid der Mehrheit der Abstimmenden gewertet werden, etwa dem Gedanken entspringend: Die haben ihre Sache bisher gut gemacht, sie werden es wohl auch weiterhin tun. Wenn wir als Alternative die Einführung eines Stimmzwanges erwägen, werden wir eindeutig die heutige Praxis vorziehen. Entscheidend für die Qualität unserer Staatsidee ist nicht das Ausmass der Stimmbeteiligung, sondern die Möglichkeit der Bürgerschaft, in kritischen Fällen an der Urne zum Rechten zu sehen.

Der Umgang mit Stimmrecht und Stimmpflicht muss sich feinfühlig gestalten, auf guter Eidgenössischer Gesinnung und dem gebührenden Respekt zwischen Volk und Regierung gründen. Wenn wir noch Eidgenossen sein wollen, gibt es keine „Gnädigen Herren“ und kein „dummes Volk“!

Den vierten Prüfstein bildet die Umsetzung der Volksbeschlüsse. Auf dem Papier sind die diesbezüglichen Grundsätze klar festgelegt, trotzdem hapert es gelegentlich bei der praktischen Ausführung. Dies liegt sicher nur selten am schlechten Willen der Behörden, vielmehr wohl am Umstand, dass Verfassung und Gesetz nur grobmaschige Regelungen zulassen und die Details erst in der zugehörigen Verordnung zu Tage treten, welche lediglich vom Bundesrat zu genehmigen ist. Oder im Stammtisch-Jargon ausgedrückt: Unser System lässt es zu, dass die Katze auf schlechteidgenössische Art erst in der Verordnung - und damit dem Einfluss von Bürger und Parlament entzogen - aus dem Sack gelassen wird. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Regierungen dieser Notbremse nur in wirklich kritischen Lagen und echt im Interesse der Allgemeinheit bedienen. Denn nichts ist

geeigneter, das Vertrauen in unsere demokratischen Einrichtungen zu untergraben, als unredlich handelnde Behörden.

Den wichtigsten Aspekt der Umsetzung von Volksbeschlüssen stellt jedoch der anschliessende Umgang mit der überstimmten Minderheit dar. Falls ein Entscheid mit einer nur geringen Stimmendifferenz fällt, werden Toleranz und staatspolitisches Fairplay hart gefordert, um so mehr als es sich oft um ein Zufallsmehr handeln kann. Da stehen sich also zwei praktisch gleich grosse Lager gegenüber, die Kompromissbereitschaft wurde bereits in den vorangehenden Verhandlungsphasen ausgereizt, jetzt muss die unterlegene Gruppe den Mehrheitsentscheid annehmen. So lautet die Regel. Als Alternative böte sich nur der Aufstand an, im Extremfall der Bürgerkrieg. Demokratie bedeutet eben nicht nur Honigschlecken! Jeder Zusammenprall von gegensätzlichen Meinungen kann schmerzlich sein. Die Ausmarchung muss aber trotzdem stattfinden, jedoch unter Ausschluss von Gewalt. Das hierfür entwickelte Instrumentarium zeugt von hoher staatspolitischer Reife, auch es bildet eine der oben erwähnten Rosinen.

Kompromiss heisst, wie schon früher mehrmals erwähnt, das zwar oft geschmähte, aber deswegen nicht weniger segensreiche Zauberwort. In den Verhandlungen der vorberatenden Gremien wird in der Regel hart um Lösungen gerungen, welche von einer möglichst grossen Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen werden können. Bei der vielschichtigen Zusammensetzung unseres Volkes, der Grosszahl von Gruppierungen aller Art und den meist weit auseinander liegenden politischen Standpunkten erfordert dieser Prozess jeweils eine gewaltige Arbeit. Aber der Einsatz lohnt sich doppelt, weil dadurch einmal eine deutliche Mehrheit gefunden werden kann und anderseits die Durchsetzbarkeit der Regelung wächst. Zugegeben, die so gefundenen Lösungen entsprechen oft nicht dem Ideal. Ausländische Systeme bringen vielleicht gelegentlich schnellere und gar bessere Resultate. Anstelle eines dekretierten Maximums erhalten wir dafür ein demokratisch ermitteltes Optimum.

Das auf solche Art erreichte Resultat wird manchmal als Zwitter von allen Seiten bemängelt. Die praktische Umsetzung erfordert dann Einsicht und Toleranz, Fairplay wie bei der Ausübung eines Mannschaftssports. Hier, wie in unserer Demokratie, gilt: Wer mitspielen will, muss die Statuten und die geltenden Spielregeln akzeptieren. Auf unser Verhältnis zum Staat bezogen, bedeutet dies die vorbehaltlose Annahme der durch Mehrheitsbeschluss oder aufgrund gesetzlicher Kompetenz getroffenen Regelungen. Wer diese aus persönlichen Gründen nicht befolgen will oder kann, muss sich den vorgesehenen Sanktionen sportlich beugen. Tut er dies, ist seine Ehre anschliessend wieder hergestellt. Muss jemand in

einem bestimmten Fall „Gott mehr gehorchen als den Menschen", handelt er vielleicht ethisch hochstehend, aber gegen das Gesetz. Der Rechtsstaat muss, will er nicht seine Glaubwürdigkeit verlieren, die dekretierten Bestimmungen durchsetzen. Wer sich Gott und seinem Gewissen folgend nach unseren Gesetzen strafbar macht, kann erst zum Helden werden, wenn er auch die für sein Tun verfügte Sanktion ohne Murren annimmt. So gesehen war die postume Rehabilitierung des früheren St. Galler Polizeioffiziers Paul Grüninger staatspolitisch fragwürdig. Diese hat die damaligen Verantwortlichen ins Unrecht versetzt, obschon die seinerzeitige Strafe nötig und rechtens war. Würdiger wäre gewesen, man hätte ihm in St. Gallen ein Denkmal gesetzt: „Paul Grüninger / Retter vieler Menschenleben / Opferte seinen guten Ruf / Gewann die Hochachtung der Nachwelt."

Dem Umstand Rechnung tragend, dass für das ganze Land geltende Bestimmungen nie allen kulturellen Eigenheiten und allen Besonderheiten des letzten Winkels gerecht werden können, kennt unsere Umsetzungspraxis bei allem Respekt vor der Staatsräson legale oder wenigstens mehr oder weniger geduldete entschärfende Korrektive. Einmal liegt der Vollzug dank dem föderativen Aufbau der staatlichen Gewalten fast immer bei den Kantonen oder Gemeinden, welche die Ausführung den örtlichen Verhältnissen entsprechend anpassen und schneller oder langsamer, strikter oder larger, erledigen können. Da bei uns zudem alle Macht vom Volk ausgeht, sind auch Beamte und Polizisten gleichzeitig denkende und mitfühlende Bürger, die auch einmal ein Auge zudrücken können. So wird etwa die Gurtentragpflicht nicht in allen Gegenden der Schweiz gleich strikte kontrolliert. Durch dieses Korrektiv entstehen oft beträchtliche Uebergangsfristen, welche bewirken, dass gelegentlich erst die nachfolgende Generation streng in die Pflicht genommen wird, getreu dem Motto: „Der Brei wird nicht so heiss gegessen, wie er gekocht wird."

Wohlverstanden, wir akzeptieren dadurch bewusst, dass das Volk durch einen fein dosierten passiven Widerstand dafür sorgt, dass die Gesetzesbäume nicht in den Himmel wachsen. Entschieden abzulehnen aber ist in der von eidgenössischem Geist geprägten Demokratie jede Art von Tyrannei; sei es die leicht der Kontrolle entgleitende „Macht der Strasse" oder der scheinbar legale, aber unschweizerische Machtmissbrauch der Mehrheit, die Mehrheitstyrannei. Was Paracelsus über den sinnvollen Umgang mit den chemischen Stoffen sagte, alles sei je nach Dosis Medizin und Gift zugleich, gilt im übertragenen Sinne auch hier. Nicht demonstrieren oder das Mehrheitsprinzip anwenden ist schlecht, aber deren Missbrauch. Die direkte Demokratie ist eben zugleich einfachste und

komplizierteste Form der Regelung menschlichen Zusammenlebens. Wir werden hier wiederum daran erinnert, welche Bedeutung der Eidgenössischen Gesinnung zukommt, die eine bestimmte Haltung des einzelnen Bürgers und der Gemeinschaft erzeugt. Freiheit ist dann nicht mehr absolut, sondern wird durch die Freiheit des Anderen begrenzt. Demonstration ja, aber anständig, unvermummt, ohne Sachbeschädigung, ohne Verletzte und ohne verletzende Worte. Mehrheitsprinzip ja, aber so, dass die Minderheit auch leben kann, materiell und geistig. Gehen wir sorgsam um mit unseren demokratischen Errungenschaften. Direkte Demokratie ist keine Pauke, gleicht viel mehr einer Violine, erheischt virtuoses Spiel, Feinfühligkeit. Demonstrieren ist sublimierte Gewalt, das äusserste legale Mittel, um auf einen Notstand aufmerksam zu machen. Gewaltsame Demonstration ist ein Widerspruch in sich, stellt ein gutes Recht in Frage, ja gefährdet es. Gleiches gilt für die Anwendung des Mehrheitsprinzips. Auch Mehrheitsmissbrauch wirkt zerstörend. Ein grosser Sieg wird zum glänzenden Sieg dadurch, dass das Erstrittene zum Wohlergehen der Allgemeinheit beiträgt und wenn die Mehrheit auf Argumente und Gefühle der Minderheit in vernünftigem Rahmen eingeht.

In diesem Zusammenhang müssen wir auch über zwei weitere demokratische Instrumente sprechen, welche dem Machtmissbrauch vorbeugen und gerade deshalb immer neu zu Diskussionen Anlass geben. Majorz contra Proporz und Konkordanz.

Letztlich ist das Problem fast so alt wie die Eidgenossenschaft. Ein Leben in Würde für den grösstmöglichen Teil der Bevölkerung ist nicht erreichbar, wenn der Stärkere, sei das nun eine Person, eine Gruppe, eine Partei, die Wirtschaft oder eine elitäre Schicht, seinen Willen durchsetzt und den Minderheiten nicht entgegen kommt. Regelungen, welche den Machtmissbrauch verhindern sollen, kennen wohl alle modernen Staaten; aber die Staatsidee Schweiz besticht durch eine Art Verinnerlichung der Frage des Kräfteausgleichs. Die in jeder Beziehung vielfältige Zusammensetzung der geistigen, personellen und materiellen Elemente, welche schliesslich die Schweiz ausmachen, hat unsere Vorfahren schon früh zur Erkenntnis geführt, dass nur ein Miteinander die gesuchte Form des Zusammenlebens gestattet. Sie haben wohl eher geahnt als gedacht, dass der Weg zu einer lebenswerten Gesellschaft nicht dekretiert werden kann, sondern von einer überwiegenden Mehrheit gewollt sein muss. Was nützen einsame königliche Erlasse oder nicht auf den Willen der betroffenen Völker abgestimmte Proklamationen der in Brüssel vereinten Staatsoberhäupter der EU, wenn das Kräftespiel dort und in den einzelnen Staaten nach lediglich opportunistischen Gesichtspunkten abläuft? Das Geheimnis

der schweizerischen Lösung liegt darin, dass unser Rezept für einen umfassenden Kräfteausgleich geschichtlich gewachsen, aus einem Jahrhunderte dauernden Ringen um mehr Gerechtigkeit entstanden ist, nicht dekretiert, sondern aus Weisheit, aus Einsicht erwachsen: Das uralte appenzellische Recht, den Landammann jederzeit fristlos abzusetzen. Das Bild der Kappelermilchsuppe, friss auf deiner Seite, höre auf, auf meinem Gebiet Gläubige abspenstig zu machen. Die von Bruder Klaus eingebrachte Erkenntnis, dass der Gegensatz zwischen Stadt und Land nicht durch Kraftmeiereien aller Art, sondern nur durch gütliches Einvernehmen überbrückt werden kann. Der periodische Wechsel des Vororts der Tagsatzung zwischen mehreren Orten.

Einen teilweisen Bruch mit der keimenden Tradition eines gesunden Kräfteausgleichs bedeutete die personelle Zusammensetzung des ersten Bundesrates der erneuerten Eidgenossenschaft 1848. Er rekrutierte sich, wie früher festgestellt, vollständig aus dem Kreis der siegreichen Liberalen, die Konservativen und damit ausgerechnet die seinerzeitigen Gründerorte gingen leer aus. Diese verdienen Hochachtung, haben sie doch trotz im Sonderbundskrieg geschlagener Wunden und der offensichtlichen Geringschätzung durch die liberalen Kantone, sich dem Aufbau des neuen Bundesstaates nicht verschlossen. Es sollte über vierzig Jahre dauern, bis die Liberalen, wohl weniger dem Herzen als im Zusammenhang mit dem geplanten Bahnrückkauf der Opportunität gehorchend, 1891 einen Konservativen in den Bundesrat wählten. Trotzdem verdient dieses Ereignis unsere Beachtung, stellte doch im damals fast ausschliesslich aristokratisch beherrschten Europa die Regierungsbeteiligung einer Minderheit ein absolutes Novum dar. Sonderfall Schweiz, einmal mehr. Die in unseren Nachbarländern seit dem Zweiten Weltkrieg mehrmals in kritischen Situationen im Landesinteresse eingegangene Grosse Koalition wurde also in der Eidgenossenschaft Jahrzehnte früher vorweggenommen. Die schweizerische Tradition, neue Regelungen im Bund erst einzuführen, nachdem sie sich auf kantonaler Ebene längere Zeit bewährt haben, brachte den Sozialdemokraten erst nach Einführung des Proporzwahlsystems eine ihrer tatsächlichen Stärke entsprechende Vertretung im Nationalrat. Deren Regierungsbeteiligung fiel aber ihres Parteiprogramms wegen noch auf Jahre ausser Betracht: Sozialismus, Klassenkampf, Ablehnung des aktuellen Staates, Neuordnung der Gesellschaft nötigenfalls durch Umsturz, Pazifismus und damit Negierung der Landesverteidigung.

Dafür wurde eine breitere Abstützung im Volk durch die Aufnahme eines zweiten Konservativen 1919 und eines Vertreters der neugegründeten Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 1929 erreicht. Erst nachdem die

Sozialdemokraten sich von der Klassenkampfideologie abwandten und angesichts der von Hitlerdeutschland ausgehenden Gefahr selbst die Armee akzeptierten, wurde 1943 einer der ihren zum Bundesrat gewählt. Seither besteht - mit einem von der Sozialdemokratie selbst gewählten Unterbruch von 1954 bis 1959 - das als Zauberformel bezeichnete Konkordanzsystem, obschon die Sozialdemokratische Partei längst teilweise in ihr Vorkriegsprogramm zurückgefallen ist. Auf eine gutschweizerische Art wird die deshalb durch eine oft diametrale Meinungsverschiedenheit entstehende innere Schwäche des Gesamtbundesrates nach aussen durch das Kollegialprinzip gemildert, gelegentlich allerdings auch nur kaschiert. Das Kollegialprinzip beruht auf der Gepflogenheit, Beschlüsse notfalls nach dem Mehrheitsprinzip zu fassen, nach aussen aber geschlossen aufzutreten, was einzelnen Ratsmitgliedern, jeder Disziplin schon aus ideologischen Beweggründen abhold, jedoch zunehmend Mühe bereitet. Trotzdem zählen Konkordanz und Kollegialprinzip auch heute noch zu den wertvollen Besonderheiten unseres demokratischen Systems.

Als weitere Rosine unseres Demokratieverständnisses wollen wir das politische Milizsystem betrachten, die Milizarmee jedoch soll Gegenstand eines besonderen Kapitels sein. Als Milizprinzip bezeichnen wir den in der Schweiz altbewährten Grundsatz, wonach soweit wie möglich alle Tätigkeiten im öffentlichen Interesse neben- und weitgehend ehrenamtlich ausgeübt werden. Das Mitglied des Kantonsparlaments ist hauptberuflich zum Beispiel Zimmermeister, der ehrenamtlich Tätige bezieht für seine Arbeit für die Oeffentlichkeit keine oder nur eine geringfügige Entschädigung. Dieses geniale System erlaubt dem Bürger, mit seiner Miliztätigkeit in Rückkoppelung die Ausführung der Volksbeschlüsse zu kontrollieren. So werden Laien als Regierende, Gesetzgebende, Verwaltende, Kontrollierende oder in Kommissionen als Beratende tätig. Dabei kommt es noch heute vor, dass in kleinen Gemeinden lediglich eine Person, zum Beispiel als multifunktionaler Gemeindeschreiber, hauptberuflich angestellt ist, während alle anderen Aufgaben ehrenamtlich ausgeführt werden. Diese Regelung erfordert von den Bürgern einen ausserordentlichen Einsatz, ist doch oft die Zahl der zu besetzenden Chargen grösser als die Anzahl der verfügbaren fähigen Anwärter, was bedeutet, dass viele Einwohner ihrer Lebtage ständig ein Amt, zeitweise auch zwei oder drei gleichzeitig bekleiden müssen. Oft kann die vollständige Besetzung aller Gremien nur durch den verständlicherweise unbeliebten Amtszwang erreicht werden, was bedeutet, dass ein auch ohne seine Zustimmung Gewählter das betreffende Amt ausüben muss. Neben einsehbaren Nachteilen resultiert aus diesem Umstand die Tatsache, dass in der Landbevölkerung erstaunlich

viel staatspolitisches Wissen, grosses Verantwortungsbewusstsein und ein entsprechendes Selbstgefühl feststellbar ist.

Naturgemäss liegen die Verhältnisse in einwohnerreichen Stadtgebieten anders. Die aktive Teilnahme am Gesellschaftsleben erfordert hier Eigeninitiative. Man muss vorerst Mitglied einer politischen Organisation oder eines Vereins werden, Bereitschaft zeigen. Dies überfordert jene, die all ihre verfügbaren Reserven an Kraft, Zeit und Geld dazu brauchen, ihr Selbst zu verwirklichen, mit immer ausgefalleneren Extravaganzen die Oede ihres Daseins zu übertünchen. Sie könnten sich bei den verspotteten, oft ein Leben lang in einem Amt stehenden Hinterwäldlern ein Beispiel nehmen. Oder lieber bei den Amerikanern, welchen wir bekanntlich mit einer zeitlichen Verzögerung von ungefähr zehn Jahren, jeden noch so grossen Unsinn nachmachen? Darf es vielleicht einmal etwas Gescheites sein? Viele Leute haben dort so lange, so oft und so vielfältig Freizeit mit Sport oder Nichtstun bewältigt, dass ihnen dieser Leerlauf zum Hals heraushängt und sie nach sinnvolleren Tätigkeiten Ausschau halten lässt. Sie verpflichten sich beispielsweise, einen halben Tag pro Woche in einem Spital oder Altersheim zu arbeiten, mit alten Leuten wöchentlich einen Ausflug zu unternehmen, ihnen im Haushalt zu helfen oder ihnen einfach zuzuhören. Sie gründen wieder Vereine mit einer sinnvollen Zielsetzung und arbeiten dort einsatzfreudig mit. Ueber eine halbe Million Pfadfinderinnen helfen Kindern berufstätiger Mütter bei den Hausaufgaben. Was die Amerikaner zu erfinden im Begriffe sind, kennen wir schon lange, haben es aber wohl im grenzenlosen Ueberschwang der vergangenen Hochkonjunktur gröblich vernachlässigt. Das unentgeltliche Sichnützlichmachen im Interesse der Allgemeinheit, in Milizfunktion. Andern zum Nutzen, sich selbst zum Segen. Das Milizprinzip ist nicht akademisches Gerede, sondern im Gegenteil eine höchst handgreifliche Angelegenheit. Getreu dem Kästner'schen Motto: „Es gibt nichts Gutes, ausser man tut es." Uebrigens: Vor einigen Tagen sah ich in einem Park einen Jüngling, welcher gedankenlos weggeworfene Papierschnitzel und Cola-Dosen einsammelte, in einen Papiersack verstaute und diesen in einem der in kurzen Abständen bereitstehenden Abfallkörbe entsorgte. Er tat dies freiwillig, ohne Auftrag und ohne Entschädigung, einfach weil er sah, dass es nötig war. Auch das ist Eidgenössische Gesinnung.

Kürzlich erklärte eine Soziologieprofessorin, der Milizgedanke sei überlebt, Milizsysteme werde es in wenigen Jahren nicht mehr geben. Ich glaube nicht, dass sie Recht behält, im Gegenteil, ich vermute und ich hoffe sehr, dass die der Orientierungs- und Sinnlosigkeit satten Teile unserer Gesellschaft sich eines Besseren besinnen und ihre Freizeit wieder

vermehrt für etwas Nützliches einsetzen wollen. Dass die Gesellschaft ehrenamtlicher Tätigkeit wieder die verdiente Anerkennung zollt. Dass die Manager der Schweizerunternehmen, auch ausländische, in Milizfunktionen engagierte Mitarbeiter nicht mehr benachteiligen. Und dass der Verringerung der Zahl von Milizpolitikern Einhalt geboten werden kann. Aus zwei Gründen:

Während in einer kleinen Gemeinde beispielsweise ein hauptberuflicher Beamter auf hundert Milizfunktionäre kommt, verschiebt sich das Gewicht im Kanton und noch mehr auf Stufe Bund zugunsten der hauptberuflichen Politiker und Beamten. Wenn die Milizpolitiker tendenziell weniger Zeit für ihr Amt aufwenden können, weil sie ihr Geld in ihrem Hauptberuf verdienen und sich daher in der politischen Tätigkeit auf die schwergewichtigen Fragen konzentrieren und die Einzelheiten der Verwaltung überlassen müssen, ist die Situation bei Berufspolitikern gerade umgekehrt. Sie neigen dazu, sich um alle Details zu kümmern, sehen vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr, lassen die klare Schwergewichtsbildung vermissen, neigen zum Verwalten statt zu regieren, was zu einer staatspolitisch bedenklichen Vermischung von Regierungs-, Gesetzgebungs- und Verwaltungsaufgaben führt. Je mehr hauptberuflich politisch Tätige als Vertreter von Wirtschaft, Verbänden und Gewerkschaften in ursprünglich als Milizinstanzen gedachte Gremien gewählt werden, umso schwächer wird sich das Volk durch diese vertreten fühlen. Es bildet sich eine gegenüber dem Volk abgeschottete politische Klasse, die Gefahr läuft, die Meinung ihrer Wähler mangels Basiskontakt nicht mehr wirklich zu kennen und daher nicht mehr in deren Sinn handeln zu können.

Der zweite Grund ist für unser demokratisches System noch bedrohlicher. Durch die Delegation der politischen Tätigkeiten im Dienste der Oeffentlichkeit an hauptberufliche Amtsträger, vergibt sich der Bürger die Möglichkeit, selbst in diesen Bereichen aktiv zu werden und damit den Vollzug der Volksbeschlüsse an Ort und Stelle zu kontrollieren. Doch: Wer nicht mitregiert, der wird regiert. Wer nicht mitverwaltet, der wird verwaltet. Wer nicht mitstimmt, über den wird bestimmt. Es gab zwar schon immer Macher und Verbraucher, Hersteller und Käufer, Produzenten und Konsumenten, Gestalter und Geniesser, Chrampfer und Nutzniesser, Bergführer und Angeseilte. Das muss nicht negativ gewertet werden, sofern jeder von beidem ist, bald Aktiver, dann Passiver. Eine gesunde Lebensgemeinschaft lebt davon, dass alle Glieder gleichzeitig Gebende und Nehmende sind, ganz besonders eine direktdemokratisch organisierte. Voraussetzung bleibt, dass mehr produziert als konsumiert wird. Dass die Macher in allen positiven geistigen und materiellen Bereichen in der

Mehrzahl bleiben. Geben kann nur, wer einen Ueberschuss erwirtschaftet. Wer nur noch auf die Tramschienen sitzt und nach mehr Entwicklungshilfe schreit, ist unglaubwürdig und kontraproduktiv. Jede einzelne in den „Schweizerklub" eintretende Person kann frei entscheiden, ob sie aktiv in der Mannschaft mitspielen oder einen Platz auf der Zuschauerrampe wählen will. Zeitgeist und Wohlstand haben in unserer Gesellschaft die Tendenz entstehen lassen, unangenehme oder anstrengende Tätigkeiten gegen Entgelt an andere zu delegieren. Ausländer bilden im Sport das Rückgrat der Profimannschaften, importierte Manager sollen in Grossbetrieben skrupellos die Gewinne maximieren, Fremdarbeiter beschmutzen sich für uns die Hände, in Diskussion steht die Uebergabe der parlamentarischen Arbeit an hauptberufliche Politiker und die verweichlichte Jugend träumt von einer Berufsarmee. Das Fernsehen unterhält uns, die Konservenfabrik verköstigt uns, Leihmütter gebären uns Kinder und die EU löst unsere Probleme. Ist das unsere Zukunft?

Haben wir vergessen, dass Demokratie und Milizsystem untrennbar verbunden sind, sich gegenseitig bedingen? Dass dem Verschwinden des Milizgedankens wohl der Niedergang der Demokratie folgen müsste? Dass existenzielle Probleme unseres Landes nicht von selbst verschwinden und nicht von Aussenstehenden nach irgendwelchen uns fremden Rezepten bewältigt werden können, dass wir sie vielmehr auf unsere Art anpacken und gemeinsam lösen müssen?

Demokratie und Milizgedanke bilden wesentliche Pfeiler der Staatsidee Schweiz, sie sind in ihrer Ausprägung einzigartig und wohl einmalig, sie dürfen uns mit Stolz erfüllen. Sie verdienen daher unsere aufmerksamste Pflege.

Das weisse Kreuz im roten Feld

Nicht mit mir, sagte Hans, ein junger Mann. Fahnetürgg? Aufstehen, wenn die entrollte Schweizerfahne vorbeigetragen wird? Sich bei Erklingen der Nationalhymne erheben? Bei feierlichen Anlässen den Tränen wehren? Andächtig die Inschrift auf einem Soldatendenkmal lesen? Ein wohliges Gefühl empfinden, wenn man im Ausland an die Heimat erinnert wird? Ich doch nicht. Altmodische, hinterwäldlerische Gefühlsduselei, Schnickschnack. Identifikation mit dem Vaterland? Ich bin Weltbürger! Am Auto das EU-Emblem. Schweizerkreuz? Nein, danke. Alles was nach Eidgenossenschaft oder Armee riecht, ist mir zuwider. Erinnert unangenehm an Krieg, den ich ablehne, Marschmusik tönt martialisch, das alles

ist doch graues Mittelalter! Hört mir auf mit diesem Hurra-Patriotismus! Leere Worte, hohle 1. August-Reden!

Das Stadion tobt. Ein Länderspiel. Zehntausende identifizieren sich mit ihren Lieblingen auf dem Rasen, freuen sich oder leiden mit ihnen. Mit voller Stimme brüllen sie die einzeilige Fussball-Internationale, immer wieder. Wogende Begeisterungswellen wirken unterstützend. Fahnen werden geschwungen, viele Schweizerfahnen, diejenige der Gegner ist weit in der Minderzahl. Schweizerkreuze sogar auf die Gesichter vieler Matchbesucher gemalt. Man bekennt Farbe. Der Standort der Fangemeinde ist markiert. Hier Schweiz! Hört, seht, wir sind da! Wir unterstützen Euch, wir gehören doch zusammen! Wir sind stolz auf Euch, auf unsere Schweizermannschaft!

Purer Nationalismus oder hehres Nationalgefühl? Sublimierter Krieg? Nicht zu reden von der Sprache der morgen zu erwartenden Berichterstattung, gespickt mit aus dem militärischen Bereich entlehnten Ausdrükken!

Bei Beginn des Länderspiels wurde unsere Nationalhymne gespielt. Die Schweizermannschaft versuchte mitzusingen. Viele Anwesende erhoben sich und sangen mit. Hans auch.

Widersprüche? Ja und Nein. Beim Schreiben dieser Zeilen erinnere ich mich an eine Ballade von Carl Spitteler: „Die beiden Züge." In etwa die gleiche Problematik. Spitteler hat das Gedicht vor bald hundert Jahren geschrieben. Wir Schweizer leben in einem gespaltenen Verhältnis zum öffentlichen Gefühlsbereich. Gefühle empfinden und Gefühle zeigen sind zwei Paar Stiefel. Vor allem einzeln, von Angesicht zu Angesicht. In der Masse gelingt es leichter, in Reihen auf den Rängen, alle Front Rasen. Da fällt man weniger auf, auch wer eine Träne zu unterdrücken sucht. Ist es das, was das Eintauchen in die Masse, wohl unbewusst, für viele so beliebt macht, uns so übermütig stimmt, so befreiend wirkt? Aufgenommensein in eine Gemeinschaft, ohne Gegenleistung, ohne Pflichten?

Hans wird meine Unterstellungen zurückweisen und eingestehen, so genau habe er sich diese Zusammenhänge noch nie überlegt. Aber es scheine ihm, es dünke ihn. Hier liegt wohl der Schlüssel zum Verständnis dieses geheimnisvollen Spannungsfeldes. Das Es, das Unbewusste. Das kollektive Unterbewusstsein. Die Volksseele. Aus ihr entspringen zugleich Ablehnung und gefühlvolle Hinneigung zum Vaterland, zu Patriotismus, Heimatliebe. Die in der Eidgenossenschaft im Innern und mit dem Ausland im Verlaufe von Jahrhunderten gesammelten körperlichen, geistigen und gefühlsmässigen Erfahrungen finden ihren Niederschlag in der Staatsidee Schweiz. Deren komplizierter Vernetzung wird man sich so

richtig bewusst beim Versuch, ihren umfassenden Gehalt in abstrakte Worte zu fassen. Sie ist ein Konglomerat, eine Sammlung und Vermischung von geschichtlichen Lehren, gemachten Erfahrungen, Enttäuschungen, Hoffnungen, Idealen und Visionen. Sie ist daher nicht eine feststehende unveränderliche Proklamation wie beispielsweise die früher erwähnte englische Magna Charta, sondern vielmehr eine zwar auf bestimmten Prinzipien beruhende aber auch stets wachsende, sich den örtlich und weltweit ändernden Verhältnissen anpassende Vorstellung des optimalen Weges, der besten Methode hin zum Ziel, der Vision eines Lebens in Würde für Bürger und Volk. Die in der Staatsidee Schweiz wirksamen und im staatlichen Leben sich ausdrückenden Kräfte spiegeln eine grossartige Gesamtheitlichkeit in Pestalozzis Sinne, bildhaft dargestellt in „Kopf, Hand und Herz." Staatliches und persönliches Handeln im Gefolge unserer Staatsidee, also in Eidgenössischer Gesinnung, führt daher immer wieder zu Kompromissen. Unsere Staatsidee verlangt oft den Verzicht auf das intellektuell konsequente, opportunistische Maximum zugunsten des menschlich und moralisch vertretbaren Optimums. Sie verlangt den Mut zum Mittelmass. Zur Bescheidung auf die schweizerische Kleinwelt, wie Jean Rodolphe von Salis sie verniedlichend und glorifizierend gleichzeitig nannte.

Diese Optmierungsprozesse sind oft schmerzhaft. Für die Jugend, welcher dadurch die rasche Erstürmung neuer Ziele verwehrt wird und für die Aelteren, die Liebgewordenes bedroht sehen oder sich gar von ihm trennen müssen. So erleben wir Aelteren gegenwärtig zutiefst betroffen die Entglorifizierung der Aktivdienstzeit, während die Jugend sich über die schwerblütige Auseinandersetzung mit der EU-Problematik ärgert. Solche staatspolitisch notwendigen Suchaktionen nach der verträglichen Mitte drohen gelegentlich zu Krisen, ja zu Zerreissproben für unser Volk auszuwachsen, die dann jeweils nur durch ein Abwägen in Eidgenössischer Gesinnung und durch Handeln im allgemeinen Interesse entschärft werden können. Solche Vorgänge, die umso schwieriger lösbar sind, jemehr die Sache auch den Gefühlsbereich betrifft, hatten wir im Verlaufe unserer Geschichte viele zu erdulden. Alle haben in der Folge die Staatsidee Schweiz beeinflusst und steuern, zum Teil unbewusst, auch heute noch die Haltung des einzelnen Bürgers im persönlichen wie im staatlichen Bereich.

So, als unsere Urbewohner erkannten, dass den nächsten Winter nur überleben kann, wer Vorräte anlegt. Als die Waldstätter lernten, dass Freiheit ihren Preis hat und „der Frömmste nicht im Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt". Als die unbesiegbare Stärke

auf dem Schlachtfeld der weisen Beschränkung auf die Verteidigung, höchstens aber auf die gewaltsame Inbesitznahme des Lebensnotwendigen rief. Als Stadt und Land auf die Ermahnung von Bruder Klaus in gemeinsamer Abhängigkeit den Kompromiss und die Bedeutung des rücksichtsvollen beidseitigen Nehmens und Gebens entdeckten. Als die Eidgenossen nach dem Verzicht Maximilians auf die Hoheitsrechte in ihrem Gebiet den Uebermut besiegen und in einer hektischen Zeit des technischen Umbruchs und der interkontinentalen Horizonterweiterung sich mit ihrer beschränkten Bedeutung bescheiden mussten. Als sie bei Marignano geschlagen zehntausend Tote zurücklassen mussten, fast jede Familie ein Opfer zu beklagen hatte und der Entschluss reifte, künftig der Grossmachtpolitik zu entsagen und sich neutral zu verhalten. Oder als die Reformation die Eidgenossen entzweite und Berns Warnung, dass Glaubensfragen nicht mit dem Schwert entschieden werden könnten, mühsam zwar, aber doch langsam Fuss fasste. Als sie nach dem erstmals als Neutrale erlebten Dreissigjährigen Krieg den Umgang mit dem Pferdefuss des Kriegsgewinnes und dem Neid der vom Kriegselend betroffenen Nachbarländer lernen mussten. Als die Entfremdung zwischen Stadt und Land und namentlich der Ausgang des Bauernkrieges die bisherige treue Ergebenheit der Landbevölkerung in einen bestenfalls skeptischen Respekt verwandelten. Als der Hunger die Söhne in fremde Kriegsdienste oder nach Uebersee trieb und das beginnende Maschinenzeitalter die ersten Wirtschaftsopfer forderte. Als Absolutismus, Aufklärung und Französische Revolution auch hier zu Lande die Geister verwirrten, wenig später die schwache Tagsatzung und die überforderten Regierungen der eidgenössischen Orte in ihrer Hilflosigkeit den Untergang nicht zu verhindern wussten und damit die Bevölkerung der Verunsicherung und der Willkür fremder Heere preisgaben. Als es der Schmach des Bruderkrieges und der Grösse der Verlierer bedurfte, um 1848 den Bund zu erneuern. Jedesmal, wenn es seither galt, durch Verfassungsrevision oder neue Gesetze in den politischen, sozialen, wirtschaftlichen und übrigen Bereichen geschlossene Kompromisse zu bleibendem Recht zu machen und zusammen mit den Minderheiten durchzuführen. Als es galt, die zwei Weltkriege und die dazwischenliegende Wirtschaftskrise gemeinverträglich durchzustehen. Als die braune Propaganda uns mit Fahnen, Säbelrasseln und grossen Sprüchen die Chancenlosigkeit jeglichen Widerstandes bewusst machen wollte und gerade dadurch den in Opferbereitschaft, Gehalt der Landesausstellung, Verteidigungswillen, Anbauschlacht und der Wirkung der Leitfigur Guisan sichtbar gewordenen Trotz der Eidgenossen erzeugte.

Alle diese Ereignisse und noch viele mehr, erdbebenartige und leisere, haben unsere Staatsphilosophie, die Staatsidee Schweiz beeinflusst und leben in der Volksseele und damit in jedem einzelnen Bürger und in jeder Bürgerin weiter. Der Hang zum Mittelmass, die Abneigung gegen alles Euphorische, eine bald linkisch-stolze, bald bescheiden-eigensinnige Selbstsicherheit prägen daher unser Erscheinungsbild, das von Ausländern gelegentlich als störrisch oder nüchtern und von unserer in geschichtlichen Belangen wenig unterrichteten Jugend als bünzlig und langweilig, wenn nicht als hoffnungslos altväterisch empfunden wird.

Hans tanzt also durchaus nicht aus der Reihe und ist noch lange kein schlechter Eidgenosse, wenn er allem Pompösen, jeglichem Personenkult und den Versprechungen der Politiker mit Skepsis begegnet. All zu leicht ist die Fahne am Mast durch den Gesslerhut zu ersetzen. Auch ich liebe minutenlange stehende Ovationen nicht. Ich kenne kaum Menschen die sie verdienen oder sie sind längst gestorben.

Trotzdem möchte ich gerne mit Hans sprechen und ihm erklären, welche Bedeutung ich der Schweizerfahne beimesse. Natürlich ist sie vorerst ein Stück Tuch, das an sich weder Ehrfurcht noch Bewunderung verdient. Und tatsächlich ist ein Missbrauch der Fahne leicht möglich, das haben uns spätestens Nationalsozialismus, Faschismus und Kommunismus gelehrt.

Die Fahnen im Stadion markieren Standort und Revier einer bestimmten Gruppe. Sie dienen allen Gleichgesinnten als Orientierung, als Wegweiser zu den Freunden, unter den Fahnen sammeln sich die Anhänger der betreffenden Mannschaft. Indem sie das Gesicht mit dem Wappen zieren, bekennen sie Farbe. Das heisst, dass sie sich offen zu einem bestimmten Lager zählen, sie machen sich erkennbar für Freund und Anhänger der gegnerischen Mannschaft, wie ein Schiff auf dem weiten Ozean Flagge zeigt. Fahne und Wappen im Gesicht symbolisieren die Zugehörigkeit zu einer Vereinigung, die man liebt, unterstützt, ja mit Worten und notfalls gar mit den Fäusten zu verteidigen bereit ist.

Aehnlich verhält es sich mit der Schweizerfahne als Landessymbol. Sie steht für die Staatsidee Schweiz, weniger für ein Stück Land. Letzteres besorgen die Kantonsfahnen auf eindrückliche und selbstsichere Art. Im Gegensatz zu vielen anderen Völkern, deren Existenz und innere Zusammengehörigkeit durch Geographie, Rasse, Kultur, Sprache oder Religion bestimmt sind, die sich in einem Königshaus real verkörpert sehen und nach aussen durch einen Monarchen oder ein bürgerliches Staatsoberhaupt vertreten werden, haben wir nichts anzubieten, als unser weisses Kreuz im roten Feld. Das Schweizerwappen ist das einzig Sicht- und

Greifbare von der Staatsidee Schweiz. Alles andere ist Philosophie, Vision, Ziel, Wollen, Weg. Wenn wir unser Hoheitszeichen grüssen, ehren wir daher nicht das Stück Tuch, sondern die grossartige Idee, welche durch die Schweizerfahne symbolisiert wird.

Wir haben gesehen, dass ein Staat, um den Bürgern ein Leben in Würde ermöglichen zu können, unter anderem eine Fahne brauche, wie wir jetzt wissen als Symbol, zur Identifikation. Von gewisser Seite wird dies bestritten, unsere Fahne belächelt, oft gar verspottet oder aus ideologischer Ueberzeugung abgelehnt. Warum? Weil Hitler die Welt unter der Hakenkreuzfahne ins Elend geführt hat und weil es heute wichtigere Ideale gebe, sagt man mir. Nur: Zielsetzungen, welche dann aufgezählt werden, wie Menschenrechte, Soziale Gerechtigkeit, Weltoffenheit, Solidarität, Europa, stellen keinen Gegensatz zu unserer Staatsidee dar, sind vielmehr darin enthalten und somit auch durch die Schweizerfahne symbolisch dargestellt. Was davon nicht erreicht ist, wartet der Verwirklichung durch die heute aktive oder eine künftige Generation. Die Bundesverfassung gewährt die dazu nötigen Freiheiten. Wer sich aber darauf beschränkt, lediglich unsere Fahne zu verspotten, bekämpft indirekt auch die obigen Forderungen. Und noch etwas: Wer die Schweizerfahne herunterholt, schafft Platz für Neues, das ist ja wohl auch das versteckte Ziel. Nur, was wird dann an neuen Symbolen gehisst? Neokapitalismus? Globalisierung? Internationale Nichtmehrschweiz? Mafiastaat? Europäische Kolonie? Egoistischer Wohlfahrtsstaat?

Das Bedürfnis der Sportfreunde im Stadion, sich die Gesichter in den Landesfarben zu bemalen und ihre Fahnen zu schwingen, entspringt dem urmenschlichen Bedürfnis, durch unterschiedliche Kennzeichen die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Menschengruppe herauszustellen. Wir werden dabei an die uralten Runenzeichen erinnert, an die Totempfähle der Indianer und natürlich an die Zeichen vorerst der verschiedenen mit dem Kriegshandwerk befassten adeligen Geschlechter. Später haben sich teilweise auch bürgerliche Familien ein Wappen zugelegt. Der Beginn der Fahnen- und Wappentradition in unserer Kultur liegt in der Zeit der Kreuzzüge. Während wir im kleinen, verwandten oder sonst bekannten Personenkreis zum gegenseitigen Erkennen keine zusätzliche Merkmale benötigen, wird die Kennzeichnung in grösseren oder aus Unbekannten bestehenden Gruppen durch Abzeichen, Armbinden, Uniformen, einheitliche zivile Kleidungsstücke wie Jeans, Leibchen oder Mützen nötig oder gewünscht. Besondere Bedürfnisse zeigten sich im militärischen Bereich, wo sowohl der einzelne Kämpfer auf kurze Distanz, wie auch Formationen auf grössere Entfernung, sicher erkennbar sein mussten. So stimmt für

Wappen und insbesondere für Fahnen, was Heraklit sagte: „Der Krieg ist der Vater aller Dinge“. Mit verschiedenen Zeichen und Farben wurden Schilder, Helmbüsche und Wimpel gestaltet, später erschien das Wappen auch auf dem Siegel, an der Burg oder als Hauszeichen. Auch die einzelnen Kohorten der Eidgenossen begleitete schon bald ein Fähnchen zur Standortbezeichnung in die Schlacht. Die damaligen Feldzeichen der Alten Orte erkennen wir zum Teil in den heutigen Kantonswappen wieder, den Uri-Stier, den Berner-Bär oder den Züri-Leu. Schwyz trug schon früh ein weisses Kreuzlein im roten Feld. Gelegentlich, so schon in der Schlacht bei Laupen 1339, haben sich die Berner und ihre Verbündeten, ein weisses Kreuz angeheftet. Da unser deutsch-österreichischer Erbfeind in der Zeit des Schwabenkrieges alle Eidgenossen Schweizer, gelegentlich auch Kuhschweizer nannte und die Eidgenossen die Bezeichnungen Schweiz und Schweizer seither selber zu verwenden begannen, ist es naheliegend, dass sich das weisse Kreuz im roten Feld bei uns zum allgemeinen Feldzeichen entwickelte, vorerst allerdings mit durchgehenden weissen Balken. Offizielles Wappen unseres Landes wurde das Schweizerkreuz erst 1815. Damals beschloss die Tagsatzung als Artikel 41 der neuen Verfassung: Das Siegel der Eidgenossenschaft ist das Feldzeichen der alten Schweizer, ein weisses, freistehendes Kreuz im roten Feld, samt der Umschrift SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT MDCCCXV. Man weiss nicht genau, warum das freischwebende Kreuz gewählt wurde. Naheliegend ist die Erklärung, dass dadurch ein Unterschied zum mit durchgehenden Balken gezeichneten Wappen des Hauses von Savoyen geschaffen werden sollte.

Mit diesem Tagsatzungsbeschluss begann auch die entsprechende Neugestaltung der Schweizerfahne und der Feldzeichen. Leider geriet aber auch die Fahnenfrage in die Mühlen von Föderalismus und Zentralismus. Wie wir es in solchen Lagen nicht anders kennen, wurden Kompromisse gesucht und gefunden: Fahnen mit durchgehendem weissem Kreuz, das Feld aber in den Kantonsfarben geflammt oder die neue Fahne mit dem Kantonswappen als Medaillon in der Mitte.

Es blieb dem späteren General Dufour vorbehalten, die Schaffung eines einheitlichen Feldzeichens voller Ueberzeugung und mit aller Kraft voranzutreiben. 1830 unterbreitete er den verantwortlichen Behörden einen entsprechenden Vorschlag, welcher aber erst 1840 in die Tat umgesetzt wurde. Zum eigentlichen Landeswappen wurde das neue Schweizerkreuz bei der Schaffung des Bundesstaates von 1848.

Dass wir gerade Dufour die einheitliche Landesfahne zu verdanken haben, ist kein Zufall, ja ist für mich von symbolischer Bedeutung. Als mit

der Militärordnung von 1817 in Thun die Zentralschule gegründet wurde, war der junge Dufour als Hauptmann im Lehrkörper, wenig später deren Kommandant. Als liberaler Patriot eher zentralistisch eingestellt, nicht zu vergessen, er war Genfer und Genf erst seit 1815 gleichberechtigter Kanton, verkörperte er bald den einigenden Geist des Offizierskorps. Er erkannte im Umstand, dass sich in seinen Zentralschulen, welche acht Wochen dauerten und zum Teil harte Prüfungen, sogar mehrtägige Gebirgsmärsche etwa über die Gemmi ins Leukerbad und über den Lötschenpass zurück umfassten, Offiziere aus allen Kantonen und allen Waffengattungen kennen und schätzen lernten, als Chance für den eidgenössischen Gedanken. Die einheitliche Ausbildung aller Kommandanten, die Unitée de doctrine und das in den Zentralschulen gewonnene gegenseitige Vertrauen sollten in den Wirren nach 1830 bis hin zum Sonderbundskrieg reiche Früchte tragen. Er erkannte wohl als einer der ersten, dass nur die über zentralistischem und föderativem Streben stehende Eidgenössische Gesinnung die Schweiz befrieden konnte. Dies zu erreichen, galt sein ganzes Schaffen. Die Erziehung der Kommandanten. Die Befähigung der kantonalen Kontingente zum gemeinsamen Einsatz. Die Verbesserung der materiellen und technischen Vorbereitungen der Armee. Die Schaffung eines zeitgemässen Kartenatlasses, der Dufourkarte. Die Beendigung von Aufständen in verschiedenen Kantonen ohne Blutvergiessen. Das Bestreben, Liberale und Zentralisten in einer übergeordneten geistigen Mitte zu vereinen. Die menschliche Lösung des Sonderbundkonfliktes. Die Grenzbesetzung im Neuenburgerhandel. Und, wie oben erwähnt, die Einführung der Schweizerfahne als einheitliches Feldzeichen.

Dufour ist der Mann, der im 19. Jahrhundert wohl am meisten zur Wiedererstarkung der Eidgenössischen Gesinnung geleistet hat. Als beredtes Zeichen seiner Geisteshaltung gilt sein Tagesbefehl zur Auslösung des Sonderbundfeldzuges, welchen Professor Reverdin als einen der schönsten Texte unserer Landesgeschichte bezeichnete. Auch das Volk erkannte die Grösse dieses Mannes. Er, der als Offizier und Privatmann sehr bescheiden lebte, der den Dienst am Vaterland über alle anderen möglichen Zielvorgaben setzte, wurde nach 1848 mit Ehrungen, von Kinderzeichnungen bis hin zu Landschenkungen, überhäuft. Als er 1875 stirbt, strömen sechzigtausend Menschen aus der ganzen Schweiz zu seinem Begräbnis nach Genf. Auf seinem Grabstein steht die von ihm selbst verfasste Inschrift: Guillaume Henri Dufour, Helvet. Dux (1787-1875).

Im Vorschlag zur Einführung eines einheitlichen eidgenössischen Feldzeichens hielt Dufour am 6. Dezember 1830 Gedanken fest, die bis heute

an Bedeutung nichts eingebüsst haben: „... Nur eine einzige Fahne zu haben, ist wichtiger, als man annehmen könnte, weil die Fahne das Zeichen des Sammelns ist, das Symbol des Volkstums. Wenn man dieselben Farben trägt, wenn man unter dem gleichen Banner kämpft, ist man eher bereit, einander in Gefahr beizustehen, man wird wirklich zu Brüdern. Und es scheint, dass ein feiner Unterschied die Männer voneinander trennt, wenn es einen solchen in den Fahnen gibt, unter denen sie angetreten sind. In schwierigen Augenblicken darf es jedoch keinerlei Unterschiede geben; alles muss daran gesetzt werden, ein kompaktes Bündel zu bilden..."

Neutralität und Solidarität

Der Umstand, dass wir bereits in früheren Zusammenhängen immer wieder von unserer Neutralität sprachen, zeigt, wie sehr diese mit unserer Staatsidee und der Innen-, Aussen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik vernetzt ist. Es ist daher auch verständlich, dass die Neutralitätsfrage je nach Epoche und nach dem persönlichen und politischen Standpunkt des Betrachters unterschiedlich beurteilt und bewertet wurde und wird. Und wenn die Neutralitätsfrage gar als Vehikel benützt wird um ausserhalb ihres Bereiches liegende politische Ziele zu verfolgen, können völlig gegensätzliche Bewertungen entstehen. Von einer unkritischen Verherrlichung bis hin zu einer absoluten Ablehnung. Auf solche kurzfristig-opportunistsische Betrachtungsweisen wollen wir nicht eingehen, weil sie der Sache sicher nicht gerecht werden. Es ist vielmehr richtig und wichtig, die Neutralitätsfrage in der langfristigen Perspektive und als Funktion der Eidgenössischen Gesinnung zu behandeln.

Zuerst gilt es mit aller Deutlichkeit festzustellen, was unsere Neutralität nicht ist: sie ist kein Dogma, schon gar nicht eine Religion! Zwei auf einer so verstandenen Neutralität aufgebaute Auffassungen sind daher sicher falsch: Einmal die Meinung, die Neutralität sei etwas so Hohes und Hehres, ja fast Heiliges, dass darüber kaum nachgedacht und diskutiert werden dürfe. Ebenso falsch ist aber auch die Einstellung, neutral sein sei eine moralisch so anspruchsvolle Zielsetzung, dass man ihr nie genügen könne, eine Neutralitätserklärung daher eine bewusste Täuschung, ein moralisches Mäntelchen für feige Drückebergerei und Profiteurtum, also etwas Scheinheiliges, etwas Schlechtes.

Ebenso deutlich und konsequent muss immer wieder betont werden, dass nicht das Ausland zu bestimmen hat, was wir unter Neutralität zu

verstehen haben. Neutralität ist ein nach unseren Vorstellungen aufgebautes und zu verwendendes Instrument aus unserem Sicherheitsbesteck, dient dem Erhalt von Frieden in Freiheit und Unabhängigkeit und schafft uns den Freiraum für eine wirksame internationale Friedensarbeit, ist also nicht das Ziel an sich, sondern Mittel zum Zweck, Methode.

Man muss dies wiederum im grossen Zusammenhang sehen: Unser Staatszweck ist es, den Bewohnern dieses Landes in grösstmöglichem Umfang ein Leben in Würde zu ermöglichen. Dieses Ideal ist nie voll erreichbar. Jede Generation wird bestrebt sein, auf dem Weg zu diesem Ziel soweit wie möglich voranzukommen. Der Sonderfall Schweiz besteht unter anderem darin, dass bei uns alle ins Gewicht fallenden Voraussetzungen seit der Gründung der Eidgenossenschaft gegen die Existenz dieses Staates sprechen, dass die Schweiz nur besteht, weil es eine Mehrheit des Volkes so will, wir also eine Willensnation sind. Ein so um sein Bestehen ringender Kleinstaat muss und darf für sich in Anspruch nehmen, alle ihm für seinen Fortbestand nötig erscheinenden Vorkehren selbständig zu bestimmen und zu handhaben. Wir handeln daher legitim, wenn wir die uns aus dem Neutralitätsrecht erwachsenden Dauerpflichten treu erfüllen, die uns angemessen oder nützlich erscheinende Ausgestaltung der temporär anzuwendenden Neutralitätspolitik jedoch von Fall zu Fall bestimmen.

Im Bereich Neutralität werden verschiedene Bezeichnungen verwendet, oft verwechselt, falsch verstanden oder gar missbraucht. Neutralität, Neutralitätsgedanken, Neutralitätsrecht, Bewaffnete Neutralität, ewige oder dauernde Neutralität, gewöhnliche und gelegentliche Neutralität, Neutralitätspolitik, Neutralismus, Neutralisierung. Schauen wir die unsere Neutralitätspraxis betreffenden Begriffe etwas näher an.

Am Anfang stand für uns zweifellos der Neutralitätsgedanke, zurückgehend auf das Schlüsselerlebnis Marignano. Die Einsicht, dass bei der sich abzeichnenden Zusammensetzung der Eidgenossenschaft und deren geostrategischen Lage Parteinahmen einzelner Orte oder gemeinsam zugunsten von Nachbarstaaten den inneren Frieden gefährden und die Feindschaft der benachteiligten Nachbarn hervorrufen können. Der Entschluss, sich nicht mehr in fremde Händel einzumischen und damit auf jegliche Grossmachtpolitik zu verzichten.

Neutralität ist also nach unserem Verständnis eine Verhaltensweise. Sie ist nicht nur ein Begriff der Diplomatensprache, sondern eine urmenschliche Verhaltensform von

Einzelpersonen und Gruppen. Neutral verhalten sich gute Eltern, wenn sie alle ihre Kinder gleich behandeln, keines begünstigen, sich in deren Kinderhändel nicht einmischen. Neutrales Verhalten erwarten wir auch

von Erziehern, Vorgesetzten, Richtern und Beamten. So gesehen ist Neutralität also nichts Ausserordentliches, viel eher müsste es als das Normale gelten. Eine Frage zuerst viel mehr der Ethik, denn der Politik. Keine Personengruppe kann harmonisch zusammenleben, wenn der Grundsatz der Neutralität nicht beachtet wird. Warum soll diese Einsicht nicht auch für die Staatenwelt gelten? Wäre es bei allseitig neutralem Verhalten nicht viel besser um den Frieden in der Welt bestellt? So gesehen müsste nicht der Abseitsstehende seine Neutralität erklären, sondern der Nichtneutrale seine Parteinahme.

Aber so einfach ist es leider nicht. Weil wir alle keine Engel sind. Weil es die Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von Wünschen gibt. In der Welt wie in der Nachbarschaft und in der Familie. Das Abseitsstehen der Eltern hört dort auf, wo das Grössere, Stärkere, Tüchtigere das Kleinere, Schwächere, Benachteiligte brutal ausnützt, mit Gewalt gefügig macht. Weil die grenzenlose Toleranz durch Intoleranz begrenzt wird. Hier muss zum Rechten gesehen werden. Durch die Eltern gemeinsam, mindestens in Uebereinstimmung. Es kann ja nicht so sein, dass der eine Elternteil sich neutral erklärt und die Hände in Unschuld wäscht, während der andere Richter oder Polizei spielen muss. Das gleiche Problem stellt sich im Bereich der zwischenstaatlichen Beziehungen. Dabei hat sich der Neutrale im gewaltigen, wirrvernetzten Spannungsfeld Frieden - Krieg - Gewalt - Menschenrechte - Völkerrecht - Kollektive Sicherheit - Solidarität die komplizierteste Position ausgesucht. Und dies gilt nicht erst heute. Auch wenn wir gefühlsmässig zur Annahme neigen, so schwierig und umstritten wie heute sei die neutrale Haltung noch nie gewesen. Denken wir an den Dreissigjährigen Krieg, die Zeit Napoléons und die beiden Weltkriege.

Alle an einem Konflikt Beteiligten sind zwar froh, den Neutralen nicht auch noch zu den Gegnern zählen zu müssen und nutzen die sich aus der Situation ergebenden Vorteile, um den Unparteiischen am Ende mit Vorwürfen einzudecken. Wer Liebkind sein will tut gut daran, sein Hemd immer wieder rechtzeitig richtig in den Wind zu hängen. Nur, die Hauptaufgabe der Aussenpolitik des Kleinstaates Schweiz ist nicht momentan Liebkind zu sein, sondern der Beitrag zur langfristigen Existenzsicherung unseres Landes und zur internationalen Friedensarbeit. Der Neutrale muss damit leben, dass seine langfristig angelegte Friedenspolitik wenig attraktiv erscheint und kurzfristig beurteilt keinen Lorbeer bringt. Auch er will nicht, dass ein kriminell handelnder Staat unbestraft bleibt. Solang es aber keine neutralen Sanktionsbehörden gibt, UNO und EU sind leider nicht unparteiisch, bestimmt er sein jeweiliges Verhalten im Rahmen seiner Neutralitätspolitik selbständig. Wie wir wissen, ist uns eine Teilnahme an

durch den Sicherheitsrat beschlossenen Massnahmen oft möglich. Wir verweigern das durch das Neutralitätsrecht Verbotene und bestimmen die im Rahmen der Neutralitätspolitik zweckmässige Mitarbeit. Im Bereich der Sicherheitspolitik sind uns dadurch enge Grenzen gesetzt. Der dauernde unversöhnliche Gegensatz von umfassender Neutralität und Kollektiver Sicherheit ist aber nicht hausgemacht. Er dürfte sich bei einer weltweit zunehmenden Vernetzung noch krasser bemerkbar machen und den externen und internen Kritikern unserer Neutralitätsphilosophie den Vorwand für erneute Angriffe liefern.

Dieses völlig ausweglos scheinende Lagebild entsteht allerdings dadurch, dass sich unsere Diskussion um die Neutralität in nach Schwarz und Weiss getrennte Grabenkämpfe verstrickt hat und mit akademischem Eifer und unter Zuhilfenahme der internationalen Neutralitätsterminologie Reviere absteckt und verteidigt, statt sich auf unser erprobtes Neutralitätsbesteck stützend den Kompromiss zu suchen. Wir neigen also dazu zu vergessen, dass wir als unabhängiger neutraler Kleinstaat das unbestreitbare Recht besitzen, die variablen Bereiche der Neutralitätspolitik unter Wahrung der Glaubwürdigkeit auf die aktuelle Nützlichkeit auszurichten.

Meinungsumfragen zeigen, dass rund vier Fünftel unseres Volkes für die Beibehaltung der bisherigen Neutralität eintreten. Dabei versteht der Grossteil unter Neutralität die Dauernde Bewaffnete Neutralität für den Fall und im Zusammenhang mit einem kriegerischen Ereignis, bekennt sich also zu der wohl folgenschwersten und anspruchsvollsten der möglichen Neutralitätsformen. Im Gegensatz zur international öfter gewählten Gewöhnlichen Neutralität, welche lediglich das Abseitsstehen bei kriegerischen Konflikten und die gleichbegünstigte Behandlung der gegnerischen Parteien verlangt, übernimmt der dauernd bewaffnet neutrale Staat zusätzlich bereits im Frieden zu handhabende Pflichten. So darf er keine militärischen Verträge eingehen, welche ihn im Kriegsfall der Entschlussfreiheit berauben könnten und er muss im Konfliktfall befähigt sein, seine Neutralität wirksam zu verteidigen. Er braucht also eine glaubwürdige Armee. Die immer wieder festgestellte grosse Zustimmung zu dieser Form der Neutralität bedeutet daher indirekt auch eine klare Bejahung der Landesverteidigung.

Angesichts der zunehmenden nichtmilitärischen Bedrohung unserer Sicherheit durch internationale Kriminalität, Drogenhandel, Migration oder Terrorismus, welche zugegebenermassen durch den einzelnen Staat kaum wirksam zu bekämpfen sind, ist die Zweckmässigkeit einer Absoluten Neutralität erneut ins Rampenlicht der Oeffentlichkeit gerückt worden und muss offen diskutiert werden. Wir verlieren unsere Glaubwürdigkeit nicht,

wenn wir bereits in Zeiten relativen Friedens eine Differenzierte Neutralität proklamieren. Das würde heissen, wir halten an der Dauernden Bewaffneten Neutralität fest, passen aber die Anwendung des übrigen Neutralitätsrechts, beispielsweise bezüglich Teilnahme an nichtmilitärischen Aktionen der UNO, der jeweiligen Situation an. Hier gilt es offen zu bleiben, damit wir dem Kontrapunkt zur Neutralität, der Solidarität, die nötige Aufmerksamkeit schenken können. Mit der Erhebung der Solidarität, einer Tochter der Neutralität zur Staatsmaxime, hat der Bundesrat kurz nach dem Zweiten Weltkrieg innen- und aussenpolitisch viel zur Akzeptanz unserer Neutralitätspolitik hinzugewonnen. Wieweit wir der damit gestellten Aufgabe in den letzten Jahrzehnten zu genügen vermochten, ist eine Frage des politischen Standpunktes. Und auch hier gilt: Das Mass der zu übenden Solidarität muss durch jede Generation neu bestimmt, aber dann auch bezahlt werden. Die Skala ist nach oben offen. Abzulehnen sind Umverteilungspraktiken, welche die Abwehrkraft der Armee schwächen und damit die Glaubwürdigkeit der Bewaffneten Neutralität gefährden würden. Bewaffnete Neutralität und Solidarität gegeneinander auszuspielen ist ohnehin unsinnig, weil beide letztlich dem internationalen Frieden dienen wollen und dieses Ziel gepaart leichter erreichen können. Unsere Neutralität steht nicht in Konkurrenz zur Solidarität, sie bildet vielmehr die solide Grundlage dazu. Sie hat zudem viel zum Aufbau des internationalen Vertrauens in unser Land beigetragen. Vertrauen aber bildet die unabdingbare Voraussetzung für jede erfolgreiche internationale Friedensarbeit.

Die Beschäftigung mit dem Neutralitätsrecht ist wohl sehr interessant, aber auch kompliziert. Einfacher, handfester, aber staatspolitisch nicht weniger bedeutungsvoll ist der in unserem Volk tiefverwurzelte Neutralitätsgedanke für das landesinnere Gleichgewicht.

Einmal belegt die Geschichte offensichtlich die Wirksamkeit der Bewaffneten Neutralität nach aussen seit Menschengedenken. Da gibt es nichts zu glauben, man kann es wissen. Diese Erkenntnis ist tief im Volksbewusstsein eingeprägt und daher geeignet, das Selbstvertrauen auch in fast aussichtslosen Situationen zu stärken. Als Bestandteil der Eidgenössischen Gesinnung überlagert sie die zentrifugalen Kräfte, fördert über alle Differenzen hinweg das Zusammengehörigkeitsgefühl und erlaubt eine tragfähige Identifikation mit unserer Staatsidee. Dabei spielen Analogieschlüsse anhand geschichtlicher Vergleiche eine bedeutende Rolle. Nicht auszudenken, was gewesen wäre, wenn wir uns im Dreissigjährigen Krieg nicht neutral erklärt hätten und sich unversehens Protestanten und Katholiken als Angehörige der beiden verfeindeten Lager gegenübergestanden

wären. Kaum vorstellbar, was wäre, wenn wir 1848 das Paktangebot des italienischen Königs Carlo Alberto gegen Oesterreich unter Preisgabe der Neutralität angenommen und als Folge das Tessin verloren hätten. Sehr gefährlich für unser Land wäre es gewesen, wenn wir während des Ersten Weltkrieges nicht auf Mahner wie Carl Spitteler gehört und die nach Sprachgebieten geteilten kulturbedingten Sympathien für die jeweiligen ausländischen Nachbarn höher eingestuft hätten als die Eidgenössische Gesinnung. Katastrophal, wenn wir rechtzeitig, wie die Deutschfreundlichen meinten, den Anschluss an Hitlers Reich gesucht hätten (!).

Zweitens bildet unsere Neutralität das beste Elixier gegen eine interne Zerreissprobe infolge eines Zerwürfnisses unter zwei Nachbarstaaten. Das schweizerische Abseitsstehen, die Position unseres Staates als Unparteiischer, ermöglicht dem Einzelnen die Erfüllung seines Rechtes auf Gesinnungsfreiheit und zudem kann auf diese Weise die drohende Gefährdung der inneren Einheit durch eine staatliche Begünstigung der einen oder anderen Partei vermieden werden.

Drittens erlaubt unsere Neutralität durch ihre innenpolitische Wirkung eine, wenn vielleicht auch bescheidene, europäische Klammerfunktion, indem dadurch die Dienstleistung der Schweiz als Kulturbrücke zwischen unseren Sprachgebieten einerseits und den entsprechenden Nachbarländern anderseits, auch während europäischen Konfliktsituationen möglich bleibt.

Gerade dieser dritte Aspekt zeigt in aller Deutlichkeit, wie typisch europäisch unser Land ist. Stellen wir uns vor was wäre, wenn die europäischen Staaten den von Churchill in seiner Züricherrede 1946 geäusserten Vorschlag zu Herzen genommen hätten, das neue Europa entsprechend dem Modell Schweiz aufzubauen! Und nehmen wir an, die EU würde auf Dürrenmatt hören, wenn er sagt, die Schweiz müsse nicht europäisch, Europa müsse vielmehr schweizerisch werden! Die EU würde den Maastrichterbeschluss, dem Grundsatz der Subsidiarität zu folgen, in die Tat umsetzen, De Gaulles Wunsch nach einem „Europa der Vaterländer" erfüllen, auf jedes zentralistische Machtgehabe verzichten und nur regeln, was im Interesse aller Europäer geregelt werden muss. Alle europäischen Staaten würden sich neutral erklären, ihre Armeen auf Verteidigungsstärke reduzieren und auch auf militärischem Gebiet nur gemeinsam lösen, wozu das einzelne Land nicht in der Lage ist, die Fernaufklärung mittels Satellit etwa oder den Bau von Kampfflugzeugen. Doch ich träume. Die EU entwickelt sich in entgegengesetzter Richtung. Und Delors sagte, für direktdemokratische und neutrale Staaten sei in der EU auf die Dauer kein Platz. Darum ist, solange die EU ihr Demokratieverständnis nicht ändert,

die Beitrittsfrage für uns vom Tisch, vermutlich auf Jahrzehnte. Wir können und wollen uns mit einer bloss repräsentativen Demokratie nicht zufrieden geben und sind nicht bereit, auf unsere bewährte Bewaffnete Neutralität zu verzichten.

Dies bedeutet, dass wir weiterhin, wie bereits zur Zeit des braunen Schattens, die Rolle des aus Brüsselersicht ungeliebten direktdemokratischen und neutralen Stachelschweins spielen, verbale Angriffe parieren und kritische Fragen den Sachverhalt erklärend beantworten müssen. Auch was unser Neutralitätsverständnis anbetrifft.

Und noch stärker als bisher sehe ich gerade die Neutralitätsfrage auch intern zum Streitobjekt werden. Nicht der eigentlichen Sache wegen. Der Inhalt unserer Neutralität interessiert die massgeblichen Verfechter der „Political Correctness" schon gar nicht mehr, weil sie die Armee ohnehin bereits abgeschafft sehen, nein, sondern weil die Neutralitätsfrage bei einem Grossteil unseres Volkes einen kräftigen Hemmschuh gegen den obrigkeitlich geplanten EU-Beitritt darstellt. So sind denn die hauptsächlich vorgebrachten Argumente für einen Verzicht auf unsere Neutralität meist schal und zeugen oft von wenig staatspolitischem Instinkt.

Neutralitätsgegner argumentieren, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Fall der Mauer sei unsere Neutralität, welche vorher durchaus zweckmässig gewesen sein möge, sinnlos und damit hinfällig geworden. Nach meiner Beurteilung verhält es sich aber eher umgekehrt. In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, als die UdSSR noch eindeutig die Weltherrschaft anstrebte, der freie Westen sich zu einer Phalanx gegen die kommunistische Gefahr zusammenraufen musste, nachdem die KP Schweiz als Folge der kommunistischen Eskapaden in Berlin, Prag und Budapest praktisch bedeutungslos wurde und damit innenpolitisch kein Problem mehr darstellte, hätte man vielleicht eine partielle Aufgabe unserer Neutralität diskutieren können. Seit den Ereignissen von 1989 jedoch ist die Bedeutung der Neutralität markant angestiegen. Der Abzug der Sowjets hat in Westeuropa ein Vakuum und damit eine vermehrte Unsicherheit erzeugt. Als Beispiel möglicher Folgen ist der jugoslawische Bürgerkrieg zu nennen. Und die zentralistischen Bestrebungen der EU erzeugen in den betroffenen Staaten als Reaktion starke nationale Bewegungen. Während die EU die Grenzkontrollen aufheben, die Freizügigkeit gewähren, den Euro einführen und die politische Einheit verwirklichen will, gedeihen europaweit alte und neue Bestrebungen zur Selbständigkeit, zur Schaffung überblickbarer Räume, so in Nordirland, in Belgien, im französisch-spanischen Grenzraum, in Spanien, Korsika, Norditalien und im Südtirol. Die Tschechen und Slowaken haben sich bereits getrennt.

Zudem hat die Wiedervereinigung der beiden deutschen Teile das Kräfteverhältnis in Europa massgeblich gestört. Die Folgen der Wirtschaftskrise, die Währungsunion oder Immigrationsprobleme können das gute Einvernehmen zwischen unseren Nachbarstaaten gefährden. Gerade in einem solchen Fall könnte unsere Neutralität, auch und gerade innenpolitisch, wieder entscheidende Bedeutung gewinnen.

Die Neutralitätsfrage lässt sich nicht an Tagesaktualitäten messen, sie will langfristig beurteilt sein. Man bedenke: Hitler hat nach 1933 innert drei Jahren eine allen andern überlegene Armee aus dem Boden gestampft. Der Aufbau einer Milizarmee nach unserem Muster dagegen erfordert zwanzig bis dreissig Jahre. Und wer hätte 1985 geglaubt, dass 1992 UdSSR und Mauer nicht mehr sein würden?

Gehen wir sorgsam um mit unserer Neutralität, dieser einmaligen Kostbarkeit und bedeutenden Säule der Staatsidee Schweiz!

Unsere Milizarmee

Wieviele Aktivdiensttage hast Du? Mit dieser oft alles entscheidenden Frage wurde während Jahrzehnten so manches Gespräch zwischen Soldaten eröffnet. Und wehe dem, der keine hatte. Ich habe es als Armeeneuling um 1950 erlebt. Die Anzahl Diensttage bestimmte die Rangliste des Klubs der Erhabenen. Viel später kamen die Nachgeborenen, wenn überhaupt. Man hat uns nicht verachtet, dafür waren die Bewährten zu anständig, zu ernst, zu würdig. Man hat uns mit Nachsicht behandelt, denn wir konnten ja nichts dafür. Aber man wollte uns nicht so recht ernst nehmen. Uns fehlte eben manches, und wir wussten es. Wir hatten den Krieg zwar als Jugendliche miterlebt, aber nicht an der Grenze gestanden. Dazwischen lagen Welten.

Skifahrer wissen, was passiert, wenn die verflixten Dinger plötzlich auseinanderlaufen und man nicht rechtzeitig auf den linken oder rechten Ski umsteigen kann. Aehnlich fühlte ich mich während meiner ganzen Militärzeit. Weder Fisch noch Vogel, den Krieg zwar als Kind erlebt, aber eben nicht als Soldat. Auch nach dreissig Jahren trugen meine Vorgesetzten noch die Aura der Aktivdienstveteranen. Selbst als ich auch an die 1500 Diensttage, darunter sogar Aktivdiensttage einer ganz besonderen Gattung im Büchlein hatte, dazu die Ehre, das ehemalige Generalbataillon 195 zu führen, der Makel blieb. Dabei gehörte ich im Herzen immer zu ihnen. Ich lernte unter ihnen grossartige Persönlichkeiten kennen, die ich liebte, verehrte und von denen ich viel für mein ganzes Leben lernen

durfte. Durch ihre Auftragstreue, Einsatzfreude, Konsequenz, Selbstdisziplin und Kameradschaft wirkten sie noch während vieler Jahre als Vorbilder in der Nachkriegsarmee. Als Früchte des Aktivdienstes prägten ein spezieller Geist, ein gesundes Vertrauen zwischen Chargierten und Mannschaft und eine positive Einstellung zur Landesverteidigung die von ihnen kommandierten Dienste, welche dadurch zu erinnerungsvollen Erlebnissen wurden. Das war gelebte Verbindung von Bürger und Soldat. Die Milizarmee als Schule der Nation. Es ist zu bedauern, dass die heutigen AdA, so heissen neuerdings die Soldaten, an dieser Dimension unserer Armee zu zweifeln beginnen und gar dazu neigen, die selbstverständliche kompromisslose Pflichterfüllung der Damaligen zu belächeln. Die Aktivdienstgeneration trägt an dieser Entwicklung keine Schuld. Wir, die wir den Stab zwar übernommen aber nicht sorgfältig genug weitergereicht haben, wir müssen diesen Umstand verantworten. Im Verlauf der letzten Jahrzehnte ist die Tendenz gewachsen, unsere Jugend nicht mehr in patriotischem Geiste zu erziehen. Viele junge Menschen betrachten und erleben die Milizarmee daher nicht mehr als Eckpfeiler der Staatsidee Schweiz.

Bei uns war das anders. Schon als Knirps erlebte ich die Präsenz der Armee fast täglich hautnah.

Als wir als Zweitklässler für die Soldatenweihnacht Zeichnungen anfertigten. Der Empfänger meiner Zeichnung war Angelo Clematide von Amriswil, Angehöriger des Sap Bat 7. Er schrieb mir, besuchte mich, wurde mein Soldat, ich war stolz auf ihn, den unbeirrbaren Patrioten. Die Freundschaft bestand ein Leben lang.

Als wir auch Dienst leisteten, in unserer Bubenarmee, mit bunt zusammengeflickten Uniformen, aus Holz gebastelten Gewehren, Pistolen und Säbeln. Das Dienstbüchlein besitze ich noch heute. Mit dem Jodeintrag. Schild Winz war der Sanitäter, sein aus einer Schuhschachtel umgebauter Sanitätstornister enthielt, was man notfalls so brauchte. Auf einem Ausmarsch ins Feld befahl Schopfer Peigg, unser Hauptmann: „Am Wegrand absitzen, mit einem Stein an einem Arm oder am Bein ritzen, es muss bluten, Winz, joden!“ Wir lernten so ohne Gejammer Schmerz ertragen. Wenn mich heute mein Zahnarzt fragt, ob er eine Spritze verabreichen solle, verneine ich.

Abplanalp Fritz, ein Nachbar, arbeitete im Zeughaus, trug täglich Uniform. Abends lehrte er mich in einer von einer Strassenlampe beleuchteten Hofstatt skifahren. Er war die Güte und Zuverlässigkeit in Person. Entsprechend redete er auch über seine Aufgabe, über das von ihm gepflegte Material.

Alle rechtschaffenen Leute in unserem Bekanntenkreis trugen Verantwortung in mindestens einem der Behauptungsbereiche. Sechs von acht Lehrern waren Offiziere, unser Doktor war Sanitätshauptmann und der Pfarrer Feldprediger. Mein Götti, der alle paar Monate mit seiner Kompanie in unserem Dorf mobilisierte oder abgab, war Oberleutnant. Einer meiner Lehrer war im Nebenamt Präsident des Gemeinderates und in der Armee Hauptmann meines Vaters. Ich dachte nie daran, nicht Offizier zu werden.

Als Pfadfinder lernten wir nicht nur mit Karte und Kompass umzugehen. Wir suchten, und wenn wir darob von andern Buben auch ausgelacht wurden, das Versprechen zu halten, nach dem Gesetz zu leben, die tägliche gute Tat zu vollbringen. Nichtraucher zu sein war Ehrensache. Wer die Pfadfinderbewegung geringschätzt, versteht nichts von Erziehung oder will, dass sie nicht stattfindet. Wer über Jugend und Erziehung nachdenkt, und welcher Eidgenosse tut dies nicht, muss die Pfadfinderidee kennen und Baden Powells Buch „Pfadfinder" gelesen haben. Mir hat diese Bewegung Entscheidendes mitgegeben für Familie, Beruf und Militär.

Der Vater, stolzer Wachtmeister, Gründer des örtlichen Unteroffiziersvereins und Schützenpräsident, Patriot durch und durch, sagte: Die schönsten Funktionen in der Armee sind Hauptmann und Feldweibel, weil diese eine grosse Verantwortung tragen, dafür auch das Sagen haben und im direkten Kontakt stehen mit der Mannschaft. Ich freute mich auf die Rekrutenschule.

Ich wurde ein überzeugter Soldat, habe im Verlaufe der Zeit manche Funktionsstufe und alle Heeresklassen durchlaufen. Unsere Tochter sagt, ich sei immer im Militärdienst gewesen. Das stimmt nicht. In vierzig Jahren Familienleben waren es vier Jahre. Das macht zehn Prozent. Das war mir die Sache wert. Ich kann mir mein Leben ohne die Sparte Militär nicht vorstellen. Soldatsein war ein selbstverständlicher Teil meines Daseins.

Wesentlich scheint mir, dass ich die Erfüllung der Dienstpflicht nie als etwas Aussergewöhnliches oder Zusätzliches empfunden habe, sondern als gleichwertigen Teil der Matrix eidgenössischen Lebens als Mensch, Bürger und Soldat, vernetzt mit Pestalozzis Dreiklang Kopf, Hand und Herz. Ich sehe den Eidgenossen, aufgerufen als Mensch zu fühlen, als Bürger zu denken und notfalls als Soldat zu handeln. In dieser Verbindung liegen Grösse und Stärke und die Einzigartigkeit unseres auf die allgemeine Wehrpflicht abgestützten Milizsystems.

Es könnte mich gelüsten, hier nun weitausholend über unsere Armee zu berichten. Aber ich verzichte darauf, weil ich weiss, dass die Leser grossteils selbst dienstpflichtig, also selbst grössere oder kleinere Fachleute

sind. Mit dem Militär verhält es sich wie mit der Schule. Da jeder zur Schule ging und die RS absolvierte, versteht er etwas von diesen Institutionen, kann darüber reden, hat etwas zu sagen. Aber einiges über die Zusammenhänge zwischen der Staatsidee Schweiz und der Armee muss hier dennoch besprochen werden.

Der Milizgedanke lässt sich in unserer Geschichte weit zurückverfolgen. Tendenziell verhält es sich immer so, dass arme Gesellschaften das gefährliche Geschäft der Verteidigung selbst besorgen müssen, während reiche andere für sich kämpfen lassen. Als extreme Beispiele lassen sich die allgemeine Kriegswehrpflicht in der Alten Eidgenossenschaft einerseits und anderseits die französische Fremdenlegion anführen. Bis ins 14. Jahrhundert wurden in unseren Nachbarländern Ritter- oder Lehensheere gehalten, dann leisteten sie sich bis zur französischen Revolution und zum Teil noch länger Söldnerheere. Mit Napoleon brach das Zeitalter der Massenheere und damit der allgemeinen Wehrpflicht an. Bis zu diesem Zeitpunkt war das Militärwesen bei uns Sache der einzelnen Orte, allerdings mit der Verpflichtung, der Tagsatzung der Einwohnerzahl entsprechende Kontingente unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Die auf Bundesebene geregelte Wehrpflicht in heutiger Form kennen wir erst seit der Bundesverfassung 1848. Heute zeichnet sich wiederum eine Wende ab. Mehrere EU-Staaten haben die Wehrpflicht bereits abgeschafft, andere mindestens deren Stillegung beschlossen oder bereits eingeleitet. Anderswo werden krasse Aenderungen diskutiert, oft besteht die Wehrpflicht nur noch auf dem Papier. Abschaffung und Reduktion der Armee bilden auch bei uns ein heisses Thema.

Leider wird diese Diskussion oft parteipolitisch verbrämt und unsachlich geführt, all zu oft werden bei der Beurteilung schweizerischer und ausländischer Verhältnisse, Aepfel mit Birnen verglichen, ohne die Verschiedenheit der Wehrstrukturarten zu berücksichtigen. Möglich ist das Stehende Heer, immer unter den Waffen, bestehend grossteils aus Berufsmilitär. Ein Rahmenheer besteht aus Berufskadern, Wehrpflichtigen in Ausbildung und sogenannten Zeitsoldaten. Das sind Ausgebildete, welche für eine bestimmte Anzahl zusätzliche Jahre in der Armee verbleiben um dann ins zivile Leben zurückzukehren. Die übrigen Pflichtigen werden nach der Ausbildung entlassen und in die Reserve eingeteilt. Sie geben die ganze Ausrüstung ab und müssten notfalls neu ausgerüstet werden. Anders bei uns, wo der Pflichtige über Jahre eingeteilt bleibt und Waffe sowie persönliche Ausrüstung daheim aufbewahrt. Bei Bestandesvergleichen zwischen einer ausländischen und unserer Armee wird nun häufig der Bestand des Stehenden Heeres, also von Pflicht- und Zeitsoldaten ohne

Reservisten, unserem Totalbestand gegenübergestellt, wodurch das Bild um das zehn- bis zwanzigfache verfälscht wird. Stehend, also dauernd im Dienst, das Soldatenhandwerk berufsmässig ausübend, sind bei uns lediglich einige Prozent des Sollbestandes. Es sind dies die höchsten Kommandanten, die Instruktionsoffiziere, die Piloten des Ueberwachungsgeschwaders und die Festungswächter. Das Gros sind bei uns Nebenbeisoldaten, sind Bürger und Soldat gleichzeitig.

Wo es sich anstelle einer allgemeinen Wehrpflicht um eine selektive gezielte oder ausgeloste Verpflichtung handelt, Ungerechtigkeit und Korruption Einzug halten und dadurch jede Glaubwürdigkeit verloren geht, sind Abschaffung oder Ersatz durch eine Freiwilligen- oder Berufsarmee nicht mehr fern.

Die Niederlande schufen vor wenigen Jahren eine Freiwilligenarmee. Die ersten Erfahrungen sind ernüchternd und bestätigen unsere traditionelle Argumentation pro allgemeine Wehrpflicht: In der Freiwilligenarmee sinkt das Niveau, die durchschnittliche Allgemeinbildung ist deutlich tiefer. Mitgebracht wird „Lesen, Schreiben und eine Vergangenheit'", wie der holländische Militärwissenschafter Axel R. Huber das Problem zusammenfasst. Die Gruppenersten, die Zugpferde fehlen, die Ausbildung muss entsprechend angepasst werden. Die Leute verlangen körperliche Höchstleistungen, wollen geschunden sein, wodurch die Berufskader überfordert werden. Rambos versuchte man herauszufiltern. Die Freiwilligen sind eher konservativ, patriotisch, katholisch, monarchistisch, eher rechts als links. Sie sind leicht zu begeistern, aber eben so schnell demoralisiert. Die Wirtschaftskrise erleichterte die Rekrutierung, dennoch konnte der Bedarf nur zu 90% gedeckt werden. Ihr Einsatz im deutsch-holländischen Korps ist problematisch, weil die Holländer zutiefst antideutsch sind. Gesamthaft erinnert uns dieses Bild an die Charakteristik der französischen Fremdenlegion.

Noch stellen sich bei uns um die 80% der Bevölkerung hinter die Allgemeine Wehrpflicht, Milizsystem und Bewaffnete Neutralität, die Tendenz ist aber abnehmend. Es gilt zu verhindern, dass die Zustimmung unter 66% absinkt, was bedingt, dass die sicherheitspolitischen Diskussionen in Zukunft sorgfältiger und mit Einbezug der staatspolitischen Zusammenhänge geführt werden. Zu wünschen ist auch ein kritischerer Umgang mit Schlagwörtern. Etwa die in aller Munde liegende Forderung nach einer vermehrten oder vollständigen Professionalisierung unserer Armee. Was ist damit gemeint? Professionell heisst berufsmässig, aber auch fachmännisch. Professionelle Arbeit in der Armee kann auf zwei Arten erreicht werden. Durch eine artreine Berufsarmee oder dadurch, dass Chargierte und

Mannschaft unserer Milizarmee so gut ausgebildet werden, dass sie fachmännische Arbeit leisten können. Das ist machbar, wenn sich der zivile und der militärische Bereich gegenseitig befruchten. Wenn die Chargierten als Lehrende und Lernende zugleich Führungserfahrungen sammeln und im jeweils andern Bereich einsetzen. Ein Kompromiss ist nur soweit möglich, als lediglich die Milizfähigkeit übersteigende Aufgaben wie bisher Berufsleuten übertragen werden.

Das Milizsystem erlaubt durchaus professionelle Arbeit, vorausgesetzt Chargierte und Mannschaft sind motiviert, bereit zu Einsatz und Zeitopfern, bringen ihr ziviles Wissen ein, vorausgesetzt auch, dass das System getragen wird von einer Mehrheit des Volkes, vom Staat, von der Gesellschaft und von der Wirtschaft. Der Entscheid für das Milizsystem hängt auch davon ab, ob die ausserordentliche, einmalige und einzigartige gesellschaftspolitische Wirkung der Milizarmee weiterhin erkannt wird und erwünscht ist oder ob im Gegenteil mit der Abschaffung der Armee als verdecktes Ziel die Umkrempelung des Gesellschaftssystems erreicht werden soll. Die Frage der Rentabilität oder pazifistische Visionen werden dann in den Vordergrund geschoben, gezielt aber wird auf die Armee als Schule der Nation, als tragende Säule unseres Staatsbewusstseins. Wir sind in den Sechzigerjahren einmal in einer zweitägigen Kommandantenklausur der Frage nachgegangen, wie die Schweiz zehn Jahre nach der Abschaffung unserer Armee aussehen würde. Kaum vorstellbar, wie umfangreich der Katalog ausgefallen ist. Hunderte von Vernetzungen wirken nachhaltig im persönlichen und gesellschaftlichen Leben, in der Armee Gelerntes und Erfahrenes prägen, oft ohne dass wir es merken, unser Denken und Handeln in vielen Bereichen. Ohne Milizarmee wäre die Schweiz eine andere Schweiz, nicht mehr die Schweiz.

Wenn man uns als Ersatz für die für viele unbequem gewordene Milizarmee eine Berufs- oder Freiwilligenarmee anbietet, werden die sich abzeichnenden Nachteile gerne verschwiegen. Erinnern wir uns an das Beispiel der Niederlande. Der moderne, tendenziell dem Egoismus verfallene Mensch droht das Gemeinschaftsgefühl weitgehend zu verlieren, rein opportunistisch zu denken und sich allem, was ihm nicht umgehend nützlich erscheint zu verweigern. Er lässt nach Möglichkeit alles Unangenehme durch andere erledigen, er lässt die Alten versorgen, die Kinder betreuen, die Abfälle beseitigen. Warum sollte er nicht auch andere für sich kämpfen lassen? Wir können uns doch eine Fremdenlegion leisten!

Diese Denkart übersieht jedoch das allesentscheidende staatspolitische Argument pro Milizarmee. Es ist so, dass der Mensch seit der Vertreibung aus dem Paradies von einem dauernden weltweiten Frieden träumt. Aber

eben so sicher ist Gewalt ein Teil dieser Welt. Sie auszurotten ist Utopie und wird dies wohl leider bleiben. Durch uns Menschen lenkbar ist lediglich der Umgang mit der Gewalt. Wie schwer wir uns damit tun, wissen wir alle nur zu gut. Ob wir es nun als Einzelperson, als Eltern, Erzieher, Betreuer oder Vorgesetzte erleben, ob wir Zeitung lesen oder fernsehen: Gewalt ist allgegenwärtig und die Beteiligten sind immer wieder überfordert. So war der Umgang mit der Gewalt bereits ein Thema in den ersten Bundesbriefen und blieb es in unserer Gesetzgebung bis heute. Die Anwendung von Gewalt ist nur in Notwehr eines Einzelnen oder des Staates gerechtfertigt. Der darwinsche Kampf ums Ueberleben wird bei uns zivilisiert, indem der Bürger auf Selbstjustiz verzichtet und die Ausübung von Gewalt an den Staat delegiert. Dem staatlichen Machtmissbrauch wird vorgebeugt durch föderative Machtverteilung, Subsidiaritätsprinzip, Mehrheitsprinzip und klare Kompetenzzuweisung an Polizei, Gerichte und Armee. Das letzte und stärkste Glied in der Kette der Gewalt ist die Armee, bei uns die Milizarmee, die Bürgerarmee. Ihr Einsatz ist nur möglich, wenn Ziel und Zweck ihres Einsatzes durch die Mehrheit des Volkes getragen werden. So liegt der letzte Entscheid über die Anwendung von Gewalt wieder beim Bürger. Als Teil der bestimmenden Mehrheit und als Teil der Armee, als Bürger und Soldat. Der Kreis schliesst sich: Der Bürger verzichtet auf Gewalt, delegiert deren Ausübung an den Staat, welcher die letzte Gewalt über Milizarmee und Bürgersoldat wieder der Kontrolle des Bürgers unterstellt. Der Bürgersoldat dokumentiert seine Bereitschaft, indem er Waffe und Ausrüstung daheim aufbewahrt, Taschenmunition inbegriffen. Dahinter verbirgt sich im Hinblick auf alle möglichen Wechselfälle die Entschlossenheit des Souveräns, das Heft in der Hand zu behalten. Das Bewusstsein, im äussersten Fall die Delegation der Gewaltsausübung an den Staat rückgängig machen und selbst zum Rechten schauen zu können. Die Waffe in der Hand des mündigen freien Bürgers, Symbol der Ehrbarkeit und der Wehrbereitschaft, Stimmausweis an der Landsgemeinde, Beweis des Vertrauens zwischen Behörden, Armee und Volk.

Die jahrhundertalte Erfahrung mit Milizarmee, Waffenbesitz und dem Verzicht auf die Anwendung der so gesicherten Gewaltsfähigkeit bei Staat und Bürger bleibt eine der wichtigsten Säulen unserer Staatsidee. Wenn und solange wir es wollen.

Währung, Wirtschaft und die weite Welt

Obschon Währung, Wirtschaft und die weite Welt in der veröffentlichten Meinung immer wieder Schlagzeilen machen, standen sie in unseren bisherigen Betrachtungen nicht im Vordergrund. Das soll nun aber nicht heissen, dass wir sie als staatspolitisch unwichtig einstufen. Aber sie sind nicht das Mass aller Dinge und hier nur insoweit interessant, als sie für das Erreichen unserer Staatsziele von Bedeutung sind. Wir erinnern uns an die Diskussion um den EWR-Vertrag, von Gegnern und Befürwortern auf völlig verschiedenen Ebenen geführt. Es zeigte sich, dass viele unserer Mitbürger allein opportunistische Gesichtspunkte wogen und daher bereit waren, um des Profits willen staatstragende Teile unserer Souveränität zu opfern, sich aus wirtschaftlichen Gründen auf einen Kolonialvertrag einzulassen. Währung, Wirtschaft und die weite Welt bilden jedoch nicht das Ziel der Eidgenossenschaft, sie sind lediglich Bestandteil oder Betriebsstoff des Vehikels auf dem Weg zu einem würdigen Leben. Währung und Wirtschaft sind für den Menschen da, nicht umgekehrt. Trotzdem wäre es verwerflich, ihre grosse Bedeutung in unserem staatlichen Leben bestreiten zu wollen.

Wir erinnern uns: Ein freies Volk braucht nebst einer Fahne und einer Armee auch eine eigene Währung. Leicht ironisch und auf uns bezogen: Die hehre Schweizerfahne, die stolze Milizarmee, den lieben Schweizerfranken. Ueber Fahne und Armee als Säulen unserer Staatsidee haben wir früher gesprochen. Die Betrachtung unseres Geldes führt uns in ein uraltes und zugleich hochaktuelles Spannungsfeld. Geld lässt keinen kalt.

Wenn es nur das verfluchte (fehlende) Geld nicht gäbe möchte man ausrufen, wenn Ende Lohn noch eine Menge Monat übrig bleibt. Und wir verachten den Neureichen, welchem der Tanz ums goldene Kalb zum Lebensinhalt wird, sind selber jedoch kaum besser. Alle schimpfen über das Geld, aber alle möchten genug davon haben. Und wir achten genau darauf, wie andere damit umgehen. Allerdings wissen wir nur zu gut, dass nicht das liebe Geld an sich das Problem bildet, sondern unser Verhältnis dazu. Aehnlich wie die einzelnen Menschen verhalten sich in diesen Dingen auch die Staaten zueinander. Wenn die Berichterstatter wahr berichten, kennt die ganze Welt den Schweizerfranken, aber kaum unser Land, das oft mit Schweden verwechselt werde. Es scheint also schon so zu sein, dass nicht nur wir selbst Mühe bekunden, unsere Währung objektiv zu betrachten. Fragen wir uns daher ganz pragmatisch: Welche Bedeutung besitzt unsere Währung für unser Staatsverständnis und wie sind die Zusammenhänge zu erklären.

Recht hat wohl schon ein bisschen, wer behauptet, wir Schweizer seien allesamt Bänkler und geizige Batzenklemmer. Das liegt in unserer Natur und hat Tradition. Wir erinnern uns, auf der Alpennordseite kann nur überleben, wer willens und fähig ist, für die frostigen Wintermonate und mögliche karge Zeiten Vorräte anzulegen. Vorräte, welche nicht verschimmeln. Auch Geld, welches das vielseitigste Tauschmittel darstellt. Sparen bedeutet uns daher nicht Spielerei, sondern Ueberlebensstrategie, ist nicht apriori unmoralisch, vielmehr vorerst notwendig. Und wir stehen dazu. Währung und Banken gehören daher so selbstverständlich zu unserem Land wie der Speicher zum Bauernhaus und das Kässeli zum Dorfverein. Sparen ist bei uns auch seit je Staatsauftrag. Schon lange bevor die Goldreserven unserer Nationalbank Weltaufmerksamkeit erregten, galten unsere alteidgenössischen Orte und Städte als reich und wurden selbst von fürstlichen Häusern als Geldleiher geschätzt. Behäbig seien unsere Städte, Dörfer, Bauernhöfe, die Schweiz insgesamt. Hinter behäbig verbirgt sich das Wort Haben, im schweizerischen Wortgebrauch bedeutet es wohlhabend. Wohlhabend sein bedeutet nicht dasselbe wie reich sein. Wohlhabend sein heisst für mich, keinen Mangel leiden, reich sein dagegen im Ueberfluss leben. Wohlhabend sein tönt positiv, anständig, gut bürgerlich, reich dagegen leicht anrüchig. Wohlhabenheit vermag man zu erarbeiten, hätte sie dann also im wahren Sinn des Wortes verdient. Reichtum dagegen ist suspekt. So viel kann einer gar nicht verdienen, sagt der Volksmund. Geerbt, kassiert, ergaunert? Und zur Verteidigung: Was heisst schon reich? Geld stinkt nicht. Wer hat, muss nicht betteln gehen.

Wer zieht die Grenze zwischen Wohlhabenheit und Reichtum? Als Bürger dieses Staates schäme ich mich nicht, wenn wir als wohlhabendes Land bezeichnet werden. Dieser Zustand ist aber nicht vorrangiger Teil unserer Staatsidee. In der Bundesverfassung 1848/74 stand nämlich nichts von Wohlstand. Die als vierter Teilzweck erwähnte gemeinsame Wohlfahrt meint wohl eher ein Leben in Würde. Ein wichtiger Pfeiler unserer Staatsidee ist aber trotzdem, unserer Behäbigkeit entsprechend, die Wertbeständigkeit des Schweizerfrankens, die solide Währung. Unsere Währung, gekoppelt mit der innenpolitischen Stabilität und dem militärischen Schutz des Landes, schenkte dem Finanzplatz Schweiz den guten Namen als Welttresor. Nicht der Reichtum ist Teil unserer Staatsidee, sondern die Solidität unserer Währung. Und diese bleibt nur so lange erhalten, als eine Mehrheit unseres Volkes für innere Stabilität und Verteidigungsbereitschaft eintritt. Das sollten auch unsere Reichen und die Banken bedenken. Unsere Staatsidee geht davon aus, dass auch Reiche und die Vertreter der Wirtschaft Eidgenössischer Gesinnung verpflichtet bleiben. Tun sie es

nicht, wird sie das Volk nicht mehr akzeptieren, mindestens aber verachten. Unsere Staatsidee, wie sie sich, nach der läuternden Prüfung und Reifung in der Krisen- und Kriegszeit um 1950 auf ihrem vorläufigen Höhepunkt darbot, stellte hohe ethische Anforderungen an jene, die über Macht verfügen, sei diese nun auf staatliche, politische oder wirtschaftliche Kraft gegründet. Das Erlebnis, die schwierigen Jahre gemeinsam gemeistert zu haben, liess einen auf gegenseitigem Vertrauen gründenden und in die Herzen geschriebenen, auf das künftige Gesellschaftsleben ausgerichteten Kodex entstehen und in unsere Staatsidee einfliessen, welcher für die Nachkriegszeit zu grossen Hoffnungen berechtigte.

Sind denn materielle Zielsetzungen und Eidgenössische Gesinnung überhaupt vereinbar? Dies würde ja bedeuten, dass der Handelnde seine Entscheide nicht nur an der momentanen Nützlichkeit misst, sondern auch die Folgen für die Allgemeinheit, die Mitbetroffenen, die Zukunft berücksichtigt. Viele politisch oder wirtschaftlich bedeutende Männer haben dies in der Vergangenheit getan. Ich stehe als Zeuge, habe solche Leute erlebt. Leute, welche ihren Ueberfluss mit den Schwächeren teilten, das Gemeinwohl förderten, als Kunstmäzene wirkten und einen Teil ihrer Kraft in unseren Milizsystemen einsetzten. Auch ich muss heute aber leider feststellen, dass da einiges Gold abzublättern droht. Doch davon später mehr.

Diese letzten Gedanken haben uns bereits zum Problemkreis Wirtschaft geführt. Der einleitende Satz zu Beginn der ersten Lektion im Fach Wirtschaftsgeographie wird meist lauten: „Die Schweiz ist ein rohstoffarmes Land“. Verglichen etwa mit Kuwait, wo der sprudelnde Rohstoff Mineralöl die fast ausschliessliche Lebensgrundlage bildet, sind wir buchstäblich arm dran. Wenn ich über unsere wirtschaftliche Ausgangslage nachsinniere, fällt mir jene Kreuzzug-Ballade ein, wo es heisst: „Als Kaiser Rotbart lobesam ins heilge Land gezogen kam, da musst er mit dem frommen Heer durch ein Gebirge wüst und leer, da litt gar mancher grosse Not, viel Steine gabs und wenig Brot.“ Wüst und leer ist unser Land nicht, aber der letzte Teil stimmt: Viel Steine gabs und wenig Brot. Dieser Umstand hat das Leben unserer Vorfahren beeinflusst und auf unseren Volkscharakter abgefärbt. Vier wesentliche Erleichterungen einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entfaltung fehlten uns seit je: Rohstoffe, Kolonien, Macht und Verbündete.

Aus der Not des Rohstoffarmen ist im Verlauf der Zeit eine Philosophie entstanden: Da wir nichts haben, müssen wir aus allem etwas machen. Wertschöpfung heisst hier das erste Zauberwort. Gediegen ausgedrückt könnte man es auch Veredelung nennen. Aus Eisen mach Uhren, aus Bergluft mach Tourismus, aus Gletscherwasser mach Strom, aus Topogra-

phie mach Verhandlungstrümpfe, aus Köpfchen mach Geld, aus Bildung mach Erfolg. Klima und Volkscharakter brachten ein Heer von fleissigen Machern hervor. Fachleute, welche wissen, wie man Armut in Reichtum wandelt, einen Nachteil zum Vorteil nutzt. Die Erkenntnis, dass auf der Alpennordseite nur der Tüchtige und Fleissige überleben kann.

Viele der mit uns in Konkurrenz stehenden Industriestaaten verfügten während der letzten Jahrhunderte, im Zeitalter des Imperialismus, über Kolonialmärkte fast unbeschränkten Ausmasses, in welche sie auch qualitativ weniger hochstehende Güter in grossen Mengen exportieren konnten. Oder sie besassen oder besitzen die Macht, sich neue Märkte zu erschliessen. Uns fehlen solche Voraussetzungen. Der Umstand, dass wir keine Altlasten aus der Kolonialzeit mitzuschleppen haben, unsere Neutralität und die von unserem Boden ausgehende humanitäre Tätigkeit verschaffen uns zwar einige ausgleichende Sympathien, doch das genügt nicht. Wir können den Marktnachteil nur dadurch ausgleichen, dass wir besser sind. Qualität heisst daher das zweite Zauberwort.

Zu den Kolonialmächten zählen oder nicht war für die gesellschaftliche Entwicklung der europäischen Staaten von entscheidender Bedeutung. Die Seefahrernationen Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Holland, Italien, Portugal, Spanien und in allerdings weit geringerem Masse und viel später Deutschland haben während Jahrhunderten über ihre Kolonien praktisch die ganze Welt beherrscht. Sie haben die überseeischen Gebiete ausgebeutet, das heisst, sie haben sich während Generationen Waren und Dienstleistungen angeeignet, ohne dafür den entsprechenden Preis zu bezahlen. Das bedeutet, dass der betreffenden Kolonialmacht mehr Ressourcen zur Verfügung standen als erarbeitet wurden. Da es sich dabei in der Regel - Frankreich 1848 bis 1852 und seit 1871 und die USA bilden Ausnahmen - um Monarchien handelte, floss die weitgehend unverdiente Wertschöpfung in die Kassen der europäischen Königshäuser, welche die Weiterverteilung im Kreise der Begünstigten, also unter ihren Günstlingen, vornahmen. In all diesen Nationen gab und gibt es daher noch heute Familien und andere Personenkreise, welche über unermessliche unverdiente Vermögen verfügten oder noch verfügen. Schichten, welche während Jahrhunderten nie das tägliche Brot selber verdienen mussten. Staaten, welche immer mehr ausgeben konnten, als im Lande erarbeitet wurde. Auch nach der Entlassung der Kolonien in die Freiheit blieben die Abhängigkeiten bestehen oder wurden noch ausgebaut. Mit dem Köder, unsere Zivilisation nachzuahmen, verleitete man die jungen unerfahrenen Staaten zur Aufnahme riesiger verzinsbarer Kredite. Folge dieser durch reiche Länder, Hochfinanz und Weltkonzerne so weitergeführten Aus-

beutung ist eine fortschreitende Verarmung ganzer Entwicklungsgebiete. Bei internen Machtkämpfen wurde oft von aussen eingegriffen, vor allem dann, wenn imperialistische Interessen im Spiel waren, all zu oft und von uns kaum bemerkt unter einem ideologischen Deckmäntelchen. Heute steigt die Zahl der von den Industriemächten bevormundeten Staaten, welche sich gegen die fremde Beeinflussung, Fesseln und Ausbeutung wehren und sich auf ihre eigene Kultur besinnen. Und Europa wird lernen müssen, aus eigenen Mitteln zu leben. Dies wird in den vom Ueberfluss verwöhnten Mutterländern zu harten Verteilkämpfen und damit zu schwerwiegenden sozialen Problemen führen. Diese, tonangebend in der EU, versuchen verständlicherweise das drohende Nullwachstum zu verhindern, wenigstens aber zu verzögern. Als neue Mitglieder werden daher vor allem Nettozahler wie die Schweiz und neue Märkte in Osteuropa gesucht.

Anders als im Bereich der Kolonialmächte verlief die Entwicklung im Binnenland Schweiz. Als solches sind wir seit Marignano nicht mehr in Versuchung geraten Kolonialmacht spielen zu wollen. Die naheliegende Vorstellung, Kolonisation zu betreiben sei ohnehin Seefahrernationen vorbehalten, wäre aber falsch. Einem modernen terrestrischen Kolonialismus frönen zur Zeit Russland in seinen Randgebieten und Israel in Palästina. Wir haben solchen Gelüsten seit Jahrhunderten widerstanden und dafür den entsprechenden Preis bezahlt. Im Gegensatz zu den Kolonialmächten blieben wir lange ein armes Land, weil wir nur über die aus eigener Kraft geschöpften Mittel verfügen konnten. Dementsprechend verlief bei uns die Entwicklung Richtung Sozialstaat massvoller als anderswo. Wenn sich auch unsere sozialistischen Bewegungen in Anlehnung an Vorgänge im Ausland in der Zeit um den Ersten Weltkrieg klassenkämpferisch gaben, führten die folgenden Krisen- und Kriegsjahre die verschiedenen Volksschichten näher zusammen. Die Einsicht wuchs, dass bei uns nur verteilt werden kann, was zuerst gemeinsam erwirtschaftet worden ist. Die Folge waren die Abkehr der Sozialdemokraten von Umsturzgedanken und der legendäre Arbeitsfrieden, welchem wir zu einem schönen Teil die Wirtschaftsblüte der Nachkriegsjahre verdanken. Die über Jahrzehnte sorgfältig gepflegte Gesprächskultur zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hat sich so zu einem nicht mehr wegzudenkenden Pfeiler unserer Staatsidee entwickelt.

Bleibt noch der Nachteil der fehlenden Verbündeten. Wir standen immer allein, schon seit Beginn der Absetzbewegung der ersten Eidgenossen. Namentlich seit dem Verzicht Maximilians auf unser Hoheitsgebiet im Jahre 1499, standen wir als direkt- demokratisches Gebilde, von demokra-

tiefeindlichen Monarchien umgeben, allein da. Unsere heutige Lage ist ähnlich. Wenn wir unserer Staatsidee treu bleiben wollen, sind wir auch künftig der Sonderfall Schweiz. Freiheit hat ihren Preis. Um nicht ausschliesslich auf die oft neidischen Nachbarn angewiesen zu sein, suchen wir für unsere Produkte und Dienstleistungen Kunden in der ganzen Welt. Weltoffenheit ist daher das dritte Zauberwort. Und wer nun sagt, dieser Umstand bedinge den EU-Beitritt, liegt falsch. Das Gegenteil ist der Fall. Die EU will Europa gegenüber anderen Handelsblöcken abschotten, die Handelspolitik einheitlich von Brüssel aus gestalten. Wir aber wollen, weil wir müssen, auch zum Nutzen Europas, weltoffen bleiben.

Weltoffenheit liegt zutiefst in unserer Natur. Sie resultiert aus der ewigen Sehnsucht des in von Salis Kleinwelt Schweiz Lebenden nach Weite, nach dem Süden, nach dem Meer. Ihr kennt die Geschichte der Helvetier nicht? In der Zeit von Christi Geburt lebten diese in unserem heutigen Mittelland mehr schlecht als recht, zudem ständig bedroht von den Teutonen, welche immer wieder über den Rhein setzten und plündernd in ihre Dörfer einfielen. Unter Führung von Diviko zogen sie daher gegen Westen, kamen den Römern ins Gehege, schlugen deren Konsul Cassius Longinus und kehrten mit reicher Beute heim. Kaum fünfzig Jahre später, gestützt auf die Auswanderungspläne von Orgetorix und angemacht durch die schwärmerischen Frankreichschilderungen der Divikoveteranen, entschlossen sie sich zur Auswanderung, verbrannten ihre Dörfer und zogen südwestwärts, wo sie neuerdings auf die Römer stiessen. Bei Bibrakte wurden sie von Julius Cäsar geschlagen und kehrten reumütig in ihre Heimat zurück, diesmal als römische Untertanen. Seither hat sich bei uns manches geändert, geblieben aber ist die zehrende Sehnsucht nach dem Süden. Diese mag nebst der wirtschaftlichen Not mitgespielt haben, wenn Jahrhunderte später die Reisläuferei zum Blühen kam und überdurchschnittlich viele junge Menschen dem hiesigen harten Leben entfliehend in klimatisch angenehmere Gebiete auswanderten. Geblieben ist auch die Schimpferei über das Leben in der Schweiz, die immer wieder offen ausgesprochene Drohung, dieses Land demnächst endgültig zu verlassen. Die Hass-Liebe zu unserer Heimat, welche uns zu geradezu schizophrenen Verhaltensweisen führt: Wir wollen in die Ferne, kaum dort, empfinden wir Heimweh. Wir wandern enttäuscht aus, um am neuen Ort umgehend zu versuchen, eine Kopie des verlassenen Landes aufzubauen, New Bern etwa. Wir gründen über die ganze Welt verstreut Schweizerclubs, Schweizerschulen, Schützenvereine. Wir haben genug vom Alltag in dieser Enge und freuen uns in kaum zähmbarer Vorfreude auf bevorstehende Ferien am Meer. Wo wir dann unsere Direkte Demo-

kratie und die Neutralität vehement verteidigen, welche wir, noch daheim, doch ernstlich in Zweifel gezogen haben.

Aber gerade in diesem eigenartigen Verhältnis sehe ich das Hauptmerkmal der Beziehungen zwischen der engräumigen Schweiz und der weiten Welt. Viele Schweizer werden erst im Ausland zu Eidgenossen. Es wird wohl so sein, dass die entscheidenden Wesensmerkmale unseres Staatswesens auf Distanz und im Vergleich mit anderen Ländern markanter erkennbar werden. So ist es nicht erstaunlich, dass sich Auslandschweizer oft als besonders heimatliebend erweisen. Viele behalten ihr Schweizer Bürgerrecht über Generationen, besuchen ihre Heimat regelmässig, halten unsere Traditionen aufrecht, lassen die Kinder hier ausbilden und schicken ihre Söhne daheim in die Rekrutenschule. Wesensart und berufliches Können machen die Auslandschweizer zu wertvollen Botschaftern unseres Landes. Umgekehrt finden die Auslandschweizer einen festen Platz in unserem Staatsbewusstsein und dementsprechend auch im gültigen Regelungswerk. Augenfällig wird die Verbindung zwischen den beiden Volksgruppen im In- und Ausland, wenn der amtierende Bundespräsident etwa in der 1.-Augustansprache in den Medien auch die im Ausland lebenden Miteidgenossen direkt anspricht.

Heute gehört es fast zum guten Ton, von der Schweiz mehr Weltoffenheit zu fordern. Doch was heisst das eigentlich? Und wie wird Weltoffenheit gemessen? Aussenpolitik, sichtbar international präsent und tätig sein, mitreden, mit den andern den Frieden dort schützen wo er gefährdet ist, solidarisch sein, so hören wir.

Tatsächlich betrieb die Schweiz bisher in der Regel keine eigentliche aktive Aussenpolitik. Das ging schon aus der Bezeichnung des entsprechenden Departements hervor, es hiess Departement des Auessern oder des Auswärtigen, es war die Bundesstelle, welche sich mit Problemen mit dem Ausland beschäftigte, falls sich solche ergaben. Gesucht hat man sie nicht. Weil Aussenpolitik immer Machtpolitik ist, waren wir, seit Marignano, in dieser Beziehung zurückhaltend. Unser Verkehr mit dem Ausland richtete sich nach den Grundsätzen der Dauernden Neutralität, wir betrieben auch in Zeiten relativen Friedens Neutralitätspolitik. Was soll daran falsch, unmoralisch sein? Wäre es denn schlecht, wenn sich alle Staaten dauernd neutral verhalten würden? Unparteiisch, kein Einmischen, gute Dienste leisten, Humanität, Solidarität, echtes Asylrecht. Dafür standen und stehen wir. Traditionsgemäss, basierend auf unserem föderalistischen Denken, betrachten wir Weltoffenheit nicht vorerst als Aufgabe des Bundes, sondern der Einzelperson, von privaten Organisationen, der Wirtschaft. Nicht vorrangig als Tanz auf dem politischen Parkett (!).

Wenn wir die gesamte staatliche und private internationale Präsenz aufrechnen, stehen wir proportional gesehen nicht schlecht da. Im Gegenteil. Fremde Dienste, Auswanderung, Welthandel, neutrale Haltung, gute Dienste im diplomatischen Bereich, humanitäre Tätigkeit und Reiselust haben uns ein fast weltdeckendes Beziehungsnetz beschert, eine Weltoffenheit die ihresgleichen sucht. Weltoffenheit und solidarisches Denken waren Teil der Eidgenössischen Gesinnung und damit in unsere Staatsidee eingebunden lange bevor „Political Correctness"-gesteuerte Kreise daraus einen Werbeslogan machten.

Wir sind stolz auf unsere Währung, auf den Schweizerfranken, welcher nur einmal seit Bestehen des Bundesstaates, als Folge der Weltwirtschaftskrise, 1936 abgewertet werden musste. Auf politische Stabilität und Solidität, welche die Tätigkeit der für uns lebenswichtigen Bereiche Finanzplatz und Wirtschaft ermöglichen. Auf den durch jahrelangen Arbeitsfrieden dokumentierten pfleglichen Umgang der Sozialpartner, der uns unseren Wohlstand ermöglichte. Auf unsere vielleicht eigenwillige, aber bewährte traditionelle Weltoffenheit.

Nicht Währung, Wirtschaft und Weltoffenheit an sich, aber wie wir mit ihnen umgehen, ist Bestandteil unserer Staatsidee.

Grenzen von Freiheit und Toleranz

Es gibt heute Leute die sagen: Hört mir auf mit eurer Freiheit! Wir sind weder frei noch unabhängig! Nichts als l. Augustgerede! Ein Mythos! Eine Lüge! Persönlich sind wir bestimmt von Paragraphen! Jedes und alles ist gesetzlich geregelt! Und staatliche Unabhängigkeit ist in der Zeit der Globalisierung eine Fiktion! In Tat und Wahrheit sind wir schon lange fremdbestimmt! Ringsherum herrscht Frieden und die übrigen Völker Europas schliessen sich zusammen, unser selbstgefälliges Beharren auf einer kaum mehr vorhandenen Unabhängigkeit wirkt lachhaft!

Wer so redet, verkennt den Kern der Sache und vereinfacht zu sehr. Zudem schimmert hier eine unrealistische Auffassung von Freiheit durch, von einer Art absoluter Freiheit, die es in der politischen Wirklichkeit so nicht gibt und gar nicht geben kann. Da es sich dabei um ein häufig anzutreffendes Missverständnis handelt, wollen wir die Freiheit als Teil der Staatsidee Schweiz eingehender betrachten.

Es ist offensichtlich, dass der Begriff Freiheit mit verschiedenen religiösen, philosophischen, politischen oder rechtlichen Inhalten gefüllt sein kann. Definieren lässt sich Freiheit als das Fehlen von Zwang. Die Ideal-

vorstellung von Freiheit wäre eine absolute, ungeteilte und unendliche Freiheit. Sie wäre dann etwas, das an sich, selbständig existiert. Wie aber die Definition zeigt, gibt es Freiheit nur als Abwesenheit von Zwang. Freiheit und Zwang gehören also zusammen. Freiheit beginnt dort, wo der Zwang aufhört. Wie ein Loch nur in etwas bestehen kann, also einen Rand voraussetzt und sonst nichts ist, gibt es Freiheit nur im Gegensatz zu Zwang. Ohne Zwang als Alternative wäre auch die Freiheit nichts. Freiheit ist daher immer begrenzt. Absolute Freiheit gibt es nicht. Umso wichtiger wird, wo die Grenze zwischen Zwang und Freiheit gezogen ist und wer die Grenze zieht, der Betroffene oder sonst jemand. Diese Zusammenhänge muss kennen, wer unsere Staatsidee verstehen und erst recht wer sie kritisieren will.

Durchleuchten wir die Begrenzung der Freiheit des Bundesstaates, im Verhältnis Bürger - Staat, in den zwischenmenschlichen Beziehungen und im persönlichen Bereich der Einzelperson in der Vorgabe der Staatsidee Schweiz um 1950, in der Zeit der grössten Uebereinstimmung von Ideal und Realität. Auf die nachfolgende Entwicklung des Spannungsfeldes Bürger und Freiheit wollen wir später eingehen.

Bereits der Bundesbrief von 1291 weist auf die Begrenzung der Freiheit hin. Die Gründerväter wollten auf den durch die Freibriefe eingeräumten Freiheiten und Rechten beharren und sich gemeinsam gegen die Uebergriffe des Hauses Habsburg wehren. Die Verpflichtungen der Täler gegenüber dem Kaiser und diejenigen der einzelnen Eidgenossen gegenüber ihren Herren blieb unangetastet. Die vollständige Loslösung vom deutschen Kaiser geschah dann 1499, die Befreiung der einzelnen Menschen je nach Ort zum Teil erst viel später. Die Vorstellung, die Eidgenossen hätten in absoluter Freiheit gelebt, wäre also falsch. Richtig aber ist, dass sich die Eidgenossen nach 1499 nur noch Bestimmungen beugten, welche sie sich selbst auferlegt hatten. Zuerst durch einstimmige Beschlüsse der Tagsatzung, später durch Mehrheitsentscheide des Volkes. Die Staatsidee Schweiz anerkennt daher nur selbstgewählte Zwänge, beugt sich also nur freiwillig angenommenen Bestimmungen (!). Eine Ausnahme bilden die durch Völkerbund und UNO gesetzten Menschenrechte. Das Problem des Umgangs mit dem modernen Völkerrecht besprechen wir später (!).

Wie weitgehend geniessen wir Freiheit als Bürger dieses Staates? Unsere persönliche Freiheit wird begrenzt durch die von der Mehrheit der Bürger oder durch das Parlament bestimmten Gesetze. Mit der im Rahmen unserer Rechtsstaatlichkeit freiwillig gewählten Einschränkung der persönlichen Freiheit, verhält es sich wie mit der früher besprochenen Hausordnung. Wie wir wissen, ist ein friedliches geordnetes Zusammenleben einer

Gemeinschaft ohne Regeln nicht machbar. Wer sich im Haus einmieten will, muss die bestehende Ordnung annehmen. Ueber künftige Regelungen kann er mitbestimmen, wobei die Mehrheit entscheidet. In Eidgenössischer Gesinnung erzogene, einsichtige und disziplinierte Bürger empfinden daher die gesetzlichen Schranken nicht als Schikanen. Sie akzeptieren diese als Notwendigkeiten. Schimpfen über die steigende Gesetzesflut hilft nicht. Abhilfe kann nur dadurch geschaffen werden, dass wir uns so verhalten, dass weitere Gesetze nicht nötig sind.

Daraus ergibt sich die Pflicht, Freiheit verantwortungsvoll und tolerant zu nutzen. Meine Freiheit endet dort, wo die Freiheit der andern beginnt. Nichts tun, was man nicht möchte, dass es auch die andern tun. Wie ist die Auswirkung auf die Allgemeinheit, wenn das, was ich zu tun gedenke, auch siebzig andere tun? Im Widerstreit zwischen Egoismus und Interesse der Allgemeinheit hilft uns die Eidgenössische Gesinnung, das vertretbare Mass zu finden. Diese Forderung richtet sich an alle irgendwie Tätigen im Lande. Privatpersonen, Politiker, Beamte, Wirtschaftsbosse und Journalisten, jeder und jede sind in diese Pflicht genommen. Konkret: Jeder Schweizer ist der Allgemeinheit gegenüber für all sein Handeln voll verantwortlich. Das wird leider immer häufiger vergessen, wie die nachfolgenden Beispiele eindrücklich zeigen.

In einem Medienseminar standen prominente Vertreter der Journalistengilde den Arbeitsgruppen Red und Antwort. Nachdem der stellvertretende Nachrichtenchef eines flächendeckenden Boulevardblattes die Strategie seiner Zeitung vorgestellt hatte, wurde er gefragt, wie man bei ihnen mit der staatspolitischen Verantwortung umgehe. Er erklärte ganz locker, dies sei in seinem Betrieb kein Thema, alleiniges Unternehmensziel sei Geldverdienen.

Ein sehr erfolgreicher Unternehmer sagte mir: Wenn Sie sich Prinzipen leisten können, ist das schön und recht; ich kann es nicht, ich bin Geschäftsmann. Voilà!

Die Staatsidee Schweiz setzt voraus, dass alle Beteiligten mit der Freiheit verantwortungsbewusst umgehen. Ist dies nicht mehr der Fall und wird die Toleranzgrenze fahrlässig oder wissentlich und willentlich überschritten, geraten wesentliche Voraussetzungen für unser friedliches Zusammenleben in Gefahr: Die verbindende eidgenössische Denkart, die Rechtsstaatlichkeit, die kulturelle und konfessionelle Verträglichkeit, die Kompromissbereitschaft gegenüber den Minderheiten und der soziale Frieden.

Die Staatsidee Schweiz strebt nach der grösstmöglichen Ungebundenheit bei der selbständigen Festsetzung der Freiheitsgrenzen. Vor der Ge-

schichte tragen wir die Verantwortung dafür, dass unsere Nachkommen über den gleichen Freiraum werden verfügen können wie wir heute. Sie müssen in Freiheit bestimmen können, wie unabhängig und neutral das Land sein soll und wieweit sie sich als Person Zwängen unterwerfen wollen. Dabei handelt es sich um das höchste Gut, das wir den Nachfahren vererben können. Es bildet den Kern der Staatsidee Schweiz, einmalig und einzigartig, modellhaft für die ganze Welt (!).

Wie wird man Eidgenosse?

Von einem jungen Bürger hörte ich den flotten Spruch: Mich hat niemand gefragt, ob ich Schweizer werden will! Wörtlich genommen, hat er natürlich recht. Aber was er damit sagen wollte, gefiel mir nicht. Aus seinen Worten klang Ablehnung, Abmeldung, Verweigerung. Auch Frustration, Mutlosigkeit, Enttäuschung und Verbitterung. Er könne mit alledem nichts anfangen, sagte er noch. Und Brot kaufen schon gar nicht. Gut sei, was ihm nütze. Die Schweiz brauche er nicht. Ob es die Schweiz in der Zukunft noch geben werde, sei ihm nicht wichtig, darin stimme er mit Frau Dreifuss überein (!).

Tatsächlich ist es so, dass ein Kind schweizerischer Eltern mit der Geburt das Gemeinde-, Kantons- und damit gleichzeitig auch das Schweizerbürgerrecht zuerkannt erhält. Ohne zu fragen. Unbürokratisch und ohne Leistungsausweis. Wer hätte je gedacht, dass diese Regelung einmal nicht allen passen könnte. Schwerer haben es da die einbürgerungswilligen Ausländer. Je nach Ort haben sie eine Einkaufssumme zu entrichten und sich über Kenntnisse in Sprache, Geschichte und Staatskunde auszuweisen. Wie es sich mit den verschiedenen Bürgerrechten verhält, haben wir früher erörtert. Wir wissen also, wie man Schweizer und Schweizerin wird. Hochschulen, Mittelschulen, Berufsschulen und Betriebe bilden Akademiker, Kaufleute, Beamte und Handwerker aus, doch wo und wie wird man Eidgenosse?

Eidgenossen und Eidgenossinnen? Eidgenossinnen? Das habe ich, soweit ich mich erinnern kann, noch nie gehört. Ich habe auch nicht festgestellt, dass diese Frage seit der Einführung des Frauenstimmrechts irgendwo erörtert worden wäre, wie überhaupt der Begriff Eidgenosse in den Massenmedien kaum mehr anzutreffen ist, es sei denn in ironischem Sinn oder wenn von einem militärdienstpflichtigen, darum subventionierten und daher als Eidgenoss bezeichneten Pferd die Rede ist. Früher haben Magistraten ihre Reden an das Volk mit “Liebe Miteidgenossen“ eingelei-

tet, heute sind wir nur noch "Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger". Die Scheu, den Begriff Eidgenosse zu verwenden ist also weitverbreitet und hat sogar unsere obersten Behörden erfasst. Im Fall der Volksansprachen gibt es drei Erklärungen für diese Unterlassung. Erstens sollen auch die Nichteidgenossen, also Ausländer und jene, die sich nicht mehr als Eidgenossen betrachten, eingeschlossen werden, dann will man der Klippe mit den Eidgenossinnen ausweichen und drittens ist der Ausdruck nicht mehr modern, bei breiten Bevölkerungskreisen geradezu out, um es in dem der betreffenden Denkart eigenen Jargon auszudrücken. Sonderbarerweise oder vielleicht gerade in jenen Kreisen, wo man sich sonst als Genossen und Genossinnen anzusprechen pflegt, wollen viele nicht mehr Eidgenosse sein oder genannt werden.

Aber wir wollen ja nicht wissen, wie man als Eidgenosse aussteigt, sondern wie man Eidgenosse wird. Nun, gesetzlich ist dies meines Wissens nicht geregelt. Es steht also nirgends, alle Schweizer oder alle Einwohner dieses Landes seien Eidgenossen. Schweizer oder Schweizerin wird man durch Geburt oder Einbürgerung, Eidgenosse darf man sein, so man will, und zwingen kann man keinen.

Auch was ein Eidgenosse ist, findet man nirgends dekretiert. Auch das muss, oder darf, jede Generation für sich neu definieren. Grundlegendes kann man nachlesen etwa bei Johann Heinrich Pestalozzi, Henri Dunant, General Dufour, Gottfried Keller, Carl Hilty, Carl Spitteler oder bei Historikern wie Dr. Arnold Jaggi, Im Hof oder Wolfgang von Wartburg. Sie alle lebten und wirkten wegweisend in verschiedenen gefahrvollen Zeiten. Sie sagten und schrieben entscheidende Worte. Pestalozzi zur Zeit Napoléons, Dufour vor und im Sonderbundskrieg, Keller im jungen Bundesstaat, Hilty bei der Verfassungsrevision, Spitteler im Ersten Weltkrieg und Jaggi im zweiten, später von Wartburg. Seither werden eidgenössisch denkende Historiker immer seltener (!). Kein Wunder, es ging uns ja an die fünfzig Jahre gut, wohl zu gut.

Nach meiner Auffassung ist Eidgenosse, wer unsere Heimat liebt, die materielle und die geistige, an die Staatsidee Schweiz und damit an unsere Mission für Europa und die Welt glaubt, sein Leben auch auf die in der Verfassung genannten Bundesziele ausrichtet, in Eidgenössischer Gesinnung mit Kraft als kritischer Mitstreiter an der Verwirklichung unserer Ideale mitarbeitet und notfalls bereit ist, sein Leben für das Vaterland einzusetzen. Der Anspruch ist beträchtlich, gesamtheitlich, umfasst Kopf, Hand und Herz.

Bleibt die Frage: Wie kommt man dazu, Eidgenosse sein zu wollen? Ich sehe da drei Wege. Einmal durch Erziehung, dem Dichterwort folgend,

dass im Hause beginnen muss, was leuchten soll im Vaterland. Das setzt voraus, dass in der Familie ein entsprechender Geist herrscht, die Kinder erzogen werden und nicht nur so heranwachsen, Vater und Mutter ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und die Unterrichtung ihrer Nachkommen in staatsbürgerlichen Fragen nicht einfach der Schule, der Strasse oder dem Fernsehen überlassen, unserem heutigen schon gar nicht (!). Dieses scheint bereits seit Jahren, alles daran zu setzen, unseren Kindern den Stolz auf ihre Heimat und damit jeden Mut und jede Lebensfreude zu nehmen. Es verletzt damit die Konzession und ich kann in keiner Weise verstehen, dass die verantwortlichen Stellen dies zulassen.

Viele Schweizer und Schweizerinnen werden daher erst im Verlaufe des Lebens, sozusagen auf dem zweiten Bildungsweg, aus Einsicht zu Eidgenossen. Dies kann auf mannigfaltige Weise geschehen. Durch persönliche Lebenserfahrungen, Beruf, Politik, Militär- oder Zivilschutzkarriere oder, was sehr häufig der Fall ist, durch einen Auslandaufenthalt. Oft braucht es den Vergleich mit den Verhältnissen in andern Ländern, um die Vorzüge unserer Staatsidee schätzen zu lernen. Die erst später erfolgende Zuwendung zu staatspolitischen Fragen bewirkt, dass der prozentuale Anteil der Eidgenossen mit jeder Altersklasse steigt.

Der dritte Weg führt über die Einbürgerung. Ich kenne eine Reihe Mitbürger, welche vor Jahren aus verschiedenen Ecken der Welt zu uns kamen, hier heimisch wurden, unser gesellschaftliches und politisches Gefüge schätzen lernten und, nachdem sie sich einbürgern liessen, überzeugte Eidgenossen wurden. Dies unterstreicht, dass die Eidgenossenschaft schon längst ein multikulturelles System bildet. Ob jung oder alt, gleich welcher Sprache, Religion und Partei, ob Zimmermann oder Professor, Thurgauer oder Walliser, Städter oder Bergler, ob arm oder reich, schwarz oder weiss, ob dies oder das, Eidgenosse kann jeder werden, vorausgesetzt, er ist auf dem Weg, die oben genannten Merkmale eines Eidgenossen zu erfüllen.

Soweit der Versuch, die wichtigsten Elemente der Staatsidee Schweiz zu umreissen. Eindrücklich ist dabei aufgefallen, wie gesamtheitlich sich unsere Staatsphilosophie darstellt. Diese ist nicht einfach ein Regierungsprogramm. Die Staatsidee Schweiz ist vielmehr der Lebensentwurf eines Volkes, das über Jahrhunderte auf sich selbst gestellt den Weg zum Ueberleben finden musste und dadurch die Kraft entwickelte, ob verspottet oder bewundert, als Sonderfall Schweiz seinen Platz im Herzen Europas zu behaupten.

Der schleichende Verrat

Dem Höhepunkt folgt Ziellosigkeit

Es wäre schön, wenn dieser Teil nicht geschrieben werden müsste. Wir haben im Abschnitt „Wurzeln" über jene Zeiträume unserer Geschichte berichtet, welche die Staatsidee Schweiz entstehen liessen und daraus abgeleitet im Abschnitt „Staatsidee Schweiz" die Staatsphilosophie unseres Landes zu erfassen versucht. Beim Lesen auch der folgenden Darlegungen ist zu bedenken, dass der Verfasser weder Historiker noch Wissenschaftler ist und hier demnach lediglich die Gedanken eines überzeugten Eidgenossen und kritischen Bürgers wiedergibt.

Wir haben gesehen, dass unsere Eidgenossenschaft in der Zeit um 1950, also anschliessend an den Zweiten Weltkrieg, staatspolitisch einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Ein in den harten Krisenjahren und in der gefahrvollen Kriegszeit zusammengeschweisstes Volk hatte einen der kritischsten Zeitabschnitte seiner Geschichte heil überstanden und stand unternehmungslustig vor einer hoffnungsträchtigen Zukunft. Fünfzig Jahre später stellt sich die Frage, inwieweit die damaligen Vorstellungen verwirklicht werden konnten und, gegebenenfalls, was eine positive Entwicklung verhindert oder beeinträchtigt haben könnte.

Die Ausgangslage der Schweiz im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg bot vielversprechende Aussichten. Im Gegensatz zum übrigen Kontinentaleuropa waren unsere Wohngebiete, Industrien und die Infrastruktur vollumfänglich intakt. Der durch den Marshall-Plan geförderte Wiederaufbau der europäischen Industrien erzeugte auch in der Schweiz eine steigende Nachfrage nach Produktionsgütern aller Art. Politisch und psychologisch zeigte sich die Schweiz in einer beneidenswerten Verfassung. Die gute Wirtschaftslage ging rasch in eine niegekannte Hochkonjunktur über. Arbeitslosigkeit gab es praktisch nicht, im Gegenteil, ausländische Arbeitskräfte fanden in stetig steigender Zahl bei uns eine für ihre Verhältnisse sehr gut bezahlte Beschäftigung. Auch der soziale Bereich entwickelte sich rasch. Die Einführung der AHV und periodisch steigende und laufend der Teuerung angepasste Löhne verdrängten die existenzbedrohende Armut fast gänzlich und führten innert kurzer Zeit zu verbreitetem Wohlstand. Die zeitweise recht hohe Inflationsrate wirkte schuldensenkend und erleichterte zukunftsgläubige Investitionen in den geschäftlichen wie privaten Bereichen. Positive Erfahrungen und Lehren aus Fehlern bildeten ein

aus den schweren Jahren geerbtes Kapital, es trug reiche Früchte. Vertrauen herrschte zwischen allen Institutionen, politischen und sozialen Partnern und Schichten, zwischen den Landesteilen, Kantonen und Gemeinden, in der Armee, im Privat- wie im Berufsleben. Von grösster Bedeutung war die weitgehend wiedergewonnene Hochschätzung zwischen Stadt und Land. Es war die Zeit, als die Aktivdienstgeneration die Gunst der Stunde nutzte, die Aermel hochkrempelte und sich daran machte, die während des Krieges verlorene Zeit aufzuholen, doch noch etwas aus dem Leben zu machen. Das Volk war dankbar, zufrieden und stolz auf sein Land. Es kam die Zeit der grossen, von der ganzen Bevölkerung getragenen eidgenössischen Veranstaltungen wie Unspunnenfest, Jodler-, Sänger-, Schützen- und Turnfeste. Wer fleissig arbeitete und sparsam lebte, konnte sich bald ein Auto leisten, machte erste Erfahrungen mit Ferien am Meer und den Daheimgebliebenen anerbot sich neben den traditionellen Freizeitbeschäftigungen neu das Fernsehen.

Es war märchenhaft, aber eigenartigerweise merkten wir es nicht. Vorsehung, Gunst der Stunde, Glück und Kraft hatten uns fast unbemerkt den Wohlstand beschert, welcher uns, gepaart mit sozialem Frieden, in einer intakten Gesellschaft fast zum Staatsziel führte, ein Leben in Würde war möglich geworden. Erstmals war auch das Erreichen des vierten Teils unseres Bundeszwecks, der gemeinsamen Wohlfahrt in greifbare Nähe gerückt. Aber leider hat diese seit Menschengedenken ersehnte glückliche Lage kaum jemand erkannt. Jedenfalls wurde diese Erkenntnis nicht öffentlich und, vor allem, politisch nicht verarbeitet. Und es wurde nicht realisiert, dass wir Wohlfahrt zusehends mit Wohlstand verwechselten. Andernfalls wäre die Frage nach der Vervollkommnung und dem Erhalt des Lebens in Würde und dann nach neuen Zielen der Eidgenossenschaft und den Wegen dazu aufgetaucht. Warum wir dies nicht sahen, vermag ich nicht zu beurteilen, vermutlich waren es bereits die ersten Folgen der Wohlstandsgesellschaft. Drei Massnahmen hätten damals ergriffen werden müssen.

Erstens waren die letzten Schranken auf dem Weg zu einem Leben in Würde zu beseitigen. Herrn und Frau Schweizer musste sozusagen ein Training zum Nehmen der letzten Hürden angeboten werden. Wohlverstanden, ein Leben in Würde kann vom Staat weder verordnet, noch geschenkt werden, aber er soll, immer bei klarer Grenzsetzung zwischen Wohlfahrt und Wohlstand, die Voraussetzungen dazu schaffen, dass der Einzelne das Ziel zu erreichen vermag. Durch das Angebot einer verbreiterten, Kopf, Hand und Herz umfassenden Allgemeinbildung auf der Grundlage eidgenössischer Gesinnung und durch Werbung für die

Staatsidee Schweiz als freiwillig gewähltem gemeinsamem Weg zu einem Leben in Würde.

Zweitens wurde die beneidenswerte staatspolitische und wirtschaftliche Lage nicht als ausserordentlich erkannt und eingestuft. Darum unterblieben Planungen und vorsorgliche Massnahmen für den Fall des Ueberbordens der Hochkonjunktur oder krisenartige Rückfälle. Mahner wurden ausgelacht, ihre Ratschläge blieben weitgehend unbefolgt.

Drittens hätte, nach Erreichen der Zweckbestimmung unseres Bundesstaates, eine erweiterte Zielsetzung diskutiert, erstritten und in der Bundesverfassung festgeschrieben werden müssen.

All dies geschah nicht und die nachteiligen Folgen sind seit Jahren erkennbar. Staatspolitisch katastrophal wirkt sich die dritte Nachlässigkeit bis auf den heutigen Tag aus. Da wir uns nach Erreichen des letzten Bundeszweckes keine neuen Ziele setzten, treten wir seit den 60er-Jahren an Ort. In selbstgefälliger Trägheit lebten wir vor uns hin, gerieten in eine hemmende Sattheit, zum Teil sogar in eine Uebersättigung. Und begannen, wie kleine Kinder, endlos um die Verteilung des Kuchens zu feilschen, statt neue Kuchen zu backen. Da es keine neue, grosse Herausforderung zu bewältigen gab, verloren wir uns in kleinlichem Parteiengezänk und ideologischen Scharmützeln. Diese ungute Entwicklung zeigt heute Wirkung. Es wird nicht mehr regiert, nur noch reagiert wenn die Jauche am Halse steht, meist werden Land und Kantone daher nur noch verwaltet. Und oft wird leider nicht einmal das redlich besorgt. Regieren heisst nach eidgenössischer Denkart, den durch die Mehrheit an der Urne bestimmten Volkswillen in die Tat umsetzen. Nichts mehr und nichts weniger, aber das treu und konsequent, dem geleisteten Eid entsprechend.

Diese eigentlich unverständliche lethargische Haltung darf aber nicht nur der Regierung angelastet werden. Wir alle, die älteren Bürger, haben versagt. Das Fehlen neuer Ziele führte schwergewichtig zum Halten des bereits Bestehenden. Und „wer nicht weiss, wohin er will, darf sich nicht wundern, wenn er irgendwo ankommt". Was haben wir verpasst? Wo sind wir angekommen?

Verpasste Gelegenheiten

Oft muss man sich fragen, warum diese oder jene althergebrachte anpassungsbedürftige Regelung nicht längst geändert worden ist. Neuerungen drängen sich eben erst dann auf, wenn etwas passiert ist, wenn wir mit der Nase auf einen Missstand gestossen werden. In der Regel hagelt es

dann Kritik von allen Seiten. Oft auch zu Unrecht. Einmal ist die Neigung zu verpönen, Entscheide, vergleichsweise etwa den Entschluss eines unter Stress und Zeitdruck stehenden Feuerwehroffiziers, im Nachhinein zu kritisieren. Zudem steht Kritik eigentlich nur jenen zu, die den Fehler bereits früher bemerkt und auch beanstandet haben. Anders verhält es sich, wenn man sich selbst Vorwürfe zu machen hat. Das ist hier der Fall. Wir alle, die Aelteren, hätten uns in gewissen Belangen früher und nachhaltiger für Abhilfe einsetzen müssen. Auf fünf mir wichtig scheinende Unterlassungen wollen wir eintreten.

Die erste betrifft unser Bodenrecht. Wenn man vom Grundsatz ausgeht, dass naturgegebene lebenswichtige und unvermehrbare Güter wie Luft und Wasser der Allgemeinheit gehören müssen, ist nicht einzusehen, dass nicht auch der Boden vom Eigentumsrecht ausgenommen sein soll. Leute, welche diese Ansicht vertreten, einfach als Kommunisten abzustempeln, ist nicht redlich. Während des Zweiten Weltkriegs war das ganze Volk bereit, für Staatsidee und Schweizerboden zu kämpfen. Als es jedoch nach dem Krieg darum ging, Boden mit riesigen Spekulationsgewinnen zu verschachern, ging die grosse Mehrheit leer aus. Die Chance, das Bodenrecht zu ändern und den Boden, finanziert beispielsweise durch die AHV-Beiträge, innert fünfzig Jahren schrittweise in das Eigentum der Allgemeinheit zu überführen, wurde leider verpasst. Angesichts der sich abzeichnenden Finanznöte der AHV, ist diese Unterlassung zu bedauern. Der Frage, ob das Versäumte in naher Zukunft nachgeholt werden kann, werden wir im Abschnitt “Chancen und Visionen: Der Boden gehört allen“ nachgehen.

Die zweite Unterlassung betrifft das Bildungswesen. Als Land Pestalozzis wähnten wir uns jahrzehntelang als Spitzenreiter in den Belangen Erziehung und Bildung. Weitgehend stimmte diese Vorstellung sogar. Aber unser Bildungssystem krankte an einigen für Staatsschulen typischen Mängeln, welche sich unter den besonderen schweizerischen Verhältnissen negativ auswirken mussten. Auch wenn die rund hundertjährigen Schulgesetze schrittweise modernisiert wurden, steckte in unseren Hinterköpfen immer noch die Einschränkung, dass unser Land auch Strassenwischer brauche. Man wollte nicht überqualifizierte Arbeitnehmer heranbilden. Ein elitäres Denken bewirkte gewissermassen eine Rationierung der Bildung, der Aufstieg in höhere Schulen wurde nach weitgehend willkürlichen Kriterien und kaum schwankenden Prozentsätzen entschieden oder war schon durch die Zahl der verfügbaren Schulpulte begrenzt. Dies schaffte und verursacht heute noch Benachteiligungen und verweigert

vielen Schülern die allen zustehende, ihrer Begabung und Neigung entsprechende Ausbildung.

Auch berücksichtigten wir zu wenig, dass es zwei Arten Schüler gibt. Da sind die fleissigen, gutgläubigen, braven, die die erwarteten Leistungen ohne grosse Anstrengung erbringen und den Erziehern keine oder wenig Probleme bereiten. In der zweiten Gruppe finden wir die schwierigeren kritischen Schüler, die für die Schule nur ungern Zeit opfern, weil sie für sie wichtigere Dinge zu verrichten hätten. Logischerweise erreichen die Angehörigen der ersten Gruppe die besseren Noten und steigen auf, mit der fatalen Auswirkung, dass die Fleissigen und Braven, darunter überdurchschnittlich viele der mindestens in diesem Alter den Knaben intellektuell überlegenen Mädchen, die höheren Schulen bevölkern, während die andern auf der Strecke bleiben. Wir züchten damit tendenziell vorwiegend Beamte statt die Unternehmer, die unser Land so dringend bräuchte. Die einseitig schwergewichtig intellektuelle Schule produziert Spezialisten statt Generalisten mit Spezialkenntnissen.

Im Dienste der Staatsidee Schweiz müssten Erziehung und Bildung den künftigen Bürger dazu heranführen, als nützliches Glied der Gesellschaft ein Leben in Würde führen zu können. Die pädagogischen Zielsetzungen bewegen sich jedoch immer im Spannungsfeld zwischen ewig gültigen ethischen Werten, wie sie Pestalozzi formulierte und den opportunistischen Forderungen der Wirtschaft. Leider haben wir zugelassen, dass die Schule die Bestrebung, die künftige Gesellschaft positiv zu beeinflussen, immer mehr vernachlässigte. Die Schule beugte sich in der Zeit der Hochkonjunktur der zunehmend materialistischen Orientierung und wurde so zu einer Funktion der Gesellschaft statt umgekehrt.

Die verpasste Bildungsreform ist meines Erachtens ein wesentlicher Grund dafür, dass die Achtundsechziger-Bewegung auch in der Schweiz Fuss fassen konnte, deren Vertreter in der Folge den von ihnen angekündigten Weg durch die Institutionen erfolgreich beschritten und heute die Fundamente der Staatsidee Schweiz erschüttern. Näheres über diese revolutionäre Ideologie soll in den Kapiteln "Und aus dem Staat machen wir Gurkensalat" und „Bildungsreform" dargelegt werden.

Eine weitere unserer Unterlassungen betrifft die Ausländer- und Asylfrage. Unser Land war nie und ist auch heute nicht ein Einwanderungsland. Wie wir gesehen haben, mussten früher sogar oftmals junge Leute auswandern und anderswo ihr Auskommen suchen. Als in der Zeit der Hochkonjunktur immer mehr willige und billige ausländische Arbeitskräfte in die Schweiz geholt wurden, erkannte man die Gefahr der Ueberfremdung und versuchte die Einwanderung einzudämmen. Aber wir waren

wohl zu gutgläubig, als der Bundesrat versprach, die Grenze von 10% Ausländern nicht zu überschreiten. Heute besteht unsere Bevölkerung zu über 20% aus Ausländern, die Flüchtlinge, Asylanten und Saisonniers nicht eingerechnet und der Migrationsdruck ist längerfristig gesehen zunehmend. Die früher erwähnte politische Ziellosigkeit hat zu einer weit verbreiteten Verunsicherung geführt, mutige Entscheide und ein entsprechendes Handeln blieben aus. Das Asylland Schweiz droht zum Selbstbedienungsladen zu degenerieren, falls wir dieser auch innenpolitisch gefährlichen Entwicklung nicht bald mit einer strengeren Einwanderungspolitik den Riegel schieben. Rezepte suchen wir im Abschnitt "Chancen und Visionen".

Einen weiteren folgenschweren Fehler begingen unsere Staatskirchen. Ich rede allerdings nur über die protestantische Konfession, da ich die katholische Seite zu wenig kenne. Katholische Leser mögen vergleichende Ueberlegungen selber anstellen. Um die Jahrhundertmitte waren die protestantischen Pfarrherren unter sich zum Teil heftig zerstritten. Eine Gruppe, die Positiven, beharrten auf einer engen Bibelauslegung, während die Liberalen, wenn ich das richtig verstanden habe, den Geist der Bibel in die heutige Zeit übertragen verkünden wollten. Der Streit spaltete zunehmend auch die Kirchgemeinden, Pfarrerwahlen riefen oft harten Auseinandersetzungen und je nach Denkart des Pfarrers gruppierte sich auch dessen Klientel. Leider sind wir einer offenen Auseinandersetzung ausgewichen. Statt einer Bereinigung entwickelte sich ein Wischiwaschi, das keinen zu befriedigen vermochte. Ich denke, dem Protestantismus wäre kein Stein aus der Krone gefallen, wenn man der naturwissenschaftlich fortschreitenden Bildung des Kirchenvolkes bei der Textauslegung etwas entgegengekommen wäre. Es muss einer doch beispielsweise noch wirklich kein schlechter Christ sein, nur weil er nicht mehr zu glauben vermag, dass Gott die Welt tatsächlich in sieben Tagen erschaffen hat. Statt dem Geist der Bibel zu huldigen, wurden rechthaberische Wortklaubereien betrieben. Statt die Symbolik der Heiligen Schrift zu bejahen, das Kirchenleben der Zeit angepasst zu gestalten und dermassen eine neue einigende Grundlage zu schaffen, wurden die Leute mit sturem Pharisäertum zusehends aus den Kirchen getrieben.

Und noch ein zweites Verhängnisvolles geschah. Aus der an sich wohl richtigen Einsicht, dass das Evangelium hochpolitisch sei, begann die Kirche zu politisieren, sich in die Tages- und Parteipolitik einzumischen, zum Teil gar ideologisch gefärbt. Während frühere Theologen Religion und Staatsidee unter einen Hut zu bringen vermochten, geriet die Kirche immer häufiger und in einigen Bereichen endgültig in Gegensatz zur

Staatsidee Schweiz. Schweizergeschichte, Zweiter Weltkrieg, Flüchtlinge, Asylanten, Armee, Dienstverweigerer und Waffenausfuhr mögen als Stichworte dienen. Auch dies führte zu einer Polarisierung in den Kirchgemeinden.

Sture Bibelauslegung und Verpolitisierung der christlichen Botschaft stiessen viele Kirchgänger dermassen vor den Kopf, dass sie sich nicht mehr mit dieser Kirche identifizieren konnten. Sie blieben dem Kirchenleben fern, gingen in die totale Abstinenz oder traten gar aus der Kirche aus. Die heute erkennbaren Folgen sind verheerend. Die Kirche hat nicht nur sich selbst, sondern auch den christlichen Glauben ins Abseits gebracht. Für Viele sind diese nur noch bei Todesfällen ein Thema. Getauft wird immer seltener. Der Religionsunterricht droht aus den Schulen zu verschwinden. Selbst im kirchlichen Unterricht sind politische Fragen wichtiger als die biblische Geschichte. Kaum noch ein Kind weiss, was die Bergpredigt, nach meiner Kenntnis die schönste, tiefgründigste und herzbewegenste Schrift der Weltliteratur, ist und beinhaltet.

Die heutige Kirche ist im Begriff, das fast einzig Einigende der Eidgenossenschaft, unsere Staatsidee zu verraten und zu verlassen. Damit wird sie aber auch den Staat als Schutzpatron verlieren und wohl bald auch ihren Status als Staatskirche. Dafür kommt sie der von ihr so heiss ersehnten international-multikuturellen Gesellschaft einen Schritt näher. Der Preis aber ist hoch. Sie hilft die europäisch-multikulturelle Gesellschaft, die die Schweiz seit Jahrhunderten darstellt und wie unsere Staatsidee auf dem Christentum gründet, zerstören. Und sie beraubt die Staatsidee Schweiz eines Teils ihrer Grundlage.

Als letztes Beispiel einer Unterlassung will ich die Entwicklung bei den elektronischen Medien, besonders beim Fernsehen anführen. Als dieses in den Fünfzigerjahren bei uns den Betrieb aufnahm, war sein Siegeszug voraussehbar. Trotzdem verweigerten sich ihm aus zwar achtenswerten, aber kurzsichtigen moralischen und pädagogischen Gründen, grosse bürgerliche Kreise, darunter viele Pfarrer, Lehrer und Politiker. Der Einwand, eine der Eidgenössischen Gesinnung entsprechende Programmgestaltung bedinge unsere Mitarbeit, wurde nicht gehört. Die logische Folge war eine zunehmende tendenzielle Linkslastigkeit und damit eine Abwendung von allem Nationalen, Patriotischen, Traditionellen und Konservativen bei TV-Gremien und Programmen. Zwar versuchte der sogenannte Hoferklub später eine Korrektur, aber es war zu spät. Heute präsentiert sich unsere Fernsehanstalt als neben dem Volk stärkste Macht im Lande, welche sich tragischerweise nicht der Staatsidee Schweiz, sondern dem internationalen „Political Correctness"-Terror verpflichtet fühlt. Da bedau-

erlicherweise auch der überwiegende Teil der Printmedien derselben Versuchung erlegen ist, haben wir zur Zeit einen eigentlichen Informationsnotstand zu beklagen. Die staatspolitischen Folgen sind vernichtend.

Wenn wir heute Bilanz ziehen, müssen wir feststellen, dass die Schweiz auf dem Weg zu ihrer Staatsidee in den letzten fünfzig Jahren zurückgefallen ist, Irrwege eingeschlagen hat. Die Geschichte dürfte der Aktivdienstgeneration, und dazu zähle ich auch uns, die in jener Zeit herangewachsen sind, weniger ihr Verhalten während des Krieges, vielmehr ihr Versagen in der Nachkriegszeit vorwerfen. Natürlich gibt es Entschuldigungen. Nach den schweren Jahren waren wir den vermeintlichen Segnungen der Hochkonjunktur nicht gewachsen. Wir liessen uns verführen und vergassen darob zeitweilig unseren staatspolitischen Auftrag. Darin sehe ich den Grund für die nachfolgende Fehlentwicklung.

Hochkonjunktur und der Tanz ums goldene Kalb

Es ist eine alte Binsenwahrheit und auch bei Dichtern kann man es nachlesen, dass nichts schwerer zu ertragen ist, als eine längere gute Zeit. Was das alte Rom in den Untergang führte, wurde nun der Schweiz gefährlich. In der Euphorie des auch bei uns wirksamen Wirtschaftswunders erkannten wir die damit verbundenen Tücken nicht oder zu spät. Richtig begreifen kann man die damalige Entwicklung nur, wenn man sich in die Lage der Aktivdienstgeneration versetzt. Viele unter jenen Leuten hatten zeitlebens Mangel gelitten, Opfer gebracht, sparsam gelebt. Der Nachholbedarf war daher verständlicherweise gross. Auf den Umgang mit dem Wohlstand waren wir aber nicht vorbereitet. Darum konnte sich ein fast naiver Zeitgeist entwickeln, rasch verbreiten und seine schädliche Wirkung entfalten. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung stürzte sich bedenkenlos und unkritisch in das erfolgversprechende Erwerbsleben. Auf alte Volksweisheiten, Bibelsprüche und den gesunden Menschenverstand wurde kaum mehr gehört. Moral und Eidgenössische Gesinnung gerieten unbemerkt, aber immer nachhaltiger unter Druck und wurden zunehmend von fremden Einflüssen bedrängt.

Die markanteste Beeinflussung erreichte uns aus Amerika. Die USA hatten Europa aus dem Nazischlamassel geholfen und genossen daher berechtigterweise grosses Ansehen. Ihre wirtschaftliche, technische und organisatorische Leistungsfähigkeit und ihre moralische Kompetenz waren beeindruckend. Was aus Amerika kam, musste einfach gut sein. Die nach

Kriegsende zur Erholung und als Abwechslung die Schweiz bereisenden amerikanischen Armeeangehörigen empfanden wir wie Botschafter aus einer andern, besseren Welt. Sie hatten Geld und waren freigebig. Ihr Besuch bildete einen willkommenen Schub für die wieder aufblühenden Kurorte. Daneben bewirkten sie aber auch Negatives. Im Vergleich zu ihrer massgeschneiderten Ausgangskleidung wirkten unsere Militäruniformen alt und schäbig. Zudem fiel auf, dass Soldaten und Chargierte kaum unterschiedlich gekleidet waren, gemischt reisten und ausserordentlich kameradschaftlich miteinander umgingen. Dies bot den Sozialdemokraten den Vorwand, sofort nach Kriegsende gegenüber der Armee erneut auf Distanz zu gehen und unter anderem eine Demokratisierung der Armee zu fordern. Kaugummi war in aller Munde, und die Jungen zogen schon bald die von den Besatzungssendern ausgestrahlte Musik unseren bodenständigen Klängen vor. Ob Kugelschreiber oder Coca-Cola, Autos oder Jeans, Amerika war führend. Atomkraft, Weltraumfahrt und Computer folgten. Was aus Amerika kam, wurde immer unkritischer übernommen, Geld machen und dies im wahrsten Sinn des Wortes, immer verbreiteter zum Gebot hochstilisiert. Zwar traten auch Gegenkräfte auf den Plan. Der in Notzeiten geschmiedete ungeschriebene Solidaritätsplan zwischen Leuten aller Schichten vermochte den blanken Egoismus über längere Zeit zu bremsen. Heimatverbundene Organisationen wurden aktiv. Der Heimatschutz kämpfte gegen die Verschandelung von Landschaft und Dorfbild. Die vaterländischen Vereine sowie die damals noch von Aktivdienstveteranen geführte Armee stärkten die Eidgenössische Gesinnung in ihren Einflussbereichen. Die Zähmung der verfremdenden Einflüsse gelang aber nur teilweise oder vorübergehend und fast nur in ländlichen Gegenden. In städtischen und stadtnahen Wohngebieten nahm die Amerikanisierung ungebremst ihren Lauf. Ein radikaler Opportunismus fasste Fuss in Köpfen und Betrieben. Und Mammon schlug zu.

Die Hochkonjunktur brachte Vollbeschäftigung und infolge einer zunehmenden Inflation jährlich prallere Lohntüten. Der Rubel rollte. Man konnte sich etwas leisten. Die Bauwirtschaft explodierte förmlich. Die erhöhte Nachfrage rief einer äusserst ungesunden Bodenspekulation. Sie und der Ueberhand nehmende Immobilienverkauf an Ausländer trafen uns völlig unvorbereitet. Wohnsilos schossen aus dem Boden, riesige etagierte, an Legebatterien erinnernde Schlafgelegenheiten. Auf dem Land als ebenso negative Erscheinung eine nur schwer begrenzbare Zersiedelung. Anonymität, Egoismus, Vereinsamung, Umweltschäden. Die blühende Wirtschaft holte fremde Arbeitskräfte in grosser Zahl ins Land. Auch diese wollten essen und schlafen, der Kreisel dreht und dreht.

Diese äusseren Zeichen einer unguten Entwicklung wurden kaum wahrgenommen, Warner haben wir ausgelacht. Wer sich für die Natur einsetzte, etwa gegen Bachkorrekturen kämpfte, auf den wachsenden Abfallberg hinwies und vor der drohenden Ueberfremdung oder den Folgen unseres Tanzes ums goldene Kalb warnte, galt als Spinner.

War nicht alles in bester Ordnung? Die Staatsidee Schweiz intakt wie nie zuvor. Blühende Wirtschaft. Wachsender Wohlstand. Saubere Schweiz. Pünktliche Schweiz. Und wir galten als demokratisch, regierungstreu, genügsam, fleissig und gut ausgebildet. Die Nation, getragen von der bewährten und daher selbstsicheren Aktivdienstgeneration, stand erfolgreich da. Grosse Unternehmungen demonstrierten nationale Stärke und eidgenössische Einheit trotz Vielfalt. Unspunnenfest. Landesausstellung. Glanzvolle Feste der vaterländischen Vereine. Und Kanton Bern und Schweizervolk bewiesen mit der international modellhaften Lösung des Juraproblems staatspolitische Reife und Würde.

Doch im Untergrund brodelte es. Der Wohlstand hat uns geblendet. Im Dienst an Mammon vergab die Schweiz in den Sechzigerjahren ihre Unschuld, nicht im Zweiten Weltkrieg. Den Jungen sollte es besser ergehen, dafür wurde gespart und gerackert und im wörtlichen Sinn alles getan. Und gerade darob ging uns die Jugend verloren. Wir verpassten die Gelegenheit, diese für die Staatsidee Schweiz zu gewinnen. Die verpatzte Stabübergabe leitete die Entwicklung ein, welche zur staatsbürgerlichen Krise der Gegenwart führte.

Gigantismus und Verrat am Mittelstand

Es gibt Leute, die behaupten, die Geschichte wiederhole sich nicht und wir könnten deshalb aus ihr nichts lernen. Damit soll uns weisgemacht werden, dass das Weltgeschehen unlogisch, zufällig oder fremdbestimmt ablaufe, Fatalismus folglich die den Umständen am besten entsprechende Ideologie darstelle. Ihr seid fein raus, sagt man uns, wenn Ihr Euch auf diese Betrachtungsweise einschwört und, als Folge davon, das Denken und Lenken andern überlässt. Aber so kann man sich nicht aus der Verantwortung stehlen, als Schweizerbürger schon gar nicht.

Im Gegenteil. Der Verlauf der letzten fünfzig Jahre unserer Geschichte zeigt, dass wir sehr wohl die Entwicklung anders hätten lenken können. Als nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa die Karten neu gemischt wurden, genossen auch wir grosse Wahlfreiheit. Wir haben diese zum Teil schlecht genutzt. Die wichtig scheinenden Fehlleistungen der Kriegsgene-

ration haben wir weiter oben dargelegt. Da wir damals in guten Treuen gehandelt haben und nicht gegen die Interessen des Landes verstossen wollten, wird uns die Geschichte dafür dereinst wohl lediglich Fahrlässigkeit vorwerfen.

Anders sind Handlungen zu beurteilen, welche bewusst und mit Absicht gegen die Staatsidee Schweiz gerichtet sind. Alles was in früheren Abschnitten über Toleranz, Konsens, Kompromiss und Konkordanz gesagt wurde gilt für alle, die sich der Eidgenössischen Gesinnung verpflichtet, auf dem Weg hin zu unserem Staatsideal bewegen. Toleranz hört aber dort auf, wo die Staatsidee Schweiz missachtet, verunglimpft, verraten oder bekämpft wird. Hier beginnt der wahre Landesverrat. Ich vermute, dass die Geschichte dereinst erkennen wird, dass nicht Jeanmaire den Landesverrat des Jahrhunderts beging wie es der damalige Bundesrat Furgler formulierte, sondern andere und dies gleich mehrfach. Jeanmaire wollte der damals geübten Dissuasionsstrategie dienen, indem er einem Vertreter der UdSSR teilweise als geheim bezeichnete Unterlagen aushändigte. Er war zeitlebens ein Patriot und wollte mit seinem Verstoss gegen die Geheimhaltungsvorschriften dem Land nicht schaden. Er strauchelte in der Grauzone Dissuasion/Geheimhaltung. Er hat gegen die gültigen Vorschriften verstossen, dafür wurde er richtigerweise bestraft. Ueber das Strafmass lässt sich streiten. Meines Erachtens war es überrissen. Andere handelten bewusst gegen die Interessen des Landes, indem sie der Zielsetzung unseres Staates, der Staatsidee Schweiz, andere Prioritäten überordneten. Wer so handelt, muss kein unwürdiger Mensch sein, er ist vielleicht Idealist, Weltbürger, Friedensapostel oder Menschenfreund, aber er ist dann kein Eidgenosse und damit unser politischer Gegenspieler, demgegenüber im staatspolitischen Bereich Toleranz nicht gerechtfertigt ist. Allen Bürgern unseres Landes sind die persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheiten, Meinungen und Handlungen gewährleistet, so lange diese dem Weg zum Staatsziel entsprechen und solange sie sich auch in ihrer Ausdrucksform der Staatsidee Schweiz unterordnen. Andernfalls muss deren Gefährlichkeit genau überprüft werden, sind Vorsicht und Zurückhaltung geboten. In diese Kategorie sind eine Reihe von Aktivitäten und Entwicklungen der letzten Jahrzehnte einzuordnen. Ihnen sind die nächsten Ueberlegungen gewidmet.

Die Verursacher von der Staatsidee Schweiz zuwiderlaufenden Entwicklungen sind manchmal offenkundig, oft jedoch nur schwer oder überhaupt nicht auszumachen. Einzelpersonen. Fremde Einflüsse oder Ideologien. Der Zeitgeist. Oder der prophezeite Grosse Bruder. Aber immer bleiben wir die Hauptschuldigen, weil wir uns nicht genügend

widersetzt haben, der Versuchung erlegen sind. Es geht daher nicht darum, Schuldige aufzulisten und anzuprangern, sondern die unsere Staatsidee gefährdenden Entwicklungen.

Dem Uebermut der Nachkriegszeit entsprang ein gewisser Hang zum Gigantismus. In Verdrängung der dauernd gültigen Mahnungen von Niklaus von der Flüeh und der Lehren von Marignano wurde einem grenzenlosen Zukunftsglauben gehuldigt. Immer mehr, immer grösser, immer höher, immer teurer. Augenfällig symbolhaft lässt sich diese Entwicklung am Beispiel des Reisens nachzeichnen. Beginnend mit Fünfpässefahrten, Ferien im Bündnerland, Tessin oder Wallis zog sich die Spirale weiter über Italien, Frankreich, Spanien, dann Skandinavien, hinüber nach Afrika, in den Nahen Osten und schliesslich nach Amerika und Asien, bis Rio und Neuseeland. Heute weiss fast jeder über Kakadonien zu berichten, aber im Bedretto waren viele noch nie. Neue Reiseziele wären lediglich noch Mond und Mars, Tickets sind bereits zu haben.

Aehnlich entwickelten sich auch die Grössenordnungen in Politik und Wirtschaft. So sprengte etwa das Autobahnprojekt alle bisherigen Vorstellungen und erzeugte den Eindruck, neuerdings sei alles machbar. Leitstern waren, wie sollte es anders sein, die USA, welche mit der Mondlandung Träume wahr machten und zugleich neue Wünsche weckten.

Auch die Verantwortlichen der Wirtschaft begannen in neuen Dimensionen zu denken und entsprechend zu handeln. Dies erschien vorerst segensreich, oberflächlich betrachtet. Expansion. Mehr Arbeitsplätze. Grössere Gewinne. Wachsender Wohlstand. Ausbau des Sozialstaates. Aber es hiess eben auch Schädigung der Umwelt, Ausländerproblem, zunehmende Staatsverschuldung, Verlagerung der Verantwortung von der Einzelperson hin zum Staat, Verwöhnung, Egoismus. Und Schwächung des Mittelstandes. Die dramatische Entwicklung begann, als Geldmachen nach amerikanischem Muster als Zielsetzung unserer Staatsidee übergeordnet wurde und die Eidgenössische Gesinnung auf der Strecke blieb.

Um die Zusammenhänge in Erinnerung zu rufen, sollen drei Beispiele ausgeleuchtet werden. Es handelt sich um Migros, Möbel Pfister und KABA 74.

Die Migros begann ihren Aufstieg in der krisenhaften Zwischenkriegszeit in städtischen Verhältnissen, basierend auf einer Ideologie, welche ich nicht zu teilen, wohl aber, aus damaliger Sicht der Konsumenten, zu verstehen vermag. Ein bisschen Feuer unter den Hintern der Spezereihändler mag ja anfangs ganz gut gewesen sein. Aber aus dem Spiel wurde Ernst, messerscharfer Existenzkampf. Die Migros ist für volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen mindestens in hohem Masse mitver-

antwortlich, die deren Gründer Duttweiler kaum bezweckt haben kann. Immerhin waren sie für denkende Menschen voraussehbar. Aber auch in diesem Fall wurden die Propheten ausgelacht.

Als ich Kind war, servierte unser Mueti zu Weihnachten ein Poulet, das war ein Festessen! Und Erdbeeren gab's, wenn sie im Garten reiften. Heute ist fast alles jederzeit zu haben. Das Poulet ist allerdings zum Gummiadler verkommen und das vielgepriesene reiche Angebot hat nicht zu einer Bereicherung, sondern zu einer Verarmung des Lebens geführt: Weil man alles immer haben kann, gibt es nichts besonderes mehr. Und mit der Ausweitung der Migros-Geschäftstätigkeit auf das Land, wurde das Lädeli nicht lediglich konkurrenziert, sondern immer mehr ausgerottet. Der Quartier- oder Dorfladen vermag den hochgezüchteten Konsumentenwünschen nicht mehr zu genügen. Der im Einkaufszentrum durchrationalisierte Verkauf mit Selbstbedienung bietet wohl einige tausend unpersönliche Jobs, hat jedoch unzählige Existenzen, meist alteingesessene Familienbetriebe, vernichtet. Wo werden wir einkaufen, wenn wir alt oder behindert sind? Im Lädeli. Wo kaufen wir ein, wenn in einer Krisenlage der Verkehr behindert oder das Benzin knapp geworden ist? Im Lädeli. Und wenn wir Sonntag morgens merken, dass wir die Butter zu kaufen vergessen haben? Wir läuten beim Lädeli. Wenn es noch eines gibt. Mit unserem Konsumverhalten entscheiden wir, jede einzelne Person, ob der Laden um die Ecke geöffnet bleibt. Falls nicht Einsicht einkehrt, werden wir den Spezereier vollends verraten. Jede Gesellschaft verfügt über die Infrastruktur, die sie verdient.

Möbel Pfister, sagt man, habe den Grundstein zum Erfolg ebenfalls in den Krisenjahren gelegt. Er soll zweihundert Schlafzimmer aus der Tschechei importiert, in einem geschlossenen Hotel in Zürich ausgestellt und zu Schleuderpreisen verkauft haben. Da bereits zwei Schlafzimmer einem Dorfschreiner das halbe Jahreseinkommen gesichert hätten, wurden durch die Pfisteraktion mindestens einhundert Existenzen gefährdet oder vernichtet. Während des Krieges hat er die Notlage von nach längeren Dienstleistungen ohne Aufträge dastehenden selbständigerwerbenden Schreinern auszunützen versucht, indem er ihnen Arbeit zu einem Hungerlohn anbot. Ich war dabei, als mein Vater einen Pfistervertreter bei Kragen und Hosenboden fasste und aus der Werkstatt warf. Damals habe ich mir geschworen, bei dieser Firma nie etwas zu kaufen. Ich habe das Versprechen gehalten. Als nach dem Krieg jährlich zehntausende von Fremdarbeitern billige Wohnungseinrichtungen benötigten, die Jugendlichen sich viel früher als bislang eigene vier Wände wünschten und sich diesen Luxus als Folge der herrschenden Hochkonjunktur auch leisten

konnten, die grossen Jahrgänge ins heiratsfähige Alter kamen und zugleich die Zahl der Einzelhaushalte markant zunahm, machten Möbel Pfister und ähnliche Unternehmen, hauptsächlich mit importierten Billigmöbeln, Bombengeschäfte. Ich weiss, wovon ich rede, war ich doch einige Zeit in der damaligen Gschwend Holding unter anderem für den Betrieb der Möbelfabrik verantwortlich und habe, als Sohn eines Intarsienschreiners, versucht, den Patron vom Handel mit „echt furnierten Hartholzmöbeln" mit Kartonrückwänden abzubringen und für den Verkauf von Schweizer Qualitätsprodukten zu gewinnen. Es gelang mir nicht, die Schicht der qualitätsbewussten Möbelkäufer war bereits zu dünn geworden. Heute beherrscht Möbel Pfister einen grossen Teil des schweizerischen Möbelmarktes. Den Möbelschreiner auf dem Dorf aber sucht man meist vergebens. Er ist, wie viele andere Berufe, als Folge unseres gedankenlosen, egoistischen Konsumverhaltens, in weiten Gebieten ausgestorben. Familienexistenzen, Arbeitsplätze und damit uralte Handwerkstradition sowie wertvolles Fachwissen gehen so unwiederbringlich verloren.

Das Jahr 1949 bescherte uns neben einem herrlichen Sommer die Kantonal Bernische Ausstellung (Kaba) auf einem wunderschön am See gelegenen Areal in Thun-Dürrenast. Eine riesige Besucherzahl liess sich von der von Kraft und Zuversicht strotzenden Leistungsschau für die Zukunft motivieren. Später erlaubte die aus dem erzielten Gewinn gehortete Rücklage dem Gewerbeverband, für 1974 erneut eine KABA zu planen. Der ebenfalls direkt am Thunersee liegende Bonstettenpark in Gwatt bot hierzu ideale Voraussetzungen. Die Vorbereitungen liefen zügig an. Aber es war nicht mehr wie vor fünfundzwanzig Jahren. Die Idee, nach einem Vierteljahrhundert Wohlergehen gemeinschaftlich ein grosses Werk zu vollbringen, eine Standortbestimmung vorzunehmen und sich gemeinsam Gedanken über die Zukunft zu machen, vermochte nicht in allen Schichten und auf allen Ebenen zu zünden. Wohlstand, Hochkonjunktur und weitere ungünstige Einflüsse hatten das ehemals zuverlässige Beziehungsnetz bereits stark geschwächt. Egoistisch baute jeder an seinem eigenen Imperium, da blieb keine Zeit für idealistische Aufgaben. Der Gewerbeverband wurde schlicht im Stich gelassen. Politik, Handel, Industrie und kulturelle Organisationen blieben kühl. Selbst der damalige kantonale Wirtschaftsförderer riet in der Zeit der extremsten Konjunkturüberhitzung mit Vollbeschäftigung und Kapital- und Arbeitskraftmangel zu einem Verzicht. Mit drei Argumenten zwang er die Entscheidungsgremien in die Knie: Ihr könnt die Ausstellung nicht finanzieren. Die potentiellen Aussteller und Ausstellungsbauer haben weder Zeit noch Interesse. Das nötige Betriebspersonal lässt sich nicht finden. Eine Verschiebung um ein Jahr,

möglich und sinnvoll und daher von den Verantwortlichen vorgeschlagen, blockte die Thuner Regierung mit dem Hinweis ab, der hintere Teil des Parks werde ab 1975 überbaut. Im Februar 1973 musste der Gewerbeverband das Projekt unter grossen Opfern aufgeben. Im Herbst 1973, also nur wenige Monate später, traf uns völlig unerwartet die erste Oelkrise, welche zur Erfindung der autofreien Sonntage führte und eine empfindliche Rezession auslöste. 1974 waren die Vollbeschäftigung verflogen, Geld und Arbeitskraft beliebig zu haben. Der Verzicht auf die KABA 74 erwies sich als kapitaler Fehler. Und nota bene: Der Baubeginn im Bonstettenpark blieb aus, bis auf den heutigen Tag.

Warum ich diese drei Geschichten erzähle? Weil wir um 1970 herum nach einer Phase der intensiven Amerikanisierung, auf dem Höhepunkt der Coca Cola- und Plastikaera, die ersten Vorzeichen des durch die Hinrichtung Kennedys eingeläuteten Terror-Zeitalters und den durch das Fernsehen begünstigten Beginn einer erschreckenden Brutalisierung nicht wahrnahmen. Weil wir die Verwirklichung des Traums von der gemeinsamen Wohlfahrt zum Teil mit dem Verrat am Mittelstand bezahlen mussten und dies nicht wahrhaben wollten. Weil zwischen dem Kriegsende mit der grossartigen Kaba 49 und 1974 mit der verhinderten KABA 74 unbemerkt Unglaubliches geschah. Um 1970 herum wurde den Machern das Heft aus der Hand geschlagen. Das Eidgenössische Schützenfest 1969 bildete einen letzten gesamtschweizerischen Höhenflug. Seither läuft nichts mehr rund. Abriss, Neid und Nörgelei nahmen überhand und führten uns in eine gefährliche Lethargie. Wir sind nicht mehr fähig, ein grosses eidgenössisches Werk aufzugleisen und durchzuziehen. Das Scheitern von „Sion 2006“ und das Trauerspiel um die „Expo 02“ belegen, dass eine Besserung noch nicht eingetreten ist.

Gigantismus, rücksichtslose Geschäftsmentalität, geschwächte Solidarität und verantwortungsloses Konsumverhalten brachten den Mittelstand in Bedrängnis, Zweifel an unserer Identität und Staatsverdrossenheit das ganze Volk in eine tiefe Verunsicherung. Alles Zeichen schwindender Eidgenössischer Gesinnung. Diese Entwicklung ergab sich nicht zufällig, vielmehr gewollt. Sie wurde von gewisser Seite gezielt und leider mit Erfolg gefördert.

Moderner Bildersturm

Wenn wir Zeitabläufe vergleichend beobachten, stellen wir fest, dass die Entwicklungen periodisch ablaufen, dass im Leben von Einzelpersonen

und Völkern guten Phasen schlechte folgen, ein Aufundab normal ist. Dies kann man auch im persönlichen Bereichen täglich feststellen, im Familienleben, im Beruf, ja gar bei Spiel und Sport. Vieles schreiben wir dabei, je nach Weltanschauung, dem Zufall, äusseren oder überirdischen Einflüssen zu. Oft treten Veränderungen plötzlich ein, ein andermal entstehen sie schleichend, fast unbemerkt.

Wenn wir die letzten fünfzig Jahre vor dem inneren Auge ablaufen lassen, zerfällt diese Zeit ganz deutlich in zwei je rund fünfundzwanzig Jahre dauernde Abschnitte. Die erste Phase reichte bis etwa 1970 und war, wie wir oben gesehen haben, gekennzeichnet durch Aufbruch, Zukunftsglaube und fröhliches Unternehmertum bis hin zu Uebermut und Masslosigkeit. Der Macher, wer etwas Positives unternommen, etwas geleistet hatte, erhielt ein Schulterklopfen und die Ermunterung, so fortzufahren. Das letzte Vierteljahrhundert dagegen erscheint als eine Zeit der Verunsicherung und Verängstigung, der Resignation und zuletzt der Selbstzerfleischung. Wenn wir weiter oben die unmittelbare Nachkriegszeit als Höhepunkt der eidgenössischen Staatlichkeit ausmachten, wäre der Zeit um 1970 der Höchststand unseres materiellen Erfolges zuordnen. Anschliessend ging es gesamthaft gesehen staatspolitisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich bergab. Die Zeitwende um 1970 leitete über von einer an sich guten Phase, an deren Ende aber leider Effizienz höher bewertet wurde als Konkordanz, in eine Epoche des blanken Egoismus und des offenen Verrats an unserer Staatsidee durch einen wachsenden Teil unseres Volkes.

War die Mehrzahl der Fehlleistungen der ersten Nachkriegszeit der Unkenntnis oder der Fahrlässigkeit zuzuschreiben, so geschahen andere in der klaren Absicht, unserem Staatswesen zu schaden, das Vertrauen in die Staatsidee Schweiz zu untergraben.

Dabei sind Parallelen zu den Verhältnissen nach dem Ersten Weltkrieg zu erkennen. Nie mehr Krieg! Wie damals begeisterten Pazifismus und Weltbürgertum viele Intellektuelle. Der Marxismus, angeblich verwirklicht durch die UdSSR und beispielhaft durch die DDR, vermochte namentlich Jugendliche, vor allem Studenten anzusprechen. Ihr radikales, ja revolutionäres Gedankengut zielte auf neue Formen des Zusammenlebens, auf eine völlige Umkrempelung unseres Staates. Der auf breitester Front angelegte Angriff auf die Nervenbahnen der Staatsidee Schweiz richtete sich in Anlehnung an die unguten Erfahrungen der Deutschen mit dem Nationalismus der Hitlerzeit vordergründig gegen Nationalstaat, Patriotismus, Wehrbereitschaft, Armee und Neutralität. Und gegen die bis anhin an unseren Schulen gelehrte Schweizergeschichte. Kulturgeschichte statt

Kriegsgeschichte war ein gängiges Schlagwort. Die symbolträchtigen, für Gemüt und Geschichtsverständnis des Volkes bedeutungsvollen mythischen Gestalten und Geschichtsbilder wurden vom Sockel gestürzt und durch meist importierte neue Idole aus Sport und Unterhaltungsindustrie ersetzt. Religion, Glaube, Ehrfurcht, Moral, Autorität, Sitten und schweizerisches Brauchtum gerieten in die Schusslinie harscher Kritik. Beklatscht auch von bürgerlichen Kreisen durften Literaten wie Dürrenmatt und Frisch wesentliche Teile unserer Staatsidee ungestraft verunglimpfen oder der Lächerlichkeit preisgeben. In ihrem Windschatten konnten sich auch jüngere Schriftsteller auf die aus ihrer Sicht bünzlige Schweiz werfen. Ihr Zorn richtete sich offen gegen alles, was bewährt und den Aelteren daher recht und heilig war. Der Umstand, dass viele junge Intellektuelle ihre Denkart übernahmen half mit, die Staatsidee Schweiz innert kurzer Frist aus Literatur, Kirche und Schule weitgehend zu verbannen.

Der Kampf gegen die schweizerische Identität wurde aber auch subversiv, versteckt, im Alltag kaum wahrnehmbar geführt. Der kommunistischen Dialektik entsprechend setzte eine Aushöhlung des staatsbürgerlichen Wortschatzes in babylonischem Ausmass ein. Diese auf die Zerstörung der Identität eines Volkes abzielende Methode wurde zunehmend auch von unseren Massenmedien angewandt. Viele für unser Staatsverständnis wichtige Begriffe wurden ihres Sinnes beraubt und mit neuen Inhalten gefüllt oder ganz einfach negativ belegt. Ich denke dabei an Wörter wie Armee, Befehl, Demokratie, Eidgenosse, Freiheit, Frieden, Gehorsam, Heimat, Heimatland, Heimatliebe, Held, Nation, Nationalstaat, Nationalstolz, Neutralität, Offizier, Patriotismus, Pflicht, Schlacht, Schützenwesen, Soldatsein, Unabhängigkeit, Vaterland, Verteidigung, Wehrbereitschaft, Zivile Verteidigung. Die alphabetische Reihung, und die Reihe ist beileibe nicht vollständig, will den Anschein einer Wertung der Begriffe vermeiden. Diese durch die Political Correctness gleichsam samt Inhalt geächteten Wörter werden von den meisten jungen Schweizern nicht mehr in den Mund genommen, sie schämen sich ihrer, bezeichnen sie als altmodisch, Reliquien des Kalten Krieges oder Gefühlsduselei. Die sogenannten Kulturschaffenden benützen sie nurmehr ironisch oder in Anführungszeichen gesetzt, um zu zeigen, dass es sich dabei um etwas Unklares, Unanständiges, Fragwürdiges, zu Hinterfragendes handle. Die Anführungszeichen stehen für das Wort sogenannt, welches jeweils eine unredliche Verschleierungsabsicht unterstellt. Diese Taktik zeigt Erfolg in doppelter Hinsicht.

Einmal wird mit der Vernichtung der Symbole, der handgreiflichen Bezüge, der Bilder, dem Volk die Aussprechbarkeit der Staatsidee Schweiz

genommen. Deshalb steht diese bewusste Begriffsverwirrung in Bedeutung und Wirkung dem Bildersturm der Reformation, welcher unbesonnen viele unersetzliche geistige und künstlerische Werte vernichtete, in keiner Weise nach.

Zweitens wird diese Methode mit einem weiteren erprobten Trick der Marxisten verbunden, welcher leider allzuoft unerkannt bleibt. Während ein Realpolitiker, agiere er nun auf Bundes-, Kantons- oder Gemeindeebene, die Probleme sachbezogen angehen muss, kann der nicht in Verantwortung stehende Oppositionelle eine visionäre Linie vertreten. Er fordert ideale Lösungen, der Realpolitiker muss sich auf machbare beschränken. Die Diskussion wird schwierig und wenn die oben geschilderte Sprachverwirrung hinzukommt, beinahe verunmöglicht. Man versteht sich nicht mehr, weil ungleich gefüllte Begriffe verwendet, weil Aepfel mit Birnen verglichen werden. Dieses Phänomen kann man leicht in unserer Fernseh-Arena beobachten, wo oft reihenweise unverstandene Schlagwörter hin- und herfliegen.

Durch die Infiltration der schweizerischen staatspolitischen Terminologie mit häufig marxistischen Begriffen aus der DDR-Zeit, sind Eidgenössische Gesinnung und Staatsidee Schweiz bei vielen Vertretern der jüngeren Generation unglaubwürdig geworden. Zum Zweifel an Religion, Moral, Geschichte und Tradition gesellte sich so der Verlust des Glaubens an die Zukunft der Schweiz. Und als die Jungen nichts mehr glaubten, verloren sie auch den Glauben an sich selbst.

Die durch die Verweigerung der Kulturschaffenden, welche sich bereits zur Zeit der Expo 1964 in Lausanne und noch stärker anlässlich des Jubiläumsjahres 1991 manifestierte, durch die Linke, die Arroganz der Massenmedien und die Achtundsechziger-Bewegung massgeblich geförderte Entwicklung der Abkehr vom eidgenössischen Gedankengut führte zur heute landesweit herrschenden Existenzangst, zu Unsicherheit, Ziellosigkeit und Mutlosigkeit. Wer einem Volk die Bilder, Sagen und Mythen zerstört, seine Geschichte verspottet und sein Staatsverständnis untergräbt, schädigt die Volksseele und bedroht Widerstandskraft und Zukunftsglaube.

Verweigerung der Kulturschaffenden

Kultur sei, so formuliert mein Lexikon, die Gesamtheit der Lebensäusserungen eines Volkes. Als Kultursysteme zählen die Bereiche Religion, Kunst, Wissenschaft, Wirtschaft, Recht, Erziehung und soziale Organisation. Wer etwas Positives bewirkt, darf sich demnach als kulturschaffend

betrachten. Anders sehen das leider jene, die der unguten, durch Politik, Verwaltung und Medien geförderten modernen Sprachregelung verfallen sind und als kulturschaffend lediglich die elitären Vertreter bestimmter Kulturspalten wie Literatur, Massenmedien, Musik, darstellender und bildender Kunst verstehen. Es handelt sich dabei um einen krassen Fall der früher erwähnten absichtlichen Umdeutung eines Begriffes. So verstanden sind der Sprayer oder der obszöne Schlagersänger Kulturschaffende, nicht aber der Käser, der Bauführer, die Mutter und Hausfrau oder der Schwyzerörgelibauer.

In unserem Zusammenhang von besonderem Interesse ist, dass sich in der neu definierten Gruppe der Kulturschaffenden eine Grosszahl der intellektuellen Verweigerer der Eidgenössischen Gesinnung finden.

Zwar waren geistig und schöpferisch Schaffende der Schweiz wohl immer und zu Recht kritische Beobachter der Gesellschaft und damit auch des Staates. Aber sie wirkten meist in eidgenössischer Denkart, fühlten sich also den visionären Zielen unserer Staatsidee verpflichtet. Dies hinderte sie nicht, verschiedene, oft sogar extreme Auffassungen über unseren künftigen Weg öffentlich zu machen und damit die staatspolitische Diskussion zu bereichern. Naturgemäss standen dabei die Schriftsteller in vorderster Reihe. Viele haben wir in früheren Zusammenhängen kennengelernt. Aus den letzten zweihundert Jahren etwa Pestalozzi, Zschokke, de Laharpe, Keller, Hilty und Spitteler. Im Verlaufe des zwanzigsten Jahrhunderts schwand das Engagement der Kulturschaffenden für die Staatsidee Schweiz, im gleichen Ausmass nahm deren Ablehnung alles Schweizerischen zu. Rasant nach dem Zweiten Weltkrieg. Am mutigsten traten Dürrenmatt und Frisch in die Oeffentlichkeit. Dabei ist zu bemerken, dass gerade Dürrenmatt die Schweiz nicht in Bausch und Bogen verdammte und im Innersten die Vision Schweiz nie aus den Augen verlor. Bei aller heftiger und oft ungeduldiger Kritik der schweizerischen Verhältnisse fand er auch versöhnliche Worte. So sagte Dürrenmatt auch, die Schweiz müsse nicht europäisch werden, Europa vielmehr schweizerisch. Seine Nacheiferer, die wohl aus monetären Gründen eher im deutschsprachigen Grossraum Liebkind sein wollten - und zum Teil auch heute noch wollen - als der eidgenössischen Sache zu dienen, setzten vielmehr auf andere seiner Sprüche. Etwa auf das Bild der Schweiz als Gefängnis mit den Bürgern als ihren eigenen Wärtern. Diese Schriftsteller und Filmschaffenden sowie viele Medienschaffende verpassen keine Gelegenheit, die Eidgenossenschaft zu verunglimpfen. Seit Jahren schmähen oder verspotten sie alles urtümlich Schweizerische, sei es die Milizarmee oder der Kreis der vaterländischen Vereine, das Brauchtum oder auch nur am

Rande patriotische Manifestationen, vom friedlichen Festzug bis hin zu Schweizerfahne, Neutralität, Freiheit und Unabhängigkeit. Mit der organisierten Verhöhnung des Jubiläums von 1991 verliessen die betreffenden Kulturschaffenden endgültig den Boden eidgenössischer Denkart. In jenen Kreisen wurde es salonfähig, nicht mehr den eingeschlagenen Weg zum Idealstaat zu kritisieren, sondern die Idee Schweiz an sich abzulehnen. Sie verweigern die Mitarbeit an der Weiterentwicklung der Staatsidee Schweiz, sie wollen eine andere Gesellschaft, einen anderen Staat und es ist ihnen gleichgültig, wenn dies nicht mehr die Schweiz ist, wenn es diese nicht mehr gibt. Sie bewegen sich damit, wohl bewusst, ausserhalb der Bundesverfassung.

Falls dies eine Privatperson tut, mag das noch angehen. Anders verhält es sich, wenn unsere Kulturministerin, Kultur-Subventionen sprechende Beamte und die monopolbegünstigten Massenmedien in diese Kerbe hauen. Dies geschieht leider am laufenden Band. Wir liessen es dazu kommen und vermögen es heute offenbar nicht mehr zu verhindern. Die staatspolitischen Folgen sind katastrophal. Ein Grossteil der aktuell elitären Kulturschaffenden unter Führung des schillernd brillanten Adolf Muschg bilden in ihrer Funktion als Tonangeber einen Schirm, unter welchem sich Verweigerer der Eidgenössischen Gesinnung in bunter Zusammensetzung vereinigen, sich sicher fühlen und sich ungehemmt entwickeln können. Sie reden dem Genossen Adolf nach dem Maul, sein Credo findet Eingang in Behörden, Universitäten, Redaktionen von Fernsehen, Radio und Printmedien, in Verwaltungen und Schulstuben.

Wir stehen damit vor der Tatsache, dass ein mächtiger Block der geistigen Elite unseres Landes von der Staatsidee Schweiz abtriftet hin zu einem nebulös-verzückten Weltbürgertum und den uneingeschränkten Beitritt zur EU fordert. Dabei sind diesen Leuten alle Mittel gut genug. Das Recht des Bürgers auf wahrheitsgetreue Information, Ausgewogenheit in Berichterstattung und Kommentar sowie Erziehung und Ausbildung im Geiste der Bundesverfassung wird häufig missachtet.

Es bedeutet nichts Gutes, wenn die geistige Elite und die Mehrheit eines Volkes getrennte Wege gehen. Und eine Besserung der Verhältnisse ist leider nicht in Sicht.

Die Arroganz der Massenmedien

Die Massenmedien Rundspruch, Fernsehen, Presseerzeugnisse und neuerdings Internet haben in den letzten Jahrzehnten eine ungeahnte Entwicklung erfahren. Nachrichten gelangen in Bild und Ton zeitverzugslos in unsere Stuben. Der Informationsstand der Bevölkerung erlebte dadurch einen Quantensprung, der durchaus mit den seinerzeitigen Auswirkungen der Erfindung der Buchdruckkunst vergleichbar ist. Die Massenmedien sind in der Folge, abgesehen vom Souverän, zur stärksten Gewalt in unserem Staat herangewachsen. Da die elektronischen und technischen Einrichtungen der Massenmedien an sich weder gut noch böse sind, hängen deren Auswirkungen ausschliesslich von der Qualität der Medienschaffenden ab. Missbrauch der Macht ist möglich.

Topographie, Kulturräume und vier Sprachen erfordern in unserem Land eine entsprechend kostspielige Aufsplittung der Medien, woraus den einzelnen Organen eine weitgehende Monopolstellung erwächst. Um deren negative Folgen einzugrenzen, setzen Verfassung und Gesetzgebung Rahmenbedingungen. Die Information muss flächendeckend, objektiv und ausgewogen erfolgen. Selbstredend sollen Nachrichten und geistige Nahrung den Staatszielen nicht zuwiderlaufen. Der freiheitliche Staat gewährt den Medienschaffenden eine weitgehende, aber nicht grenzenlose Freiheit. Er erwartet, dass diese ihre grosse Verantwortung wahrnehmen.

Um die Jahrhundertmitte erfüllten die Massenmedien in ihrer Grosszahl ihren staatspolitischen Auftrag. Allen voran die bürgerliche Presse und Radio Beromünster, in seinen Anfängen aber auch das Fernsehen. In den letzten zwei, drei Jahrzehnten lehnten immer mehr Medienschaffende die Einbindung in die Staatsidee Schweiz ab und richteten ihre berufliche Arbeit auf andere Ziele aus. Dabei können materielle, politische oder geistige Interessen Pate stehen.

Wie bereits weiter oben erwähnt, wurde einmal ein als Referent eingesetzter hochgestellter Funktionär der „Blick"-Redaktion gefragt: „Jeder Schweizerbürger ist der Gemeinschaft gegenüber für sein Tun verantwortlich. Anerkennt Ihre Redaktion eine staatspolitische Verantwortung?" „Nein," antwortete der stellvertretende Nachrichtenchef, „die uns von der Geschäftsleitung vorgegebene Zielsetzung ist allein die Gewinnmaximierung, das heisst, unser Ziel ist die höchstmögliche Auflage." Wie konsequent diese Politik verfolgt wird, zeigen auch jüngste Vorkommnisse. So etwa, wenn Internet-Einträge gefälscht werden, um Unschuldige im „Blick" verunglimpfen zu können. Auch andere Medien richten ihre Strategie immer einseitiger auf den finanziellen Gesichtspunkt aus. An die

Stelle von staatspolitischer Verantwortung tritt Gewinnstreben als alleinige Richtschnur. Auflagen und Einschaltquoten werden zum massgeblichen Gradmesser. Der gebotene Stoff wird immer populistischer, leichter, seichter.

Ein weiterer Grund für den Verrat an der Eidgenössischen Gesinnung kann politischer Art sein. Dies trifft bei Medien und Medienschaffenden zu, welche die redaktionelle Arbeit auf Ziele ausserhalb unserer Verfassung ausrichten, fremden Ideologien huldigen, die Staatsidee Schweiz ablehnen, unseren Werdegang verhöhnen. Viele von ihnen fordern konsequenterweise den sofortigen bedingungslosen Anschluss an die EU. Fahnenträger in dieser Kategorie sind die sozialistisch gefärbten politischen Kräfte, welche wohl glauben, ihre politischen Ziele in enger Verbindung mit den mehrheitlich sozialistisch regierten Ländern der EU schneller und leichter erreichen zu können. Ob es die Schweiz weiterhin gibt, ist ihnen - und massgebliche Vertreter ihrer Organisationen sagen es ganz offen, Eid hin oder her - nicht wichtig.

Eine dritte Gruppe von Abtrünnigen folgt eher geistigen Beweggründen. Ihre Zielsetzungen können Weltbürgertum, Weltfrieden, Weltverbrüderung, Multikultur oder ähnlich heissen. Den Kern dieser Bewegung bilden Intellektuelle, welche in schwärmerischem Eifer und unter Verkennung der historischen und politischen Gegebenheiten aus der nationalen Enge ausbrechen wollen. Eigenartigerweise finden sich unter ihnen viele ungeduldige Befürworter eines EU-Beitritts. Diese sehen nicht, dass die Schweiz weit weltoffener ist als die EU, welche bemüht ist, eine Mauer gegen die Wirtschaftsblöcke Amerikas und Asiens zu errichten.

Gegenüber diesen drei Gruppen von Medienschaffenden haben die wenigen verbliebenen eidgenössisch Gesinnten einen schweren Stand. Sie kämpfen gegen Windmühlen. Ihrer Losung entsprechend haben die Vertreter der Achtundsechziger-Bewegung inzwischen viele massgebliche Positionen in den Massenmedien erobert und setzen ihr Programm fast ungehindert durch. Dabei sind sie in der Wahl ihrer Mittel skrupellos. Ihr Kampf beginnt bereits bei der Personalauswahl. Patrioten und Offiziere haben wenig Chancen. Eine Besetzervergangenheit zählt mehr. Es verwundert daher nicht, dass Stoffauswahl und Kommentar häufig die geforderte Objektivität und Ausgeglichenheit vermissen lassen. Geschichtsklitterei und spöttische oder herunterreissende Berichterstattung über eidgenössische Belange sind bewusst darauf angelegt, dem Nationalbewusstsein zu schaden. Mit „Political Correctness“ wird bewusst eine babylonische Sprachverwirrung geschaffen, welche erlaubt, patriotisch Gesinnte als extreme Rechte zu beschimpfen. Uns fast heilige Begriffe werden zu

Unwörtern umfunktioniert. Was nach Patriotismus riecht, wird totgeschwiegen oder verketzert. Christoph Blocher oder die Armee werden fast nur erwähnt, wenn es etwas Negatives zu berichten gibt. Statt Argumente für die in unserem Land so wichtige gegenseitige Verständigung zu liefern, werden etwa im Verhältnis zwischen Stadt und Land oder in der EU-Frage sich abzeichnende Gräben bewusst vertieft. Wenn Argumente fehlen, wird auf die Person gezielt, oft gar unter die Gürtellinie. Nicht der „Political Correctness" entsprechende Leserbriefe werden zum Teil unterdrückt oder nur abgeändert publiziert. Die während des Zweiten Weltkriegs notgedrungen geübte Zensur war kaum schlimmer.

Krasse Auswirkungen zeitigte die geschilderte Abkehr der Medien und der übrigen Neingenossen von der Eidgenössischen Gesinnung auch im Zusammenhang mit den sich seit dem Zweiten Weltkrieg abgespielten staatlichen Skandalen und Affären. Affäre Rothenmund, Mirageskandal, Cinceraskandal, Affäre Bachmann, Fichenskandal und Diamant-Affäre um nur die staatspolitisch wichtigsten zu nennen. Das Vorgehen der Massenmedien erfolgte stets nach dem gleichen Strickmuster: Ereignis hochjubeln, Stimmung anheizen, Beteiligte vorverurteilen. Leser-, Hörer- und Zuschauerzahlen sind wichtiger als die staatspolitische Verantwortung. Mit dem Resultat, dass der dem Staat und seinen Institutionen zugefügte Schaden immer höher war, als er es von der Sache her hätte sein müssen.

Korrekte Information ist eine wesentliche Voraussetzung für den Fortbestand einer Demokratie. Die arrogante Haltung einer Grosszahl von Medienschaffenden gegenüber der Staatsidee Schweiz zeigt daher verheerende Wirkung. Wie konnten wir es nur soweit kommen lassen? Unsere gesättigte Konsumgesellschaft hat nicht reagiert, liess es an der angezeigten Verweigerung fehlen. Wenn niemand den BLICK kaufen würde, gäbe es ihn längst nicht mehr. Die Verantwortung kann keinem andern zugeschoben werden. Ein freies Volk hat die Massenmedien, die es verdient.

Linkes Polit-Chamäleon

Eine unleugbare Stärke unseres Volkes liegt in der Kraft, die oft auseinander strebenden Interessen der verschiedenen Kulturen, Religionen, Sprachen, Regionen und Wirtschaftszweige mittels Verhandlung und Kompromiss unter einen Hut zu bringen. Im direkt-demokratischen Staat gehören Kompromisse, wie wir schon weiter oben gesehen haben, zum politischen Besteck. Kompromiss und Konkordanz sind Zauberworte unseres politischen Systems. Sie erlauben den Aufbau eines Machtgefüges,

in dem der überwiegende Teil des Volkes in die Verantwortung eingebunden ist. Naturgemäss und glücklicherweise wächst die Kompromissbereitschaft jeweils mit dem Grad der Bedrohung oder der Schwere der zu lösenden Probleme. Die grösste Uebereinstimmung herrschte in der Schweiz in der Zeit des Zweiten Weltkriegs und den ersten Jahren danach. Die vier grossen politischen Parteien standen hinter der Bundesverfassung und waren willens, in Eidgenössischer Gesinnung die Staatsidee Schweiz zu verwirklichen.

Der Weg zu diesem staatsbürgerlich hochstehendem Schulterschluss war allerdings lang und beschwerlich. Vor dem Untergang der Alten Eidgenossenschaft 1798 lag die Verantwortung fast ausschliesslich bei den politisch sehr unterschiedlich aufgebauten Orten. Ihre Vertreter trafen sich zwar periodisch auf der Tagsatzung, deren Beschlüsse waren aber nicht verbindlich, es sei denn sie wurden einstimmig gefasst. Einmischung des Auslandes und die Unfähigkeit neue Mehrheiten zu finden, bescherten der alten Eidgenossenschaft den Untergang und dem Land nachfolgend fünfzig Jahre der Versuche, Krisen, Unsicherheit und Kriege. Der Sonderbundskrieg brachte die Liberalen an die Macht, innert weniger Wochen entwarfen diese die Urform unserer Verfassung 1848, begründeten im gleichen Jahr die neue Eidgenossenschaft und bestellten den ersten Bundesrat aus sieben Liberalen. Erst als der Rückkauf der Zentralbahnen als Grundstein zu den heutigen SBB eine tragfähige Mehrheit im Parlament erforderte, wurde 1891 der Konservative Entlebucher Zemp in den Bundesrat gewählt. Obschon die organisierte Arbeiterschaft um die Mitte des letzten Jahrhunderts mit der Gründung vieler Grütlivereine einen ersten Höhenflug erlebte und deren Vertreter in Eidgenössischer Gesinnung einen gemässigten Kurs vertraten, blieb sie für lange Zeit von der Bundespolitik ausgeschlossen.

Daran änderte auch die Neugründung der SP im Jahre 1888 nichts. Das Misstrauen war zu gross und die Ereignisse während und nach dem Ersten Weltkrieg, ihre Hinwendung zum revolutionären Sozialismus nach russischem Muster und der Generalstreik von 1918 verhärteten die Fronten. Im Rahmen ihrer Umsturzbestrebungen bekämpfte die SPS in den folgenden Jahren auch die Armee. Sie ist wesentlich dafür verantwortlich, dass die Schweiz vor dem Zweiten Weltkrieg militärisch schlecht vorbereitet war. Erst als 1935 die Kriegsgefahr offensichtlich wurde, befürwortete sie eine starke Landesverteidigung, was es verantworten liess, im Jahre 1943 Ernst Nobs als Nachfolger von Rudolf Minger in den Bundesrat zu wählen. Kaum war der Krieg vorbei, fielen die extremen Sozialdemokraten jedoch in die Rolle der Armeegegner zurück. Dank des 1890 eingeführten

Konkordanzsystems blieben sie aber im Bundesrat vertreten, obschon sie sich immer weiter vom eidgenössischen Gedankengut entfernten, bis 2001 bei jeder Armeevorlage zu den Gegnern zählten, ja gar die Abschaffung der Armee vors Volk brachten, die Dienstverweigerung schüren, auf unsere Geschichte, Mythen und Schweizerfahne spuken und mit der Eidgenossenschaft nichts mehr am Hut haben wollen. Ihre vom Achtundsechziger-Geist beseelten Eliten haben in den letzten Jahren keine Gelegenheit ausgelassen, dem Ansehen der Schweiz zu schaden, ist es massgeblichen Leuten unter ihnen doch nicht wichtig, ob es die Schweiz in einigen Jahren noch geben wird. Sie pfeifen auf unsere Nationalhymne und möchten lieber im Kreis der sozialistisch geführten EU die Internationale singen.

Die patriotisch Gesinnten haben ihren Einfluss innerhalb der SPS längst verloren. Die SPS-Elite stellt heute das grösste Kontingent von Abtrünnigen. Diese haben allem Eidgenössischen abgeschworen. Vielleicht wollen sie noch in der Schweiz wohnen und die entsprechenden Vorteile geniessen, vielleicht gar noch Schweizer heissen, aber Eidgenossen sind sie nicht mehr. Aus Eidgenossen wurden Neingenossen.

Und aus dem Staat machen wir Gurkensalat

Den schwerwiegendsten Landesverrat seit dem Zweiten Weltkrieg wird die Geschichte der Achtundsechziger-Bewegung anlasten. Aehnlich zerstörerisch könnte sich für unsere Zukunft lediglich der Neo-Liberalismus auswirken. Auch er schädigt das schweizerische Zusammengehörigkeitsgefühl. Auch er manifestiert die Abkehr von der Eidgenössischen Gesinnung, wendet sich hin zum puren Egoismus. Aber die Achtundsechziger müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, als erste den Bundesgedanken verraten, die Eidgenössische Gesinnung verhöhnt und die Gemeinschaft der Eidgenossen im Geiste verlassen zu haben.

Wenn die unselige Bewegung der Blumenkinder nur eine Episode gewesen wäre, könnte man das Geschehene allenfalls als Jugendsünden abtun. Es erfüllt mit Zuversicht, dass die heutigen Jungen, deren Suche nach einer Lehrstelle und einem gesicherten Einkommen längst kein Honigschlecken mehr ist, geistig wieder eine gesündere Haltung einnehmen. Es ist wohl als Ironie des Schicksals zu betrachten, dass Jugendliche, die sich während der Pubertät von Vater und Mutter abgrenzen müssen, nicht weiter links abtriften können als ihre Achtundsechziger-Eltern, denn dort drohen Illegalität, Kriminalität und Drogenelend. Die Grosszahl der jun-

gen Leute treten daher mit Ernst ins Erwachsenenleben, positionieren sich politisch eher rechts von ihren Erzeugern und sind wiederum bereit, einen positiven Beitrag in unserer Gemeinschaft zu leisten und Verantwortung zu übernehmen.

Damit ist die üble Geschichte aber leider nicht ausgestanden. Zur Zeit sind zwei schwerwiegende Spätfolgen zu verkraften. Erstens haben die Eliten der Achtundsechziger ihre Losung wahrgemacht, den Weg durch die Institutionen bestritten und sind heute in Politik, Verwaltung und Wirtschaft am Ziel angelangt. Zweitens haben vom Achtundsechziger-Geist beeinflusste Lehrer aller Stufen während Jahren ihre verderbliche Saat in die Herzen der Kinder gestreut, ihnen wesentliche Kenntnisse über unsere Heimat vorenthalten und sie dadurch um das Glück betrogen, unbeschwert eidgenössisch denkende Bürger werden zu können.

Bei der Achtundsechziger-Generation lassen sich drei Gruppierungen ausmachen. Nicht näher in Betracht gezogen werden müssen jene, die nie vom Achtundsechziger-Ungeist angesteckt waren oder diesen längst überwunden und zu eidgenössischem Denken zurückgefunden haben. Auch sie stehen heute im Zenit ihres Lebens und bilden die dünn gewordene Schicht jener, die in Politik, Armee und Wirtschaft auf gut eidgenössische Art in Verantwortung stehen und ihre Aufgabe redlich erfüllen.

Die zweite Gruppe bilden die Träumer. Sie haben ihre infantilen Visionen bewahrt und versuchen damit zu leben. Unter ihnen finden wir viele Kulturschaffende aller Sparten, Alleinlebende und Alleinerziehende, Dienst- und Leistungsverweigerer und Drogensüchtige. Sie wollen mit uns Bünzlibürgern nichts gemein haben und bleiben lieber am Rande der Gesellschaft. Ihre konsequente Haltung verdient eine gewisse Achtung, sofern sie wenigstens ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft bestreiten. Leider fallen aber viele von ihnen der verachteten Allgemeinheit zur Last. Im Kanton Bern haben sich die Fürsorgeempfänger seit 1961 verdreifacht!

In der dritten und wohl grössten Gruppe finden wir die Opportunisten. Sie haben rechtzeitig gekuscht, die Krawatte angezogen und auf dem Weg durch die Institutionen gelernt, ihr wahres Gesicht zu verstecken, was sie besonders gefährlich macht. Doch diese Wölfe und Wölfinnen im Schafspelz sind an ihren Früchten zu erkennen. Sie sind heute in allen Schlüsselstellen anzutreffen, in Bundesrat und Parlament, in den Verwaltungen, in der Wirtschaft, in den Massenmedien und namentlich im linken Spektrum der Politik. Gewerkschaften, Parteigremien, Redaktionsstuben und Sozialdienste sind ihre beliebtesten Weidegründe. Die Arroganz der Massenmedien, der Leistungsabfall in Schulen und Betrieben, die Entfremdung zwischen Stadt und Land und zwischen den Generationen, die sich laufend

vermindernde Beziehungsfähigkeit, die Verweichlichung, die schwindende Solidarität, die Verrohung und die steigende Kriminalität, die Verbreitung der Drogensucht, die Verschmutzung von Strassen, Plätzen und Fassaden, die steigende Armut, Mängel bei Ruhe und Ordnung, Zerfall der Sitten, Abkehr von Religion und Moral, Verachtung der Autoritäten, Verhöhnung von Volkstum und Traditionen, Geringschätzung unserer Geschichte, der Landesverteidigung und der Neutralität und noch einiges mehr sind nicht einfach den Achtundsechzigern anzulasten, sie sind, so sagt man, Folgen des Zeitgeistes. Aber dieser wurde wesentlich geprägt durch die Achtundsechziger-Bewegung. Das ist ihre Schuld.

Vieles was in den letzten Jahren schief gelaufen ist, kann, wenn wir nur wollen, in kurzer Zeit geradegebogen werden. Kaum kurzfristig reparierbar jedoch sind die Schäden, welche die vom Achtundsechziger-Ungeist beseelten Eltern und Lehrer verursacht haben.

Betroffen ist namentlich ein Teil der in der Hochkonjunktur grossgezogenen Generation. Antiautoritäre Erziehung, Leistungsverweigerung und Selbstverwirklichung als Zielvorgabe täuschten den jungen Menschen eine Welt vor, die es im Alltag nicht gibt, nie geben wird. Dagegen wurden die althergebrachten und bewährten Bürgertugenden wie Rücksichtnahme, Zuverlässigkeit, Gehorsam, Pünktlichkeit, Fleiss und Verantwortungsbewusstsein in ihrer Bedeutung heruntergespielt und in der Erziehung vernachlässigt. Viele der betroffenen jungen Menschen sind daher nicht fähig, im Erwachsenenleben Fuss zu fassen und einen konstruktiven Beitrag zu einem würdigen Leben in unserer Gesellschaft zu leisten. Sie neigen dazu, egoistisch zu fordern, mehr zu nehmen als zu geben und Dienste aller Art gegenüber der Allgemeinheit zu verweigern. Ungenügende schulische Leistungen, mangelhafte oder keine Berufsbildung, Beziehungsschwierigkeiten, ein gestörtes Verhältnis gegenüber Staat und Gesellschaft und der Verlust eines gesunden Zukunftsglaubens bilden die kausalen Wegmarken an den Rand der Gesellschaft, hin zur selbstgewählten Ausgrenzung. Viele der von den betreffenden Eltern und Erziehern dermassen Beeinflussten finden sich heute weitgehend unschuldig in einer unumkehrbaren misslichen Lage, denn das in der Jugend Vernachlässigte kann in den meisten Fällen nicht nachgeholt werden. Es mag tröstlich stimmen, dass die Promotoren des Achtundsechziger-Geistes angesichts des offensichtlichen Versagens ihrer Thesen weitgehend verstummt sind und dass die heutige Jugend als Folge der härteren wirtschaftlichen Gangart wieder mit grösserem Ernst ins Erwachsenenleben eintritt. Aber Teile der heute in der Blüte des Lebens stehenden Generation bilden eine Achtundsechziger-Altlast, welche unser Staatswesen an den Rand des Ruins geführt hat und uns

noch Jahrzehnte zu schaffen machen wird. Einige der Indizien und deren verheerende Folgen wollen wir näher betrachten.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen

Als weltoffenes Land wurde die Schweiz über Jahrhunderte immer stark durch ausländische geistige, politische und modische Strömungen berührt. Neues wurde aber stets durch die Brille der Eidgenössischen Gesinnung betrachtet, gewertet, gefiltert und dann zögernd, abgewandelt, nur teilweise oder überhaupt nicht aufgenommen. Die Achtundsechziger-Bewegung trifft die Schuld, lawinenartig ein gewaltiges zerstörerisches Gemisch von amerikanischen Untugenden und marxistischem Gedankengut unbesehen in die Schweiz eingeschleust zu haben.

Zwei wichtige Schlagworte der Achtundsechziger-Bewegung lauteten „Bewegen" und „Selbstverwirklichung". Sie tauchen auch heute noch in jeder Diskussion mit von jenem Geist Geprägten früher oder später auf. Sie sind im Lebensplan der Betroffenen tief verankert. Gegen diese Zielsetzungen wäre nichts einzuwenden, wenn sie sich im Rahmen unserer Verfassung und hin zur Staatsidee Schweiz entwickeln würden. Das ist leider nicht der Fall. Der Achtundsechziger-Geist führte ausdrücklich weg vom „Establishment". Das Ziel war nicht eine organische Weiterentwicklung des Bestehenden, sondern dessen Zerstörung. Fast alles was älteren Menschen noch wert und heilig war und den Kitt unserer Gesellschaft bildete, wurde in den letzten Jahrzehnten vielerorts durch Medien, Schule und Elternhaus verunglimpft oder der Jugend ganz einfach vorenthalten.

So die durch Mythen verständlicher gemachte Eidgenössische Gesinnung, unsere Geschichte und die Staatsidee Schweiz. Vielen jüngeren Mitbürgern bedeuten daher Begriffe wie Vaterland, Heimatliebe, Patriotismus und ähnliches nichts mehr. Sie sind wohl dem Namen nach Schweizer. Ihr Verhältnis zur Eidgenossenschaft jedoch ist gestört. Staatsverdrossenheit, Zukunftsangst und EU-Träume sind die Folgen. Statt sich auf den Weg zur Verwirklichung der Vision Schweiz zu begeben, träumen sie von neuen Formen des staatlichen Zusammenlebens. Staatsbewusstsein und Patriotismus werden dadurch einer gefährlichen Erosion ausgesetzt.

Eidgenössische Gesinnung, Religion, Sitten und Moral können dem Menschen Kompass, Lebenshilfe sein. Rücksichtnahme, also Eindämmung der eigenen Wünsche und Begierden, ermöglichte früher das friedliche Zusammenleben in Familie und staatlicher Gemeinschaft. Der Achtundsechziger-Geist predigte die rücksichtslose Befreiung aus all diesen bünz-

ligen Bindungen. Zur Selbstverwirklichung als oberstem Ziel mussten die oben genannten Fesseln gesprengt werden, offener Egoismus war fortan keine Untugend mehr. Mit diesem Schritt hat die Jugend den solidarischen Generationenvertrag aufgekündigt. Anstelle der persönlichen Bindungen, Verpflichtungen und Dienstleistungen wird seither immer lauter der grenzenlose Sozialstaat gefordert - und bis zum Exzess ausgenutzt.

Konsequente Folge dieser egoistischen Denkweise war, unterstützt durch die antiautoritäre Erziehung, auch eine ausgeprägte Leistungsverweigerung. Schulische Leistung, Freizeitarbeit in Haus und Betrieb, Dienst für die Gemeinschaft in einer Jugendorganisation und später, im Erwachsenenleben, in Behörde, Verein, Feuerwehr, Zivilschutz oder Armee wurden verunglimpft, ja bekämpft. Antiautoritäre Erziehung hiess ja Verzicht auf Durchsetzen der Anforderung. Und als die Jugendlichen nicht mehr gefordert wurden, lernten diese auch nicht mehr, an sich selbst Forderungen zu stellen. Diese Schwäche und der überbordende Wohlstand bescherten uns eine zu einem grossen Teil verweichlichte Generation, die kaum mehr willens und fähig ist, die von unserem demokratischen Staat gestellten Aufgaben zu erfüllen und das persönliche Leben zu meistern. Die Auswirkungen dieser Erscheinung wurden leider noch verstärkt durch drei weitere markante Zeiterscheinungen: die Antibaby-Pille, die Emanzipation und die Nivellierung nach unten.

Die Antibaby-Pille ermöglichte die von den Blumenkindern vehement geforderte und ungehemmt praktizierte vorerst vermeintlich risikolose - Aids hat uns später eines Besseren belehrt - sexuelle Freiheit, welche ihrerseits der Zerstörung von Sitte und Moral, der Familie und der Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft die Bahn geebnet hat. Alleinstehende, Alleinerziehende, Sozialhilfeempfangende, Vereinsamung bis hin zu Orientierungslosigkeit und selbstgewählter Ausgrenzung gefährden dadurch zunehmend unsere Gesellschaft. Und der von der Familienverantwortung weitgehend befreite Mann steht nicht als Gewinner da, vielmehr als Degradierter. Verunsichert und verweichlicht ist er oft nicht mehr fähig, die angestammte Rolle im privaten und öffentlichen Leben wahrzunehmen.

Aehnlich fatal wirkte sich auch die an sich weitgehend berechtigte Frauenbewegung aus. Dabei müsste die angestrebte gegenseitige Gleichstellung durch Anhebung auf das jeweils höhere Niveau erfolgen. Leider resultierte oft statt der Stärkung der Frau eine Schwächung des Mannes, eine Nivellierung nach unten. Gleichstellung von Mann und Frau kann vom Staat wohl dekretiert, nicht aber verwirklicht werden. Sie muss von jeder Generation gewollt und überall und immer neu erarbeitet werden.

Gleichstellung erheischt gegenseitige Achtung in allen Lebensbereichen und nicht geschlechtsneutrale Spielsachen. Wer seine Zöglinge verweichlicht, wird später vergebens starke Frauen und Männer suchen.

All diese durch den Achtundsechziger-Geist begünstigten Zeiterscheinungen zeigen heute verheerende Auswirkungen. Wer egoistisch Selbstverwirklichung als oberstes Ziel verfolgt, ist weder willens noch fähig, im Sinne des Gemeinwohls zu denken und zu handeln. Wer die Staatsidee Schweiz nicht kennt, ist kaum motiviert, sich für den Erhalt unseres Staatsmodelles einzusetzen. Wer die Leistung verweigert, neigt gezwungenermassen zu Forderungen gegenüber den anderen, gegenüber dem Staat. Wer sich die Erfüllung der bis anhin dem Bürger auferlegten Pflichten nicht zutraut, tritt für deren Abschaffung ein. Wer der Allgemeinheit nicht dienen mag, lehnt das Milizsystem in Politik und Armee ab. Wer die Strapazen des Militärdienstes weder ertragen kann noch will, fordert die Abschaffung der Armee. Wer sich vor Verantwortung fürchtet, bleibt ledig, angestellt und ämterlos.

Unser föderatives System als Teil der Staatsidee Schweiz erlaubt einem grossen Teil des Volkes, sich in irgend einer Form direkt an der Gestaltung unseres Zusammenlebens zu beteiligen. Freiwillig, milizmässig, gratis oder bei nur geringer Entschädigung. Dabei gab es immer Leute, die sich nicht einspannen liessen. Aber heute nimmt deren Zahl beängstigend zu. Stellen wir weiter fest, dass bei ständig wachsender Bevölkerung die Zahl der Bürgerinnen und Bürger laufend abnimmt, erhellt, dass immer weniger Willige eine steigende Zahl von Aufgaben bewältigen müssen. Hält diese Entwicklung an, wird der in der Schweiz einmalig hohe Grad der Selbstverwaltung auf Dauer nicht zu bewahren sein.

Bedrohte Rechtsstaatlichkeit

Wir haben früher nach den unabdingbaren Eckpfeilern eines freiheitlich-demokratischen Staates gefragt. Als Antwort fanden wir, in Stichworte gefasst: Recht, Wahrheit, Frieden, Fahne, Währung, Armee, Sicherheit, Demokratie, Sozialstaat. Wenn wir am Ende des 20. Jahrhunderts eine Lagebeurteilung vornehmen und den Zustand der heutigen Schweiz an den obengenannten Grundwerten messen, ergibt sich ein düsteres Bild.

Wir haben das in der Bundesverfassung gesetzte Ziel „Gemeinsame Wohlfahrt“ in der Jahrhundertmitte optimal erreicht, seither jedoch den Sozialstaat übermässig ausgebaut. Geradezu fahrlässig nahmen wir dafür eine gewaltige Verschuldung des Bundes in Kauf. Heute haben wir für

deren Verzinsung jährlich mehr aufzubringen als für die gesamte Landesverteidigung. Die AHV wird in wenigen Jahren sämtliche Reserven aufgebraucht haben und in ihrem heutigen Umfang kaum mehr finanzierbar sein.

Wir haben unser demokratisches System zu einem weltweit einmaligen Modell entwickelt, gleichzeitig aber wohl auch die Grenze des noch Sinnvollen erreicht. Ernüchtert stellen wir fest, dass ein wachsender Teil unseres Volkes, verweichlicht und egoistisch auf den persönlichen Vorteil ausgerichtet, immer weniger willens und fähig ist, den hohen Ansprüchen eines derartig organisierten Staates zu genügen.

Der Problemkreis Sicherheit - Armee ist, nachdem er seit dem Zweiten Weltkrieg lediglich durch die Sozialdemokraten unter Dauerbeschuss lag, nach dem Fall der Mauer in eine gefährliche Krise geraten. Die Armee habe ihr Feindbild verloren, ein Gegner sei nirgends auszumachen und die Armee daher abzuschaffen. Mit dieser, durch die von marxistischem Gedankengut infiltrierten Political Correctness formulierten grundfalschen Argumentation fechten heute leider nicht nur die gesammelte Linke und der Grossteil der Massenmedien sondern immer häufiger auch Vertreter der bürgerlichen Parteien bis hin zu Armeespitze und Bundesrat. Diese Denkweise ist bereits im Grundansatz falsch. Es hat und wird sich für die Schweiz nie darum handeln können, eine abwehrbereite Armee erst in einer eindeutigen Bedrohungslage herzuzaubern. Der Aufbau einer Milizarmee nach unserem Muster beansprucht zwanzig bis dreissig Jahre, das Bereitstellen von entsprechenden Bauten und der Bewaffnung sicher zehn bis fünfzehn Jahre. Soll unsere Armee glaubwürdig bleiben, muss sie innerhalb der minimal möglichen Vorwarnzeit zur Erfüllung des Verteidigungsauftrages bereit sein.

Die Münzhoheit ist das wohl wichtigste Instrument einer erfolgreichen selbständigen Wirtschaftspolitik. Noch sind wir, im Rahmen der durch uns nicht beeinflussbaren internationalen Abhängigkeiten, Herr unserer Notenbank und damit der Stabilität des Schweizerfrankens. Aber immer mehr werden jene, die auf eine eigene Währung zu verzichten bereit sind.

Es ist immer eine Freude, die Schweizerfahne mit weissem Kreuz im roten Feld fröhlich im Winde flattern zu sehen. Das Kreuz symbolisiert einen Baum, mit dem Stamm fest in der heimatlichen Erde verankert, die Querbalken den Baumästen gleich schützend über das Territorium ausgebreitet und solidarisch in die weite Welt weisend, mit einem senkrechten Arm nach oben, zum Geistigen, auf das Uebermenschliche erinnernd. Wird unsere Fahne als einigendes Symbol noch so verstanden und entsprechend geachtet? Die Höhenstrasse der Landesausstellung von 1939

war von einem Fahnenhimmel, bestehend aus sämtlichen Gemeindefahnen der Schweiz überdacht. Anlässlich der anti-eidgenössischen Ausstellung "Tell 73" wurde der Kassenraum mit einer Schweizerfahne ausgelegt, so dass jeder Besucher obligatorisch über unser Nationalsymbol schreiten musste. Leider hat heute ein beträchtlicher Teil der Nachkriegsgeneration für unsere Fahne nur noch ein mitleidiges Lächeln übrig und ist bereit, mit ihr auch die Staatsidee Schweiz mit Füssen zu treten und zu verraten.

Die Wahrung des Friedens in Freiheit und Unabhängigkeit ist einer der vier Bundeszwecke, wobei die drei Begriffe eine Einheit bilden. Zum Leidwesen gewisser Kreise sind jedoch Freiheit und Unabhängigkeit nur bedingt oder überhaupt nicht mit den EU-Satzungen vereinbar. Freiheit, Unabhängigkeit, Staatsidee und Identität waren seit dem Zweiten Weltkrieg nie mehr so konkret bedroht wie durch den wohl schon bald wieder zur Debatte stehenden EU-Beitritt.

Die Wahrheit sei eine der drei Säulen der Welt. In der Tat kann die Qualität einer Lebensgemeinschaft am Umgang mit der Wahrheit gemessen werden. Sie bildet denn auch einen wesentlichen Bestandteil der Eidgenössischen Gesinnung. Mit der Abwertung von Sitte und Moral ist im Verlauf der letzten dreissig Jahre leider auch die Respektierung der Wahrheit ins Abseits geraten. Allzuoft entsteht der Eindruck, dass Parteien, Medien, Behördevertreter und weitere Kreise Opportunität vor Wahrheit stellen.

Und wie steht es bei uns mit der Rechtsstaatlichkeit? Die Indizien sprechen eine deutliche Sprache. Unser Rechtsstaat wird gleichzeitig durch landeseigenes Verschulden und durch ausländische Quellen kriminell bedroht, in beiden Fällen sowohl durch Kleinkriminalität als auch in grossem Stil. Wiederum war der Achtundsechziger-Geist massgeblich an der unguten Entwicklung beteiligt. Kommunistischer Doktrin entsprechend galt es als Vorbereitung eines Umsturzes, die innere Ordnung zu untergraben. Die antiautoritäre Erziehung legte den Samen zur Auflehnung gegen Recht und Ordnung. Es wurde versucht, jegliche Autorität im Staat zu schwächen, Religion, Moral, Tradition, Sitte und Gesetz, Polizei und Armee. Die Folgen sind bekannt: Randaliereien, Sachbeschädigungen, Uebergriffe auf Eigentum, Hausbesetzungen, Sprayereien, Drogen, Entreiss- und Einbruchdelikte. Wildes Parkieren, Velofahrer ohne Licht. Am Parkeingang Verbote, aber man trifft Radfahrer, freilaufende Hunde, Camper und Badende. Die Polizei wagt nicht mehr, Recht und Ordnung durchzusetzen. Unternehmen für Einbruchsicherung und Alarmierung haben Hochkonjunktur. Bei Amtsantritt erklärte Frau Haymoz, Direktorin der Frauenstrafanstalt Hindelbank, das Gefängnis ohne Gitter zum Ziel.

Dafür muss sich der ehrbare Bürger in seiner Stube hinter Gittern verbarrikadieren. Dazu steigende Wirtschafts- und Steuerkriminalität, und Raubzüge ausländischer Banden machen das Mass vollends voll. Die Gerichte sind überlastet, zum Teil überfordert, die Gefängnisse überfüllt. Der Rechtsstaat ist zweifellos in grosser Bedrängnis.

Das Resultat dieser Lagebeurteilung ist beunruhigend, wenn auch dagegen gehalten werden darf, dass das Positive bei uns immer noch überwiegt und vielerlei im Ausland noch weit bedenklicher ist. Verschlimmernd wirkt sich jedoch aus, dass wir uns zur Zeit in der schwersten Identitätskrise wohl seit der Gründung des Bundestaates befinden.

Verlorene Identität

Die Lehren aus den schlimmen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, der wirtschaftliche Schulterschluss der westeuropäischen Staaten in EG und EFTA und die durch die USA gestützte NATO haben Europa ein halbes Jahrhundert Frieden ermöglicht. Eine nie für möglich gehaltene technische Entwicklung bescherte uns eine einmalige Hochkonjunktur und einen scheinbar grenzenlosen Wohlstand. Als vom Krieg verschontes Land standen wir in vorderster Front der Nutzniesser. Aber unsere geistige Entwicklung konnte mit dem materiellen Gewinn nicht Schritt halten. Unser nationales Selbstverständnis ist mit dem Zeitgeist in Konflikt geraten. Verstärkt durch weitere Faktoren wie Umweltproblematik, drohende Klimaveränderung und eine sich abzeichnende gigantische moderne Völkerwanderung führten zu einer verbreiteten Verunsicherung und zu Zukunftsangst. Zusätzlich zum Zeitgeist wurde unser Nationalbewusstsein in den letzten Jahren durch einige neuartige und daher unerwartete Bedrohungen unter Druck gesetzt.

Nachdem unsere Linken seit Jahrzehnten die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg geradezu selbstmörderisch gebrandmarkt haben, erhielten sie durch den von internationalen jüdischen Organisationen aufgegriffenen Streit um Fluchtgelder und Raubgold willkommene Unterstützung. Die massiven Vorwürfe führten zu einem schwerwiegenden weltweiten Imageverlust unseres Landes und bewirkten in einer Zeit, da die EU-Frage unsere Nation zu entzweien droht zusätzliche Gräben, erboste die Aktivdienstgeneration und verunsicherte die Nachkriegsgeborenen.

Die EU-Beitrittsfrage ist zwar in ihren Grundzügen nicht neu, ähnliche Problemstellungen erlebte unser Land als republikanische Insel in einem von Monarchen regierten Europa seit der Erkämpfung der Unabhängigkeit

im Schwabenkrieg von 1499 im Verlauf der Jahrhunderte immer wieder, zuletzt in den Dreissigerjahren. Aber sie wirkt gerade als Dauerbrenner zersetzend.

Eine dritte Zerreissprobe bescheren uns die als unschweizerisch empfundenen und daher verdächtigen Phänomene der Globalisierung und des wiedererwachten Manchester-Liberalismus. Die Globalisierung, eine weltweite Vernetzung von technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Bereichen in gigantischem Ausmass, ist für unsere Grössenverhältnisse ungewohnt, ist schwerlich überblickbar, durch uns kaum beeinflussbar und wirkt daher beängstigend und verunsichernd. Eine gefährliche Folge der Globalisierung liegt im Umstand, dass sich die effektive Macht im Lande von den gewählten Behörden hin zur Wirtschaft verschiebt. Einhalt gebieten könnten nur noch Staaten mit intaktem demokratischem System, allen voran die USA und modellhaft die Schweiz. Aber die USA denken nicht daran, die wirtschaftliche Globalisierung stärkt ihre weltweite Vormachtstellung. Und die Schweiz ist zu klein und wir sind bis jetzt nicht willens, die mit Gegenmassnahmen verbundenen materiellen Opfer auf uns zu nehmen.

Europäisch gesehen steht die Auferstehung des Manchester-Liberalismus in Zusammenhang mit der Globalisierung und dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Er bedroht die nach der Theorie von Professor Erhard in Deutschland als Bollwerk gegen den Kommunismus entwickelte Soziale Marktwirtschaft und das in der Schweiz in den Dreissigerjahren zwischen den Sozialpartnern ausgehandelte Friedensabkommen, beides erfolgreiche Kompromisse im scheinbar unüberwindlichen Gegensatz zwischen Markt und Demokratie. Ironischerweise, wenn denn Ironie hier am Platze wäre, entspricht diese Entwicklung ziemlich genau den Voraussagen von Karl Marx, die rücksichtslose Umsetzung in der Schweiz aber wurde nur möglich, weil die Linke im Gefolge der Achtundsechziger-Bewegung durch den geistigen Verrat an der Eidgenössischen Gesinnung den in Jahrhunderten gewachsenen Gemeinschaftssinn weitgehend zerstört und den Solidaritätspakt zwischen den Generationen einerseits und den Sozialpartnern anderseits als erste aufgekündigt hat. Die Auswirkungen werden dadurch verstärkt, dass unsere Wirtschaft betreffende Entscheide zunehmend im Ausland gefällt werden, Gewinnmaximierung als oberstes Gebot gilt und die Umsetzung der oft rigorosen Entscheide immer häufiger durch in schweizerische Betriebe eingeschleuste ausländische Führungskräfte geschieht. Staatsidee, Eidgenössische Gesinnung und damit Beachtung der in der im Zweckartikel der Bundesverfassung vorgegebenen Gemeinsamen Wohlfahrt waren bisher in der Regel respektierte Säulen der

Geschäftsphilosophie unserer Betriebe. Die von dieser Ethik nicht behinderten modernen Manager schliessen ohne Gewissensbisse Betriebe, entlassen Personal oder verlagern die Produktion rücksichtslos ins Ausland. Betroffen von solchen Massnahmen sind aber vor allem jene Kreise, für die sich einzusetzen die Linke immer lautstark vorgibt. Die Arbeitslosigkeit schürte die Fremdenfeindlichkeit, grenzte die sozial schwachen Gruppen aus, verdrängte die wenig gebildeten Frauen aus dem Erwerbsleben und verhinderte einen sinnvollen Einstieg der Jungen in die Erwachsenenwelt.

Die Globalisierung, der Neo-Liberalismus, die uneinsichtige Haltung der Linken und die satte Gleichgültigkeit des Bürgertums drohen uns auf dem Weg zu einer Gesellschaft, welche allen Teilen unseres Volkes ein Leben in Würde ermöglicht, um Jahrzehnte zurückzuwerfen. Der Gründer und Präsident des World Economic Forums in Davos, Klaus Schwab, warnt: Die menschlichen Kosten der Globalisierung erreichen ein Niveau, mit dem das ganze Sozialgefüge der Demokratien in nie dagewesener Weise auf die Probe gestellt wird.

Eine staatspolitische Standortbestimmung am Ende der fünfzigjährigen Nachkriegsperiode ergibt daher ein wenig erbauendes Bild. Wirtschaftlich stehen wir zwar noch einigermassen gut da, staatspolitisch jedoch droht der Zerfall und der unwiederbringliche Verlust unserer Identität. Beim Tanz ums goldene Kalb und unter der jahrzehntelangen Verunglimpfung der dem Achtundsechziger-Geist erlegenen Linken hat die Volksseele grossen Schaden erlitten. In einer Zeit, wo uns Globalisierung, Neo-Liberalismus und die Frage nach unserem Platz im gegenwärtigen und kommenden Europa weitreichende, zum Teil unumkehrbare Entscheide abverlangen, sind wir „kein einzig Volk von Brüdern“. Es scheint, dass ein wachsender Teil unseres Volkes bereit ist, um kurzfristiger wirtschaftlicher Vorteile willen entscheidende staatspolitische Einrichtungen und wertvolle Bürgerrechte zu opfern.

Eine ganze Palette spezifischer staatspolitischer Merkmale machen uns zum Sonderfall Schweiz. Es war und ist unser historischer Auftrag, dieses direktdemokratische Modell zu leben und zu erhalten, für Europa und für die Welt. Der eiserne Kern der Staatsidee Schweiz ist die Direkte Demokratie. Demokratie heisst Volksherrschaft. Nicht Herrschaft für das Volk sondern durch das Volk. Das Volk hat das letzte Wort. Für diesen erhabenen Grundsatz haben wir einzustehen. Mehrmals in den letzten fünfhundert Jahren standen wir mit dieser Botschaft einem Leuchtturm auf einer kleinen Insel gleich in der Brandung eines ins Chaos gestürzten Europas. Heute stellt sich wiederum die Frage, ob wir wesentliche Prinzipien der

Staatsidee Schweiz dem Gleichschritt mit der EU opfern müssen. Die EU ist aktuell eine Verbindung ehemals souveräner Staaten, welche freiwillig entscheidende Befugnisse an die Zentralverwaltung Brüssel abgetreten haben. Aussen- und Sicherheitspolitik und im Rahmen der Währungsunion Finanz-, Wirtschafts- und Steuerpolitik sollen demnächst ebenfalls vereinheitlicht werden. In diesem politischen Gebilde finden direktdemokratische und neutrale Staaten, wie massgebliche Vertreter der EU mehrmals klar gesagt haben, auf Dauer keinen Platz. Wird die EU ein kleines, etwas eigensinniges Land, mit boykottähnlichen Massnahmen in die Knie zu zwingen versuchen? Was nützt der EU keine Schweiz?

In den nächsten Jahren wird das Schweizervolk Weichen von historischer Bedeutung zu stellen haben. Wird die Erprobung der bilateralen Verträge positiv verlaufen? Wird der Bundesrat den weisen Rat befolgen und das EU-Beitrittsgesuch von 1992 mindestens vorläufig zurückziehen? Wollen wir den über Jahrhunderte bewährten Weg der bilateralen Verhandlungen fortsetzen, um als freies Land, als die Eidgenossen Europas, unseren Beitrag zu einer friedlicheren Welt zu leisten? Werden wir die Kraft und den Mut finden, die in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts eingeschlagenen Irrwege zu erkennen und soweit möglich zu korrigieren? Lässt sich wieder eine Mehrheit im Volk finden, welche die Staatsidee Schweiz als nationales Ziel hochhält, sich der Eidgenössischen Gesinnung verpflichtet fühlt und gewillt ist, den kommenden Generationen ein freies Staatswesen zu übergeben? Werden wir so unsere Identität wiederfinden? Welche Chancen bieten sich uns im Innern, in Europa und in der Welt? Und werden wir sie packen?

Chancen und Visionen

Angst bleibt ein schlechter Ratgeber

1999 war für die Schweiz ein bedeutendes Jahr. Erstmals hatten wir eine Bundespräsidentin. In ihrer Fernseh-Neujahrsansprache sitzt Frau Dreifuss vor der Kulisse des Bundeshauses, die Kuppel vor blauem Hintergrund umstrahlt von den EU-Sternen. Auf dem Bundeshaus fehlt die Schweizerfahne. Die Begriffe Eidgenossen und Eidgenossenschaft kommen nicht über die magistralen Lippen. Frau Dreifuss redet viel von Solidarität und spannt den Bogen rasch von den bilateralen Verhandlungen hin zum für sie sehr wünschbaren EU-Beitritt. Dass das Jahr 1999 für die freie Schweiz nach 1291 das wohl bedeutendste Jubiläumsjahr darstellt, erwähnt sie mit keinem Wort. Sie will im nach ihrer Auffassung letzten Jahr des Jahrhunderts, die Schwergewichte anders legen.

Die andere Schweiz feierte 1999 still, von Behörden und Medien mit Rücksicht auf Deutschland kaum erwähnt, 500 Jahre Unabhängigkeit vom Deutschen Reich als Folge der Schlacht von Dornach 1499. Damals wollte der Deutsche Kaiser Maximilian, um Ordnung ins Reich zu bringen, auch die Eidgenossen dem obersten Reichskammergericht unterstellen. Zudem sollten sie ihm künftig wieder eine Reichssteuer bezahlen. Als sie sich weigerten, zog er gegen sie in den Krieg. Der nach der verlorenen Schlacht von Dornach ausgehandelte Friedensvertrag befreite die Eidgenossen von den gestellten Forderungen und bedeutete praktisch die Loslösung vom Deutschen Reich. Die internationale Anerkennung unserer Unabhängigkeit erfolgte dann im Westfälischen Frieden 1648. Seither regeln wir die zwischenstaatlichen Probleme mit unseren Nachbarländern als gleichberechtigte Partner in bilateralen Verhandlungen. Bereits im Jubiläumsjahr 1998 verzichtete die offizielle Schweiz darauf, 350 Jahre anerkannte Unabhängigkeit zu feiern. Aengstlich liess der Bundesrat verlauten, ein Gedenken an 1648 könnte in Brüssel falsch verstanden werden. Unsere oberste Landesbehörde scheint jeden Stolz verloren zu haben.

Aber auch die Bürgerschaft ist nicht mehr die alte. Die Angriffe der jüdischen Organisationen auf unser Land und der blamable Bergier-Bericht haben unser Selbstbewusstsein im Mark getroffen. Viele Mitbürger und Mitbürgerinnen fühlen sich gedemütigt, traurig und verunsichert.

Es ist höchste Zeit, dass wir uns ermannen und wieder auf die Werte unseres Staates besinnen. Wir haben, weiss Gott, nicht alles falsch gemacht. Bestimmt nicht mehr als unsere Nachbarländer. Fast alle hätten viele Untaten gutzumachen aus der Kolonialzeit und dem letzten Jahrhundert. Hat sich Italien je für seinen Gaskrieg in Abessinien entschuldigt? Wurden Frankreichs Menschenrechtsverletzungen in Algerien je geahndet? Sie und andere Staaten mit befleckter Weste sind längst zur Tagesordnung übergegangen, sind wieder stolze und selbstsichere Nationen.

Auch wir können und wollen auf unser Land stolz sein. Manches in der Welt wäre besser, würden andernorts die Grundgedanken unserer Staatsidee beachtet und aus unseren multikulturellen Erfahrungen Lehren gezogen, Probleme auf eidgenössische Art gelöst. Dann könnten die französischen und spanischen Basken einen eigenen Staat bilden. Frankreich würde Korsika in die Freiheit entlassen. Flamen und Wallonen könnten lernen, friedlich miteinander zu leben. Der Religionskrieg in Nordirland wäre längst beigelegt und Italien würde Südtirol die volle Autonomie gewähren. Der Bürgerkrieg in Jugoslawien hätte nicht stattfinden müssen, Griechen und Türken würden nicht um Zypern streiten und die Kurden wären als freie Menschen stolze, unabhängige und neutrale Verwalter des Wasserschlosses Kurdistan.

Beenden wir die seit Jahren anhaltende ungerechtfertigte zerstörerische Selbsterniedrigung. Objektiv betrachtet, haben wir uns unserer Vergangenheit und des jetzigen Zustandes im Vergleich mit den übrigen Ländern der Welt nicht zu schämen. Wir verfügen über ein einmaliges, mustergültiges und ausbaufähiges politisches System, stehen wirtschaftlich gut da, agieren trotz Binnenlage erfolgreich in weiten Teilen der Welt, arbeiten in den humanitären Bereichen weltweit anerkannt mit, geniessen die Vorzüge eines Sozialstaates auf hohem Standard und erfreuen uns entgegen internen Unkenrufen bei jenen, die uns und unser System kennen, hoher Wertschätzung. Die Schwachstelle liegt nicht in der Staatsidee und den entsprechend gestalteten Einrichtungen, sondern im personellen Bereich. Wir Bürgerinnen und Bürger haben in den letzten Jahrzehnten teilweise versagt. Wir haben uns vom eidgenössischen Gedankengut entfernt, bösartig oder fahrlässig kreuz und quer verlaufende Gräben ausgehoben, die Armee ins Abseits gedrängt und im Zwist um unsere Rolle im Zweiten Weltkrieg die Aktivdienstgeneration verletzt. Vom Wohlstand gesättigt, verweichlicht und verunsichert, stehen wir zerstritten und verängstigt am Anfang des neuen Jahrtausends.

Umfallen sei keine Schande, sagt man, aber liegen bleiben. Ueberwinden wir daher die lähmende Angst vor Zukunft, Klimaveränderung, Glo-

balisierung, Völkerwanderung, EU und möglichem teilweisem Alleingang, indem wir aufstehen und vorwärts schreiten. Nicht ängstlich wie in den letzten Jahren sondern mutig und mit Zuversicht. Denn Angst ist und bleibt ein schlechter Ratgeber. Visionen können sich verwirklichen, wenn Chancen erkannt werden und entsprechende Taten folgen. Was ist konkret zu unternehmen?

Geistige Aufrüstung

Ich wähle ganz bewusst diese Formulierung, weil sie an die Moralische Aufrüstung erinnert, eine gewaltige geistige Kraft, welche nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von Caux ausgehend in die ganze Welt ausstrahlte.

Kurz nach dem Krieg luden einige um die Zukunft der Welt besorgte Schweizer 180 aus 12 europäischen Staaten stammende Persönlichkeiten, welche sich bereits 1938 gleichenorts im Rahmen der ersten Weltkonferenz für Moralische Aufrüstung kennengelernt hatten, zu einem neuerlichen Treffen nach Interlaken ein. Nach Jahren des Hasses, der Zerstörung und des Elends wollten sie in versöhnlichem Geist Mittel und Wege suchen, die künftig ähnliche Ereignisse verhindern sollten. Die später unter dem Kürzel MRA bekannte geistige Bewegung basiert auf der Erkenntnis, dass eine Verbesserung der menschlichen Gesellschaft nur dadurch gelingen kann, dass jeder bei sich selbst ändert was nicht gut ist, statt anderen Vorwürfe zu machen. Schöpfer dieser Idee war der amerikanisch-lutherische Pastor Frank Buchmann. Er formulierte eine neue Lebensphilosophie, welche jenseits der Gegensätze von Parteien, Klassen, Interessengemeinschaften und Nationen Menschen im Namen der allem übergeordneten geistigen Macht zusammenführen und versöhnen sollte.

1946 kauften Mitglieder der MRA unter grossen persönlichen Opfern das um die Jahrhundertwende als grösstes und luxuriösestes Hotel der Schweiz erbaute Caux-Palace und begannen, das inzwischen verlotterte Haus zu einem Begegnungszentrum auszubauen. Auf Einladung der MRA trafen sich in den Folgejahren in Caux viele hundert einflussreiche, oft noch vor kurzem verfeindete Persönlichkeiten aus aller Welt im festen Willen, sich gegenseitig zuzuhören und verstehen zu lernen. Von hier aus gingen wertvolle, oft entscheidende Anstösse zur Lösung von Konflikten in alle Welt. Caux war Ideenwerkstatt beispielsweise für die Aussöhnung von Deutschland und Frankreich, die Einigung Europas, die Befreiung der Kolonien, die Rassenfrage in den USA oder für das Problem Südtirol zwi-

schen Italien und Oesterreich. Später wurde die MRA in ihrer Wirksamkeit gehemmt, indem sich durch deren Erfolge in ihrer Macht bedroht fühlende Interessenkreise wie Kirchen, Parteien und andere Organisationen daran machten, sie zu verunglimpfen und in die Ecke von Sektierern zu schieben.

Die Methodik der MRA zur Bewältigung der damaligen Zeitfragen kann uns als Modell zur Lösung unseres Hauptproblems dienen. Wir bedürfen, soll die Eidgenossenschaft nicht zerbrechen, einer Neubelebung der Eidgenössischen Gesinnung. Sie ist die geistige Kraft, die uns befähigt, uns im Hinblick auf die visionäre Staatsidee Schweiz über alles Trennende hinweg die Hände zu reichen. Bevor wir die in den nächsten Jahren anstehenden schwerwiegenden Entscheide fällen können, müssen wir uns zuerst wieder auf uns selbst besinnen, unsere Identität neu finden. Dies kann nicht in einer Kampfarena vor einem Millionenpublikum geschehen, wo jeder sendet und niemand zuhört, wo Sieger bleibt, wer die härtesten Hiebe austeilt. Wir brauchen, unter anderem, eine Begegnungsstätte, in der sich Verschiedendenkende aus allen Kreisen unseres Landes zum Gespräch treffen, sich zuhören und sich wieder verstehen und achten lernen können - ein Forum für Demokratie. Vielmehr als Vorträge, steht das Gespräch im Zentrum. Hier sind vorerst alle willkommen, die sich der Problemlösung im Rahmen von Bundesverfassung, Eidgenössischer Gesinnung und Staatsidee Schweiz verpflichtet fühlen. Aber ebenso willkommen sind jene, die der Staatsidee Schweiz kritisch oder gar ablehnend gegenüberstehen, sich aus der Eidgenössischen Gesinnung abgemeldet und fremden Ideologien zugewandt haben, die Neingenossen. Zwischen diesen zwei Lagern liegt der wahre Graben, hier gilt es Brücken zu bauen, wo möglich Gräben auszuebnen. Initianten für das nötige Gespräch, die Gründung einer entsprechenden Stiftung und die Suche nach Mäzenen könnten neben den politischen Parteien der Eidgenössischen Idee verpflichtete Organisationen sein wie die Staatsbürgerliche Gesellschaft, die Arbeitsgemeinschaft für Demokratie, Pro Libertate und andere mehr.

Als Begegnungsort wäre ein ruhig gelegenes Haus zu finden, etwas wie das der UBS gehörende Schulungszentrum und Hotel Seepark, welches national zentral im Schadaupark in Thun gelegen und mit der nötigen Infrastruktur versehen bis 150 Teilnehmern Platz für Arbeit und Musse bieten kann. Es wäre vorstellbar, dass die UBS im Hinblick auf eine bessere Auslastung von Schulungszentrum und Hotel und im Sinne der Imagepflege die Gründung einer Stiftung “Forum für Demokratie“ unterstützen würde. Sie könnte damit gleichzeitig zeigen, dass auch ein weltweit tätiges Grossunternehmen nicht vorurteilslos der Globalisierung huldigt, den

Wert der Staatsidee Schweiz kennt und nach wie vor schätzt und bereit ist, die Bestrebungen zur neuen Identitätsfindung auch materiell zu unterstützen.

Eine grossartige Möglichkeit böte das Zentrum Gwatt, die frühere reformierte Heimstätte, idyllisch am See gelegen. Die Anlage ist als Begegnungsort konzipiert. Alle Versuche, diese kommerziell gewinnbringend zu nutzen, sind gescheitert. Eine neue sinnvolle Verwendungsart wird zur Zeit gesucht.

Ebenfalls vorstellbar wäre ein in ländlicher Abgeschiedenheit gelegenes Haus, wo man abends bei einem Glas zusammensitzt und in wechselnder Zusammensetzung miteinander redet. Warum nicht das demnächst frei werdende landwirtschaftliche Schulungszentrum Bäregg im Emmental?

Was Caux für die Völkerverständigung und Davos für die Wirtschaftsphilosophie, sollte das neue Begegnungszentrum für die Demokratie werden. Anfänglich der nationalen Besinnung und Versöhnung dienend, könnte das Forum, getreu dem historischen Auftrag der Schweiz als Hort der Direkten Demokratie, künftig ein internationales Podium mit entsprechender Ausstrahlung bilden.

Die geistige Erneuerung der Eidgenossenschaft, Voraussetzung und Ausgangspunkt für die weiteren nötigen Entwicklungsschritte, erhalten wir nicht als Geschenk des Himmels, wir müssen sie wollen, müssen sie einleiten.

Vorerst müssen wir unsere Identität sorgfältiger pflegen

Die anzustrebenden Reformschritte sind geistiger, politischer und wirtschaftlicher Natur. Zuallererst gilt es, unsere Identität neu zu finden, teils auch neu zu definieren. Wir haben uns selbst aus den Augen verloren. Oder wir wurden oder haben uns selbst so schlecht gemacht, dass wir uns nicht mehr sehen mögen. Der Identitätsverlust ist der Hauptgrund für Ohnmacht, Orientierungsmangel, Mutlosigkeit und Zukunftsangst. Voraussetzung der Identität unserer Willensnation ist als geistige Klammer, als Dach über allen gegebenen Verschiedenheiten unseres Landes, die Eidgenössische Gesinnung. Sie vermittelt Zusammengehörigkeitsgefühl, Solidarität und im Vertrauen darauf Sicherheit und Zukunftsglauben. Sie gibt dem einzelnen Eidgenossen die Kraft, als Angehöriger einer Minderheit zu leben. Und alle zählen bei uns in irgend einem Bereich zu einer Minderheit, kulturell, sprachlich, politisch, beruflich oder sonstwie. Die Eidgenös-

sische Gesinnung kann uns schützen vor der um sich greifenden Existenzangst und damit auch vor dem Zulauf zu fremden Ideologien, Sekten und politischen Extremen. Die Eidgenössische Gesinnung bildet als geistige Kraft das Fundament unserer Identität.

Identitätsbildende Elemente sind Herkunft, Geschichte, Topographie, politisches System, unsere vielfältigen kulturellen Gegebenheiten und die im Verlauf der Zeit gemachten Erfahrungen. Erziehung, Ausbildung, Stellung, Milieu und persönliche Konstellation bestimmen sodann das Verhältnis der einzelnen Person gegenüber unserem Selbstverständnis, lassen ein persönliches Identitätsbild unserer Heimat entstehen. Die Summe dieser Bilder erzeugt als emotionale bindende Kraft die wahrgenommene kollektive nationale Identität. Da die Schweiz als Willensnation naturgemäss, bedingt durch die kulturelle und sprachliche Zusammensetzung, dauernd von zentrifugalen Kräften bedroht ist, aktuell zusätzlich durch die Forderung nach Oeffnung und die EU-Frage, kommt der Identität mit ihrer das Gemeinschaftsgefühl fördernden Wirkung grösste Bedeutung zu.

Absolut intakt war unser Selbstverständnis am Ende des Zweiten Weltkrieges. In den letzten Jahrzehnten wurde unsere Identität jedoch einer massiven Erosion unterworfen. Politiker, Medien, Kulturschaffende und Erzieher in grosser Zahl haben sie nicht nur nicht gepflegt, was ihre Aufgabe wäre, sie haben sie regelrecht demontiert. Bestimmt nicht immer bewusst. Aber Fahrlässigkeit mindestens müssen sie sich vorwerfen lassen. Federführend waren linke Kreise und allgemein die Neingenossen, welche unsere auch auf patriotischen Gefühlen aufgebaute Identität mit Nationalismus und Faschismus gleichsetzten und darum, leider mit Erfolg, bekämpften.

Was in fünf Jahrzehnten zerstört wurde, kann nicht in kurzer Zeit wiedererstehen. Einschlägige Institutionen und Bürgerschaft müssen aber die Verantwortung wahrnehmen und jede mögliche Gelegenheit nutzen, um unser Selbstbewusstsein wieder zu stärken.

Die wichtigste Voraussetzung dazu bildet das Vertrauen zwischen Volk und Behörden. In diesem Bereich herrscht ein eigentlicher Notstand. Besonders auf Stufe Bund, muss man doch den Eindruck gewinnen, dass dem Bundesrat immer öfter mehr daran gelegen ist, das Wohlgefallen des Auslandes zu gewinnen als den Volkswillen zu vollziehen. Identitätsbildend sind auch Grossanlässe von nationaler Bedeutung, wie Landesausstellungen, Jubiläumsfeiern, vorausgesetzt die Bevölkerung wird angesprochen und einbezogen, oder die traditionellen schweizerischen Feste. Die nächste grosse Chance bietet die Expo 2002, falls sie nicht, wie Vorzeichen befürchten lassen, zum Müllplatz der Neingenossen degeneriert.

Im weiteren müssen Behördevertreter, Politiker ganz allgemein, Wirtschaftsführer, Verbandsfunktionäre und militärische Kommandanten wieder über die identitätstiftenden Belange reden. Es müssen ja nicht gleich im Brustton und mit Vibrato gehaltene Festreden im alten Stil sein. Aber eine gehaltvolle vaterländische Ansprache muss wieder gewagt werden, soll wieder erlaubt sein. Und Wahltag ist Zahltag: Wählen wir Leute, die noch zur Eidgenossenschaft stehen und dies auch deutlich bekennen.

Von entscheidender Bedeutung wird sein, dass sich die Medien auf ihren Auftrag besinnen. Parlament und Bundesrat werden nicht darum herum kommen, hier ein Machtwort zu sprechen und ihre Aufsichtspflicht mutiger auszuüben. Und die Bürgerschaft tut gut daran, die Meinungsbildung nicht allein auf die häufig effekthascherischen Massenmedien abzustützen. Im Printbereich findet sich noch ein umfangreiches Angebot von alternativen Organen. Jedes freiheitliche Land hat die Medien die es verdient. Der Bürger kann sich für die Wahrung unserer Identität einsetzen, indem er an die Redaktionen schreibt, Leserbriefe verfasst oder notfalls ein Abonnement nicht erneuert. Verlangen wir doch von Radio und Fernsehen, dass auch unserer traditionellen Kultur der ihr gebührende Platz eingeräumt wird. Dass neben der ostdümmlichen Süssholzraspelei auch wieder urchige schweizerisch-volkstümliche Musik zu hören ist. Dass die dämliche Pausenmusik des Radios durch einen Ländler oder Marschmusik ersetzt wird, auch wenn diese manchmal aus Zeitgründen nicht vollständig gespielt werden können. Dass über die Armee nicht nur berichtet wird, wenn Negatives gemeldet werden kann. Dass grosse eidgenössische Anlässe der vaterländischen Vereine pflichtgemäss ausgedehnt gewürdigt und nicht lediglich durch eine oft noch ironisch gefärbte kurze Sequenz abgetan werden. Dass während der besten Sendezeit, anstelle von Brutalos und anderem Kitsch wieder gehaltvolle und identitätpflegende Stücke eingeplant werden. Dazu gehört auch die Pflege unserer Mundarten, in den Medien und privat. Schriftdeutsch bleibt für uns immer eine Fremdsprache. In unserer angestammten Mundart können wir uns viel direkter, prägnanter, blumiger ausdrücken. Jeder ist verpflichtet, seine Mundart als Kulturgut an seine Nachkommen weiterzugeben, rein, nicht vermischt mit lächerlichen Anglizismen. Und hören wir auf, im Gespräch mit Deutschen oder Oesterreichern gleich ins Schriftdeutsche zu verfallen. Sie sprechen in der Regel auch ihre Mundart und verstehen die unsere meist sehr gut. Dagegen gehört es zu den guteidgenössischen Gepflogenheiten, sich im Verkehr mit Welschen und Tessinern, wenn nicht ihrer Sprache, so doch des Schriftdeutschen zu bedienen.

Grosse Reformschritte sind in den Bereichen der Erziehung unabdinglich. Kein selbstbewusster Staat kann dulden was bei uns seit Jahren geschieht: Dass junge Erwachsene unsere Geschichte nicht einmal mehr der Spur nach kennen. Die Ausrede, in den Klassen sässen viele ausländische Kinder, für welche Schweizergeschichte weder interessant noch nötig sei, ist nicht stichhaltig. Auch wer nur vorübergehend unter uns lebt, darf Geschichte und politisches System des Gastlandes kennenlernen. Und für den, der dauernd hier bleiben will, ist es ein Muss. Wie sonst sollen sie, viele von ihnen als künftige Mitbürger, Zugang zur eidgenössischen Denkart finden? Unsere Lehrpläne müssen wieder so gestaltet werden, dass Geschichte und Staatsbürgerlicher Unterricht ihrer Bedeutung entsprechend Platz finden, und die diesen Unterricht erteilenden Lehrer sollen entsprechend ausgewählt und ausgebildet werden. Wer nicht glaubt, dass dieser Bereich bei uns im Argen liegt, mag die Lehrpläne seines Kantons konsultieren oder, noch besser, mit einigen jungen Leuten entsprechende Gespräche führen.

Nicht aus der Verantwortung für die Pflege unserer Identität entlassen sind die Familien. Eltern müssen ihren Kindern im Rahmen der Herzensbildung auch den Samen zur Heimatliebe einpflanzen. Anders ist kaum zu erwarten, dass diese dereinst als Bürger und Bürgerinnen die für die Pflege unserer Identität erforderlichen Gefühle entwickeln können.

Zudem wäre es der Sache dienlich, wenn auch die sogenannten Kulturschaffenden auf den Schoss von Helvetia zurückkehren würden. Weil aber vielen von ihnen der Brotkorb jenseits der Grenze gefüllt wird, hoffen wir wahrscheinlich vergebens. Und da sie Narrenfreiheit geniessen, gibt es wohl kein Rezept dies kurzfristig zu ändern. Anderseits ist leider kaum damit zu rechnen, dass das Füllhorn unserer Kulturministerin gelegentlich auch von der Eidgenössischen Gesinnung geprägte Angehörige der Kulturgilde begünstigt. Leider, paradox, aber typisch.

Identität und Zusammenhalt einer Nation regenerieren mit zunehmender Bedrohung von aussen. Die Geschichte liefert dafür viele Beispiele, vom Volk Israel in Aegypten bis zur Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Unsere Bestrebungen zum Wiederaufbau unserer Identität werden heute unterstützt durch die Angst vor Ueberfremdung und die EU-Frage. Leider gewichten viele Mitbürger, vom Bundesrat bis zu Jugendlichen, bei der Beurteilung des EU-Problems nur die wirtschaftlichen Vorteile und verschweigen, dass unsere direktdemokratischen Einrichtungen akut bedroht sind. Der Bundesrat hat mit seinen voreiligen Zielsetzungen Richtung EU die Nation gespalten und damit unserer Identität schweren Schaden zugefügt. Es ist nun höchste Zeit, dass er die Wahrheit über die staatspoliti-

schen Folgen eines EU-Beitritts auf den Tisch legt. Andernfalls droht die Eidgenossenschaft ob dieser Streitfrage zu zerbrechen. Es bleibt zu hoffen, dass es uns gelingt, unser Zusammengehörigkeitsgefühl wieder so zu stärken, dass wir den zweifellos auf uns zukommenden Zerreissproben gewachsen sein werden.

Kampf dem Gigantismus, ja zur schweizerischen Kleinwelt

Im Laufe der Zeit haben viele grosse Geister versucht, das Wesen unseres Landes in knappen Worten treffend zu fassen. Am besten ist dies wohl Jean Rodolphe von Salis gelungen, wenn er von der schweizerischen Kleinwelt spricht. Dieser Begriff ist gleichzeitig ausgreifend und einengend, die Umschreibung zugleich Schmeichel und Zurechtweisung. Hohe Berge, enge Täler und wechselnde Landschaften. Vier Kulturen und fünf Sprachen. Verschiedene Religionen. Landwirtschaft, Gewerbe, Tourismus, Handel und Industrie. Weltbedeutende Unternehmen und bedeutender Finanzplatz. Wissenschaft und Erfindergeist. Die Heimatorte unserer Flora reichen von Hammerfest bis Sizilien. Unendliche Vielfalt auf kleinstem Raum. Das ist die Schweiz. Aber auch dies: Hoher Himmel - Tiefes Tal (Frankfurter Buchmesse 1998), Schatten, begrenzter Horizont, Enge, Eigensinn, Uebervölkerung, Verkehrsstau und bedrohte Umwelt. Im Spannungsfeld dieser Gegebenheiten spielt sich unser Leben ab. Es bildet, garniert mit unseren gesellschaftlichen und politischen Eigenheiten, den Sonderfall Schweiz. Die schweizerische Kleinwelt ist unsere Realität und wir täten gut daran, sie zu akzeptieren.

Leider ging die Einsicht in diese Zusammenhänge in den letzten Jahrzehnten teilweise verloren. Hochkonjunktur, Wohlstand und Hochmut liessen die Bäume fast in den Himmel wachsen. Aber eben nur fast. Ruinierte Banken, Fusionen, Entlassungen, Arbeitslosigkeit, Globalkapitalismus und Neo-Liberalismus sowie der drohende Dominoeffekt bei Krisen der Weltfinanzmärkte mahnen zur Rückbesinnung auf das Wesen der Kleinwelt Schweiz.

Das Rezept, aus der ob der rasenden Entwicklung der letzten Jahre entstandenen Ohnmacht auszubrechen und wieder Tritt zu fassen, ist eben so alt wie einfach. Niklaus von Flüeh hat es uns gesagt, Marignano hat es uns gelehrt, die Aktivdienstgeneration hat es uns vorgelebt und der verstorbene Nationalrat Otto Fischer hat es unermüdlich vertreten: Bescheidenheit. Sich auf den überblickbaren Raum beschränken. Dem Gigantismus trotzen.

Der Schlüssel zum notwendigen Wandel liegt auch hier beim Volk, bei uns allen. Wir müssen uns an der Urne und im täglichen Leben wieder entschlossener für unsere Prinzipien einsetzen und entsprechend handeln.

Wir kaufen im Lädeli und unterstützen das örtliche Gewerbe, welches seinerseits den Kundendienst wieder mit Wochenplatzkindern ergänzt und diese als Ausläufer einsetzt, was Berufstätigen und hausgebundenen Senioren zustatten käme. Nötigenfalls gründen wir Genossenschaften und geben im Geschäftsleben ihnen und kleinen schweizerischen Aktiengesellschaften den Vorzug. Wir entziehen uns den internationalen Geldinstituten und berücksichtigen Kleinbanken. Wir wollen, dass der Staat die Aktienmehrheit in gemischtwirtschaftlichen Betrieben behält und so einen Verkauf unseres Wassers, unserer Elektrizitätswerke und unserer Bahnen verhindern kann. Wir vergessen fusionierende und ins Ausland strebende Unternehmen, gründen neue Kleinbetriebe, begünstigen diese auf jede mögliche Weise, bilden beispielsweise Gründer unterstützende Göttiorganisationen und helfen damit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir verhelfen Jungunternehmern zu Risikokapital, indem wir ein dem alten englischen Brookersystem nachgezeichnetes schweizerisches Fördermodell entwikkeln. Wir verweigern uns den überdimensionierten Grossverteilern, weisen umweltbelastende Mogelpackungen zurück, bevorzugen biologisch gezogene Gemüse und Früchte und kaufen die Produkte unserer Bauern, auch wenn dies einen Batzen mehr kostet. Dafür lassen wir uns von Werbung und Mode nicht verführen und trotzen der Wegwerfmentalität, indem wir uns bescheiden, Gebrauchsgegenstände sorgfältig pflegen und Kleider und Schuhe länger tragen. Wir reden also nicht nur von Nachhaltigkeit, sondern wir leben sie. Es liegt an uns, die schweizerische Kleinwelt so zu erhalten, dass auch unsere Nachfahren hier glücklich werden leben können.

Manch einer wird einwenden, ich denke altmodisch, rückwärtsgewandt und traditionell hinterwäldlerisch. Aber wer sich verirrt hat, muss oft einen Teil des Weges zurückgehen, um den richtigen Pfad zu finden und dann diesem folgen zu können. Und dass der in den letzten Jahrzehnten gewählte Weg in die Irre führt, ist inzwischen wohl allen klar geworden. Richtig aber ist, dass die vorgeschlagenen Massnahmen nur die Komponente der introvertierten schweizerischen Kleinwelt betreffen. Auf der Suche nach dem künftigen Weg der Schweiz muss gleichwertig auch der in die weite Welt hinausgreifende Arm gefördert werden.

Dass wir als rohstoffarmes Binnenland in der Schwerindustrie auf Dauer nicht wettbewerbsfähig sein können war und ist gegeben und wer es nicht geglaubt hat, musste es in den letzten Jahren erfahren. Erfindergeist,

Geschick, Unternehmungslust und seriöse Arbeit versetzen uns jedoch in die glückliche Lage, in den Wirtschaftszweigen Chemie, Metallindustrie, Gewerbe, Handel, Finanz und Tourismus und in weiteren Branchen hier und in der ganzen Welt erfolgreich tätig zu sein. Die Chancen, dass das so bleibt, sind gegeben. Wie lange wird es doch beispielsweise dauern, bis jeder Bewohner der nach GATT, politischen Veränderungen und den mit der EU erfolgreich abgeschlossenen bilateralen Verträgen weitgehend frei zugänglichen Märkten Eurasiens sein Schweizer Offiziersmesser, seine Schweizeruhr, Wecker, Zahnbürste und Saridon besitzt, einmal Schweizer Schokolade gegessen und das Matterhorn gesehen hat.

Damit diese Chance genutzt werden kann, müssen vier unabdingbare Bedingungen erfüllt sein. Erstens müssen Gesetzgebung und Bürokratie soweit eingedämmt werden oder bleiben, dass der freie Handel optimal, jedoch von eidgenössischer Denkart geprägt, ablaufen kann. Zweitens muss der Nachwuchs so gut ausgebildet werden, dass wir in der Lage bleiben, weiterhin gute Angebote zu entwickeln, qualitativ hochstehend zu produzieren und preisgünstig anzubieten sowie auf dem Weg in die virtuelle Arbeitswelt vorne mit dabei zu sein. Drittens sind die vom Zeitgeist in Frage gestellten Tugenden im Arbeitsbereich wieder aufzuwerten: Arbeitsfriede, Anerkennung der Arbeit als Teil eines sinnvollen Lebens, Leistungswille und Zuverlässigkeit. Viertens darf die Freiheit, auf der ganzen Welt Verträge in allen Bereichen abschliessen zu können, nicht preisgegeben werden.

Den sich an den Erdpolen kreuzenden Längengraden gleich verlaufen die geistigen, kulturellen und sprachlichen Kraftlinien Kontinentaleuropas durch die Kleinwelt Schweiz und prägen diese entsprechend. Die unter sich verbundenen Kultur- und Sprachregionen der Schweiz stehen anderseits mit ihren Verwandten jenseits der Grenze in enger Verbindung. Unser Land wird dadurch zur Brücke zwischen den grossen Kulturräumen Europas und zu deren Dach und Paradeplatz in vielen Bereichen. So gesehen sind wir die europäischste Nation des Kontinents, vielmehr Oase als Insel.

Das Kleinod der schweizerischen Kleinwelt jedoch bildet die staatspolitische Komponente. Als teils direkt-, teils halbdirektdemokratischer Staat können wir Europa und der Welt als Modell dienen. Den historischen Auftrag, durch alle Wirren hindurch und für alle Zeit einen Hort für Freiheit und Demokratie zu bilden, können wir aber nur erfüllen, wenn wir der EU in ihrer heutigen Form fernbleiben.

Die schweizerische Kleinwelt ermöglicht uns, die Vision Staatsidee Schweiz zu vervollkommnen. Der Ratschlag, global zu denken und regio-

nal zu handeln, genügt diesen Ansprüchen nicht. Unsere Zukunft als Schweizer, Europäer und Weltbürger liegt darin, in Eidgenössischer Gesinnung zugleich global, europäisch und schweizerisch zu denken und zu wirken.

Anpassung und Widerstand

Es wäre wohl kindisch, den Fortbestand der schweizerischen Kleinwelt in puritanischer Reinheit zu fordern. Das Binnenland Schweiz, inmitten der Spannungsverhältnisse zwischen den europäischen Staaten, war immer dem Wandel unterworfen. Als Glücksfall erweisen sich aber dabei unsere oft geschmähten trägen Entscheidungswege. Sie bewirken, dass wir Neuerungen mit Vorsicht begegnen, abwarten, beobachten und aus den Fehlern der anderen lernend, erst später oder überhaupt nicht einführen. Man hält uns deshalb gelegentlich für langsam oder gar hinterwäldlerisch. Was soll's, die Methode hat sich über Jahrhunderte bewährt. Also halten wir es auch weiterhin so.

In den letzten Jahren jagten sich die international gesteuerten Neuerungen, nachdem der Zerfall der Sowjetunion dem Weltkapitalismus Tür und Tor öffnete. Stürmisch schreitet die Amerikanisierung Europas weiter voran. Meldungen über Neo-Liberalismus, Liberalisierung, Fusionierungen, Privatisierung und Börsengewinne füllen unsere Zeitungen. Wir ahnen es mehr als wir es wissen, diese Entwicklung ist für unsere Gesellschaft nicht gut. Doch was ist zu tun? Klagen nützt nichts. Machen wir es wie der Segler. Er nutzt den herrschenden Wind, indem er Segel und Steuer so einstellt, dass das Schiff in der gewollten Richtung fährt.

Es fällt auf, dass alle oben genannten Phänomene mit Geld zu tun haben. Das Mass aller Dinge ist dabei der Gewinn, nicht der Mensch. Dieser kann zwar auch gewinnen, aber meist sind die Grosszahl der betroffenen Menschen die Verlierer. Die Ballung dieser Entwicklungen droht international in Monetarismus auszumünden, das heisst in die Herrschaft der Finanzmärkte. Dabei werden die Regierungen und damit die Demokratie ausgetrickst, sie werden vor vollendete Tatsachen gestellt, sind der geheimnisvoll gesteuerten Entwicklung gegenüber machtlos, haben nichts mehr zu sagen. Wir können nicht verhindern, dass bereits heute international bestimmte Konzerne, irgendwelchen Gesetzen folgend, bei uns tätig sind. Aber wir können diese Entwicklung stoppen oder wenigstens bremsen, indem wir als Geschäftsleute oder Konsumenten eidgenössisch denken und handeln, der Fehlentwicklung trotzen. Als Geschäftsleute das

Gesamtwohl im Auge behalten, als Bürger die Gesetzgebung kritisch beobachten und als Konsument die entsprechende Produktewahl treffen.

Erfreulicherweise kann festgestellt werden, dass sich auch die Führer der internationalen Konzerne vermehrt auf diese Zusammenhänge zurückbesinnen. Unter dem Stichwort „Corporate Governance" werden Konzepte entwickelt, welche wieder eine allgemein verträgliche Geschäftstätigkeit ermöglichen sollen. Die grundlegende Philosophie ist eine Lebenseinstellung, welche unserer Eidgenössischen Gesinnung ähnlich ist. Noch lassen aber die Auswirkungen auf sich warten.

Die EU hat die weiter oben genannten Schlagworte gross auf ihre Fahne geschrieben. Leider sind wir in den letzten Jahren der Versuchung erlegen, sei es als Vorleistung für einen EU-Beitritt, um eurokompatibel zu werden oder nur um den gnädigen Herren in Brüssel zu gefallen, viele Gesetze den Forderungen von Liberalisierung und Privatisierung entsprechend zu ändern und anzugleichen. Wir tun gut daran, künftig gut zu prüfen, welchen Vorlagen wir zustimmen.

Moderne Aktiengesellschaften sollen für die Aktionäre Geld verdienen, viel Geld. Eine Bruttorendite von etwa 7% genügt heute nicht mehr, es müssen 15 - 20 % sein.

Die Zeche werden wir bezahlen, sei es als Steuerzahler oder als Konsument, für Produkte des täglichen Lebens oder Dienstleistungen wie Post und Bahn. Meine Krankenkasse war jahrzehntelang eine Genossenschaft, als solidarische Organisation preiswert und leistungsstark. Klammheimlich mutierte sie zu einer Aktiengesellschaft, wurde später von einer grossen Versicherung gekauft und heute weiss ich nicht mehr, bei wem und wie sicher ich eigentlich versichert bin. So droht uns das Gesundheitswesen vollends zu entgleiten, wir werden nur noch geschröpft. Wo bleibt die eidgenössische Denkart, wenn ein nebenamtlicher Kassenpräsident, hauptberuflich und als Nationalrat bereits sehr gut entlöhnt, pro Jahr völlig unverhältnismässig ein Salär von Fr. 600 000.- bezieht? Auf der anderen Seite werden alte Leute aus den Kassen gedrängt, obschon sie während Jahrzehnten ihre Prämien am Brot absparend bezahlt und den Versicherungsschutz kaum beansprucht haben.

Als Korrektiv drängt sich immer zwingender die Schaffung einer obligatorischen umfassenden eidgenössischen Gesundheitsversicherung auf, welche nicht gewinnorientiert arbeitend für alle Bürgerinnen und Bürger die medizinischen Grundleistungen zu einem Einheitstarif bezahlt.

Der überschwappende, nur noch gewinnorientierte Neo-Liberalismus zwingt uns, von der traditionell liberalen Haltung abweichende Massnahmen zu treffen, den Trend umzukehren. Alles was in unserem Lande nicht

vermehrbar ist und alles was alle betrifft, muss allen zugute kommen und gemeinsam verwaltet werden, das heisst über Genossenschaften, Aktiengesellschaften mit staatlicher Aktienmehrheit oder durch Bund und Kantone. Andernfalls ist zu befürchten, dass unsere Erben in fünfzig Jahren lediglich noch Mieter und Knechte internationaler Konzerne sein werden oder eines Tages feststellen müssen, dass den 5% Reichsten im Lande, welchen heute zwei Drittel unseres Reichtums gehören, schlussendlich 80 oder 90% gehören. Wir müssen daher, ob es uns gefällt oder nicht, die Krankenkassen zu einer eidgenössischen Versicherung, ähnlich der AHV, zusammenfassen, die Privatisierung von Elektrizitätswerken, Gebäude- und Autohaftpflichtversicherungen und ähnlichen Institutionen verhindern und das Monopoly-Spiel der internationalen Konzerne auf Schweizerboden durch gesetzliche Massnahmen uninteressant machen. Allerdings geniessen wir die Freiheit zu solchen Massnahmen nur so lange, als wir der EU nicht beitreten.

Neuestens mischt der Neo-Liberalismus auch im Milliardengeschäft Massensport mit. Sportvereine werden in Aktiengesellschaften umgewandelt und eiskalt werden Sportsöldner für Millionenbeträge ein- und verkauft. Anlässlich der Siegerehrung wird zwar noch die Nationalhymne gespielt, aber die Stars in der Arena sind meist Ausländer. Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bis wir in Oesterreich Skirennfahrer einkaufen. Wehren wir auch hier den Anfängen, sonst verliert der Publikumssport auch noch den letzten Rest seiner Glaubwürdigkeit.

Wir müssen also, wenn die schweizerische Kleinwelt als Modell erhalten bleiben und das einmalige und einzigartige Experiment Staatsidee Schweiz weiterentwickelt werden soll, in verschiedenen Bereichen unser Verhalten ändern und wieder selbstsicherere und mutigere Entscheide treffen.

Ressourcen und Stärken nutzen

Widerstand gegen die Auswüchse von Globalisierung und Neo-Liberalismus genügt nicht. Wir werden wirtschaftliche Einbussen hinnehmen und hier und dort den Gürtel enger schnallen müssen. Das kann niemanden freuen und wird daher nicht einfach sein. Die Aktivdienstgeneration hat während des Zweiten Weltkrieges grosse Opfer gebracht, jetzt sind wir an der Reihe. Unsere Nachkommen werden es uns danken.

Die Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen vermag aber leider nur einen stets kleiner werdenden Teil der Bevölkerung zum

Verzicht auf rein egoistisches Denken und Handeln zu motivieren. Der Gründe gibt es viele. Viele der Ausländer aller Kategorien, rund einen Viertel der Bevölkerung ausmachend, werden Lebensart und Konsumverhalten kaum nach unseren staatspolitischen Zielen ausrichten. Ebensowenig ein Grossteil der kinderlosen Erwachsenen und jener, die in der Hochkonjunktur aufgewachsen lediglich die Selbstverwirklichung und ihr jetziges Wohlergehen im Auge haben und, oft gar zugegebenerweise, wenig oder überhaupt nicht danach fragen, ob es die Schweiz in einigen Jahren noch geben wird. Bei unseren Ueberlegungen ist daher davon auszugehen, dass vorerst nur noch etwa die Hälfte der Bevölkerung gewillt ist, sich für die Verwirklichung der Staatsidee Schweiz einzusetzen. Eine der wichtigsten Aufgaben wird darum darin bestehen, die Neingenossen von den Vorzügen unserer Staatsidee zu überzeugen.

Grössere Unterstützung wird zu finden sein, wenn es darum geht unseren Lebensstandard zu erhalten, indem wir, uns den Gegebenheiten der uns umgebenden EU anpassend, alles unternehmen, damit unsere Ressourcen und unsere Stärken voll genutzt werden können.

Als Folge der EU-Wirtschaftspolitik und begünstigt durch die Freizügigkeit von Personen, Kapital, Waren und Dienstleistungen sind in unserer unmittelbaren Nähe neue Wirtschaftszentren im Entstehen in den Räumen Oberrhein bis Bayern, Lyon und Lombardei. Das Schwergewicht liegt bei High-Tech-Firmen, Technologieparks, Spezialunternehmen in den Bereichen EDV, Kommunikation und Beratung. Hier werden sich wohl auch die Vorläufer der virtuellen Arbeitswelt ansiedeln. Wir befinden uns als Drehscheibe mitten in diesem Raum. Es gilt die Nachteile unter Kontrolle zu halten und die Vorteile voll zu nutzen. Der zweifellos zunehmende Nord-Süd und Ost-West Transit-Schwerverkehr wird kein Nachteil, sondern ein Vorteil sein, wenn wir ihn tatsächlich auf die Schiene bringen. Bestehende Spezialfirmen der Feinmechanik und der Elektronik dürften profitieren und neue werden entstehen, Nischenprodukte finden und produzieren. Da Patente meist leicht zu umgehen sind und eine Patentierung daher oft wenig nützt, ist entscheidend, dass solche Neuentwicklungen rasch auf den Markt gelangen und so der Wettbewerbsvorteil voll genutzt werden kann. Gewinnen können bestimmt auch der Ferien-, Weekend- und Konferenztourismus sowie der Finanzplatz Schweiz. Wahrscheinlich werden sich europäische und aussereuropäische Spezialfirmen, Rechtskonsulate und Handels- und Versicherungsagenturen aller Art bei uns ansiedeln, wenn sie einen zentral gelegenen und neutralen Standort suchen. Vielleicht entsteht dadurch der Schweiz eine neue Aufgabe als Vermittler-Plattform zwischen den sich konkurrenzierenden Wirtschafts-

blöcken Amerika, Asien und EU-Europa. Weiterhin gepflegt und wenn möglich noch ausgebaut werden muss aber auch der Dienstleistungszweig der internationalen politischen und humanitären Institutionen. Weltweite Probleme, welche einer Lösung harren, gibt es genug.

Die umfassende Nutzung der sich in unserer Umgebung abzeichnenden wirtschaftlichen Entwicklung und des vermutlich schon in naher Zukunft gewaltig zunehmenden Handels mit den osteuropäischen Ländern erfordert einige Anpassungen unsrerseits. So muss die Infrastruktur, welche bis jetzt auf die Nord-Süd-Richtung ausgerichtet war, die Ost-West-Verbindung vermehrt berücksichtigen. Das Projekt Bahn 2000 entspricht dieser Forderung. Wenn es uns gelingt, den Autoverlad auch in Ost-Westrichtung attraktiv zu gestalten, lässt sich der aus Umweltschutzgründen nicht erwünschte Ausbau der Autobahn Genf - St. Margrethen als Teilstück der Achse Lyon - München auf sechs Spuren vermeiden. Neu überdacht werden muss in diesem Zusammenhang auch das Projekt Swiss Metro, weil es uns der Ideallösung einer raschen und umweltfreundlichen unterirdischen Kreuzverbindung durch die Schweiz einen Schritt näher brächte.

Ressourcen, die uns auch in Zukunft ein anständiges Leben in unserem Land ermöglichen helfen können, sind die Natur und unsere Intelligenz. In den nahegelegenen High-Tech-Zentren werden vorwiegend gut bis überdurchschnittlich verdienende Spezialisten beschäftigt sein, welche regelmässig Erholung brauchen und daher als Weekend- und Feriengäste gewonnen werden können. Vorausgesetzt, wir betreiben einen umfassenden Umweltschutz und es stimmen Angebot, Preis und Verbindungen. Der Tourismus wird für uns in den nächsten Jahrzehnten also wahrscheinlich noch an Bedeutung gewinnen, wir wollen ihm daher weiter unten ein besonderes Kapitel widmen.

Ebenfalls an Bedeutung noch gewinnen, wird für uns die Nutzung des Rohstoffes Intelligenz. Eine Bildungsreform, mit der wir uns später noch eingehend beschäftigen wollen, wird uns mit einer wiederum auf die eidgenössische Denkart zugeschnittenen Erziehung und einer auf die kommenden Umwälzungen in der Arbeitswelt ausgerichteten Ausbildung in dreifacher Hinsicht gute Zukunftsaussichten eröffnen. Erstens wird die neue Bildung unsere Nachkommen wieder befähigen, Arbeit als Lebensinhalt und entscheidenden Baustein zur Selbstverwirklichung und Freizeitgestaltung als erholsame Zugabe zu empfinden. Tugenden wie Anstand, Höflichkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Leistungswille werden in der Werteskala wieder steigen und die Jugend befähigen, einen geachteten

Platz in unserer Gesellschaft zu finden und die erforderliche Qualitätsarbeit zu leisten.

Zweitens kann eine auf die in diesem Jahrhundert zu erwartenden Lebens- und Arbeitsverhältnisse ausgerichtete Schulung die Möglichkeit vergrössern, statt, wie in Zeiten der Reisläuferei Blut, nun Kopf, das heisst Wissen und Können zu exportieren. Der Absicht nach Artikel 2, Absatz 4 der nachgeführten Bundesverfassung, uns für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung einzusetzen, genügen wir nicht, indem wir Milizangehörige in alle Welt schicken. Internationales Hauptproblem werden in den nächsten Jahren nicht von Despoten geschürte und immer wiederkehrende Stammesfehden sein, welche Interventionstruppen weder verhindern noch auf Dauer beenden können, sondern der grosse Hunger. Hier helfen Gewehre nicht, dafür solide wissenschaftliche Grundlagen und handwerkliches Können. Aus diesem Holz sind die Korps geschnitten, die wir als Aufbauhelfer der Welt zur Verfügung stellen können. Weitere Ueberlegungen hierzu wollen wir im Zusammenhang mir der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der künftigen Armee anstellen.

Drittens sind bestmöglich geschultes analytisches Denken und eine ausgeprägte Phantasie die hervorstechenden Bedingungen für den gewünschten Erfolg in unserer traditionellen Wirtschaft und in der kommenden virtuellen Arbeitswelt. So gerüstet können wir auch unsere Stellung als Ideenwerkstatt behaupten. Hochstehende geistige Fähigkeiten und handwerkliches Können, gepaart mit kalkuliertem Wagemut und einer Prise Schlauheit werden uns auch befähigen, unsere spärlich vorhandenen materiellen Ressourcen voll zu nutzen und gänzlich neue Wertschöpfungsquellen zu erschliessen.

Damit die Kulturlandschaft als Fundament des Tourismus trotz dem Schwund der Landwirtschaft bewundernswert und begehbar bleibt, müssen Alternativen gefunden werden, wie etwa Unterstützung der Bergbauern und die Bevorzugung von deren Produkten, biologische Land- und Kräuterwirtschaft, aber auch landschaftsgärtnerische Einsätze, freiwillig oder im Rahmen einer mit der Zeit unumgänglichen Allgemeinen Dienstpflicht. Die Landschaft soll aber nicht nur begehbar sein, sie muss auch bewohnt bleiben. Hier argumentieren die in der Regel von Stadtbewohnern geführten Umweltschutz-Organisationen aller Art wenig glaubwürdig, wenn sie, nachdem die Lebensqualität in den städtischen Agglomerationen auch durch ihre Schuld laufend abnimmt, die Landschaft in heiler Form als Erholungsraum reklamieren, den Einheimischen aber den Ausbau der als Lebensgrundlage dienenden Infrastruktur fast sektiererisch verweigern. Dies führt zu Umsatzeinbussen beim ländlichen Gewerbe, gefährdet

Arbeitsplätze und verstärkt die durch die massenhafte Aufhebung von Landwirtschaftsbetrieben verursachte Vergandung der ländlichen Gegenden. Als staatspolitisch bedenkliche Folge wird dadurch die Landbevölkerung ausgeblutet, sie überaltert, die Schulen, Poststellen und Beizen gehen ein und, was für unser föderatives Land besonders gefährlich ist, die Stimmkraft verlagert sich immer mehr in die städtischen Agglomerationen. Es kann nicht unser Wunsch sein, dass wohlhabende Stadtbewohner für jährlich lediglich zwei bis drei Wochen in von Bauern notgedrungen verlassene Gebäude einziehen. Wir müssen die Voraussetzung schaffen, dass die Landbevölkerung weiterhin am angestammten Ort arbeiten und leben kann und ein massvoller Zuzug möglich bleibt.

Für Letzteres besser geeignet als Rentner, welche die in ländlichen Gegenden ohnehin herrschende Ueberalterung noch verstärken, sind die künftigen Telearbeiter. Der Telearbeiter ist nicht an einen festen Arbeitsplatz gebunden. Er kann wochenlang in irgendeiner Ecke der Welt wirken, mit Auftrag- oder Arbeitgeber und seinem Team über Internet, Videokonferenz, E-Mail, Fax und Mobiltelefon verbunden. Es handelt sich dabei vorwiegend um Geistes- oder Wissensarbeiter, welche in der Abgeschiedenheit konzentrierter arbeiten können als in der lärmigen Stadt. Voraussetzung ist allerdings, dass wir den Umbau von dienlichen, andernfalls dem Zerfall anheimfallenden Lokalitäten durch eine entsprechende Gesetzgebung auch im abgelegensten Weiler gestatten. Dabei sollten auch kleine, den Forderungen von Heimat- und Naturschutz genügende Kleinbauten kein Tabu sein. Eine derartige Besiedlung ist den die längste Zeit unbewohnten Ferienhauskolonien und Schlafquartieren vorzuziehen; denn sie bringt Leben und beträchtliche Steuergelder in die Landgemeinden.

Diese Entwicklung wird die Rolle der Schweiz als Braincenter stärken. Das Undenkbare darf wieder gedacht werden, Innovation wird gefordert und gefördert. Statt starren Blickes auf Brüssel das Heil aus dem Ausland zu erwarten, werden wir selbst wieder aktiv. Wasser und Wasserkraft in der Obhut der Allgemeinheit belassen, die Alpen als Wasserschloss neutral verwalten und mittels Pipeline Trinkwasser exportieren. Hangabwärtstreibende Kraft aus Gletscherfluss zur Energiegewinnung nutzen. Durch Ueberernährung entstehende überschüssige Energie über Hometrainer gegen Entgelt ins Netz einspeisen, hierzu spezielle Fitnessgeräte entwikkeln, bei welchen der Kraftaufwand, statt zum Gewichtheben, als Antrieb eines Generators dient und diese Geräte als Weltneuheit für den Gebrauch im Inland und für den Export produzieren. Kleine mobile Sonnen- und

Windkraftwerke entwickeln, bauen und exportieren. Die Ideenwerkstatt steht allen offen.

Es ist noch vieles möglich in unserem Land. Vorerst muss aber eine Rückbesinnung auf unsere Werte und unsere Stärken stattfinden. Die seit Jahren andauernde masochistische Selbstzerfleischung muss ein Ende nehmen. Unsere Volkswirtschaft kann erneut erstarken, wenn wir uns wieder als Willensnation empfinden, wenn wir die Staatsidee Schweiz wieder als gemeinsames oberstes staatliches Ziel anerkennen. Das hieraus entstehenden Gefühl der Zusammengehörigkeit verleiht die Kraft, die anstehenden Aufgaben anzupacken und zu lösen. Die gemeinsame Zielsetzung erlaubt das Gespräch, welches zu tragfähigen Kompromissen führt.

Ferienland Schweiz

Ein für unser Land äusserst wichtiger und da anders geartet besonders zu betrachtender Wirtschaftszweig ist der Tourismus, hier als Sammelbegriff für die gesamte Ferien- und Freizeitindustrie gebraucht. Sein hoher Stellenwert liegt darin begründet, dass er einerseits weitgehend auf dem bei sorgsamem Umgang unbegrenzt verfügbaren Rohstoff Natur aufbaut und anderseits einen ausserordentlich hohen Wertschöpfungsgrad aufweist. Er ist ein Wirtschaftszweig, welcher der Forderung nach nachhaltiger Nutzung der Ressourcen zu genügen vermag und daher auch aus diesem Grunde ausbaufähig und förderungswürdig bleibt.

Eine Blütezeit erlebte der Tourismus um die letzte Jahrhundertwende. In mehreren Regionen bildete er damals den Haupterwerbszweig. Die Krisen- und Kriegszeit bis 1945 dagegen trieb namentlich die Hotellerie an den Rand des Ruins. Die Entwicklung des Skisportes brachte den Winterbetrieb als zweites Standbein. Den vorläufigen Höchststand erreichte die Tourismusbranche um 1990. Sie stagnierte dann und seit 1995 sind die Belegungszahlen wieder stetig gewachsen. Bei rund 3,5 Mia. Franken Einnahmen und 1,5 Mia. Ausgaben im Jahre 1970 und 11 Mia. respektive 9 Mia. Franken im Jahre 1990 blieb der Aktivsaldo jedoch bei rund 2 Mia. Franken stehen, die Rentabilität wurde also immer kleiner.

Für eine Stagnation der Belegungszahlen kommen allgemein oder von Region und Sparte abhängig mehrere Gründe in Frage. Der Wechselkurs des Frankens. Umweltbewusstsein prägt neue Einstellung zu Autofahren, Luftverkehr, Fauna und Flora. Zuweit gehender Umweltschutz verzögert oder verhindert nötige Anpassungen der Infrastruktur. Aenderung der

Ferien- und Freizeitgestaltung. Sättigung im Bereich des alpinen Skisports, für Familien bis zur Unerschwinglichkeit gestiegene Kosten für Ausrüstung, Transport und Aufenthalt. Unberechenbare Witterungs- und Schneeverhältnisse, steigende Schneefallgrenze. Rezession, Arbeitslosigkeit und dadurch wiedergekehrtes Sparbedürfnis. Die Schweiz ist nicht mehr die saubere und sichere Schweiz. Ueberall Schmierereien, achtlos weggeworfener Abfall, die Medien berichten täglich von kriminellen Taten und Bahnhöfe, Pärke und idyllische Gassen werden von Drogensüchtigen und Asylanten belagert. Solche Ursachen sind durch die Branche nicht beeinflussbar und daher, wo zutreffend, als Tatsache hinzunehmen und in ihren Auswirkungen durch entsprechende Anpassungen einzuschränken.

Für eine für den Tourismus gesamtschweizerisch günstigen Atmosphäre müssen Bund, Kantone und Gemeinden an die Kandare genommen werden.

Andere mögliche Gründe aber sind systembedingt oder hausgemacht und daher durch die Betroffenen durchaus tilgbar. Veraltete Geschäftsphilosophie bewertet kurzfristigen Gewinn höher als langfristig zufriedene Kunden und intakte Umwelt. Der Massentourismus belastet Umwelt und Infrastruktur bei geringer Rendite und vermindert die Standortqualität. Kleinliches, kurzsichtiges Konkurrenzdenken der Betriebe aller Art und die oberflächliche Denkweise der Bevölkerung erschweren die fruchtbringende Zusammenarbeit am Ort und regional und verdrängen die Einsicht, dass alle Bewohner der betreffenden Gegend eine gegenseitig abhängige Lebensgemeinschaft bilden. Anstelle freundlicher Einheimischer als Kontaktpersonen trifft der Kunde von Gastbetrieben und Bergbahnen all zu oft auf Leute fremder Zunge. Obschon ein durchschnittlicher Amerikaner oder Japaner die Schweiz in Schweden sucht und sie für ihn lediglich aus Matterhorn, Jungfraujoch, Schokolade, Käse und Uhren besteht, werben wir statt für das Ferienland Schweiz zum Teil noch immer für Adorf und Schönstadt. Wenn Vertreter unserer traditionellen Folklore zur Unterhaltung der Gäste auftreten, wenden sich viele Einheimische statt Beifall zu klatschen grinsend ab. Kürzlich brachten Schüler einer Oberklasse einem hochstehenden ausländischen Besucher ein Ständchen. Nachdem sie ihm einen Country-Song und zwei Spirituals vorgetragen hatten, wünschte er ein schweizerisches Volkslied. Sie kannten keines. Statt auf besonderen Kanälen in Fernsehen und Radio für die Fremden typisch schweizerische Unterhaltung zu senden, wie es etwa Radio Beo vorbildlich tut, machen sich andere Massenmedien höchstens darüber lustig. Da die Tourismusbranche grossteils aus Familienbetrieben oder oft unrentablen Aktiengesellschaften und Genossenschaften besteht, sind nur wenige lukrative

Verwaltungsratsmandate zu vergeben, was die Bildung einer wirksamen Lobby in Bevölkerung, Geschäftswelt, Behörden und Medien verhindert oder mindestens erschwert.

Die Liste möglicher Ursachen der Schwankungen in der Tourismusbranche vermittelt bereits viele Denkanstösse für die Behebung der Mängel. Aber auch hier gilt, dass wir alle, fallweise einzeln oder gemeinsam, das Nötige unternehmen müssen, niemand sonst wird es für uns tun. Einige Aspekte bedürfen daher einer näheren Betrachtung.

Wir müssen für Fremdenverkehr und Freizeitindustrie eine Unternehmensphilosophie entwickeln, die eine alle Bevölkerungskreise umfassende Tourismuskultur bewirkt. Wir alle sollten uns bewusst werden, dass wir überall Teil einer Lebensgemeinschaft sind und uns darum dafür mitverantwortlich fühlen, dass sich der Gast bei uns wohl fühlt, dass er bei uns findet, was er sucht. Das Bild, welches er von uns gewinnt, wird er mit nach Hause nehmen und weitervermitteln, unabhängig davon, ob wir in der Tourismusbranche Arbeitende, Zulieferer, einfach Einheimische oder wie er Gast sind. Zur Erfüllung dieser Forderung wollen wir uns vorerst selbst bei der Nase nehmen. Hand aufs Herz: Benehmen wir uns Fremden gegenüber in allen Situationen entsprechend? Zweitens könnte, wo das noch nicht geschieht, periodisch eine Touristik-Informationsschrift an alle Haushaltungen verteilt werden mit dem Zweck, die Bevölkerung zu orientieren, als Partner zu gewinnen und sie einzuladen, die Verantwortung für das Wohlbefinden der Gäste mitzutragen. Drittens müssten die Medien zur Förderung dieser Kultur ihre Hetzkampagne gegen das eigene Land einstellen. Namentlich die Fernsehleute wissen doch, dass die von ihnen ausgestrahlten Bilder wie Visitenkarten in die Stuben der entferntesten Länder gelangen und dort entsprechende Vorstellungen von der Schweiz erzeugen. Und wer möchte schon in einem Land Ferien machen, das von Kriegsgewinnlern, Profiteuren, Trittbrettfahrern, Heuchlern und weltfremden Hinterwäldlern nur so wimmelt? Als beispielhaft sind hier die von Schweizer Radio International ausgestrahlten Beiträge zu erwähnen. Von grösster Bedeutung für die Zukunft aber wird sein, ob Schule und Elternhaus ihre Verantwortung der Gemeinschaft gegenüber wieder ernster nehmen und den Nachwuchs erziehen und nicht nach Achtundsechziger-Manier lediglich aufwachsen lassen.

In Rom trifft man auf verschmierte alte Fabrikhallen, die historischen Bauten und Ruinen aber stehen sauber da. Die französischen Strandpromenaden sind frei von Sprayereien und achtlos weggeworfenen Abfällen. Sind die Jugendlichen bei uns so viel dümmer als in andern Ländern? Wann starten Medien und Schulen eine Aktion „Saubere Schweiz“, wann

einen Kurs „Knigge 200X“? Wann gelingt es Eltern, Lehrern und Medien gemeinsam, in den Kindern den Sinn für die Schönheit unverschmierter Hausfassaden und Respekt vor dem Eigentum der anderen zu wecken? Wer vermittelt ihnen glaubhaft, dass auch sie als Gastgeber gegenüber den Gästen Verantwortung tragen? Dass Umweltschutz nicht nur gefordert werden kann, sondern von jedem einzelnen, auch bereits von Kindern, gelebt sein will? Dass nur eine saubere Schweiz lukrative Gäste anzieht?

Wer in der durch Schnelllebigkeit geprägten Zukunft bestehen will, muss in prospektiven Szenarien denken, mit gesundem Menschenverstand urteilen und mutige Entscheide treffen. So gilt es bereits heute zu überdenken, welche Auswirkungen die in Grenznähe entstehenden modernen Wirtschaftsräume auf unseren Tourismus verursachen werden. Wie bereits früher erwähnt, werden vor allem Arbeitsplätze für hochqualifizierte und entsprechend bezahlte Spezialisten, namentlich für Wissens- und Hightecharbeiter angeboten. Dabei wird die Zahl der Telearbeiter stark steigen. Falls diese für Arbeitgeber oder Kunden in allen drei Räumen, also Süddeutschland, Lombardei und Lyon arbeiten, ist ihnen ein zentral, das heisst in der Schweiz gelegener Wohn- oder Ferienort dienlich. Sie arbeiten je nach Bedarf bis zu zwanzig Stunden pro Tag, brauchen dann aber in allen Jahreszeiten öfters Erholungspausen, wozu sie oft verlängerte Weekends nutzen und sich solche finanziell auch leisten können. Sie sind eher introvertiert, suchen das Besondere, sind tendenziell vegetarisch und biologisch ausgerichtet und wollen in der Freizeit ihre Ruhe haben. Natürlich finden sich in den neu wachsenden Belegschaften auch viele körperbetonte, sportliche Gastanwärter. Die zentral gelegene, schöne und wieder saubere Schweiz dürfte ihrem Anforderungsprofil entsprechen. Es gilt, diese Marktnische zu nutzen, die nötigen schnellen Verkehrswege und ein ansprechendes Angebot feilzuhalten.

Ein besonderes Augenmerk verdienen auch in diesem Zusammenhang die Ost-West-Verbindungen, ist doch in den nächsten Jahrzehnten zusätzlich ein grosses nachholbedürftiges Gästepotential aus den ehemaligen Ostblockstaaten zu erwarten. Darum nochmals: Das Swiss Metro-Projekt fördern!

Ueberprüfen und soweit nötig ergänzen müssen wir aber auch unser Ferien- und Freizeitangebot. Aeltere Gäste haben nun viele Jahre gesunde, sichere, ordentliche Sportarten ausgeübt. Jetzt ist Abwechslung gefragt, Risiko, Romantik oder Bildung und Gehalt. Die Jungen leben diesen Trend extrem vor. Skifahren überall, nur nicht auf der Piste. Radfahren überall, nur nicht auf Strassen und Wegen. Sonnen, Baden, Spiel und Sport überall, nur nicht in den dafür gebauten Anlagen. Immer häufiger frönt zudem

nicht mehr die ganze Familie dem gleichen Sport. Der Not gehorchend, beginnen die Anbieter das Ungewöhnliche, ja das Verrückte zu kommerzialisieren, Brücken- und Helijumping, bisweilen gefährliche Fahrten auf wilden Wassern. Der Gastgeber kann nicht sagen: Skigefahren wird auf der Piste! Sonst kommt der Gast nicht wieder. Es gilt also, die Entwicklung in noch kontrollierbare und für Mensch und Natur erträgliche Bahnen zu lenken. Aber auch die steigende Schneegrenze erheischt zusätzliche reizvolle Betätigungsmöglichkeiten auch im Grünen. Neuen Formen der Freizeit- und Feriengestaltung muss daher im Rahmen der Umweltverträglichkeit Platz gewährt werden.

Die nötigen Anpassungen erfordern viel Geist und Geld, bergen aber auch grosse Chancen in sich. Der Umbau von Skiliften auf Sessel- oder Kabinenbahnen erlaubt zusätzlich zur besseren Nutzung der höheren Schneelagen die Benützung für andere Formen der Ferien- und Freizeitgestaltung und die Umstellung auf Ganzjahresbetrieb. Die Ueberarbeitung des Angebots müsste regional in Angriff genommen werden. Es macht wenig Sinn, wenn alle Bewerber auf die gleiche Karte setzen, sich gegenseitig konkurrenzieren und damit die Preise drücken. Um zukunftsträchtige, den Betrieben und der Allgemeinheit gleichermassen dienende neue Lösungen zu finden, könnte man die am Tourismus Interessierten in regionalen Landsgemeinden zusammenführen. In allseitiger Absprache werden die pro Ort bestgeeigneten Grund- und Spezialangebote definiert, ausgebaut und mit gegenseitiger Unterstützung, etwa mittels Zuweisung oder Empfehlung, realisiert. Die gemeinsame logistische Planung bewirkt, dass der tägliche Bedarf aller Art am Ort, Spezialwünsche jedoch durch die Zentrumsgemeinde abgedeckt werden. Alle helfen mit, dass sich jeder Ort mit den seinen besonderen Verhältnissen entsprechenden Hauptspezialitäten profilieren kann. Nebst den üblichen und den neuen verrückten Angeboten für Sommer, Winter, Ganzjahr und Regenwetter müssen neue Nischen gesucht und gefunden werden. Organisiertes Variantenfahren. Sommer- und Skitouren. Ueberlebenswochen in Alphütten, Zeltlager oder Indianerdörfer. Wöchentlicher Stegbau auf Flussinsel für Abschiedsparty. Kochkurs in der Alphütte. Velocross auf nicht mehr bestossener Weide. Flossbau an See oder Fluss. Pflege der Vivian- und Lothar-Neupflanzungen im Bergwald. Zusammenarbeit mit Alters- und Pflegeheimen. Schnupperkurse in den örtlichen Betrieben. Besuch in der heutigen Schule. Kurse für Jodeln, Schwingen, Fischen, Handarbeiten, Stricken, Sticken mit Diplom und Möglichkeit zur Weiterbildung im nächsten Jahr. Kultureller Postenlauf durch das Dorf. Diskussionen unter Gästen oder mit Originalen, Künstlern oder anderen profilierten Persönlichkeiten und vieles mehr.

Alles mit weiterführender Fortsetzung während des nächsten Aufenthaltes. Wichtig ist, dass sich die ganze Bevölkerung der betreffenden Region verpflichtet fühlt, dem Gast den Aufenthalt so angenehm und interessant wie möglich zu gestalten. Freundliche und hilfreiche Leute in jeder Situation bilden wohl den besten Leistungsausweis eines Fremdenortes.

Wetten, dass der grösste Teil der Schweizerfamilien noch nie in einem hiesigen Hotel Quartier bezogen hat? Woher stammt diese Schwellenangst und wie kann sie überwunden werden? Wie kann jemand den Tourismus als unseren Tourismus empfinden und sich Gästen gegenüber entsprechend verhalten, wenn er wohl in spanischen Hotels ein- und ausgeht, das Innere von Schweizerhotels jedoch nur vom Fernsehen her kennt? Abhilfe könnten in lauen Zeiten oder bei Absagen als Kostenträger abgebuchte Schnupperangebote bringen. Eine Internetverbindung, für solche Zwecke ein idealer Informationsträger, dürfte schon in wenigen Jahren in jedem Haushalt zur Verfügung stehen.

Englisch entwickelt sich als Folge seiner Verwendung als Computersprache schnell zur Weltsprache Nummer eins. Darum ist die Forderung, dass der Nachwuchs in einem Ferienland fast ausnahmslos Englisch versteht und spricht, nicht unerfüllbar.

Dienlich hierzu wäre Software für Schul- und Heimcomputer mit Angaben über die Tourismusregion und einem praxisnahen Englischkurs für Erwachsene und Kinder: „I will show you with pleasure where the Tourist-Office is!". „The hight of the Eiger is three thousend nine hundred and seventy metres". Wenn wir soweit sind, dass dem Fremden in unseren Gastbetrieben und auf der Strasse des Englischen mächtige Einheimische gegenübertreten, darf unsere Tourismusbranche einen goldenen Stern mehr auf das Aushängeschild heften.

Bildungsreform

Die vorangegangenen Betrachtungen zeigen unter anderem, wie viel unsere Gesellschaft von der Schule erwartet, welche Bedeutung ihr in einem direktdemokratischen Staat zukommt. Pestalozzi wollte mit seiner ausgeglichenen Bildung von Kopf, Hand und Herz die künftige menschliche Gesellschaft verbessern, sah also die Gesellschaft als Funktion der Schule. Seine Ideen haben den Aufbau der Schulen weltweit beeinflusst. Viele Jahrzehnte lang war eine breite humanistische Bildung oberstes Ziel der Arbeit in der Volksschule. Noch 1960 war nach Professor Montalta das Ziel aller Bildung „der in allen Bereichen seines Personseins entwik-

kelte und ertüchtigte Mensch, der sich entfalten kann zu leiblicher, geistiger und seelischer Gesundheit, zu einem geweckten, selbständig denkenden Geistwesen, zu sittlicher Reife und Gewissenstreue, zur Aufgeschlossenheit für Schönes und Gemütvolles, zu sozialer Gesinnung und politischer Einsicht, zu Arbeitsfreude und Berufstüchtigkeit, über die Heimat- und Volksverbundenheit zu Weltoffenheit und zur Gottverbundenheit". Solche Zielsetzungen verloren in den letzten Jahrzehnten als Folge der schnellen technischen Entwicklung, der Veränderungen in der Gesellschaft, der Achtundsechziger-Bewegung und der kategorischen Forderungen von Seiten der Wirtschaft zusehend an Bedeutung. Wissen erhielt erste Priorität. Kurzfristige Interessen favorisierten die sogenannt nützlichen Fächer, die musischen und die handwerklichen gerieten immer mehr ins Abseits. Von Pestalozzis Kopf, Hand und Herz blieb fast nur der Kopf. Die Schule wurde zu einer Funktion der heutigen Gesellschaft. Einsichtige Pädagogen haben diese Entwicklung längst als Irrweg erkannt. Schulreformen, seit Jahrzehnten im Gespräch, müssen entschlossener angepackt werden.

Wir wollen das Bad nicht mit dem Kind ausschütten. Im internationalen Vergleich stehen unsere Schulen nicht schlecht da. Aber die in den letzten Jahren im Gefolge von antiautoritärer Erziehung, Verunsicherung, Ueberfremdung und Kriminalisierung aufgetretenen Missstände, die Schule und Gesellschaft in arge Schieflage gebracht haben, werden uns vor allem staatspolitisch über Jahrzehnte beeinträchtigen. Die Folgen der Achtundsechziger-Bewegung auf die Schule dagegen können schnell und wirksam vermindert werden, wenn wir wieder Lehrer ausbilden und wählen, welche sich der Eidgenössischen Gesinnung verbunden fühlen. Im übrigen liegt es an unseren Politikern, im Umgang mit den Problemen Einwanderung, Asylwesen und Kriminalität dafür zu sorgen, dass in unseren Schulstuben wieder Ruhe einkehren kann.

Einsichtige Lehrpersonen arbeiten landauf landab daran, die Bedürfnisse einer humanistischen Bildung mit den Forderungen der realen, materialistisch orientierten Welt wieder in Einklang zu bringen. Verschiedene grössere und kleinere Retuschen haben einige Verbesserungen gebracht. Aber diese Reformen griffen zu wenig tief, blieben meist an der Oberfläche, im organisatorischen Bereich stecken. Die Methodik der Demokratie ist eben die der kleinen Schritte. Nötig ist die Rückbesinnung auf den verbrieften Generalauftrag an die Volksschule, wonach jedes Kind Anrecht hat auf eine seinen Anlagen und Neigungen entsprechende Grundausbildung. Demgegenüber verlangt unsere Gesellschaft, dass der junge Mensch am Ende der obligatorischen Schulpflicht soweit ausgebildet ist, dass er im

Erwerbsleben selbständig bestehen kann. Der offensichtliche Widerspruch hätte längst beseitigt werden können, wenn man den Mut gehabt hätte, das am Schulende zu beherrschende Pensum, die eiserne Ration, klar zu definieren. So wucherten die Kopffächer, für Hand und Herz und für der persönlichen Neigung entsprechende freigewählte Stoffe blieb immer weniger Zeit. Schade um die verpasste Chance. Es gab nämlich bezüglich eiserner Ration bereits um 1960 herum konkrete Vorstellungen. Wären wir damals konsequent diesen Weg gegangen, hätte der revolutionäre Achtundsechziger-Geist in unserer Schule nicht so fruchtbaren Boden gefunden. Die Methode verwirft die vorgefasste Meinung, der Schüler habe die Neugier bereits verloren und wolle eigentlich nicht lernen. Sie erhebt das Gegenteil zum Grundsatz. Die eiserne Ration wird in kleine, einige Lektionen oder Studiumstunden umfassende Pakete aufgeteilt, die der Schüler, soweit erforderlich in der vorgegebenen Reihenfolge, seiner Reife und der momentanen Interessenlage entsprechend weitgehend selbständig bearbeitet. Die Erfüllung der Aufgabe wird nach erfolgter Prüfung in ein Attestheft eingetragen. Wer nicht erfüllt, bearbeitet den Stoff nochmals, vielleicht etwas später. Die die Selbstachtung zerstörende Repetition von Schuljahren kann dadurch vollständig umgangen werden. Schneller lernende Kinder müssen nicht mehr gelangweilt auf die Langsameren warten, ihnen stehen weiterführende Lernprogramme zur Verfügung. Der Lehrperson entsteht Mehrarbeit, mindestens andere Arbeit. Der Einwand aber, diese Art Unterricht sei organisatorisch nicht machbar, ist nicht stichhaltig. Da das Kind seinen Entwicklungsablauf nicht bestimmen kann, darf es nicht in ein starres System gepresst werden. Die Schule hat viel mehr die Voraussetzungen zu schaffen, dass der heranwachsende Mensch sich tatsächlich und auch bezüglich zeitlicher Staffelung seinen Anlagen und Neigungen entsprechend entfalten und bilden kann. Pestalozzi hat sinngemäss gesagt, der Lehrer müsse nur dafür sorgen, dass sich die Kinder in der Schule wohl fühlen, alles weitere könne er nur hoffen.

Inzwischen wurde die Schule durch die rasante Entwicklung überholt. Zwei Phänomene diktieren die Gestaltung der künftigen Schule. Einmal wird das Bestreben, alles zu wissen illusorisch, denn Wissen und Können der Menschheit verdoppeln sich in immer kürzeren Zeitabständen. Was gestern als richtig galt, ist oft heute schon falsch. Zweitens bewirkt der Computer eine revolutionäre, kaum vorstellbare Veränderung unserer Lebensweise, deren Auswirkungen sich die Schule nicht verschliessen kann. Der Computer, über Internet mit der ganzen Welt verbunden, kann unendlich viel Wissen speichern und uns jederzeit wieder zur Verfügung stellen und fast jede gewünschte Information vermitteln. Viel wissen ist

daher nicht mehr alles, das Richtige wissen und damit umgehen können, wissen wo Wissen zu holen ist, wird im kommenden virtuellen Zeitalter gefordert sein.

Was bedeutet dies für unsere Schule? Der grossartige Gewinn liegt darin, dass sie zum humanistischen Bildungsziel zurückkehren kann. Neben einer breiten, Kopf, Hand und Herz berücksichtigenden Allgemeinbildung, wird die Forderung nach dem Erwerb der eisernen Ration dabei entscheidend wichtig. Analphabeten haben auch in der virtuellen Arbeitswelt keine Zukunft. Noch mehr als bisher müssen wir ein Leben lang lernen. Die künftige Schule hat den Schüler daher vorab das Lernen zu lehren.

Die organisatorischen Schwierigkeiten bei der Ermöglichung eines individuellen Lerntempos fallen weitgehend weg, wenn pro Kind ein PC und die oben erwähnten Lernprogramme als Software für das Selbststudium zur Verfügung stehen. Der Lehrer wird vom Pauker zum Berater, Koordinator, Helfer. Gestraffter Stoff und konzentriertes Lernen schaffen Freiräume für erzieherische, kulturelle und staatspolitische Klassengespräche, für die musischen Fächer und gemeinsame Unternehmungen ausserhalb des Klassenzimmers, Sommer- und Winterlager zu Stadt und Land, in Gruppen bewältigte Semester- und Projektarbeiten. Die brutalen Uebertrittsprüfungen fallen auf den unteren Stufen weg. Ueber den künftigen Lebensweg entscheidet nicht mehr ein einmaliger Test. Die Trennung in Real- und Sekundarschule entfällt. Die längst als Idealform erkannte Gesamtschule kann wieder Wirklichkeit werden. Den Umgang mit dem Wissen, aber vor allem auch das korrekte Verhalten im Team, Sozialkompetenz, lernen die Kinder in Gruppen- und Projektarbeiten. Verschieden Begabte arbeiten zusammen, Theoretiker und Praktiker ergänzen sich, jedes kann seine Stärken einbringen. Es zählt das Gruppenresultat, Noten, und damit Strebertum und Mogeleien entfallen, da unnötig und sinnlos. Die periodische Beurteilung bezeichnet mit Worten den Stand auf dem Weg hin zur eisernen Ration und zur Entwicklung der persönlichen Anlagen.

Es ist so verständlich wie unnütz, wenn der humanistisch gebildete Pädagoge sich darüber grämt, dass der Computer in der künftigen Schulstube den Lehrer teilweise ersetzen soll. Der Computer ist Realität, er wird für weite Kreise zum wichtigsten und zugleich alle verbindenden Arbeitsgerät. Der PC ersetzt teilweise Schiefertafel, Schulheft und Ordner - ob uns das passt oder nicht. Die Spielzeugindustrie investiert Unsummen in bereits von kleinen Kindern heiss begehrte elektronische Spielzeuge. Die heranwachsende Generation lernt im doppelten Sinn spielend den Umgang mit dem Computer und damit gekoppelt auch Englisch als Sprache

der künftigen international vernetzten Arbeitswelt. Wer Englisch als erste Fremdsprache fordert, rennt daher wohl offene Türen ein. Computer, Medien und Werbung sorgen dafür, dass unsere Schüler früher und leichter Englisch lernen als die deutsche Schriftsprache.

Nicht abgedeckt durch die geschilderte Lernform ist die bisher zu wenig beachtete vorschulische Bildung. Wir wissen zwar, haben aber nicht genügend umgesetzt, dass die Förderung von Kopf, Hand und Herz in den ersten Lebensjahren von grösster Bedeutung ist. Die englischen Privatschulen beweisen seit Jahrzehnten, über welch riesige Aufnahmefähigkeit das Kleinkind verfügt. Unsere in England aufgewachsenen Nichte und Neffen beherrschten bereits mit vier Jahren ein beträchtliches Grundwissen, wie beispielsweise die Monatsnamen, die Masse oder die einfachsten gemeinen Brüche als Voraussetzung für die Aufnahme in die erste Klasse. Eine derartige Förderung ist jedoch nur möglich, wenn bis zum Schuleintritt immer mindestens ein Elternteil mit entsprechender Ausbildung zu Hause ist oder Hilfe angeboten wird.

Die geschilderte Methode eignet sich nicht nur für die Volksschule. Sie ist auch die ideale Unterrichtsform für Berufs- und Mittelschulen. Sie entspricht der heutigen Arbeitsweise in den meisten Bereichen des Berufslebens und bildet eine gute Voraussetzung für den Eintritt in die wachsende virtuelle Arbeitswelt. Zugleich bringt sie uns die Schule, die einer direkten Demokratie gebührt, ja die diese erfordert. Gruppen- und Projektarbeit fördern Gemeinschaftssinn, Rücksichtnahme, Hilfsbereitschaft, Toleranz, selbständiges und kritisches Denken, Zuverlässigkeit, Auftragstreue, Unternehmungsgeist und Leistungswille. Bürgerliche Tugenden, welche vom Achtundsechziger-Geist aus den Schulstuben verdrängt wurden obschon oder gerade weil sie nötige Eigenschaften eines demokratischen Bürgers sind.

Und wo lernt die Lehrperson dieses neue Lehren? Pestalozzi würde hierzu die Seminarien empfehlen, die wir abzuschaffen eben im Begriffe sind. Schade, es ist kaum möglich, dass die Gymnasien mit dem heutigen Schulbetrieb und den hohen Anforderungen geeignet sind, die für den künftigen Lehrberuf unabdingbare Sozialkompetenz in gleicher Weise zu vermitteln.

Der Boden gehört allen

Weiter oben haben wir bedauert, dass das Bodenrecht nicht gleich nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Zeit dafür günstige gewesen wäre,

geändert worden ist. Hätten wir es getan, uns wäre viel Ungerechtigkeit und Aerger erspart geblieben. Kann das Versäumte nachgeholt werden? Sicher ja, da die Frage der Finanzierung der Sozialkassen und des Gesundheitswesens im Zusammenhang mit dem vom Bundesrat voreilig in Aussicht gestellten Solidaritätsfonds ohnehin gründlich überdacht werden muss.

Die Bodennutzung zur Existenzsicherung ist wohl so alt wie die Menschheit, eine Verbindung von Bodenertrag und Vorsorge für Alte, Hinterbliebene und Behinderte in unseren Burgergemeinden eine bewährte Selbstverständlichkeit. Zudem ist dringend die Schaffung einer obligatorischen Eidgenössischen Grundversicherung gegen Krankheit und Unfall zu prüfen, da die jetzigen Krankenkassen teilweise nicht im Interesse ihrer Mitglieder handeln, jahrzehntelange Zahler entgegen Treu und Glauben im Alter ausschliessen, die Gesellschaftsform ändern, fusionieren, ge- und verkauft werden und ihren Funktionären Fantasiegehälter bezahlen. Eine vertrauenswürdige, sichere und genügende Vorsorgeversicherung für unsere Bevölkerung kann und muss über eine Bodenrechtsreform geschaffen werden.

Bei der Betrachtung dieses Problemkreises muss man die Begriffe Eigentum und Besitz unterscheiden. Eigentümer eines Landstücks ist diejenige Person oder Körperschaft, welche darüber im Rahmen der Gesetze frei verfügen, es also beispielsweise nutzen, vermieten, verkaufen oder verschenken kann. Besitzer ist derjenige, dem das Land gratis oder gegen Entgelt befristet oder auf Zusehen hin zur Nutzung überlassen wird. Ursprünglich gehörte das Land allen, wobei Kaiser und Könige als oberste Sachwalter die Funktion des Eigentümers wahrnahmen. Oft sahen sie sich auch als Beauftragte Gottes als eigentlichem Eigentümer der Welt und handelten dann in der Rolle des Besitzers. Die Weitergabe an Dritte erfolgte in Form der meist langfristigen oder dauernden Lehen, ähnlich der heute noch üblichen Verpachtung, eine Abgabe oder Hinnahme zu Besitz, Nutzung und Unterhalt als Erbe, Schenkung, gegen Entgelt oder als Kriegsbeute. In den Urkantonen war der grösste Teil des Gebietes in genossenschaftlichem Besitz, in den Markgenossenschaften teilten sich alle im Tal Beheimateten in Besitz, Nutzung und Unterhalt von Land, Wald und Alp.

Diese Form der gemeinsamen Bewirtschaftung des Bodens blieb zum Teil bis heute erhalten. Betrachten wir als Modell die Bewirtschaftung der 1800 Meter hoch gelegenen Elsigenalp im Frutigland. Sie dient im Sommer der Landwirtschaft, im Winter dem Wintersport und ganzjährig dem Tourismus. Der Boden ist in etwas über 200 Kuhrechte aufgeteilt, deren

derzeitige Besitzer die Alpgenossenschaft bilden. Ein Bodenverkauf findet nicht statt. Boden für Alphütten, Restaurants, Bergbahnen oder Uebermittlungsinstallationen wird im Baurecht zur Verfügung gestellt. Die Bodenzinse fliessen in die Genossenschaftskasse. Aus ihr werden die gemeinsamen Infrastrukturkosten beglichen.

Wenn man vom Grundsatz ausgeht, dass alle Güter, welche einfach da sind, auf natürlichem Weg regenerieren oder nicht vermehrbar sind, zum Beispiel Gebirge, Gletscher, Gewässer, Sonnenlicht oder Wind der Allgemeinheit gehören sollen, ist der Bodenbesitz gleich zu gestalten, die genossenschaftliche Regelung also ideal. Privateigentum im heutigen Sinn entstand erst in den letzten Jahrhunderten, seine Glorifizierung gar erst in der Zeit des Kalten Krieges. Die Auffassung, dass das als Menschenrecht eingestufte Recht auf Eigentum auch den Boden umfasse, ist abwegig. Das Bodeneigentumsrecht ist nicht Teil der Staatsidee Schweiz. Im Gegenteil, es gefährdet diese. Diese Tatsache war erkennbar, nachdem das Schweizervolk im Zweiten Weltkrieg unter Einsatz aller verfügbaren Mittel eine Besetzung durch die Achsenmächte zu verhindern wusste, im Anschluss daran aber die Verschacherung des Bodens lediglich die Kassen weniger Einzelpersonen oder Aktiengesellschaften füllte. Das Bodenrecht hätte darum längst geändert werden müssen.

Eine Ueberführung des Bodens in das Eigentum der Allgemeinheit ist auch heute noch möglich nach folgendem Modell: Eine Aenderung der Bundesverfassung erklärt die gesamte Bodenfläche der Schweiz als Eigentum der Allgemeinheit, vertreten durch den Bund. Die jetzigen Eigentümer bleiben im Sinne der nachstehenden Regelung bis zur nächsten Handänderung oder Umnutzung zu Gewerbe-, Industrie- oder Bauland Besitzer des Bodens und bezahlen Liegenschaftssteuern, Hypothekar- oder Baurechtszinse wie bis anhin. Soll eine Handänderung oder eine Umnutzung erfolgen, macht der Bund, das heisst die durch ihn beauftragte Behörde, vom gesetzlichen Kaufrecht Gebrauch und erwirbt das Grundstück zum von einer neutralen Stelle überprüften Verkehrswert. Dem bisherigen Eigentümer ist freigestellt, das ihm zukommende Kapital zu einem bankenüblichen Zins stehen zu lassen. Finanziert wird der Kauf durch die Beiträge für AHV/IV/EO/ALV, die SUVA und die neuzugründende Eidgenössische Gesundheits-Grundversicherungskasse (EGGVK), dem heute für die Solidaritätsstiftung vorgesehenen Ertrag aus den Goldreserven der Nationalbank und den durch das Fernbleiben von der EU gesparten Milliardenbeträgen, später auch aus dem mit dem Boden erwirtschafteten Vermögen. Denkbar ist zusätzlich auch eine wöchentlich durchzuführende landesweite Lotterie. Ebenso ist denkbar, dem neu zu schnürenden

eidgenössischen Versicherungswerk eine allgemeine Pensionskasse anzugliedern und deren Gelder gleichfalls in Boden zu investieren. Auf diese Weise kann bereits im Verlauf der nächsten fünfzig Jahre ein grosser Teil unseres Bodens Eigentum der Allgemeinheit werden.

Das Land wird anschliessend dem Meistbietenden im Landrecht (Analog zum Begriff Baurecht) zu Besitz und Nutzen für die Dauer von 99 Jahren überlassen. Nach Ablauf dieser Frist kann es vom derzeitigen Besitzer zum aktuellen Verkehrswert neu übernommen werden, andernfalls fällt es zurück an den Bund. Das Besitzrecht kann wohl an die direkten Nachkommen vererbt, aber nur ausnahmsweise verpachtet und nicht verkauft werden. Der Landwert wird periodisch überprüft und der Landzins entsprechend angepasst. Der Zins ist dem zu schaffenden Eidgenössischen Versicherungsfonds (EVF), in dem AHV/IV/EO/ALK, die SUVA und die EGGVK zusammengefasst werden, zu entrichten. Wollen Bund, Kantone oder Gemeinden einzelne Institutionen, eigene Betriebe oder Personen vom Landzins befreien, bezahlen sie den entsprechenden Betrag jährlich an den EVF. Der EVF leistet nach einem neu zu schaffenden Bundesgesetz die in den verschiedenen Versicherungsparten anfallenden Zahlungen. Mit dem Vollzug der Landverwaltung und der Kassentätigkeit nach strengen Richtlinien, können die Kantone und die Gemeinden betraut werden.

Sollte der Vorschlag von Professor Ruh, hinsichtlich der befürchteten 80/20%-Gesellschaft die Ausrichtung einer monatlichen Leibrente von zirka Fr. 1000.- vorzubereiten, in Angriff genommen werden, wäre dieses neue Sozialwerk mit dem obigen Modell kombinierbar. Das gilt auch für einen möglicherweise einzuführenden Haushaltlohn für weniger gut betuchte Eltern mit Kleinkindern.

In keiner Weise soll durch die Ueberführung des Bodens in das Allgemeingut das garantierte Recht auf Eigentum in Frage gestellt werden. Aber es soll klar geschieden werden: Alles was naturgegeben, ohne unser Dazutun da ist, soll allen gehören. Zu Eigentum soll dem Menschen werden, was er selbst erschafft.

Viele junge Bürgerinnen und Bürger glauben nicht, dass die Sozialwerke in Zukunft finanzierbar sein werden und ihnen dereinst das Alter sichern könnten. Wir Aelteren, in deren Besitz der Boden sich heute grossteils befindet, müssen den Jungen, aus Dankbarkeit und als Ausgleich für die erlebten guten Jahrzehnte, durch die skizzierte Bodenreform die in den kommenden Jahren zu leistenden Sozialkassenbeiträge wesentlich verringern und damit den Glauben an die Zukunft wenigstens in dieser Beziehung zurückgeben. Ueberschlagsmässig, zum heutigen Geldwert und mit

den durchschnittlichen jetzigen Baurechts- und Pachtzinsen gerechnet, könnten der Eidgenössischen Versicherungskasse in einigen Jahrzehnten aus den Landzinsen jährlich 20 bis 25 Mia. Franken zufliessen. Die heutigen jährlichen Einnahmen und Ausgaben der Eidgenössischen Sozialwerke belaufen sich auf rund 35 Mia. Franken.

Eine derartige Regelung brächte auch bedeutende Erleichterungen für bäuerliche Erbengemeinschaften. Wenn ein Anwesen dem Bund verkauft wird, kann einer der Beteiligten Besitzer werden und das erhaltene Geld erlaubt die Auszahlung der übrigen Begünstigten. So wäre es auch wieder eher möglich, dass ein Jungbauer einen Betrieb zu erschwinglichen Bedingungen übernehmen kann.

Die erweiterte Möglichkeit, Bauland im Baurecht zu erwerben, könnte das arge Missverhältnis zwischen der Anzahl Hausbesitzer und Mieter korrigieren und zur Stärkung der 3. Säule der Altersvorsorge führen. Zudem würde das korrigierte Bodenrecht die finanzielle Situation der Jungunternehmer verbessern.

Das vorgestellte Bodenrechts-Modell ist eines demokratischen Staates würdig und zeugt von Respekt vor den alten und den zeitweilig oder dauernd benachteiligten Mitbürgern und den nachwachsenden Generationen. Wo ein Wille ist, ist ein Weg. Gehen wir ihn.

Asylwesen

Asyl, vom griechischen asylon hergeleitet, bedeutet Freistätte, Zufluchtsort für aus politischen, religiösen oder rassischen Gründen Verfolgte. Ohne Not aus persönlicher oder wirtschaftlicher Veranlassung Geflüchtete fallen nicht unter diese Kategorie. Nach diesen Grundsätzen haben wir Asylgesuche jahrhundertelang beurteilt und entschieden und sind damit gut gefahren, haben viel Leid gemildert und uns damit weltweit Achtung verschafft.

Seit dem 17. Jahrhundert haben wir immer wieder Verfolgte aufgenommen, einzeln oder in Gruppen. Französische Hugenotten, italienische Protestanten, deutsche Republikaner, polnische Freiheitskämpfer, Juden, Zigeuner und in neuester Zeit Flüchtlinge aus Tibet, Ungarn, Tschechoslowakei, Chile, Vietnam, Polen, Sri Lanka, Türkei, Kurdistan, Ex-Jugoslawien, Afrika und anderswo. Viele von den bei uns Aufgenommenen wurden voll in unser Volk integriert und Sprosse aus jenen Familien haben sich immer wieder durch besondere Leistungen hervorgetan. Von Pestalozzi und Orelli bis hin zu Hayek und Martina Hingis.

Asyl gewähren ist eine schweizerische Tradition, auf die wir stolz sein dürfen, obschon in jüngster Zeit von Innen und von Aussen versucht wurde, dieses Gold anzukratzen. Den in diesem Zusammenhang stehenden Vorwürfen sind wir im ersten Abschnitt nachgegangen. Alle in den letzten Jahren geführten Debatten ändern nichts an der seinerzeitigen Lage. Der in der Kriegszeit für die Unversehrtheit des Landes zuständige Bundesrat hatte die schwierige Aufgabe, die Zahl der Aufzunehmenden zu bestimmen. Rund 30'000 Juden wurden eingelassen. Am Kriegsende lebten über 100'000 Flüchtlinge und Internierte unter uns. Zudem hat sich die Schweiz als Transitland für weiterreisende Flüchtlinge angeboten und dadurch Zehntausenden das Leben gerettet. Die heutigen Kritiker sagen nicht, wieviele Flüchtlinge sie aufgenommen hätten und ob sie, was gerechterweise hätte geschehen müssen, auch die Angehörigen anderer nichtarischer Volksgruppen, sowie Kranke, Behinderte und erblich Belastete vor der Gaskammer gerettet hätten. Karl Schmid hat gesagt: „Die Geschichte ist immer weniger einfach gewesen, als die moralischen Prozesse es sind, welche die Nachfahren ihr machen".

Schauen wir vorwärts. Tragischerweise wurde uns in den letzten Jahren aus der stolzen Asyltradition als Missgeburt ein ausgewachsenes Asylantenmalaise geboren.

Auf den ersten Blick sind vier Umstände als Hauptursachen erkennbar.

Erstens ist die Schweiz kein Einwanderungsland. 50% unseres Bodens ist unproduktiv, 25% ist Kulturland. Auf den restlichen 25% drängen sich heute über 7 Millionen Menschen. Als Binnenland ohne nennenswerte Rohstoffvorkommen gehören wir damit zu den meistbesiedelten Ländern Europas. Verstädterung des Mittellandes, Umwelt- und Verkehrsbelastung, Beschränkung der persönlichen Entfaltungsmöglichkeit in jeder Beziehung und Fremdenfeindlichkeit sind die offensichtlichen Folgen. Die Schweiz ist von einer starken Verminderung der Lebensqualität bedroht und die Bevölkerung wehrt sich instinktiv gegen eine übermässige Zuwanderung.

Zweitens haben es Bundesrat und Parlament in den letzten vierzig Jahren versäumt, den Anteil von Ausländern in vernünftigen Grenzen zu halten. Die im Zusammenhang mit Ueberfremdungsinitiativen versprochenen Höchstzahlen wurden nicht eingehalten. Heute liegt der Ausländeranteil, alle Kategorien eingerechnet, bei 25% der Gesamtbevölkerung. Einem Naturgesetz folgend, verteidigt jedes Lebewesen, Pflanzen eingeschlossen, sein Revier. Das Volk bekundet seinen Unmut immer lauter. Der Bundesrat beschönigt und die Linken versuchen, Kritiker mit moralischen Argumenten mundtot zu machen und berufen sich auf die Abweisung von Flüchtlingen im Zweiten Weltkrieg. Erstaunlicherweise schwär-

men rot-grüne und kirchliche Kreise für eine multikulturelle Gesellschaft, obschon sie als erste von deren negativen Folgen betroffen sein würden. Sie stellen sich gegen Ausschaffungen und wollen aufnehmen was da kommt, ohne je zu sagen, wann denn das Boot voll wäre.

Drittens sind wir durch die in den letzten Jahren von jüdischer Seite an uns gerichteten Vorwürfe offenbar dermassen eingeschüchtert, dass wir dem wachsenden Asylmissbrauch nicht mit genügender Härte entgegen zu treten wagen. Aus Kriegsgebieten kommen vor allem junge Männer in die Schweiz, aus fernen Ländern zudem Begüterte, die den Flug nach Europa und Schlepper bezahlen können. Der grösste Teil der Asylsuchenden kommt illegal über die grüne Grenze in die Schweiz. Die Zahl der von Ausländern verübten kriminellen Handlungen nimmt erschreckend zu. Eine Folge zum Teil davon, dass die meist jungen Fremden zum Nichtstun verurteilt sind. Das Unwürdigste, das man einem Menschen antun kann, ist ihn nicht arbeiten zu lassen. Wir verwöhnen die Asylanten zu sehr, bestrafen Uebeltäter zu wenig hart und weisen illegale Aufenthalter und Kriminelle nicht rigoros genug aus dem Lande. Das spricht sich in den Herkunftsländern herum. Und es kommen immer mehr.

Viertens finden sich unter den Gesuchstellern immer mehr unechte Asylsuchende, vor allem Wirtschaftsflüchtlinge. Ihre Zahl wird noch gewaltig zunehmen. In Nordafrika werden Millionen Menschen von der nordwärts wandernden Sahara gegen das Mittelmeer gedrängt. Viele haben den Sprung nach Spanien oder Italien bereits geschafft, sehr viele werden ihnen noch folgen. Ihr Ziel ist Zentraleuropa. Eine weitere Flüchtlingswelle droht aus den bankrotten ehemaligen Ostblockstaaten.

Das alles ist schlimm, doch das Malaise wurzelt tiefer. Unsere traditionelle Asylpolitik ist darauf ausgerichtet, einzeln oder gruppenweise eintreffende Asylsuchende aufzunehmen. Die Möglichkeit, in grosser Zahl, aus fernen Ländern und durch Schlepper organisiert zu uns zu gelangen, entwickelte sich erst in den letzten vierzig Jahren. Früher ersuchten meist Einzelpersonen, welche in einem nichtdemokratischen Staat aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen an Leib und Leben bedroht waren bei uns erfolgreich um Asyl. Diese bisherige Art der Handhabung des Asylrechtes genügt den heutigen völlig veränderten Verhältnissen nicht mehr. Die ungute Entwicklung war seit Jahren erkennbar, die Linke hat aber ein offenes Gespräch über diese Problematik verhindert. Als Mitglied der vom Bundesrat eingesetzten Studienkommission „Allgemeine Dienstpflicht" habe ich vor Jahren im Zusammenhang mit möglichen alternativen Einsätzen der Milizarmee verschiedene Szenarien vorgelegt, darunter nachstehende Horrorvision: An der Küste Süditaliens lassen sich

jede Nacht Afrikaner in grosser Zahl absetzen und gelangen so illegal nach Italien. Italien sammelt diese Flüchtlingen ein, verlädt sie in Eisenbahnzüge und fährt sie in den Raum Chiasso, wo dann während jeder Nacht rund 1000 Flüchtlinge die grüne Grenze zur Schweiz überschreiten. Soll und kann die Armee eingesetzt werden, wenn ja mit welchem Auftrag? Soweit mein Szenario, auf das nicht eingetreten wurde mit dem Hinweis, es sei rassistisch und menschenfeindlich gefärbt. Kürzlich ist der geschilderte Ablauf Tatsache geworden, mit dem einzigen Unterschied, dass die Flüchtlinge nicht aus Afrika, sondern aus Albanien stammten. Weil wir damals den Kopf in den Sand steckten, es unterliessen entsprechende Strategien zu entwickeln, wurden wir von der Entwicklung überrascht und standen weitgehend machtlos da. Leider wurde von den verantwortlichen Behörden ein wesentlicher taktischer Grundsatz missachtet: Führen heisst vorausschauen.

Aus Gesagtem lassen sich zwei zwingende Forderungen ableiten. Erstens muss eine neue Strategie zur Handhabung des Asylrechtes entwickelt werden und zweitens ist zu überlegen, wie der Aufenthalt der Asylanten sinnvoller gestaltet werden kann. Die zwei Problemkreise haben gemeinsam, dass unsere Bestrebungen in beiden Fällen darauf ausgerichtet sein müssen, die Fluchtursache in den Herkunftsländern beheben zu helfen und die Kontrolle der Einreise, den zeitweiligen Aufenthalt und die Ausgangslage für die möglichst baldige Rückreise besser zu organisieren. Die Problematik von Assimilierung, Integration und Einbürgerung der 1,3 Mio. dauernd bei uns niedergelassenen Ausländer, meist vor Jahren als Fremdarbeiter aus Kontinentaleuropa eingereist, ist erkannt, zum Teil und im europäischen Vergleich bereits recht gut gelöst und es wird laufend nach Verbesserungen gesucht, deshalb hier dazu nur soviel. Als apriori multikulturelles Land bieten wir Menschen aus dem christlichen europäischen Kulturraum gute Aussichten für eine rasche Assimilation. Bei Vertretern der zweiten Generation verrät oft nur der Name, dass sie nicht immer hier gelebt haben. Manche unter ihnen sind auch ohne Schweizerpass bessere Eidgenossen als viele Sprosse alteingesessener Familien. Es ist richtig und wichtig, dass die Staatsbürgerschaft keinem Ausländer automatisch zufällt. Aber für jene Assimilierten, die Schweizer mit allen Rechten und Pflichten werden wollen, müssen wir die Einbürgerung einfacher und kostenlos ermöglichen.

Die Definition brauchbarer und mehrheitsfähiger neuer Strategien für die Umsetzung des Asylrechts wird sich sehr schwierig gestalten, weil wir vor einer vielschichtigen Vernetzung von Menschenrechten, internationa-

len und bilateralen Abkommen und weltanschaulichen, religiösen und politischen Aspekten stehen.

Den Schlüssel zur Annäherung an den umrissenen Problemkreis finden wir in der Unterscheidung der die Flucht aus den Herkunftsländern provozierenden dortigen Verhältnisse. Diese und unsere entsprechenden Massnahmen-Vorschläge lassen sich in vier Kategorien gliedern. Konsequent abgewiesen und daher in den vier folgenden Fällen nicht berücksichtigt wird, wer sich nicht auf einem Grenzamt meldet, sondern illegal über die grüne Grenze in die Schweiz gelangt und daher sofort wieder ausgeschafft wird.

Szenario 1: Ein Land wird von einem nichtdemokratischen, totalitären Regime beherrscht, das Andersdenkende misshandelt oder umbringt. Ein bewaffneter Aufstand der Verfolgten ist nicht möglich oder hat keine Aussicht auf Erfolg. Als Beispiele können die seinerzeitigen Fälle Tibet, Ungarn, Tschechoslowakei und Chile, sowie immer noch aktuell die Türkei, dienen. Einzeln oder in Gruppen aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen an Leib und Leben bedrohte und bei uns um Asyl ersuchende Personen sind als echte Asylanten für längere Zeit oder dauernd bei uns aufzunehmen. Ist nach menschlichem Ermessen eine Rückkehr über Jahrzehnte kaum möglich, muss aktiv auf Assimilation und totale Integration hingearbeitet werden.

Szenario 2: Ein schwach bewaffnetes Land wird von einem starken Gegner

angegriffen, die Armee zerschlagen. Armeeangehörige und Zivilpersonen werden in grosser Zahl hingemordet. Es flieht, wie beispielsweise in verschiedenen zentralafrikanischen Ländern geschehen, wer kann. Die an Leib und Leben bedrohten Wehrlosen erfahren, soweit verkraftbar unabhängig von ihrer Anzahl, bei uns vorübergehende Aufnahme als Flüchtlinge.

Szenario 3: Ein Land wird durch eine fremde Armee angegriffen oder es entsteht im Innern ein Bürgerkrieg. Jede verantwortungsvolle Staatsperson will ihr Land, ihre politische Richtung, ihre Rasse oder ihre Religion verteidigen und es wird jede Kraft gebraucht, direkt im Kampf, im Rückwärtigen, in Produktion, Versorgung, Kinder-, Alten-, Verwundeten- oder Krankenpflege. Wer ins Exil geht, gilt als Deserteur und wird lange Zeit nicht zurückkehren können. Sonst wird man ihn fragen: Wo warst Du als wir kämpften? Dein Haus? Das haben wir verteidigt, jetzt wohnen wir darin. Dein Geschäft? Das haben wir geschützt, jetzt gehört es einem anderen. Deinen Posten? Dieser wurde durch eine der hiergebliebenen Personen unter schwierigsten Verhältnissen besetzt und diese wird ihn

auch im Frieden behalten. Die Schweiz nimmt unter diesen Umständen Alte, Behinderte, Schwerkranke, ernsthaft Verletzte und Kinder für beschränkte Zeit, in der Regel wohl bis Kriegsende, als Kriegsflüchtlinge auf. Kampf- oder arbeitsfähige Männer, Frauen und Jugendliche müssen jedoch abgewiesen werden, weil sie als Deserteure später kaum mehr in ihr Land zurückkehren könnten. Die Abweisung erfolgt auch dann, wenn die Betroffenen nach ihrer Rückkehr in ihr Land mit einer Bestrafung rechnen müssen. Hätten diese Kriterien in den Neunzigerjahren gegolten, wäre ein Teil der gegenwärtig bei uns lebenden Asylanten nicht aufgenommen worden. Viele von ihnen müssen aus begüterten Familien stammen, sonst hätten sie weder Reise noch Schlepper bezahlen können. Sie sind geflüchtet, um sich der Stellungspflicht zu entziehen oder nicht im zivilen Bereich eine Aufgabe übernehmen zu müssen, verweigerten sich also ihrem Volk um hier ungefährdet, wohlgenährt und gut gekleidet das Ende der Kämpfe abzuwarten. Sie liessen Land, Familie, Freunde, Alte, Kranke, weniger Begüterte und Kinder im Stich und verdienen daher weder unsere Achtung noch unsere Hilfe.

Das bestehende Asylantenproblem entstand weitgehend dadurch, dass wir im Fall von Ex-Jugoslawien diesen Umstand nicht beachteten. Zudem begingen wir den Fehler, dass die Heimschaffung der Asylanten zu wenig entschlossen geschah. Mit dem Vorwand etwa, ihr Haus sei zerstört, erreichten viele eine Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung, obschon alle Arbeitsfähigen sofort hätten heimkehren müssen, um sich am Wiederaufbau zu beteiligen. Dafür hätten wir, der Verpflichtung unserer humanitären Tradition nachkommend, im Austausch jene für einige Monaten bei uns aufnehmen sollen, welche die Grausamkeit des Krieges daheim durchstehen mussten, Kinder, Alte, Pflegende, Berufsleute wie Bäcker und Verletzte.

Szenario 4: Ein Land weist einen wesentlich tieferen Lebensstandard auf als die Schweiz. Durch Schicksal oder Selbstverschulden. Verarmte, Chancenlose, Leistungsschwache, Arbeitsscheue und Kriminelle machen sich auf den Weg ins Land, wo Milch und Honig fliessen, nach Zentraleuropa, vorzugsweise in die Schweiz.

Diese Wirtschaftsflüchtlinge erfüllen die Kriterien zur Gewährung des Asylrechts nicht. Vermutlich werden in den nächsten Jahren jedoch Hunderttausende aus südlichen und östlichen Gegenden zu unseren Näpfen drängen und wir sind gut beraten, wenn wir uns auf diesen Fall sorgfältig vorbereiten. Grundsätzlich kann die sich abzeichnende Völkerwanderung nur gedämpft werden, wenn die bessergestellten Staaten in einer gemeinsam geplanten breitangelegten Aktion in den betreffenden Gebieten mas-

sive Hilfe zur Selbsthilfe anbieten bevor die Fluchtbewegung kaum zu bewältigende Ausmasse annimmt. Unsere Entwicklungshilfe und das Projekt von Max Havelaar sind gute Ansätze. Wir kommen weiter unten im Zusammenhang mit Milizarmee und Arbeitslosenproblem auf diese Aufgabe zurück.

Die Umsetzung der in den Szenarien 3 und 4 geforderten Massnahmen ist schwierig, weil sich die Resultate rechtlicher und moralischer Beurteilung, wie so oft, nicht decken. Immerhin verteidigt jede Kreatur ihr Revier und ein bereits stark bevölkerter Kleinstaat hat ebenso das Recht, sich notfalls gegen illegale Grenzübertritte zur Wehr zu setzen. Leider deuten verschiedene Indizien darauf hin, dass wir uns dem kritischen Ueberfremdungsgrad nähern: Das Volk ist beunruhigt, Befragte bezeichnen immer häufiger Ueberfremdung und Asylpraxis als Hauptprobleme der Schweiz. Zwar hat sich das Asylproblem in letzter Zeit etwas entschärft und die Arbeitslosigkeit klingt ab. Aber die Situation kann sich rasch wieder ändern. Entsprechend sind Vorbereitungen zu treffen. Wir müssen der Welt kundtun, dass die Schweiz kein Einwanderungsland ist und dass wir keine weitere Ueberfremdung wollen. Wir müssen Freizügigkeitsverträge mit hohen Auflagen versehen und gegenüber Nicht-EU-Bürgern die Visumspflicht vorbereiten. Wir müssen das Grenzwachtkorps und die Polizei der Grenzkantone massiv verstärken und offen dazu stehen, dass wir gegen illegalen Grenzübertritte notfalls auch die Armee einsetzen werden.

Die zweite Forderung betrifft den Umgang mit den unter uns lebenden Asylanten. Dabei müssen zwei Ziele verfolgt werden: Erstens geht es darum, den Aufenthalt der Asylanten für alle Teile erträglich und sinnvoll zu gestalten und zweitens müssen alle Massnahmen getroffen werden, die eine baldige und erfolgversprechende Rückkehr ermöglichen helfen.

Grundsätzlich erwarten wir von den Asylanten, und das muss man ihnen bereits bei ihrer Ankunft deutlich sagen, dass sie sich unseren Gesetzen und Normen anpassen. Wer kriminell tätig wird, mit Schuss- oder Stichwaffen auf die Strasse geht, die Weisungen der Fremdenkontrolle nicht befolgt oder die zugewiesene Arbeit verweigert, ist des Asyls nicht würdig und muss ausgeschafft werden. Dies ist oft nicht einfach. Aber ausserordentliche Lagen erheischen oft auch ausserordentliche Massnahmen bis hin zum Notrecht. Unsere Asylpolitik muss vom Volk mitgetragen werden, muss mehrheitsfähig bleiben. Ohne eine gewisse Strenge bei deren Umsetzung geht es nicht, pazifistische und philanthropische Träumereien helfen wenig.

So konsequent die Abweisung oder Ausweisung unechter und unwürdiger Asylbewerber erfolgen muss, so weitsichtig und grossmütig sind

jedoch Aufenthalt und Vorbereitung der Rückkehr der Aufgenommenen zu gestalten. Geht es auch in der ersten Zeit des Hierseins vorerst darum, sich rasch in unsere Verhältnisse einzuleben, muss trotzdem vom ersten Tag weg auf das zweite Ziel hingearbeitet werden. Unterbringung und Verpflegung der Asylanten sind den Umständen entsprechend gut organisiert, im interkontinentalen Vergleich gesehen sogar zu gut, was eine unerwünschte Sogwirkung verursacht. Ungenügend sind Art und zeitlicher Umfang ihrer Beschäftigung. Zu monate- oder jahrelangem untätigem Warten verurteilt, lungern diese meist jungen Menschen gelangweilt auf Strassen und Bahnhöfen herum. Die Reaktion der Schweizerbevölkerung ist Unverständnis, Bedauern, Wut oder alles in einem. Wie kann diesem Missstand abgeholfen werden? Hilfe zur Selbsthilfe muss auch hier das Motto sein. Familien sind so zusammenzufassen, dass dem selben Volk entstammende Lehrer oder andere geeignete Erwachsene die Kinder in einem ordentlichen Schulbetrieb unterrichten können. Jugendlichen ist, falls nötig mit Unterstützung der Berufsberatung, eine für die Verhältnisse in ihrer Heimat geeignete ein- bis zweijährige Berufsanlehre oder ein Studium zu ermöglichen. Die angehenden Handwerker werden Gewerbebetrieben zugewiesen, wo sie in einer Stellung zwischen Lehrling und Handlanger eingesetzt werden. Wenn wir einige zusätzliche Stühle in die entsprechenden Klassenzimmer der Berufsschulen stellen, können diese jungen Asylanten in den für sie nützlichen Fächern hospitieren. Vorlesungen können auf Projektionswände in Säle oder Zimmer in Universitätsnähe übertragen werden, so dass Geeignete wenigstens behelfsmässig ihr Studium fortsetzen oder beginnen können. So bereiten sich Jugendliche auf ihre Rückkehr vor, vertreiben die Zeit sinnvoll und kommen von der Strasse weg. Als Alternative für jugendliche und erwachsene Asylanten bieten sich, bei entsprechend geplanter örtlicher Zuweisung, eine Reihe bisher nicht oder zu wenig erprobte Beschäftigungsarten an. Einsatz bei Landwirten unter Gewährung von Kost und Logis. Unterstützung von alten noch in ihrem Haus lebenden Leuten in Wohnung und Garten. Einsatz bei Natur-, Fluss- und Uferschutzarbeiten. Verschiedenste gemeinnützige Arbeiten in Städten und Gemeinden. Für Vermittlung und Organisation solcher Einsätze können bestehende Organisationen wie Zivilschutz, Quartierleiste oder Frauenvereine beigezogen werden. Wenn die Bevölkerung sieht, dass Asylanten nicht nur Geld kosten sondern etwas Sinnvolles tun oder gar eine Gegenleistung erbringen, wird sich die Akzeptanz diesen Gästen gegenüber wesentlich vergrössern.

Zur Vorbereitung der möglichst baldigen Rückkehr der Asylanten in ihr Heimatland werden durch die zuständigen Departemente laufend die

nötigen politischen, administrativen und unterstützenden Massnahmen geplant und vorbereitet. Wir werden weiter unten überlegen, ob und wie die Heimgekehrten durch Hilfe zur Selbsthilfe noch besser unterstützt werden könnten.

Arbeitslosigkeit

Breitangelegte Umfragen zeigen immer wieder, dass die Arbeitslosigkeit im Sorgenkatalog der Schweizer und Schweizerinnen zusammen mit dem Asylwesen und der Drogenproblematik ganz oben steht. Arbeitslosigkeit war für uns vom Kriegsende bis anfangs Siebzigerjahre kein Thema, zwischen 1970 und 1992 schwankte sie auf niederem Stand zwischen 0 und 1%, betrug in den letzten Jahren rund 5% und sank seit 1998 laufend bis wieder unter 2%. Davon sind fast die Hälfte Ausländer, ein teures Erbe einer fahrlässigen Einwanderungspolitik. Verglichen mit den meisten übrigen Ländern Europas, welche alle eine zum Teil wesentlich höhere Quote aufweisen, stehen wir aber gut da. Für die von der Berufsarbeit ausgeschlossenen Mitbürger ist dies jedoch ein schwacher Trost. Denn wie wir bereits weiter oben festgestellt haben, kann man einem Menschen nichts Unwürdigeres antun, als ihn nicht arbeiten zu lassen. Wenn dieses Ungemach nur Achtundsechziger und ihre Gefolgsleute treffen würde, könnte man es als Folge der Leistungsverweigerung und damit als selbstverschuldet abtun. Leider trifft es aber weit häufiger ältere Menschen, die fast ein Leben lang wacker ihre Arbeit verrichteten und nun kurz vor dem Ruhestand vor die Tür gestellt werden. Oft aber auch eher leistungsschwache Junge, an deren Stelle eigentlich ihre dem Achtundsechziger-Geist huldigenden Eltern und Erzieher sollten büssen müssen. Die Achtundsechziger-Bewegung hat sich von der Eidgenössischen Gesinnung losgesagt, die gewachsene Solidarität aufgekündigt, die in schweizerischer Denkart begründete Geschäftsphilosophie lächerlich gemacht und damit den Einzug von Neo-Liberalismus, Fusionitis und Globalisierung erleichtert. Die Folge war, dass sich die Patrons zum Teil auch nicht mehr an den Pakt der gegenseitigen Achtung gebunden fühlten und, dem Beispiel der ausländischen Manager und anonymen Konzerne folgend, der Gewinnmaximierung erste Priorität einräumten und ohne grosse Bedenken fusionierten, verkauften und Personal entliessen. Ganz im Gegensatz zu den Besitzern von kleinen und mittleren Betrieben, die oft lieber den letzten Franken aus der privaten Schatulle ins Geschäft steckten statt ihre Leute zu entlassen.

Die Auswirkungen der sich in Schüben entwickelnden Arbeitslosigkeit fielen verschieden aus. Die Folgen der Rezessionen der Siebziger- und Achtzigerjahre haben wir weitgehend exportiert, indem Fremdarbeiter heimgeschickt wurden. Die letzte Welle der Arbeitslosigkeit dagegen traf Angehörige aller Etagen und Bereiche in vielen Wirtschaftszweigen. Besonders ins Gewicht fallend und für umfangreiche Entlassungen verantwortlich waren Fusionen, Verlagerungen, Veräusserungen und Schliessungen von Grossbetrieben. Der Niedergang dermassen betroffener Firmen läuft seit etwa zwanzig Jahren in der Regel gleich ab. Zuerst wird beteuert, dass es durch die Aenderung keine Entlassungen geben werde, dass aber Chancen und Gewinn wesentlich gesteigert werden könnten. Zwei drei Jahre später folgen die ersten Entlassungen. Dann wird der Betrieb ausgehöhlt, gewisse Bereiche werden verkauft oder ausgelagert. Zuletzt folgt ein Konkurs oder einfach eine Schliessung. Alles was Wert hatte, ist weg, die Leute stehen auf der Strasse und die sozialen Folgen trägt der Steuerzahler. So einfach ist das.

Die schwere Wirtschaftskrise in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen hat die damals aktive Bevölkerung hart getroffen und jene, die noch unter uns sind, sprechen immer wieder davon. Nach den Gründen der Katastrophe gefragt, heben sie allerdings die Schultern, man wisse es nicht, noch immer nicht. Auch die Gründe für die Rezessionen der letzten Jahrzehnte sind nicht so einfach auszumachen. Einmal war es die Oelkrise, sagt man, dann die Konjunkturüberhitzung oder Kapriolen der Finanzmärkte und zuletzt die durch den Neo-Liberalismus beschleunigte Globalisierung. Alles Phänomene, die wir als Kleinstaat kaum beeinflussen können. Aber haben wir, die wir doch alles zu versichern pflegen, die gebotene Vorsicht walten lassen und die in unserer Macht stehenden vorsorglichen Massnahmen getroffen?

Leider nur ungenügend und es gilt, aus den in der Hochkonjunktur begangenen Fehlern die Lehren für die Zukunft zu ziehen. Wir haben nicht geglaubt, dass sich Wirtschaftskrisen in grösserem Ausmass nochmals ereignen könnten. Deshalb war die Arbeitslosenversicherung im Ereignisfall nicht genügend ausgebaut. Wir liessen die jungen Leute im Glauben, ein immer besseres Leben sei auch ohne entsprechende Leistung zu haben. Heute stehen wir vor der Aufgabe, das Bildungswesen so zu reformieren, dass eine auf Motivation aufgebaute Pädagogik die heranwachsende Generation auf die virtuelle Arbeitswelt vorbereiten kann. Da in der Wirtschaft der Anteil an Muskelarbeit künftig abnehmen und dafür Mangel an Wissensarbeitern herrschen wird, muss die dauernde Aufnahme von ungenügend geschulten Ausländern stark eingeschränkt werden. Es darf

auch nicht mehr sein, dass Bund, Kantone und Gemeinden eine Hochkonjunktur mit der Vergabe öffentlicher Arbeiten zusätzlich anheizen. Sie müssen sich antizyklisch verhalten, in guten Zeiten aufschiebbare Projekte und die entsprechenden Mittel horten, um die Projekte während Flauten ausführen lassen zu können. Grossbetriebe, einst Paradebeispiele unserer Wirtschaft, sind im Zuge der Globalisierung zum Teil unzuverlässige Partner geworden. Auf dem Weg der Wirtschaftsförderung erhielten zu oft unwürdige, in der Regel ausländische Firmen beträchtliche Subventionen oder andere Vergünstigungen. Wenige Jahre später gingen sie ein oder wurden verkauft, meist ohne die erhaltenen Aufbauhilfen zurückzuzahlen. Wir täten besser daran, junge schweizerische Klein- und Mittelbetriebe in der Aufbauphase zu unterstützen, auch und gerade um den für eine Demokratie wichtigen Mittelstand zu erhalten. Zudem müssen wir dringend Gesetze schaffen, welche uns helfen, die Auswirkungen der Globalisierung, soweit in unserer Macht stehend, erträglich zu gestalten. Vor allem muss dafür gesorgt werden, dass bei Fusion, Verlagerung oder Verkauf mit Entlassungen dem Staat die voraussehbaren Sozialkosten vergütet werden. Damit sind längerfristig wirksame Beispiele für staatliche Aktivitäten genannt. Auch wir persönlich müssen tätig werden. Wir können durch unser Verhalten dem Gigantismus trotzen und die Arbeitslosigkeit verringern.

Spätestens seit der Umweltkonferenz von Rio wissen wir, dass die industrialisierten Länder nicht so weitermachen können wie bis anhin, dass es nie mehr so sein darf wie in den letzten Jahrzehnten. Die von Hunger und Seuchen geplagten ärmsten Länder der Welt brechen unter den Zinsen für die von uns grosszügig gewährten Darlehen zusammen. Um uns unseren Luxus zu ermöglichen, beuten wir sie zum Teil schlimmer aus als in der Kolonialzeit. Wir müssen ihnen auch in unserem Interesse die gewaltigen Schulden erlassen, aber vor allem müssen wir unser Konsumverhalten ändern. Wir kaufen künftig nur Kolonialgüter, deren Produzenten gerecht entschädigt werden. Wir gestalten unseren Menüplan saisongerecht und wenden bei Einkäufen aller Art das Subsidiaritätsprinzip an. Soweit möglich kaufen wir im Quartier, im Dorf, nur was hier nicht erhältlich ist, besorgen wir uns im nächst grösseren Ort. Wir bevorzugen einheimische Produkte. Eine Bauernbratwurst mit Zwiebeln und Rösti schmeckt doch immer noch besser als ein ketchup-verschmierter Foodturm nach amerikanischem Muster.

Wir unterstützen das örtliche Gewerbe und helfen damit Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Betriebe bieten in den nächsten Jahren zusätzliche Lehrstellen an. Arbeitgeber bevorzugen bei Einstellungen schweizerische Arbeitnehmer, auch wenn sie etwas teurer zu stehen

kommen. Wir unterziehen uns der seit Jahren geforderten lebenslang fortgesetzten Weiterbildung und halten uns dadurch fit für die Ansprüche der kommenden Arbeitswelt. Als von der Arbeitslosigkeit Betroffene machen wir uns eine Ehre daraus, rasch wieder Tritt zu fassen, auch wenn wir dafür eine andersartige und vielleicht auch schlechter entlöhnte Beschäftigung übernehmen müssen. Arbeitslosen den Wiedereinstieg zu ermöglichen ist wohl eine der vornehmste Aufgabe unserer Gesellschaft. Es gibt Sofortmassnahmen, die schnell wirksam werden. Sie kosten zwar Geld und die Notwendigkeit, die öffentlichen Finanzen zu sanieren, soll nicht bestritten werden. Aber dies darf keinesfalls zu Lasten der Bildung und der Arbeitslosen geschehen, weil dieses Vorgehen unanständig wäre und sich längerfristig kontraproduktiv auswirken würde.

Die erste Alternative bietet sich mit der Verstärkung der Polizeikorps mit aus geeigneten freiwilligen Arbeitslosen rekrutierten Hilfspolizisten. Die markante Zunahme von Einbrüchen, Entreissdiebstählen, Messerstechereien und anderen kriminellen Handlungen, die namentlich die älteren Bevölkerungskreise stark ängstigen, erfordert rasch ausserordentliche Massnahmen. Die Hilfspolizisten können, nach einer kurzen Ausbildung, die ordentlichen Polizeikräfte bei unkritischen Kontrollgängen oder als Begleitperson auf Ronden entlasten.

Auch das Grenzwachtkorps braucht dringend Verstärkung, soll es dem Druck an unseren Grenzen und im grenznahen Raum genügen. Der Einsatz von Armeepersonal ist volkswirtschaftlich unrentabel, weil in den Betrieben dringend benötigte, oft sehr teure Leute zu einer Aufgabe abkommandiert werden, die von geeigneten Freiwilligen aus der Schar der Arbeitslosen ebenso erledigt werden kann.

Nach den erheblichen Vivian- und Lotharschäden wurden in den letzten Jahren in unseren Bergwäldern zehntausende von jungen Bäumchen gesetzt, die, sollen sie nicht ersticken, dringend gehegt werden müssten. Doch dazu fehlen den meisten betroffenen Gemeinden die Mittel. Hier können aus freiwilligen Arbeitslosen gebildete Detachemente über Monate nutzbringend eingesetzt werden.

Aus den Reihen der Arbeitslosen gebildete Pionier-Detachemente könnten auch in von Naturkatastrophen oder Kriegsereignissen verwüsteten Gegenden im Ausland zur Hilfe beim Wiederaufbau eingesetzt werden.

Die Jugend beklagt zwar die Gräben zwischen unseren Sprachregionen, als Zweitsprache bevorzugen sie aber, zum Teil auch aus verständlichen Gründen, das Englische. Englisch wird immer wichtiger, aber sollte die Drittsprache bilden. Eine Wiederbelebung der früher üblichen Jahre-

saufenthalte junger Leute in einem anderen Sprachraum, in der Deutschschweiz als Welschlandjahr bekannt, könnte die Bindung innerhalb der Eidgenossenschaft stärken, den Einstieg in die Berufswelt erleichtern und wäre allemal gescheiter als stempeln zu gehen oder auf eine Lehrstelle wartend dem Nichtstun zu frönen.

Früher haben wir Blut in Form von Söldnern exportiert. Heute können wir Wissen und Können anbieten. Ermöglichen wir den jüngeren Arbeitslosen - und nicht nur ihnen - einen Auslandaufenthalt, sei es im Rahmen der Entwicklungshilfe oder in Zusammenarbeit mit den mehreren hunderttausend Auslandschweizern.

Erst wenn jeder erfolgversprechende Versuch unternommen wurde, haben wir alles getan. Unsere heute und künftig von der Geissel Arbeitslosigkeit betroffenen Mitbürgerinnen und Mitbürger sollen nicht verzweifeln müssen. Sie verdienen unsere volle Aufmerksamkeit und jede erdenkliche Hilfe.

Reform des Wehrwesens

Die Neingenossen würden die Schweizerarmee und den Zivilschutz lieber abschaffen als reformieren, das war immer so. Wenn Peter Bodenmann die Armee geringschätzig als Ogis Trachtengruppe bezeichnete und eine Karikatur eine Reihe Obersten vor der Klagemauer in Jerusalem die Berlinermauer zurückerbitten lässt, wird deutlich, mit welchem Hass diese Leute unserer Milizarmee gegenüberstehen. Und wenn man bedenkt, dass viele junge Menschen in unserem Lande in diesem Geist erzogen wurden und das Lager der Armeegegner und Dienstverweigerer daher eher zu wachsen scheint, muss man sich fragen, wie lange das ungeliebte Kind Milizarmee noch überleben kann. Diese Frage stellt sich umso eindringlicher, als nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion auch im bürgerlichen Lager eine auf einer fragwürdigen Lagebeurteilung beruhende bedrohliche Erosion des Wehrwillens festgestellt werden muss.

Wir haben im Zusammenhang mit der Ausleuchtung der Staatsidee Schweiz in einem der Milizarmee gewidmeten Kapitel auf die fundamentale staatspolitische Bedeutung unseres Wehrwesens hingewiesen. Hier seien nur zwei Aspekte nochmals hervorgehoben.

Die Feststellung, dass sich aus dem wenigstens vorläufigen Wegfall der Bedrohung durch die Ostblockstaaten eine Verlängerung der Vorwarnzeiten ergebe, ist zwar richtig. Mit dieser neuen Lage aber eine Reduktion

von Armee und Zivilschutz zu rechtfertigen war falsch. Ungewollt haben Bundesrat und Generalität dadurch im Volk den Glauben an die von der Linken immer plakatierte Lüge verstärkt, der Ostblock habe der Armee in den letzten Jahrzehnten als alleiniges Feindbild gedient und dessen Wegfall gestatte einen Abbau von Armee und Zivilschutz. Tatsache ist, dass bei der Schilderung von Feindlagen die Verwendung real existierender Staaten bereits seit den Fünfzigerjahren verboten ist, die verschiedenen Parteien mit Farbbezeichnungen wie Blauland, Gelbland etc. benannt wurden und dass man die supponierten Angriffe wechselweise aus verschiedenen Himmelsrichtungen erfolgen liess. Armee und Zivilschutz haben auch in Zukunft für jeden möglichen Fall bereit zu sein. Wenn wir auch weiterhin über diese funktionsfähigen Einsatzmittel verfügen wollen, sind daher nur Anpassungen an die momentan längeren Vorwarnzeiten und gegebenenfalls an die bisher lediglich geplante gemeinsame Sicherheitspolitik der EU oder an eine Aenderung des Armeeauftrages möglich. Gespart werden darf nur dort, wo das Versäumte innert einer Vorwarnzeit von angenommen zwei Jahren nachgeholt werden kann. Weitere Einsparungen verstossen gegen Treu und Glauben, sind unredlich gegenüber dem Dienstpflichtigen, welcher die Unterlassungen im Ernstfall zu büssen hätte. Wir ziehen daraus für unsere nachfolgenden Betrachtungen den Schluss, dass lediglich bei der in kurzer Zeit nachholbaren Weiterbildung der Mannschaften gespart werden kann. Die Schulung der Kader, die Material- und Waffenbeschaffung und die Erstellung von militärischen und zivilen Schutzbauten erfordern mehrere Jahre und fallen deshalb als Sparobjekte ausser Betracht.

Der zweite wichtige Aspekt betrifft die hervorragende staatspolitische Bedeutung unseres Milizsystems. Einer der für die Arbeit der Studienkommission „Allgemeine Dienstpflicht" formulierten Grundsätze besagte, dass die unbestrittene staatspolitische Bedeutung der Milizarmee allein das Bestehen einer Dienstpflicht nicht begründe. Diese Aussage muss relativiert werden, weil der neben dem Verteidigungsauftrag wichtigste einmalige und weise Zweck, wie im oben erwähnten die Milizarmee behandelnden Kapitel umfassend dargelegt, tiefer liegt. Gemeint ist der demokratische Umgang mit der physischen Gewalt. Der Bürger verzichtet, ausser in Notwehr, auf die Anwendung von Gewalt, die er an Bund und Kantone delegiert. Diese verfügen über das Gewaltmonopol und beauftragen mit der Ausübung der amtlichen Gewalt auf allen drei politischen Stufen das entsprechende Instrument, die Polizei oder die mächtigste Gewalt in der Eidgenossenschaft, die Milizarmee, welche wiederum aus den Bürgersoldaten besteht. Durch diese Rückdelegation schliesst sich der

Kreis. Die Gewalt der Milizarmee - im Gegensatz zu einer Berufsarmee - kann nur wirksam werden, wenn dies von einem Grossteil des Volkes gebilligt wird. Eine auch als vorsorgliche Massnahme erfolgte Rückdelegation besteht darin, dass der Wehrpflichtige seine Waffe mit der Taschenmunition für den äussersten Notfall daheim aufbewahrt. Die angeblich im Hinblick auf die zunehmende Kriminalität, tatsächlich aber zur Schwächung der Wehrbereitschaft und zur Annäherung an die EU-Kompatibilität unternommenen Bestrebungen der Neingenossen, diese Regelung aufzuheben und damit Soldaten, Schützen und Jäger zu entwaffnen, muss zur Vorsicht mahnen. Staatspolitisch völlig verfehlt wäre auch die im Zuge der nächsten Armeereform vorgesehene weitgehende Abschaffung der kantonalen Truppen. Diese sind wichtig für das Selbstverständnis der Kantone und die Dezentralisation im Rahmen der Rückdelegation der legitimen Gewalt (Jugoslawien!). Ihre Formationen, das persönliche wie das Korpsmaterial und die entsprechenden Infrastrukturen müssen erhalten bleiben. Dagegen würde es genügen, wenn lediglich die Kader die Kriegstüchtigkeit bewahren. Neue Armeemodelle dürfen aber unsere Wehrphilosophie und den Milizgedanken nicht aushöhlen. Demokratie und Milizsystem sind unteilbar.

Es liegt auf der Hand, dass auch unsere Armee von Zeit zu Zeit den neuen Verhältnissen angepasst werden muss. Dies darf aber nicht so hektisch geschehen, wie wir es seit einigen Jahren erleben. Kaum ist eine Reform eingeleitet, wird, obschon man weiss, dass eine Reorganisation einer Milizarmee erst nach Ablauf einer Soldatengeneration wirklich umgesetzt ist, bereits die nächste geplant. Wenn das Volk das Vertrauen in Bundesrat, Armee und deren Führung nicht verlieren soll, muss die Gestaltung des künftigen Wehrwesens gründlich überlegt und mit grösserem Zeithorizont in Angriff genommen werden. Als Eckwerte sind zu berücksichtigen: Klarer Armeeauftrag mit Priorität bei der Verteidigung und deutlicher Abgrenzung der Auslandeinsätze, allgemeine Dienstpflicht mit Wahlfreiheit unter verschiedenen Dienstarten, Erhalt der Milizarmee mit möglichst kleinem Anteil an Berufsmilitär und Wahrung der Neutralität.

Als markanteste Neuerung anlässlich der Gestaltung des Wehrwesens des beginnenden 21. Jahrhunderts sehe ich die Einführung einer Allgemeinen Dienstpflicht. Die Gleichbehandlung von Männern und Frauen ist heute soweit fortgeschritten, dass die einseitige Belastung der Männer mit Militär-, Zivilschutz- und Feuerwehrdienst nicht mehr vertretbar ist.

Die Allgemeine Dienstpflicht beginnt wie bisher mit dem zwanzigsten Altersjahr, deren Erfüllung kann je nach persönlichen Verhältnissen bis zwei Jahre vor- oder bis zu fünf Jahren hinausgeschoben werden. Die

anpassbare Dauer der Dienstpflicht richtet sich nach dem sich aus dem Armeeauftrag ergebenden Sollbestand und den Rekrutierungsmöglichkeiten und dürfte etwa acht Jahre umfassen. Unter Sicherstellung der Armeebestände können die angehenden Pflichtigen, also Frauen und Männer, anlässlich der Aushebung ihre Wahl treffen aus den Dienstgattungen Militär, Zivilschutz, Feuerwehr, Pflege- und Umweltdienst. Mütter werden von der Dienstpflicht befreit. Auch nicht pflegebedürftige Behinderte sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten Dienst leisten können, ein Rollstuhl soll beispielsweise nicht apriori ein Hinderungsgrund sein. Sie können jedoch, je nach Behinderungsgrad, von der Dienstschule dispensiert werden und leisten ihre Pflichttage je nach Beruf und Eignung, als kaufmännisch Geschulte etwa in einer Spitalverwaltung.

Die Zahl der pro Dienstgattung zu Rekrutierenden wird, von der Armee abgesehen, von den Kantonen nach ihren Bedürfnissen festgelegt. Gebirgskantone werden prozentual mehr Zivilschutzangehörige benötigen als die städtischen Agglomerationen, welche dafür tendenziell mehr Leute im Sozialbereich brauchen werden.

Die unter normalen Verhältnissen zu leistenden 180 Diensttage teilen sich auf in 90 Tage Dienstschule und 90 Tage Weiterbildung und Einsatztage. Die für alle Pflichtigen obligatorischen, nach Dienstgattungen gegliederten zentral in Kasernen geführten Dienstschulen vermitteln die Grundkenntnisse in der allgemeinen Katastrophenhilfe und in den spezifischen Fachbereichen. Die auf die Dienstschule folgenden 90 Tage können je nach Dienstgattung und Bedürfnis gleich anschliessend oder später, am Stück oder wochen-, tage- oder im Fall der nicht militärischen Dienstgattungen auch stundenweise abgedient werden. Dies geschieht in Weiterbildungskursen oder im Einsatz in den örtlichen Fachorganisationen. Wer das Soll von 180 Diensttagen erfüllt hat, kann bei Bedarf weiterhin freiwillig mitmachen oder wird in die Reserve eingeteilt, welche nur in von Bund oder Kanton erklärten Katastrophenlagen oder im Kriegsfall zum Dienst befohlen wird. Die Pflichtigen bewahren die persönliche Ausrüstung, mit Waffe und Munition, wie bis anhin bis zum Ende der Dienstpflicht daheim auf. Das Obligatorische bleibt bestehen. Im Dienst sind Tagesablauf, zeitliche Beanspruchung und Sold unter Berücksichtigung der fachspezifischen Besonderheiten in allen Dienstgattungen einheitlich gestaltet und die Lohnausfallentschädigung wird im Rahmen der Erwerbsersatz-Ordnung (EO) gewährt. Für Dienstpflichtige ist die Absolvierung der Dienstschule Voraussetzung für den Antritt einer Staatsstelle oder einer universitären Ausbildung.

Aufbau und Organisation der künftigen Armee erfahren gegenüber der heutigen Regelung wesentliche Aenderungen. Der Sollbestand wird dem Auftrag, dem möglichen Kriegsbild und dem technischen Fortschritt entsprechend deutlich kleiner sein. Dem Grundsatz folgend, dass aus Gründen des Zeitbedarfs bei Rüstung und militärischen Bauten nicht gespart werden kann, wohl aber bei der innert kurzer Frist nachholbaren Ausbildung, erfahren die Mannschaften nur eine minimale Grundausbildung. Das für das Kriegsgenügen nötige Wissen und Können wird bei den Gradierten aller Stufen gehortet. Sie bilden als Kaderorganisation das Gerippe der Formationen und werden darauf vorbereitet, die Mannschaften innert kurzer Zeit zum Kriegsgenügen zu führen. In taktischen und technischen Uebungen spielen sie die Rolle der jeweils unteren Stufe. Von den Gradierten und ihren Arbeitgebern muss erwartet werden, dass sie wie bisher einem weit höheren Total an Diensttagen zustimmen. Professionalität wird durch die gute Ausbildung der Chargierten angestrebt und nur ausnahmsweise, etwa im bisherigen Rahmen, durch die Einstellung von Berufsleuten erreicht. Bei einem Sollbestand von angenommen 100‘000 Armeeangehörigen umfasst diese Kaderorganisation etwa 30‘000 Gradierte. Ihre Formationen dienen Bund und Kantonen als gutausgebildete, disziplinierte und rasch einsetzbare Piketteinheiten. Diese Militärorganisation, die entfernt an ein Rahmenheer erinnert, gestattet uns eine schlanke Armee, trägt der wesentlich längeren Vorwarnzeit Rechnung und erlaubt uns trotz Einführung der Allgemeinen Dienstpflicht beim Milizsystem zu bleiben. Der grösste Teil der Bürgerinnen und Bürger geniesst eine Grundschulung für Katastrophen- und Kriegsfall, die Kosten werden trotz der Allgemeinen Dienstpflicht nicht steigen und diese Milizarmee kostet sicher weniger, als eine Berufs- oder Freiwilligenarmee.

Mit der Verwerfung der Blauhelm-Vorlage hat das Schweizervolk bewaffnete Einsätze von Teilen der Armee im Ausland eindeutig abgelehnt. Es hat gespürt, dass solche Abkommandierungen dem Wesen der Miliz widersprechen. Der Bürgersoldat ist bereit, für unser Land, für die Staatsidee Schweiz, für seine Angehörigen sein Leben aufs Spiel zu setzen, nicht aber für irgendwelche, oft durch undurchsichtige Geschäfts- oder Machtinteressen angeheizte Händel im Ausland. Auch die Bildung von bewaffneten Auslandformationen aus Freiwilligen löst das Problem nicht. Wie das Beispiel Niederlande zeigt, entsteht auf diesem Weg durch Negativselektion ein Haufen, welchen wir ungern als Vertretung der Schweiz im Ausland im Einsatz sähen. Wenn, was kaum der Fall sein dürfte, die Mehrheit unseres Volkes unter Preisgabe der Neutralität kriegerische, sogenannt robuste Auslandeinsätze wünscht, müsste die Bildung einer

Fremdenlegion geprüft werden. Die Miliz kommt hierfür nicht in Frage. In Europa gibt es genügend arbeitslose Kriegsgurgeln, welche bereit sind, für gutes Geld ihre Haut zu Markte zu tragen. Und wir können es uns finanziell ja noch immer leisten. Gescheiter wäre aber, der Bundesrat würde, die Lehre von Marignano beherzigend, auf jeden bewaffneten Schweizereinsatz im Ausland verzichten. Er könnte sich und uns damit viel Aerger und eine nationale Zerreissprobe ersparen. Wir wollen trotzdem friedensfördernde Aktionen im Ausland, soweit diese unserer Neutralität nicht zuwiderlaufen, unterstützen, nur anders. Für Aufträge im Ausland werden nach Bedarf unbewaffnete zivile Freiwillige rekrutiert und als paramilitärische ad hoc-Formationen im Auftrag des Departements für auswärtige Angelegenheiten durch die Leitung des Katastrophenhilfekorps eingesetzt. Als sichtbares Zeichen, dass diese Leute nicht als Teil unserer Armee, sondern als Zivilisten in ausländischen Diensten stehen, tragen sie nicht einen Kampfanzug, vielmehr auffallend farbige Kleider, gelbe, rote oder was immer, und ihre Fahrzeuge sind im gleichen Ton gespritzt. Die im Ausland geleisteten Tage werden nicht an die Dienstpflicht angerechnet und Versicherung, Besoldung und Entlöhnung gehen zu Lasten des Departements für auswärtige Angelegenheiten.

Bewaffnung und Ausrüstung sollen auf den Hauptauftrag der Armee, auf die Verteidigung ausgerichtet sein: Schwergewicht, statt bei Kampfflugzeugen und Panzern, eher bei Kampfhelikoptern und Raketen.

Wieder ein Sonderfall? Ja, aber eine Lösung, welche unserem System entspricht.

Ausweg aus dem Drogenelend

Unter den Hauptproblemen unseres Landes als Dauerbrenner seit Jahren in der ersten Reihe steht der Kampf gegen die harten Drogen Heroin und Kokain. Die ergriffenen Massnahmen blieben weitgehend wirkungslos. Meist sind es Alibiübungen, sie kosten viel Geld und nützen wenig oder nichts. Die Gratisabgabe von Heroin mindert zwar die Verelendung, die Zahl der Austeigenden ist leider gering, die Rückfallquote aber gross.

Der Gründe gibt es mehrere. Hauptsächlich liegt es wohl daran, dass sich weder Bund und Kantone noch die wichtigen politischen Parteien über die Definition der zu bekämpfenden Drogen und über die Art des Vorgehens einig sind. Während das eher bürgerlich-konservative Lager kompromisslos primär gegen die harten Drogen angehen will, bagatellisieren die Neingenossen, allen voran die Linken, die harten Drogen unter

Hinweis auf die vielen hunderttausend andersartigen Süchtigen, von A wie Arbeitssüchtige bis Z wie Zanksüchtige. Es wäre sicher verfehlt, den Konsum der weichen Drogen zu beschönigen. Es stimmt beispielsweise, dass der übermässige Alkoholgenuss grosse soziale und volkswirtschaftliche Probleme verursacht. Und trotzdem: Süchte gehören zum Menschsein. Alle Kulturen kannten ihre Drogen. Häuptlinge liessen ihre Medizinmänner stimulierende Getränke mixen, Hexen brauten ihre Elixiere und die Indianer rauchten die Friedenspfeife, weil sie die Wirkung des Tabaks kannten. Etwas Süsses braucht der Mensch. Aber es ist doch nicht dasselbe, ob jemand regelmässig sein selbstbezahltes Bierchen trinkt oder ob er auf Staatskosten Heroin konsumiert. Und dass die unentgeltliche Heroinabgabe künftig durch die Krankenkassen bezahlt werden soll, schlägt dem Fass den Boden aus. Hier müssen die Segel anders gesetzt werden.

Der Drogenschlamassel stellt in seiner Vielfältigkeit einen Teufelskreis dar, welchen zu durchbrechen bis heute nicht gelungen ist. Weil halbherzige punktuelle Einzelmassnahmen nicht genügen. Auf Dauer lösbar ist das Problem nur, wenn es in seiner Ganzheit landesweit angegangen wird. Besser wäre natürlich ein weltweites oder doch wenigstens ein europaweites Vorgehen, beides ist indes vorläufig illusorisch.

Der oben genannte Teufelskreis ist raffiniert gestaltet, konsequent und grausam. Der Stoff wird aus Gewinnsucht auf allen denkbaren Wegen in die Schweiz gebracht und zum Kauf angeboten, wobei eine stetige Umsatzsteigerung mit allen Mitteln angestrebt wird. Die staatlichen Massnahmen können diesen Drogenhandel nur teilweise unterbinden. Der Einstieg in die Drogensucht erfolgt aus Neugier, Fahrlässigkeit, Verführung oder Vergewaltigung, beispielsweise durch heimliche Getränkeimpfung. Tabuisierung, Angst und Selbstüberschätzung hindern das Opfer, im Kampf gegen das keimende Uebel rechtzeitig Hilfe in Anspruch zu nehmen. Je nach finanzieller Situierung steigt mit der Abhängigkeit die Beschaffungsnot, welche später in die Kriminalität oder zur Prostitution führt. Zudem bringt die Beschaffungsnot Süchtige dazu, in Gegenleistung für zu erhaltende Drogen selbst als Dealer aufzutreten. Dies vergrössert die Abhängigkeit, erweitert den Kreis der Süchtigen und bringt den erhofften Mehrumsatz. Die Einfuhr wird gesteigert, wodurch der Teufelskreis geschlossen wird.

Eine wirksame Strategie zur Drogenabwehr muss den geschilderten Teufelskreis gesamtschweizerisch zerschlagen. Erstens muss der Drogenhandel der Gewinnträchtigkeit beraubt werden um den Import uninteressant zu machen und damit zu stoppen. Zweitens müssen trotzdem Drogen einführende oder vermittelnde Personen sehr hart bestraft werden, um

Handel und Gefälligkeitsabgaben zu bekämpfen. Drittens muss Süchtigen der Zugang zu Gratisstoff in geschlossenen Drogenkliniken vorübergehend ermöglicht werden, um die Beschaffungsnot zu verhindern und die Betroffenen vor dem Abgleiten in Kriminalität und Prostitution zu bewahren. Damit wird viertens auch der Einsatz von Süchtigen als Hilfsdealer unnötig gemacht und dadurch die Rekrutierung von neuen Süchtigen reduziert. Fünftens sollen die Betroffenen alle erdenkliche Hilfe und die nötige Versorgung erhalten, um deren Heilung zu erreichen oder sie mindestens vor der Verelendung zu bewahren.

Zum Erreichen der genannten Ziele müssen eine Reihe Massnahmen lückenlos ergriffen werden: Der Bund verfügt über das Monopol für die Einfuhr der harten Drogen Heroin und Kokain, auch für solche für Medizin, Industrie und Forschung. Er beschafft die Drogen auf legalem Weg, notfalls durch Eigenproduktion. Er garantiert die Reinheit des Stoffes.

Nachweislich Drogen einführende, vermittelnde oder damit handelnde Personen werden sehr hart bestraft, Ausländer inhaftiert oder ausgeschafft. Wer ohne Wissen Drogen in die Schweiz transportiert indem er als Vehikel benützt wird, geht straflos aus, wenn er die Ware bei deren Entdekkung umgehend auf dem nächsten Polizeiposten abliefert.

Süchtige Ausländer werden sofort nach ihrer Entdeckung in ihr Heimatland abgeschoben. Für betroffene Schweizer und Schweizerinnen werden geschlossene Therapiekliniken geschaffen, beispielsweise im freistehenden und zum Kauf angebotenen MSA-Dorf des VBS in Melchtal. Entzugswillige erhalten dort jede erdenkliche Hilfe. Die Behandlungskosten werden vom Bund vorgeschossen, müssen jedoch nach Wiedereingliederung ins Erwerbsleben ratenweise zurückbezahlt werden. Bei Ablehnung der Therapie oder deren Erfolglosigkeit erhalten die internierten Süchtigen die nötige Stoffration auf Dauer, notfalls bis an ihr Lebensende. Die beiden Behandlungsarten werden in getrennten Anstalten durchgeführt. Der Eintritt in eine Therapieklinik kann freiwillig erfolgen, andernfalls erfolgt nach der Ergreifung eine zwangsweise Einlieferung. Diese ausserordentliche Massnahme ist nötig, daher vertretbar und nicht neu. Man erinnere sich an Tb-Sanatorien und Trinkerheilanstalten.

Geheilten wird durch Beratung, Schulung und finanzielle Hilfe der erfolgreiche Einstieg in ein neues Leben ermöglicht.

Zugegeben, dieses Massnahmenpaket kostet viel Geld, aber die bis anhin hilflos unternommenen Bekämpfungsversuche waren auch nicht billig. Zugegeben, die Süchtigen müssen bis zu ihrer Genesung in geschlossenen Anstalten leben, aber sie erhalten eine echte Chance. Zugegeben, es mag dann, gerade auch wegen der drohenden Isolierung noch Fälle geben, wo

reiche Süchtige, reiche Eltern oder Freunde für ihre süchtigen Schützlinge weiterhin illegal Drogen besorgen.

Aber es wird in der Schweiz das grosse Drogengeschäft nicht mehr geben. Die Verführung anderer aus eigener Not. Den Zwang zu Kriminalität und Prostitution. Es muss nicht mehr geben die offenen Drogenszenen, den Absturz in die endgültige Verelendung und den tragischen Tod in der öffentlichen Toilette.

Neue Sinnfindung

Im Abschnitt „Wurzeln" haben wir den geschichtlich bedingten Grundelementen unserer Staatsphilosophie, den Bausteinen der Staatsidee Schweiz nachgespürt und letztere dann im zweiten Abschnitt zu skizzieren versucht. Wir haben gesehen, dass das Ziel der Willensnation Schweiz, jedem Bürger ein Leben in Würde zu ermöglichen, um 1950 weitgehend erreicht war und wie seither eine beklagenswerte Erosion der Eidgenössischen Gesinnung eintrat. Zuletzt suchten und fanden wir im vorliegenden Abschnitt Auswege aus der misslichen Lage. Wollen wir das Ziel der Staatsidee Schweiz weiterverfolgen, wer will es und wer nicht? Und welches wären die Alternativen?

Nach ihrer Einstellung dem Staat gegenüber haben wir zwei Lager ausgemacht. Die Eidgenossen wollen, abgestützt auf die bewährten Eckwerte der Staatsidee Schweiz, die Willensnation als Direkte Demokratie weiter ausbauen, auch wenn dies, wie bis jetzt und mindestens vorläufig wohl auch weiterhin im Alleingang, als Sonderfall und unter Opfern geschehen muss. Im andern Lager finden wir die weiter oben als Neingenossen bezeichneten Opportunisten, welche aus ideologischen oder egoistischen, meist wirtschaftlichen Gründen grundsätzlich die jetzige Staats- und Regierungsform ablehnen und die einfachste Lösung aller Probleme im Eintritt in die EU sehen. Hier sammeln sich Sozialdemokraten in grosser Zahl, welche in der sozialistisch beherrschten EU ihre politischen Ziele rascher glauben verwirklichen zu können, bedenklich viele Intellektuelle und wesentliche Teile der Bevölkerung in städtischen Verhältnissen, welche die Anonymität gewohnt Bindungen und Verpflichtungen der Gemeinschaft gegenüber ablehnen. Tendenziell weniger eidgenössisch gesinnt ist zudem die Bevölkerung in einigen welschen Kantonen und in jenen, die erst nach dem Untergang der Alten Eidgenossenschaft zum Bund geschlagen wurden. Dazu kommen die Zugewanderten, welche, obschon ungenügend assimiliert, eingebürgert wurden. Immerhin zeichnet

sich die Tendenz ab, dass die jüngste Generation sich wieder vermehrt politisch engagiert und mehrheitlich weniger EU-freundlich eingestellt ist. Die gleiche Entwicklung könnte, falls sie gründlich und korrekt informiert würden, auch bei den welschen Miteidgenossen eintreten.

Die Stärke der beiden Lager dürfte gegenwärtig etwa ausgeglichen sein. Die Entscheidung, ob und wie es die Schweiz in Zukunft noch geben kann, wird spätestens im nächsten Dezenium fallen. Objektiv betrachtet bieten sich vier Optionen an:

Angenommen die EU-Freunde gewinnen die Oberhand und die Schweiz tritt der EU bei. Mit allen Nebenwirkungen wie Schwächung der direkten Demokratie, Aushöhlung von Initiativ- und Referendumsrecht, Erhöhung von Mehrwertsteuer und Zinsen u.a.m. Für direktdemokratische und neutrale Staaten gibt es auf Dauer in der EU keinen Platz, wie massgebliche EU-Leute unverblümt geäussert haben. Freiwillige Söldner leisten im Ehrenkleid unserer Milizarmee zum Teil fragwürdige Einsätze im Rahmen der EU-Interventionstruppe. Die Schweiz wird zu einer weitgehend unselbständigen Provinz des neuen grossen europäischen Reiches. Das Ziel, als Willensnation die Staatsidee Schweiz zu verwirklichen, wird aufgegeben.

Das zweite Szenario geht davon aus, dass keines der Meinungslager eine klare Mehrheit finden und kein Kompromiss ausgehandelt werden kann oder als Folge des Ständemehrs eine Pattsituation entsteht. Darob könnte der Zusammenhalt der Schweiz zerbrechen. In Vereinsstatuten findet sich jeweils ein Artikel, welcher das Vorgehen regelt, wenn der Vereinszweck nicht mehr erreicht werden kann oder die Mitgliederzahl unter eine bestimmte Limite sinkt. Eine ähnliche Bestimmung kennt unsere Bundesverfassung nicht. Der Bund der Eidgenossen ist auf ewig geschlossen. Trotzdem wäre es denkbar, dass die Schweiz sich im gegenseitigen Einverständnis auflöst. Im Sinne der EU-Regionalisierung dürften die deutsche und die rätoromanische Schweiz an Deutschland und zum Teil an Oesterreich fallen, die französische Schweiz an Frankreich und das Tessin an Italien. So einfach ist das, viel einfacher, als die Willensnation Schweiz angesichts der Arglist der Zeit zu erhalten.

Eine dritte, jedoch praktisch wohl nur theoretische Variante bestünde darin, dass die stark EU-freundlichen welschen Kantone und der Kanton Basel-Stadt in die EU einträten und die übrigen Kantone als Mini-Schweiz im Bund verblieben. Dieses Gebilde wäre jedoch wirtschaftlich und militärisch kaum überlebensfähig.

Als vierte Möglichkeit bietet sich der Status quo. Die Schweiz bleibt, was sie seit 1499 ist, ein Sonderfall. Wie sie während Jahrhunderten als

Republik von Monarchien umzingelt ihr Ueberleben ertrotzte, sucht sie ihren Weg künftig umringt von EU-Staaten, einvernehmlich aber selbständig. Wie bisher löst sie die zwischenstaatlichen Probleme auf bilateralem Weg, wenn möglich oder soweit nötig mit der EU. Sie beugt sich keinem äusseren Druck und ist notfalls bereit, sich unter Einsatz der starken Milizarmee zu verteidigen. Die Grundsätze von Neutralität, Solidarität und Humanität werden wie bis anhin hochgehalten. Die Willensnation Schweiz bleibt als Oase der grösstmöglichen Freiheit und als weltweit sichtbares Beispiel der Direkten Demokratie erhalten.

Welcher der vier Fälle eintreten wird, ist heute völlig offen. Wesentlich ins Gewicht fallen dürften folgende Kriterien: Weitere Entwicklung der EU. Verhalten der EU und der EU-Staaten gegenüber der Schweiz. Wertung der Staatsidee Schweiz und Gewichtung von staatspolitischer Verantwortung einerseits und egoistisch-oekonomischem Streben anderseits durch die Nachkriegsgenerationen. Grad der Bequemlichkeit und des apolitischen Verhaltens des Stimmvolkes.

Die Frage des EU-Beitritts ist zweifelsfrei die bedeutendste Problemstellung seit Bestehen unseres Bundesstaates, also seit 1848. Der Entscheid, falle er nun so oder so aus, wird irreversible Folgen zeitigen. Wie werden wir entscheiden?

Die Europäische Union - was sie ist und was sie will

Wer die Frage eines EU-Beitritts verantwortungsbewusst erörtern will, muss zwei Voraussetzungen erfüllen. Vorerst muss er seine Kenntnisse über unsere Geschichte und die Staatsidee Schweiz auffrischen und unsere Zukunftschancen kennenlernen. Das haben wir hier getan. Daneben muss er aber auch wissen, was die EU ist und was sie will. Der nachstehende Abriss will diesbezüglich die Uebersicht erleichtern.

Den Ausgangspunkt der europäischen Vereinigungspolitik bildete kurz nach Kriegsende das Bestreben, den Wiederaufbau Westeuropas zu fördern und durch wirtschaftliche Vernetzungen einen neuerlichen Krieg endgültig zu verhindern. Zuerst entstand 1951 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), mit dem Ziel, die Rüstungsindustrien vorab Frankreichs und Deutschlands zu verschmelzen. 1957 begründete der Römer Vertrag die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) als erste Zollunion. Gleichzeitig entstand die Euratom zur gemeinsamen Förderung der Atomenergie. Gründerstaaten waren Deutschland, Frankreich, Italien und die Benelux-Länder. EGKS, EWG und Euratom wurden

1965 in der Europäischen Gemeinschaft (EG) zusammengefasst. Sie verfolgte vordergründig rein wirtschaftliche Ziele. Um stabile Währungen zu erreichen, erfolgte 1979 die Gründung des Europäischen Währungssystems (EWS). Mit dem Vertrag über die Europäische Union (Maastricht 1992) wurde der Römervertrag dahin geändert, dass hinfort neben wirtschaftlichen auch politische Ziele gemeinsam angegangen werden sollen. Dank den am EU-Gipfel in Nizza im Dezember 2000 gefassten Beschlüssen soll die inzwischen auf 15 Mitglieder angewachsene EU künftig auch mit 20 oder 30 Mitgliedstaaten führbar bleiben und die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik konkretisiert werden. Für Einsätze in und am Rande (!) von Europa wird eine Interventionstruppe von 60000 Mann bereitgestellt.

Die nicht an der EG beteiligten westeuropäischen Länder, darunter auch die Schweiz, gründeten 1960 die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) mit dem Ziel, unter sich die Zölle abzubauen. Das 1972 beschlossene Freihandelsabkommen zwischen EFTA und EG bezweckt Zollerleichterungen. Die andern EFTA-Staaten sind in den letzten Jahren der Reihe nach dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder gar der EU beigetreten. Bei uns haben Volk und Stände am 6.12.1992 den Beitritt zum EWR abgelehnt. Der EWR-Beitritt hätte uns wohl wirtschaftliche Vorteile, aber noch mehr staatspolitische Nachteile gebracht. Es handelte sich dabei eigentlich um einen Kolonisierungsvertrag. Anschliessend beschritten wir den Weg der bilateralen Verhandlungen. Am 21. Mai 2000 wurden die 7 bilateralen Abkommen angenommen.

Bereits 1949 entstand auf Initiative der Sowjetunion unter den Ostblockstaaten der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), genannt Comecon. Als Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion wurde der Comecon 1991 aufgelöst. Die westlich von Russland und Weissrussland gelegenen betroffenen Staaten suchen seither den Anschluss an die EU.

Nichts zu tun mit den Wirtschaftsräumen EG(EU), EFTA und Comecon hat der Europarat mit Sitz in Strassburg. Diesem 1949 gegründeten Organ gehören alle demokratischen Staaten Europas an, die Schweiz seit 1963. Er verfügt weder über politische noch wirtschaftliche Kompetenzen. Seine Aufgabe beschränkt sich auf den Schutz der Menschenrechte.

Die Organe der EU lassen sich schlecht mit unserem System vergleichen. Das höchste Organ der EU ist der Europäische Rat (Nicht zu verwechseln mit dem Europarat!), die periodisch tagende Konferenz der Staats- resp. Regierungschefs. Als gesetzgebende Behörde, eigentlich das wichtigste Organ, ist der Ministerrat, der in wechselnder Zusammensetzung die Fachminister zusammenführt und zu Handen des Europäischen

Rates Richtlinien entwirft und vorschlägt. Die eigentliche Regierung der EU, die Exekutive, ist die EU-Kommission. Deren Mitglieder, Kommissare genannt, werden von den Mitgliedstaaten vorgeschlagen und auf vier Jahre ernannt. Sie ist verantwortlich für die EU-Verwaltung in Brüssel, die über 20'000 Beamte zählt. Lediglich als Konsultativorgan wirkt das Europäische Parlament. Es zählt zur Zeit 626 vollamtliche Parlamentsmitglieder (1 Sitz pro rund 600'000 Einwohner, vergleichsweise in der Schweiz 1 National- oder Ständerat pro rund 29'000 Einwohner) und soll gemäss Beschluss von Nizza ab Beginn der Ost-Erweiterung 732 Sitze zählen, unabhängig von der Zahl der Mitgliedstaaten. Dies bedeutet im Endausbau mit rund 800 Millionen Einwohnern einen Sitz pro rund 1.1 Millionen Einwohner (!). Daneben gibt es im wesentlichen noch den Europäischen Gerichtshof, den Rechnungshof und den gegen 200 Köpfe zählenden Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Die EU hat die bei der Gründung des EWR gesetzten Ziele weitgehend erreicht, teilweise sogar übertroffen. Ueber fünfzig Jahre herrscht in Zentraleuropa Frieden. Wirtschaftlich schwächere Mitgliedstaaten wie Spanien, Portugal, Griechenland und Irland haben gewaltig aufgeholt. Dank des Zusammenbruchs der Sowjetunion werden die vorher mit der UdSSR liierten Ostblockstaaten wohl schon bald in die EU eingebunden werden. Dies bedeutet einen Markt mit rund verdoppelter Einwohnerzahl, treten alle möglichen 40 Staaten bei, gar mit 800 Millionen. Die Aussichten, im Konkurrenzkampf gegenüber den Wirtschaftsblöcken Amerika und Asien bestehen zu können, sind ausgezeichnet. Dies alles ist anerkennenswert. Doch es zeichnen sich auch Risiken ab.

In Brüssel hat sich eine gewaltige zentralistische Verwaltungsmaschinerie entwickelt. Jährlich entstehen mehrere tausend Richtlinien und Verordnungen. Die Regelungsdichte ist kaum einzudämmen. Wenn die EU ganz Europa ohne Russland abdeckt, droht die Gefahr, dass sie sich statt zu einem föderativen Staatenbund zum Bundesstaat entwickelt. Die Einbindung von Aussen- und Sicherheitspolitik weist in diese Richtung. Ein solches politisches Riesengebilde ist demokratisch nicht regierbar. Die Absicht, die Grundsätze der Subsidiarität zu befolgen, blieb bereits in den Anfängen stecken. Statt von unten nach oben, wird immer häufiger von oben nach unten delegiert und geregelt. Schon zu Kohls Zeiten wurden 70% der Gesetze in Brüssel geschaffen. Die nationalen Parlamente sind lediglich noch Nachvollzugsorgane, die Völker haben direkt nichts zu sagen. Der Einfluss der Völker geschieht über ihre Parlamente in den Ministerrat, die EU-Kommission und zuletzt in den Europäischen Rat. Die Rechtsetzung erfolgt in der EU hauptsächlich durch den Europäischen Rat

und nicht durch das Europäische Parlament, wie es dessen Name vermuten liesse. Der Grund ist einfach: Wäre die Gültigkeit neuer Erlasse von der Zustimmung der nationalen Parlamente oder gar der stimmberechtigten Bürger aller Mitgliedstaaten abhängig, würde die EU handlungsunfähig. Der Fall Irland ist symptomatisch. Daher die seinerzeitige Aussage von Delors: In der EU ist für direktdemokratische Staaten auf Dauer kein Platz.

Aber das sind Details im Vergleich zu den fünf kommenden grossen Problemen: Bisher bildete Frankreich zusammen mit Brüssel das geographische Zentrum der EU. Das kam der Grandeur der Franzosen entgegen und wurde sichtlich genossen. Durch die Osterweiterung rückt Deutschland, welches dank seiner Finanzkraft schon bisher das grosse Sagen hatte, auch territorial gesehen in die Mitte. Der alte Traum vom grossen Kontinentalreich, was Hitler auch mit Krieg nicht zu erreichen vermochte, scheint realisierbar. Deutschland hat denn auch seine Hauptstadt von Bonn nach Berlin verlegt. Dieses wird innert der nächsten zwanzig Jahre, sehr zum Aerger von Frankreich, faktisch zur Hauptstadt der EU werden. Ob sich dadurch die Geschicke der EU zum Guten oder zum Schlechten wenden, wird sich zeigen.

Zweitens wird bereits die Aufnahme der ehemaligen Ostblockstaaten die Machtverhältnisse innerhalb der EU gravierend verschieben. In der EU mit 15 Staaten bringen Deutschland, Grossbritannien und Frankreich über 50 % der Bevölkerung. Vorerst wird deren Stimmenquote auf unter 40%, bei Aufnahme aller Anwärter auf rund 20% sinken. Den Gründerstaaten dürfte es ergehen wie dereinst den Urkantonen, als sie 1848 nicht einen einzigen Bundesrat zugestanden erhielten. Vielleicht werden dann die kleinen Armen den grossen Reichen diktieren, wer wem wieviel an Entwicklungshilfe zu bezahlen hat.

Aus diesem Grunde wird die erweiterte EU drittens das Demokratiedefizit eher vergrössern als verkleinern müssen. Demgegenüber regen sich in allen EU-Staaten immer mehr Gruppierungen, um eine Demokratisierung der EU zu erreichen. Dieser Widerspruch ist nicht lösbar. Ein 800-Millionen-Reich kann keine Demokratie sein.

Viertens: Die Bevölkerung der vorgesehenen neuen EU-Staaten hat bis vor kurzer Zeit in Monarchien oder Diktaturen gelebt. Die Erfahrung mit demokratischen Einrichtungen und Gepflogenheiten fehlt fast vollständig. Kommt dazu, dass die Mischung der Eigenheiten geschichtlicher, kultureller, religiöser, ethnischer, wirtschaftlicher und politischer Art in der kommenden EU nicht bunter sein könnte. Wir Schweizer wissen, wie

schwierig sich das Zusammenleben so extrem verschiedener Gruppen gestalten kann. Den meisten EU-Mitgliedern mangelt diese Erfahrung.

Wir haben früher gesehen, dass eine gemeinsame starke Währung Voraussetzung ist für einen erfolgreichen Verbund. Die EU hat deshalb das Währungssystem geschaffen und den Euro eingeführt. Bedingung für eine Währungsunion sind aber eine ähnlich starke Produktivität der beteiligten Staaten und angeglichene Steuersysteme. Beides ist in der osterweiterten EU wohl auf Jahrzehnte nicht erreichbar. Für die EU wird daher eine stabile Währung, mindestens vorläufig, ein Traum bleiben.

Die EU hat die Osterweiterung weder gesucht noch vorbereitet. Plötzlich wurde ihr die Möglichkeit dazu geschenkt. Aber demokratische Strukturen für Riesenreiche sind noch nicht erfunden, vielleicht gar nicht möglich. Der Glaube, die Schweiz könnte nach ihrem Beitritt eine Demokratisierung der EU bewirken, erscheint daher utopisch.

Die EU ist vielleicht gut für Europa, für die Schweiz ist sie nicht gut genug.

Was nützt der EU keine Schweiz?

Niemand kennt die wahren Pläne der führenden EU-Politiker. Die Frage nach der Bedeutung der Schweiz für die EU ist daher hypothetisch. Trotzdem können diesbezügliche Ueberlegungen, auch wenn das Resultat weitgehend nur aus Vermutungen bestehen wird, unsere EU-Entscheide erleichtern.

Aus verschiedenen Gründen müsste die EU unseren Beitritt wünschen. Als Nettozahler hätten wir weit mehr an die EU-Kasse zu entrichten als wir zurück erhielten. Der EU muss eine unabhängige Schweiz, eine Oase der Freiheit und ein autonomer Finanz- und Steuerplatz mitten in ihrem Gebiet missfallen. Ein Land, das obschon von EU-Staaten umgeben trotzdem lieber unabhängig bleibt, kratzt an Lack und Image der EU, verletzt gar ihren Stolz. In dieser Beziehung ähnelt die heutige Lage unserer Situation im Jahre 1940, als die Schweiz fast gänzlich von den Achsenmächten umschlossen war und als demokratische Insel Hitlers Zorn erregte. Es liegt auf der Hand, dass die EU gesamteuropäische Regelungen einfacher treffen kann, wenn bilateral geführte Verhandlungen mit einer unabhängigen Schweiz nicht mehr nötig sind. Aus Sicht der EU ist unser Beitritt die beste und einfachste Lösung. Uns dagegen bringt ein Beitritt wirtschaftlich wenig Vorteile, staatspolitisch jedoch unverantwortbare irreversible Nachteile.

Treten wir nicht bei und bleiben als unabhängiger Staat bestehen, muss unser Zusammenleben mit dem übrigen Europa wie seit dem Bruch mit dem Deutschen Reich 1499 mittels bilateralen Verträgen geregelt werden. Die kaum erfreute EU wird uns das Leben nicht leicht machen, Pressalien können nicht ausgeschlossen werden, wir werden Opfer bringen müssen. Die zu erwartenden wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Nachteile werden jedoch durch den staatspolitischen Gewinn mehr als aufgewogen.

Bleibt die Frage: Was nützt Europa keine Schweiz? Was gewinnt die EU, wenn das EU-Problem den Zusammenhalt der Schweiz zu brechen vermag? Angenommen, die Romandie will einen namentlich durch die Deutschschweiz verursachten negativen Entscheid nicht mittragen, darum aus dem Bund austreten und sich Frankreich anschliessen. Ein solcher Schritt bedürfte der Zustimmung von Frankreich und der EU sowie der betreffenden Kantone und von Volk und Ständen. Die Restschweiz wäre dann nicht überlebensfähig, nicht mehr zu verteidigen, könnte den historischen Auftrag als Brücke zwischen den grossen Kulturkreisen nicht mehr erfüllen und verlöre dadurch sowohl ihre Legitimation als auch die Motivation. Die Deutschschweiz müsste sich Deutschland und eventuell teilweise Oesterreich anschliessen, das Tessin Italien. Auf den ersten Blick wäre dies für die EU die einfachste Lösung. Vernünftigerweise verliert aber kein Land gerne einen angrenzenden Pufferstaat. Und wie wären die Grenzen zu ziehen? Würde der seinerzeitige Streit zwischen Hitler und Mussolini in ähnlicher Form erneut losbrechen? Wie wäre das Wasserschloss Gotthard aufzuteilen? Bestimmt würden sich die Nachbarländer durch die Einverleibung der bisherigen Schweiz neben territorialen und wirtschaftlichen Gewinnen auch Nachteile einhandeln. Sie müssten sich künftig mit aufmüpfigen Provinzen herumschlagen, die in der EU nicht gern gesehenen mehr direkte Demokratie heischenden Gruppierungen der EU-Staaten erhielten starken Zustrom. Gesamthaft gesehen dürften weder die EU noch unsere Nachbarländer ein Auseinanderbrechen der Schweiz wünschen. Daher ist die EU gut beraten, wenn sie den Fortbestand der Schweiz als föderatives direktdemokratisches Land eher fördert denn erschwert. Indem sie von beleidigenden Bezeichnungen wie Trittbrettfahrer und Rosinenpicker absieht, unser Hochhalten der Staatsidee Schweiz achtet, bilaterale Verhandlungen pfleglich gestaltet und uns Respekt zollt auch dann, wenn das Schweizervolk die Beitrittsfrage negativ entscheidet.

Europas Eidgenossen

Wenn die EU unser weiteres Abseitsstehen ohne Groll akzeptiert, werden wir nicht zögern uns erkenntlich zu zeigen und unseren historischen Auftrag der Welt und Europa gegenüber mehr als nur zu erfüllen. Unser Hauptauftrag, das Erhalten der Direkten Demokratie, wird oft von Aussenstehenden klarer erfasst als von den meisten Schweizern und Schweizerinnen. Ich zitiere aus dem „Europa-Magazin" 1/2001 ein deutsches Mitglied der „Bewegung für mehr Demokratie in Deutschland", Christian Weilmeier. Unter dem Titel „Klein, unabhängig, erfolgreich: Eine Provokation für Brüssel" schreibt Weilmeier:

„Der Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union hätte nicht nur gravierende Folgen für die Demokratie im Lande selbst, sondern auch für viele direktdemokratische Initiativen in Europa. Die Schweiz war - und ist immer noch - ein grosses Vorbild für direktdemokratische Bewegungen in Europa. Sie inspiriert und motiviert Initiativgruppen, die sich für die BürgerInnen-Mitbestimmung einsetzen. Dort scheint alles Wirklichkeit, was man für das eigene Land erst erreichen will. Dadurch wird es erst möglich, lebendig zu beweisen, dass direkte Demokratie funktioniert und entscheidende Vorteile mit sich bringt".

„Die Vorbildrolle der Schweiz als direktdemokratischer „Leuchtturm" Europas würde durch einen EU-Beitritt stark eingeschränkt werden. Vieles, über das die Schweizerinnen und Schweizer heute noch selbst entscheiden können, wanderte dann nach Brüssel und könnte nicht mehr der Volksabstimmung unterbreitet werden. Die Entscheidungskompetenzen der Schweizer Bürgerinnen und Bürger würden nämlich massiv eingeschränkt, und im Zuge dessen auch das Instrument der Volksabstimmung nach Brüsseler Vorstellung harmonisiert - sprich beschnitten - werden". (...)

„Schon die Existenz der kleinen und komplizierten, trotzdem aber quicklebendigen und wohlhabenden Schweiz ist schlicht eine Provokation für Brüssel. Widerspricht es doch dem Dogma, dass nur in Grösse und bürgerferner Zentralisierung das Heil liegt. Ausserdem sind demokratische Prozeduren aus der Sicht (der) Brüsseler Bürokraten zu schwerfällig. Man ist die Entscheidung im Hinterzimmer durch sogenannte Experten gewohnt".

„Der oft gehörte Vorwurf, eine Schweiz ausserhalb der EU würde sich isolieren, zieht nicht. Die Schweiz zeigt, wie man Europa auch anders organisieren könnte. Die Unabhängigkeit der Schweiz ist eine Grundbedingung, um diese Hoffnung auf ein anderes Europa wachzuhalten. Es

könnte ein Europa sein, in dem Bürgerinnen und Bürger das letzte Wort haben, ein Kontinent ohne technokratischen Zentralismus und Bevormundung".

„Für alle Initiativen und Bewegungen in Europa, die sich für direkte Demokratie einsetzen, ist eine Schweiz ausserhalb der EU wichtig für ihre politische Arbeit. Nicht nur wegen der Vorbildfunktion, sondern für die Weiterentwicklung der direkten Demokratie an sich. Denn diese ist ja nicht statisch. Die Art und Weise wie sie in den verschiedenen Kantonen angewendet und damit fortentwickelt wird, ist eine wertvolle Unterstützung für die theoretische Diskussion in andern Ländern. Gäbe es die vielfältige, realexistierende direkte Demokratie in der Schweiz nicht, wären viele Debatten blosse „Trockenschwimmübungen", ohne Bezug zur Wirklichkeit. Zudem erweisen sich die Bürgerinnen und Bürger oft erfindungsreicher und kreativer als so manche Experten, die von potentiellen Gefahren direkter Demokratie raunen, die in der realen Welt gar keine Rolle spielen. Wie man es dreht und wendet, eine direktdemokratische Schweiz ist für Europa einfach eine Notwendigkeit - und eine substantielle direkte Demokratie ist nur ausserhalb der EU möglich." Soweit Christian Weilmeier.

Weilmeier hat unseren historischen Auftrag, unsere Demokratie für die internationale Nachwelt als realexistierendes Beispiel zu bewahren, präzise verstanden. Lebte er unter uns, wäre er auf dem Weg, ein richtiger Eidgenosse zu werden. Er analysiert richtig, dass die EU-Philosophie mit Direkter Demokratie und Neutralität nicht kompatibel ist. Daraus ist den führenden Köpfen der EU kein Vorwurf zu machen. Wir haben es weiter oben bereits mehrmals festgestellt: Das im Entstehen begriffene riesige EU-Reich verlöre die Handlungsfähigkeit, wenn die Mitgliedstaaten die Beschlüsse durch Volksabstimmungen genehmigen müssten. An dieser Tatsache führt kein Weg vorbei, und die Schutzbehauptung unserer hiesigen EU-Freunde, die in die EU integrierte Schweiz könne diese demokratisieren, bleibt eine utopische Ausrede. Es muss befremden, dass Bundesrat, die Mehrheit der Parteien und viele Bürger das nicht einsehen wollen, laufend falsche Signale nach Brüssel senden, dadurch unsere Verhandlungsposition empfindlich schwächen und dem Land dadurch grossen Schaden zufügen. Unser Volk wird, wenn ihm bewusst wird, wie viele Eckwerte der Staatsidee Schweiz ein EU-Beitritt vernichten würde, sicher ablehnend entscheiden. Das wird kein Nein zu Europa sein. Im Gegenteil. Wir werden als unabhängiger Staat für die europäische Kultur mehr leisten können denn als verschwindende Minderheit in der EU. Wenn sich die EU vernünftig verhält - und daran ist kaum zu zweifeln - werden wir trotzdem

in Organisationen und Gremien mitarbeiten können, wenn auch nicht mit Stimmrecht, so doch mit Rat und Tat, was letztlich entscheidend ist. Uns fällt auch kein Stein aus der Krone, wenn wir neue EU-Regelungen prüfen und autonom nachvollziehen, wenn diese nötig und vernünftig sind. Und falls ein grosses Gemeinschaftswerk zu finanzieren ist, können wir freiwillig mithalten. Ob es uns nun direkt dient oder ob es allgemein der Kultur, der Natur oder einer benachteiligten Gegend zugute kommt. Die von den Neingenossen ständig im Maul geführte Solidarität können wir auch als Nichtmitglied üben. In dieser Beziehung dürfen wir uns grosszügig zeigen, es wird uns noch lange günstiger zu stehen kommen als ein EU-Beitritt. So werden wir Europa beweisen, dass wir der EU nicht aus Eigennutz fernbleiben um Trittbrett fahren oder Rosinen picken zu können, sondern weil wir den Weg zur Staatsidee Schweiz nicht verlassen wollen.

Wir werden in allen auch uns betreffenden grenzübergreifenden Bereichen, wo nur gemeinsames Handeln zum Ziel führt, zur Zusammenarbeit bereit sein und uns auch hier finanziell grosszügig beteiligen. Etwa bei der Bekämpfung von internationalen Bedrohungen wie Kriminalität, Immigration, Drogen oder Geldwäscherei, immer jedoch im Rahmen unserer Eigenständigkeit und der Neutralität.

Wir verstehen uns auch weiterhin nicht als isolierte Insel. Vielmehr als Oase, die sich als Plattform bereit hält für mancherlei gute Dienste. Vorerst sind dies neben der Hauptaufgabe „Bewahrung der Direkten Demokratie" die angestammten Klammerfunktionen wie wir sie im Gotthard-Kapitel erörtert haben. Wir werden Rhône, Rhein, Donau und Po auch künftig mit sauberem Wasser speisen. Die kürzeste Alpentransversale soll allen zu gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen. Wir wollen auch in Zukunft die Rolle als Pufferstaat zwischen den grossen Kulturen Westeuropas spielen. Wir sind willens, als Drehscheibe für die neuen grossen Wirtschaftsregionen Lyon, Mailand und Oberrhein zu dienen. Wie bisher steht der neutrale Standort Schweiz als Sitz für internationale Organisationen und für Konferenzen zur Verfügung. Wir halten uns auch bereit, in Krisenlagen die Interessenvertretung zwischen zerstrittenen Staaten zu übernehmen.

Damit wir die traditionellen „Guten Dienste" weiterhin anbieten können, bedarf es jedoch eines Gesinnungswechsels im Bundeshaus. Als uns Belgien, Deutschland, England und Kanada vor Ausbruch des Kosovokrieges um die Vertretung ihrer Interessen gegenüber Belgrad baten, lehnte der Bundesrat mit der Begründung ab, gute Dienste dieser Art könnten die Neutralität aufwerten(!). Die heftigen Reaktionen aus Volk und Parlament bewirkten dann, dass eine spätere Anfrage der USA positiv beantwortet

wurde. Das Beispiel zeigt, wie weit wir uns im Bestreben, der EU nicht zu missfallen, bereits von unserem früheren guten Weg entfernt haben.

Hier gilt es anzusetzen. Wir müssen uns wieder klar zu der von der Staatsidee Schweiz vorgegebenen Politik bekennen. Die Fixierung des Bundesrates auf die Option EU-Beitritt muss aufgegeben werden. Wir erwarten wieder eine weltweit faire Aussenpolitik. Die mit den EWR-Verhandlungen eingeleitete vorschüssige Anpassung an die EU muss auf das für uns Notwendige reduziert werden. Die Ausgestaltung von neuen Regelungen hat derart zu sein, dass sich diese auch für den Alleingang eignen. Erst wenn wir uns aus der Fixierung auf Brüssel lösen, können wir mental wieder erstarken, das Selbstvertrauen zurückgewinnen und wieder weltweit frei agieren.

Wir werden uns nicht in den von der EU angestrebten politischen, militärischen und wirtschaftlichen Block gegen Amerika und Asien einbinden lassen, sondern neutral allen gleich begegnen. Die aussereuropäischen Firmen und Organisationen werden es schätzen, die Schweiz als Stützpunkt benützen und sich unserer Dienstleistungen vieler Art bedienen zu können.

Unsere Berufsdiplomaten, die Auslandschweizer, die Geschäftsleute, unsere Leute vom Roten Kreuz, der Entwicklungshilfe, des Katastrophen-Hilfskorps und anderer humanitärer Organisationen werden bei ihren Auslandeinsätzen keine Gelegenheit versäumen, über Sinn und Wesen unserer Direkten Demokratie zu reden, wie es alt Bundesrat Ogi im Ansatz richtig getan hat. Sie werden, von Eidgenössischer Gesinnung beseelt, in der weiten Welt für die Philosophie der Staatsidee Schweiz und deren Nachahmung werben.

All dies können wir längerfristig tun, um das Ansehen unseres Landes in der weiten Welt zu stärken. Doch das jetzt Entscheidende muss an der inneren Front geschehen. Der Machtkampf zwischen den beiden Lagern der Befürworter und Gegner eines EU-Beitritts ist längst entbrannt. Alle müssen heute einsehen, dass es in der EU-Frage nur ein Ja oder ein Nein gibt. Jetzt gilt es Farbe zu bekennen. Politische Gruppierungen und Einzelpersonen, welche nicht auf dem Boden der Verfassungen stehen und unser Land aus wirtschaftlichen oder ideologischen Gründen verscherbeln wollen, haben in den Regierungen von Bund und Kantonen nichts zu suchen. Die eidgenössisch gesinnten politischen Parteien Organisationen und Einzelpersonen aber müssen sich in einer grossen Allianz vereinigen und die Verantwortung übernehmen. Den gemeinsamen Nenner bilden die Staatsidee Schweiz und die Eidgenössische Gesinnung mit ihren weiter oben erwähnten Eckwerten. Diese Allianz kann eine Mehrheit des Volkes

hinter sich scharen und uns - Europas Eidgenossen - frei, unabhängig und neutral in die Zukunft führen.

Möge die Vorsehung unsere schöne Schweiz mit ihrer kostbaren Direkten Demokratie bewahren.

Literaturverzeichnis

- Albrecht K. Otto, *Für Kopf und Herz, Sprachbuch*, Kant. Bern. Lehrmittelverlag 1906
- Allemann Fritz René, *25mal die Schweiz, Panorama einer Konföderation*, R. Piper & CO. Verlag München Zürich 1977
- Anderegg Richard, *Milliardenforderungen an eine führungslose Schweiz*, Schweizerzeit-Schriften Nr. 30
- Arbeitsgruppe Napf, *Bundesbeschluss über die Einführung eines Gemeinschaftsdienstes*, Verlag W. Gassmann AG Biel 1990
- Aubry Octave, *Napoléon und seine Zeit*, Eugen Rentsch Verlag Erlenbach-Zürich
- Auer Felix, *Das Schlachtfeld von Thun bei Jean Ziegler*, Th. Gut Verlag Stäfa 1997
- Baader Roland, *Maastricht und die Folgen + Was ist Freiheit?* Vorträge, Schweizerzeit-Schriften Nr. 18 1994
- Bachofner Hans, Div, *Die Schweiz an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, Schweizerzeit-Schriften Nr.23
- Baden-Powell of Gilwell, Lord, *Pfadfinder, Ein Handbuch der Erziehung*, Polygraphischer Verlag AG Zürich 1942
- Bandulet Bruno, *Das Maastricht Dossier*, Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig München 1993
- Bandulet Bruno/Hankel Wilhelm, *Wenn die D-Mark stirbt: Maastricht-Vertrag und die Konsequenzen*, Bandulet-Verlag Bad Kissingen 1995
- Bär Hans J./Speich Sebastian u.a., *Zwischenbilanz: Helvetische Ein- und Aussichten*, Haumesser Verlag Zürich um 1995
- Baur Hans, *EU oder direkte Demokratie*, Oratio Verlag Schaffhausen 1998
- Beck Claude M., M *Wer denn sonst?*, C. M. Beck Zürich 1978
- Beck Ulrich u.a., *Kinder der Freiheit*, Suhrkamp Verlag Frankfurt 1997
- Bergier Jean-François, *Wilhelm Tell, Realität und Mythos*, List Verlag München + Leipzig 1988
- Bill Max u.a., *Die 40er Jahre*, Ringier & Co AG Zofingen 1976
- Blocher Christoph u.a., *Der EWR-Vertrag - eines freien Volkes unwürdig*, Schweizerzeit-Schriften 1992
- Bonstetten von Charles, *Kriegsgeschädigte Kinder bringen Glück und Freude in unser Land*, Verlag Paul Haupt Bern 1946
- Borner Silvio u.a., *Die Schweiz im Alleingang*, Verlag Neue Zürcherzeitung Zürich 1994

· Borner Silvio/Rentsch Hans, *Wieviel direkte Demokratie verträgt die Schweiz?,* Verlag Rüegger AG Chur/Zürich 1997
· Bradke Sven Dr., *Die Staatskasse als Beute*, TB Verlag Mörschwil 1999?
· Braunschweig Hansjörg u.a., *Die Schweiz und ihre Skandale*, Limmat Verlag Zürich 1995
· Brüderli Kurt, *Freiheit ohne Geldherrschaft*, Pfeiffer-Verlag Hannover 1971
· Bundesarchiv, *"..denn es ist alles wahr", Erinnerung und Geschichte*, Schw. Bundesarchiv Dossier 11
· Bundesrat, *Armeeleitbild 95*, Bundesrat 1992
· Bundesrat, *Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel*, Bundesrat 1990
· Bundesrat, *Die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren*, EDA/EVD 1994
· Capra Fritjof, *Wendezeit*, Scherz Verlag Bern 1991
· Cartier Raymond, *Nach dem Zweiten Weltkrieg, Mächte und Männer 1945-1965*, Piper Verlag München 1976
· Cattani Alfred, *Die Schweizerische Flüchtlingspolitik 1933-1945*, Pro Libertate Nr. 12 1999
· Cattani Alfred, *Hitlers Schatten über Europa*, Verlag Neue Zürcherzeitung Zürich 1995
· Chaudet Paul (Patronat), *General Guisan*, Fretz und Wasmuth Verlag Zürich 1960
· Churchill Winston S., *Der Zweite Weltkrieg in 6 Doppelbänden*, Schw. Drucks- und Verlagshaus AG Zürich
· Ciano Galeazzo Graf, *Tagebücher 1939-1943*, Alfred Scherz Verlag Bern 1947
· Cincera Ernst, *Unser Widerstand gegen die Subversion in der Schweiz*, Athenaeum Verlag Lugano 1977
· Däniker Gustav, *Dissuasion*, SAD/Huber Frauenfeld 1987
· Deigton Len, *Finale in Berlin*, Scherz Verlag Bern 1966
· Descombes Marc, *Henry Dunant*, Schweizer Verlagshaus Zürich 1988
· Dieter Groh/Peter Brandt, *Vaterlandslose Gesellen, Sozialdemokratie und Nation (D) 1860-1990*, Verlag C.H. Beck München 1992
· Diverse, *Hat der Kleinstaat Schweiz überhaupt eine Chance?,* SAD-Schriften S 10 1976
· Diverse, *Geheime Kommandosache, Hinter den Kulissen des 2. Weltkriegs, Bände 1 und 2*, Verlag DAS BESTE Stuttgart-Zürich-Wien 1969
· Diverse, *Schweizerzeit*, Flaach
· Diverse, *Halbzeit: Fünfzig 50jährige zur Schweiz*, Werd Verlag Zürich 1993
· Diverse, *Europa-Magazin*, Zürich

- Dollinger Hans (Hsgb), *Der Erste Weltkrieg*, Verlag Kurt Desch München 1965
- Dürrenmatt Peter, *Die Welt zwischen Krieg und Frieden*, Verlag Hallwag Bern 1959
- Dürrenmatt Peter, *Europa will leben*, Verlag Hallwag Bern 1960
- Dürrenmatt Peter, *Schweizergeschichte*, Schweizer Druck- und Verlagsgesellschaft Zürich 1963
- Dürrenmatt Peter, *Kleine Geschichte der Schweiz im 2. Weltkrieg*, Schweizerspiegel Verlag Zürich 1949
- Egger Eugen/Gut Walter, *Ist Demokratie lernbar?,* SAD-Schriften P 1 1980
- Ehinger Paul, Dr., *Herrschaft durch Sprache, Political Correctness...,* Pro Libertate Nr. 5 1996
- Eidg. Kom. für Jugendfragen, *Stichworte zum Dialog mit der Jugend*, Bundesamt für Kulturfragen 1981
- Eidg. Kommission für Jugendfragen, *Thesen zu den Jugendunruhen 1980*, Bundesamt für Kulturpflege Bern 1980
- Enzensberger Hans Magnus, *Aussichten auf den Bürgerkrieg*, Suhrkamp Verlag Frankfurt 1993
- Ernst Alfred Dr., *Neutrale Kleinstaaten im Zweiten Weltkrieg*, Buchverlag Tagesnachrichten Münsingen1973
- Ernst Alfred Okkdt z.D., *Die Konzeption der schweizerischen Landesverteidigung 1815 - 1966*, Verlag Huber Frauenfeld 1971
- Europarat, *Zehn Jahre Europarat* , Agenor-Verlag Frankfurt1960
- Fazun Jon A. und Lehmann Patrick, *Zürcher Beiträge: Die Schweiz und die Welt*, ETH Zürich 2000
- Feldner Josef, *EU - Versprechungen und Wirklichkeit*, Leopold Stocker Verlag Graz 1996
- Flüeler Niklaus u.a., *Die Schweiz, vom Bau der Alpen bis zur Zukunft*, Ex Libris Verlags AG 1975·····
- Frei Daniel, *Neutralität - Ideal oder Kalkül*, Verlag Huber Frauenfeld/Stuttgart 1967
- Frey Walter u.a., *Die Schweiz in Europa*, Novalis Verlag Schaffhausen 1995
- Frischknecht Jürg u.a., *Die unheimlichen Patrioten*, Limmat Verlag Zürich 1979
- Fuhrer Hans Rudolf, Dr., *Die Entwicklung der schweizerischen Neutralität nach 1945*, Schweizerzeit-Schriften Nr. 36 2000
- Futterknecht Willy, *EU-Beitritt? 46 Souveränitätsverluste*, Radika-Verlag AG Stans 1994

· Gallati Rudolf, Interlaken - *Vom Kloster zum Fremdenkurort*, Verlag Schläfli AG Interlaken 1977
· Gasteyger Curt, Dr., *Die feindlichen Brüder, Konflikt Jugoslawien-Ostblock*, Schw. Ostinstitut Bern
· Geb AK 3, *Unser Alpenkorps*, Kdo Geb AK 3
· Generalstabschef, *Bericht des Generalstabchefs der Armee über den Aktivdienst 1939 - 1945*,
· Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft, *Zahlenspiegel der Schweiz 1997/98*, dito Zürich 1998
· Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft, *Information zu den bilateralen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU*, WF 1996
· Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft, *Warum die Schweiz den EWR braucht*, Wf Zürich 1992
· Goldsmith James, *Die Falle...und wie wir ihr entrinnen können*, Deukalion Verlag Uwe Hils 1996
· Gore Al, *Wege zum Gleichgewicht, ein Marshallplan für die Erde*, S. Fischer Verlag GmbH Frankfurt 1992
· Gottfried Wälchli/Oskar Theiler, *Zehn Jahre Weltgeschehen in schweizerischen Karikaturen*, Verlag Zollikofer & C0 St. Gallen1947
· Graf Werner Pol. Hptm, *Organisierte Kriminalität*, Schweizerzeit-Schriften Nr. 13 1992n
· Guex André, *General Guisan*, Marguerat S.A. Lausanne 1960
· Guisan Henri General, *Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1939 - 1945*,
· Gyger Walter B., *Neutralität, Neutralitätsrecht, Neutralitätspolitik*, SAD-Schriften S 8 1973
· Habe Hans, *Was heisst verteidigungswürdig*, Verlag Markus Krebser Thun 1972
· Halbrook Stephan P., *Die Schweiz im Visier*, Novalis/Rothenhäusler 1999
· Haltiner Karl W. u.a., *Sicherheitspolitik 2000*, ETH Zürich 2000
· Haltiner Karl W. u.a., *Sicherheit 1999*, ETH Zürich 1999
· Haltiner Karl W./Kühner Andreas, *Wehrpflicht und Miliz - Ende einer Epoche?,* Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 1999
· Hartmann Hans/Horvath Franz, *Zivilgesellschaft von rechts, Die unheimliche Erfolgstory der Zürcher SVP*, Realotopia Verlagsgenossenschaft Zürich 1995
· Häsler Alfred A., *Einen Baum pflanzen*, Pendo-Verlag Zürich1996
· Hersch Jeanne, *Die Unfähigkeit Freiheit zu ertragen*, Benzinger Verlag Zürich/Köln 1974

- Herzig Ernst u.a., *Damals im Aktivdienst, Soldaten erzählen aus den Jahren 1939 - 1945*, Rascher & Cie AG Zürich 1959
- Hilty Hans Rudolf, *Carl Hilty*, Verlag Paul Haupt Bern
- Hilty Karl Dr., *Politik der Eidgenossenschaft*, Fr. Semminger vorm. J. Heubergers Verlag ?
- Hitler Adolf, *Mein Kampf*, Verlag Franz Eher 1941
- Hofmann Michael, *Siegen ist nicht gleich Frieden*, Verlag Ullstein Frankfurt 1992
- Huber Christian, *Irrwege und Auswege (Drogenpolitik),* Rothenhäusler Verlag Stäfa 1992
- Im Hof Ulrich, *Mythos Schweiz, Identität - Nation - Geschichte 1291 - 1991*, NZZ Verlag 1991
- Ineichen Otto, *Eine bessere Schweiz ist machbar*, Otto's Warenposten AG 1998
- Integrationsbüro EDA/EVD, *Die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren 1993*, Integrationsbüro 1994
- Iten Andreas, *Lust an der Politik*, SAD Werd Verlag 2000
- Iten Andreas, *Blocher, Populismus und Widerspruch (Albisgüetlirede 99),* SAD 1999 Werdverlag Zürich
- Itin Treumund E., *Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg*, Pro Libertate Nr. 9 1998
- Jacobsen Hans-Adolf und Dollinger Hans (Hsgb), *Der Zweite Weltkrieg Bände 1 -3*, Verlag Kurt Desch München Wien Basel 1962
- Jaggi Arnold, *Aus Welt- und Schweizergeschichte seit 1815*, Verlag Paul Haupt Bern 1956
- Jaggi Arnold, *Von Kampf und Opfer für die Freiheit*, Verlag Paul Haupt Bern-Leipzig 1939
- Jaggi Arnold, *Helveter, Römer, Alamannen und der Sieg des Christentums in unserem Lande*, Verlag Paul Haupt Bern 1981
- Jaggi Arnold, *Die alte Eidgenossenschaft, ihr Untergang und die Zeit Napoleons*, Verlag Paul Haupt Bern 1958
- Jaggi Arnold , *Entdeckungen, Reformation und Gegenreformation*, Verlag Paul Haupt Bern 1955
- KABA 1949, *Kantonal-Bernische Ausstellung 1949*, Kaba-Verlag 1950
- Käegi-Diener Regul, *Brevier des Föderalismus*, Helsinki-Vereinigung 2000
- Kaiser Bruno Dr., *10000 Jahre Schaffen und Forschen*, Pestalozzi-Verlag Kaiser & Co AG Bern1940
- Kappeler Beat, *Regieren statt revidieren*, Weltwoche-ABC-Verlag Zürich 1996

· Keanelly Thomas, *Schindlers Liste*, C. Bertelsmann Verlag GmbH München 1994
· Kennedy Paul, *In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert*, Verlag GmbH Frankfurt 1993
· Kimche Jon, *General Guisans Zweifrontenkrieg*, Verlag Ullstein Frankfurt 1962
· Kind Christian, *Krieg auf dem Balkan: Geschichte, Hintergründe, Motive*, Verlag NZZ Zürich 1994
· Kläy Dieter u.a., *Der nationale Zusammenhalt angesichts der Probleme Europas*, Editions Libertas Schweiz Biel 1993
· Klöti Ulrich u.a., *Die Gemeinde an der Leistungsgrenze?*, SAD Schriften Nr. 29
· Kopp Elisabeth, Bundesrätin u.a., *Asylpolitik in der Bewährungsprobe*, SAD-Schriften Nr. 21 1985
· Kopp Hans W., *Analyse unserer Zeit*, Schweizerischer Aufklärungsdienst Zürich 1973
· Kühner Otto-Heinrich, *Wahn und Untergang 1939-1945*, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart1956
· Kunz Matthias, *Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik*, Schw. Bundesarchiv Dossier 8
· Kurz Hans Rudolf *, Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg*, Verlags AG Thun 1967
· Kurz Hans Rudolf, *Dokumente des Aktivdienstes*, Verlag Huber & Co. AG Frauenfeld 1965
· Kurz Hans Rudolf, *Bewaffnete Neutralität*, Verlag Huber Frauenfeld/Stuttgart
· Kutter Markus , *Die Schweizer und die Deutschen*, Ammann Verlag & Co. Zürich 1995
· Langendorf Jean-Jaques, *Guillaume-Henri Dufour*, Schweizer Verlagshaus Zürich
· Lapp Ralph E., *Kultur auf Waffen gebaut*, Rütten + Loening Verlag Bern 1968
· Letsch Hans, *Soziale Marktwirtschaft als Chance*, Verlag Sauerländer Aarau 1992
· Leuenberger Heinrich, *Tagesbefehl, Von der technischen Hochrüstung zur geistigen Abrüstung* , Haumesser-Verlag Zürich 1992
· Lewinsky Charles/Morf Doris, *Hitler auf dem Rütli*, Unionsverlag Zürich 1984
· Linna Väino, *Kreuze in Karelien*, Schweizer Druck- und Verlagshaus AG Zürich

· Lüönd Karl u.a., *Schweizer Soldaten im Einsatz*, Ringier & Co AG Zofingen ?
· Mader Robert, *Fahnen und Farben der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Kantone*, Zollikofer & Co. Verlag St. Gallen 1942
· Martin Hans-Peter/Harald Schuhmann*, Die Globalisierungsfalle - Angriff auf Demokratie und Wohlstand*, Rowohlt Verlag Reinbeck 1996
· Matt Alphons, *Zwischen allen Fronten, Der Zweite Weltkrieg aus der Sicht des Büros Ha*, Verlag Huber Frauenfeld 1969
· Matt Alphons, *Hat es sich gelohnt? Widerstand in Europa 1930 - 1945*, Ringier & Co. AG Zürich/München 1980
· Meier Adolf, *Das letzte Defilee*, Weltwoche-ABC-Verlag Zürich 1991
· Meier-Seethaler Carola, *Gefühl und Urteilskraft, ein Plädoyer für die emotionale Vernunft*, Verlag C.H. Beck 1997
· Meyer Alice, *Anpassung oder Widerstand*, Verlag Huber Frauenfeld 1965
· Nef Robert/Wirth Michael (Hrsg), *Schweizer Monatshefte*, Zürich
· Neumann Robert, Hitler, *Aufstieg und Untergang des dritten Reiches*, Verlag Kurt Desch München 1961
· Nussbaum F. Dr., *Erzählungen aus der heimatlichen Geschichte*, Verlag K. J. Wyss Erben AG Bern 1933
· Oechsli Wilhelm*, Schweizergeschichte für Mittelschulen*, Verlag Erziehungsdirektion Zürich 1933
· Oesch Karl Lennart, *Finnlands Entscheidungskampf 1944*, Verlag Huber & Co AG Frauenfeld 1964
· Peer Andri, *Der Aktivdienst, Die Zeit nationaler Bewährung 1939-1945*, Ringier & Co AG Zofingen
· Pestalozzi, *Eine Selbstschau*, Gute Schriften Zürich 1946
· Pury de David u.a., *Mut zum Aufbruch*, Orell Füssli Verlag Zürich 1995
· Ranke von Leopold, *Völker und Staaten*, Eugen Rentsch Verlag Erlenbach-Zürich 1945
· Reck Oskar, *Ist die Schweiz überfremdet?,* Verlag Huber Frauenfeld 1969
· Riklin Alois, *Die schweizerische Staatsidee*, SAD-Schriften S 13 1982
· Riklin Alois/Zeller Willy, *Die Schweiz und die Europäische Gemeinschaft*, SAD-Schriften Nr. 13 Zürich 1975
· Rings Werner, *Schweiz im Krieg 1933 - 1945*, Ex Libris Verlag Zürich 1974
· Rothenhäusler Paul Hrsg., *Leuchtturm in der Wüste, Schweiz im 2. Weltkrieg*, Rothenhäusler Verlag Stäfa 1997
· Ryan Cornelius , *Der längste Tag, Normandie 6. Juni 1944*, Signum Verlag Gütersloh 1959

· SAD diverse, *Politisches Handeln: Eine Frage der Mündigkeit?,* SAD-Schriften Nr. 30 Zürich 1990
· SAD diverse, *Demokratie betrifft alle. Wirklich?,* SAD-Schriften Nr. 31 Zürich 1990
· SAD diverse, *Die Zukunft der Schweiz im Europa der EG*, SAD-Schriften Nr. 28 Zürich 1988
· Salis von J. R. u. a., *Tell, Werden und Wandern eines Mythos*, Hallwag Verlag Bern 1973
· Salzmann Friedrich, *Mit der Freiheit leben*, Verlag Schw. Ostinstitut Bern 1967
· Salzmann Friedrich u.a., *Aktive Demokratie*, Viktoria-Verlag Bern 1961
· SAMS, *Möglichkeiten und Grenzen sicherheitspolitischer Zusammenarbeit der Schweiz in Europa*, Schw. Arbeitskreis Militär + Sozialwissenschaften 1995
· SAMS, *Miliz in der Schweiz - auch in Zukunft?,* Schw. Arbeitskreis Militär + Sozialwissenschaften 1993
· Schaffer Fritz, *Abriss der Schweizergeschichte*, Verlag Huber & Co. AG Faruenfeld1967
· Schaub Adrian R., *Neutralität und Kollektive Sicherheit*, Helbling & Lichtenhahn Basel und Frankfurt 1995
· Schaufelberger Walter, *Marignano,* Verlag Huber Frauenfeld 1993
· Schindler Roxane D., *Die allgemeine Dienstpflicht*, Schulthess Polygraphischer Verlag Zürich1997
· Schlüer Ulrich, *Neutralität 2000,* Schweizerzeit-Schriften Nr. 35 2000
· Schlüer Ulrich u.a., *Schweizerische Selbstbehauptung während des Zweiten Weltkriegs*, Schweizerzeit Verlags AG Flaach 1998
· Scholl-Latour Peter, *Unter Kreuz und Knute*, Wilhelm Goldmann Verlag München 1994
· Seiler Christian, *Verkaufte Volksmusik*, Weltwoche-ABC-Verlag Zürich 1994
· Senn Hans aKKdt, *Der schweizerische Generalstab Volume VII* , Helbling & Lichtenhahn Verlag AG Basel 1995
· Smith Walter Bedell, *General Eisenhowers sechs grosse Entscheidungen*, Alfred Scherz Verlag Bern 1956
· Soetard Michel, *Johann Heinrich Pestalozzi*, Schweizer Verlagshaus Zürich
· Specker Alfred, *Abriss der Welt- und Schweizergeschichte Teil 1 - 3*, Verlag Tschudi & Co. Glarus 1948
· Spillmann Kurt/Wenger A., *Informationsgesellschaft...,* ETH, Zürcherbeiträge Nr. 53

- Spillmann Kurt/Wenger A., *Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte VII*, ETH, Zürcherbeiträge Nr. 54
- Stadler Peter Dr., *Schweizerische Neutralität - eine geschichtliche Würdigung*, AUNS Bern 1996
- Stäuble Eduard Prof. Dr., *Die Schweiz und die geistige Situation in der Gegenwart*, Schweizerzeit-Schriften Nr. 34 1999
- Stäuble Eduard Prof. Dr. , *So dass keiner mehr die Sprache des andern versteht*, Pro Libertate Nr. 6 1997
- Stern Fritz, *Kulturpessimismus als politische Gefahr*, Alfred Scherz Verlag Bern und Stuttgart 1963
- Stiftung für Demokratie, *Brevier für Demokratie*, Schw. Helsinki-Vereinigung 1993
- Stöhlker Klaus J., *Bedrohte Schweiz - wohin?,* Utzinger/Stemmle Verlag Rieden bei Baden 1995
- Stoll Ted, *Helvetia und ihre Schwestern* , Benteli Verlag Bern 1990
- Strahm Rudolf H., *Europa Entscheid*, Werd Verlag Zürich 1992
- Stucki Lorenz, *Das heimliche Imperium*, Ex-Libris Zürich 1968
- Stucki Lorenz, *Davids Chancen gegen Goliath*, Alfred Scherz Verlag Bern 1959
- Studer Peter Dr. u.a., *Kommunikation in der Demokratie - die Presse*, SAD-Schriften D 13 1977
- Stüssi-Lauterburg Jürg, *Föderalismus und Freiheit*, Effingerhof AG Brugg 1994
- Thürer Georg, *Bundesspiegel, Werdegang und Verfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft*, Artemis-Verlag Zürich 1948
- Treichler Hanspeter Dr., *Abenteuer Schweiz*, Migros-Bund 1991
- Tschäni Hans, *Profil der Schweiz, ein lebendiges Staatsbild*, Rascher Verlag Zürich 1969
- Vester Frederic, *Denken, Lernen. Vergessen*, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH Stuttgart 1975
- Wartburg von Wolfgang, *Der Schweizerische Staatsgedanken vor der Herausforderung Europa*, AUNS Bern um 1990
- Wartburg von Wolfgang, *Wagnis Schweiz*, Novalis Verlag Schaffhausen 1990
- Wartburg von Wolfgang, *Die grossen Helvetiker* , Novalis Verlag Schaffhausen 1997
- Wehrli Edmund Oberst, *Gedanken eines Milizsoldaten*, Schweizerspiegel Verlag Zürich 1957
- Wenger Andreas, *Herausforderung Sicherheitspolitik*, ETH Zürich 1999

· Wengle Richard, *Die politischen Kosten eines EU-Beitritts*, R. Wengle Richterswil 1992
· Wyss Jörg, *Berge und Soldaten*, Ott Verlag Thun und München 1963
· ZGV, *Informationsblätter zur Sicherheitspolitik*, ZGV 1998
· ZGV, *Sicherheitspolitik - Gesamtverteidigung*, ZGV 1998

Stichwortverzeichnis

Aare, 23
Aargau, 22, 29, 71, 72, 76
Abessinien, 98, 230
Abfallberg, 202
Abkommen für den Arbeitsfrieden, 98
Absolutismus, 55, 58, 76, 161
Abwertung, 224
Achsenmächte, 27, 28, 32, 87, 104, 105, 119, 123, 258
Achtundsechziger, 10, 197, 217-227, 226, 253-256, 268
Adolf, Schwedenkönig, 50
Affäre Bachmann, 215
Affäre Hoffmann, 86
Affäre Rothenmund, 215
Agglomerationen, 245, 275
AHV, 80, 95, 119, 133, 193, 196, 223, 242, 258, 259
Aids, 221
Aktivdienst, 133
Aktivdienstgeneration, 52, 104, 110, 117, 149, 174, 194, 200, 202, 230
Aktivdienstveteran, 10
Alemannen, 13
Algerien, 48, 230
Alleinerziehende, 218, 221
Alleingang, 231, 280, 291
Alleinlebende, 218
Allemann, Fritz René, 26
Allgemeinbildung, 177, 194, 255
Allgemeine Dienstpflicht, 262, 273, 274
Allgemeingut, 259
Allianz, 291
Alpennordseite, 13, 60, 81, 181, 183
Alpenréduit, 25
Alpensüdseite, 13, 21, 43, 45
Alpgenossenschaft, 258
Amerika, 60, 125, 200, 204, 244, 284, 291
Amerikanisierung, 201, 207, 240
Analphabeten, 255
Anbauschlacht, 25, 115, 119, 120, 127, 161
Anglizismen, 235
Anpassung, 240, 291
Antibaby-Pille, 221
Antimilitarismus, 90
Appenzell, 43, 59, 74
Arbeiterschaft, 88, 216
Arbeitsfrieden, 98, 101, 184, 187
Arbeitsgemeinschaft für Demokratie, 232
Arbeitslosigkeit, 88, 95, 97, 126, 193, 227, 237, 245, 248, 266-272
Arbeitswelt, 239, 243, 244, 245, 255, 256, 269, 271
Ardennenoffensive, 105
Aristokratie, 148
Armeeauftrag, 274, 275
Armeegegner, 216, 272
Armeereform, 274
Armut, 60, 64, 97, 133, 183, 193, 219
Artilleriewerke, 27
Asien, 22, 105, 204, 244, 284, 291

Assimilation, 263, 264
Assisi von, Franz, 17
Asyl, 260-264
Asylanten, 75, 198, 199, 248, 261-267
Asylantenmalaise, 261
Asylgesuche, 260
Asylland, 198
Asylrecht, 186
Asylsuchende, 262
Asyltradition, 261
Atombomben, 105
Atomkraft, 201
Aufbauhelfer, 245
Aufrüstung, 82, 84, 99, 231
Ausbildung, 32, 38, 65, 74, 100, 104, 116, 118, 165, 176, 177, 197, 212, 234, 244, 256, 271, 275, 276
Ausgrenzung, 219, 221
Auslandschweizer, 84, 186, 291
Aussenpolitik, 51, 56, 168, 186, 291
Autobahn, 244
Autorität, 209, 224

Bachkorrekturen, 202
Bahn 2000, 244
Balkan, 85, 136, 138
Banken, 110, 123, 125, 181, 237
Bärenspiegel, 131
Basken, 230
Bauernbund, 53
Bauwirtschaft, 201
Bayern, 243
Bedretto Val, 23, 204
Bedrohung, 83, 98, 149, 169, 216, 236, 272
Bedrohungslage, 223
Begegnungsstätte, 232
Begegnungszentrum, 231, 233
Begriffsverwirrung, 210
Belegungszahlen, 247
Belgien, 71, 83, 84, 86, 104, 110, 111, 172, 183, 290
Bellinzona, 43
Benelux-Staaten, 104
Bergbauern, 245
Bergier-Bericht, 134, 229
Bergpredigt, 36, 199
Berlin, 89, 99, 105, 172, 285
Bern, 22, 28, 33, 35, 38, 39, 44-48, 51, 54, 56, 62, 63, 65, 67, 70, 73, 76, 84, 88, 96, 118, 185, 202, 218
Berufsarmee, 138, 158, 177, 274
Berufsdiplomaten, 291
Besetzervergangenheit, 214
Besitz, 133, 257, 259
Bewaffnung, 32, 39, 84, 100, 223, 277
Bewegen, 220
Beziehungsfähigkeit, 219
BGB, 89, 95
Bibrakte, 185
Bilateralverträge, 147
Bildersturm, 17, 207, 210
Bildung, 57, 78, 90, 136, 137, 183, 196, 197, 198, 244, 249-253, 256, 271, 276
Bildungsreform, 197, 244, 252
Bildungswesen, 196, 269
Binnenlage, 230
Bismark, 81
Blauhelm-Vorlage, 276
Blick, 213
Blocher Christoph, 215
Blumenkinder, 217

Bodenmann Peter, 272
Bodennutzung, 257
Bodenrecht, 196, 256, 258, 260
Bodenrechtsreform, 257
Bodenspekulation, 201
Bonstettenpark, 206
Börsengewinne, 240
Bosnien-Herzegowina, 82
Bourbakisoldaten, 19
Braincenter, 246
Brauchtum, 96, 209, 211
Brookersystem, 238
Bruder Klaus, 40, 47, 145, 154, 161
Bruderkrieg, 39, 40, 43, 47
Brun Rudolf, Ritter, 34
Brünig, 22, 29, 30
Brüssel, 9, 67, 68, 153, 185, 228, 229, 241, 246, 284, 285, 288-291
Brutalisierung, 207
Bruttorendite, 241
Bryce James, 83
Bubenberg von, Adrian, 33
Buchdruckerkunst, 46
Buchmann Frank, Pastor, 231
Bulgarien, 85
Bundesgericht, 76
Bundespolitik, 216
Bundesrat, 9, 23, 32, 76, 84, 87-92, 95, 100-101, 106, 109, 111-119, 126-129, 133, 143, 150, 154-155, 170, 198, 203, 216-218, 223, 228-229, 234-236, 257, 261-262, 273, 274, 277, 285, 289-291
Bundesstaat, 26, 38, 65, 66, 76, 144, 146, 191, 284
Bundessteuer, direkte, 88
Bundesverfassung, 24, 26, 67, 74-77, 96, 133, 143, 148, 163, 176, 181, 195, 212, 216, 222, 226, 232, 245, 258, 281
Buren, 83
Bürgerarmee, 179
Burgergemeinden, 257
Bürgerrecht, 26, 67, 186
Bürgersoldat, 179, 276
Bürgertugenden, 219
Burgunderkriege, 39
Burkhard E., Dr., 34
Büro H, 127, 129
Bürokratie, 239

Cabaret Cornichon, 129
Caux, 231, 233
Chemie, 121, 239
Christentum, 74, 199
Christus, 17
Churchill, Winston, 17, 27, 100, 103-105, 128, 131, 171
Cinceraskandal, 215
Comecon, 283
Computer, 45, 201, 254, 255
Corporate Governance, 241

DDR, 208
Defätismus, 114, 127, 133
Delors, 171, 285
Demokratie, direkte, 145, 152, 186, 227, 287, 288, 289
Demokratiedefizit, 285
Demokratisierung, 201, 285, 286
Demonstration, 153
Deutsche Republik, 95
Deutschland, 21, 27, 45, 46, 66, 70, 78, 81-95, 101, 103,

105, 109-115, 121, 122, 125-131, 135, 137, 141, 144, 183, 226, 229, 231, 281-282, 285-290
Dialektik, kommunistische, 209
Diamant-Affäre, 215
Dienstgattungen, 275
Dienstpflicht, 9, 175, 245, 262, 273, 274, 275, 276, 277
Dienstschule, 275
Dienstverweigerer, 199, 272
Diktator, 103, 138
Direktorium, 65, 67
Dissuasion, 203
Diviko, 185
Domodossola, 43, 44
Dorfladen, 205
Dorfschreiner, 205
Dornach, 42, 229
Drehscheibe, 87, 121, 122, 123, 243, 290
Dreifuss Ruth, Bundesrätin, 190, 229
Dreissigerjahre, 9, 20, 91, 106
Dreissigjähriger Krieg, 49
Drogenelend, 217, 277
Dufour, General, 17, 37, 38, 41, 71-74, 78, 164, 165, 191
Dufourkarte, 165
Dunant Henri, 25, 38, 77, 191
Dünkirchen, 104, 131
Dürrenmatt Friedrich, 171, 209, 211
Duttweiler Gottlieb, Nationalrat, 100, 205

EDV, 243
Efta, 225
EG, 141, 225, 283
EGGVK, 258, 259
EGKS, 282
Egoismus, 36, 55, 64, 178, 189, 201, 204, 208, 217, 221
Eidgenössische Gesinnung, 11, 64, 110, 136, 142, 156, 165, 171, 182, 189, 200, 201, 204, 210, 217, 220, 226, 233, 291
Eigentum, 133, 196, 224, 250, 257, 258, 259
Einbruchdelikte, 224
Einheimische, 248, 249, 252
Einheitsstaat, 65, 67, 76
Einkaufszentrum, 205
Einsiedeln, 29
Einwanderungsland, 197, 261, 266
Einwanderungspolitik, 198, 268
Einzelhaushalte, 206
Eisenhower, General, 105
Elektrizitätswerke, 80, 238
Elite, geistige, 212
Elsass, 82
Elsigenalp, 257
Emanzipation, 221
Engels, 80
England, 60, 61, 68, 71, 72, 81, 82, 85, 92, 99, 100, 102, 104, 115, 131, 136, 183, 256, 290
Englisch, 252, 255, 271
Entente, 82, 85, 87
Entlassungen, 237, 269, 270
Erfindergeist, 237, 238
Erhard, Professor, Bundeskanzler, 226
Erlach von, Rudolf, 35, 63
Erosion, 129, 220, 234, 272, 280

Erwachsene, 19, 20, 236, 252, 267
Erwachsenenleben, 218, 219, 221
Erwahrungskriterium, 149
Erwerbsausfall-Entschädigung, 97
Erwerbsersatzordnung, 119
Erwerbsleben, 200, 227, 254, 279
Erzieher, 58, 179, 234, 268
Erziehung, 19, 36, 57, 83, 165, 175, 191, 196, 197, 210, 212, 219, 221, 224, 234, 236, 244, 253
Establishment, 220
Estland, 107
Etter Philipp, Bundesrat, 114, 128
EU, 11, 27, 65, 67, 68, 90, 138, 145, 147, 153, 158, 168, 171, 172, 184, 185, 212, 214, 217, 228, 231, 236, 239-243, 258, 273, 280-291
EU-Beitrittsgesuch, 228
EU-Europa, 244
EU-Kommission, 284
EU-Philosophie, 289
Euratom, 282
EU-Regionalisierung, 281
Euro, 172, 286
Europäische Gemeinschaft, 282
Europäische Union, siehe EU
Europarat, 283
Evian, 126
EWG, 282
EWR, 9, 283, 284
EWS, 283
Existenzangst, 210, 234
Existenzkampf, 204
Existenzsicherung, 119, 135, 168, 257
Ex-Jugoslawien, 38, 46, 48, 136, 260, 265
Expo 02, 324
Expo 1964, 210

Fabrikgesetz, 80
Fahnenhimmel, 224
Familien, 9, 13, 50, 59, 97, 118-120, 129, 131, 163, 183, 236, 248, 260-267
Familienbetriebe, 205
Faschismus, 17, 20, 162, 234
Fatalismus, 202
Feindbild, 223, 273
Feldzeichen, 164, 165
Ferienland, 132, 247-248, 252
Fernsehen, 45, 50, 149, 158, 192, 194, 199, 207, 212, 213, 235, 248, 252
Feuerwehr, 221, 275
Fichenskandal, 215
Finanzplatz, 181, 187, 237, 243
Finnland, 92, 107, 108, 109
Fischer Otto, Nationalrat, 145, 237
Flamen, 230
Fluchtgelder, 125, 126, 225
Flüchtlingspolitik, 103, 126
Flüchtlingswesen, 110, 115
Flüeh von der, Niklaus, 41, 204
Flugwaffe, 89, 98, 100
Föderalismus, 144, 146, 147, 164
Föderalisten, 67
Franco, 113
Frankreich, 27, 39, 43, 45, 50, 53, 61, 62, 65-73, 78, 81-84, 92-93, 95, 99, 102, 104,

110-112, 115, 129, 131, 135, 137, 141, 183, 185, 204, 230-231, 281-282, 285, 287
Französische Revolution, 59, 61, 161
Frauenbewegung, 96, 221
Freibrief, 21
Freiburg, 40, 44, 47, 68, 72, 76
Freiheitsideale, 17
Freischarenzüge, 49, 73
Freiwilligenarmee, 177, 178, 276
Freizeitbeschäftigungen, 194
Freizügigkeit, 172, 243
Fremde, 187, 203
Fremdenfeindlichkeit, 227, 261
Fremdenlegion, 32, 176-178, 277
Friedensarbeit, 167, 168, 170
Friedenspartei, 62, 63
Friedensvertrag von Versaille, 85, 93
Friedrich II., Kaiser, 21
Friedrich, Herzog, 29, 30
Frisch Max, 209, 211
Frontisten, 98
Führungskräfte, 226
Fünfte Kolonne, 98
Furgler Kurt, Bundesrat, 203
Fusionen, 237, 269

Gaskrieg, 230
GATT, 239
Gaulles De, Charles, 171
Gedankengut, eidgenössisches, 146, 210, 217, 230
Gefängnisse, 225
Gegenreformation, 16
Geheimhaltung, 87, 203
Gemeindeschreiber, 155
Gemeine Herrschaften, 39, 62
Gemeinschaftsgefühl, 79, 178, 234
Gemeinschaftssinn, 24, 36, 226, 256
Generalisten, 197
Generalität, 273
Generalmobilmachung, 84, 102, 109, 110
Genf, 59, 62, 65, 73, 78, 91, 112, 115, 165, 244
Genferkonvention, 78
Gesamtschule, 255
Geschäftsphilosophie, 227, 248
Geschichtsklitterei, 214
Geschichtsunterricht, 15-18, 42, 92
Gesetze, 36, 122, 134, 161, 188, 241, 257, 270, 284
Gesetzgebung, 77, 83, 179, 213, 239, 241, 246
Gessler, 30
Gesundheitsversicherung, 241
Gesundheitswesen, 241
Getränkeimpfung, 278
Gewerbe, 52, 59, 60, 84, 89, 95, 154, 237-239, 245, 258, 270
Gewerbeverband, 206
Gewerkschaften, 80, 98, 126, 157, 218
Gewinnmaximierung, 213, 226, 268
Giessbach, 97
Gigantismus, 202, 204, 207, 237, 270
Glaubenskrieg, 47, 65
Gleichbegünstigung, Prinzip der, 122, 123

Gleichstellung, 68, 221
Gletscherfluss, 246
Gliedstaaten, 136, 144, 146
Globalisierung, 20, 163, 187, 226-227, 232, 242, 268, 269, 270
Globalkapitalismus, 237
Goebbels, Propagandaminister, 99, 128
Goldene Jahre, 81
Goldreserven, 181, 258
Gorbatschow Michail, 139
Gotthard, 21-28, 66, 70, 114, 117, 287
Göttiorganisationen, 238
Gräben, 9, 138, 215, 225, 230, 232, 271
Gratisabgabe, 277
Grauholz, 63
Grenzkantone, 266
Grenzkontrollen, 172
Grenzwachtkorps, 266, 271
Greulich Hermann, 88
Griechenland, 85, 104, 284
Grimsel, 22, 116
Grippeepidemie, 89
Grossanlässe, 234
Grossmacht, 42, 44, 46, 78
Grundaufstellung, 110
Grundausbildung, 253, 276
Gründerzeit, 77
Grüninger Paul, Polizeioffizier, 126, 152
Grütlivereine, 216
Gschwend Holding, 206
Guisan General, Henri, 17, 25, 32, 41, 109, 114-115, 118, 128-129, 161
Gurkensalat, 197, 217
Gymnasien, 256
Habsburg von, Rudolf, 188
Haller von, Albrecht, 56
Hammerfest, 237
Handwerkstradition, 206
Hausbesetzungen, 224
Hausbesitzer, 260
Hausfrau, 211
Hausordnung, 36, 145, 188
Hayek, 41, 260
Haymoz, Frau, Gefängnisdirektorin, 224
Heer, stehendes, 148
Heimatland, 61, 99, 209, 267, 279
Heimatliebe, 159, 209, 220, 236
Heimatschutz, 201
Heimschaffung, 265
Helsinki, 107
Helvetia, 16, 24, 79, 236
Helvetier, 185
Helvetik, 67, 76
Helvetische Republik, 65
Heroin, 277, 278, 279
Herzensbildung, 236
Hightecharbeiter, 250
High-Tech-Firmen, 243
High-Tech-Zentren, 244
Hilty Carl, 191, 211
Hinterhalt, 31
Hinterwäldler, 41
Hiroshima, 105
Historiker, 10, 16, 42, 191, 193
Hitler, Adolf, 27, 42, 93-94, 98-107, 112-117, 125- 128, 132, 163, 173, 285, 287
Hitlerdeutschland, 106, 125, 132, 155

Hochkonjunktur, 53, 106, 133, 156, 193, 195, 197, 200-201, 205-206, 219, 224-225, 237, 243, 269
Hochseeflotte, 121
Hoferklub, 199
Hoffmann, Affäre, 86
Holland, 71, 83, 104, 110, 126, 183
Hometrainer, 246
Huber Axal R., 177
Hugenotten, 49, 260

Ideenwerkstatt, 231, 245, 247
Identität, 17, 24-25, 144, 207, 209, 224-228, 232-236
Identitätsbild, 234
Identitätskrise, 9, 225
Identitätsverlust, 233
Illegalität, 217
Im Hof, 191
Imageverlust, 225
Immobilienverkauf, 201
Importe, 122
Industrie, 79, 84, 110, 137, 138, 206, 237, 258, 279
Infiltration, 210
Inflation, 201
Inflationsrate, 193
Informationsnotstand, 200
Initiative, 77, 80, 95, 105, 129, 148-149, 283
Innovation, 22, 246
Inquisition, 49
Intellektuelle, 208, 214, 280
Interlaken, 231
Internationale, 163, 217
Internet, 213, 246, 254
Internierte, 88, 120, 129, 261
Interregnum, 37
Interventionstruppen, 245
Invasion, 105, 117, 131
Irland, 46, 48, 284, 285
Italien, 21, 25, 27, 43, 45, 66, 78, 81, 83-85, 90, 95, 98-99, 101, 104-105, 112, 114-115, 126, 129, 135, 183, 204, 230, 232, 262-263, 281-282, 287

Jaggi Arnold, Dr., 191
Jeanmaire, Brigadier, 203
Jesuitenfrage, 49
J-Markierung, 126
Judentum, 93
Jugendliche, 20, 173, 208, 217, 265, 267
Jugendorganisation, 221
Jungbauernbewegung, 96
Jungfraujoch, 248
Juraproblem, 202

Kaba 49, 207
KABA 74, 204, 207
Kaderorganisation, 276
Kaisermanöver, 84
Kampfflugzeuge, 112, 128
Kantone, 16, 35, 65, 68, 70- 73, 77, 79, 119, 135, 145-147, 154, 195, 242, 248, 259, 270, 273, 277, 281, 287
Kantonsbürger, 26
Kantonsverfassungen, 71, 77
Kappeler-Milchsuppe, 48, 49
Karelien, 108, 109
Katholische Kirche, 74
Kirchen, 9, 37, 49, 110, 198, 232
Kirchgemeinden, 198, 199
Klammerfunktion, 171

Klassenkampf, 96, 154
Kleinbanken, 238
Kleinkind, 18, 256
Kleinkriminalität, 224
Kleinstaat Schweiz, 122
Kleinwelt, schweizerische, 160, 237, 238, 239, 242
Klimaveränderung, 225, 230
Klöster, 20, 72
Koalition, grosse, 154
Köcher, Gesandter, 28
Kokain, 277, 279
Kollegialprinzip, 155
Kolonialmächte, 184
Kolonialmärkte, 183
Kolonialvertrag, 180
Kolonialzeit, 183, 230, 270
Kolonien, 60-61, 85, 124, 144, 182-183, 231
Kommandanten, 74, 101, 112, 115, 165, 177, 235
Kommissare, 284
Kommission, 67
Kommunikation, 243
Kommunisten, 88, 89, 196
Kompromiss, 40-41, 47, 67, 124, 146, 151, 161, 169, 178, 203, 215, 281
Konjunkturüberhitzung, 206, 269
Konkordanz, 153, 155, 203, 208, 215
Konkordatsweg, 145
Konkurrenzdenken, 248
Konservative, 72, 80, 216
Konstanz, 29, 51
Konsumverhalten, 205, 207, 243, 270
Kontinentaleuropa, 193, 263
Konzerne, 240, 241, 242, 268
Korea, 137
Korsika, 172, 230
Krankenkasse, 241
Kreigstüchtigkeit, 274
Kreuz, 38, 74, 78, 88, 121, 158, 162, 164, 223, 291
Kriegsgefahr, 216
Kriegsgeschichte, 17, 31, 209
Kriegsgewinne, 52, 88
Kriegssteuer, 88
Kriegszeit, 97, 104, 106, 119, 121, 182, 193, 247, 261
Kriminalität, 169, 217, 219, 253, 274, 278, 279, 280, 290
Kriminaltourist, 127
Kuhrechte, 257
Kulturbrücke, 171
Kulturgeschichte, 17, 208
Kulturgilde, 236
Kulturlandschaft, 245
Kulturministerin, 212, 236
Kulturräume, 23, 213
Kulturschaffende, 211, 218, 234
Kultursysteme, 210
Kundendienst, 238
Kurden, 230
Kurdistan, 230, 260
Kurz Gertrud, Flüchtlingsmutter, 130

Lädeli, 205, 238
Laharpe, de, 211
Landdienst, 88, 120
Landesausstellung, 20, 84, 102, 106, 109, 161, 202, 223-234
Landeshymne, 25
Landesstreik, 88, 89
Landessymbol, 162
Landesverräter, 98, 127, 129
Landesversorgung, 115, 119

Landesverteidigung, 115, 154, 169, 174, 216, 219, 223
Landeswappen, 164
Landwirtschaft, 52, 59, 60, 84, 120, 237, 245, 257
Laupen, 35, 164
Leben in Würde, 142-143, 153, 163, 167, 181, 194, 197, 227, 280
Lebensentwurf, 192
Lebensgemeinschaft, 26, 157, 224, 248, 249
Lebensphilosophie, 231
Lebensplan, 220
Lebensqualität, 145, 245, 261
Lebensstandard, 52, 243, 265
Lehen, 257
Lehensheere, 176
Lehrer, 10, 19, 73, 130, 175, 190, 199, 218, 219, 236, 253-255, 267
Lehrpläne, 236
Leistungsverweigerer, 218
Lemanische Republik, 63
Lenin, 85, 88
Leopold, Herzog, 29, 30
Leserbriefe, 215, 235
Leuenberger Moritz, Bundesrat, 101
Leuenberger Niklaus, 54
Liberale, 71, 76, 80, 165
Liberalisierung, 20, 240, 241
Linke, 210, 223, 226, 262
Linkslastigkeit, 199
Litauen, 107
Literatur, 15, 209, 211
Lombardei, 21, 22, 44, 243, 250
Londoner Deklaration, 91
Lötschenpass, 116, 165
Luftkämpfe, 129
Luftraumverletzungen, 112, 119
Luftschlacht, 104
Luftschutz, 115, 130
Luther, Martin, 17, 46
Lutz Charles, Konsul, 130
Luxemburg, 83, 84, 104
Lyon, 243, 244, 250, 290

Maastricht, 283
Maginotlinie, 104, 110-111, 113
Magna Charta, 141, 160
Mahlzeitencoupons, 131
Mailand, 43, 44, 290
Majorz, 153
Mammon, 44, 201, 202
Manager, 157-158, 227, 268
Manchester-Liberalismus, 226
Manifestationen, 212
Mannerheim, Feldmarschall, 107
Mannerheim-Linie, 108
Marignano, 22, 24, 31, 44-46, 51, 55, 58, 70, 161, 167, 184, 186, 204, 237, 277
Markgenossenschaften, 21, 257
Marktwirtschaft, soziale, 226
Marlen Dietrich, 95
Marshallplan, 131
Martigny, 27
Marx, 80, 226
Marxismus, 208
Massenheere, 118, 176
Massenmedien, 41, 146, 190, 209-215, 218, 223, 235, 248
Massensport, 242
Matterhorn, 239, 248
Maximilian, Kaiser, 42, 229
Mediationsakte, 68
Mehrheitsfindung, 149
Mehrheitstyrannei, 152

Mehrwertsteuer, 281
Mein Kampf, 93, 94
Meinungsäusserung, freie, 86, 149
Meinungsvielfalt, 149
Menschenfreund, 203
Metallindustrie, 239
Meyer Conrad Ferdinand, 79
Mieter, 242, 260
Migrationsdruck, 198
Migros, 204
Milieu, 234
Milizangehörige, 245
Milizgedanke, 156, 158, 176
Milizpolitiker, 157
Milizsystem, 83, 101, 148, 155, 158, 177-178, 222, 274, 276
Millionenpublikum, 232
Minderheit, 73, 103, 145, 151, 153-154, 233, 289
Minger Rudolf, Bundesrat, 95, 100, 216
Ministerrat, 67, 283, 284
Mirageskandal, 215
Miteidgenossen, 55, 81, 186, 190, 281
Möbel Pfister, 204, 205
Mobilmachung, 89
Mobiltelefon, 246
Mogelpackungen, 238
Mohammedaner, 136, 137
Mondlandung, 45, 204
Monetarismus, 240
Monopolstellung, 213
Montalta, Professor, 252
Moralische Aufrüstung, 231
Moralstaat, 124
Morgarten, 28, 30, 33, 87, 108
Motta Giuseppe, Bundesrat, 91, 92
Motti-Taktik, 107, 108
MRA, 231, 232
MSA-Dorf Melchtal, 279
Multikultur, 214
Mundarten, 235
Münzhoheit, 223
Musik, 201, 211, 235
Mussolini, 27, 43, 90, 95, 105, 111, 113-114, 287
Mythos, 14, 16, 25, 187

Nachhaltigkeit, 238
Nachkommen, 9, 14, 15, 190, 192, 235, 242, 244, 259
Nachkriegsgeneration, 10, 25, 137, 224
Nachkriegsperiode, 227
Nachkriegszeit, 88, 132, 182, 200, 204, 208
Nachwuchs, 239, 249, 252
Nagasaki, 105
Napoleon Bonaparte, 24, 64, 67, 69, 72, 176
Napoleon Louis, Prinz, 71
Nationalbank, 181, 258
Nationalbewusstsein, 214, 225
Nationale Front, 96
Nationalfeiertag, 24, 83
Nationalgefühl, 16, 159
Nationalrat, 14, 76, 100, 146, 154, 237, 241
Nationalsozialismus, 17, 20, 162
Nationalsozialistische Partei, 93
Nationalstaat, 17, 208, 209
Nationalstolz, 209
NATO, 133, 225
NEAT, 20, 23, 24
Nebelspalter, 129

Neo-Liberalismus, 217, 227, 237, 240-242, 268-269
Nettozahler, 286
Neue Front, 96
Neuenburg, 74, 78, 148
Neuenburgerhandel, 78, 165
Neuentwicklungen, 243
Neutralität, bewaffnete, 92
Neutralitätserklärung, 89, 91, 109, 166
Neutralitätspolitik, 51, 89, 167-170, 186
Neutralitätsrecht, 167-170
Neutralitätsschutz, 109-110
Nidwalden, 63, 65, 66
Nischenprodukte, 243
Nivellierung nach unten, 221
Nizza, 283, 284
Nobs Ernst, Bundesrat, 216
Nordafrika, 104, 105, 262
Nordirland, 172, 230
Normandie, 105, 115
Noten, 197, 255
Notenbank, 223
Novara, 43, 45
Nummernkonten, 125, 126
Nutzniesser, 157, 225

Oberrhein, 111, 243, 290
Obersalzberg, 102
Objektivität, 51, 214
Obrecht, Bundesrat, 106, 109
Obristenhandel, 86
Ochsenbein, 73
Oeffentlichkeitsarbeit, 213
Oelkrise, 207, 269
Oesch Karl Lennart, Generallt., 107
Oesterreich, 21, 45, 50, 66, 69-70, 73, 81-84, 89, 99, 126, 135, 171, 232, 242, 281, 287
Offiziersverschwörung, 103
Ogi Adolf, Bundesrat, 291
Oltner Aktionskomitee, 88, 89
Operation Tannenbaum, 115
Opportunismus, 201
Opportunität, 154, 224
Oppositionelle, 210
Ordnung, 42, 47, 55-56, 67-68, 137, 143, 189, 202, 219, 224, 229, 245
Organisationen, 46, 49, 71, 186, 201, 206, 214, 225, 229, 232, 267, 290, 291
Orgetorix, 185
Ortswehren, 130
Ostblockstaaten, 137, 250, 262, 272, 283-285
Osterweiterung, 285-286
Ostfront, 85
Ostsee, 107
Ost-West-Verbindung, 244
OSZE, 138

Panzer, 99, 105, 108, 119, 128
Panzertruppen, 89
Papst, 21, 44, 72
Paracelsus, 152
Parteiengezänk, 195
Parteigremien, 218
Patriotismus, 159, 208, 209, 215, 220
Patriziertum, 148
Pazifismus, 90, 94, 99, 154, 208
Pearl Harbor, 104
Pestalozzi, 17, 25, 56-58, 66, 78, 191, 197, 211, 252, 254, 256, 260

Pétain Marschall, Vichy-Regime, 113
Peter II., König von Jugoslawien, 136
Petitpierre, Bundesrat, 143
Pfaffenbrief, 36, 37
Pfarrer, 40, 47, 57, 175, 199
Piketteinheiten, 276
Plan Wahlen, 119
Plutarch, 16
Poebene, 44
Polenfeldzug, 103
Political Correctness, 41, 146, 172, 209, 214, 223
Politiker, 9, 25, 42, 117, 157, 158, 162, 189, 199, 234, 235
Polizeikorps, 271
Powell, Lord Baden, 17
Pressalien, 287
Presse, 83, 88, 110, 114, 127, 128, 149, 213
Pressefreiheit, 71, 77, 110, 128, 149
Printmedien, 200, 212
Privatisierung, 240-242
Pro Libertate, 232
Professionalisierung, 177
Professionalität, 276
Projektarbeiten, 255
Proporz, 89, 153
Prostitution, 278-280
Protestantismus, 198
Pubertät, 217
Pufferstaat, 27, 43, 287, 290

Radio Beo, 248
Radio Beromünster, 213
Rahmenheer, 176, 276
Randaliereereien, 224
Rassenfrage, 231
Rassismusartikel, 149
Rationierung, 86, 120, 127, 131, 196
Raubgold, 110, 124, 225
Realpolitiker, 210
Rechte, 70-71, 77, 141, 143, 148-149, 214
Rechtskonsulate, 243
Rechtsstaat, 124, 143, 152, 224
Rechtsstaatlichkeit, 188-189, 222, 224
Redaktionen, 212, 235
Referendum, 77, 84, 147, 149
Reformation, 16, 46, 50, 58, 74, 161, 210
Reformschritte, 233, 236
Regelungsbedarf, 36
Regionen, 68, 146, 147, 215, 247
Reisläuferei, 59, 185, 245
Reparationszahlungen, 90, 109
Reservisten, 177
Resignation, 208
Ressourcen, 60, 124, 183, 242-247
Restaurationszeit, 71, 76
Reuss, 22-23
Rezession, 207, 248
Rhein, 23, 45, 105, 110, 111, 185, 290
Rhône, 23, 112, 290
Riklin Alois, 143
Risikokapital, 238
Rohstoffe, 60, 120, 121, 182
Romandie, 287
Römervertrag, 283
Roosevelt, 105
Röstigraben, 9
Rotes Kreuz, 121

Rothmund Heinrich, Fremdenpolizei, 126
Rougemont de, Pictet, 70
Rückdelegation, 273
Rudolf Steiner-Schule, 58
Rumänien, 82, 85
Russland, 70, 81-82, 85, 87-88, 92, 95, 184, 283, 284
Rütli, 30, 114, 129

Sachbeschädigungen, 224
Saisonniers, 198
Salis von Jean Rodolphe, Professor, 128-129, 160, 185, 237
Sarajewo, 82, 83, 136
Sargans, 27
Savoyerhandel, 78
SBB, 216
Schadaupark, 232
Schauenburg, General, 62, 63, 66
Schiller Friedrich, 56, 141
Schlagersänger, 211
Schlagwörter, 210
Schmid Karl, Dr., 261
Schneefallgrenze, 248
Schneeverhältnisse, 248
Schöllenenschlucht, 21
Schriftsteller, 209, 211
Schulkind, 18
Schulreformen, 253
Schulstuben, 212, 253, 256
Schulsystem, 19, 58
Schulungszentrum Bäregg, 233
Schützenwesen, 209
Schwab Klaus, 227
Schwabenkrieg, 226
Schweden, 50, 83, 88, 108, 180, 248
Schwedenkönig Adolf, 50
Schweibenalp, 97
Schweizer Spende, 131
Schweizerbürger, 26, 116, 202, 213
Schweizerbürgerrecht, 190
Schweizerclubs, 185
Schweizerfahne, 79, 158, 162-165, 180, 212, 217, 223, 229
Schweizerfranken, 180, 187
Schweizergeschichte, 9, 11, 18, 34, 199, 208, 236
Schweizerhaus, 9, 139
Schweizerhotels, 252
Schweizerschulen, 185
Schweizerwappen, 162
Schwerindustrie, 238
Schwyz, 33, 39, 47, 62, 63, 65, 71, 140-141, 164
Seefahrernationen, 183, 184
Seepark, Hotel, Thun, 232
Sekundarschule, 255
Selbstbedienung, 205
Selbsterniedrigung, 230
Selbstverständnis, 47, 225, 234, 274
Selbstverwaltung, 222
Selbstverwirklichung, 219- 222, 243-244
Selbstzerfleischung, 208
Seminarien, 256
Sempacherbrief, 37
Senn, Hans, GSC a D, 27, 112
Serbien, 82, 84, 136-137
Siegfriedlinie, 110
Simplon, 27
Sion 2006, 207
Sizilien, 105, 237
Skirennfahrer, 242
Sokrates, 17
Soldatsein, 175, 209

Söldner, 31, 43, 59, 60, 281
Solferino, Schlacht von, 77
Solidarität, 54, 97, 128, 131, 142-143, 163, 166, 168, 170, 186, 207, 219, 229, 233, 268, 282, 290
Solidaritätspakt, 226
Solidaritätsstiftung, 258
Solothurn, 40, 44, 63, 68, 72, 76
Somaliland, 104
Sonderbundskrieg, 24, 37, 49, 75, 154, 165, 191, 216
Sonderfall Schweiz, 95, 139, 142, 154, 167, 185, 192, 227, 237
Souverän, 213
Souveränität, 35, 61, 83, 145, 180
Souveränitätsrechte, 147
Sowjetunion, 92, 98, 104-105, 107-109, 115, 131, 133, 136, 172, 226, 240, 272, 283-284
Sozialdemokratische Partei, 80, 95, 98, 155
Soziale Sicherheit, 80
Sozialismus, 154, 216
Sozialisten, 71, 88, 89, 124
Sozialkompetenz, 255-256
Sozialkosten, 270
Sozialpartner, 187
Sozialstaat, 143, 184, 221, 222
Sozialwerke, 259
Spezereihändler, 204
Spionage, 87, 106, 127
Sportsöldner, 242
Sprachregelung, 211
Sprayereien, 224, 249
SPS-Elite, 217
St. Gallen, 59, 73, 76, 152
Staatenbund, 26, 65, 67, 76, 284
Staatsbürgerliche Gesellschaft, 232
Staatsdirigismus, 95
Staatskirchen, 198
Staatskunde, 190
Staatsreligion, 46
Staatsverdrossenheit, 207, 220
Staatsverschuldung, 204
Staatswesen, 43, 76, 133, 143, 208, 219, 228
Staatsziel, 194, 203
Stadtagglomerationen, 146
Stalin Josif W., 42, 99, 105, 107, 128, 132
Stände, 35, 68, 71, 76, 146, 283
Ständerat, 76, 146, 284
Standortbestimmung, 206, 227
Stauffacher, 30
Steg, stiebender, 20, 21, 23
Steiger von, Schultheiss, 62
Stellungskrieg, 85
Steuerkriminalität, 225
Stimmabstinenz, 150
Stimmrecht, 150, 290
Studenten, 208
Subsidiaritätsprinzip, 77, 141, 145, 149, 179, 270
Südtirol, 172, 230, 231
Susten, 22
Suworoff, General, 66
Swiss Metro, 244
Symbole, 209

Tagsatzung, 26, 39, 40, 43, 47, 56, 62, 65, 68-76, 154, 161, 164, 176, 188, 216
Täufer, 46

Tausendjähriges Reich, 105
Technologieparks, 243
Telearbeiter, 246, 250
Tell, Wilhelm, 15-17, 24, 30, 56, 71, 79, 94, 117, 224
Tellenknabe, 16
Tessin, 23, 25, 44, 68, 76, 83, 91, 117, 135, 171, 204, 281, 287
Teuerung, 88, 193
Teutonen, 185
Therapieklinik, 279
Thunerregierung, 207
Tito, 136-138
Toleranz, 48-49, 138, 151, 168, 187, 189, 203, 256
Totalrevision, 77, 96
Tourismus, 60, 79, 81, 138, 182, 237, 239, 244-252, 257
Tourismuskultur, 249
Touristik-Informationsschrift, 249
Transit-Schwerverkehr, 243
Trinkwasser, 246
Trotzky, 85
Truman, US-Präsident, 105
Truppenordnung, 84, 99
Tschechei, 82, 205
Tschechoslowakei, 99, 103, 126, 260, 264
Türkei, 85, 136, 260, 264

UBS, 232
UdSSR, 92, 172-173, 203, 208, 284
Ueberfremdung, 83, 197, 202, 236, 253, 266
Uhrenindustrie, 59, 60, 98
Ulrich Wille, 84
Umkrempelung, 46, 178, 208
Umsetzungspraxis, 152
Umsturzbestrebungen, 216
Umweltproblematik, 225
Umweltschäden, 201
Umweltschutz-Organisationen, 245
Unabhängigkeit, 35, 43, 45, 46, 52, 54-55, 58, 61, 64, 69, 76, 92, 98, 102, 106, 118, 122, 135, 137, 142-143, 167, 187, 209, 212, 224-225, 229, 288
Unitarier, 67
Universitäten, 16, 83, 212
UNO, 32, 92, 138, 168, 170, 188
Unspunnenfest, 194, 202
Unternehmertum, 81, 208
Unternehmungslust, 239
Unterwalden, 29, 30, 33, 39, 47, 62, 140, 141
Uri, 20, 33, 39, 47, 62, 65, 140, 141
Urserental, 23

V-2-Raketen, 105
Vaterland, 36, 158-159, 165, 191, 192, 209, 220
Verängstigung, 208
Verbandsfunktionäre, 235
Verdun, 85
Verein, 221
Vereinsamung, 50, 201, 221
Vergandung, 246
Verhandlungsposition, 289
Vermittler-Plattform, 243
Verrohung, 219
Versorgung, 110, 121, 264, 279
Verteidigungsauftrag, 273

Verunsicherung, 161, 198, 207-208, 225, 253
Verwaltungen, 212, 218
Verweichlichung, 64, 219
Verweigerung, 190, 210, 215
Vetorecht, 92
Videokonferenz, 246
Villmergerkrieg, 65
Völkerbund, 90-95, 99, 101, 108, 133, 188
Völkerwanderung, 225, 231, 265
Volksbeschlüsse, 150, 155, 157
Volksseele, 15, 210
Volksherrschaft, 71, 227
Volkslied, 248
Volksweisheiten, 200
Vollberschäftigung, 201
Voltaire, 57
Vormachtstellung, 226
Vorsehung, 130, 194, 292
Vorwarnzeit, 223, 273, 276

Waadt, 22, 63, 76
Waffenausfuhr, 199
Wahlen Traugott, Bundesrat, 119
Währung, 24, 143, 180-181, 187, 222-223, 286
Währungsunion, 173, 228, 286
Waldmann Hans, 33
Waldstätten, 29, 30, 35
Wallonen, 230
Walser, 90
Wappen, 102, 162, 163
Wartburg von, Wolfgang, 191
Wasserschloss, 246, 287
Wegwerfmentalität, 238
Wehranleihe, 100, 109, 125
Wehrbereitschaft, 119, 125, 179, 208-209, 274
Wehrmacht, deutsche, 104, 112, 128, 131
Wehrpflicht, allgemeine, 99, 101, 138, 175-177
Wehrphilosophie, 274
Wehrstrukturarten, 176
Weilmeier Christian, 288-289
Weltbürger, 158, 203, 240
Weltfinanzmärkte, 237
Weltgeschehen, 202
Weltjudentum, 93, 123
Weltkapitalismus, 240
Weltkonferenz, 231
Weltoffenheit, 163, 185-187, 253
Weltraumfahrt, 201
Weltverbrüderung, 214
Weltwirtschaftskrise, 96, 187
Wertschöpfungsgrad, 247
Wertschöpfungsquellen, 245
Westfront, 85
Wettbewerbsvorteil, 243
Wettstein Johann Rudolf, 52
Widerstand, 63, 66, 100, 104-105, 110, 114, 130, 152, 240, 242
Widerstandskraft, 210
Wienerkongress, 68-71
Wilhelm II., Kaiser, 81, 89
Wille Ulrich, General, 84, 86
Willensnation, 27, 135, 136, 137, 167, 233-234, 247, 280-282
Wilson Thomas Woodrow, 91-92
Winkelried, 17, 24
Winterkrieg, finnisch-russischer, 106, 107

Wirtschaftsblöcke, 214
Wirtschaftsflüchtling, 127
Wirtschaftsförderer, 206
Wirtschaftsführer, 235
Wirtschaftslage, 95, 193
Wirtschaftswunder, 131
Wirtschaftszentren, 243
Wirtschaftszweige, 215
Wohlfahrt, 133, 143, 181, 194, 207, 222, 226
Wohlstandsgesellschaft, 194
World Economic Forum, 227

Yalta, 105

Zauberformel, 155
Zeitgeist, 36, 158, 200, 203, 225, 239
Zeitsoldaten, 138, 176
Zemp, Bundesrat, 216
Zenralverwaltung, 228
Zentralbahnen, 216
Zentralismus, 144, 147, 164, 289
Zentralmassiv, 25
Zentralschule, 74, 165
Zentralschweiz, 76
Zentrum Gwatt, 233
Zersiedelung, 201
Ziellosigkeit, 193, 198, 210
Zivile Behauptung, 118
Zivilschutz, 221, 267, 272-275
Zschokke, 211
Zug, 29, 33-34, 39, 62, 65, 73
Zugersee, 29
Zugewandte, 39
Zukunftsglauben, 204, 233
Zunftwesen, 148
Zürich, 33-39, 47, 57, 58, 66, 67, 70, 73, 76, 88, 96, 102
Zuwanderung, 261
Zweckartikel, 226
Zwingli Huldrich, 46-48
Zwischenkriegszeit, 100, 204
Zypern, 230